Heldenhafte "Tschekisten"? "Kundschafter des Friedens"? Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg

Helmut Stubbe da Luz

Herausgegeben von der Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität

HELMUT SCHMIDT
UNIVERSITÄT
Universität der Bundeswehr Hamburg

Helmut Stubbe da Luz:

Heldenhafte "Tschekisten"? "Kundschafter des Friedens"? Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg

Begleitband zur Ausstellung

Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg

in der

Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität

3. November 2015 – 31. März 2016

Herausgegeben von der
Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität
Hamburg 2015

Gestaltung und Druck:
Medienzentrum der Helmut-Schmidt-Universität

© Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität 2015
Holstenhofweg 85, 20043 Hamburg
www.ub.hsu-hh.de

ISBN 978-3-86818-077-0

Umschlag, Layout, Satz: Michael Bölke, Medienzentrum
Fotos: Reinhard Scheiblich, Ulrike Schröder, Medienzentrum
Einband, Druck: Gerd Hoffmann, Medienzentrum

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliothek; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Inhalt

Grußwort
Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik 9

Zum Geleit
Dr. Jan-Jasper Fast, Direktor der Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität 13

Teil A
Vorbereitungen und Kooperationen

Vorbereitungen und Kooperationen 19

Volker Höffer, Rostock
Die Stasi und Hamburg. Wichtige Interessenfelder der DDR-Geheimpolizei – eine Auswahl 23

Helmut-Müller-Enbergs, Berlin
DDR-Spione in Rostocks geheimpolizeilicher Partnerstadt Hamburg 29

Wolfgang Ehlers, Hamburg
Ermittlungen gegen DDR-Spione nach der Wende. Ein Hamburger Staatsanwalt erinnert sich 43

Dieter Popp, Bonn
Ein "Kundschafter des Friedens" im Zeitzeugen-Interview 53

André Gursky, Halle (Saale)
Das MfS-Gefängnis "Roter Ochse" – Rekrutierungsfeld für Spione? 63

Wolfgang Schulenberg, Berlin
"Top-Spion" Gerd Löffler – Akteur und Zeitzeuge zugleich 71

Teil B

Spionage – Fortsetzung der Politik "mit anderen Mitteln"?

Spionage – Fortsetzung der Politik “mit anderen Mitteln“?.....79

Spionage – das Problem der Definition 83

Spionage in Hamburg zur Zeit des Kalten Kriegs 88

Am Ende des Kalten Kriegs, am Ende der DDR – Amnestie für die bundesdeutschen DDR-Spione?.....95

Spione, Agenten und *Whistleblower*, materialer und formaler Spionagebegriff.....98

Der Politiker als Spion, der Spion als Politiker.....108

Die Motivlage der Spione: “M“, “I“, “C“ oder “E“?.....119

Zehn Hamburger Politiker als DDR-Spione – weitere typische Charakteristika 124

Spionage – moralisch edel oder verwerflich? 149

Heldenhafte “Tschekisten“ und “Kundschafter im Dienst des Friedens“.....159

Teil C

Zeittafel. Revolutionäres Tschekistentum – kommunistischer Untergrund – DDR-Spionage: Hamburger und überregionale Geschehnisse seit 1917

Zeittafel. Revolutionäres Tschekistentum – kommunistischer Untergrund – DDR-Spionage: Hamburger und überregionale Geschehnisse seit 1917.....177

Vom Ursprung der Tscheka und der KPD bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs (1917–1945) 183

Vom Kriegsende bis zum Mauerbau (1945–1961).....190

Vom Mauerbau bis zum Ende der DDR (1961–1990) 219
Die Wende und die Zeit danach (1990–2015) 254

Teil D

Dossiers: Zehn Hamburger DDR-Spione im Kalten Krieg

Dossiers: Zehn Hamburger DDR-Spione im Kalten Krieg 281
Karlfranz Schmidt-Wittmack *alias* "Timm" (1948–1952), *alias* "Weilich" (1954). Der taktisch zurückbeorderte Perspektivspion 283
Karlfranz Schmidt-Wittmack. Spionage und Politik. Dokumente 287
Kurt Willi Wand *sen. alias* "Maurer" (1949/50), *alias* "Becker" (1950–52), "Hülse" (1957–1990). Der lebenslange Widerstandskämpfer 327
Kurt Wand *sen.* Spionage und Politik. Dokumente 330
Johannes Koppe *alias* "Tessen" (1954–1979). Der Atomenergie-Verfechter über Blockgrenzen hinweg 353
Johannes Koppe. Spionage und Politik. Dokumente 356
Hermann Gaßmann *alias* "Bach", *alias* "Bord-Kate" (1955–1961). Der nach Indizien verurteilte politische Märtyrer 385
Hermann Gaßmann. Spionage und Politik. Dokumente 389
Ruth Polte *alias* "Blumenfeld" (1960–1989). Das zermürbte Stasi-Opfer 417
Ruth Polte. Spionage und Politik. Dokumente 420
Wolfgang Jaeger *alias* "Günther" (1960–1989). Der emsige Spitzel 453
Wolfgang Jaeger. Spionage und Politik. Dokumente 456
Rolf Grunert *alias* "Alster" (1962–1969), "Wilhelm Schneider" (1969–1985), "Rolf Schneider" (1985–1989). Der egozentrische Abenteurer 487
Rolf Grunert. Spionage und Politik. Dokumente 490

Kurt Wand *jun.* *alias* “Kugel“ (1969–1989).
Der vatertreue Stamokapist 519

Kurt Wand *jun.* Spionage und Politik. Dokumente 522

Arved Rüden *alias* “Gerd“(1971–1990).
Der “hingesunkene“ Achtundsechziger.....545

Arved Rüden. Spionage und Politik. Dokumente 547

Gerd Löffler *alias* “Händler“ (1974–1990).
Der “Friedens-Kundschafter“ ex post 577

Gerd Löffler. Spionage und Politik. Dokumente.....581

Teil E
Anhang

Quellen und Literatur 613

Verzeichnis der Leihgeber.....626

Verzeichnis der Abbildungen 626

Verzeichnis der Abkürzungen 628

Namensregister.....632

Die Bibliothek der
Helmut-Schmidt-Universität

HELMUT SCHMIDT
UNIVERSITÄT
Universität der Bundeswehr Hamburg

Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg

Ausstellung

3. November 2015
bis
31. März 2016

Ausstellungseröffnung

Dienstag, 3. November 2015, 18 Uhr
Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität · Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg

Begleitveranstaltungen

Informationen zu den Begleitveranstaltungen entnehmen Sie bitte dem Ausstellungsflyer oder dem Veranstaltungskalender der Bibliothek:
https://ub.hsu-hh.de/veranstaltungen

Öffnungszeiten

Mo-Do 9-16 Uhr · Fr 9-14 Uhr
7. November 2015 17-24 Uhr ("Nacht des Wissens")
An Feiertagen geschlossen
Führungen nach Vereinbarung
Der Eintritt ist frei!

Grußwort

Roland Jahn
Bundesbeauftragter für
die Stasi-Unterlagen

Ausstellung Hamburg – Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität

25 Jahre ist Deutschland in diesem Jahr vereint. Doch Sie halten hier einen Begleitband zu einer Ausstellung in den Händen, die dokumentiert, wie sich die Dinge im geteilten Deutschland verhielten. Es war erklärtes Ziel der DDR, die Bundesrepublik zu schwächen, indem sie sie ausspionierte und die Informationen gegen sie verwandte, nicht zuletzt, um so die Überlegenheit des Sozialismus zu demonstrieren. Lohnt es sich, daran zu erinnern? Ja, der Blick in die Vergangenheit ist eine Chance, die Sinne zu schärfen für die Gegenwart. Es ist heute unsere gemeinsame Erfahrung, in der Deutsche in Ost und West eine Rolle spielten. Zu untersuchen und zu verstehen, wie sie damals gehandelt haben, kann für das Zusammenleben heute förderlich sein. Die Mechanismen, die wirkten und so Menschen gegeneinander in Stellung brachten, sie sind schließlich mehr als nur Erinnerung oder gar Anklage. Sie sind Lehrstunde für heute, sie zeigen, wie Ideologie Menschlichkeit beiseiteräumt.

Viele der Dokumente der Ausstellung entstammen dem Stasi-Unterlagen-Archiv. Die Stasi war schließlich auch für die Auslandsspionage zuständig.

Ausland, das war die Bundesrepublik für die DDR, in einer Zeit der Zweistaatlichkeit. Und doch war es ein ganz besonderes „Operationsgebiet". Gerade die fortbestehenden familiären Bindungen zwischen Ost und West gaben der Stasi die Möglichkeit, Informationszugänge zu finden. Nicht wenige Bundesbürger wurden beim Verwandtenbesuch oder bei einer Dienstreise zum Inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi geworben. Oder umgekehrt wurden DDR-Bürger beim Verwandten- oder Arbeitsbesuch im Westen zu Spionen. Immer auch nutzte die Stasi dabei ihr Arsenal an kompromittierenden oder schmeichelnden Informationen, um Menschen gefügig zu machen. Hinzu kamen Agenten und ideologisch überzeugte Zuträger, die der DDR eine weitere Vielzahl an Informationen aus Politik, Militär und Wirtschaft lieferten. In der Ausstellung werden Sie etliche Beispiele aus dem Hamburger Raum entdecken.

Die Akten der Stasi sind dabei eine wesentliche Quelle. Sie sind die Arbeitszeugnisse der Geheimpolizei der SED, des Ministeriums für Staatssicherheit. Dass wir heute diese Unterlagen einsehen können, verdanken wir mutigen Bürgerinnen und Bürgern, die in der Friedlichen Revolution 1989 die Stasi darin hinderten, weiter Akten zu vernichten, und das Ende der Geheimpolizei einforderten. Im Prozess der Entscheidung über den weiteren Umgang mit den Akten ist es Vertretern der Stasi zwar gelungen, eine Entscheidung herbeizuführen, nach der die Akten der HV A, die für die Auslandsspionage zuständig war, weitgehend vernichtet werden durften. Dennoch sind etliche Überlieferungen erhalten geblieben, die das Wirken der Stasi in der Bundesrepublik dokumentieren.

Ich freue mich, dass sie für diese Ausstellung genutzt werden konnten und wünsche den Besucherinnen und Besuchern eine erkenntnisreiche Begegnung mit deutscher Geschichte.

Roland Jahn
Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen

Zum Geleit

Vermutlich war es Robert Baden-Powell (1857–1941), der sich als erster grundlegend wie publikumswirksam in Buchform zum Thema Spionage verbreitete. Der britische General gilt als Begründer der Pfadfinderbewegung („learning by doing“) und schrieb nach Ende seiner Dienstzeit nicht nur Hilfreiches für das Leben in der Natur, sondern nutzte auch das Kriegsjahr 1915 für einen Bestseller. Mit „My adventures as a spy“ lüftete er Geheimnisse: “Spies are like ghosts […] – people seem to have had a general feeling that there might be such things, but they did not at the same time believe in them – because they never saw them, and seldom met anyone who had had first-hand experience of them.” Und Baden-Powell fährt in der parallel erschienenen deutschen Ausgabe fort: „Zunächst suche man sich von der allgemein verbreiteten, irrtümlichen Ansicht freizumachen, dass jeder Spion notwendigerweise ein gemeiner und verächtlicher Kerl sein müsse. Oft ist er ein tüchtiger und tapferer Mensch.“ Und schließlich lässt der Verfasser, nachdem er auf einhundert Seiten aus Erfahrenem berichtet, das Buch mit Spionage als „fascinating sport“ ausklingen. – Alles in allem ist dies ganz launig, und eine abschließende gesellschaftliche Bewertung war vermutlich vom Autor nicht beabsichtigt. Allerdings soll nicht außer Acht gelassen werden, dass, ganz gleich, ob nun die Spitzel im Dunkeln bleiben oder gerichtet werden, Spionagefolgen für Betroffene sich meist äußerst schädlich, manchmal sogar tödlich auswirken, und dass das Ausspähen für die Täter auf jeden Fall strafrechtliche Folgen hat beziehungsweise haben müsste. Dann kommt der „Sportsgeist“ zurück auf den Boden der Tatsachen, in unserem Fall auf Tatsachen, die Teil einer ganz besonderen Episode der hamburgischen Geschichte sind, lange bevor das globale Ausspähen elektronischer Kommunikation begann.

Die Ausstellung „Hamburger Spione“ ist das dritte Projekt, das von Herrn Privatdozent Dr. Helmut Stubbe da Luz in der Helmut-Schmidt-Universität gezeigt wird. Dass wir auch dieses Mal Schauplatz sein dürfen, freut mich außerordentlich. Für dieses entgegengebrachte Vertrauen bedanke ich mich aufrichtig. Mein Dank gilt ferner allen institutionellen wie privaten Leihgebern. Unverzichtbar war auch diesmal das große Engagement

der Kolleginnen und Kollegen des Medienzentrums. Hier danke ich ganz besonders Herrn Michael Bölke für die Gestaltung sämtlicher Publikationen, vor allem aber für den Satz des vorliegenden Begleitbandes. Für die weitreichende Projektkoordination, umsichtige Öffentlichkeitsarbeit und das sorgfältige Lektorat bedanke ich mich bei meiner Kollegin Frau Sabine Graef.

Dr. Jan-Jasper Fast
Ltd. Bibliothekdirektor, Helmut-Schmidt-Universität

Teil A

Vorbereitungen und Kooperationen

Vorbereitungen und Kooperationen

Die Vorbereitung der Ausstellung „Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg“ ist mit einer zweitrimestrigen historischen Lehrveranstaltung verbunden worden und – wiederum damit zusammenhängend – mit vier Sonderveranstaltungen. In deren Verlauf sind vier Referenten (zwei Zeitzeugen und zwei Historiker) von Studentinnen und Studenten befragt worden, in zwei Fällen zusätzlich auch von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, in einem Fall ferner von einem breiteren Publikum. Diese vier Referenten haben den Ausstellungsbegleitband hier durch jeweils einen kurzen Beitrag bereichert.

Leitender Oberstaatsanwalt a. D. Wolfgang Ehlers, von der einen oder anderen Zeitung Anfang der 1990er Jahre auch schon mal publikumswirksam als „Chefankläger“ in Sachen Spionage bezeichnet, hat aus seinen Erinnerungen an jene Jahre berichtet, in denen er mit einschlägigen Ermittlungen punktuell an den Rand seiner quantitativen Leistungsfähigkeit gebracht worden ist.

Dieter Popp (einst *alias* „Asriel“), Mitgründer und Vorsitzender der „Initiativgruppe Kundschafter des Friedens fordern Recht e.V.“, hat Einblicke in den Alltag eines DDR-Spions gegeben, vor allem aber Grundsätzliches zu den Themen „Treue und Verrat“, „Frieden und Diktatur“, „Siegerjustiz“ geäußert. Herr Popp ist kein Hamburger, aber deutschlandweit bekannter als die meisten ehemaligen Hamburger Politiker-Spione. Vier von ihnen, zu denen ein direkter oder indirekter Kontakt hergestellt werden konnte, haben eine Interview-Anfrage bedauerlicherweise negativ beschieden oder – in einem Fall – unbeantwortet gelassen. Zweifellos hätten einige der Ungenauigkeiten oder gar Fehler (wie sie sich so gut wie unausweichlich zu ergeben pflegen) durch ihre Konsultation vermieden werden können. Zwei von ihnen, Dr. Johannes Koppe und Dr. Dr. Gerd Löffler, haben sich aber der von Dieter Popp angeführten Initiative angeschlossen, und so darf Herr Popp hier eine gewisse Repräsentativität beanspruchen. Das mit ihm geführte Zeitzeugeninterview ist aufgenommen, transkribiert, von Herrn Popp leicht überarbeitet und zur Publikation freigegeben worden.

Oberstleutnant i.G. Dr. Wolfgang Schulenberg, der den Fall Gerd Löffler vorstellte (namentlich unter quellenkritischem Aspekt), ist für diese Ausstellung nebst Begleitband mitursächlich gewesen, denn seine Dissertation mit dem Titel „*Top-Spion" oder Opfer der deutsch-deutschen Wiedervereinigung? Der Abgeordnete Gerd Löffler zwischen DDR-Geheimdienst und Hamburger CDU* (2014), an der HSU entstanden, ist der erste monografische, wohl überhaupt der erste wissenschaftliche Beitrag zu dem hier behandelten Thema.

Die Verbindung zu Herrn Dr. André Gursky, dem Leiter der Gedenkstätte „Roter Ochse" in Halle (Saale), kam dadurch zustande, dass die einzige Frau im Korps der hier präsentierten Hamburger Politiker-Spione, Ruth Polte, Mitte der 1950er Jahre eine noch junge DDR-Dissidentin, eine längere Haftstrafe im „Roten Ochsen" verbüßen musste. In deren Verlauf ist sie so zermürbt worden, dass sie anschließend einwilligte, das zu tun, was das MfS schon zweimal von ihr verlangt hatte – der Stasi als Inoffizielle Mitarbeiterin zuzuarbeiten; 1960 begann ihr Einsatz im westdeutschen „Operationsgebiet". Herr Dr. Gursky wird unsere Ausstellung 2016 in Halle zeigen.

Eine erste Wanderung wird diese Ausstellung allerdings nach Rostock machen, in die Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Stasi dort, die von Dr. Volker Höffer geleitet wird. Im Zuge der Vorbereitungen sind Archivbesuche nicht nur in Berlin und Koblenz, sondern eben auch in Rostock erfolgt. Ein Beitrag von Herrn Dr. Höffer ist an den Anfang der folgenden Fünferreihe gestellt worden, weil sein Blickwinkel sich für diesen Anfang besonders eignet: Hamburg im Visier der DDR-Geheimdienste.

Wie man sich ein ungefähres Bild von der Quantität (der Quantität!) der auf den Westen, namentlich auf Hamburg gerichteten Aktivitäten der Rostocker MfS-Bezirksverwaltung machen kann, erläutert anschließend der Berliner Staatssicherheitsexperte Dr. Helmut Müller-Enbergs.

Die skizzenhaften Berichte von Volker Höffer und Helmut Müller-Enbergs rücken in den Blick, was historisch als Nächstes zu tun ist.

Abb. 1 *– Aus der MfS-Untersuchungshaftanstalt in der Rostocker Innenstadt (erbaut 1958–60) wurde 1998/99 eine Gedenkstätte, betrieben durch die BStU-Außenstelle Rostock (Leiter: Dr. Volker Höffer, Foto). Diese kooperiert schon seit Längerem mit der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung und wird die Ausstellung „Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg" im zweiten Quartal 2016 auch in der Rostocker Gedenkstätte zeigen.*

Die Stasi und Hamburg. Wichtige Interessenfelder der DDR-Geheimpolizei – eine Auswahl

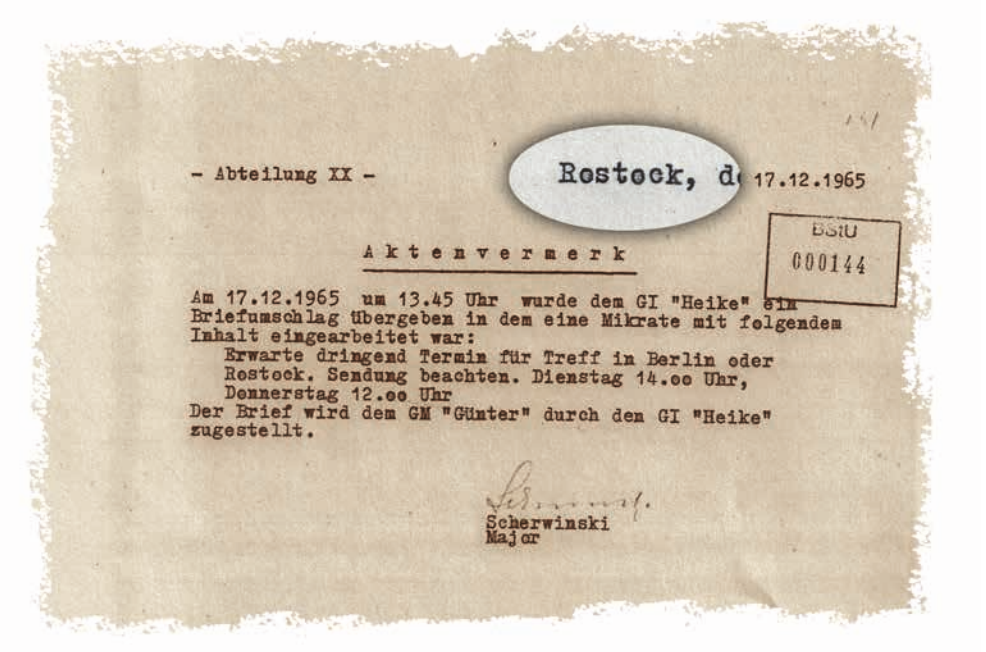
von
Volker Höffer

Dem DDR-Geheimdienst galt die Bundesrepublik als „Operationsgebiet". In Hamburg betrieb die Stasi zuallererst klassische Spionage in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Dafür war hier in starkem Maße die Bezirksverwaltung Rostock zuständig, wie übrigens auch für Schleswig-Holstein und Bremen. Die Federführung oblag jedoch immer der Hauptverwaltung A und anderen „Linien" im Ostberliner MfS-Hauptquartier.

Im Zentrum des politischen Interesses standen der Erste Bürgermeister, der Senat und die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, nicht zuletzt auch deren Kontakte in die DDR. Dieser Aspekt wurde noch bedeutsamer, als Hamburg im Dezember 1987 eine Städtepartnerschaft mit Dresden einging.

Sechs der zehn in der Ausstellung dargestellten ehemaligen Hamburger Politiker-Spione waren – zumindest zeitweise – bei der Rostocker MfS-Bezirksverwaltung, Abteilung XV, anhängig – Hermann Gaßmann, Wolfgang Jaeger, Ruth Polte, Arved Rüden, Kurt Wand *sen*. und Kurt Wand *jun*. Einige wurden von Rostock aus verpflichtet, die übrigen von anderen Dienststellen an die Rostocker Stasi übergeben. In Rostock saßen die Führungsoffiziere, von dort aus wurden Kuriere entsandt oder konspirative Wohnungen im Westen organisiert. Die dargestellten Fälle machten aber nur einen Bruchteil der „Westarbeit" des MfS in Hamburg aus.

Die Stasi versuchte auch, in Hamburg ansässige Bundeseinrichtungen zu infiltrieren. Neben BND und Bundesamt für Verfassungsschutz sind hier vor allem das Referat Handelsschifffahrt im Marine-Führungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung, die Abteilung Seeverkehr des Bundesministeriums für Verkehr, das Deutsche Hydrografische Institut und die Universität der Bundeswehr zu nennen.



- Abteilung XX -

Rostock, d 17.12.1965

BStU
000144

Aktenvermerk

Am 17.12.1965 um 13.45 Uhr wurde dem GI "Heike" ein Briefumschlag übergeben in dem eine Mikrate mit folgendem Inhalt eingearbeitet war:

Erwarte dringend Termin für Treff in Berlin oder Rostock. Sendung beachten. Dienstag 14.oo Uhr, Donnerstag 12.oo Uhr

Der Brief wird dem GM "Günter" durch den GI "Heike" zugestellt.

Scherwinski
Major

Abb. 2 *– Der Hamburger Politiker-Spion Wolfgang Jaeger (alias „Günter", auch „Günther") und seine in der DDR verbliebene Schwester Gertrud (alias „Heike") wurden von dem Rostocker Stasi-Offizier Scherwinski rekrutiert und geführt.*

Verschiedene Landeseinrichtungen standen ebenfalls im Fokus des DDR-Geheimdienstes, so das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz und die Wasserschutzpolizei. Die Stasi fürchtete, dass bei den Polizei-Kontrollen von DDR-Schiffen der Schmuggel mit „Spezialgütern" auffliegt. Nutzte doch die DDR das „Tor zur Welt" als Schlupfloch durch den „Eisernen Vorhang", insbesondere für den Handel mit Waffen und High-Tech-Ware. Dieser war wegen des westlichen Embargos streng verboten und in der „CoCom-Liste" kodifiziert. Das MfS versuchte, belastendes Material über dort arbeitende Polizisten zu beschaffen und diese damit zu einer Zusammenarbeit zu erpressen. So nachzuvollziehen im 1981 bis 1989 geführten Operativen Ausgangsmaterial (OAM) „Revier" der Rostocker Stasi-Bezirksverwaltung gegen einen Hamburger Wasserschutzpolizisten mit familiären Bindungen nach Rostock.

Hamburg war für den SED-Staat vor allem auch als Wirtschaftsstandort und Drehscheibe des maritimen Handels von größtem Interesse. Klassische

Wirtschaftsspionage betrieb die Stasi hier gegen Firmen wie die Howaldt-Werke / Deutsche Werft AG (HDW), die Traditionswerft Blohm und Voss oder die Hamburger Hafengesellschaft.

Die Stasi war in Hamburg ebenfalls bei der Beschaffung von Konsumgütern, Produktionsmitteln und Ersatzteilen für die DDR-Wirtschaft aktiv. Zu diesen Zwecken agierten in Hamburg diverse Firmen des stasigesteuerten Firmengeflechts des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung" (KoKo), so die in Rostock beheimatete „Baltica". Aber auch andere wichtige DDR-Staatsbetriebe wie die ebenfalls in Rostock ansässigen „Schiffscommerz" und „Deutsche Seereederei" (DSR) agierten in Hamburg. Letztere stieg über getarnte Firmen und westdeutsche Partner Mitte der 1980er Jahre auch in den boomenden Container-Schiffsverkehr ein, begleitet durch die Stasi.

Die DDR-Betriebe unterhielten mit kräftiger Stasi-Hilfe enge geschäftliche Kontakte zu zahlreichen Hamburger Firmen, vor allem in den Bereichen Schiffsausstattungen sowie technologische Modernisierung der Werften und Häfen. Auf diese Weise und durch Spionage-Erfolge sparte die DDR Millionen an Devisen sowie viel Personal und Zeit für die Entwicklung und Einführung. Unterlagen der Rostocker Stasi-Bezirksverwaltung verweisen zum Beispiel auf Firmen wie:

- Unischiff (hier ist der Inoffizielle Mitarbeiter mit Feindberührung = IMB „Jens Grothe" besonders bemerkenswert);
- Interschiff / SEALOG;
- Thomsen und Co.;
- die Reeckmann-Gruppe (enge Geschäftsbeziehungen zur KoKo-Firma F.C. Gerlach in Berlin-Ost);
- Lüdex (ebenfalls engste KoKo-Kontakte).

In den 1980er Jahren gewann die Entsorgung von Hamburger Müll durch die DDR große Bedeutung für die Stasi. Schließlich handelte es sich hier nicht nur um ein finanziell lukratives Geschäft für die höchst devisenklamme DDR, sondern auch um ein umweltpolitisch sehr umstrittenes. Zudem stellten die zunehmenden Mülltransporte per LKW ein permanentes Spionage- und Fluchtrisiko dar.

***Abb. 3** – Hamburg im Blick der Stasi. In Harrys Hamburger Hafenbasar (hier eine Postkarte aus den 1970er Jahren) wurden Seeleute angebaggert. Über die Stasi-Verbindungen zu Hamburger Firmen war stets nur punktuell und vage aus den Medien zu erfahren – meist erst nach der „Wende" (hier aus der Hamburger Morgenpost vom 15. Juli 1994). Neue Aktenfunde, auch aus Rostock, ermöglichen hier tiefere Einblicke.*

Die Stasi nahm auch in starkem Maße Personen und Institutionen ins Visier, die dem SED-Staat kritisch gegenüber standen, Kontakte zu oppositionellen Kreisen in der DDR unterhielten oder sich in der Fluchthilfe für DDR-Bürger engagierten. Bedeutsame Zielobjekte waren zum Beispiel das „Hilfswerk Helfende Hände", die „Flüchtlingsstarthilfe e. V." oder die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM). Das „Hilfswerk Helfende Hände" zerstörte die Stasi Ende der 1970er / Anfang der 1980er Jahre von innen in einer mehrjährigen Operation mit dem Decknamen „Schlange". Fluchthilfegruppen wie „Mierendorff" oder „Lamp'l" bekämpfte die Stasi im SED-Auftrag als sogenannte „Kriminelle Menschenhändlerbanden", auch direkt vor Ort in Hamburg.

Zu wenig beachtet blieb bisher, dass die Staatssicherheit nicht nur in Hamburg lebende ehemalige, geflüchtete oder freigekaufte DDR-Bürger wegen

eventueller „Rückverbindungen“ in die Heimat und möglicher Aktivitäten gegen die SED-Diktatur überwachte. Auf diesem Feld war zum Beispiel der Hamburger CDU-Politiker Wolfgang Jaeger für die Stasi aktiv.

Da in Hamburg immer wieder DDR-Seeleute als sogenannte „Absteiger“ den Landgang zur Flucht nutzten, versuchte die Stasi auch, beliebte Seemanns-Treffpunkte zu überwachen und dort arbeitende Bundesbürger als Inoffizielle Mitarbeiter zu werben. In dieser Hinsicht fand zum Beispiel „Harrys Hamburger Hafenbasar“ reges Interesse.

Die DDR-Geheimpolizei befasste sich auch stark mit verschiedenen in Hamburg beheimateten Medien, wie dem NDR, dem SPIEGEL oder der ZEIT. Die Stasi betrachtete sie als Träger und Transporteur „feindlich-negativer Propaganda“. Der NDR wurde wegen seiner Strahlkraft in den Norden der DDR hinein sogar als „Feindobjekt“ eingestuft und bekämpft.

Die SED und ihre Geheimpolizei protegierten außerdem in sehr umfänglicher Weise verschiedene Reisebüros, zum Beispiel die Firma „Hansa Tourist“. Über solche Firmen wurden jahrelang Reisen von erwachsenen und jugendlichen Bundesbürgern in die DDR organisiert.

Schließlich versuchte die Stasi noch, diverse Vereine bzw. Verbände zu unterwandern. Zu nennen wären hier zum Beispiel die „Staatspolitische Gesellschaft e. V.“, die „Neue Gesellschaft Hamburg – Vereinigung für politische Bildung e. V.“ sowie als wichtige Netzwerke der maritimen Wirtschaft der „Verband Deutscher Küstenschiffseigner e.V.“ und der „Verband Deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere e. V.“. Aber auch die „Freunde der Eisenbahn Hamburg“ rückten in den Fokus der DDR-Geheimpolizei – wegen ihrer Kontakte zu Eisenbahnfreunden in Putbus auf Rügen.

Um ihre Aktivitäten und geheimen Treffen mit westdeutschen Partnern zu decken, wurden diverse Hotels überwacht und in Einzeldossiers bearbeitet. In den 1970/80er Jahren waren das vor allem der „Stuttgarter Hof“, das „Graf Moltke“, das „Senator“ und das Hotel „Alte Wache“ – alle im hauptbahnhofnahen, aber auch für seine Vergnügungsszene und Kleinkriminalität bekannten Stadtteil St. Georg gelegen.

Abb. 4 *– Der Berliner Stasi-Experte Helmut Müller-Enbergs besitzt den wohl umfassendsten Überblick über die zahlreichen Einzelfälle der MfS-„Westarbeit" und hat vielfach auch statistische Annäherungen erarbeitet – im Rahmen der Möglichkeiten, die nach der Vernichtung nennenswerter Teile der Stasi-Unterlagen im Zuge der Wende noch gegeben sind. Hier ergibt sich – skizzenhaft – ein Hintergrund zu punktuell aufsehenerregenden Zeitungsmeldungen.*

DDR-Spione in Rostocks geheimpolizeilicher Partnerstadt Hamburg

von
Helmut Müller-Enbergs

Die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin bildeten nachrichtendienstlich den wesentlichen operativen Schwerpunkt des Auslandsnachrichtendienstes der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), der Hauptverwaltung A (HV A). Dabei interessierten nicht alle Institutionen und Bundesländer gleichermaßen. Das nachrichtendienstliche Interesse lag überwiegend auf Nordrhein-Westfalen mit 25 Prozent der inoffiziellen Ressourcen und auf West-Berlin mit 23 Prozent. Das Land Hamburg selbst folgt, was das zuletzt aktive Netz der Agenten betrifft, erst nach Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen mit fünf Prozent. Diese knappe Prozentzahl bedeutete immerhin, dass nach Auswertung entsprechender statistischer Unterlagen der HV A 78 inoffizielle Mitarbeiter (IM), mithin Kundschafter, Spione und Agenten, in Hamburg aktiv waren. Dazu kamen noch 24 Hamburger, die mutmaßlich ohne deren Wissen zuverlässig und regelmäßig von einem Geheimdienstmitarbeiter der HV A abgeschöpft wurden.[1] Im Weiteren geht es um diese Quellen und deren anleitenden Diensteinheiten der HV A, vor allem deren Dependance in Rostock.

Das Netz der nachrichtendienstlichen Hilfskräfte in Hamburg

DDR-Spione konnten denkbar unterschiedliche Funktionen im Rahmen der nachrichtendienstlichen Arbeit übernehmen. Manch einer, wie die in Hamburg wohnende „Bettina“, war lediglich eine Anlaufstelle, heißt, dort konnte ein Beauftragter der HV A auftauchen.[2] Andere dienten weiteren inoffiziellen Mitarbeitern als Möglichkeit, ohne aufzufallen, einen Brief zu adressieren – wie der im Hamburg arbeitende Pharmazeut „Fiete“.[3] Es gab

aber auch IM in Hamburg, die Ermittlungen für die HV A durchführten, wie der Hafenarbeiter „Boje“,[4] „Hanna Ring“[5] oder seit etwa 1966 der Journalist „John“.[6] Wiederum andere konnten die Aufgabe übernommen haben, weitere IM anzuleiten. Dies war der Fall beim Residenten „Nico Tiedemann“,[7] aber auch bei dem Buchladenbesitzer „Hülse“, der bei der HV A mit dem bürgerlichen Namen Kurt Wand (sen.) verzeichnet ist,[8] und dem Vertreter „Hein“.[9] Freilich verfügte die HV A auch in Hamburg über besondere Spezialisten in Fragen des Funkens. Diese Aufgabe hatte „Berg“ seit Mitte der 1960er Jahre inne.[10] Mehr noch dienten IM aus Hamburg als Kuriere, die nachrichtendienstlich beschaffte Informationen nach Ost-Berlin verbrachten oder umgekehrt von dort nach Hamburg transportierten. Mit dieser Aufgabe waren der IM-Veteran „Hagen“,[11] der Berufskraftfahrer „Alexander“[12] und „Hartmut“[13] betraut. Selbst für heimliche Treffen in privaten Wohnungen standen IM in Hamburg zur Verfügung. Entsprechende konspirative Wohnungen hielten „Rita“[14] und die EDV-Hilfskraft „Witwe“[15] bereit. Meist sicherten Gattinnen die konspirative Tätigkeit ihrer Ehemänner ab; sie wurden dann Sicherungs-IM genannt. Das war bei „Monika“[16] und „Sigrid“[17] gegeben.

Eine weitere Spezialaufgabe war das Gewinnen neuer IM in Hamburg. Diese Funktion hieß bei der HV A „Werber“. Davon unterhielt die HV A allein in Hamburg 17, was sich dadurch erklärt, dass verschiedene Diensteinheiten der HV A auf der Suche nach Nachwuchs waren.[18] Ferner zeigt dieser Umstand zuverlässig an, welchen Bedarf es offenkundig gegeben hat. Schließlich wäre noch der Nachwuchs selbst anzuzeigen. Es gab Hamburger, die der HV A bereits als IM galten, aber noch nicht den Arbeitsplatz gefunden hatten, der nachrichtendienstlich relevant war. Diese Bürger nannte die HV A Perspektiv-IM, von denen es in Hamburg immerhin mit dem Diplom-Ingenieur „Hummel“,[19] dem Wirtschaftswissenschaftler „Bernd“,[20] dem Elektro-Ingenieur „Paul“,[21] dem Berufskraftfahrer „Kamin“,[22] dem Journalisten „Rose“[23] und der Pädagogin „Katja“[24] eine ganze Reihe gab. Darüber hinaus gab es noch IM, die andere Hamburger abschöpften. Diese wurden als „A-Quellen“ („Abschöpfquellen“) bezeichnet, von denen für Hamburg elf verzeichnet sind. Und dann gab es noch die IM im besonderen Auftrag, die meist für die HV A wunschgemäß Informationen in der Bundesrepublik verbreiteten. Exemplarisch ist dafür der Journalist „Alfred“[25] anzuführen.

Nach dem Strafgesetzbuch der Bundesrepublik handelt es sich bei diesen Hamburgern regelmäßig um Bürger, die sich in Angelegenheiten der Spionage einer Straftat schuldig gemacht hatten. Tatsächlich hatten sie lediglich Teilfunktionen inne. Die „echten" Spione, die operativ Informationen beschaffen sollten, hießen bei der HV A „O-Quellen", ausgeschrieben „Objekt-Quellen". Sie arbeiteten dort, wo es für den ostdeutschen Auslandsnachrichtendienst interessant war.

Die "echten" Spione

Mit Stand vom Dezember 1988 gab es in Hamburg 23 Objekt-Quellen der HV A. Im engeren Sinne wäre allein über diese zu diskutieren, wenn es um DDR-Spionage in Hamburg geht. Da war „Klaus Rainer",[26] der im öffentlichen Dienst tätig war, und dessen Führungsstelle das Referat 1 der Berliner Bezirksfiliale der HV A war. „Klaus Franz"[27] arbeitete als Hochschullehrer an der Universität in Hamburg und unterhielt seine Verbindungen zur HV A über die Dependance in Gera. „Moritz"[28] war Systemanalytiker bei Siemens. In der Zentrale der HV A war für ihn das CDU-Referat der Abteilung II der HV A zuständig. Lange Jahre war „Kugel"[29] als „Kundschafter" des SPD-Referats der HV A tätig und ist in deren Unterlagen mit dem Klarnamen Kurt Wand (jun.) vermerkt. Dabei handelt es sich um einen aktiven Sozialdemokraten, der insbesondere auf den Hamburger Landesverband seiner Partei angesetzt war. Der gelernte Diplom-Volkswirt gehörte zeitweilig dem Hamburger Vorstand der Jungsozialisten, dem Kreisvorstand der Partei in Eimsbüttel an und war Städteplaner sowie Geschäftsführer der Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit GmbH (ISA). Er wird als Lebensgefährte einer Hamburger Senatorin ausgewiesen, die zuvor auch Mitglied des SPD-Landesvorstandes in Hamburg gewesen war (Traute Müller).[30]

Einen Bezug zur SPD hatte auch „Blumenfeld";[31] bei ihr handelte es sich um Ruth Polte, die Sekretärin im Hamburger Büro der SPD-Bundestagsabgeordneten war, wo beispielsweise Hans Apel, Herbert Wehner und Helmut Schmidt ein- und ausgingen. Zeitweilig war sie selbst Abgeordnete in der Hamburger Bürgerschaft, zuletzt auch Seniorenbeauftragte der SPD in Hamburg.[32] „Paula"[33] hingegen arbeitete bei der Deutschen

Bundespost, und ihre Führungsstelle saß in Magdeburg. Als Zivilfahnder der Polizeiwache in Hamburg-Niendorf war „Peter Corth“[34] verzeichnet, dessen steuernde Dienststelle der HV A sich in Neubrandenburg befand. In diesem Zusammenhang fiel in den Medien wiederholt der Name Eckhardt Kurschat.[35] Ebenfalls als Polizist wurde „Gustav“[36] ausgewiesen, war aber auch für die Rostocker Außenstelle der HV A verzeichnet. Ebenfalls als Hamburger Polizist war „Partner“[37] verzeichnet, dessen Führungsstelle der HV A in Neubrandenburg ausgewiesen wird.

„Günther“,[38] der von der HV A in Rostock mit dem Klarnamen Wolfgang Jaeger versehen war, führte ein Reisebüro und hatte sich auf die CDU in Hamburg spezialisiert, der er auch angehörte. Mit seinem Namen werden in den Jahren von 1969 an bis 1989 nicht weniger als 193 operativ beschaffte Informationen in Verbindung gebracht, womit er zu den Spitzenquellen dieser Diensteinheit zu zählen sein wird.[39] „Anna Susanna“[40] arbei-

MfS-Bezirksverwaltung Rostock:
Inoffizielle Akteure
in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin
Stand 1988

Kategorie	Referat							
	Leitung	1	2	3	4	5	6	Gesamt
Abschöpfquelle	1	5	0	0	1	0	0	7
Ermittler	1	0	0	0	0	0	0	1
Grenz-IM	0	1	0	0	0	0	0	1
Kontaktperson	0	0	0	0	1	0	0	1
Kurier	0	1	0	0	0	0	0	1
KW-Inhaber	1	1	0	1	1	0	0	4
Objektquelle	0	6	0	1	1	0	0	8
Perspektiv-IM	1	3	1	0	0	2	0	7
Resident	0	1	0	0	0	0	1	2
Sicherungs-IM	0	1	0	0	0	0	0	1
Werber	0	1	1	0	0	1	0	3
Gesamt	4	20	2	2	4	3	1	36

***Abb. 5a** – Von der Summe der hier zusammengestellten, von Rostock aus gesteuerten Inoffiziellen Mitarbeiter, Kontaktpersonen, Inhaber von Konspirativen Wohnungen (KW) etc. in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Stand 1988, entfielen 17 allein auf Hamburg.*

tete an der Hochschule der Bundeswehr (zeitweilig auch als Sekretärin bei Kaufhof ausgewiesen) und zählte gleichfalls zu den Objektquellen der HV A in Rostock. Sie dürfte mit 410 operativ beschafften Informationen mit überwiegend militärischem Charakter die zweitbeste Quelle der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Rostock in den Jahren von 1969 bis 1989 gewesen sein.[41]

„Herbert“[42] war für die HV A in Rostock tätig und im Zivilberuf als Chemielaborant. „Irene“[43] arbeitete als Sekretärin bei Philipps und dürfte für ihre Führungsstelle der HV A in Schwerin die Topquelle schlechthin gewesen sein. Auf sie gehen 453 operativ beschaffte Informationen zurück.[44] „Philip“[45] war Ingenieur und zählte für die Arbeitsgruppe 3/2 des Sektors Wissenschaft und Technik als Quelle in der operativen Beschaffung von Mustern militärischer Optik und Elektronik.

Kaufmann „Ring“[46] war bei einer Versicherung tätig. „Alf“[47] war als Journalist bei einer Zeitung des Springerkonzerns erfasst. Wiederholt wird diese Objektquelle der für aktive Maßnahmen bekannten Diensteinheit der HV A (Abteilung X/3) mit dem Bild-Redakteur Holger Oehres in Verbindung gebracht.[48] Ebenfalls für diese Abteilung war der Journalist „Spieler“[49] verzeichnet, allerdings bei einem anderen Blatt. „Brunhilde“[50] war Sekretärin beim amerikanischen Konsulat und innerhalb der HV A der für Gegenspionage zuständigen Abteilung XI/8 zugewiesen. Die gelernte Diplom-Chemikerin „Elke Groß“[51] arbeitete bei einer Regierungsstelle.[52] „Alfred“[53] war als Physiker bei AEG-Telefunken angestellt, „Beil“[54] im Maschinen- und Werkzeugbau. Und schließlich gab es den Handelskaufmann „Wanda“[55] sowie „Leineweber“,[56] die bei der Deutschen Bundesbahn beschäftigt waren.

Die Führungsstelle Rostock

Die HV A führte ihre IM im Westen nicht allein von Ost-Berlin aus, sondern wesentlich auch aus den Bezirksstädten der DDR. Gewissermaßen war die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin aus Sicht der HV A nach operativen Zuständigkeiten ausgewiesen.

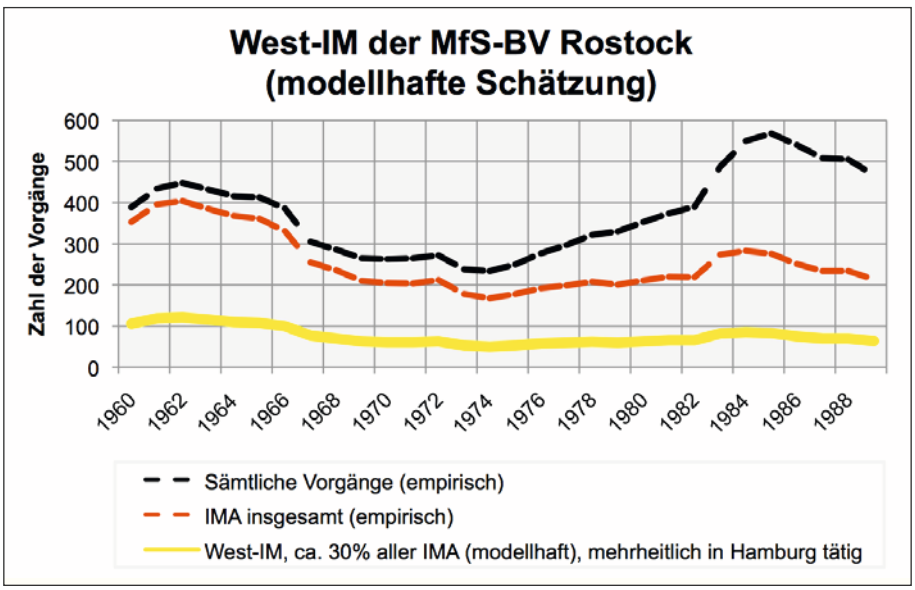


Abb. 5b *– Der DDR-Auslandsnachrichtendienst führte in seiner Rostocker Filiale Aktenvorgänge, deren Anzahl im Jahre 1985 ihren Höhepunkt erreichte (blaue Linie). Eine Aktenart – die IMA (Personal- und Arbeitsakten) erlaubt Rückschlüsse auf die Anzahl an IM und Kandidaten für eine IM-Tätigkeit, wobei es sich um ost- wie westdeutsche, aber auch Bürger anderer Nationalität handelte. Auch hier ist ein leichter Anstieg auf fast 300 im Jahre 1985, dann ein kontinuierlicher Abfall feststellbar (rote Linie). Modellhaft lässt sich der Anteil westdeutscher und Bürger mit anderer Nationalität aus dem IMA errechnen. Demnach waren davon – ebenfalls 1985 – um die 100 entweder IM oder Kandidaten, die IM werden sollten (grüne Linie). Lediglich die Anzahl an bundesdeutschen IM der Rostocker Filiale lässt sich empirisch belegbar für das Jahr 1988 nachweisen. Da waren es 36.*

Tschekistischer Pate für Hamburg war die Filiale der HV A bei der Bezirksverwaltung Rostock des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Immerhin 17 Hamburger wurden von Rostock aus mit Stand vom Dezember 1988 aus gesteuert; keine andere Diensteinheit hatte mehr IM in der Hansestadt. Dass die Rostocker damit den operativen Schwerpunkt auf Hamburg schlechthin gelegt haben, erschließt sich aus den vorliegenden Angaben zu deren Gesamtnetz im Westen (vgl. die Tabelle Abb. 5a), das insgesamt 36 Bürger (darunter eine Kontaktperson) umfasste.

Die operative Arbeit in Hamburg lag seit den 1950er Jahren in der Zuständigkeit der Rostocker. In Hamburg wurden die Senatskanzlei, das Generalkonsulat der USA, das Landesamt für Verfassungsschutz infiltriert. Zusammen mit der HV A II (Parteien) bearbeitete Rostock die Hochschule für Wirtschaft und Politik, den SPD-Landesvorstand, die Universität in Hamburg. Zusammen mit der HV A I (Regierung) suchte die Rostocker MfS-Bezirksverwaltung das Haus Rissen Hamburg – Internationales Institut für Politik und Wirtschaft – und mit der HV A IV (Militär) die Hochschule der Bundeswehr in Hamburg nachrichtendienstlich auszubeuten. Mit der HV A XV (Wissenschaft und Technik) orientierte sie sich auch auf die Howaldtswerke-Deutsche Werft, die Schiffswerft Blohm + Voss, und mit der HV A XIII auf das Forschungsinstitut Deutsches Elektronen-Synchrotron (DESY). Angriffe auf Einrichtungen des Bundesnachrichtendienstes in Hamburg und in Kiel, dort auch auf die MAD-Gruppe I, nahm sie in Zusammenarbeit mit der HV A IX (Gegenspionage) vor, solche auf die „Eloka"-Einrichtung „Poseidon" gemeinsam mit der HV A XIV (Wissenschaft und Technik) und auf das Marineführungsdienstkommando mit der HV A IV. Mit der HV A VI (Regimeverhältnisse) widmete sie sich dem Kraftfahrzeugbundesamt in Flensburg und einem Hersteller von Sicherheitsausrüstungen, der Firma ISCOIN.[57]

Im Dezember 1988 verfügte der Rostocker Leitungsbereich über vier bundesdeutsche IM. Besonders informationsrelevant waren der Polizist „Anwärter" aus Groß Langheim[58] mit 46 Informationen, als Spitzenreiter aber der Angestellte der Landesversicherungsanstalt in Hamburg mit dem Decknamen „Fisch",[59] mit 74 Informationen.

Die Abteilung XV der Bezirksverwaltung Rostock – wie die Filiale der HV A korrekt zu bezeichnen ist – war in sechs Referate untergliedert, und 1989 wies sie 44 hauptamtliche Mitarbeiter auf. Für das leistungsstarke Referat 1 waren 16 Stellen ausgewiesen. Im Dezember 1988 waren für dieses Referat 20 bundesdeutsche IM erfasst, davon fünf A- und sechs O-Quellen. Zu den informationsrelevanten Vorgängen zählte der der bereits erwähnten Sekretärin „Anna-Susanna“ im Kaufhof Hamburg mit 410, überwiegend militärischen, Informationen.

Das Referat 2 wies zum selben Zeitpunkt 17 Stellen aus und verzeichnete im Dezember 1988 zwei bundesdeutsche IM, aber keine nennenswerten Informationen. Das Referat 3 ist mit neun Stellen und im Dezember 1988 mit zwei bundesdeutschen IM (davon einer O-Quelle) verzeichnet. Für das Referat 4 sind nur fünf Stellen nachzuweisen, tatsächlich waren aber erheblich mehr Hauptamtliche dort erfasst. Für das Referat 4 sind im Dezember 1988 drei bundesdeutsche IM registriert (darunter jeweils eine A- und O-Quelle). Spitzenvorgang des Referats 4, sogar der BV Rostock XV insgesamt war freilich der Kölner „Hagen I“[60] (XV 13894/60, den die HV A mit Klaus Schäning in Verbindung brachte) mit 858 Informationen, von denen allein 428 auf das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung entfielen.

Die BV Rostock XV führte (im Dezember 1988) 35 bundesdeutsche IM, darunter zwei Residenten, sieben A- und acht O-Quellen. Zusätzlich sind zwei ausländische IM/KP belegt (Referat 1: zwei). Als DDR-IM können 33 GMS und 147 in der Vorgangsart „IMB“ belegt werden; in der letzteren waren Inhaber von Deckadressen und -telefonen, konspirativen Wohnungen und Objekten statistisch zusammengefasst, ferner Anlaufstellen, Grenz-IM oder Sicherungs-IM. Weitere IM finden sich unter den 234 Vorgängen in der Vorgangsart „IMA“ (Inoffizielle Mitarbeiter mit besonderen Aufgaben), die auch bundesdeutsche IM, Werbekandidaten und Kontaktpersonen berücksichtigt. Insgesamt verfügte die BV Rostock XV im Dezember 1988 über 505 Vorgänge (1960: 389, 1970: 263 und 1980: 353). Die Vorgangsentwicklung erreichte mit 568 Vorgängen im Jahre 1985 ihren höchsten Stand und fiel bis 1989 auf 467 ab.

Schluss

Die Akten der HV A selbst sind nahezu vernichtet. Verblieben sind lediglich Hinweise darauf, welche Akten geführt, welche Personen in den Karteien erfasst worden sind, sowie elektronische Datenträger, die Aufschluss über die gelieferten Informationen geben.[61] Trotz dieser beachtlichen Einschränkungen können dennoch Aussagen getroffen werden: Hamburg war innerhalb der HV A als Bundesland eindeutig ein nachgeordnetes Spionageziel. Gleichwohl waren dort zuletzt 78 inoffizielle Mitarbeiter für die HV A aktiv, die durchaus in wesentlichen Bereichen der Hansestadt präsent waren, insbesondere in der SPD, aber auch in nicht wenigen Betrieben. Die Rostocker Filiale der HV A hat die tschekistische Patenschaft für Hamburg über Jahrzehnte hinweg durchaus erfolgreich übernommen. Dabei war die HV A lediglich einer von mehreren nachrichtendienstlichen Akteuren, denn auch andere Diensteinheiten des MfS waren in Hamburg aktiv, aber nicht nur die, sondern auch das Ministerium für Nationale Verteidigung mit deren militärischem Auslandsnachrichtendienst.

Anmerkungen

1 *Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1998, S. 194.*

2 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. XV 92/69. Diese wie die im Folgenden angeführten Registriernummern basieren wesentlich auf den Untersuchungen in Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A. Aufgaben – Strukturen – Quellen. Berlin 2011. Lediglich bei den weiter unten angeführten Objektquellen wird detailliert der Fundort beschrieben. Für ergänzende Hinweise zu einzelnen Personen danke ich Helmut Stubbe da Luz.*

3 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. XV 189/79.*

4 *Dito, Reg.-Nr. XV 5646/86.*

5 *Dito, Reg.-Nr. XV 772/83.*

6 *Dito, Reg.-Nr. XV 583/66.*

7 *Dito, Reg.-Nr. XV 4309/76.*

8 *Dito, Reg.-Nr. XV 14586/60. Wegen seines gleichnamigen, gleich noch zu erwähnenden Sohnes wird er hier ergänzend als Senior ausgewiesen.*

9 *Dito, Reg.-Nr. I 1375/63.*

10 *Dito, Reg.-Nr. XV 2369/65.*

11 *Dito, Reg.-Nr. XV 16056/60.*

12 *Dito, Reg.-Nr. XV 2723/79.*

13 *Dito, Reg.-Nr. XV 503/64.*

14 *Dito, Reg.-Nr. XV 13890/60.*

15 *Dito, Reg.-Nr. XV 3432/82.*

16 *Dito, Reg.-Nr. XV 4309/76.*

17 *Dito, Reg.-Nr. XV 3998/85.*

18 *Dito, Reg.-Nr. XV 248/79; XV 1417/84; XV 1558/87; XV 1872/87; XV 5120/85; XII 1925/75; XV 135/75; XV 2311/73; XV 2310/73; XV 1418/84; XV 127/81; XV 2443/81; XV 2076/73; XV 3425/82; XV 4582/85; XV 1599/85; XV 3854/87; XV 6140/82.*

19 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. XV 2371/85.*

20 *Dito, Reg.-Nr. XV 3854/85.*

21 *Dito, Reg.-Nr. XV 4311/81.*

22 *Dito, Reg.-Nr. XV 5877/84.*

23 *Dito, Reg.-Nr. XV 6934/75.*

24 *Dito, Reg.-Nr. XV 6854/82.*

25 *Dito, Reg.-Nr. XV 2296/77.*

26 *Dito, Reg.-Nr. XV 2375/73; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 272.*

27 *Dito, Reg.-Nr. XV 2185/86; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 287.*

28 *Dito, Reg.-Nr. XV 5384/62; Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, T. 2 (wie Anm. 1), S. 205; ders., Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 63.*

29 *Dito, Reg.-Nr. XV 107/72; Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, T. 2 (wie Anm. 1), S. 206; ders., Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 67.*

30 *Vgl. Friedrich-Wilhelm Schlomann: Die Maulwürfe. Noch sind sie unter uns, die Helfer der Stasi im Westen. München 1993, S. 132 f.; dpa-Meldungen vom 25. Nov. 1993, 17. Aug., 4. u. 5. Okt.1994; Hamburger Senatorin zurückgetreten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26. Nov. 1993; Ehemaliger Funktionär der SPD verurteilt. In: Süddeutsche Zeitung (SZ) v. 6. Okt. 1994.*

31 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. XV 2671/60; Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, T. 2 (wie Anm. 1), S. 866; ders.: Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 67.*

32 *Vgl. dpa-Meldungen vom 9. Dez.1993, 11. Mai 1995, 8., 11., 13. und 21. Nov. 1996.*

33 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. XV 368/76; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 67.*

34 *Dito, Reg.-Nr. XV 139/72; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (Anm. 2), S. 303.*

35 *Vgl. dpa-Meldungen vom 25. Mai und 26. Okt. 1993, 11. u. 17. Jan. 1994; Schlomann, Maulwürfe (wie Anm. 30), S. 172; Hamburger Polizeibeamter wegen Spionage verhaftet. In: SZ v. 30.4.1993; Urteil des HOLG, Hamburg v. 17. Jan. 1994.*

36 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. XV 4892/80; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 309.*

37 *Dito, Reg.-Nr. XV 365/81; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 303.*

38 *Dito, Reg.-Nr. I 1124/60; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 310.*

39 *Vgl. ebd.*

40 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. I 2018/67; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 310.*

41 *Vgl. BStU, MfS, BV Rostock, Abt. OT Nr. 68.*

42 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. XV 3608/83; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 309.*

43 *Dito, Reg.-Nr. XV 4310/76; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 312.*

44 *Vgl. ebd.*

45 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. XV 1785/88; Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, T. 2 (wie Anm. 1), S. 241; ders., Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 203.*

46 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. XV 922/83; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (Anm. 2), S. 117.*

47 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. XV 4096/76; Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, T. 2 (wie Anm. 1), S. 226; ders., Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 176.*

48 *Vgl. Schlomann, Maulwürfe (wie Anm. 30), S. 227; Günter Bohnsack: Die Legende stirbt. Das Ende von Wolfs Geheimdienst. Berlin 1997, S. 99.*

49 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. XV 221/70); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 177.*

50 *Dito, Reg.-Nr. XV 94/83; Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 190.*

51 *Dito, Reg.-Nr. XV 2925/80; Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2 (Anm. 1), S. 244; ders., Hauptverwaltung A (Anm. 2), S. 249.*

52 *Sie war auch als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ruhr-Universität Bochum beschäftigt und war umfassend mit nachrichtendienstlichen Hilfsmitteln ausgestattet wie KW-Funk, UKW-Signalsystem „Panorama", Deckadresse, Geheimschreibmitteln, Chiffre, Mikratfotografie, Instrukteurverbindung und zwei gefälschten bundesdeutschen Ausweisen. Zu einem geringeren Teil kam „Elke Groß" als Ermittlerin zum Zuge, etwa, als sie im Mai 1987 über außergewöhnliche Sicherungsmaßnahmen an der Radarstation bei Borgholzhausen berichtete. Ansonsten wusste sie überwiegend kompetent über die Forschung zu Katalysatoren zu berichten, vgl. ebd.*

53 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. XV 2189/72; Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, T. 2 (wie Anm. 1), S. 237; ders., Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 218.*

54 *Dito, Reg.-Nr. XV 31/79; Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, T. 2 (wie Anm. 1), S. 240; ders., Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 226.*

55 *Dito, Reg.-Nr. XV 3046/78; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 231.*

56 *Dito, Reg.-Nr. XV 5920/86; Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, T. 2 (wie Anm. 1), S. 246; ders.: Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 250.*

57 *Diese wie die weiteren Angaben stützen sich wesentlich auf Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (wie Anm. 2), S. 307–310. Eloka bedeutet in diesem Kontext Elektronische Kampfführung.*

58 *Vgl. BStU, MfS, HV A, Reg.-Nr. XV 3058/78.*

59 *Dito, Reg.-Nr. XV 9847/60.*

60 *Dito, Reg.-Nr. XV 13894/60; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (Anm. 2), S. 309.*

61 *Vgl. hierzu Helmut Müller-Enbergs: „Rosenholz". Eine Quellenkritik. Berlin 2007.*

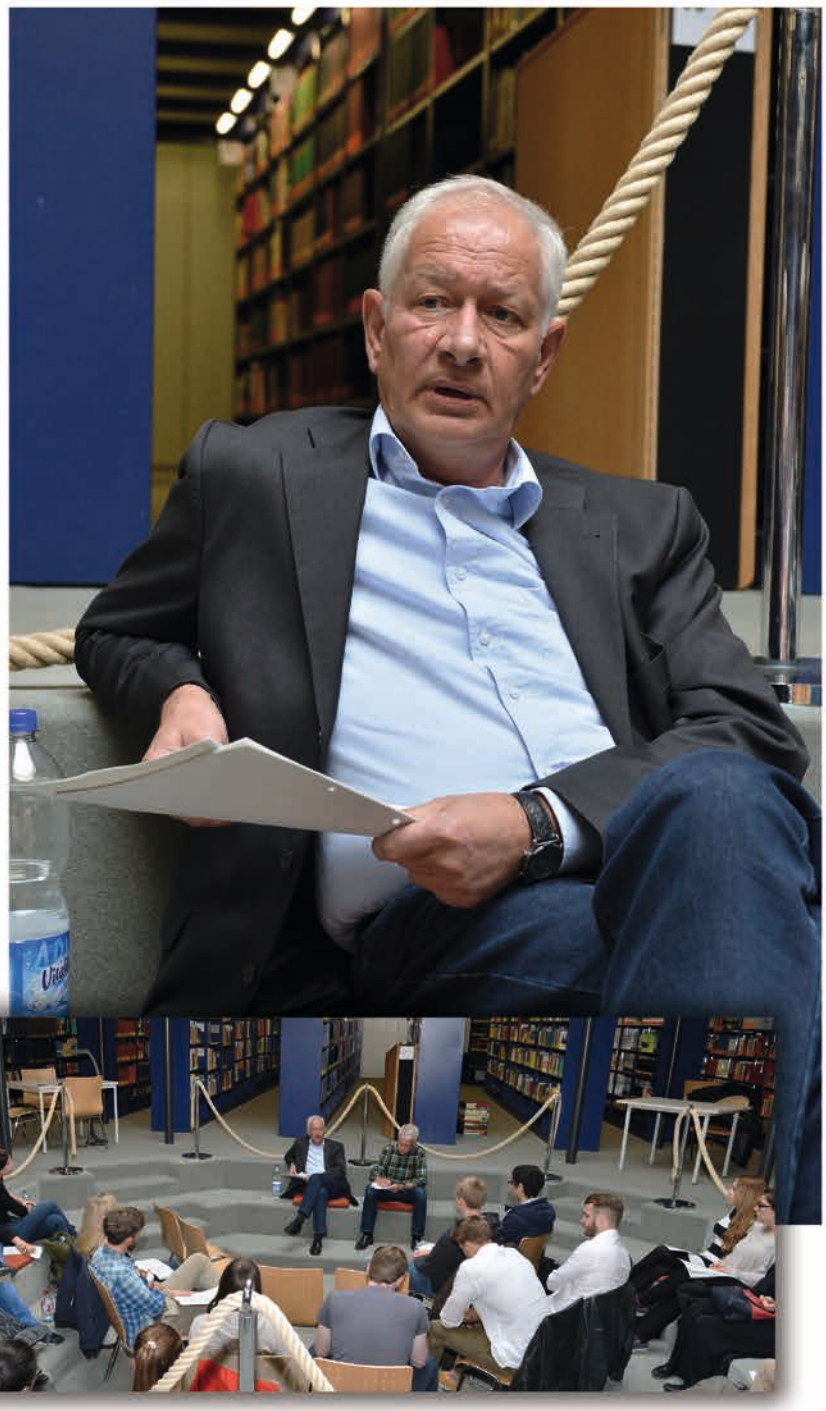


Abb. 6 *– Zeitzeugengespräch: Leitender Oberstaatsanwalt a.D. Wolfgang Ehlers mit Studierenden der HSU und Schülern des Emil-Krause-Gymnasiums.*

Ermittlungen gegen DDR-Spione nach der Wende. Ein Hamburger Staatsanwalt erinnert sich

von
Wolfgang Ehlers

Mit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 begann für die Bundesanwaltschaft und die Generalstaatsanwaltschaften der Länder ein neues Kapitel der Strafverfolgung. Waren es in den Jahrzehnten zuvor nur wenige Verfahren gegen Mitarbeiter ausländischer Geheimdienste gewesen, war nun die Möglichkeit gegeben, die Agenten des ehemaligen Ministeriums der Staatssicherheit der DDR (MfS) und deren Führungsoffiziere zu verfolgen und zur Verantwortung zu ziehen. Zuständig war zunächst die Behörde des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof, die Verfahren geringerer Bedeutung an die Generalstaatsanwaltschaften der Länder, so auch Hamburg, abgab.

Hier fiel die Bearbeitung in meinen Aufgabenbereich als damaliger Dezernent der Staatsanwaltschaft bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg (jetzt Generalstaatsanwaltschaft Hamburg), zu deren Zuständigkeit aufgrund eines Staatsvertrages für Staatsschutzverfahren auch das Bundesland Bremen gehört.

Der Anfang war schleppend, da es einige Zeit brauchte, die Zugänge zu den Unterlagen des MfS zu erschließen und die Termini des Geheimdienstes zu verstehen, aber dann sprudelten die schriftlichen Quellen reichlich. Bei den „preußischen Kommunisten“ gab es diverse Unterlagen mehrfach, und vieles war nicht mehr in die Papiermühlen und die Reißwölfe gelangt. Die Stasiunterlagenbehörde begann zunehmend erfolgreicher zu arbeiten, und die anfänglich manchmal auftretenden Schwierigkeiten in der rechtlich nicht immer einfachen Zusammenarbeit wurden bald überwunden.

Mit Eingang der Akten wurde geprüft, ob die Verdachtsmomente für die Erwirkung von Durchsuchungsbeschlüssen beim Ermittlungsrichter des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg ausreichend waren oder weitere Ermittlungen erforderlich wurden. Dabei waren nicht nur die ehemaligen Agenten im sogenannten Operationsgebiet, also hier Hamburg und Bremen, sondern bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Mai 1995 auch die Mitarbeiter des MfS als Agentenführer als Beschuldigte zu führen, obwohl sie den Boden der Bundesrepublik Deutschland nie betreten hatten.

Bei der Vollstreckung der Durchsuchungsbeschlüsse wurden die Beschuldigten mit dem Tatvorwurf erstmals konfrontiert, und es begann die Suche nach Beweismitteln wie schriftlichen Unterlagen, Kameraausrüstungen einschließlich Abstandsketten zur Dokumentenfotografie sowie Reiseunterlagen, die häufig durch Hinweise aus den Treffberichten der Führungsoffiziere der Agenten aus den Unterlagen des MfS erleichtert wurden. Viele der beschuldigten Westagenten legten dann Geständnisse ab, während die Führungsoffiziere in aller Regel von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machten, da es zu ihrem Ehrenkodex gehörte, ehemalige Agenten nicht zu verraten.

Dies begann sich erst zu ändern, als sich aus ausgewerteten Akten des MfS zu den Decknamen der Agenten Klarnamen erschlossen und als sich Anwerbung, Dauer der Tätigkeit und Verratsumfang rekonstruieren ließen. Die ehemaligen MfS-Mitarbeiter begannen, Angaben zu machen, zumal ihnen in Aussicht gestellt werden konnte, nach einer umfassenden Aussage das Verfahren gegen sie wegen geringer Schuld einzustellen, sofern der Tatvorwurf – wie fast immer – nur *Geheimdienstliche Agententätigkeit* gegen die Bundesrepublik Deutschland für das MfS der DDR war. An einer schnellen Beendigung des gegen sie gerichteten Verfahrens waren die meisten der beschuldigten MfS-Mitarbeiter, die häufig von der ursprünglichen Ausbildung her gut qualifiziert waren, schon deshalb interessiert, weil sie nach der Auflösung des MfS auf der Suche nach einer Anstellung in ihrem ursprünglichen Beruf waren oder diese schon hatten. Schon im Hinblick auf die Effektivität (es konnten in kurzer Zeit mehr Beschuldigte erreicht und vernommen werden), aber auch im Hinblick darauf, dass Beschuldigte bei einer mit mindestens einer Tagesreise verbundenen Ver-

nehmung in Hamburg Gefahr liefen, ihren gerade gefundenen neuen Arbeitsplatz zu verlieren, wurden Vernehmungsreisen in die ehemalige DDR durchgeführt. Vernehmungsort waren überwiegend Räume mit altem Interieur (Lenin blieb an der Wand und die Dzierzynski-Büste auf dem Tisch) im Gebäude der ehemaligen Generalstaatsanwaltschaft der DDR, in Sichtweite des Bundestags.

Was die Motive der Bundesbürger anging, für das MfS zu arbeiten, so waren die Gründe für erfolgreiche Anwerbung und Weiterarbeit als Agent vielschichtig.

Ließen sich einige während der Reise in die DDR zu Verwandten anwerben, da sie Repressalien für ihre Angehörigen befürchteten (interessant für das MfS war fast jeder Besucher), suchten andere das Abenteuer, den finanziellen Vorteil (obwohl das Entgelt bescheiden war), hatten ideologische Gründe oder waren im Einzelfall auch schlicht geltungssüchtig. Nicht selten handelte es sich auch um eine Mischung aus allem.

Während die Hamburger Verfahren gegen die Führungsoffiziere vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wegen geringer Schuld nach § 153 der Strafprozessordnung und danach mangels Tatverdachts eingestellt wurden, endeten die Verfahren gegen die sog. Westagenten teils durch Einstellung, weil sich der Tatverdacht nicht erhärten ließ, teils durch Einstellung wegen geringer Schuld oder gegen Zahlung einer Geldbuße oder durch Anklage vor dem zuständigen 3. Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts.

Bei der Strafzumessung waren dann die Motive, der Verratsumfang, die Dauer der Tätigkeit für das MfS, aber auch die Verfahrensdauer zu berücksichtigen. Die meisten der Verfahren endeten für die Angeklagten mit einer Bewährungsstrafe, dem Verfall des erlangten Agentenlohnes und des Einzugs etwaiger Hilfsmittel für die Agententätigkeit. Dabei kam etlichen Angeklagten zugute, dass Anklagen wegen meiner anderweitigen Aufgaben, insbesondere Aufhebung von NS-Unrechtsurteilen und vorrangig zu bearbeitender Disziplinarverfahren, erst mit etlicher zeitlicher Verzögerung nach Abschluss der Ermittlungen erhoben werden konnten.

* * *

Im Anschluss an den Beitrag von Wolfgang Ehlers: Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beim HOLG wegen "Spionage", 1951-1997

Zur Ergänzung des Beitrags von Wolfgang Ehlers folgen hier ein Diagramm und eine Tabelle, die eine dauerhafte Struktur skizzieren (vgl. für Rostock das Diagramm / Abb. 5b im Beitrag von Helmut Müller-Enbergs): Ebenso wie in Ostberlin und Rostock ein permanenter Geheimdienstapparat am Werk war, gab es in Hamburg eine ständige „Population“ an Spionen, vor allem aber auch ein andauerndes Bemühen um Spionageabwehr und -aufdeckung, schließlich um juristische Würdigung. Im Verlauf von 43 Jahren sind 26 Ermittlungsverfahren wg. „Spionage“ jährlich aufgenommen worden, wovon – wiederum im Durchschnitt – weniger als drei Verfahren mit Verurteilungen beendet wurden, mit Haftstrafen von durchschnittlich elf Monaten (mit oder ohne Bewährung).

In der Polizeilichen Kriminalstatistik sind die Staatsschutz- und Landesverratsfälle nicht enthalten. Basis von Diagramm und Tabelle sind die dem Hamburger Staatsarchiv abgelieferten Ermittlungsakten zu Fällen gemäß § 110e StGB (bis 1969) und § 99 StGB (seither).[1] Im Zweifel bleiben die hier genannten Zahlen hinter den tatsächlichen Fallzahlen etwas zurück; für weitergehende Erkenntnisse müssen sie noch in Beziehung zu manch anderen gebracht werden. In den gravierenden, freilich auch selteneren Fällen (gemäß den genannten und anderen einschlägigen Paragrafen, seit 1968 vor allem gemäß § 94 StGB („Landesverrat“) wurde von der Bundesanwaltschaft ermittelt. Deshalb sind die Fälle Grunert und Löffler in dieser Tabelle nicht zu finden.

Der von 1951 bis 1969 gültige § 100e StGB wurde von Kommentatoren teils mit „Verräterische Beziehungen“, teils mit „Landesverräterischer Nachrichtendienst“ überschrieben.[2]

Der von 1951 bis 1968 geltende, unter das Rubrum „Staatsgefährdung“ fallende § 92 StGB („Verfassungsverräterischer Nachrichtendienst”), der ohne den Begriff des Staatsgeheimnisses auskam, ist offenbar wenig oder gar nicht zur Anwendung gelangt. Er bedrohte denjenigen, der

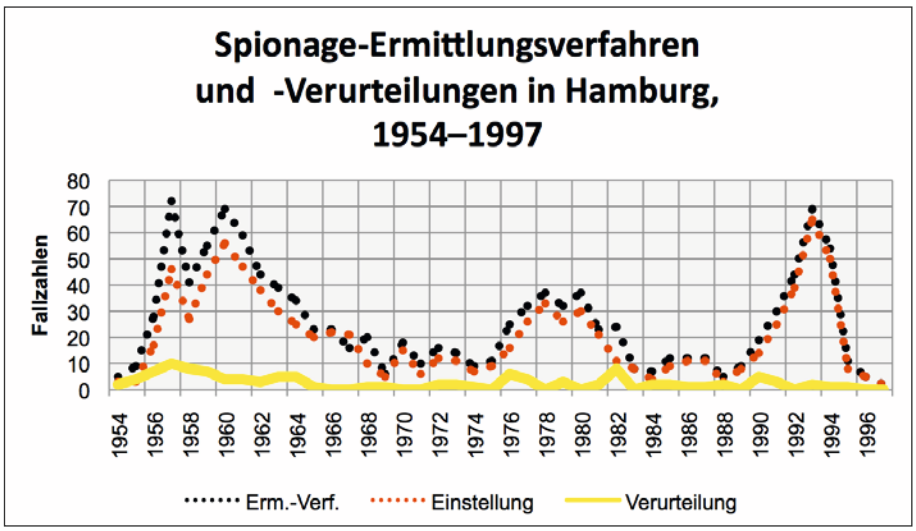


***Abb. 7a** – Die Grafik veranschaulicht: Haftstrafen für „Spionage" (unterste, grüne Kurve) wurden durchschnittlich (inklusive Bewährungsstrafen) in 10% aller Ermittlungsverfahren verhängt.*

> *„in der Absicht, den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen, einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen […], für eine Dienststelle, eine Partei oder eine andere Vereinigung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes, für eine verbotene Vereinigung oder für einen ihrer Mittelsmänner über Verwaltungen, Dienststellen, Betriebe, Anlagen, Einrichtungen, Vereinigungen oder Personen, die sich im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes befinden, Nachrichten sammelt […]".*

Dieser bis 1968 gültige § 92 StGB (alt) war gewissermaßen ein Vorläufer des ab 1968 geltenden, niedrigschwelligen § 99 StGB (Geheimdienstliche Agententätigkeit, vgl. oben in der sogleich gezeigten Tabelle / Abb 7b): Obwohl es in ihm allein auf die Zuarbeit zu „einer Dienststelle, einer Partei" außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des StGB ankam, galt nicht dieser Paragraf 92 als „*Auffangtatbestand oder zur Beweiserleichterung*",[3] sondern just § 110e, der niedrigstschwellige und allgemeinste

Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beim HOLG
wg.
§ 100e (1951-1968) / § 99 StGB (1969-1997)
- ans Hamburger Staatsarchiv abgelieferte Akten -

Jahr	Zahl der Fälle	Einstellung nach § 153, 2, § 154, § 170, 2 StPO	Verurteilung: Haft-Monate (Bewährungsstrafen eingeschl.)	Sonstige Erledigung (Abgabe; Absehen v. d. Verfolgung; Freispruch; Schuldunfähigkeit; Straffreiheit wg. Selbstoffenbarung; Straffreiheitsgesetz; Tod, Verjährung, ??)
I. Rechtsgrundlage: StGB § 100e („Landesverräterischer Nachrichtendienst", in Kraft seit 1951)				
1. Wer zu einer Regierung, einer Partei, einer anderen Vereinigung oder einer Einrichtung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes oder zu einer Person, die für eine solche Regierung, Partei, Vereinigung oder Einrichtung tätig ist, Beziehungen aufnimmt oder unterhält, welche die Mitteilung von Staatsgeheimnissen oder eine der in § 100d, Abs. 1 bezeichneten Maßnahmen* zum Gegenstand haben, wird mit Gefängnis bestraft.				
* § 100d („Landesverräterische Beziehungen"), Abs. 1, lautete: Wer in der Absicht, einen Krieg, ein bewaffnetes Unternehmen oder Zwangsmaßregeln gegen die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder herbeizuführen oder zu fördern, zu einer Regierung [wie oben] außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes oder zu einer Person, die für eine solche Regierung, Partei, Vereinigung oder Einrichtung tätig ist, Beziehungen aufnimmt oder unterhält, wird mit Zuchthaus bestraft.				
1952	./.			
1953	./.			
1954	**5**	3	1 x 7 Mon. 1 x 12 Mon.	./.
1955	**9**	3	1 x 5 Mon. 1 x 6 Mon. 2 x 9 Mon.	2 x Freispruch
1956	**28**	17	2 x 3 Mon. 1 x 5 Mon. 2 x 6 Mon. 1 x 10 Mon. 1 x 12 Mon.	3 x Absehen . v. d. Verfolgung 1 x Verjährung
1957	**72**	46	1 x 4 Mon. 1 x 5 Mon. 1 x 6 Mon. 1 x 9 Mon. 1 x 10 Mon. 2 x 12 Mon. 2 x 15 Mon. 1 x 34 Mon.	2 x Freispruch 2 x Absehen v. d. Verfolgung 1 x Tod 7 x Verjährung 4 x ??
1958	41	27	1 x 1 Mon. 3 x 6 Mon. 1 x 8 Mon. 1 x 9 Mon. 1 x 10 Mon. 1 x 14 Mon.	1 x Freispruch 4 x Verjährung 1 x ??
1959	55	44	1 x 1 Mon. 1 x 2 Mon. 2 x 6 Mon. 1 x 9 Mon. 2 x 15 Mon.	1 x Absehen v. d. Verfolgung 2 x Verjährung
1960	69	56	1 x 1 Mon. 1 x 2 Mon. 1 x 4 Mon. 2 x 6 Mon. 1 x 8 Mon. 1 x 3 Mon. 1 x 15 Mon.	1 x Freispruch 1 x Tod 3 x Verjährung
1961	59	47	1 x 5 Mon. 1 x 9 Mon. 1 x 11 Mon. 1 x 17 Mon.	7 x Verjährung 1 x ??
1962	44	38	1 x 5 Mon. 1 x 6 Mon. 1 x 10 Mon.	1 x Freispruch 2 x Verjährung
1963	39	30	2 x 3 Mon. 1 x 4 Mon. 1 x 6 Mon. 1 x 7 Mon.	4 x Verjährung
1964	34	25	2 x 6 Mon. 1 x 10 Mon. 1 x 21 Mon. 1 x 15 Mon.	4 x Verjährung
1965	23	20	1 x 5 Mon.	1 x Verjährung 1 x ??
1966	23	22	./.	1 x Verjährung
1967	16	21	./.	1 x Verjährung
1968	20	10	1 x 12 Mon.	8 x Straffreiheitsg. v. 1968 1 x ??
Σ 1	**537**	**409**	**65**	
		76 %	**12%**	

II. Rechtsgrundlage: StGB § 99
(Geheimdienstliche Agententätigkeit, in Kraft seit 1968)

(1) Wer
1. für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist, oder
2. gegenüber dem Geheimdienst einer fremden Macht oder einem seiner Mittelsmänner sich zu einer solchen Tätigkeit bereit erklärt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. […]

1969	**6**	5	1 x 9 Mon.	
1970	**18**	15	./.	3 x ??
1971	**10**	6	./.	3 x ?? 1x Straffreiheitsgesetz
1972	**16**	12	1 x 10 Mon., 1 x 12 Mon.	1 x ?? 1 x Selbstoffenbarung
1973	**14**	11	1 x 12 Mon. Jugendstr. 1 x 12 Mon.	1 x ??
1974	**9**	7	1 x 9 Mon.	1 x ??
1975	**11**	9	./.	1 x Schuldunfähigkeit 1 x ??
1976	**25**	16	1 x 42 Mon. (auch wg. §§ 241, 293 StGB) 1 x 15 Mon. 2 x 12 Mon. 1 x 10 Mon. 1 x 24 Mon. Jugendstrafe	1 x Absehen v. d. Verfolgung 1 x ?? 1 x Selbstoffenbarung
1977	**32**	26	1 x 21 Mon. 2 x 12 Mon. 1 x 9 Mon.	2 x ??
1978	**37**	33	./.	1 x Abgabe 2 x ??
1979	**32**	26	1 x 42 Mon. 1 x 6 Mon. 1 x 8 Mon.	1 x ?? 1 x Tod 1 x Verjährung
1980	**37**	30	1 x 30 Mon. 1 x 6 Mon.	5 x ??
1981	**23**	21	1 x 6 Mon.	1 x ??
1982	**24**	11	2 x 30 Mon. (**Gassmann**) 1 x 24 Mon. 1 x 22 Mon. 2 x 18 Mon. 2 x 9 Mon.	5 x ??
1983	**8**	8	./.	./.
1984	**7**	4	1 x 30 Mon. 1 x 6 Mon.	1 x ??
1985	**12**	9	2 x 12 Mon.	1 x ??
1986	**12**	11	1 x 5 Jahre	./.
1987	**12**	11	1 x 8 Mon.	./.
1988	**5**	3	1 x 12 Mon. 1 x 6 Mon.	./.
1989	**9**	8	./.	1 x Abgabe
1990	**19**	14	1 x 24 Mon. 2 x 21 Mon. 2 x 15 Mon.	./.
1991	**30**	25	2 x 24 Mon. (**Rüden**, **Jäger**) 1 x 15 Mon.	1 x ?? 1 x Abgabe
1992	**44**	39	./.	1 x Abgabe 4 x ??
1993	**69**	65	1 x 21 Mon. 1 x 15 Mon.	2 x Tod
1994	**54**	50	1 x 12 Mon. (**Wand**)	3 x ??
1995	**11**	8	1 x 9 Mon. (**Polte**)	1 x Abgabe 1 x ??
1996	**5**	5	./.	./.
1997	**2**	2	./.	./.
Σ 2	595	480	51	
		81%	9 %	

	Zahl der Fälle	Einstellungen	Haft–strafen
Σ 1	**537**	**409**	**65**
1954-1968		**76 %**	**12%**
Σ 2	**595**	**480**	**51**
1969-1997		**81%**	**9 %**
Σ Σ	**1132**	**889**	**116**
1954-1997		**78%**	**10%**

- Zeitraum: 43 Jahre
- ≈ 26 Ermittlungsverfahren wg. Spionage jährlich
- < 3 Haftstrafen jährlich

***Abb. 7b** – Die Tabelle über die Ermittlungsverfahren in Sachen „Spionage" zeigt eine dauerhafte Struktur: In über drei Vierteln der Fälle erfolgte zwar eine Einstellung des Verfahrens, aber zu einem Zehntel gab es Haftstrafen, rund drei Haftstrafen jährlich, im Schnitt wurden elf Monate verhängt (inkl. der Bewährungsstrafen). Meist handelte es sich um DDR-Spione.*

unter den §§ 100 bis 100e. Freilich nahm § 100e auf § 100d Bezug (vgl. in Tabelle / Abb. 7b den Abschnitt II).

Wie Alexander von Brünneck ausgeführt hat, wurde hier bundesdeutscherseits eine Reaktion versucht auf die großangelegten Versuche der DDR in den 1950er und 1960er Jahren, Informelle Mitarbeiter für die „Westarbeit" zu finden, nicht zuletzt auch unter DDR-Bürgern, die in die Bundesrepublik übertraten. Es habe sich bei der umfangreichen Anwendung des § 100e, so von Brünneck, auch um eine juristisch-politische Demonstration gehandelt – mit dem Ziel, „*jeden, der, unter welchen Umständen auch immer, sich [bereits in der DDR] zu einer Mitarbeit bei einem Geheimdienst der DDR verpflichtet hatte, zu zwingen, sich unverzüglich, d.h. in der Regel bei Erreichen der Bundesrepublik oder West-Berlins, den zuständigen Stellen zu ‚offenbaren'*".[4] Genau deshalb sei es bundesweit „zu einer unübersehbaren Zahl von Verfahren nach § 100e StGB" gekommen.

Wolfgang Ehlers' Erinnerung nach sind sämtliche einschlägigen Akten dem Staatsarchiv abgeliefert, also nicht etwa andere als §-110e-Fälle zurückbehalten worden.[5] Im Falle von Verdachtsmomenten dafür, „*vorsätzlich ein Staatsgeheimnis an einen Unbefugten*" gelangen gelassen zu haben (§ 110c, „Fahrlässiger Landesverrat"), oder ein Staatsgeheimnis verraten zu haben (§ 100, „Vorsätzlicher Landesverrat"), war die Bundesanwaltschaft zuständig.

Ulf Gutfleisch hat für den Bundesgerichtshof festgestellt, dass § 100e StGB (alt) der „*in erstinstanzlichen Verfahren mit Abstand am häufigsten angewandte Tatbestand des Staatsschutzstrafrechts*" gewesen sei.[6] § 92 sei als solcher, allein, vom BGH nicht zur Anwendung gebracht, entsprechende Verfahren den Gerichten der Bundesländer überlassen worden. Gutfleisch hat ergänzt, dass es bei § 92 damals ausschlaggebend auf die verfassungsfeindliche Einstellung angekommen sei.[7] Diese Differenzierung betraf – theoretisch, bis 1968 – den weiter unten präsentierten Hamburger Spion Wolfgang Jaeger (*alias* „Günther"): Eine grundgesetzfeindliche Einstellung ist von ihm nicht bezeugt, die Kooperation mit dem DDR-Geheimdienst dagegen sehr wohl.

Anmerkungen

1 *StA HH, 213-9.*

2 *Vgl. Otto Schwarz / Günther Schwarz: Strafgesetzbuch mit Nebengesetzen und Verordnungen. 18., durchgearb. Aufl.. München 1955, S. 233; Adolf Schönke / Horst Schröder: Strafgesetzbuch. Kommentar. 12., neubarb. Aufl.. München 1965.*

3 *Alexander von Brünneck: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968. Frankfurt am Main 1978, S. 104–106.*

4 *Von Brünneck hat hier die Fallgruppe angesprochen, zu der die Hamburger Spionin und Politikerin Ruth Polte gehört hat, vgl. weiter unten das dazugehörige Dossier.*

5 *E-Mail von Wolfgang Ehlers an den Verf. v. 1. Sept. 2015.*

6 *Ulf Gutfleisch: Staatsschutzstrafrecht in der Bundesrepublik Deutschland 1951–1968. Berlin 2014, S. 296.*

7 *Email von Ulf Gutfleisch an den Verf. v. 11. Sept. 2015.*

Abb. 8a *– Broschüre der von Dieter Popp, seiner (ausgerechnet beim BND beschäftigten) Kollegin / Komplizin Gabriele Gast u.a. 1995 gegründeten „Initiativgruppe Kundschafter des Friedens fordern Recht", mit einem markig-nichtssagenden, möglicherweise authentischen Richard-Sorge-Motto überschrieben: „Wir alle werden unseren Auftrag erfüllen!".*

Im Umkreis der Initiativgruppe ist eine ganze Reihe von Sammelbänden mit Texten erschienen, die zum Teil von ehemaligen „Kundschafter(inne)n" stammen (vgl. auch Abb. 12). Am hier abgebildeten Band haben u.a. Gabriele Gast, Hans Modrow (der letzte Vorsitzende des DDR-Ministerrats) und Wolfgang Schwanitz (der letzte Stellvertreter von MfS-Chef Erich Mielke), mitgewirkt, nicht zuletzt der ehemalige Chef der DDR-Auslandsspionage, Markus Wolf. Es geht um die Bekräftigung des überkommenen DDR-Geschichtsbilds (wofür der Name des Historikers Stefan Doernberg steht), speziell um die Ehrenrettung der einstigen „Kundschafter".

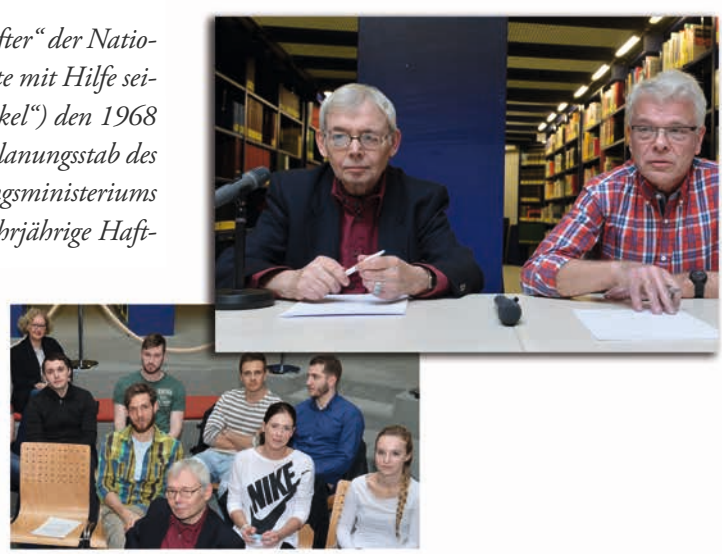


Abb. 8b *– Dieter Popp, Ex-„Kundschafter" der Nationalen Volksarmee (alias „Asriel"), spähte mit Hilfe seines Freundes Egon Streffer (alias „Aurikel") den 1968 gebildeten (2012 wieder aufgelösten) Planungsstab des (damals Bonner) Bundesverteidigungsministeriums aus, verbüßte nach der Wende eine mehrjährige Haftstrafe, ist seit 1995 Vorsitzender der Initiative „Kundschafter des Friedens fordern Recht" e.V. – In der Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg, ließ er sich von Studierenden, jungen Offizierinnen und Offizieren, als Zeitzeuge interviewen, März 2015.*

Dieter Popp: ein "Kundschafter des Friedens" im Zeitzeugen-Interview

– Auszüge[1] –

"Kundschafter" oder "Spion"?

Aus der Zuhörerschaft: Herr Popp, Sie bezeichnen sich selbst als Kundschafter des Friedens, ist das richtig?

Dieter Popp: Ja, es ist wie beim Bäcker: Einmal Bäcker – Immer Bäcker. Danach, auch wenn der Bäcker nicht mehr backt, der ist immer noch Bäcker, genauso bin ich immer noch Kundschafter.

Aus der Zuhörerschaft: Uns interessiert in dem Kontext, was Sie unter Frieden verstehen. Das ist ja ein Begriff, der vor allem auch in der DDR durch das DDR-Friedensgesetz eine gewisse Bedeutung bekommen hat. Was würde das für Sie persönlich bedeuten?

Dieter Popp: Ja, also erst einmal zu dem Wort Kundschafter. Ist natürlich ein schöneres Wort für Spion. Sind wir uns drüber einig. Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass es mein Auftrag war, militärische Absichten der Bundeswehr und der NATO aufzuklären. Das geschah nicht in aggressiver, sondern in defensiver Absicht. Also ich bin nicht mit dem Maschinengewehr da irgendwo hingegangen, sondern ich habe Material besorgt. Das hat niemandem wehgetan. Manchmal haben sie es auch sehr spät oder gar nicht gemerkt. So viel dazu. Zu Frieden komme ich gleich.

Naja gut, die Formulierung im DDR-Friedensgesetz vom 15. Dezember 1950 war wahrscheinlich doch nicht so ganz überzogen.[2] Willi Wimmer hielt es zumindest für angebracht, sich drastisch zu äußern,[3] besonders auch gegen die anglo-amerikanischen Kriegsmechanismen […], und dann gab es ja immer die Bedrohung. Also alle sind natürlich vom Osten be-

droht worden, was natürlich lächerlich war. Denn die USA hatten ja ihre fliegenden Festungen, ihre B 36, wo sie jeden Punkt der Erde – bevor die Russen Atomwaffen hatten – wo sie jeden Punkt der Erde erreichen konnten. Das muss man schon als Bedrohungslüge betrachten. Denn eine echte Bedrohung des Westens vom Osten gab es zu der Zeit eigentlich gar nicht. […]

Treue und Verrat

Aus der Zuhörerschaft: […] Sie wurden ja dann, quasi nachdem Sie ja schon aufgehört hatten, also nach Ende des Ost-West-Konflikts, dann verraten. Und das war ja für sie ein sehr unangenehmes Gefühl, so wie sie es beschreiben, von den Menschen verraten zu werden, denen Sie lange vertraut hatten. Wir haben uns gefragt: Sie haben das ja im Prinzip über Jahre genauso betrieben, zumindest mal mit ihrem Verrichtungsgehilfen im Planungsstab. […]

Dieter Popp: Ich glaube, das kann man so, meiner Ansicht nach, nicht vergleichen. Denn wenn man etwas zusammen macht, dann – ganz egal, was man macht – wenn man etwas zusammen macht, und man vertraut sich, und dann ändert sich irgendwie die Lage. Und man wird dann von demjenigen, mit dem man über Jahrzehnte etwas gemacht hat, verraten […] Aber diese Art von Untreue kann man meiner Ansicht nach nicht vergleichen mit der Untreue gegenüber, sagen wir mal, seinem Vorgesetzten im Verteidigungsministerium, wenn ich da Unterlagen mitnehme oder kopiere.

[Nachtrag:]
Also zum Auskundschaften gehört natürlich Tarnen und Täuschen, das ist aber kein „Verrat" im Sinne des Wortes. Eine ganz andere Sache ist es, wenn diejenigen, die uns zu dieser riskanten Tätigkeit angehalten haben, uns dann aus eigennützigen Gründen an den bisherigen Gegner verkaufen, das nenne ich „Verrat". Aber wie gesagt: Es waren nur wenige, die Mehrzahl blieb prinzipientreu.
[…]

Für die DDR arbeiten – vom Westen aus?

Aus der Zuhörerschaft: Sie haben ja gerade gesagt, Sie wollten etwas für die DDR tun. Haben Sie auch mal mit dem Gedanken gespielt, direkt vor Ort etwas für die DDR zu tun? Sie haben ja gerade gesagt, dass es schon einen ziemlichen Unterschied gab: Marshallplan im Westen und Reparationen im Osten. Dass es vielleicht auch einen anderen Lebensstandard gab. War das für Sie so bewusst, oder haben Sie bewusst gesagt: „Naja, ich will schon was tun, aber lieber dann in Bonn wohnen, wo es vielleicht schöner ist"?

Dieter Popp: […] Also wenn ich jetzt vor der Wende verhaftet worden wäre, dann wäre ich wahrscheinlich ausgetauscht worden. Dann wäre ich aber auch nicht im Osten geblieben. Da bin ich ehrlich. Denn auch die Ausgetauschten konnten natürlich dann, weil sie hier nicht mehr bestraft worden wären, wieder in ihren alten Lebensmittelpunkt zurückkehren.

Helmut Stubbe da Luz: […] Ich glaube, davon sind Sie [der Fragesteller] ausgegangen: Warum hat er nicht seine Arbeitskraft in den Dienst des östlichen Deutschland gestellt?

Dieter Popp: Ich war schon ganz gerne „Wessi".

Aus der Zuhörerschaft: […] Sie haben gerade gesagt, Sie waren auch ganz gerne „Wessi". Sind Ihnen da manchmal Zweifel gekommen in den 20 Jahren, oder waren Sie über die ganze Zeit wirklich überzeugt von Ihrer Tätigkeit und hätten das quasi noch ewig weiter gemacht?

Dieter Popp: Na gut, das sind ja zwei Sachen. Die eine Sache ist Lebensqualität – ja okay. Und die zweite Sache ist natürlich die Politik und die Auswirkungen internationaler und auch Weltpolitik. Und wenn ich jetzt hier den Katalog – wir haben ja den Katalog in der Broschüre – den Katalog der von mir gelieferten Sachen, z.B. Verhandlungspositionen zu den KSZE [Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa].[4] Da bin ich sogar mit dem Silbernen vaterländischen Verdienst-Orden [der DDR] ausgezeichnet worden. […]

Wer musste vor wem gewarnt werden?

Helmut Stubbe da Luz: Friedensverhandlungen […]. Es gibt Friedens- und Entspannungsgespräche zwischen beiden Seiten. Die gehen also gerade so ein bisschen aufeinander zu. Sie [Dieter Popp] greifen jetzt an einer Stelle ein, um Dokumente der einen Seite, die an diesen Friedensverhandlungen und Entspannungsverhandlungen beteiligt ist, [der anderen Seite zu geben,], um die andere Seite zu begünstigen. Das heißt ja aber erneut, dass von der einen Seite *in puncto* Frieden und Entspannung mehr zu erwarten ist als von der andern Seite, sodass es sich lohnt, die eine Seite, die an den Entspannungsbemühungen teilnimmt, zu verraten, um der anderen einen Vorteil zu verschaffen.

Dieter Popp: Nee, Nee, das sehe ich nicht ganz so. Der Osten war natürlich unwahrscheinlich misstrauisch. Der ist ja auch vorher schon paarmal reingelegt worden. Der war unwahrscheinlich misstrauisch, ob der Westen das ernst meint mit dem, was er sagt, und wie weit er gehen würde. Und das ging aus diesen [nach Osten übermittelten] Papieren eindeutig hervor, a) wie weit er gehen würde und b) was er für Zielvorstellungen bei diesen Sachen hat. […]

Helmut Stubbe da Luz: Also Sie haben der misstrauischen Ostseite gesagt: Ihr dürft Euch auf die „Wessis" verlassen. Die wollen wirklich Entspannung.

Dieter Popp: Ja, wirklich. Genau so muss man das sehen. Und dadurch ist das dann auch positiv zustande gekommen. Da leben wir heute noch von, wenn man das objektiv sieht. […]

Bemerkungen zu Gerd Löffler

Helmut Stubbe da Luz: An der Stelle sollten wir vielleicht dann doch mal auf Gerd Löffler eingehen […]. Der sagt, er habe einen Beitrag zur Verhinderung des dritten Weltkrieges geleistet. Das würden Sie von sich doch auch sagen. Sie würden aber vielleicht doch einen Unterschied machen zu Löffler?

Dieter Popp: Das macht man nicht gerne. Das ist etwas unschicklich. Wir können es ja einfach von der tatsächlichen Sache sehen: Was hat Löffler in seiner Tätigkeit als Mitarbeiter der NVA, was hatte man für eine Zielvorstellung mit ihm, und was hat Dieter [Popp] gemacht? Okay, Löffler war ein Perspektivagent. Der war hier in der Hamburger Bürgerschaft, konnte hervorragend reden, war sehr beliebt, und man hatte die Hoffnung, dass er, in der CDU wohlgemerkt, dass er da die Stufen weiter hochgeht und vielleicht dann auch in Bonn mal endet in irgendeinem Ministerium oder so. Reine Perspektive. Während bei mir, haben wir ja drüber gesprochen, ich nun wirklich zu jedem aktuellen, internationalen Brandherd was geliefert habe. So gesehen war ich dann, meine ich, etwas nutzvoller.

Helmut Stubbe da Luz: Es gibt Leistungsunterschiede?

Dieter Popp: Ja, ich will ja deswegen nicht sagen … Er war reiner Perspektivagent. Ich habe auch mit seinen Führungsleuten in Ostberlin kürzlich gesprochen, mit seinen ehemaligen … […]. Die haben das auch in der Art dargestellt. […]

Materielle Absicherung für "Kundschafter" a.D.

Helmut Stubbe da Luz: Zu der materiellen Geschichte fällt mir noch eine Frage ein, weil ich festgestellt habe, dass einige von den Hamburger Kundschaftern, dass für die vorgesorgt wurde in der DDR, die kriegten also, die wurden ja alle von Rostock aus betreut, die kriegten dort – nicht alle, aber zum Teil – ein Perspektivkonto, könnte man jetzt sagen. Also für den Fall, dass die mal aus dem Operationsgebiet zurückgezogen werden müssten, wurde für die was angespart. Haben Sie Kenntnis davon erhalten, dass für Sie auch mal so etwas unternommen worden ist?

Dieter Popp: Ja sicher, aber die Bundeswehr hat das nicht herausgerückt, was sie von der NVA übernommen hat. Ich habe dann aber auch keine Lust gehabt, gegen die Bundeswehr zu klagen. Das wäre auch noch ein Sahnehäubchen auf alle anderen Sachen gewesen. Das hätten die eher als Witz empfunden, ist klar.

Traditionspflege – "Tschekisten" und "Kundschafter"

Aus der Zuhörerschaft: Traditionen und Emotionen spielen ja wahrscheinlich eine große Rolle, wenn Geld eine untergeordnete Rolle spielt. Gab es irgendwelche Vorbilder, Idole? Oder war das einfach der logische Schluss aus der 68er-Generation, wie sie es eben angesprochen haben, die Missstände, die sie angeprangert haben, daraus den Weg als Kundschafter zu gehen? Oder gab es halt auch irgendwelche Vorbilder, wo man sagt: „So möchte ich das auch gerne machen, das ist ein guter Weg"?

Dieter Popp: Sie meinen hier die Sache Richard Sorge und so weiter? Naja gut, diese Broschüre, die Überschrift „Wir alle werden unseren Auftrag erfüllen" – das ist natürlich ein Zitat von der Gruppe Ramsay von Richard Sorge, die haben um den herum in Tokio gearbeitet, das klingt natürlich ein bisschen heroisierend, das gebe ich ja zu. Aber andererseits, wenn das nicht so wäre, würden Sie heute nicht mit mir darüber sprechen. Es war schon ganz bewusst, dass wir das dazu genommen haben. Und hier so andere Vorbilder wie Dzierzynski und die Rote Kapelle usw., das hat bei uns gar keine Rolle gespielt. Und Richard Sorge, über den habe ich erst ein Buch nach 1990 gelesen. […]

Aus der Zuhörerschaft: Können Sie uns noch sagen, ob es eine besondere Tradition der Kundschafter der DDR, der Tschekisten sozusagen, im Verhältnis zu anderen staatlichen Spionageorganisationen gibt? Wir hatten vorhin diesen Teil, dass erwartet wurde oder dass Sie Erwartungen ausgedrückt haben auf Treue und Vertrauen und auch eingefordert haben von Kollegen in einem Geschäft, was ja sonst eine soldatische Tugend auch ist. Würden Sie sagen, es gab ein Selbstverständnis des – also gab es eine Art Kundschafterkorps mit einem Selbstverständnis, das den Kundschafter auch als Berufsgruppe in der Wahrnehmung abgrenzt von anderen Spionageorganisationen?

Dieter Popp: Nee, war nur ein schönerer Name. […] In der Prawda ist der Name Kundschafter das erste Mal für Spione aufgetaucht, und irgendwie hat sich das dann verselbstständigt. Aber es ist im Grunde so, es sind keine besseren, keine schlechteren Spione. Es gibt auch gute Spione und nicht nur gute Kundschafter. Und natürlich auch böse. Gibt es natürlich auch. […]

Engagement zugunsten einer Diktatur?

Helmut Stubbe da Luz: […] Was würden Sie zu dem häufig erhobenen Vorwurf sagen, Sie hätten bei all dem, was Sie vielleicht für den Frieden hätten tun wollen, doch aber einer Diktatur zugearbeitet?

Dieter Popp: Das Wort Diktatur hat früher keiner in den Mund genommen. Das ist erst in den letzten Jahren, die böse DDR-Diktatur. Ich meine, das war eine andere Staatsform, das ist einfach so. Aber ob das nun eine reine Diktatur war? Also ich kenne Diktaturen, da liegt das anders. Sicher, wenn ein Staat alles, die Produktionsmittel, das Militär und alle anderen Sachen in der Hand hat und natürlich auch ein Parlament, was aber zu diesen Sachen so gut wie gar nichts sagen kann, ist es schon keine reine Demokratie. Da gebe ich Ihnen recht. Aber ob man nun gleich Diktatur sagen kann? Wenn ich an Pinochet oder so denke oder hier an Franco, das kann man, glaube ich, doch nicht so in der Form; das wird aber gemacht. Es heißt immer „die böse DDR-Diktatur". […] Aber, wie gesagt, da fällt mir eigentlich keine direkte Antwort drauf ein. Weil, Diktatur ist auch sehr vielschichtig.

Helmut Stubbe da Luz: Naja, ich dachte an die hier geläufigen Kriterien: Freizügigkeit, Gewaltenteilung, politische Partizipation […].

Dieter Popp: Gerade bei der Freizügigkeit. Die ganzen Akademiker, Ärzte und Rechtsanwälte, die sind alle aus dem Osten abgehauen. Die Mauer war teilweise auch für den Osten notwendig. Ich wollte keine Mauer, das ist Quatsch. Aber die mussten was tun, damit es keine Massenflucht ihrer Intelligenz gibt. Das ist einfach so. […]

Dieter Popp: Darf ich noch ein Wort sagen?

Helmut Stubbe da Luz: Wir bitten darum.

Dieter Popp: Ich bedanke mich, dass Ihr es so lange bei mir ausgehalten habt und für eure Aufmerksamkeit und hoffe vielleicht, es heißt ja […], man sieht sich im Leben immer zweimal. Danke schön.

Anmerkungen

1 *Der ungekürzte, von Dieter Popp genehmigte Interviewtext findet sich auf der Internetseite der HSU-Bibliothek (https://ub.hsu-hh.de/wp-content/uploads/2015/06/Interview-Dieter-Popp.pdf).*

2 *Vgl. den Auszug aus dem Gesetz zum Schutze des Friedens der DDR vom 15. Dezember 1950, weiter unten, S. 163*

3 *Der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer hat 1986 an der NATO-Übung WINTEX im damaligen Atombunker (nahe Ahrweiler-Bad Neuenahr) teilgenommen und dabei erlebt, wie – übungshalber, nach einem angenommenen Angriff des Warschauer Pakts – die Vorbereitung eines Atomwaffeneinsatzes gegen DDR-Ziele gespielt wurde; er schlug Alarm; vgl. Atombombeneinsätze gegen ostdeutsche Städte? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 1999 (https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/september, 3. Aug. 2015); das Szenario war freilich nicht neu und umfasste u.a. auch den Einsatz taktischer Atomwaffen gegen beispielsweise schleswig-holsteinische Städte (während Hamburg zur „offenen Stadt" erklärt wurde). Vgl. u.v.a. Alexander Szandar / Diethelm Schröder: Ein Bruchteil der Atomwaffen genügt. General Wolfgang Altenburg über „Wintex"-Szenarien und eine neue Nato-Strategie. In: Der Spiegel 30/89; Nato. Störrischer Musterknabe. Bonn fordert von der Nato, die umstrittenen Planspiele für den Atomkrieg in Europa zu entschärfen. In: Der Spiegel 48/1989; Axel F. Gablik: Eine Strategie kann nicht zeitlos sein. Flexible Response und Wintex. In: Die Bundeswehr 1955 bis 2005: Rückblenden, Einsichten, Perspektiven. Hg. v. Frank Nägler. München 2007, S. 313–328.*

4 *Dieter Popp: Kundschafter des Friedens. In: „Wir alle werden unseren Auftrag erfüllen!" Motivation, Situation, soziale Abstrafung und Forderungen der Kundschafter des Friedens. Hg. vom Verein Initiativgruppe Kundschafter des Friedens fordern Recht. In Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Plattform Niedersachsen der PDS. Hannover o.J. [1998], S. 6–16, hier S. 8 f. Vgl. auch ders.: Aufklärung imperialistischer Diversionsstrategien und die Strategie „Wandel durch Annäherung". In: Auferstanden aus Ruinen. Über das revolutionäre Erbe der DDR. Hg. v. d. Redaktion der Zeitschrift Offensiv. Hannover 2000, S. 104–142; Wolfgang Bergmann: „Es ist kein juristischer Erfolg zu vermelden." Die Ungleichbehandlung der Spionagetätigkeit der zwei deutschen Staaten hält an und hat auch Folgen für die Altersversorgung. Gespräch mit Dieter Popp. In: Junge Welt v. 25. März 2015.*

***Abb. 9** – Dr. André Gursky, Leiter der Gedenkstätte „Roter Ochse" in Halle (Saale), berichtet vor Studenten, Schülern und weiteren Gästen über die Geschichte und Gegenwart der Hallenser Haftanstalt „Am Kirchtor": „Politische Justiz in zwei Diktaturen, 1933–1945 und 1945–1989".*

Das MfS-Gefängnis "Roter Ochse" - Rekrutierungsfeld für Spione?

von
André Gursky

Die Ausstellung „Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg“ wird – so ist geplant – 2016 auch in Halle gezeigt, im ehemaligen MfS-Gefängnis „Roter Ochse“, worin die spätere Hamburger Spionin Ruth Polte (geb. Hötzsch) 1957–1959 eingesessen hat. Einen Überblick über die Geschichte dieser Haftanstalt habe ich in der Ausstellungs-Vorbereitungsphase, am 24. Juni 2015, in der Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität gegeben – unter dem Titel „Politische Justiz in zwei Diktaturen – 1933–1945 und 1945–1989“. Hier folgt eine Kurzfassung.[1]

1842 wurde die Königlich-Preußische Straf-, Lern- und Besserungsanstalt in Halle mit einer vorgesehenen Belegungskapazität von insgesamt 300 Strafgefangenen eröffnet. In den ersten Jahren gelangten kriminelle Straftäter in die Haftanstalt Am Kirchtor.

Mit dem Scheitern der demokratischen Revolutionen in den Ländern Europas um 1850 änderten sich die Inhaftierungsgründe maßgeblich. Zahlreiche Aufständische wies die preußische Justiz aus politischen Gründen in die hallesche Strafvollzugsanstalt ein, darunter auch Führer der Revolution aus zahlreichen mitteldeutschen Ortschaften. Die politische Justiz wurde fortan zur grundlegenden justiziellen Praxis in dieser Haftanstalt, die der Volksmund seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert „Roter Ochse“ nannte.

Mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten im Jahre 1933 änderten sich Wesen und Struktur der politischen Justiz im „Roten Ochsen“ grundlegend. Die menschenverachtende nationalsozialistische Ideologie fand spürbar Verbreitung im Alltag der Haftanstalt, die 1935 in ein Zuchthaus umgewandelt wurde. Der „Rote Ochse“ wurde Teil der politischen NS-Justiz und der damit verbundenen völkischen und rassistischen Prägungen.

Insbesondere seit Herbst 1942 war der organisierte Tod von Häftlingen im Zuchthaus Halle allgegenwärtig. Bis zum 10. April 1945 wurden 549 Menschen aus 15 Ländern Europas im „Roten Ochsen“ hingerichtet.

Am 17. April 1945 besetzte die 104. US-Infanterie-Division „Timberwolf“ die Haftanstalt Am Kirchtor, und wenige Wochen später, am 1. Juli 1945, gelangte sie in die Befehlsgewalt der sowjetischen Besatzungstruppen.

Der sowjetische Geheimdienst NKWD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten) übernahm neben einigen anderen Gebäuden auch den Komplex des „Roten Ochsen“. Die Haftanstalt diente als Durchgangslager für befreite sowjetische Kriegsgefangene und ehemalige Zwangsarbeiter, deren Rückkehr in die Sowjetunion in bislang nicht bekannter Zahl mit einer erneuten Einweisung in die sowjetischen Konzentrationslager (Gulag) bzw. mit dem Tod durch Erschießen und der Schmach eines „Vaterlandsverräters“ verbunden war.

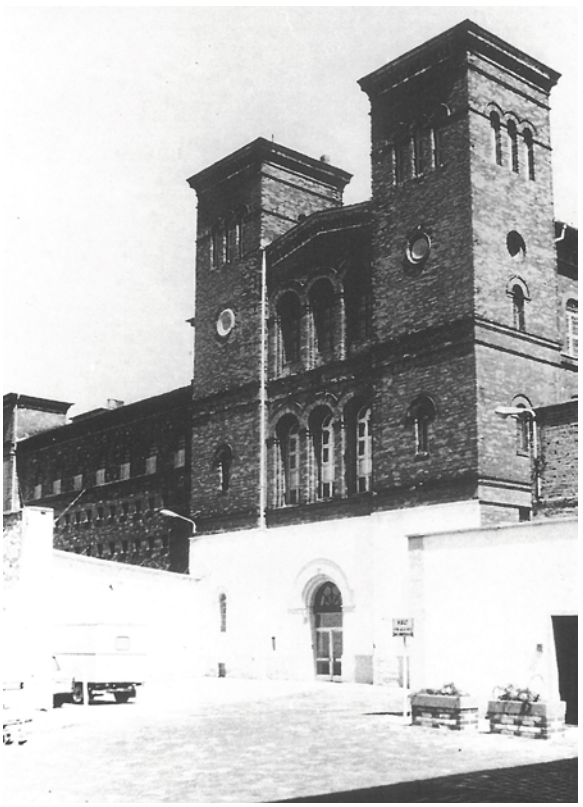


Abb. 10 *– Die Haftanstalt „Roter Ochse“ in Halle (Saale) wurde 1842 als Königlich-Preußische Straf-, Lern- und Besserungsanstalt eröffnet. Seit den deutschen Revolutionsereignissen 1848–1850 gelangten hierhin auch politische Häftlinge — nachweisbar bis zum Ende der SED-Diktatur 1989. Die Haftanstalt war in der NS-Zeit eine der zentralen Hinrichtungsstätten im Reichsgebiet, nach Kriegsende Sitz des Sowjetischen Militärtribunals in der Provinz Sachsen / Land Sachsen-Anhalt, und – nach Gründung der DDR – sowohl Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit als auch Gefängnis für aus politischen und kriminellen Gründen Inhaftierte.*

Sowjetische Militärtribunale (SMT) urteilten im „Roten Ochsen“ aus politischen Gründen verhaftete Deutsche ab – als Staatsverbrecher und Gegner der Sowjetunion, als faschistische Kriegsverbrecher. So nutzte der sowjetische Geheimdienst den „Roten Ochsen“ zur Verfolgung von tatsächlichen und vermeintlichen politischen Gegnern der Sowjetmacht und der offensiv vollzogenen gesellschaftlichen Weichenstellung in der von ihr besetzten Zone. Das auf alliierter Einigkeit der Sieger einst basierende Prinzip, gegen NS-Belastete in Deutschland vorzugehen, ordnete die sowjetische Führung ihren bereits vor Kriegsende 1945 ausgearbeiteten Plänen unter, wie sie ihre Hegemonie in Osteuropa durchsetzen werde. Die Janusköpfigkeit der SMT-„Rechtsprechung“ ist auch noch in den ersten Jahren nach Gründung der DDR, bis 1953, nachweisbar. Viele von SMT verhängte Todesstrafen wurden nach 1945 im „Roten Ochsen“ vollstreckt, ab 1950 erfolgten die Exekutionen in Moskau. Genaue Zahlen über die im „Roten Ochsen“ Internierten oder von SMT verurteilten Deutschen für den Zeitraum 1945 bis 1953 liegen freilich bis heute nicht vor.

Zwischen 1950 und 1952 waren die Zuständigkeiten in der Haftanstalt zwischen dem Ministerium des Innern der DDR (MdI) und dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) einerseits, der sowjetischen Militärverwaltung andererseits aufgeteilt. 1952 übergab die sowjetische Militärverwaltung endgültig den letzten Teil des Areals der Haftanstalt an die deutsche Seite. Seitdem zeichnete das MfS im „Roten Ochsen“ für das Hafthaus A zuständig (Abt. XIV, Untersuchungshaft). Darüber hinaus bestanden hier bis Herbst 1989 die Abteilungen IX (Untersuchungsorgane) und VIII (Beobachtung/Ermittlung) sowie seit den 80er Jahren die Arbeitsgruppe XXII (Terrorabwehr). Die politischen Repressionen des MfS richteten sich anfangs vor allem gegen die Zeugen Jehovas, die in Schauprozessen nach sowjetischem Vorbild abgeurteilt wurden. Weiterhin gelangten vermeintliche und tatsächliche Regimegegner und Spione in die Untersuchungshaftanstalt (UHA) des MfS Am Kirchtor. Nach 1950 befanden sich in den Verwahrhäusern des MdI im „Roten Ochsen“ hunderte politische Gefangene – einst von SMT verurteilt – zur weiteren Strafverbüßung. 1954 änderte sich der Charakter des MdI-Strafvollzugs. Die drei Hafthäuser im „Roten Ochsen“ dienten nach der Verlegung der männlichen Strafgefangenen fortan als Frauengefängnis – mit der berüchtigten Mischbelegung aus kriminellen und politisch Inhaftierten. Verschiedene Inhaftierungsgründe

gemäß Strafgesetzbuch der DDR – von der DDR-Justiz unter Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsdelikten subsummiert – sind für die Ära Honecker in wachsender Zahl nachweisbar. Da an der Juristischen Hochschule des MfS in den 1980er Jahren an der Redaktion eines eigenen „internen Strafrechtsbuchs" gearbeitet wurde zur „Vorbeugung und Bekämpfung von Staatsverbrechen und politisch-operativ bedeutsamer Straftaten der allgemeinen Kriminalität" (zwei Teile davon erschienen 1986/87)[2], konnte es damals als wahrscheinlich angenommen werden, dass die politisch motivierte Strafverfolgung in der DDR an Intensität noch gewinnen, dass mit einer nachlassenden Belegung des „Roten Ochsen" keineswegs zu rechnen sein würde.

Insbesondere nach den KSZE-Verhandlungen in Helsinki (1975) versuchten immer mehr Menschen, auf legalem Wege (durch „Übersiedlungsersuche") oder auf illegalem Wege (durch „Republikflucht") die DDR zu verlassen. Die SED reagierte hierauf mit einem Arsenal neuer Gesetzesvorlagen, so mit dem 3. Strafrechtsergänzungsgesetz, um die Ausreisewilligen zu kriminalisieren. Federführend war an der Gesetzeserarbeitung das MfS beteiligt. Der Geheimdienst ergriff Maßnahmen zur Zurückdrängung von „Übersiedlungsersuchenden" und/ oder deren Inhaftierung bis hin zum Verkauf dieser Menschen in die Bundesrepublik Deutschland für Devisen (Häftlingsfreikauf). Republikflüchtige bestimmten zu einem großen Teil die Häftlingsgesellschaft im „Roten Ochsen" in der Ära Honecker. Alle Häftlinge, ob nach Artikel 6 der DDR-Verfassung, ob wegen Spionage, staatsfeindlicher Hetze oder wegen illegalem Grenzübertritt verurteilt, waren in den 40 Jahren der SED-Diktatur menschenverachtenden Maßnahmen der Persönlichkeitszerstörung ausgesetzt. Das MfS, insbesondere deren Untersuchungsführer im „Roten Ochsen", zersetzten, wie es hieß, „feindlich-negative Elemente" unter Anwendung perfide ausgeklügelter Methoden. Zwischen 1950 und 1989 gelangten nahezu 9.600 Menschen in die MfS-Untersuchungshaft Am Kirchtor in Halle. Die Zahl der politischen Häftlinge dieses Zeitraumes aus der gesamten Haftanstalt „Roter Ochse" ist bislang nicht bekannt.

Untersuchungsgefangene, die als Spitzel für das MfS arbeiteten, gab es bereits seit den 50er Jahren sowohl im Untersuchungshaftbereich des MfS als auch im Strafvollzugsbereich des Ministeriums des Innern. Mit Inkraft-

treten der MfS-Richtlinie 2/81 „Zur Arbeit mit Zelleninformatoren (ZI)“ wurde die Kategorie des Informanten / Spitzels im Haftbereich offizialisiert. Umfassende Untersuchungen zu diesem Themenkomplex stehen für den „Roten Ochsen“ noch aus.[3]

Die spätere Hamburger Spionin Ruth Polte (geb. Hötzsch) wurde 1957 wegen staatsfeindlicher Tätigkeit in die Haftanstalt Am Kirchtor in Halle verbracht. Sie ist – neben anderen bekannten „Fällen“[4] – ein Beispiel für das Bemühen des ostdeutschen Geheimdienstes, einen operativen Abschluss in Form der Anwerbung für geheimdienstliche Tätigkeiten zu erlangen (im Fall Hötzsch / Polte zugunsten der Hauptverwaltung Aufklärung, Abteilung II, für Aufklärung im Parteienspektrum der SPD in der BRD zuständig). Unter den Inhaftierten hat das MfS auch weitere Informanten rekrutiert, die dann als Doppel- oder Mehrfachagenten für verschiedene Dienste arbeiteten.

Über die „Rekrutierung von Westspionen“ finden sich im Restbestand erhaltener Unterlagen im Archiv der sozialen Demokratie (Ostbüro der SPD) in Bonn Hinweise auf in der Haft angeworbene Spitzel, die später, nach ihrer Haftentlassung – ähnlich wie Ruth Polte – für den ostdeutschen Geheimdienst spionierten. Mit dem Fall Hötzsch / Polte ist exemplarisch ein wichtiges Forschungsthema angesprochen, das auch über den Haftort „Roter Ochse“ hinaus noch weiterer Beleuchtung bedarf.

Abb. 11 *– „Fehler wieder gutmachen, ganze Kraft dem Aufbau des Sozialismus widmen" etc. – Ruth Hötzsch bittet während ihrer Haft im Roten Ochsen um Straferlass gegenüber der Staatsanwaltschaft Halle, Mai 1959.[5] Vermutlich war ihr von der Bezirksverwaltung Halle des MfS Hoffnung gemacht worden: Dort hoffte man auf ihre künftige informelle Mitarbeit. Doch handelseinig wurde man zunächst nicht, und Ruth Hötzsch (spätere Polte) musste die gesamte Haftzeit absitzen.*

anwaltschaft Halle

Halle

Staatsanwalt d. Bezirkes Halle/S.
Abt. I
Eing. 27. MAI 1959
Band ____ Schriftst. ____

Betr.: Gesuch auf Straferlaß

Mit dem heutigen Tag möchte ich die Bitte an Sie richten, noch einmal zu überprüfen, ob eine Möglichkeit besteht, mir einen Teil der Strafe zu erlassen. Ich wurde am 31. 12. 1958 vom Bezirksgericht Halle wegen Beihilfe zum Staatsverrat zu 2 Jahren, 3 Monaten Zuchthaus mit Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Z. Zt. befinde ich mich reichliche 20 Monate - der Tag meiner Inhaftierung war der 6. 9. 1957 - in Haft.
Während meiner Untersuchungs - und Strafhaft habe ich das Verbrecherische meiner Handlungsweise eingesehen und mich davon distanziert. Gerade deshalb bin ich bereit und gewillt, meine Fehler wiedergutzumachen, meine ganze Kraft dem Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu widmen und die Ehrlichkeit dieser Worte durch die Tat zu beweisen.

Ruth Hötzsch

KOPIE BStU

Anmerkungen

1 *Vgl. auch André Gursky: Das Umgestaltungskonzept der Dauerausstellung Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale). In: Erinnern! Hg. v. d. Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. H. 2. Magdeburg 2004, S. 1–5.*

2 *Vgl.: Strafrecht. Allgemeiner Teil, VVS JHS o001– 40/85, Potsdam, Dezember 1984, S. 10.*

3 *Vgl. Volker Erdmann: Die „Zelleninformatoren“ in der Untersuchungshaft der MfS-Bezirksverwaltung Halle/S. 1981–1989. Hg. v. d. Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt. Magdeburg 1998 (Sachbeiträge 8).*

4 *Vgl. André Gursky: Zwischen Aufklärung und Zersetzung. Zum Einfluss des MfS auf die Zeugen Jehovas in der DDR am Beispiel der Brüder Pape. Hg. v. der Landesbeauftragten (wie Anm. 3) Magdeburg 2003 (Sachbeiträge 27).*

5 *StA HH 213–9 Abl. 01/07 Nr. 1 OJs 7/95, (Sonder-) Bd. 4, Bl. 56. Bei der Abbildung handelt es sich um das Foto von der Einlieferungsanzeige, 6. Sept. 1957, s. u. Dossier „Ruth Polte“, Abb. 90.*

Abb. 12 *– Ex-Spion Gerd Löffler hat dreimal Beiträge für Publikationen aus dem engeren oder weiteren „Kundschafter-für-den-Frieden"-Umfeld geliefert – und sich als Opfer dargestellt.*

Die ehemaligen MfS-Offiziere Klaus Eichner und Gotthold Schramm haben die Bände „Kundschafter im Westen" (2003) und „Der Botschaftsflüchtling und andere Agentengeschichten" (2006) herausgegeben. Der einstige NVA-Offizier Bernd Biedermann, einer der Herausgeber des Sammelbandes „Die Militäraufklärung der NVA. Ehemalige Aufklärer berichten", ist 1990 als Oberst in die Bundeswehr übernommen worden; der zweite, Harry Schreyer, war Abteilungsleiter in der Militärischen Aufklärung der NVA; der Politologe Bodo Wegmann, der eine Dissertation über den Militärischen Nachrichtendienst der NVA geschrieben hat, fungiert als Vorstandsmitglied eines Gesprächskreises Nachrichtendienste in Deutschland (GKND) e. V. von 2004, Berlin.

Abb. 13 *– Oberstleutnant i.G. Dr. Wolfgang Schulenberg, derzeit im Berliner Verteidigungsministerium tätig, hat 2014 seine an der HSU entstandene Dissertation über den Hamburger Spion Gerd Löffler publiziert.*

Mit HSU-Studierenden und Schüler(inne)n des Hansa-Gymnasiums Hamburg-Bergedorf hat er in der Universitätsbibliothek über den Fall Löffler, die militärische Aufklärung der Nationalen Volksarmee, vor allem aber über historische Quellenarbeit mit Zeitzeugen und Archivalien gesprochen, April 2015.

"Top-Spion" Gerd Löffler – Akteur und Zeitzeuge zugleich

von
Wolfgang Schulenberg

Spionage pflegt von dem Staat, der sie gegen sich gerichtet sieht, bestraft zu werden. Gleichwohl wird selten nach dem Motto *etiam si omnes – ego non* verfahren, und der kategorische Imperativ Immanuel Kants gilt zwischen Staaten besonders wenig. Insofern ist es wohl entweder naiv oder ein Feigenblatt, wenn man sich heute in Deutschland so entsetzt über Ausmaß, Qualität und Skrupellosigkeit der Ausforschung durch fremde oder auch befreundete Mächte zeigt. Dabei geht oft unter, dass die echte oder aufgesetzte Empörung gegen die Machenschaften von NSA & Co. dazu geeignet ist, vom nicht minder schamlosen Treiben von Akteuren allerlei sonstiger Provenienz abzulenken (nicht selten östlicher und fernöstlicher Couleur). Der eigentliche Skandal ist vielleicht weniger die Hemmungslosigkeit der Akteure, als vielmehr die verbreitete, langandauernde Arglosigkeit all dem gegenüber. Hinzu kommt dann regelmäßig – damit zusammenhängend – die plötzlich grassierende Verwunderung über die ins Gedächtnis zurückgerufenen Untergrundaktivitäten. Sie pflegt – den Gesetzmäßigkeiten der Massenmedien-Kommunikation folgend, bald wieder abzuflauen – zum Glück für die Agenten.

Für die Spionageforschung resultiert daraus als Erstes Gebot, dass zunächst einmal der soziale Prozess des Hütens und Aufdeckens von Geheimnissen zu rekonstruieren ist, dass die ethisch-politischen Urteile über die Akteure aber hernach gefällt werden.

Die Ost-West-Konfrontation zwischen – grob – 1945 und 1990 hat eine besondere Konzentration der *Geheimdienstlichen Aktivitäten* gerade auf deutschem Boden zur Folge gehabt, wobei den Nachrichtendiensten von Bundesrepublik und DDR naturgemäß bei der Auseinandersetzung mit dem jeweiligen deutsch-deutschen Nachbarn eine Schlüsselposition zukam. Für sie war der Eiserne Vorhang durchaus überwindbar: Die ge-

meinsame Geschichte und Kultur, ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten in Sprache und Mentalität, zugleich aber mehr oder minder kultivierte, blindmachende Ressentiments boten beiden deutschen Geheimdiensten gute Möglichkeiten – nicht zuletzt bei der Rekrutierung „Informeller Mitarbeiter“ auf dem Gebiet des jeweils anderen deutschen Staats.

Die Wendesituation in Europa und vor allem in Deutschland stellt einen besonderen Glücksfall auch für den Forschungsgegenstand der Geheimdienste dar. Mögen Wikileaks & Co. hier neuerdings auch ganz ungewohnte Aussichten eröffnen – bislang jedenfalls sind nachprüfbare Detailinformationen und besonders Quellen zu diesem Bereich der Politik stets rar. Nach dem Untergang der DDR wurde so manche bis dato vorliegende Information überprüfbar,[1] eine kaum vorstellbare Vielfalt und Menge überhaupt erst zugänglich und öffentlich – ungeachtet dessen, dass ungeheure Mengen an Dokumenten 1989/90 der Vernichtung anheimgefallen sind.

***Abb. 14** – Wolfgang Schulenbergs Dissertation von 2014 über den Fall Gerd Löffler ist die erste monografische, wohl überhaupt so gut wie die erste wissenschaftliche Publikation zum Thema der DDR-Spionage in Hamburg.*

Im Vergleich zu den teils turbulenten Besetzungen von Liegenschaften der Stasi blieb die Militäraufklärung der Nationalen Volksarmee der DDR als weit weniger bekannter Geheimdienst zunächst unbehelligt. Gemäß Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung Nr. 1206/90 wurde vor dem Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes die Vernichtung der ge-

samten Aktenbestände angeordnet. Am 13. September 1990 meldete der Chef der Militäraufklärung, General Krause, die Vernichtung aller *„personellen, materiellen und finanziellen Nachweise, Karteien, Akten und sonstigen Unterlagen, die zur Aufdeckung von Personendaten führen könnten. […] Diese Aufgabe wurde mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit erfüllt"*.[2] Es ist erstaunlich, dass dies überhaupt gelang: Die Unterlagen waren ausgerechnet in der vermeintlich besonders sicheren – und nun durch Bürger besetzten! – Stasi-Zentrale in der Normannenstraße eingelagert worden. 360 Meter Akten wurden durch ein NVA-Kommando geborgen und über eine Zwischenlagerung in Potsdam schließlich im Heizwerk der Zentrale der Militäraufklärung in der Berliner Oberspreestraße verbrannt.[3]

Die Überzeugung der Offiziere, mit preußisch-deutscher Gründlichkeit alle Unterlagen beseitigt zu haben, erwies sich als Irrtum. Man findet heute die Angabe, der die NVA-Aufklärung betreffende, erhaltene Akten-Gesamtbestand mache fast einem Kilometer aus.[4] Die NVA-Militäraufklärung wurde nämlich ihrerseits überwacht: Die MfS-Dienststelle „Verwaltung 2000", welche auch für die Absicherung und Spionageabwehr der NVA einschließlich deren Militäraufklärung zuständig war, legte selbst Akten an oder sammelte Duplikate.

In den frühen Zeitraum der hektischen Bemühungen um Spurenbeseitigung im Rahmen gleichzeitiger Selbstauflösung fällt die Verhaftung des unter dem Aspekt der politischen Position hochrangigsten Spions der NVA-Militäraufklärung, des damaligen Hamburger CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Gerd Löffler, der Anfang 1990 von einem ehemaligen MfS-Offizier enttarnt wurde. Die Löffler betreffenden NVA- und MfS-Akten, die einst mehrere Bände gefüllt haben müssen, gehören zwar weitgehend zu denen, die verloren sind; der Fall als solcher aber ist in geschichts- und politikwissenschaftlicher, in juristischer und rechtshistorischer Hinsicht außerordentlich, typisch für so manche Entwicklung, manchen Bruch im Verlauf der Spionage im Kalten Krieg, in der Wendesituation und im Umgang mit den Hinterlassenschaften der DDR.

Für den Forscher stellt es einen Glücksfall dar, einen Akteur wie Gerd Löffler als Zeitzeugen befragen zu können. Dies ist in persönlichen Treffen und durch regelmäßige Korrespondenz geschehen, in ganz anderer Atmo-

sphäre, als sie etwa in Vernehmungen oder vor Gericht herrscht. Die Bedeutung dieser unmittelbaren Kontakte erwies sich dabei als umso größer, je mehr Vertrauen mit der Zeit entstand, je mehr es um Motivlagen und subjektive Sichtweisen ging. Löffler stellte teilweise ganz private Unterlagen zur Verfügung, entband seinen Anwalt von dessen Schweigepflicht, vermittelte Kontakte zu seinen früheren NVA-Führungsoffizieren und zu seinem Freund und Unterstützer Gerhard Orgaß – Türen, die ohne ihn verschlossen geblieben wären.

Die allgemein gegebene Problematik zeithistorischer Interviews leuchtet fast unmittelbar ein und ist zu bekannt, als dass sie hier erneut ausgebreitet werden müsste.[5] Herauszustellen ist, dass Löffler zwar mit Überzeugung und Nachdruck seine Sicht der Dinge darstellte, nie jedoch den Versuch unternommen hat, auf die Arbeit des Verfassers unmittelbar Einfluss zu nehmen. So hat er, abgesehen von den wenigen Seiten über seine persönliche Biografie, welche er ergänzt hat, nie Teile der im Werden begriffenen Arbeit zu lesen bekommen und dies auch nicht verlangt. Löfflers Interesse an der Darstellung seines Falles basierte auf seiner Überzeugung, dass er dadurch mehr Vorteile als Nachteile erfahren werde, weil bislang Desinformation, Legendenbildung, ja Verleumdung überhandgenommen hätten

Abb. 15 *– Gerd Löffler vor seinem letzten Redebeitrag in der Hamburger Bürgerschaft, 13. März 1991. – Was ein politischer Akteur in die Mikrofone der Reporter äußert, ist eine Sache, ein späteres Zeitzeugen-Interview mit einem Forscher, dem Vertrauen entgegengebracht wird, eine andere.*

Zunächst war es nicht immer einfach, die erforderliche Distanz zu wahren, zumal Gerd Löffler ein ebenso intelligenter wie charmanter Gesprächspartner ist; zugleich offenbarte er Erinnerungslücken, und er wartete auch mit später hinzugekommenen Gedanken eigener oder fremder Provenienz auf, wie sie sich unweigerlich im Laufe der Zeit einzuschleichen pflegen. Insbesondere waren die Motive, die Löffler ursprünglich zu seiner Spionagetätigkeit trieben, nicht leicht von denen zu trennen, welche nunmehr unerwähnt blieben oder aber aus der Ex-post-Sicht hinzukamen. Ferner hat sich Löffler von interessierter Seite vereinnahmen lassen: Die ehemaligen „Kundschafter des Friedens" boten als Verein, nicht zuletzt auch in Publikationen, ein Forum, in dem Löffler seine Sichtweise darlegen konnte, fühlte er sich doch von der Justiz, der Öffentlichkeit und den Medien weitgehend unverstanden. Löfflers Motivlage war wohl tatsächlich weniger simpel, als es seinen ostdeutschen Auftraggebern, aber auch seinen Gegnern genügt hätte: Weder war er überzeugter Kommunist noch ein nur aus Geldgier gedungener Söldling.

Es gibt keine Alternative dazu, beharrlich neue Indizien freizulegen, Sichtweisen *ex ante* und *ex post* zu trennen und sich mit der angemessenen Empathie den geschichtlichen Akteuren, vor allem aber mit Akribie der geschichtlichen Wirklichkeit anzunähern. Gerd Löffler ist hinsichtlich des Ergebnisses der seinem Fall gewidmeten Studie zwiegespalten, hat einerseits geurteilt, dass die „Ohrfeigen" an alle beteiligten Seiten halbwegs ausgewogen ausgeteilt worden seien, doch andererseits ist ein gehöriges Maß an Enttäuschung unverkennbar. Ob dieser Umstand zugunsten des Forschers auszulegen sei, muss von dritter Seite beurteilt werden.

Anmerkungen

1 *Man denke an die Indizien, auf deren Grundlage vor 1990 eine ganze Reihe von Spionen verurteilt worden waren, oder auch an die noch während des Kalten Krieges veröffentlichte Autobiografie des übergelaufenen Stasi-Offiziers Werner Stiller: Diese enthielt, wie er selbst nach der Wende offenbarte, bewusst diverse Falschinformationen, um das Ministerium für Staatssicherheit zu täuschen. Vgl. Werner Stiller: Im Zentrum der Spionage, Mainz 1986, ferner ders. (mit seiner nunmehr „aktualisierten" Biografie): Der Agent. Mein Leben in drei Geheimdiensten. Berlin 2010.*

2 *Zit. n. Walter Richter: Der Militärische Nachrichtendienst der Nationalen Volksarmee der DDR und dessen Kontrolle durch das Ministerium für Staatssicherheit. Frankfurt am Main 2002, S. 333.*

3 *Vgl.: Bodo Wegmann: Die Militäraufklärung der NVA. Berlin 2006, S. 613.*

4 *Ebd., S. 618 f., mit Bezug auf eine Meldung der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.*

5 *Zum Umgang mit Zeitzeugen vgl. z.B. Johannes Fried: Geschichte und Gehirn. Der Schleier der Erinnerung. Grundzüge einer historischen Memorik. München 2004; Ute Mank: Zwischen Trauma und Rechtfertigung. Wie sich ehemalige Wehrmachtssoldaten an den Krieg erinnern. Frankfurt am Main 2011.*

Teil B

Spionage – Fortsetzung der Politik "mit anderen Mitteln"?

Abb. 16 *– Titelseite einer heroisierenden MfS-Broschüre von 1987 (zum Original vgl. weiter hinten Abb. 37). Reinhard Scheiblich hat sechs Hamburger Politiker-Spione hineinmontiert – Johannes Koppe, Arved Rüden, Ruth Polte, Hermann Gaßmann, Wolfgang Jaeger, Kurt Wand jun. und – ein Fragezeichen.*

Spionage Fortsetzung der Politik "mit anderen Mitteln"?

Der Bundesnachrichtendienst sammelt zur ***Gewinnung von Erkenntnissen über das Ausland****, die von* ***außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung*** *für die Bundesrepublik Deutschland sind, die erforderlichen Informationen und wertet sie aus.*

(Bundesnachrichtendienstgesetz, § 2)

Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder ist die Sammlung und Auswertung von Informationen […] über […]
2. sicherheitsgefährdende oder Geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes ***für eine fremde Macht*** *[…].*

(Bundesverfassungsschutzgesetz, § 3)

Der Krieg sei eine „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, so ist definiert und mittlerweile zum Sprichwort geworden; der Krieg finde also nicht jenseits der Politik statt, mit ihm werde das Feld der Politik nicht verlassen. Der Krieg sei vielmehr selbst ein Stück – allerdings unter wichtigen Aspekten außerordentlicher – Politik, wobei unter Politik hier staatliche Politik und meist Außenpolitik verstanden wird (der Krieg also nicht als Bürgerkrieg). Die Fortsetzung erfolge mit Hilfe „anderer“ als den üblicherweise zur Politik gehörenden Mitteln.

Eine Aktion fortzusetzen, heißt, sie über einen bestimmten Punkt hinaus zu verlängern. Der Punkt kann zunächst zeitlich und räumlich definiert werden: Eine Rettungsaktion wird beispielweise über den ursprünglich vorgesehenen Zeitraum hinaus fortgesetzt, weil noch Hoffnung besteht, Erdbeben-Überlebende zu finden; oder eine Fahndungsaktion wird über die nationalen Grenzen hinaus fortgesetzt, in den Rechtsraum anderer Länder hinein. Die Worte „mit anderen Mitteln“ verweisen auf den dritten, modalen Aspekt einer Handlung. Die exemplarisch benannte Rettungsaktion wird „mit schwerem Gerät“ fortgesetzt, ein anfänglich nur

von Wortwechseln gekennzeichneter Nachbarschaftsstreit mit juristischen Mitteln oder auch mit unmittelbar-selbstjustitieller Gewaltanwendung.

Die auf den Krieg gemünzte Formel „Fortsetzung mit anderen Mitteln" kann zur Warnung, gar Drohung verwendet werden – nach dem Motto „Wir können auch anders, nämlich kriegerisch, über Staatsgrenzen hinweg und über bislang uns selbst auferlegte modale Beschränkungen!"; doch lässt sich ebenfalls eine Mahnung daraus ableiten: Nach Möglichkeit sollten die politisch Verantwortlichen in Verfolgung ihrer Ziele von einem Einsatz der „anderen" Mittel absehen, sich vielmehr weiterhin auf die nichtkriegerischen, friedlichen konzentrieren; sie sollten einen Konflikt – wie häufig gesagt wird – „politisch lösen" (und nicht auf „andere" Weise mit Waffengewalt). Ganz und gar nicht jedenfalls verträgt sich mit der Formel „Krieg als Fortsetzung der Politik" das Konzept des „totalen Kriegs", der sinnentlehrten Rundum-Zerstörung, des artifiziell herbeigeführten „Weltuntergangs": Der General Carl von Clausewitz (1780–1883) hat in seinem posthum publizierten Werk *Vom Kriege* sogar formuliert, der Krieg sei „*eine **bloße** Fortsetzung der Politik*".

Der totale Krieg steht an einem der Enden einer breiten Skala, über die sich die Intensitätsgrade der Andersartigkeit politischer Mittel erstrecken. Das aufgrund der technischen Entwicklung breit ausgedehnte Waffenarsenal lässt einem kriegerischen Akteur bekanntlich so manche Wahl: ABC-Waffen gelten als besonders außerordentlich. Entsprechend kann wiederum eine einschlägige Drohung ausfallen, und die spiegelbildliche Mahnung

„Heimlich oder unter falschem Vorwand im Operationsgebiet"
(Haager Landkriegsordnung)

Zweites Kapitel: Spione

Artikel 29

Als Spion gilt nur, wer heimlich oder unter falschem Vorwand in dem Operationsgebiet eines Kriegführenden Nachrichten einzieht oder einzuziehen sucht in der Absicht, sie der Gegenpartei mitzuteilen.

Demgemäß sind Militärpersonen, in Uniform, die in das Operationsgebiet des feindlichen Heeres eingedrungen sind, um sich Nachrichten zu verschaffen, nicht als Spione zu betrachten. Desgleichen gelten nicht als Spione: Militärpersonen und Nichtmilitärpersonen, die den ihnen erteilten Auftrag, Mitteilungen an ihr eigenes oder an das feindliche Heer zu überbringen, offen ausführen.

Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18. Oktober 1907. In: Reichsgesetzblatt 1910, Nr. 2, S. 132 ff.

dann heißen: Wenn eine Regierung nun schon zu den Waffen griffe, dann solle sie sich zumindest auf die „ordentlichen", „normalen" beschränken, auf solche nämlich, die einem Verhältnismäßigkeitsgebot entsprächen.

Eine Parallele zwischen Krieg und Spionage

Spionage ist insbesondere auch im Zusammenhang mit Kriegsführung entstanden, und um sich dem Verhältnis zwischen Politik und Spionage anzunähern, kann beim Verhältnis zwischen Politik und Krieg angeknüpft werden: Wenn Spionage nicht als normaler, „ordentlicher", Bestandteil von Politik gelten soll, dann kann sie als eine modale Fortsetzung der Politik verstanden werden, als „etwas, was *dann*" komme.

Zunächst freilich sticht ein wichtiger Unterschied zwischen Spionage und Krieg ins Auge: Kriegerische Auseinandersetzungen sind zwar – weltweit betrachtet – an der Tagesordnung, begegnen aber glücklicherweise zumeist nicht als Weltkrieg, sondern regional begrenzt; diese Begrenzung tritt auch zeitlich auf, weil sich im Zuge der auf Ressourcenvernichtung gerichteten Kriegsführung ein entsprechender Ressourcenmangel ergibt, der Pausen erfordert. Auch deshalb gibt es, wo Kriege stattfinden, regelmäßig Friedensbestrebungen.

Im Gegensatz zum Krieg ist Spionage nicht allein staatenüblich, sondern findet fast überall fast ununterbrochen statt, global, universal. Auf Spionage bezogene Waffenstillstands- oder gar Friedensabkommen (*No-spy*-Vereinbarungen) gehören dem Bereich der Theorie an. Spionage ist nicht geächtet, Spionage-Abwehr gleichfalls nicht. Immerhin wird Spionage nur im Einzelfall mit bewaffneter Hand „*fortgesetzt*" (und wenn doch, dann nicht massenhaft); sie fordert als solche definitionsgemäß keine Todesopfer, zumindest nicht in „direkter" Weise: Spionage, so kann für Theorie und Praxis gefordert werden, höre dort auf, wo Waffen ins Spiel gebracht würden, wo veritable Agenten aufträten, um Menschen und Sachen zu beschädigen oder gar zu vernichten.

Die Existenz von Spionage- und entsprechenden Spionageabwehrbehörden verwundert niemanden. Während aber von der Politik in – hoffent-

lich zunehmendem Maße – verlangt wird, sie solle sich vornehmlich im öffentlichen Raum abspielen, „transparent“, agieren Spione definitionsgemäß an einer „unsichtbaren Front“ – in diesem Sinn auf eine aus Sicht der Politik „andere“, aber für die Spionage selbst wiederum als „ordentlich“ betrachtete Art und Weise. Je mehr ein gewisses Maß an Transparenz als Standard für die Politik verlangt wird, desto mehr steigt – spiegelbildlich – der Andersartigkeits-Koeffizient der Spionage.

Neuerdings wird – mehr oder minder ernsthaft – Anstoß genommen an der weltweit flächendeckenden Absaugung von Daten (durch die US-amerikanische NSA vor allem), aber die klassischen Spione sind da von untergeordneter Bedeutung, von gewaltbereiten Agenten ganz zu schweigen; die Täter fahren mit der Maus über den Bildschirm, an komfortablen Computerarbeitsplätzen, mitten und sicher in dem Land (A), dessen Staat diese neue Art von Fern-Aufklärung im Bereich „fremder Mächte“, im „Operationsgebiet“ (B), praktizieren lässt – als eine mehr oder weniger „ordentliche“ Variante seiner Politik.

Was in einem gegebenen Fall „andere Mittel“ (als die „normalen“) seien, das pflegt kontextabhängig definiert zu werden, gemäß unterschiedlichen Normenkatalogen zu unterschiedlichen Zeiten, an unterschiedlichen Orten, bezogen auf unterschiedliche Verhaltensmuster im Rahmen unterschiedlicher sozialer Prozesse, zu denen unterschiedliche technische Hilfsmittel herangezogen werden. Doch welche Verhaltensmuster sollen überhaupt wissenschaftlich mit „Spionage“ bezeichnet werden?

Spionage – das Problem der Definition

Die Alltagssprache verwendet „Spionage“ vielfältig und inkonsequent. So lohnt es sich, einen historisch-sozialwissenschaftlichen, einen eventografischen Ansatz zu verfolgen, nämlich ein Modell der Vorkommnisklasse (oder Eventsorte) „Spionage“ zu konstruieren. Dieses Modell sollte das Verhältnis von Politik und Spionage beschreiben können und sich nicht zuletzt für eine welthistorische Rekonstruktion der Spionage eignen.[1] Juristischerseits ist hier – wie auch auf dem Gebiet der Faktenermittlung – eine Menge Vorarbeit geleistet worden; kann doch die Rechtswissenschaft erst normieren, nachdem eine deskriptive, zugleich verallgemeinernde Modellkonstruktion erfolgt ist. Von solchen Modellen gibt es freilich mehrere, je nach Erkenntnisinteresse und Vorlieben der jeweiligen Forscher und Normengeber.

Die Karlsruher Bundesanwaltschaft informiert, „*zur strafrechtlichen Verfolgung der Spionage*“ stünden „*im Wesentlichen zwei Straftatbestände zur Verfügung*“; in deren Mittelpunkt steht (wie auch in den eingangs zitierten Gesetzesparagrafen) der Begriff der „*fremden Macht*“:[2]

1. Das unmittelbar auf die Geheimsphäre des Staates abziehende Delikt des *Landesverrats*: § 94 StGB bedroht denjenigen, der „ein Staatsgeheimnis [1.] einer fremden Macht oder einem ihrer Mittelsmänner mitteilt oder [2.] sonst an einen Unbefugten gelangen lässt oder öffentlich bekanntmacht, um die Bundesrepublik Deutschland zu benachteiligen oder eine fremde Macht zu begünstigen“;[3]

2. die alle sonstigen nachrichtendienstlichen Bestrebungen erfassende *Geheimdienstliche Agententätigkeit*: § 99 StGB bedroht denjenigen, der „[1.] für den Geheimdienst einer fremden Macht eine *Geheimdienstliche Tätigkeit* gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt,[4] die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist, oder [2.] gegenüber dem Geheimdienst einer fremden Macht oder einem seiner Mittelsmänner sich zu einer solchen Tätigkeit bereit erklärt.

Der hier in Ausstellung und Begleitband vorschlagsweise verwendete Spionagebegriff bezeichnet demgemäß eine Eventsorte, die dem Bereich der zwischenstaatlichen Politik zuzuordnen ist: Es geht um

1. die Arbeit des Geheimdienstes eines Staats (A), der Informationen über ein anderes Staatswesen, eine „*fremde Macht*" (B), sammelt;

2. um die konspirativen (eben nicht „*offen ausgeführten*") Aktivitäten von Menschen gleich welcher Staatsangehörigkeit, die vom Territorium des Staats (B) aus Informationen an die (B) „*fremde Macht*" (A) gelangen lassen – eben jene Macht (A), die diese Akteure zuvor entsandt oder im Zielland der Spionage (B) angeworben hat.

Staatsangehörige und weitere Mitglieder der Bevölkerung in (B), die dem Staat von (A) zuarbeiten, können – ja nach ethischer Normenlage – moralisch als Verräter, rechtlich als Kriminelle verurteilt werden. Mögen sie selbst sich als im Dienst einer guten Sache stehend betrachten, der Sache des Staates (A) oder einer staatsgrenzenübergreifenden Gemeinwohlkonzeption (beispielsweise des Weltfriedens) – unter nationalstaatlich-juristischem Aspekt in einem Land (B) wird dies bestenfalls ein Nebenaspekt sein: Wo wäre schon ein Staat(sapparat) zu finden, der die Ausspähung seiner Staatsgeheimnisse, ja auch schon die absichtsvolle Zusammenarbeit seiner Bürger mit ausländischen Geheimdiensten, nicht als Staatsschutzdelikt oder Landesverrat mit Strafverfolgung bedrohte?

Wenn die fremden Spione als schädlich („böse"), die eigenen aber als nützlich („gut") gelten, so kann diese Moral als „doppelt" kritisiert werden, muss es freilich nicht: Im Krieg ist es für Soldaten Vorschrift, „fremde" Kombattanten unter bestimmten Bedingungen zu töten, das Töten der eigenen Soldaten, ihrer Kameraden, aber gefälligst den „fremden" zu überlassen, und diese Logik kann als plausibel betrachtet werden.

***Abb. 17** – Wie andere Behörden auch, haben bundesdeutsche Geheimdienste Werbeflyer entwickeln lassen, in denen Karrieren angeboten werden (nicht zuletzt findet sich – wie hier ersichtlich – deren Spaßfaktor angepriesen).*

Geheimdienstbehörden gehören zur „ordentlichen" Ausstattung eines Staatsapparats. Die ausgebildeten Kräfte erhalten eine Planstelle. Manche werden an einer „unsichtbaren Front" eingesetzt, aber über diese „operative" Seite (Observation, nachrichtendienstliche Einsatztechnik, Informationsbeschaffung) ist in den Prospekten aus naheliegenden Gründen nur am Rand die Rede. Das Wort „Spionage" fällt dort nicht einmal in Bezug auf „die Tätigkeit fremder Geheimdienste".

Die „informellen Mitarbeiter", „V-Leute", die keine Gehaltsempfänger des Geheimdienstes sind, sondern – unter Umständen – eine „Entlohnung" erhalten, werden auf andere Art und Weise rekrutiert. Dafür gibt es keine Prospekte.

Die Interessen zweier Staaten pflegen einander mehr oder minder stark zu widersprechen, die Aktivitäten gegnerischer Spione erscheinen deshalb als ebenso wenig hinnehmbar wie die Kampfhandlungen feindlicher Soldaten. Von den je eigenen Bürgern und Bewohnern wird jeder souveräne, rechtsetzende Staat Treue verlangen, und diese Treue wird regelmäßig dann als flagrant verletzt betrachtet, wenn der Armee oder dem Geheimdienst einer fremden Macht zugarbeitet wird. Zusammenarbeit mit der „falschen" Seite gilt moralisch als Kollaboration, rechtlich als Landesverrat, wobei „Land" den Verbund von Staatsapparat und Staatsbevölkerung bezeichnet.

Ein für die Auslandsaufklärung eingerichteter Geheimdienst, bestimmten Ministerien unterstehend, gehört zur ordentlichen Exekutive. Er vollführt ein Stück Außenpolitik, verfügt dabei – just wegen der Geheimhaltung – über einen nennenswerten Gestaltungsspielraum, bei dessen Nutzung er mit dem ursprünglich gegenüber dem Militär entwickelten Motto des „Primats der Politik" in Konflikt geraten, nämlich das Eigenleben eines „Staats im Staate" führen kann.

In Deutschland sehen sich junge Menschen nicht allein dazu eingeladen, eine Laufbahn bei der Bundeswehr einzuschlagen, sondern auch eine solche bei Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz oder Militärischem Abschirmdienst. Mag die Geheimdienstbehörde in ihrer Gesamtheit auch als „ordentlich" eingestuft werden, so verfügt sie doch aber nicht allein über formelle Mitarbeiter (auf Planstellen und Gehaltslisten), sondern auch über „geheime", „informelle". Da die Geheimhaltung das Erste Gebot *Geheimdienstlicher Tätigkeit* ist, fällt es schwer, exakte Erkenntnisse über die letztgenannten Aktivitäten zu gewinnen.

Die schwer definierbare Grenze zwischen den „normalen" und den „anderen Mitteln" verläuft irgendwo innerhalb des Tätigkeitsfelds von Geheimdienstbehörden. Die ordentlichen Mitarbeiter, Staatsbeamte (die offiziell angeworben, ausgebildet und auf die Karriereleiter gestellt werden) sind vorwiegend mit der Organisation der Spionage befasst; an der unsichtbaren Front im „fremden" Land (B) hingegen werden sie hauptsächlich in „legalen Residenturen" beschäftigt, meist unter dem Schutz diplomatischer oder konsularischer Immunität, sofern nicht generell der Grundsatz der Staatenimmunität zu ihren Gunsten herangezogen wird, der ihre

Handlungen als Hoheitsakte respektiert: Kein Staat solle über einen anderen zu Gericht sitzen. Die Staatensouveränität deckt freilich in gleicher Weise die Abwehr der Spionage.

In der Rolle der „klassischen" Spione an der *Frontline* wirken mit wiederum spezifischen „*anderen Mitteln*" ergänzend „Informelle Mitarbeiter" – mit außerordentlichem Auftrag, für außerordentliche Entlohnung, unter außerordentlichem Risiko stehend. Die Späher und Informanten sind keineswegs nur ein Anhängsel des auftraggebenden Geheimdienstes: Die heimischen Behörden, die diese Mitarbeiter führen, schöpfen aus deren Tätigkeit einen erheblichen Teil ihrer Daseinsberechtigung.

Spionage in Hamburg zur Zeit des Kalten Kriegs

Schon die Tat ist nur auf Grundlage der Teilung Deutschlands und des zwischen Ost und West geführten Kalten Krieges erklärlich. […]

Auch die Verteidigung der Rechtsordnung erfordert keine weitere Strafverbüßung, da durch die Vereinigung Deutschlands die Umstände, die zur Tat führten, entfallen sind.

HOLG-Beschluss (betr. Gerd Löffler) v. 11. August 1995[5]

Der CDU-Politiker Gerd Löffler war nicht nur Hamburger Bürgerschaftsabgeordneter, sondern auch ein von der DDR angeworbener Spion. Das auf ihn gemünzte Diktum des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg (HOLG) könnte auf den ersten Blick den Eindruck entstehen lassen, Spionage sei vor der Teilung Deutschlands, vor dem Kalten Krieg, zumindest ungewöhnlich gewesen und sei es seither erneut. Gewiss ist der deutsch-deutsche Spion der Epoche zwischen 1945 und 1990 ein geschichtlich besonders häufig begegnendes und auch unter weiteren Aspekten auffälliges Exemplar des Spions im Allgemeinen, doch dieser letztere stellt einen so gut wie unausbleiblichen Bestandteil nahezu eines jeden zwischenstaatlichen Szenarios dar.

Spionage wird laufend variiert und verändert, wann wird sie enden? Die bundesdeutschen Gerichte waren in den 1990er Jahren zu einiger Milde gegenüber DDR-Spionen geneigt, weil die DDR untergegangen, der Kalte Krieg vorbei sei. Seither hat Spionage – natürlich – nicht aufgehört, die einschlägigen StGB-Paragrafen sind nicht gestrichen worden, denn Spione sind weiter am Werk (wenn sie nun auch nicht mehr der DDR zuarbeiten). Seit Beginn der Ukraine-Krise, seit der russischen Krim-Annexion, stellt sich die Frage, ob es im Kalten Krieg zwischen 1990 und 2014 nur eine 25-jährige Verschnaufpause gegeben haben könnte. Eine erneute Teilung Deutschlands ist dagegen nicht in Sicht.

Voraussichtlich werden die „Spionage"-Paragrafen im StGB eines Tages erneut allerlei aktuell gewordenen Erfordernissen angepasst, weil die Eventsorte „Spionage" – zumindest in Bezug auf Deutschland – sich gewandelt haben wird; Strafrechtskommentatoren denken schon jetzt an solche Zukunftsaussichten. Ein Ende der Spionage ist ebenso weing in Sicht wie ein Ende von Außenpolitik.

Straftatbestand *Geheimdienstliche Agententätigkeit* – über den Kalten Krieg hinaus brauchbar?

Anpassungsfähigkeit der Norm [des § 99 StGB: *Geheimdienstliche Agententätigkeit*] auf veränderte Sicherheitsbedürfnisse.

Der zentrale Spionagestraftatbestand ist so eindeutig auf die spezifische historische Situation des geteilten Deutschlands an der Nahtstelle zwischen den Machtblöcken im Ost-West-Konflikt ausgerichtet, dass nach dem Wegfall dieser Situation Anlass zur Prüfung besteht, ob die tragenden Gesichtspunkte des 8. Strafgesetzänderungsgesetzes (StrÄndG) [von 1968], die Grundlage der Rechtsprechung des BGH bei Auslegung der Tatbestandsmerkmale und des Bundesverfassungsgerichts waren, nicht der Boden entzogen ist und wieweit die Anpassungsfähigkeit des Tatbestandes auf gegenwärtige Herausforderungen geht. […]

Das Abwehrinteresse der Bundesrepublik Deutschland korrespondiert mit den Auswirkungen der Ausforschungstätigkeit moderner Geheimdienste. Diese – und nicht ein historisches Vorverständnis von „staatenüblicher Spionage" – sind in den Blick zu nehmen, wenn geprüft wird, ob der Schutzbereich der Norm betroffen ist. Der Verzicht auf eine inhaltliche Beschränkung der Informationen, die Gegenstand nachrichtendienstlicher Ausspähung im Straftatbestand der Spionage sein können, knüpft an die jeweils aktuelle Bedrohungslage der Bundesrepublik an und ermöglicht eine flexible Auslegung der Norm. Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen durch internationalen Terrorismus, internationalen Waffenhandel, Proliferation, Geldwäsche in währungsgefährdenden Dimensionen, internationaler OK [organisierter Kriminalität] – wobei in allen diesen Fällen die operative Beteiligung geheimer Strukturen fremder Staaten möglich ist – ist diese Flexibilität der Rechtsanwendung von besonderer Bedeutung.

Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch. Bd. 3. München 2013, S. 254.

In Friedenszeiten kann Spionage als weniger notwendig erscheinen, ganz im Gegensatz zu (wie auch immer *en détail* definierten) Kriegsläuften, in denen Spionage – in spiegelbildlicher Logik – entsprechend durch Spionage-Abwehr erschwert zu sein pflegt, weil potentiell besonders folgenreich. In einer Vor- oder auch Nachkriegssituation jedoch kann die Relation zwischen – „gefühlter" – Notwendigkeit einerseits, gegebenen Aktionsspielräumen andererseits zu einer besonderen Intensität von Spionage führen.

Der Kalte Krieg dauerte fast 50 Jahre, stellte teils eine Nachkriegs-, eine postbelliköse Zeit dar, teils zugleich eine (potentiell) präbelliköse Phase. Die Geschehnisse eines Zeitabschnitts können auch dann als präbellikös bezeichnet werden, wenn es zu einem Kriegsausbruch gar nicht kommen wird oder gekommen ist. Es handelt sich um eine Phase, in der in gesteigertem Maß mit einem Krieg gerechnet wird und viele maßgebende Akteure sich entsprechend verhalten. Wenn wir in der Geschichte nach ähnlichen Phasen suchen, bieten sich unter anderem die Jahre der Revolutions- und Napoleonkriege an, die immer wieder von Zwischenkriegszeiten unterbrochen waren, ferner das französischerseits bezeichnender Weise in der Rückschau sogenannte Entre-deux-guerres (1919–1939).

Im Kalten Krieg standen sich zwei ungeheure Machtblöcke gegenüber, die sich in puncto Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, gegenüber den Prinzipien der Menschenrechte, des Liberalismus, der Demokratie, des Pluralismus ganz unterschiedlich positionierten. Zahllose Spione kamen zum Einsatz; deren Motivation, vor allem aber Beurteilung, fielen oft ideologisch besonders aufgeheizt aus.

Die Situation eines geteilten Landes, dessen Teile konfligierenden, hochbewaffneten Blöcken angehören, eines Landes, dessen Staatsnationen sich langsam, aber auch nur langsam, auseinanderentwickeln – diese Situation kam zwischen 1945 und 1990 verstärkend hinzu. Wie die sprichwörtlichen „Fische im Wasser“ konnten sich Ostdeutsche in Westdeutschland (und umgekehrt) bewegen, und die Kommunikation zwischen Spionen hüben und ihren Zentralen drüben wickelte sich in ein und derselben Sprache ab.

Die Hypothese, dass im Hamburg der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg allerlei von fremden Mächten beauftragte Spione am Werk waren, ergibt sich zunächst aus der allgemeinen, historisch angereicherten Lebenserfahrung. Presseberichte über Verhaftungen und öffentlich geführte Strafprozesse, amtliche Verlautbarungen (Verfassungsschutzberichte etc.), Memoiren von Ex-Spionen bieten sodann handfeste Indizien. Das Studium der Primärquellen ist freilich unerlässlich, aber abhängig von den einschlägigen behördlichen Rahmenbedingungen, letztlich von politischen Vorgaben. „Hamburg öffnet die Akten-Schränke“ heißt es seit Verabschiedung des Hamburgischen Transparenzgesetzes (HmbTG) 2012; aber

für den Staats- und Verfassungsschutz gilt dies nur stark eingeschränkt. Für die Gegenwart ist das prinzipiell nachvollziehbar, und über welchen Zeitraum sich diese Gegenwart zurückerstrecke, unterliegt wiederum politischer oder auch nur behördlicher Definition. Dem Untergang der DDR ist – unter vielem, vielem anderen – zu verdanken, dass die Quellenlage für DDR-Spionage in der Bundesrepublik während des Kalten Kriegs vergleichsweise hervorragend ist – ungeachtet dessen, dass nur Bruchteile der staatlichen Dokumente die Wende überstanden haben. Die bundesdeutschen Staatsanwaltschaften haben in den 1990er Jahren nicht zuletzt historische Arbeit geleistet, haben zahllose Verhöre geführt und sich dabei oft auf die Unterlagen der Berliner „Stasiunterlagen"-Behörde (BStU) stützen können. Diese juristische Aufarbeitung wird seit 1997 als beendet betrachtet; die historische Rekonstruktion dauert an, ist in Bezug etwa auf Regionalstudien noch ganz am Anfang: Wie stellte sich beispielsweise das Stadtstaatswesen Hamburg im Licht der Berliner und Rostocker MfS-Dienststellen dar?

Einschlägige Erkenntnisse dienen dann auch der Konstruktion eines wissenschaftlichen Bilds von Spionage ganz allgemein, nicht zuletzt des Bilds, das wir uns von den eigenen Geheimdiensten machen – inklusive der Aktivitäten Informeller Mitarbeiter, über die natürlich auch sie verfügen.

Die historische Rekonstruktion von Geschehnissen einer bestimmten Epoche sollte schließlich stets über jenen Zeitabschnitt generalisierend hinausgreifen. Die biografische oder prosopografische Herangehensweise, das Studium der Akteure (als solcher und in ihrer Rolle im Rahmen bestimmter Vorkommnis-Komplexe) ist lohnend, nicht nur, weil es die Rezeption der Erkenntnisse erleichtern kann. Prosopografie kann darüber hinaus Ausgangspunkt für anthropografische Typisierungen sein: Zum Modell einer Vorkommnisklasse gehört ein Katalog typischer Akteure, die in Zeit und Raum und gemäß dem soziokulturellen Kontext variieren. Die zentrale anthropografische Figur in unserem Zusammenhang ist der deutsch-deutsche Spion im Kalten Krieg mit seinen unterschiedlichen Ausformungen, die, modellhaft konstruiert, ohne Eigennamen auskommen sollen, aber natürlich durch Verweis auf ein namentlich genanntes Modelloriginal eingängiger sind.

Für die Ausstellung *Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg* sind zehn Exemplare der Unterkategorie „Politiker und Spione“ (oder auch „Politiker als Spione“, „Politiker-Spione“) herausgegriffen worden. Unter dem Aspekt, dass Spionage eine Fortsetzung der Politik sei, sind das Akteure einschlägig, weil sie auch sonst politisch tätig waren, nämlich auf der Erscheinungsebene allein als Angehörige und Funktionsträger von Parteien, Verbänden oder Konzernen figurierten, als Mandatsträger in Vertretungskörperschaften (in Bundestag, Bürgerschaft, Bezirksversammlungen und Deputationen, in Betriebsräten und Allgemeinen Studentenausschüssen).

Die dazugehörige Tabelle zeigt, dass von den zehn Protagonisten zwischen 1948 bis 1990 allein in einem einzigen Jahr (dem Anfangsjahr 1948) nicht mehr als ein Spion aktiv war; dass der Höhepunkt mit jeweils neun aktiven Spionen in den Jahren 1974 bis 1977 erreicht wurde, dass die letzten Kontakte zwischen DDR-Stellen und bundesdeutschen Spionen noch 1990 stattfanden, und sei dies auch nur geschehen, um den Vorgang abzuwickeln. Kurt Wand sen. war mit 38 Tätigkeitsjahren der Spitzenreiter.

Die zehn Politiker-Spione waren die auffälligsten der in Hamburg wühlenden DDR-„Maulwürfe“. Für sich genommen, haben sie wohl kaum den Zustand einer „unterwanderten Republik“ konstituiert,[6] zumal die monochrome Einfärbung der Jahre des Aktivitätszeitraums in unserer Tabelle darüber hinwegtäuscht, dass die konspirativen Aktivitäten zum Teil jahrelang auf niedrigem Intensitätsniveau abgelaufen sind. Diese zehn Fälle sind aber vergleichsweise leicht zugänglich, und weitere Forschungen werden möglicherweise zeigen, dass es sich hier um die Spitze eines Eisbergs handelte, dessen unterhalb der sprichwörtlichen Wasseroberfläche gelegene „Masse“ sich in einem zweiten Schritt umso aussichtsreicher zu erforschen lohnt – nicht zuletzt auf dem Gebiet des Netzwerks von DDR-Firmen hier, die dem SED-Staat Millionenbeträge in die Kassen gespült haben und auf unterschiedliche Weise in das Netz der von DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski (1932–2015) errichteten und geleiteten „KoKo“ integriert waren, der „Kommerziellen Koordinierung“.

	K. Schmidt-Wittmack	Kurt Wand *sen.*	Johannes Koppe	Hermann Gaßmann	Ruth Polte
1948					
1949: Konstituierung zweier deutscher Staaten					
1949					
1950					
1951					
1952					
1953, 17. Juni: Volksaufstand in der DDR					
1953					
1954					
1955					
1956					
1957					
1958					
1959					
1960					
1961, 13. August: Beginn des Mauerbaus					
1961					
1962					
1963					
1964					
1965					
1966					
1967					
1968					
1969					
1970					
1971					
1972, 21. Dez.: Unterzeichnung des Deutsch-deutschen Grundlagenvertrags					
1972					
1973					
1974					
1975					
1976					
1977					
1978					
1979					
1980					
1981					
1982					
1983					
1984					
1985					
1986					
1987					
1988					
1989, 9. November: Beginn des Mauerfalls					
1989					
1990, 3. Oktober: Die DDR tritt der Bundesrepublik bei.					
1990					
	6 Jahre Rang 10	38 Jahre Rang 1	27 Jahre Rang 4	27 Jahre Rang 5	30 Jahre Rang 3

***Abb. 18a** – In den Jahren 1974–1977 waren neun der zehn Spione gleichzeitig am Werk. Die gleichmäßige Einfärbung der Tätigkeitszeiträume in der Grafik täuscht leicht darüber hinweg, dass es mehrfach Zeiten gab, in denen die Geheimdienstliche Agententätigkeit auf niedrigem Intensitätsniveau verharrte.*

	Jaeger	Grunert	*jun.*		
1948					
1949: Konstituierung zweier deutscher Staaten					
1949					
1950					
1951					
1952					
1953, 17. Juni: Volksaufstand in der DDR					
1953					
1954					
1955					
1956					
1957					
1958					
1959					
1960					
1961, 13. Aug.: Beginn des Mauerbaus					
1961					
1962					
1963					
1964					
1965					
1966					
1967					
1968					
1969					
1970					
1971					
1972, 21. Dez.: Unterzeichnung des Deutsch-deutschen Grundlagenvertrags					
1972					
1973					
1974					
1975					
1976					
1977					
1978					
1979					
1980					
1981					
1982					
1983					
1984					
1985					
1986					
1987					
1988					
1989, 9. November: Beginn des Mauerfalls					
1989					
1990, 3. Oktober: Die DDR tritt der Bundesrepublik bei.					
1990					
	31 Jahre Rang 2	19 Jahre Rang 8	21 Jahre Rang 6	20 Jahre Rang 7	17 Jahre Rang 9

***Abb. 18b** – Fortsetzung der Abbildung 18a*

Am Ende des Kalten Kriegs, am Ende der DDR – Amnestie für die bundesdeutschen DDR-Spione?

Es hätte nach 1990 die Möglichkeit bestanden, die Bundesbürger, die zuvor für die – nunmehr ins neue Deutschland integrierte – DDR spioniert hatten, von einer Amnestie profitieren zu lassen. Dafür hätte sich vor allem der Einigungsvertrag (Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands) vom 31. August 1990 geeignet; in diesem mit all seinen Anhängen rund tausend Seiten umfassenden Werk gab es unter anderem auch Strafrechtsabschnitte. Doch die politische Führung der Interims-DDR, der kurzlebigen DDR ohne Mauer, welche am 18. März 1990 die ersten demokratischen Wahlen erlebte, sah hier offenbar keinen Handlungsbedarf. Die modellhaften Informanten, also die Staatsangehörigen des ausgespähten Staates (B), die dem Geheimdienst des ausspähenden Staat(sapparat)s (A) zuarbeiten, stehen politisch und juristisch im Regen, wenn Staatsapparat (A) einer grundlegenden Reform, gar Revolution unterzogen wird, wenn der bisherige Geheimdienst, in Misskredit geraten, umstrukturiert oder gar aufgegeben wird. Wer fühlt sich dann noch für die bisherigen Informellen Mitarbeiter, deren Aktivitäten ohnehin als ein für allemal beendet und ohne Aussicht auf künftige Wiederaufnahme betrachtet werden, zuständig oder gar verantwortlich?

Nach dem Vollzug des Beitritts der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik hätte noch ein Amnestiegesetz für die ehemaligen DDR-Spione mit alt-bundesdeutschem Pass beschlossen werden können. Niemand hat es beantragt, nicht einmal die SED-Nachfolgepartei PDS (Partei des demokratischen Sozialismus), die nach den ersten gesamtdeutschen Wahlen vom 2. Dezember 1990 mit 17 Abgeordneten in den Bonner Bundestag einzog.

Man hätte zur Begründung eines solchen Gesetzes auf den ganz seltenen Umstand der Wiedervereinigung eines geteilten Staatswesens verweisen

können: Wiederholungsgefahr bestände nicht, Bundesbürger, die für andere „fremde Mächte“ spioniert hätten oder weiterspionierten, könnten eine solche Regel nicht für sich beanspruchen. Doch auch die PDS hat den politischem Willen für einen entsprechenden Antrag nicht aufgebracht. In der Öffentlichkeit wäre er wohl kaum auf Verständnis gestoßen. Der Kreis der Betroffenen war überschaubar, organisiert hatten sie sich noch nicht. Selbst Gregor Gysi hat sich auf den Standpunkt gestellt, es sei doch hinreichend bekannt gewesen, dass Spionage verboten gewesen sei.[7]

Gerd Löffler und andere haben sich berufen, dass sie nach dem Aufgehen von alter Bundesrepublik und DDR in der neuen Bundesrepublik auch ohne ein Gesetz, nämlich allein aufgrund der Berücksichtigung der bestehenden Rechtslage, straffrei hätten ausgehen müssen. Dabei haben sie sich vornehmlich auf die Argumente des Juraprofessors Helmut Ridder berufen:[8] Schon vor dem 3. Oktober 1990 seien die alte Bundesrepublik und die DDR übereinkommen, die gegenseitige Spionage einzustellen. Hernach sei ein neues Staatswesen entstanden, gewissermaßen in einer Stunde Null; alte Rechnungen, die noch zu begleichen gewesen wären, hätte es damit nicht mehr gegeben.

Deutsch-deutsche Spionage nach 1990 nicht mehr strafbar?

Aus der „Vereinigung“ (oder „Fusion“) von zwei völkerrechtsunmittelbaren, d.h. im Sinne der Völkerrechtsordnung untereinander gleichberechtigten und insofern „souveränen“ Staaten entsteht aber unbestritten ein neuer Staat; die fusionierenden Staaten gehen beide als Staaten und Völkerrechtssubjekte unter und mit Land und Leuten in dem neuen Staat auf. Es liegt auf der Hand, dass bei einer solchen juristischen Konstruktion der 1990 erfolgten deutschen Vereinigung im Licht des völkerrechtlichen Regimes von abstrakt einseitiger, in konkreten antagonistischen „Paarungen“ je und je zweiseitig verdichteten Spionagefreiheit und Spionageabwehrfreiheit mit dem Stichtag der Vereinigung jegliche Strafbarkeit sowohl der BRD-Spionage gegen die DDR als auch der DDR-Spionage gegen die BRD entfallen ist.

Helmut Ridder: Die deutsch-deutsche Spionage im Okular der westdeutschen Deutschland-Jurisprudenz. Bonn 1996, S. 39 f.

Das Bundesverfassungsgericht hat das anders gesehen: Allein die DDR sei als Völkerrechtssubjekt untergegangen. Das BVerfG ist von Ridder und anderen deshalb scharf attackiert worden. Die Kritiker haben süffisant auf die zahlreichen staats- und völkerrechtlichen Verrenkungen hingewiesen, mit denen in den Zeiten des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs

hatte wegdisputiert werden sollen, dass 1949 zwei deutsche Staaten entstanden waren, die zueinander im Verhältnis „fremder Mächte“ standen.

Derartige Verrenkungen haben sich nach 1990 in der neuen (Groß-) Bundesrepublik noch fortgesetzt. Bis zur Klärung durch das Bundesverfassungsgericht 1995 hat die bundesdeutsche Justiz allen Ernstes dazu angesetzt, zusätzlich zu den Bundesbürgern, die zuvor geheimdienstlich für die DDR tätig gewesen waren, auch ehemalige DDR-Bürger anzuklagen, die in ihrer Eigenschaft als Beamte des Ministeriums für Staatssicherheit in Verfolg ihrer Berufsausübung gar nicht das Gebiet der alten Bundesrepublik betreten hatten.

Zugunsten der Strafverfolgung von Alt-Bundesbürgern, die für die DDR spioniert hatten, konnten und können die folgenden Argumente gelten:

1. Die zum Nutzen der DDR spionierenden Bundesbürger sind stets ganz fraglos von der „Zwei-Staaten-Theorie“ ausgegangen, ebenso wie ihre Ostberliner Auftraggeber.

2. In der Rechtspraxis vor 1989/90, sowohl vor als auch nach dem Grundlagenvertrag von 1972, ist auf bundesdeutscher Seite nie ein Zweifel daran gehegt worden, dass DDR-Spione hier auf der Hut vor den Sicherheitsbehörden und Gerichten zu sein hätten. Die Hamburger Politiker-Spione Gaßmann und Grunert und ihre Freunde haben allerlei an den gegen sie angestrengten Indizienprozessen (nach § 99 StGB) auszusetzen gehabt, aber niemand wäre auf die Idee gekommen abzustreiten, dass sie gegebenenfalls für eine „fremde Macht“ tätig gewesen wären.

3. Die nach 1990 aufgeflogenen DDR-Spione mit (echtem) alt-bundesdeutschem Personalausweis sind durch ihre Verurteilung nicht benachteiligt worden. Sie haben das Pech gehabt, dass eine politische Entscheidung zu ihren Gunsten nicht gefällt worden ist. Vielleicht wäre ihnen dies im Einzelfall zu gönnen gewesen. Die Mehrheit der in den 1990er Jahren in Hamburg verurteilten ehemaligen DDR-Spione hat die deutschlandpolitische, staats- und völkerrechtliche Legitimation des ihnen gemachten Prozesses aber nicht bestritten.

Spione, Agenten und *Whistleblower*, materialer und formaler Spionagebegriff

Spionage ist hier bisher vornehmlich als Handlungsmuster von Staaten (Staatsapparaten, Regierungen) behandelt worden; nun ist die andere Seite zu betonen. Im Rahmen staatlich veranstalteter Spionage werden notwendigerweise Akteure ins Werk gesetzt, Individuen, die auf ihre Art und Weise unter Umständen ebenfalls eine Fortsetzung der Politik „mit anderen Mitteln" betreiben. Sie tun dies zum einen gewiss im Namen des auftraggebenden Staates (A), zum anderen aber auch in eigener politischer Verantwortung, sofern sie nämlich zugleich einem politischen Engagement nachgehen oder ein solches Engagement in der von ihnen betriebenen Spionage sehen.

Es lohnt sich, einen theoretischen Unterschied zwischen Spion und Agent zu machen, auch wenn die in der Theorie verwandte Nomenklatur nur selten derjenigen in einem konkret gegebenen politischen und Rechtssystem zu entsprechen pflegt. Dieser Unterschied hat mit der Frage zu tun, welche Mittel und Methoden der Spionage als „normal" zu gelten hätten, welche dagegen als eine außerordentliche Fortsetzung der Spionage oder überhaupt nicht mehr als Spionage.

Der Spion wird auf geheimnisträchtige Bereiche im Ausland (B) angesetzt, bedient sich möglicherweise einiger Informanten, Quellen oder auch nachgeordneter Spione dort – gegebenenfalls in der vorgesetzten Rolle eines Residenten; seine Residentur ist dann – im Gegensatz etwa zu den schon genannten „legalen Residenturen" in Botschaften und Konsulaten des Staates (A) – eine illegale Residentur.

Der modellhafte Agent hingegen wird umfassender tätig, nicht nur zur Ausspähung von Geheimnissen, sondern zur politischen Einflussnahme, zu Akten der Sabotage, ja äußerstenfalls zu Anschlägen auf Personen. Die Grenzen sind fließend: In der Praxis wird ein Spion zumindest ansatzweise

oft auch als Agent tätig, als Spionage-Agent: Er muss tarnen und täuschen, Fehlspuren legen, eine Scheinexistenz führen, sich mit seiner zweiten Identität in informationsträchtige Netzwerke einklinken.

Geheimnisse und Geheimnislüfter

Geheimnis zu sein, ist keine Eigenschaft einer Informationseinheit, sondern ein von Menschen diesem Datum verliehenes Prädikat. Daraus wird der Imperativ abgeleitet, jene Information stark selektiv zu kommunizieren. Eigene Geheimnisse zu hüten und den Geheimnissen anderer Menschen nachzuspüren, ist menschlich-allzumenschlich. Den Umfang der eigenen Geheimnisse begrenzt zu halten und die legitimen Geheimnisse der Mitmenschen zu respektieren, kann demgegenüber als human, als Tugend, gelernt und gelobt werden.

Abb. 19 *– „Confidential!" – „Secret!" – Cosmic top secret!" (CTS) – „Geheim"-Stempel sind ein Signal an Staatsdiener, aber auch an Spione: Hier kommt etwas Wichtiges! Was geheim zu bleiben habe, was genau deshalb zu enthüllen sei – solche Einschätzungen beruhen auf im weitesten Sinne politischen Entscheidungen.*

Geheimnisschöpfer und Geheimnislüfter stehen in stetem Wettlauf miteinander. Wem Erfolg zu wünschen sei, hängt wiederum von politischen Präferenzen ab.

Die empirische und die philosophische Anthropologie, ebenfalls die historisch-sozialwissenschaftliche Anthropografie ersinnen und verwenden oft *Homo*-Epitheta, d.h. alt- oder neulateinische Formeln für bestimmte Menschentypen. Die umfassendste und bekannteste anthropologische Formel ist *Homo sapiens (sapiens)*, die den intelligenten (und durch Tradition kulturschaffenden) Menschen bezeichnet.

Beim Thema Spionage geht es um einen wichtigen Teilaspekt: Der mit anderen zusammenlebende, gesellschaftlich organisierte *Homo (sapiens) abscondens*, der allerlei Informationen und Objekte (insbesondere vor seinesgleichen) verbergende Mensch, der Geheimnisse schafft und hütet, sieht sich einem dauernden Widerpart gegenüber: Der ewige „Detektiv" (Aufdecker, Enthüller) ist jener Typ Mensch, der – spontan oder beauftragt, gelegentlich oder systematisch – aufdeckt, dekodiert, enthüllt, enträtselt, zuvor verborgene Informationen oder Dinge an einen prinzipiell als „unbefugt" eingestuften Adressaten weitergibt.

Verstecken und Verbergen einerseits, Aufdecken und Enthüllen andererseits sind Handlungsmuster, die ihre tiefen Ursprünge bereits im Tierreich haben, die vom phantasie-, sprach- und handwerklich begabten *Homo sapiens sapiens* aber kultiviert und perfektioniert werden. Immer neue Techniken des Datenschutzes werden im Laufe der Zeit ersonnen, aber die Investigatoren sind den Geheimnisstiftern stets eng auf den Fersen, in einem unablässigen Wettlauf, der sowohl die beteiligten Seiten fesselt als auch eventuelle Zuschauer, und zwar so sehr, dass das Verbergen und Enthüllen seinen spielerischen, teils auch künstlerischen Ausdruck in Kriminal- und Spionageromanen gefunden hat, an denen sich ein Millionenpublikum ergötzt, sogar in Gesellschaftsspielen.[9]

Im Spiel kann zwanglos gelernt, im „wahren Leben" muss oft bitter erfahren werden: Wo Interessen aufeinanderstoßen, ergeben sich unterschiedliche Auffassungen davon, welche Informationen als Geheimnis zu schützen, welche Geheimnisse als sozialverträglich immerhin zu respektieren seien, ferner, welche Geheimnisse eher Schaden als Nutzen brächten und deshalb zu lüften, äußerstenfalls einem Geheimnisträger zu entreißen seien – zum Vorteil eines der Konkurrenten oder im Interesse einer Allgemeinheit.

Spätestens mit diesem Gedanken an ein – wie auch immer definiertes – Gemeinwohl ist das Gebiet der Politik betreten, wo Staaten (genauer Staatsapparate) als machtvolle Hauptakteure auftreten, um ein implizites oder explizites politisches Programm zu verwirklichen. Lässt sich der von einem Staat (A) als erforderlich erachtete Durchblick im Bereich der Inneren oder Äußeren Angelegenheiten nicht ohne weiteres herstellen, können Fachkräfte mit der Mission ausgesandt oder zu dem Zwecke eingespannt werden, als relevant erklärte Geheimnisse aufzudecken – Detektive (und dieses Wort soll hier als Sammelbegriff gelten).

Aufklärer, Ermittler oder Kundschafter werden dann aktiv (in alphabetischer Reihenfolge aufgezählt), auch „Schlapphüte", Schnüffler, *Scouts* oder Späher genannt, Spione oder Spitzel – die Bezeichnungen (mal mehr, mal weniger positiv oder negativ konnotiert) sind ein Indiz dafür, wie unterschiedlich sich diese Akteure ethisch beurteilt finden können. Für einen klaren Sprachgebrauch muss eine Entscheidung zugunsten ausgewählter Begriffe getroffen werden.

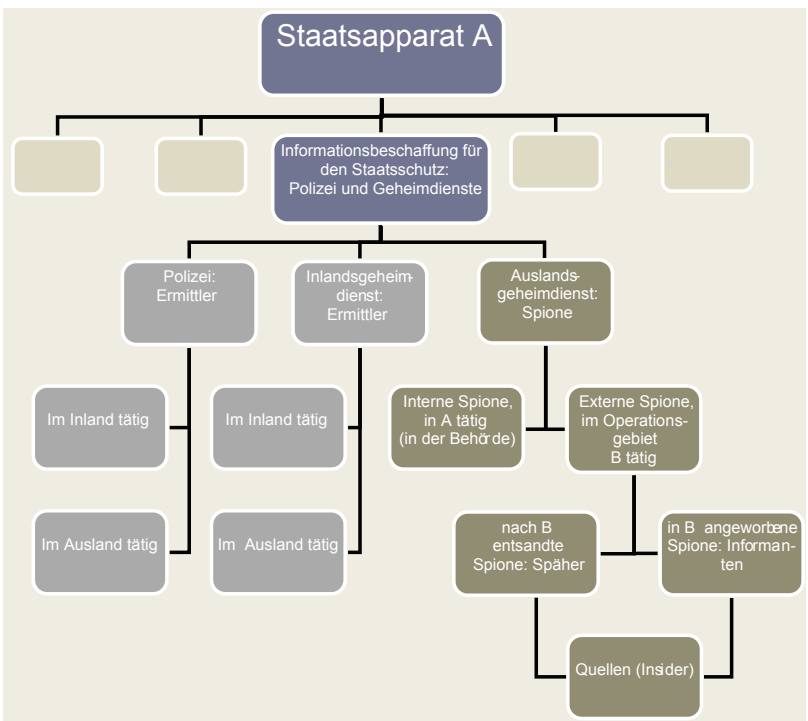


Abb. 20 – *Die Detektive des Staat(sapparat)s (A) – ein Modell: Interne Ermittler, externe (endogene wie exogene) Spione (entsandte Späher, angeworbene Informanten), schließlich Quellen (Insider in operativ bedeutsamen Objekten).*

Ein Staat(sapparat) unterhält – rudimentär oder elaboriert – Behörden für die Sammlung und Auswertung staatspolitisch, nicht zuletzt *staatsschutz*-politisch relevanter Daten. Die formellen und informellen Behördenmitarbeiter (Detektive) werden im eigenen Staatswesen / Land (A) tätig, aber auch auf dem Territorium und inmitten der Bevölkerung „fremder Mächte" (B, B', B").

Die Geheimnislüfter arbeiten keineswegs unter Beachtung von Transparenzgeboten; ihre Handlungen, gegen Geheimnisse gerichtet, unterliegen ihrerseits Geheimhaltungsvorschriften, die Enthüllung findet nicht *coram publico* statt, sondern exklusiv gegenüber den auftraggebenden Hintermännern (m/w); diese letzteren entscheiden im Einzelfall, ob ein enthülltes Geheimnis publik gemacht werden sollte, um den Konkurrenten oder Gegner bloßzustellen, freilich ohne die Zuträger zu gefährden.

Unsere Grafik veranschaulicht: Im Bereich der „fremden Macht" (B) werden von (A) entsandte Spione tätig und solche, die in (B) von und für (A) angeworben worden sind. Aus der Sicht sowohl von (A) als auch von (B) können – spiegelbildlich – exogene und endogene Spione unterschieden werden.

Unter dem Begriff „Ermittler" sollen hier – modellhaft – die auf dem eigenen Territorium eines Staats eingesetzten Detektive zusammengefasst werden (zusätzlich auch solche Detektive, die – seltener – auf fremdem Territorium mit Genehmigung des dortigen Staats auftreten), während die „Spione" (wie eingangs schon fixiert) auf fremdem Territorium tätig werden – im „Operationsgebiet" (wo ihnen nun wiederum die auf sie spezialisierten „Ermittler" des Staates B auf den Fersen sind).

Die für (A) in (B) tätigen Spione (Späher und Informanten) sind entweder persönlich Insider in ausgesuchten „Objekten" (Institutionen), mit entsprechendem Insiderwissen ausgestattet, oder aber sie erhalten die gesuchten Informationen von Objekt-Insidern, die sie als „Quellen" nutzen, möglicherweise zunächst dort platziert haben. Quellen können ahnungslos „abgeschöpft" werden, aber auch eingeweiht und dann selbst Informanten (zweiter oder gar erster Ordnung) sein.

Einem Insider im Lande (B), der ein Geheimnis nicht für sich behalten will, stehen freilich alternative Adressaten zur Verfügung als ein Staat (A). Er kann sich als *Whistleblower* an eine unspezifische Öffentlichkeit wenden, als Alarmrufer. Die Enthüllungen werden dann weitergetragen, „von Mund zu Mund" oder durch Medien, die oft ein Allround-Publikum bedienen; der *Whistleblower* (wie Edward Snowdon) ist kein Spion.

Spionage – ein mehrstelliger sozialer Prozess

Spionage ist zunächst ein zweistelliger sozialer Prozess, wir unterscheiden die Rollen des Spions (beispielsweise Gerd Löfflers) und des Ausspionierten (beispielsweise der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.); Aber das ist zu wenig. Bei genauerem Hinsehen kommen zwei „Parteien" hinzu, ferner ein Objekt, schließlich ein Set von Verhaltensmustern:

- die dritte Seite besteht aus den Empfängern der enthüllten Informationen (den Abnehmern oder Auftraggebern des Spions); im DDR-Fall fungierte hier außer der Stasi die Militäraufklärung der NVA, für die Gerd Löffler arbeitete;

- eine vierte Seite wird durch die schon genannten Quellen dargestellt; das sind Personen, die entweder selbst Objekt von Ausspähung sind oder im Dienst der ausspionierten Person oder Institution stehen, möglicherweise auch nur mit ihr bekannt sind, und die – als Insider – dem Spion die erwünschten Informationen mitteilen. Manchmal geschieht dies im Wissen darum, dass sie am Prozess der Spionage teilhaben, manchmal auch nicht; im Falle Löfflers fiel diese „Partei" aus, weil Löffler sich persönlich zum Insider in den von ihm ausgespähten Vereinigungen machte: Das Mitglied wurde direkt zum Informanten, Informant und Quelle fielen zusammen;

- als fünfter Faktor (als „Ding", nicht als Person) sind die erschlichenen Informationen von Bedeutung – von der Auftraggeberseite verlangt oder auch nur entgegengenommen und oft dann auch honoriert; das vormalige Geheimnis (ethisch missbilligend jetzt auch Verratsmaterial genannt), das durch Spionage Eruierte und Weiterkommunizierte er-

Abb. 21 *– „Mit anderen Mitteln“: Der Hamburger Politiker-Spion Wolfgang Jaeger hat im Laufe seiner drei Jahrzehnte umfassenden Spionagetätigkeit so ziemlich alle damals üblichen Gerätschaften in Gebrauch genommen, darunter natürlich auch die allbekannten Minoxkameras. Die Geräte waren nicht alle außerordentlich, das, was die Spione (als Spione) damit anfingen, schon.*

Am 4. April 1968 notierte Führungsoffizier Scherwinski: „Nach einer kurzen Diskussion erklärte sich der GM bereit, eine Minox-Kamera entgegenzunehnen, um bei sich bietenden Gelegenheiten wichtige Dokumente fotografieren zu können. Voraussetzung ist, dass der GM außerdem einen Container erhält, in dem er die Kamera und anderes erforderliche Material aufbewahren kann.“ (BStU TA 599 „Günther“, Bd. V, Bl. 16) Oben ist eine damals handelsübliche Minoxkamera zu sehen, unten eine konspirative Variante aus DDR-Produktion: Eine Minoxkamera im – mehr oder weniger – unauffälligen Etui, wohl aus den 1960er Jahren.

Auch weitere unserer zehn Akteure benutzten Minox-Kameras. Karlfranz Schmidt-Wittmack leistete sich 1953/54 nicht nur ein AEG-Tonbandgerät, sondern auch eine Minox A.

Wer Dokumente fotografierte, benötigte einen Abstandshalter in Form einer kleinen Kette. Minoxkameras besaßen viele Menschen, Abstandshalter deutlich weniger. Der Besitz eines Abstandshalters bedeutete für eine der Spionage verdächtigte Person nichts Gutes.

weist sich als das *Quintum actionis*, das Fünfte in diesem Handlungsgefüge, als der Gegenstand, worum sich – zumindest modellhaft – alles dreht;

- als „*Sextum*" kommen die von den Akteuren an den Tag gelegten Verhaltensweisen und Methoden ins Spiel. Es handelt sich um die modale Seite des sozialen Prozesses der Spionage: Welche hinter Barrieren versteckte Informationen auch immer ausfindig gemacht und an „Unbefugte" weitergereicht werden mögen – auf welche Weise geschieht das? Zufällig, absichtslos, oder aber systematisch-methodisch, wiederholt, mit Hilfe einschlägiger Werkzeuge?

Wenn es sich für Politik und Rechtsprechung als schwierig erweist, das genannte *Quintum* (der sensiblen Informationen) zu definieren, oder wenn es auf dieses *Quintum actionis* als solches weniger anzukommen scheint als auf die Art der Kommunikation zwischen fremder Macht (A) einerseits und Bewohnern des Landes (B) andererseits, dann kann politisch und juristisch definiert werden, Geheimnis im Sinne eines Spionagestraftatbestands sei alles das, was ein fremder Geheimdienst durch eine bestimmte Art der Kommunikation mit einem Spion oder Informanten zu erfahren sich bemühe. Damit kommt das genannte *Sextum* zur juristischen Bedeutung, damit wird der Begriff des Geheimnisses de facto aus der Spionagedefinition ausgeklammert.

An die Stelle eines *materialen* Spionagebegriffs – so könnte man unter diesem Gesichtspunkt der übermittelten Informationseinheiten sagen – ist dann ein *formaler* Spionagebegriff getreten. Das *war* – noch etwas undeutlich – eine Logik des bundesdeutschen StGB zwischen 1951 und 1968: In dem damaligen § 92 ging es um das „Sammeln von Nachrichten" zugunsten einer „Dienststelle, einer Partei" etc. „außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes". Das *ist* die Logik des StGB (war übrigens auch die Logik des DDR-StGB) seit 1968: Bei der *Geheimdienstlichen Agententätigkeit* kommt es nicht auf die übermittelte Information an, sondern auf die systematische, konspirative (trickreich geheimgehaltene) Kommunikation eines permanenten oder vorübergehenden Bewohners der Bundesrepublik mit einem fremden Geheimdienst.

Hier liegt genau der Punkt, an dem der Ex-Politiker und Ex-Spion Gerd Löffler bis auf den heutigen Tag hartnäckig Unverständnis demonstriert – so, als ob es keinen ersichtlichen Unterschied gegeben hätte zwischen einem von Pressemeldungen begleiteten Treffen, das ein Hamburger Abgeordneter als solcher, offiziell, mit ebenso offiziellen DDR-Vertretern auf deren Hannoveraner oder auch Leipziger Messestand abhielt, einerseits, und andererseits einer geheimen Zusammenkunft in einer operativen Wohnung in Ostberlin, in deren Verlauf der Abgeordnete nicht als Abgeordneter fungierte, sondern irgendwelches Material aus seinem „Container", z. B. seiner doppelbödigen Aktentasche, fischte und einem ostdeutschen Geheimdienstmitarbeiter in die Hand drückte, unter Entgegennahme eines „Agentenlohns".[10]

Es mag sich bei dem übergebenen Material um das nach 1968 bei Gegnern des § 99 StGB geradezu sprichwörtlich gewordene, als Gipfel der Trivialität betrachtete „Telefonbuch" handeln – darauf kommt es hier nicht an. Wenn der Hamburger Landesparlamentsabgeordnete Gerd Löffler sich auf dem Hannoveraner DDR-Messestand mit DDR-Vertretern unterhielt, dann war das Politik; wenn er mit seinem Führungsoffizier in der DDR zusammentraf, dann war das „eine Fortsetzung der Politik" – mit „anderen Mitteln", deren Andersartigkeit für alle Beteiligten ganz unzweifelhaft mit der für Löffler gültigen Gesetzeslage kollidierte.

Löffler hat sich darüber beklagt, dass bei offiziellen Treffen von ost- und westdeutschen Politikern viel mehr Informationen hin- und hergeflossen seien als je in seinen konspirativen Containern Platz gefunden hätten. Franz-Josef Strauß und Alexander Schalck-Golodkowski haben wohl in der Tat mehr „Staatsgeheimnisse" ausgetauscht als sämtliche Hamburger Politiker-Spione je auch nur annähernd zusammenbekommen haben; aber das ist nicht im Wege *Geheimdienstlicher Agententätigkeit* geschehen. Angela Merkel zum Beispiel und François Hollande tauschen Staatsgeheimnisse aus, weil und sofern das zu ihrem Job gehört. Schalck-Golodkowsi und Strauß waren – in einem engeren, ihnen von höchster Stelle gegebenen Spielraum – gleichfalls dazu kompetent. Löffler wollte mit führenden DDR-Politikern über Umweltpolitik reden, aber er hat das über seinen Führungsoffizier versucht, als Spion, nicht auf der politischen Ebene, als Politiker. Er wollte gerne auf dem Weg über die Spionage zur Politik kom-

men, und das gelang ihm nicht. Andersherum wäre seine Politikerrolle eine erstklassige „Legende“ zur Bemäntelung seiner *Geheimdienstlichen Agententätigkeit* gewesen; aber so weit war er in der Politik noch nicht arriviert.

Abb. 22 *– Das „Sammeln von Nachrichten“ für „eine Dienststelle, eine Partei oder eine andere Vereinigung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes“ (StGB § 92, aber auch § 100e, im Zeitraum 1951–1968) oder Geheimdienstliche Agententätigkeit (StGB § 99, vor allem § 109 g seither) wurde lange Zeit mit Hilfe von Tonbandgeräten betrieben. Karlfranz Schmidt-Wittmack, der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete (alias „Timm“), leistete sich zu Weihnachten 1953 ein AEG-Magnetophon KL 15, das damals 700 DM kostete (für einen VW-Käfer, Standard, musste man 1955, zwei Jahre später, 3750 DM zahlen).*

Der Politiker als Spion, der Spion als Politiker

Der Hauptaspekt des „erlernten" Berufs unserer Politiker besteht in der Unterstützung dessen, was die Partei will, damit sie einen nominiert, möglichst weit oben in den Listen, und in der behutsamen Sicherung ihrer Gefolgschaft, wenn man oben ist. Man lernt, wie man die Konkurrenz der anderen Parteien abwehrt und sich gegen die Wettbewerber im eigenen Lager durchsetzt.

Richard von Weizsäcker, 1992[11]

Staaten (Staatsapparate) machen Politik, aber auch vergleichsweise weniger potente Organisationen – *Governmental Organizations* (GOs, z.B. Parteien) und *Non-governmental Organizations* (NGOs, z.B. Umweltverbände), und schließlich Individuen, die sich mehr oder weniger in Organisationen und Staaten einfügen. Wenn ein Staat seine Politik „*mit anderen Mitteln fortsetzt*", wird das durch die ihm zuerkannte Staatensouveränität gedeckt (solange diese von anderen Staaten anerkannt wird), unter Umständen durch Völkerrecht, unter Umständen auch nicht. Für GOs, NGOs und Individuen gilt nationalstaatliches Recht. Sie können ihre jeweilige Politik „*mit anderen Mitteln fortsetzen*", werden aber viel enger kontrolliert als Staaten (nämlich durch Staaten) und sollten sich zuvor der Rechtslage versichert haben.

Individuelles politisches Engagement – ob in Parteien und Verbänden, Verwaltungsausschüssen oder Parlamenten – kann mit dem Handwerk der Spione (oder auch Agenten) Gemeinsamkeiten aufweisen und umgekehrt; regelmäßig geschieht dies, sobald ein Akteur sich mit der Rolle des bloßen politischen Gefolgsmanns (m/w) nicht mehr zufrieden gibt, sich an Machtkämpfen beteiligt und damit zum Kern des politischen Geschäfts vordringt. Die Erkenntnis, dass Parteifunktionäre sich vor allem damit befassen, die konkurrierende Partei zu bekämpfen, ist nicht allein Richard von Weizsäcker gekommen, aber von ihm in wünschenswerter Weise verbreitet worden.

Oft sind nicht einmal die Funktionäre der Gegenpartei die widerlichsten Herausforderer, sondern die eigenen „Parteifreunde". In Flügeln und Fraktionen, in Grüppchen und Zirkeln, in offiziell veranstalteten Klausurtagungen oder im sprichwörtlichen Hinterzimmer wird quasi konspirativ kommuniziert, genetzwerkt, verschworen. Die Übergänge zwischen „normalen" und „anderen" Mitteln und Methoden sind nicht immer leicht auszumachen. An der Parteibasis beginnt die mikropolitische „Kleinkriminalität": Mitglieder werden zum Nulltarif rekrutiert, zur Not gar erfunden; Mitgliedsausweise werden gefälscht, um Delegiertenzahlen zu erhöhen oder um über „Stimmvieh" für parteiinterne Kandidatenaufstellung zu verfügen. Artikel 21 Grundgesetz bestimmt nicht grundlos (nämlich oft folgenlos), dass das Innere der Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen müsse, dass Parteien ihre Einnahmen und Ausgaben der Öffentlichkeit transparent zu machen hätten.

In Organisationen aller Art (auch in Behörden und Universitäten) entwickelt sich eine organisationskriminologisch feststellbare, typische Delinquenz. Weit vor der Polizei hat es sich der investigative Journalismus zur Aufgabe gemacht, Skandale zu enthüllen, und es mangelt nie an Erkenntnisobjekten. In Parteien und Verbänden (bis hin zu Automobilclub, Tierschutzverein und Rotem Kreuz) werden immer wieder einmal verdeckte Kassen eingerichtet, nach „Mafia"-Manier Schutzgelder erhoben und Schmiergelder gezahlt, werden Posten gekungelt, Wahl- und Abstimmungsergebnisse manipuliert, Falschmeldungen verbreitet.

Wer was von wem zu welchem Zeitpunkt und auf welche Weise mitgeteilt bekommt, ist eine alltägliche Frage makro- und mikropolitischer Taktik. Partei- und Verbandspolitiker sind keine Spione, aber nicht selten daran gewohnt, dass konkurrierende Akteure einander – im Sinne der Umgangssprache – „ausspionieren", dass konfligierende Gruppierungen einander „U-Boote" unterschieben, dass mit gezielten Indiskretionen, Desinformationen, Gerüchten allerlei Spiel getrieben wird.

Als der Hamburger DDR-Spion Wolfgang Jaeger (*alias* „Günther"), DDR-Spion seit 1960, 1974 auf Drängen des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit in die Hamburg-Harburger CDU eintrat, begann im Hamburger CDU-Landesverband gerade die Ära des Landesvorsitzenden

Jürgen Echternach, gekennzeichnet durch den Aufstieg eines betulichen Honoratiorenclubs zur Großstadtpartei, aber auch durch eine systematische Korruption, deren gröbste Auswüchse das Hamburgische Verfassungsgericht 1993 dadurch ahndete, dass die Bürgerschaftswahl von 1991 wiederholt werden musste – aufgrund schwerer Verstöße gegen das Gebot der Innerparteilichen Demokratie.

Jaeger, an Hinterzimmer-Verhaltensweisen auch aus seiner langjährigen Tätigkeit im Verband Deutscher Studentenschaften längst gewöhnt, hat sich in der CDU schnell eingelebt, wurde bald Ortsvorsitzender und Bezirksabgeordneter; möglicherweise wäre er eines Tages noch in die Bürgerschaft eingerückt, dann wohl weniger aufgrund ausgeprägter Fähigkeiten und Fertigkeiten denn aufgrund innerparteilicher „Arithmetik".

***Abb. 23** – Der Hamburger Landespolitiker Gerd Löffler kandidierte 1974 erstmals zur Bürgerschaft (in dem Jahr, in dem er auch seine DDR-Kontakte aufnahm), hatte dann 1978 mit seinem zweiten Anlauf Erfolg. 1981 veröffentlichte er seine Programmschrift „Kurzschluß" zur Hamburger Energiepolitik.*

DDR-Spion Gerd Löffler (ebenfalls CDU), der im selben Jahr 1974 seine konspirative Tätigkeit aufnahm, war zu diesem Zeitpunkt schon mit sämtlichen Kniffen des Parteialltags hinreichend vertraut, mit der vertraulichen Behandlung von Informationen ebenso wie mit den Möglichkeiten, diese Vertraulichkeit gezielt (und wiederum vertraulich) zu durchbrechen. In den anderen Parteien, namentlich in der in Hamburg jahrzehntelang so gut wie unkontrolliert und ununterbrochen an der Regierung befindlichen SPD, sah dies natürlich kaum anders aus.

Mikropolitik im Partei- und Spionagealltag

Wolfgang Jaegers CDU-Karriere begann mit Lehrstunden in Parteitaktik. Bei seinem Eintritt in den Hamburger Landesverband der Union im März 1974 erhielt der Neuling gleich einen ganzen Stapel Aufnahmeanträge. Die brauche er für seinen Bekanntenkreis, so die Erklärung des Landesvorsitzenden. Jaeger solle sich rasch eine Hausmacht in der Partei sichern.

Dabei wusste Jaeger längst, wie man Freunde und Verwandte ausnutzt, sie gar bespitzelt und verrät: Der angehende Christdemokrat, ergaben Ermittlungen der Hamburger Staatsanwaltschaft, arbeitete damals schon 14 Jahre für die Stasi.

Geheimtinte im Schal. In: Der Spiegel 7/1996, S. 72.

Die mikropolitischen Gefechte werden am intensivsten in jungen Jahren erlernt und internalisiert, in studentischen Gruppen und in den Jugendorganisationen der Parteien. Spion Kurt Wand sen. (*alias* „Becker“, *alias* „Hülse“) war schon zu Beginn der NS-Zeit kommunistischer Jugendfunktionär, wirkte unter Lebensgefahr im Untergrund und knüpfte 1949 – teils freiwillig, teils unfreiwillig – an diese konspirativen Aktivitäten an. Spion Karlfranz Schmidt-Wittmack machte seinen politischen Aufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg in der Jungen Union; deren Vorsitzender wurde er 1948 dadurch, dass er in einer entscheidenden Sitzung mit Hilfe einer zuvor zusammentelefonierten Ad-hoc-Mehrheit den bisherigen Amtsinhaber überrumpelte. Die Spione Arved Rüden und Kurt Wand *jun*. wuchsen im Sozialdemokratischen (ab 1972 Sozialistischen) Hochschulbund (SHB) auf und im Kreis der Jungsozialisten, und nachweislich war Arved Rüden in innerverbandliche Macht- und Fraktionskämpfe verwickelt.

Ruth Polte war sowohl NS-Jungmädel als dann auch Mitglied der FDJ gewesen, auf Konspiration freilich vor allem ab 1956 ausgerichtet worden –

durch die Teilnahme an politisch verpönten „Tauwetter"-Zirkeln, sodann durch Verhaftung, Verhöre, Untersuchungs- und reguläre Haft.

Johannes Koppe hatte sich in der Sowjetischen Besatzungszone kurze Zeit der LDPD angeschlossen, dann umständehalber zum SED-Kandidaten gemausert, und in Hamburg-Bramfeld war es Anfang der fünfziger Jahre eine kommunistische Gruppe, in der er sich wohlfühlte – bis die KPD 1956 verboten wurde; zum Habitus eines Angestellten der Hamburgischen Elektricitätswerke und Verfechters der Atomenergie schien ihm dann ein FDP-Parteibuch angemessen; er hat es freilich nicht zum Anlass genommen, Parteiarbeit zu leisten. 1974 schloss er sich konspirativ der SED an. Rolf Grunert war bereits 1947 (mit 22 Jahren) der Hamburger KPD beigetreten und erwies sich ab 1969 als ein mit allen Wassern gewaschener Funktionär im Bund Deutscher Kriminalbeamter – mittlerweile schon längst als Kontaktperson „Alster" mit dem Ostberliner MfS in Verbindung.

Der Politiker, der zum Spion wird, kann seine *Geheimdienstliche Agententätigkeit* als Bestandteil seines politischen Engagements unter Inkaufnahme besonderer Risiken betrachten, einen eventuellen Agentenlohn als Pendant zu der Aufwandsentschädigung, die „ordentlichen" Politikern oft gewährt wird. Möglicherweise erhofft er sich auf diesem Umwege auch Vorteile für sein öffentlich-politisches Weiterkommen. Nur muss er in sein Kalkül mit einbeziehen, dass er unter Umständen in Konflikt mit Gesetzen gerät – ähnlich wie ein Parteischatzmeister, der es nicht allein mit seinem politischen Gewissen vereinbaren muss, im Dienste seiner „guten Sache" schwarze Kassen zu führen. „Mit anderen Mitteln" zu handeln, heißt hier, illegale Wege zu beschreiten, Korruption zu betreiben.

Korruption kann als Fortsetzung von Politik verstanden werden, Spionage als eine Form von Korruption. Der Begriff der Korruption taucht in deutschen Gesetzen nicht auf; kriminologisch kann ihm der folgende Merkmalskatalog zugeschrieben werden:

- Missbrauch eines öffentlichen Amtes, eines politischen Mandats, oder einer Funktion in der Wirtschaft,

- zur Erlangung eines direkten oder indirekten Vorteils für sich selbst oder eine dritte Seite;
- unter Inkaufnahme des Eintritts eines Schadens oder Nachteils für Dritte.[12]

Es liegt an Politik und Juristerei, durch Tatbestandsbeschreibung und Normensetzung Unterschiede zwischen Spionage, dem Führen schwarzer Parteikassen, der von Parteien durchgehend geübten Ämterpatronage etc. zu definieren und möglicherweise Bewertungs- und Sanktionierungsakzente zu setzen.

Abb. 24 *– Parteipolitiker, Spion, Verbandsfunktionär. Rolf Grunert, Abiturient, Kriegsteilnehmer, trat 1947 der Hamburger KPD bei; 1951 bewarb er sich um eine Stelle beim Verfassungsschutz (ohne Erfolg), 1952 begann er eine Ausbildung bei der Polizei, aber Kontakt zum MfS nahm er – eigenen Angaben gemäß – erst 1961 auf, mittlerweile Kriminalkommissar. 1969 wurde er Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter. Als er 1985 – nach Übertritt in die DDR – der SED beitrat, wurde das 1947er Datum als Beitrittsdatum auf den SED-Ausweis übertragen. Grunert und die SED wollten damit Kontinuität demonstrieren.*

Was als kriminell gilt, wird politisch definiert

Wer – wie die hier präsentierten Hamburger Politiker-Spione – die politische Praxis aus eigenem Erleben kennt, dem kann besonders klar vor Augen stehen, dass die Frage, welche Daten als geheim, welche Verhaltensmuster als delinquent zu gelten hätten, ein moralisches, rechtliches, vor allem aber ein politisches Problem darstellt.

Ein Staat bestimmt, welche Handlungen kriminalisiert, mit welcher Sanktion belegt werden; dafür ist er kompetent, dafür kann er – je nach Umständen – kritisiert werden. Der Staat bestimmt die Grenzen, in denen ein Politiker oder ein *Homo politicus* (ein politisch engagierter Mensch ohne Ämter oder Mandate) die politische Tätigkeit „mit anderen Mitteln" fortsetzen darf. Unter manchem Aspekt ganz unterschiedliche Handlungsmuster stehen da mehr oder minder entfernt in ein und demselben Kodex, vereint durch die politisch fixierte Strafwürdigkeit; die Kodizes wandeln sich von Epoche zu Epoche, und sie sind von Land zu Land unterschiedlich.

„Hühnerdiebstahl" und
Geheimdienstliche Agententätigkeit

Er (Rolf Grunert) hat das Delikt der *Geheimdienstlichen Agententätigkeit* nach § 99 StGB sogar mit einem Hühnerdiebstahl verglichen, obwohl ihm als Kriminalbeamten klar war, dass mangels einer Differenzierung der Freiheitsstrafen die gesetzliche Androhung einer einheitlichen Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren naturgemäß Delikte mit einem unterschiedlichen Unwertgehalt umfassen muss.

Urteil des HOLG, 4 StE 1/78, 6. März 1978, S. 35.

Der Hamburger DDR-Spion Rolf Grunert hat sich 1977 darüber beschwert, dass er wegen eines mutmaßlichen Vergehens gemäß § 99 StGB, das hinsichtlich des angedrohten Strafmaßes mit Delikten wie „fahrlässige Brandstiftung" (§ 309 StGB) gleichgesetzt wäre, nicht weniger als 19 Monate in Untersuchungshaft habe schmoren müssen. Vermutlich hat er sich – zwischen den Zeilen – vor allem darüber empören wollen, von der bundesdeutschen Justiz streckenweise (abgesehen nun wiederum von seiner tatsächlich viel zu langen U-Haft) wie ein profaner Kleinkrimineller behandelt zu werden, obwohl er doch mit so manchen west- und ostdeut-

schen Politikern auf mehr oder minder vertrautem Fuß stand, mit Franz-Josef Strauß oder mit Erich Mielke. Das Gericht war ob seiner Äußerung jedenfalls – wie von Grunert beabsichtigt – indigniert.

Der österreichische Staat hat es 1992 abgelehnt, den mutmaßlichen Spion Gerd Löffler an die Bundesrepublik auszuliefern; das Löffler zur Last gelegte politische Vergehen der *Geheimdienstlichen Agententätigkeit* gehe die Republik Österreich nichts an. Wenn Löffler wegen eines Eigentumsdelikts (oberhalb der Relevanz eines Hühnerdiebstahls) verfolgt worden wäre, hätte das anders ausgesehen. Eine moralische Beurteilung kann trennen, wo das Recht nicht trennt, kann gleichstellen, wo im Recht Ländergrenzen einen Unterschied ausmachen; je nach Situation und subjektiver Wertebasis können Diebstahl und Spionage mehr oder weniger begrüßt oder verdammt werden.

Die Grenzen zwischen Allgemeinkriminalität und Politischer Kriminalität sind nicht immer leicht auszumachen, und deshalb lohnt es sich (wie in Deutschland 2001 geschehen), eine Zwischenkategorie einzuführen: Grundsätzlich kann zwischen „*Allgemeinkriminalität*“, „*Politischer Kriminalität*“ und – drittens – „*Politisch motivierter Kriminalität*“ (PMK) unterschieden werden. Die Logik, die Politische Kriminalität der Politisch motivierten Kriminalität zu subsummieren, überzeugt nun allerdings nicht, weil ein politisches Delikt wie *Geheimdienstliche Agententätigkeit* nicht zwangsläufig politisch motiviert sein muss.

Politische Kriminalität = Staatsschutzdelikte

Als politisch motivierte Kriminalität werden bezeichnet und erfasst:

1. alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der sog. klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann. Im Einzelnen gelten die folgenden Straftatbestände als Staatsschutzdelikte: §§ 80–83, 84–86a, 87–91, 94–100a, 102–104a, 105–108e, 109–109h, 129a, 129b, 234a oder 241a des Strafgesetzbuches (StGB). Als relativ häufig vorkommende Beispiele seien hier Volksverhetzung (§ 130 StGB) und Propagandadelikte (§§ 86, 86a StGB) genannt; aber auch die Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) und Hochverrat (§§ 81, 82 StGB) zählen dazu.

> 2. im Übrigen aber auch Straftaten, die ebenso in der Allgemeinkriminalität begangen werden können (wie z.B. Tötungs- und Körperverletzungsdelikte, Brandstiftungen, Widerstandsdelikte, Sachbeschädigungen), jedoch nur wenn in Würdigung der gesamten Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür gegeben sind, dass sie:
>
> - den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten […].
>
> *Bundesministerium des Innern (http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/ Sicherheit/Kriminalitaetsbekaempfung/Politisch-motivierte-Kriminalitaet/politisch-motivierte-kriminalitaet_node.html, 13. Sept. 2015).*

Die folgende Tabelle versucht eine modellhafte, mit der derzeitigen juristischen Logik in Deutschland nicht übereinstimmende Abgrenzung von Allgemeinkriminalität, Politischer Kriminalität und Politisch motivierter Kriminalität (PMK). PMK wird hier – als echte Zwischenkategorie – dann konstatiert, wenn ein Tatbestand – einerlei ob der Allgemein- oder Politischen Kriminalität zuzurechnen – sich als politisch begründet erweist.

Allgemein–kriminalität / Politisch motivierte Kriminalität / Politische Kriminalität		**Tatbestandssorte**	
		Allgemeinkriminalität	Politische Kriminalität (Staatsschutzdelikte)
Tatbestand-Beispiel		Hühnerdiebstahl (§ 242 StGB)	geheimdienstliche Agententätigkeit (§ 99 StGB)
Motivsorte	nicht–politisch	nichtpolitisch motivierte Allgemeinkriminalität (NPMK): Fallbeispiel 1: Hühnerdiebstahlbei Bauer Piepenbrink oder bei Angela Merkel (in deren Privateigenschaft als Hühnerzüchterin)	nichtpolitisch motivierte Politische Kriminalität (NPMPK): Fallbeispiel 3: geheimdienstliche Agententätigkeit aus purer Liebe oder Habgier
	politisch	Politisch motivierte Allgemeinkriminalität (PMK) Fallbeispiel 2: Hühnerdiebstahl bei Angela Merkel, mit Bekennerbrief im Hühnerstall, worin - im Hinblick auf ihre Kanzlerschaft - ihre Griechenlandpolitik verurteilt wird	Politisch motivierte Politische Kriminalität (PMPK) Fallbeispiel 4: Geheimdienstliche Agententätigkeit im Dienste des Weltkommunismus oder Weltfriedens

***Abb. 25** – Allgemeinkriminalität – Politisch motivierte Kriminalität – Politische Kriminalität. Die Logik dieser Tabelle entspricht nicht der Logik der deutschen Gesetzeslage, worin die Fallbeispiele 2, 3 und 4 unter PMK (Politisch motivierte Kriminalität) subsummiert werden, wo von „reiner" politischer Kriminalität nicht die Rede ist.*

Als politisch motiviert kann demnach ein Mord an einem türkischen Gemüsehändler gelten (wie von der Terrorzelle NSU 2001 verübt), wenn damit ein Zeichen für die Ablehnung von Ausländern gesetzt werden soll: Der Mord, ein zunächst politisch neutraler Akt, erweist sich vor dem Hintergrund der Motivforschung als politisch begründet. Als Politische Kriminalität können demgegenüber der Mord an einem Politiker (als solchem) gelten, die Attacke auf eine Parlamentssitzung, aber auch gewaltfreie Akte wie Wahlfälschung.[13]

Rolf Grunerts Geliebte und spätere Ehefrau, Herma Zemke, ist ein passendes Beispiel für nichtpolitisch motivierte *Geheimdienstliche Agententätigkeit*: Aus purer Liebe ließ sie sich – von Grunert vor die Wahl gestellt – darauf ein, aus ihrer unter operativem Aspekt ziemlich trivialen Dienststelle (dem Hamburg-Blankeneser Ortsamt) ziemlich triviale Informationen zu liefern, und sie nahm – durch Grunert ermuntert – dafür ziemlich viele harte DM entgegen. Ein „Glaube, für ein Kollektiv und seine Zukunft handeln zu sollen", lag ihr fern.

Der Glaube, für ein Kollektiv und seine Zukunft handeln zu sollen –

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) unterscheidet sich von anderen Formen der Kriminalität vor allem dadurch, dass nicht der individuelle Nutzen der Handlung im Vordergrund der Motivation der Akteure steht, sondern der Glaube, für ein Kollektiv und seine Zukunft handeln zu sollen – sei es für eine vorgestellte „Volksgemeinschaft", eine „Klasse" oder einen „wahren Glauben". Aufgrund dieser Selbstwahrnehmung als altruistisch und opferbereite Akteure sind politisch motivierte Kriminelle weniger von Sanktionen zu beeindrucken als andere Delinquenten. Der von den Akteuren geglaubte überindividuelle und überzeitliche Sinn ihres Handelns ist geeignet, Strafen zu neutralisieren oder als Auszeichnungen umzudefinieren.

Bundesministerium des Innern / Bundesministerium der Justiz: Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht (Kurzfassung). Berlin 2006, S. 28.

Späher und Informanten, die aus rein oder überwiegend materiellen Beweggründen tätig werden, wegen des Honorars also, oder aus psychologischem Antrieb heraus, aufgrund von eigentlich nichtpolitischen Ressentiments oder aus Geltungssucht, handeln gleichwohl politisch relevant; sie müssen in Kauf nehmen, dass ihnen ein Staatsschutzdelikt zur Last gelegt wird – mag ihnen der Staat, dessen Staatsschutznormen sie verletzen, auch ebenso gleichgültig sein wie der Staat, dem die Geheiminformationen zugespielt werden.

Jeder Spion (wie er weiter oben modellhaft definiert worden ist) wird aufgrund seiner „Informationspolitik“ *nolens volens* zum *Homo politicus*, allemal aber der Spion, der sogar aus politischen Gründen tätig wird. Das gilt für Staats-, Partei-, Verbands und Unternehmenspolitik. Im Sinne ureigener politischer Ziele oder solcher, die er sich zu eigen gemacht hat, trägt der Spion absichtsvoll zur politischen Veränderung bei, und er muss sich auch für unbeabsichtigte Nebenwirkungen verantworten.

Die Motivlage ist für eine politische, moralische und rechtliche Würdigung von Spionage gewiss von Bedeutung, aber vor allem für die Theorie (inklusive der Historie) und für die Prophylaxe.

Die Motivlage der Spione: "M", "I", "C" oder "E"?

Das vielfach auf Spione angewandte M.I.C.E.-Analyseraster (das freilich nicht nur auf Spione anwendbar ist) unterscheidet ***m***aterielle von ***i***deologischen Motiven, ferner Zwang (***c***oertion) und Geltungsstreben (***E***gozentrismus). Es ist hier zum Zweck der Charakterisierung der zehn ausgesuchten Hamburger Politiker-Spione nur leicht abgeändert worden. Es scheint so, als ob die Reihenfolge der M.I.C.E.-Faktoren auch für das überschaubare Sample unserer Akteure gültig sei, obwohl die DDR-seitig gewährten materiellen Anreize sich in ziemlich engen Grenzen gehalten haben.

Materielle Motive stehen also auch hier am Anfang, ohne deshalb in der Realität der hier ausgesuchten Fälle stets ausschlaggebend gewesen zu sein; es folgt der Komplex „Zwang und Angst, Liebe und Hass"; statt „*ideologischer*" Motive geht es um „politisch-programmatische" Beweggründe, und dieser Begriff soll den der ideologischen Motive einschließen; schließlich folgt wiederum der Bereich der Egozentrik, inklusive narzisstischer Neigungen, also ein gesteigertes Geltungsverlangen, gar Selbstverliebtheit, wohl nicht selten verknüpft mit Abenteuerlust.

Allen diesen Motiven stehen einschlägige Defizite gegenüber – ein zumindest gefühlter Geldmangel, eine ungesicherte weltanschauliche Verankerung; ein mangelhaftes Vertrauen in die eigene Sicherheit oder auch Widerstandskraft; ein aufbesserungsbedürftiges Selbstvertrauen, ein gegenüber „Es"- und „Überich"-Herausforderungen zu schwaches „Ich" (im Jargon der Psychoanalyse ausgedrückt). Die folgende Tabelle kann selbstverständlich nur eine grobe Annäherung bieten. Die vergebenen Sternchen (*, **) deuten einen Intensitätsgrad an.

Materielle Motive

Sämtliche Akteure waren zur Zeit der Aufnahme der Spionagetätigkeit unterschiedlich stark noch im beruflichen Aufstieg begriffen oder auf einen solchen Aufstieg angewiesen. Keiner war arriviert, etabliert, saturiert. Dem einen oder anderen Spion erschien die *Geheimdienstliche Agententätigkeit* später, als Angehörigem des Establishments, zumindest periodisch als eher lästig (Rüden, Wand *jun.*). In keinem Fall jedoch scheint der Bezug des „Agentenlohns", der meist kaum mehr war als eine Aufwandsentschädigung, dazu geeignet gewesen zu sein, den Lebensstandard merklich zu steigern.

Politisch-programmatische Motive

Jaeger, Löffler und Schmidt-Wittmack (alle CDU) können zur Zeit ihrer Spionagetätigkeit nicht als politisch „links" oder gar DDR-orientiert eingestuft werden. Schmidt-Wittmack zeigte sich in den Nachkriegsjahren deutschnational eingestellt, gelegentlich mit chauvinistischem Einschlag versehen; sogar monarchistische Äußerungen wurden ihm nachgesagt, und die dürfte er nicht allein zur Tarnung von sich gegeben haben. Die gesamtdeutsche Gesinnung bei Grunert, Koppe und Löffler war anderer Natur; die drei verstanden sich zugleich auch als Fachleute und programmatische Vordenker auf bestimmten, beruflich bedingten Tätigkeitsfeldern (Verbrechensbekämpfung, Atomenergie und Umweltschutz), und sie haben sich zumindest zeitweise mehr oder weniger deutlich vorgestellt, etwas zur grenzüberschreitenden Fortentwicklung auf ihrem Spezialgebiet leisten zu können.

Gaßmann, Rüden und die beiden Wands waren mit unterschiedlichen Akzenten prononciert „links" (sozialistisch / kommunistisch) ideologisiert, Ruth Hötzsch (spätere Polte) schwankte zwischen Zu- und Abneigung gegenüber der DDR, die zwar ein Polizeistaat, aber eben auch sozialistisch war.

Zehn Hamburger Motive für Spionagetätigkeit -		
Name	**1.) Materielle Motive**	**2.) Pol.-programmatische Motive**
Hermann Gaßmann	** G. fühlte sich im Beruf mittelmäßig bezahlt, hatte Familie.	** G. war stark links, wohl auch DKP-orientiert
Rolf Grunert	* Gr., draufgängerisch, im gehobenen Dienst beschäftigt, verlangte mehr vom Leben.	* Gr. träumte von effektiverer Verbrechensbekämpfung in beiden deutschen Staaten.
Wolfgang Jaeger	** J. war einkommensorientiert, jahrelang „ewiger Student", hatte auch Familie.	gering
Johannes Koppe	* Im Studium konnte K. das MfS-Geld gut gebrauchen, später war er zwar arriviert, sah aber viele Besserverdienende.	* K. träumte von einer Atomenergie-Nutzung in beiden deutschen Staaten und war (ansonsten) linksorientiert.
Gerd Löffler	** L. brauchte Aufträge für seine kleine Firma, hatte oft mehrere Jobs gleichzeitig.	* L. träumte von einer miteinander verknüpften Umwelt- und Energiepolitik in beiden deutschen Staaten
Ruth Polte	* P. war finanziell erst nach ihrer Heirat (1969) abgesichert.	* P. hat trotz Unterdrückung durch die DDR-Diktatur Grundsympathien für sozialistische Politik bewahrt.
Arved Rüden	* Anfangs, als Student, war R. das Geld willkommen, später für ihn fast überflüssig.	* R. schätzte die Unterschiede zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus gering ein.
Karlfranz Schmidt-Wittmack	* Sch. musste sich nach 1945 materiell etablieren, heiratete in ein kleines Unternehmen ein.	* Den gesamt-deutsch-nationalen Impetus hat Sch. wohl nicht nur vorgetäuscht.
Kurt Wand *sen.*	* W. *sen.* verfügte nie viel Geld, kämpfte lange Zeit um Wiedergutmachung.	** W. *sen.*, NS-Opfer, war in Konspiration und Widerstand groß geworden.
Kurt Wand *jun.*	* Anfangs, als Student, war W. *jun.* das Geld willkommen, später für ihn fast überflüssig.	* W. *jun.* hegte DDR-Sympathien sah keinen großen Unterschied zum Westen.

Abb. 26 *– Die meisten ** sind in der ersten Spalte (Materielle Motive) zugeordnet worden (13**); es folgen die Spalte 3 (politisch-programmatische Motive, 11**), Spalte 2 (Zwang, Angst, Liebe Hass, 10**), Spalte 4 (Selbstbestätigung, Abenteuerlust, 8**). Es handelt sich um eine Zuordnung, zu deren Gunsten bestenfalls plausibel argumentiert werden, die aber nicht irgendwie errechnet werden kann. Deshalb ist diese quantitative Auswertung nur eine grobe Annäherung.*

Politiker-Spione Annäherungen		
Name	**3.) Zwang, Angst, oder auch Zuneigung / Liebe, Hass**	**4.) Selbstbestätigung, Abenteuerlust**
Hermann Gaßmann	nicht erkennbar	* G. wollte wohl den nur mäßigen beruflichen Erfolg kompensieren
Rolf Grunert	* Hass verspürte Gr. wohl auf ein System, das ihn nicht nach Wunsch vorankommen ließ.	** An erster Stelle stand bei Grunert das Geltungsbedürfnis.
Wolfgang Jaeger	* - J.s Schwester stand in der DDR unter Druck	* J. fühlte sich als Nachrichtenlieferant DDR-seitig ernstgenommen.
Johannes Koppe	nicht erkennbar	* K. genoss das Doppelspiel und seinen operativen Wert für die DDR.
Gerd Löffler	* L. Angst davor, von der NVA ans MfS abgegeben oder an die Bundesrepublik denunziert zu werden.	* L. stand in seiner Partei eher am Rande, wenn er auch fachlich anerkannt war.
Ruth Polte	** Nach Verfolgung und Haft in der DDR hatte P. Angst vor dem „langen Arm" des MfS.	nicht erkennbar
Arved Rüden	* R. hatte später zuviel Angst vor dem MfS, um die Beziehung abzubrechen.	gering
Karlfranz Schmidt-Wittmack	* Sch. hatte - zumindest anfänglich - periodisch Angst vor dem „Job".	* Der umtriebige Jungpolitiker Sch. wollte keine Chance ungenutzt lassen.
Kurt Wand *sen.*	* W. *sen.* hatte 1948/49 aus Sicht der KPD politisch inkorrekt gehandelt.	* W. *sen.* fand wohl Selbstbestätigung darin, lebenslang konsequent einer Linie zu folgen.
Kurt Wand *jun.*	** Wand *jun.* wollte die Erwartungen des Vaters nicht enttäuschen.	gering

Zwang und Angst, Freundschaft, Liebe und Hass

Zwang hat eindeutig bei Ruth Polte eine Rolle gespielt (zumindest anfangs, 1959/60), ansatzweise bei Wand sen. (1949) und indirekt bei Jaeger (1959). Die meisten Akteure hatten in einem fortgeschrittenen Stadium ihrer Aktivitäten gewiss Angst vor einer Enttarnung und blieben deshalb auch dann bei der Stange, wenn ihre sonstige Motivation bereits nachgelassen hatte. Bei Rüden und Wand jun., aber auch bei Grunert war die Vaterbeziehung von Bedeutung – zum Teil von Ablehnung, zum Teil von Unterwerfung geprägt; Hass gegen Personen ist (ansonsten) nicht auszumachen. Rolf Grunert war bei seiner bewusst herbeigeführten Anwerbung 1962 offenbar erbost auf das bundesdeutsche Polizei- oder gar gesamtpolitische System, was ihm in seinem Fortkommen nicht ausreichend entgegenzukommen schien.

Mehr als nur einer unserer Spione hat – eigenen Angaben zufolge – zu seinem Führungsoffizier und sonstigen DDR-Bediensteten Gefühle der Freundschaft entwickelt. Vor allem von Grunert und Löffler existieren entsprechende Äußerungen.[14] Wolfgang Jaeger hat in seinem Rostocker Führungsoffizier Scherwinski wohl ansatzweise die Figur eines Vaters oder großen Bruders gesehen: Mit ihm sprach er über die restliche Familie, vor allem über seine – gleichfalls als IM tätige Schwester *alias* „Heike“ und über deren Eheverhältnisse; er berichtete über seinen persönlichen Werdegang, auch über Ängste und Unsicherheiten, und er ließ sich von Scherwinski bereitwillig dazu anhalten, an sein Studium zu denken.

Alle Politiker-Spione, auch die noch im Studium befindlichen, hätten in ihrer Eigenschaft als Politiker freilich ahnen können, Älteren, einigermaßen Arrivierten (wie Grunert und Löffler) hätte klar vor Augen stehen können, dass es sich hier um politische Zweckfreundschaften handelte. Es stellte für einen Führungsoffizier ein Stück Professionalität dar, solcherart Emotionen zu wecken und zu nähren. Die Aussicht auf Erfolg gründete sich dabei nicht zuletzt auf den Umstand, dass die von den Spionen in der Bundesrepublik zu beachtende Konspiration geeignet war, Vereinsamungseffekte zu produzieren. Mit dem Führungsoffizier dagegen teilte der Spion ein exklusives Geheimnis, allerdings in hierarchisch strukturierter Weise: Der Führungsoffizier wusste beispielsweise von der Befindlichkeit der Ehefrau des Spions, aber umgekehrt war das wohl kaum der Fall.

Selbstbestätigung und Abenteuerlust

Etwas zu tun, was die einen nicht wissen dürfen, wofür die anderen aber Beifall zollen, kann das Selbstbewusstsein stärken, ebenso wie das Empfinden, gefährlich zu leben, konspirativ aber erfolgreich zu agieren und auf diese Art und Weise schließlich sogar zur Weltverbesserung beizutragen. Dem Abenteurertypus entsprach voll und ganz nur Grunert. Den anderen wird das Gefühl von Genugtuung oder auch Frivolität ein willkommenes Gegengewicht zu periodisch auftretenden Anwandlungen von Unsicherheit oder gar Angst gewesen sein.

Zehn Hamburger Politiker als DDR-Spione – weitere typische Charakteristika

Mit der Motivanalyse ist begonnen worden, die zehn ausgesuchten Protagonisten unter einschlägigen Aspekten zu charakterisieren. Fortgesetzt wird dieses Unternehmen hier zunächst dadurch, dass an jedem Akteur ein besonders auffälliges Merkmal hervorgehoben wird, ein formelhaft ausgedrücktes „Alleinstellungsmerkmal"; dann wird eine Reihe ereignisklassentypischer Vergleichsmerkmale in Anwendung gebracht.

Anthropografische Formeln – von Schmidt-Wittmack bis Löffler

Die Vorgehensweise der Anthropografie besteht darin, Akteure, die biografisch (in Bezug auf ihren Lebenslauf) und prosopografisch (in Bezug auf die ausgewählte historische Situation) beschrieben worden sind, einem Akteurs-Typus zuzuordnen, der für die betreffende Eventsorte (die Vorkommnisklasse) als charakteristisch erscheint, möglicherweise abhängig von bestimmten Raum-Zeit-Kombinationen. Alle zehn hier ausgesuchten Hamburger Politiker und DDR-Spione werden unter einem Aspekt präsentiert, der teils typisch ist für die sozialen Prozesse zwischen Auftraggebern, Spionen und Ausgespähten, teils typisch für die Situation des Kalten Kriegs in den beiden deutschen Staaten, teils nicht zuletzt auch typisch für die jeweilige „historische Gestalt". Doch bedeutet diese Aspektzuweisung nicht, dass die gesamte jeweilige Persönlichkeit auf diese Rolle zu reduzieren wäre. Im Folgenden gilt – wie auch später bei den Dossiers – die chronologische Reihenfolge.

KARLFRANZ SCHMIDT-WITTMACK. – Jeder Geheimdienst steht vor der Frage, wie lange ein Spion im „Operationsgebiet" in Aktion gehalten, andernfalls „stillgelegt", aber möglicherweise auch ins Land des auftraggebenden Staates (A) geholt (oder zurückgeholt) werden sollte. Manchmal

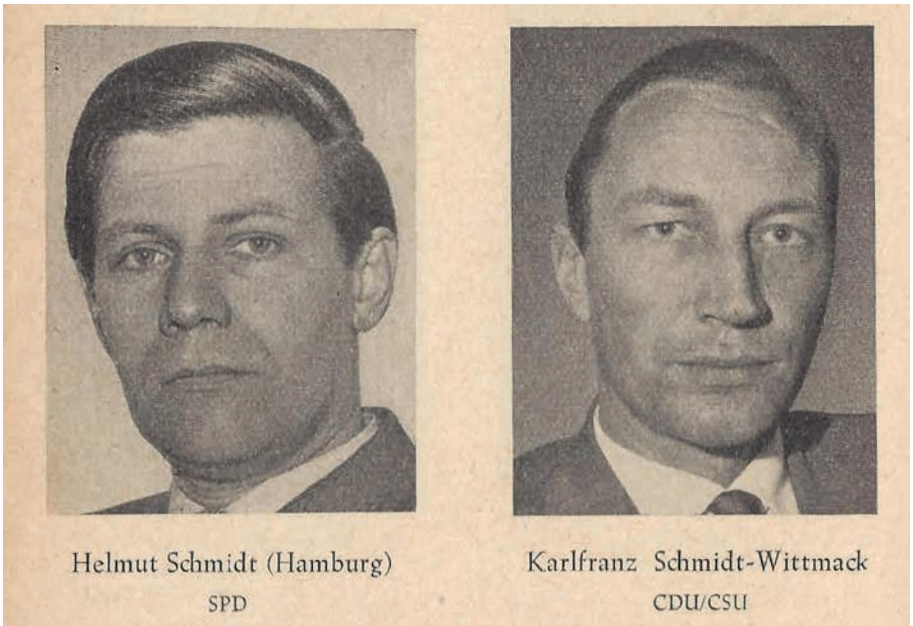


***Abb. 27** – Kein Hamburger Politiker-Spion ist so weit in der politischen Klasse aufgestiegen wie Karlfranz Schmidt-Wittmack, der 1953 in den Bundestag einzog, hier zufällig neben dem Hamburger SPD-Abgeordneten Helmut Schmit zu sehen (im Bundestagshandbuch). Schmidt-Wittmack hatte aus Sicht des MfS vorzügliche operative Perspektiven, wurde aber aus taktischen Gründen schon 1954 aus dem Operationsgebiet zurückgezogen, möglicherweise – wie Markus Wolf erwogen hat – auf diese Art und Weise gewissermaßen verbrannt.*

scheint es sich zu lohnen, einen Spion, der noch auf dem Weg zu einer besonders wichtigen Position ist, ungeachtet dieser Perspektive doch aber abzuberufen, um eines anderen, kurzfristig zu realisierenden Vorteils willen: Karlfranz-Schmidt-Wittmack, „*der taktisch zurückbeorderte Perspektivspion*“, war über längere Jahre hinweg von Ostberlin aufgebaut worden, befand sich auf dem besten Weg zu einem Bundespolitiker, der sich auch im Verteidigungswesen anderer europäischer Staaten umschauen durfte – da hielt es die DDR-Staatssicherheit im Sommer 1954 angesichts der Verhandlungen über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft für opportun, ihn abzuziehen, um ihn in einer Pressekonferenz zu präsentieren, mit der die Adenauersche Bündnispolitik attackiert werden sollte.

Abb. 28 *– Kurt Wand sen. war auf diesem Foto von 1946 (aus der Hamburger Volkszeitung) 30 Jahre alt. Im Ersten Weltkrieg geboren, seit Ende der 1920er Jahre organisierter Kommunist, in der NS-Zeit viele Jahre lang eingekerkert oder im Untergrund, zum Schluss Todesurteilskandidat, jetzt, 1946, KPD-Jugendsekretär. Später ist von ihm berichtet worden, er habe kein anderes Thema als die Politik gekannt.*

KURT WILLI WAND SEN. – Manche Spione haben ihr konspiratives „Handwerk" im politischen Untergrund gelernt, möglicherweise im Sinn oder im Dienst einer politischen „Sache", der sie sich hernach noch verbunden fühlen, insbesondere dann, wenn jene „Sache" von existenzieller Bedeutung war. Kurt Wand sen., „*der lebenslange Widerstandskämpfer*", war vor 1933 und nach 1945 KPD-Mitglied, kam 1949 möglicherweise eher unfreiwillig denn freiwillig, aber wohl pflichtbewußt, zum SED-KPD-Nachrichten-„Apparat". Er entschloss sich 1952 nicht – wie ihm von Ostberliner Seite nahegelegt – in die DDR zu wechseln, sondern blieb in der kapitalistischen Bundesrepublik, und er erblickte in Untergrundaktivitäten eine zentrale Lebensaufgabe, die er darüber hinaus für politisch so wichtig und ethisch so wertvoll hielt, dass sie von seinem Sohn als eine Art Vermächtnis weitergeführt zu werden lohne.

JOHANNES KOPPE. – Manche Spione verfügen über ein politisches Programm, eine „Weltverbesserungs"-Idee; im Einzelfall ist zu klären, ob erst spioniert oder erst über zivilisatorischen und ethischen Fortschritt räsoniert worden ist. Johannes Koppe, „*der Atomenergie-Verfechter über Blockgrenzen hinweg*", hätte in Verfolg seiner geheimdienstlichen Tätigkeit wohl auch

ein anderes politisches Konzept gefunden, wenn ihm nicht der HEW-Job zugeflogen wäre. Dann aber verfolgte er ein energiepolitisches Programm, das es seiner Überzeugung nach beiderseits des Eisernen Vorhangs zu realisieren galt, das möglicherweise gar von beiden Seiten (der ausspähenden wie der ausgespähten) im Einklang vorangetrieben werden könnte – vorausgesetzt, es würden Entwicklungsunterschiede beseitigt (nicht zuletzt eben auch durch Informations-„Ausgleich" vermittels der Spionage); nach eigenen Angaben ist es Koppe auch um eine Steigerung der Selbstständigkeit der DDR gegenüber der Sowjetunion gegangen. Unbeirrbar hat er Jahrzehnte später noch die bundesdeutsche „Energiewende" verurteilt.

Demonstration auf dem Kirchentag in Hamburg Foto: Günter Pahst

Ende März wurde Hermann Gaßmann, IG Metall-Bildungssekretär bei der Ver- | Mittel, aktive, bzw. unbequeme Personen politisch mundtot zu machen. Dies | dern bedarf einer härteren Gangart. Für Hermann Gaßmann sind seine En-

Abb. 29 *– Ein Märtyrer? Die Hemann-Gaßmann-Sympathisanten nutzten für ihre Demonstrationen auch den Hamburger Kirchentag am 20. Juni 1981 (Express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 19. Sept. 1981).*

HERMANN GASSMANN. – Wenn ein Spion zwar weitgehend, aber nicht zu hundert Prozent enttarnt, strafrechtlich oder politisch verfolgt, schließlich aufgrund von Indizien verurteilt wird, liegt es für ihn selbst, aber auch für ihm nahestehende politische Kräfte im Zielland der Spionage nicht fern, ein Martyrium zu proklamieren – eine Leidenszeit, vom Protago-

nisten heroisch durchzustehen im Dienst einer guten Sache, zumindest in Opposition zu einer schlechten. Hermann Gaßmann, „*der nach Indizien verurteilte politische Märtyrer*“, so unterstellten namhafte Segmente der bundesdeutschen „linken Szene“ in den 1980er Jahren, sei das Opfer eines postfaschistisch-kapitalistisch-imperialistischen Systems geworden, das mit der Waffe des § 99 StGB gegen aufrechte Gewerkschafter, kritische Rüstungsgegner, Verfechter der Meinungsfreiheit zu Feld ziehe, um sie mundtot zu machen.

Der mutmaßliche Spion als Märtyrer – dieser Topos ist grundsätzlich nicht an den Haaren herbeigezogen. Dass politisch Verdächtigte, ja allein allzu Unbequeme als Spione, als Agenten, als Angehörige einer Fünften Kolonne, als Helfershelfer einer „*fremden Macht*“ kaltgestellt werden, gehört zu den probaten Methoden autoritärer und totalitärer Systeme. Ob im gegebenen Fall rechtsstaatliche Standards greifen, muss stets erneut geprüft werden – unabhängig davon, ob der Verdächtigte tatsächlich als Spion agiert hat oder nicht.

RUTH POLTE. – Spione werden oft angeworben, aber bei welchen Bedürfnissen, Interessen oder Defiziten setzt die Werbung an? Ruth Polte, „*das zermürbte Stasi-Opfer*“, steht beispielhaft für Spione, die zu ihrem „Job“ (zumindest anfänglich und weitgehend) mehr oder weniger genötigt wurden, vor dem Hintergrund politischer Verfolgung, tatsächlicher oder angeblicher Straffälligkeit, angesichts einer Perspektivlosigkeit, aus der ein Wechsel in den Bereich der „*fremden Macht*“ und die Spionage dort einen Ausweg versprechen. Das Trauma der Stasihaft hat sich auf unterschiedliche Opfer unterschiedlich ausgewirkt, bei Ruth Polte aber zweifellos die Entschlusskraft beeinträchtigt und wohl bis zuletzt Hemmungen genährt, sich vom MfS abzukoppeln.

WOLFGANG JAEGER. – Spione können in ihrer Arbeit aufgehen, auch ohne dass eine größere, eine „Weltverbesserungs“-Idee dahinter erkennbar wäre. Jaeger, „*der emsige Spitzel*“, entsprach dem Typ des aufgrund materieller und egozentrischer Motive handelnden Kleinspions, der auch Familienmitglieder, Freunde, Bekannte, Kollegen nicht verschont, Regimegegner denunziert (hier DDR-Fluchtwillige), der zwar nur selten etwas wirklich politisch Wichtiges mitteilt, aber fleißig auf Quantität bedacht ist und in

dieser Manier über längere Zeit hinweg die Auftraggeber zu befriedigen vermag.

ROLF GRUNERT. – Ein romantisierendes, romanhaftes Klischee des Spions hält uns den ausgeprägt maskulinen, unternehmungslustigen *Action*-Typ vor; manche tatsächlichen Spione haben diesem Bild wohl auch entsprochen, doch gewiss nicht so viele, wie vielleicht vorschnell anzunehmen wäre. Rolf Grunert, „*der egozentrische Abenteurer*", war das Original einer Modellvariante, die durch Draufgängertum, Geltungsbedürfnis, Risikobereitschaft, aber auch durch Querulantentum und Verschlagenheit gekennzeichnet ist, bereit, sich in den Dienst eines Regimes zu stellen, das etwas „zu bieten" hat – in der Hoffnung, dort eine Heimat zu finden (oft, ohne auch dieser wirklich verbunden sein zu können).

uni hh
BERICHTE MEINUNGEN AUS DER UNIVERSITÄT HAMBURG
Ist der SHB noch sozialdemokratisch?
Kurt Wand
22
4

Abb. 30 *– Kurt Wand jun. (alias „Kugel") 1971, in einem Interview der Universitätszeitung „Uni HH". Wand hatte schon ein abgeschlossenes Studium, einen Job am Hamburgischen Weltwirtschaftsarchiv, war bei den Jungsozialisten und im Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) erfolgreich, plante eine Doktorarbeit. – Aber 1969 hatte er auf Wunsch seines Vaters begonnen, für das MfS zu spionieren.*

KURT WILLI WAND JUN. – Spione, die durch enge persönliche, familiäre, freundschaftliche oder auch erotische Beziehungen zur Spionage kommen, sind nicht ganz selten, und sie werden besonders leicht dann rekrutiert, wenn als weiterer Aspekt eine schwärmerische Hinwendung zu einer Ideologie hinzukommt, namentlich in jungen Jahren eines politischen Engagements. Kurt Willi Wand jun., „*der vatertreue ‚Stamokapist'*" hat sich gegen das gesellschaftliche Establishment aufgelehnt, aber nicht gegen seinen seit langem für den DDR-Geheimdienst tätigen Vater, den er nicht enttäuschen mochte, zumal er von ihm eine gewisse Grundsympathie für die DDR gelernt hatte.

ARVED RÜDEN. – Spione, die in ihrem eigenen Land (B) dem Staat des Landes A zuarbeiten, werden oft diesem Land A einigermaßen wohlgesonnen sein, möglicherweise aus Mangel an Kritik- und Differenzierungsfähigkeit. Kurt Wands SHB-Genosse Arved Rüden stand zu seinem als autoritär und politisch konservativ geschilderten Vater in Opposition, fand Aufgabe und Bestätigung in der Studentenbewegung. Rüden, „*der ‚hingesunkene' Achtundsechziger*", war von den aus der damaligen Studentenpolitik bekannten (aber nicht nur dort verbreiteten) Schwarz-Weiß-Bildern („Kapitalismus" *versus* „Sozialismus") so eingenommen, dass er dem politischen Gesang der MfS-Werber nichts entgegenzusetzen hatte, obwohl „dritte Wege" nicht nur von kapitalistischer, sondern auch von sozialistischer Seite immer einmal wieder ins Spiel gebracht wurden. Doch Achtundsechziger entsprachen nicht immer und in jeder Hinsicht ihrem eigenen Ideal, unterscheidungsfreudig und ideologiekritisch zu denken und zu handeln: Rüden spionierte dann ausgerechnet in seinem eigenen, nämlich demjenigen bundesdeutschen politischen Lager, das den DDR-Verhältnissen vergleichsweise am offensten gegenüberstand.

GERD LÖFFLER. – Die Enttarnung und Verurteilung kann für Spione einer Existenzvernichtung gleichkommen. Der Rest des Lebens ist dann zu wesentlichen Anteilen der Vergangenheitsbewältigung gewidmet. Gerd Löffler, „*der ‚Friedens-Kundschafter' ex post*", fällt vor allem durch seine Bemühungen auf, die Erlebnisse, die auf seine Enttarnung Anfang der 1990er Jahre folgten, durch Akte der Rationalisierung zu verarbeiten, allerlei Elemente der partiell durcheinandergeratenen Biografie zurechtzurücken, der von ihm gegenüber der DDR gewissermaßen verratenen Bundesrepublik

allerlei rechtsstaatliche Mängel nachzuweisen: Nicht nur würden seine Aktionen falsch dargestellt, so hat er immer erneut vorgebracht, vor allem habe er in Verfolg eines ehrenwerten Prinzips gehandelt – in seinem Bestreben, einen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Es sei sicherheitshalber wiederholt, dass hier keineswegs der Eindruck einer Monokausalität oder -perspektivität hervorgerufen werden soll: Was über Wand *jun.*[is] Vatereinfluss gesagt worden ist, muss auch für Rolf Grunert und Arved Rüden berücksichtigt werden; nicht nur Johannes Koppe hatte ein politisches Programm, von dem er eine deutsch-deutsche Realisierung erhoffte – Gerd Löffler hat das für sich in puncto Umweltpolitik in Anspruch genommen, und Rolf Grunert verfolgte das Ziel eines harten Kampfes gegen die organisierte Kriminalität überall in Europa.[15]

Rolf Grunert ist ferner ebenso nach Indizien verurteilt worden wie Hermann Gaßmann, und die Grunert zu attestierende Egozentrik hat wiederum auch bei Gaßmann eine Rolle gespielt.

Das Merkmal des Perspektiv-Spions kam der Mehrheit der hier präsentierten Akteure zu. Als in diesem Sinne arriviert durften eigentlich nur Johannes Koppe und Rolf Grunert gelten. Hermann Gaßmann mochte in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftssekretär, der in Metallunternehmen Betriebsräte beriet, zukünftig noch stärker an die Geschäftsgeheimnisse solcher Konzerne gelangen. Von Wolfgang Jaeger, Ruth Polte, dem ältergewordenen Kurt Wand sen., konnte von Seiten des MfS so sehr viel nicht mehr erwartet werden. Aber Schmidt-Wittmack wurde abgezogen, bevor er sich – noch nicht einmal ein volles Jahr im Bonner Bundestag – so richtig entfalten konnte; Arved Rüden und Kurt Wand *jun.* mochten es in der SPD noch zu höheren Weihen bringen, Gerd Löffler über die CDU in den Bundestag kommen.

Rüden ist – ebenso wie der freilich ungleich fleißigere Jaeger – über das triviale Kleinspitzeltum nicht hinausgelangt. Das Problem der Vergangenheitsbewältigung hat nicht nur Löffler umgetrieben, sondern auch Koppe und Grunert, die Erinnerungen verfasst haben. Ansatzweise ist auch Löffler von politischen Freunden, die der Hamburger CDU-Führung „rebellisch" gegenüberstanden, als Märtyrer (als Opfer eben jener Parteiführung)

hingestellt worden, wenn sich auch eine Gleichsetzung mit der zugunsten Hermann Gaßmanns veranstalteten Kampagne verbietet.

Im folgenden werden die Protagonisten unter einem knappen Dutzend weiterer Kriterien gemustert.

Entsandter Späher aus der DDR oder im Operationsgebiet ansässige "Ortskraft"?

Nur zwei unserer Spione sind in Hamburg geboren, zwei weitere in Bremen, sechs dagegen östlich der Elbe (Schmidt-Wittmack in Berlin-Charlottenburg). Familienmitglieder, die ohnehin dem MfS zuarbeiteten oder die im Konflikfall vom MfS gewissermaßen als Geisel hätten genommen werden können, waren bei Grunert, Jaeger und Polte vorhanden – Eltern oder Geschwister. Doch war die Bindung aller zehn Protagonisten an die DDR zur Zeit ihrer Spionagetätigkeit keine heimatliche, weder privat noch politisch.

Zur Zeit ihrer geheimdienstlichen Verpflichtung hatten alle Akteure ihren Lebensmittelpunkt im Westen – bis auf Ruth Polte. Poltes Begeisterung für das „sozialistische Vaterland" war durch MfS-Haft zumindest stark beeinträchtigt, als sie 1960 nach ihrer Verpflichtung in die Bundesrepublik übersiedelte; die anderen Spione wurden bei DDR-Besuchen angeworben, teils auch explizit verpflichtet – mit Ausnahme der beiden ältesten Spione allerdings: Wand sen., aber wohl auch Schmidt-Wittmack sind ursprünglich in Hamburg u.a. im Rahmen des von den britischen Besatzern ins Leben gerufenen „Ringes politischer Jugend" in den N-Apparat der SED/KPD hineingezogen worden; Ostberlinaufenthalte schlossen sich an.

Als Ruth Hötzsch (spätere Polte) 1960 nach Hamburg kam, besaß sie die DDR-Staatsbürgerschaft, und sie bekam die bundesdeutsche hinzu. In Ostberlin wurde in der Folgezeit wohl kaum beabsichtigt, die Spionin eines Tages wieder zurückkehren zu lassen, möglicherweise nicht einmal im Fall ihres Auffliegens, auch deswegen, weil ihre Informationen das Prädikat „befriedigend" oder „ausreichend" nur ganz selten überschritten. Sie integrierte sich unter allen wesentlichen Aspekten in die westdeutsche Ge-

sellschaft, privat, beruflich, politisch. Mochte Ruth Polte auch ursprünglich entsandt worden sein, sie wurde in Hamburg zur „Ortskraft", wie alle anderen auch. Später hat sie zu Protokoll gegeben, dass sie sogar im Falle ihrer Enttarnung nicht in die DDR hätte wechseln mögen.

Rolf Grunert, Wolfgang Jaeger und Johannes Koppe kamen ursprünglich aus der DDR, ihre Verpflichtung erfolgte dann wiederum „drüben", ihr Kontakt zu den Führungsoffizieren war intensiv, und wenn Jaeger – wie die beiden anderen – bereits zu DDR-Zeiten enttarnt worden wäre, hätte es sich wohl für Auftraggeber wie Auftragnehmer gelohnt, ihn – ungeachtet dessen –, dass sein operativer Wert eher quantitativer denn qualitativer Natur war, „*aus dem Operationsgebiet zurückzuziehen*". Diese Formel ist in Bezug auf manche Fälle irreführend, nämlich geeignet, den Eindruck zu erwecken, alle Akteure seien a priori nur „bis auf weiteres" in die Bundesrepublik entsandt worden, aber das war gar nicht der Fall. Gleichwohl begannen die Wolfgang Jaeger in regelmäßig-unregelmäßigen Abständen übergebenen „Aufträge" meist mit einer Formel, die sehr nach Entsendung klang: „*Während Ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik führen Sie für das Ministerium für Staatssicherheit folgende Aufgaben durch …*" Die einstige Republikflucht wurde weder Koppe noch Jaeger mehr verübelt, und so mögen die beiden, wie vielleicht auch Grunert mit seiner Arnstädter Schwester Helga, vom MfS schon beinahe wieder als DDR-Bürger wahrgenommen worden sein.

Die DDR traf Vorkehrungen für einen eventuell erforderlich werdenden „Rückzug" durch die Ausstellung von Fluchtpapieren, Reisepässen auf Doppelgängerbasis mit fremden Personalien: Grunert hieß auf seinem Operativ-Ausweis „Herbert Hartwig". Ferner konnten im Laufe der Zusammenarbeit mit den Informellen Mitarbeitern Konten für sie angelegt werden, mit dem Zweck, im gegebenen Fall den „Zurückgezogenen" als Starthilfe für ihr künftiges, dauerhaftes Leben in der DDR zu dienen. Für Arved Rüden ist das dokumentarisch belegt, ebenso für Grunert: Als er 1985 in die DDR übersiedelte, weil er sich in Hamburg als Privatdetektiv nicht über Wasser halten konnte, wurden ihm von diesem Verwahrkonto zunächst einmal 30.000 Mark (DDR) für den Erwerb eines Hauses in Arnstadt überwiesen; er hat für diese Immobilie wohl auch insgesamt einen nur „politischen" Preis bezahlt.

Die Art der Rekrutierung – Anwerbung oder Selbstanbietung?

Karlfranz Schmidt-Wittmack und Kurt Wand *sen.* sind – wie schon erwähnt – 1948/49 in Hamburg für den Nachrichtenapparat der KPD gewonnen worden. Das „klassische" Prozedere der Verpflichtung bestand im Rahmen der hier behandelten Fälle aber darin, dass MfS- oder NVA-Beamte von einem DDR-Besuch des späteren Spions profitierten. Entweder kam der spätere Spion arglos in die DDR, oder aber er folgte einer einschlägigen Einladung. Johannes Koppe fuhr zum Deutschlandtreffen der Jugend der FDJ 1954 und hatte dabei die entscheidende Begegnung. Hermann Gaßmann hatte bereits das 1950er Deutschlandtreffen besucht, aber Bekanntschaft mit einem MfS-Offizier machte er offenbar erst 1955 auf der Leipziger Messe. Wolfgang Jaeger kam im Verlauf eines (für ihn als Republikflüchtigen unerwartet genehmigten) Familienbesuchs mit dem Bewährungshelfer seiner wegen „Devisenvergehens" o.ä. verurteilten Schwester in Kontakt, der ausgerechnet ein MfS-Offizier war. Arved Rüden stattete 1970 mit SHB-Genossen der FDJ in Rostock einen Besuch ab, wie sie insbesondere auch für die Hamburg-Eimsbütteler SPD nicht ungewöhnlich waren.

Ruth Hötzsch (spätere Polte) ist im Zusammenhang mit ihrer politischen Verfolgung 1959 vom MfS angeheuert worden. Gerd Löffler kam in die DDR, um dort – nach vorheriger Verabredung – Geschäftskontakte herzustellen, nach eigenen Angaben *in puncto* Spionage noch arglos.

Kurt Wand *jun.* war von seinem Vater bereits für die Spionage gewonnen, als die beiden zwecks Verpflichtung nach Ostberlin anreisten (möglicherweise hat man sich aber auch in Bulgarien getroffen, wo die Familie Wand Urlaub zu machen pflegte).

Am weitesten ist Rolf Grunert gegangen. Vermutlich durch einen polizeiinternen Konflikt frustriert, der ihm zunächst einmal den Aufstieg zum Oberbeamten verwehrte, hat er sich der Gegenseite wohl so gut wie angeboten, eine Anwerbung geradezu provoziert. Welche Rolle seine im thüringischen Arnstadt lebende Schwester Helga (später IM „Lydia") hier gespielt hat, ist nicht leicht herauszubekommen. Allerdings vergingen dann

noch ein paar Jahre bis zu einer engen Kooperation zwischen dem MfS und der Kontaktperson (KP) „Alster“ – auch deswegen, weil die HV A bei Selbstanbietern oder besonders zutraulichen Kandidaten routinemäßig argwöhnte, ihr könne ein Doppelagent untergeschoben werden.

Das Ende der Tätigkeit: Zurückgezogen? Stillgelegt? – Enttarnt? Denunziert?

Karlfranz Schmidt-Wittmack wurde 1954 taktisch zurückgezogen. Johannes Koppe floh, als er 1979 vom Überläufer Werner Stiller enttarnt worden war und die Polizei an seiner Wohnungstür klopfte. Allein 20 Prozent der hier präsentierten Akteure, Gaßmann und Grunert, wurden mehr oder minder in flagranti von bundesdeutschen Behörden entdeckt und verhaftet und konnten von diesen Dienststellen als ein echter Erfolg verbucht werden; über Indizien sind die Ermittler freilich nicht hinausgelangt. Wand sen. wurde 1952 stillgelegt, wohl 1956 reaktiviert, starb 1990, ohne von bundesrepublikanischen Behörden behelligt worden zu sein. Die fünf übrigen Spione – Jaeger, Löffler, Polte, Rüden, Wand jun. – wurden anlässlich der Wiedervereinigung DDR-seitig stillgelegt, mussten dann zittern, ob ehemalige Führungsoffiziere sie innerhalb der fünfjährigen Verjährungsfrist den nunmehr gesamtdeutschen Behörden offenbaren, ob die BStU-Experten im selben Zeitraum auf Residuen ihrer Aktivitäten stoßen, ob sie den Ermittlungsbehörden zufällig als Beifang in einem anderen Kontext ins Netz gehen würden. Das passierte dann in allen fünf Fällen – mal so, mal so.

Der Quellenwert – zwischen "Top-Spion" und Perspektivspäher

Karlfranz-Schmidt-Wittmack und Kurt Wand sen. waren „Männer der ersten Stunde“, MfS-Errungenschaften aus den ersten Nachkriegsjahren. Stillgelegt wurden sie 1952 nicht (zumindest nicht ausdrücklich) aufgrund mangelnder informatorischer Ergiebigkeit, sondern aufgrund einer geradezu paranoid geargwöhnten Doppelagentenschaft, verbunden mit einem ostdeutschen Verdacht, das westdeutsche Spionagenetz sei ganz und

gar desorganisiert und müsse einer Rekonstruktion unterzogen werden. Schmidt-Wittmack wurde Ende 1953 / Anfang 1954 reaktiviert, aber im August 1954 abgezogen und dann aufgrund seiner anschließenden Karriere in der DDR von Seiten des Westens rückblickend in seiner Bedeutung als Spion überschätzt. Wand sen. wurde bald nach dem KPD-Verbot (1956) reaktiviert, aber es ist unklar, ob er selbst als Informationsquelle sprudelte oder erst mit Übernahme von Ruth Hötzsch (späterer Polte) und dann auch seines Sohnes (Wand *jun.*) wieder richtig interessant für Ostberlin wurde.

***Abb. 31** – Karlfranz Schmidt-Wittmack am 24. August 1954 bei der mit ihm in Ostberlin veranstalteten Pressekonferenz. Schmidt-Wittmacks Quellenwert, zwischen 1948 und 1952 für Ostberlin ziemlich mäßig, begann 1953, nach seinem Einzug ins Bonner Bundesparlament, gerade rasant zu steigen – da wurde er mit dieser einen Aktion „verbrannt" und blieb dann in der DDR.*

Gaßmann, Grunert, Koppe und Jaeger waren fleißige, quantitativ ergiebige Spione, und zwar weniger durch die Bestätigung dessen, was auch in der bundesdeutschen Tagespresse nachgelesen werden konnte, als vielmehr durch kontinuierliche Detailauskünfte aus ihrem beruflichen und politischen Umfeld, sowohl die Strukturen betreffend als auch Individuen.

Wirtschaftsspion Koppe hat zwar seinen in Geld auszudrückenden Wert als Atomspion für die DDR gewiss stark überschätzt, war aber wohl Ostberlins wichtigster „Kundschafter" in Hamburg, gefolgt von Grunert, der freilich als Bundesvorsitzender des BDK zunehmend auch überregional Wichtiges berichten konnte (z.B. Listen von Kriegsdienstverweigerern lieferte). Zugleich machte Rolf Grunert sich freilich – getrieben von Gel-

tungsdrang und Abenteurertum – angreifbar und wurde damit für das MfS auch zu einem Risikofaktor.

Nützliche Idioten oder Helden der Republik? Die Behandlung aus von "aus dem Operationsgebiet" zurückgezogenen Mitarbeitern

Drei unserer Protagonisten sind vor oder nach einer Verurteilung von westdeutschen Gerichten (und – im Falle Grunerts – vor einer erneuten Verhaftung) in die DDR ausgewichen.

Karlfranz Schmidt-Wittmack (*alias* „Timm", *alias* „Weilich") sah sich 1954 unversehens nach Ostberlin geholt, und es blieb ihm kaum etwas anderes übrig, als dort zu bleiben. Zumindest anfänglich war das nicht nach dem Geschmack seiner Ehefrau, die den gesellschaftlichen Verkehr in den Kreisen der mittelständischen Hamburger Wirtschaft gewohnt war; doch waren die Lebensumstände in der DDR zwar gewöhnungsbedürftig, aber nicht unerträglich: Schmidt-Wittmack stieg zum Vizechef der Kammer für Außenhandel auf, übernahm einige Posten in der Ost-CDU, wurde gelegentlich in den staatlich gelenkten Medien gezeigt, gehörte also zur privilegierten politischen Klasse.

Johannes Koppe (*alias* „Tessen") floh nach dem Seitenwechsel Werner Stillers 1979 in die DDR, und er wurde dort beruflich und politisch Schritt für Schritt integriert. DDR-Lastautos holten die Möbel aus Koppes Hamburger Wohnung und später sogar seine stadtbekannte Modelleisenbahnsammlung nach Ostberlin. Auch im Fall Koppe galt es freilich, die Ehefrau (IM „Tessina") bei Laune zu halten. Schließlich erhielt sie einen ganz angenehmen Job in der Mineralogischen Abteilung des Museums für Naturkunde an der Invalidenstraße.

Weitere Probleme traten hinzu: Koppe durfte zwar jetzt noch (auf wohlfeile Art) promovieren, erhielt einen Job im Kernkraftwerk Greifswald, einen Nebenjob als Referent im Fortbildungswesen des MfS, wo er allerlei Anekdoten aus seiner Zeit als „Tschekist" an der „unsichtbaren Front" zum Besten gab. Er sah sich aber auch amtlichem Misstrauen gegenüber:

War er möglicherweise schließlich doch ein Doppelagent? Ferner wurde er von manchen Kollegen in seiner Greifswalder Dienststelle schief angesehen, hatte aber auch den Mut, gelegentlich verhaltene Kritik an der Behandlung von Seinesgleichen zu üben – entsprechende Eingaben ans MfS sind erhalten geblieben. Materiell war das Ehepaar Koppe abgesichert – Plattenbauwohnung, PKW „Fiat", Reisemöglichkeiten ins sozialistische Ausland.

Rolf Grunert (*alias* „Wilhelm Schneider") ging 1985 in die DDR, nachdem er seine Haft abgesessen und sodann ein Detektivbüro eröffnet hatte, das von MfS-Aufträgen wohl kaum weniger zehrte als von bundesdeutschen Kunden, das aber aus den roten Zahlen insgesamt nicht herauszuholen war. Grunert war klug genug, sich möglichst schnell der DDR-Staatsbürgerschaft zu versichern, wurde Hauptamtlicher Informeller Mitarbeiter des MfS (*alias* nunmehr „Rolf Schneider"), erwarb mit Hilfe der Stasi das schon erwähnte Haus in seiner Heimatstadt Arnstadt und entwickelte bis zum Ende der DDR, das er lebhaft bedauerte, bereits wieder diverse konspirative Tätigkeiten auch nach Westdeutschland hin. Unter anderem warb er seine Geliebte zur informellen Mitarbeit und ließ sie durch „aufgeblasene" Trivialberichte aus ihrer bescheidenen Dienststelle (Ortsamt Hamburg-Blankenese) an den DM-Devisenbeständen des MfS partizipieren. Er entwickelte zugleich eine ausgesprochene Verehrung für den MfS-Minister Erich Mielke, dem er wohl seinerseits sympathisch war und der ihn mit allerlei Orden und Ehrenzeichnen versah. Grunert fühlte sich dort zu Hause, wo sein Geltungsbedürfnis befriedigt wurde und er zugleich die einen oder anderen Personen und Institutionen ungestraft hinters Licht führen konnte.

Strafrechtliche Sanktionierung in der Bundesrepublik. Juristisch korrekt? Streng oder großzügig?

Karlfranz-Schmidt-Wittmack, Kurt Wand sen. und Johannes Koppe sind von den bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden nicht behelligt worden.

Gaßmann, Grunert und Löffler haben Haftstrafen partiell oder ganz abgesessen; Wolfgang Jaeger, Ruth Polte, Arved Rüden und Kurt Wand jun. sind mit Bewährungsstrafen (von zwischen neun und 24 Monaten) davongekommen. Der einzige unserer Spione, der nach dem Untergang der DDR, nach der Wende, noch mit einer echten Haftstrafe belegt worden ist, war Gerd Löffler. Das Urteil mochte – wie Wolfgang Schulenberg erwogen hat – vergleichsweise hart sein, blieb aber mitten im Rahmen und war wohl auch eine Quittung für Löfflers über lange Zeit aufrechterhaltene Weigerung, mit den Ermittlern zusammenzuarbeiten – ganz im Gegenteil zu den umfänglich und überwiegend bereitwillig sich offenbarenden Polte, Rüden und Wand.

Gegen Rolf Grunert und seine Ehefrau Herma (einst *alias* „Hanni") ist zwar 1992 noch ermittelt worden (wegen ihrer beider Spionageaktivitäten nach 1985), aber zu einer Anklage ist es nicht mehr gekommen. Rolf Grunert war zur Zeit der neuerlichen Tat eindeutig DDR-Bürger, seine Frau übte gerade noch rechtzeitig „tätige Reue" nach Strafprozessordnung § 153e.

Gaßmann und Grunert sind nicht nach 1989/90, sondern schon während der Zeit des Kalten Kriegs angeklagt worden. Beide Spione erhielten 30 Monate Haft (von maximal 60 Monaten); Geldstrafen wurden nicht verhängt, denn es gab keine Erkenntnisse über von ihnen erhaltenen „Agentenlohn". Beide haben hartnäckig geleugnet, die über sie verhängten Urteile basierten auf Indizien, und sowohl die Anklageschriften als auch die Urteilsbegründungen überzeugen in ihrer Logik nicht an jeder Stelle. Die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte wären gut beraten gewesen, gerade in diesen politisch brisanten Fällen auch nur den Anschein irgendwelcher Inkorrektheit oder Unverhältnismäßigkeit zu vermeiden. Dass die Betroffenen sich gegen die eine oder andere Maßnahme juristisch wehrten, war ihr gutes Recht und stellte politisch ein Verdienst dar: Jedes Rechtssystem muss – wie jedes politische System – permanenter sachlicher Kritik ausgesetzt und auf diese Weise in Schwung gehalten werden.

Juristische Konsequenzen			
	Anklage	**Geständnis**	**Urteil**
Hermann Gaßmann	21. Juli 1982 §§ 99	Nein.	25. Febr. 1983 30 Mon. Haft 5 Jahre der Verlust der Amtsfähigkeit etc.
Rolf Grunert		Nein.	21. Dez. 1978 30 Mon. Haft 5 Jahre der Verlust der Amtsfähigkeit etc.
Wolfgang Jaeger	7. April 1994 (§ 99)	Stückweise bis einschließlich der Hauptverhandlung.	15. Februar 1996 24 Monate auf Bewährung 5 Jahre der Verlust der Amtsfähigkeit etc., Verfall von 20.000 DM.
Johannes Koppe	./.		
Gerd Löffler	25. April 1991 (Generalbundes-anwalt)	Stückweise bis einschließlich der Hauptverhandlung.	21. Dezember 1994 30 Monate Haft, Aberkennung der „bürgerlichen Ehrenrechte“ für drei Jahre; Verfall von 15.000 DM.
Ruth Polte	2. Juli 1996 § 99	Ja, sofort („überwiegend glaubwürdig“).	21. Nov. 1996 9 Monate auf Bewährung, Verfall von 35.000 DM.
Arved Rüden	28. Aug. 1994 § 99	Ja, sofort.	7. April 1995 24 Monate auf Bewährung Verfall von 20.000 DM.
K. Schmidt-Wittmack	./.		
Kurt Wand *sen.*	./.		
Kurt Wand *jun.*	10. Juni 1996 § 99	Ja, sofort.	5. Oktober 1994 12 Monate auf Bewährung, Verfall von 45.000 DM.

Abb. 32 *– Von zehn Akteuren, so zeigt diese Tabelle, wurden sieben verurteilt, zu Haftstrafen zwischen 9 und 30 Monaten, im Schnitt zu 22 Monaten. Allein*

in der Bundesrepublik		
Rechtsmittel	**Reaktion der Verurteilten auf das Urteil**	**Bemerkungen**
Revision, abgelehnt durch den BGH, 4. Nov. 1983	„*Ich habe genau das getan, was ich für richtig hielt*“ (25. Sept. 1984).	Indizienurteil; politisch stark umkämpft; Begnadigung durch den Hamburger Senat 1984.
Ja	Verweis auf vielfältige juristische Fehlleistungen.	Indizienurteil; 1985 in die DDR übergewechselt, wurde Grunert Hauptamtlicher IM des MfS.
./.	Sofortige Annahme.	Trotz längeren Leugnens ein mildes Urteil – auch weil Jager schwer krank war.
		1979 enttarnt, in die DDR geflohen, dort „zivil“, teils auch durch das MfS, weiterbeschäftigt.
Ja	Mehrdeutig, teils widersprüchlich.	Löfflers gewaltsame Verbringung von Österreich nach Deutschland durch deutsche Grenzbeamte 1994 galt nicht als Verfahrenshindernis.
./.	Sofortige Annahme.	Mildes Urteil.
./.	Sofortige Annahme.	Mildes Urteil.
		Schmidt-Wittmack wurde 1954 aus taktischen Gründen aus dem Operationsgebiet zurückgezogen.
		Wand *sen.* verstarb 1990, bevor Ex-MfS-Offiziere ihn enttarnten.
./.	Sofortige Annahme.	Mildes Urteil.

Grunert saß diese Zeit voll ab, alle anderen Strafen wurden von vornherein oder später, ganz oder teilweise zur Bewährung ausgesetzt.

Gaßmanns politische Freunde (bzw. die, die sich als solche erklärten) protestierten – erkennbar weniger er selbst – gegen Perioden der Einzelhaft (StPO § 119), und Grunert trat gegen die Dauer seiner Untersuchungshaft (gemäß StPO § 121) sogar in Hungerstreik. Gaßmann, Grunert und Löffler haben ausgedehntere Gefangenentransporte über sich ergehen lassen müssen, in engen Käfigen zum Teil. All das war strapaziös, ist von den Betroffenen nicht unverständlicherweise teils bitter beklagt worden. Sofern sie damit keiner Diskriminierung ausgesetzt gewesen sein sollten, hätten sie damit genau das erlebt, was weniger spektakuläre Häftlinge fortwährend zu erleiden hatten; ihr Bekanntheitsgrad war aber geeignet, solche Verhältnisse publik zu machen.

Sowohl im Falle des Bundestagsabgeordneten Schmidt-Wittmack als vor allem auch im Falle des Bürgerschaftsabgeordneten Löffler ist die parlamentarische Immunität auf eine Art und Weise aufgehoben worden, die über Zweifel nicht erhaben war. Gerd Löffler ist nicht zuletzt auf eine bis heute höchst suspekte Art und Weise von Österreich, wo er politisches Asyl genoss, auf den Boden der Bundesrepublik zurückgezerrt worden. Auffällig war andererseits auch Hermann Gaßmanns Privilegierung während seiner Haftzeit und seine Begnadigung durch den Hamburger SPD-Senat, in beiden Fällen ganz offensichtlich auf politischem Wege herbeigeführt. Auch diese Geschehnisse zeigen, wie eng Spionage und Politik, Politik und Spionage miteinander verwoben waren und es stets sind. Je stärker Spione als politische Akteure behandelt werden, desto eher wird – implizit – anerkannt, dass Spionage eine Fortsetzung der Politik sei.

Vor-Verurteilung des Beschuldigten oder Attacken gegen die Justiz? – Reaktionen aus dem politischen Umfeld und aus der Medienlandschaft

Im deutschen Rechtssystem ergibt sich die Unschuldsvermutung aus dem Rechtsstaatsprinzip. In Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ist sie festgeschrieben: „*Jede Person, die einer Straftat angeklagt ist, gilt bis zum gesetzlichen Beweis ihrer Schuld als unschuldig.*“ Die Ermittlungsbehörden müssen so agieren, dass Beschuldigte nicht längst vor den Scherben der persönlichen Existenz stehen, wenn sich am Ende ihre Un-

schuld herausstellen sollte. Zwangsmaßnahmen, zunächst vor allem Verhaftungen, müssen verhältnismäßig, Dienstgeheimnisse der ermittelnden Beamten müssen vor dem Medieninteresse geschützt bleiben.

metall HAMBURG

Hermann Gaßmann seit drei Monaten in Haft:

Gemeinsam für Hermanns Freilassung

Unser Kollege Hermann Gaßmann sitzt bereits seit mehr als einem Vierteljahr in Untersuchungshaft. Der bloße Verdacht auf Kontakte zu einem östlichen Nachrichtendienst reicht aus, ihn zu verhaften.

Ein hauptamtlicher Gewerkschafter, seit Jahrzehnten der IG Metall verbunden und für sein kritisches Engagement bekannt, wird damit aus dem Kreis seiner Familie, seiner Kolleginnen und Kollegen – ein

troffen macht und aufrüttelt. Das lassen sich auch gewisse Presseerzeugnisse nicht entgehen: Sie schlachten den „Fall" aus.

Denn so eine Verhaftung paßt natürlich in das Konzept reaktionärer Kreise, die Gewerkschaften als rote Kaderschmiede diffamieren. Ob „Bild", „Morgenpost" oder andere – sie stürzten sich auf ihr Opfer. In dieser Lage gehassen zu bleiben, ist fast unmöglich.

waltung hat klare Grundsätze für ihr Vorgehen festgelegt:

● Hermann und seine Familie wurden sofort sozial abgesichert und seine qualifizierte Rechtsvertretung sichergestellt;

● die Form unseres Vorgehens wurde gewerkschaftsintern mit Bezirksleitung und Vorstand abgestimmt;

● Hermanns persönliche Wünsche sind zu respektieren – vor allem bei

trag auf der Vertreterversammlung besonders deutlich; ein Kollege sagte: „Wenn ich einmal im Knast sein sollte, dann möchte ich eure Transparente durch die Gitter sehen!"

Solche Worte sind emotional verständlich, aber es

Tatsache aus, daß die bisherigen Anwälte im Einvernehmen mit Hermann ihre Mandate niedergelegt haben. Die IG Metall sorgte aber sofort dafür, Hermann den Anwalt zu geben, den er selbst gewünscht hat.

Wir meinen, daß bei allen

metall HAMBURG

Hermann Gassmann mit Frau (Mitte) unter den Kollegen der Verwaltungsstelle

Nach sechs Monaten in Einzelhaft:

Hermann endlich frei

Am 16. September wurde unser Kollege Hermann Gassmann aus der Untersuchungshaft freigelassen. Die Solidarität der Hamburger Metaller und die Arbeit seines Anwalts hatten damit endlich Erfolg. Nach einem Urlaub will Hermann seine Tätigkeit wieder aufnehmen.

Termine im

In einer Presseerklärung der Verwaltungsstelle vom gleichen Tag hieß es: „Wir sind glücklich, Hermann wieder bei uns zu haben. Die IG Metall ist davon überzeugt, daß in Kürze auch die letzten Verdachtsgründe gegen Hermann ausgestanden sein werden, damit er unbelastet und vollkommen rehabilitiert seine Arbeit mit den und für die Hamburger Kolleginnen und Kollegen fortsetzen

Hermann Gassmann

Vertreterversammlung Hamburg:

Nachwahl notwend

Für die Vertreterversammlung, das Hamburger Metallerparlament, müssen fünf Kolleginnen oder Kollegen nachgewählt werden. Wahlberechtigt ist, wer drei Monate der IG Metall angehört; wählbar, wer mindestens seit zwölf Monaten Mitglied ist.

In den folgenden Betrieben wird je ein Vertreter gewählt:

Karl Schmidt: 14. 10., 14

Uhr Betriebskantine.

Sharp: 14. 10.

Philips, Werk für technik: 19.10.

In der überbetrieb Wahlgemeinschaft d schäftigungsbereichs troindustrie wird eb ein Vertreter nachge am 15. 10., 17 Uhr werkschaftshaus.

Schließlich geht e im Organisationsb Rentner um eine Nach am 14. 10., 15 Uhr, Schumacher-Haus.

Bildungsprogramm 1982 erschiene

Wie bewältigt man Konflikte im Betrie

Das geht nicht nur Seminarians oder Betriebsräte was an: Die Verwaltungsstellen Hamburg und Bergedorf haben in einer 30-Seiten-Broschüre gemeinsam das neue, praxisorientierte Bildungsprogramm für 1982 vorgelegt.

für türkische A nehmer.

Schwerpunktthemen Konflikte, die im B auftauchen – von de betssicherheit über A stimmung bis zu Frage Rationalisierung und gestaltung.

Damit der Informa

***Abb. 33** – Die IG Metall stellte sich jahrelang solidarisch hinter Gaßmann – nicht zuletzt, weil sie sich von noch prononcierter links orientierten Kräften getrieben sah. Gaßmann sei ein Opfer „reaktionärer Kreise". Die IG Metall führte es auch auf ihre Anstrengungen zurück, dass Gaßmann die U-Haft verlassen durfte.*

Wer es zu Prominenz gebracht hat, erfährt jetzt allerdings schnell deren Schattenseiten, und nicht immer müssen Nachlässigkeiten der Behörden ursächlich dafür sein, dass Vorverurteilungen um sich greifen. Dafür kann es Interessenten auch außerhalb des Medienbereichs geben, im Falle von

Politikern sowohl beim politischen Gegner als aber auch bei den Parteifreunden und Verbandsgenossen.

Exekutivische und judikatorische Spionagebekämpfung waren und sind in der Bundesrepublik Deutschland getrennt. Verfassungsschutz, (polizeilicher) Staatsschutz und Staatsanwaltschaften sind politischen Vorgaben, ja Weisungen leichter zugänglich als die „Dritte Gewalt". Spionagebekämpfung kann – wie die Bekämpfung politischer oder politisch motivierter Kriminalität generell – also als Politik oder als „*Fortsetzung der Politik*" verstanden werden. Ob und wieweit Staatsanwälte ein mehr oder minder großes Stück Unabhängigkeit genössen, ist strittig, wie 2015 die Entlassung von Generalbundesanwalt Harald Range gezeigt hat.

Politische Institutionen – wie der Hamburger Senat – können (je nach politischer Interessenlage) auf die Einhaltung der Unschuldsvermutung bedacht sein oder eher darauf, sie zu unterlaufen – beispielsweise durch Indiskretionen gegenüber ihrerseits interessierten Medien: Damit ist dann wirklich der Bereich der „*anderen Mittel*" beschritten. Parteien sind definitionsgemäß parteilich, und niemand erwartet von ihnen (oder von Interessenverbänden) ernsthaft eine Äußerung, die nicht mehr oder weniger unmittelbar auf ihr Machtinteresse zurückzuführen ist, mögen sie ihre Sachbezogenheit auch dreimal betonen.

Hermann Gaßmann erlebte nach Beginn der gegen ihn gerichteten Ermittlungen überwiegend ein für ihn positives Echo. Seine Partei, die SPD, hielt in ihrer Gesamtheit (dargestellt von ihrer Spitze) fest zu ihm, seine Gewerkschaft, zugleich sein Arbeitgeber, bis zu seiner rechtskräftigen Verurteilung ebenfalls. Partei und Gewerkschaft bewogen den Hamburger Senat („Dohnanyi II", 1983–1987, mit Justizsenatorin Eva Leithäuser) zu einem Gnadenakt. Politiker der Grünen, linke Medien und allerlei linksradikale Organisationen veranstalteten nicht nur Solidaritätskundgebungen mit Gaßmann, sondern ergingen sich teils in auf eine bundesdeutsche „Klassenjustiz" zielenden Hassorgien. Das war deutlich mehr als das nüchterne Beharren auf einer Unschuldsvermutung: Der vom Staat zu leistende „*gesetzliche Beweis der Schuld*" wurde als a priori unmöglich, hingegen als Hauptmotiv der Ermittlungen unterstellt, Gaßmann solle als kritische Stimme mundtot gemacht werden.

Gerd Löffler erlebte das Gegenteil. Das politische Umfeld muss sich keinesfalls als politische Heimat darstellen. Der Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Christian Lochte, gehörte dem vom CDU-Landesvorsitzenden Jürgen Echternach um sich gescharten „Magdalenenkreis" an, einem informellen „Politbüro" (wie die Kritiker lästerten); ebenso verhielt es sich mit dem Bürgerschaftsabgeordneten Karl-Heinz-Ehlers, der Löfflers Kampfgenossen Gerhard Orgaß im Rahmen des Neue-Heimat-Skandals 1986 als Bauernopfer der CDU in einen Deal eingebracht hatte, ebenso ferner mit dem Juristen Martin Willich, der als Vorsitzender des zuständigen Bürgerschaftsausschusses mit Löfflers Immunitätsaufhebung befasst war. Während die anderen Parteien sich ganz und gar zurückhalten konnten, wurde Löffler von einflussreichen „Parteifreunden" bloßgestellt und von Teilen der Boulevardpresse in einem Maße vorverurteilt, dass seine Existenz schon in Trümmern lag, bevor der Prozess überhaupt begonnen hatte. An dieser Einschätzung ändert nicht, dass sich hernach tatsächlich Löfflers Schuld herausgestellt hat. Die wenigen Stimmen aus einer Gruppe von Parteirebellen, aus der überparteilichen Vereinigung Demokratische Offenheit (*DemO*), halfen da wenig, waren im Übrigen auch maßgeblich von der Ablehnung der CDU-Führungsspitze motiviert und beruhten darauf, dass Löffler nicht zuletzt auch diese Unterstützer hinters Licht führte. Zurückhaltende Töne seriöserer Medien blieben weitgehend unbeachtet.

Die anderen hier interessierenden Fälle liegen, sofern unter diesem Aspekt überhaupt einschlägig, zwischen den skizzierten Extremen des den zuständigen Justizorganen vorgreifenden „Vorfreispruchs" und der „Vorverurteilung" (wobei der „Vorfreispruch", auch wenn er über die Unschuldsvermutung hinausgeht, dem Rechtsstaatsprinzip weniger entgegensteht als die „Vorverurteilung"). Kurt Wand sen. und Johannes Koppe bleiben a priori außer Betracht. Karlfranz Schmidt-Wittmack gab durch seinen publikumswirksamen DDR-Übertritt seiner Partei, der CDU, gar keine Veranlassung, auf dem Unschuldsprinzip zu beharren. Bei Ruth Polte, Arved Rüden und Kurt Wand jun. verhielt es sich ähnlich: Sie waren sofort geständig, boten weder Freund noch Gegner einen nennenswerten Beurteilungsspielraum, waren politisch auch – für sich genommen – „kleine Fische".

Wolfgang Jaeger, bereits lange vor seiner endgültigen Inhaftierung und Verurteilung in Verdacht geraten, geraume Zeit standhaft leugnend, wurde von „seiner" CDU leidenschaftslos-korrekt behandelt; damit war die Partei gut beraten, weil es nach 1990 einigermaßen leicht fiel, Schuld oder Unschuld eines Beschuldigten festzustellen; ferner stellte Jaeger für die CDU eine durchaus ersetzbare Kraft dar.

Rolf Grunert ist vom Bund Deutscher Kriminalbeamter kühl und korrekt behandelt worden. Am Schluss stand die Bilanz, dass der BDK keine Vorverurteilung vorgenommen, sich von seinem ehemaligen Vorsitzenden erst im Nachhinein getrennt hatte, dass er den Verfahrensmängeln kritisch gegenüberstand und für seine führenden Mitglieder ab sofort eine genauere politische Überprüfung verlangte.

Begleitvergehen und Kollateralschäden

Wenn Spionage als Fortsetzung der Politik mit – mehr oder minder ausgeprägt – „anderen", irgendwie außerordentlichen Mitteln verstanden wird, erhebt sich die Frage, welche Handlungsmuster Spione zum Zweck ihrer Spionage „legitimerweise" zur Verfügung stünden: Hat ein ins Visier der Ermittlungsbehörden und der Medien geratener Spion „nur spioniert", oder hat er sich dabei zusätzlich noch unter bestimmten Aspekten „die Hände schmutzig" gemacht?

Verurteilt sind sieben der hier präsentierten Spione, und zwar alle gemäß § 99 StGB. Eine *Geheimdienstliche Agententätigkeit* ergibt sich rein formal – durch die konspirative Kooperation mit dem Geheimdienst der fremden Macht. Doch kommt schnell mehr hinzu – moralisch und auch rechtlich. Die Spione trugen – mal mehr, mal weniger – Verantwortung nicht nur als Staatsangehörige oder als Angehörige von GOs (*Governmental Organizations*, vor allem Parteien), sondern auch – im weitergefasst verstandenen vorstaatlichen Raum – gegenüber ihren Arbeitgebern und Kollegen, gegenüber Mitgliedern von Gewerkschaften oder sonstigen Interessenverbänden, ferner Verantwortung für Familienangehörige, für Freunde, Bekannte und schließlich für allerlei sonstige Personen, auf die sich ihre Spionagetätigkeit indirekt auswirken konnte.

Rechtlich kommen für Spione zusätzlich zu den einschlägigen Staatsschutzparagrafen weitere Normen in Frage (betreffend z.B. Tatbestände wie Bestechung, Diebstahl, Unterschlagung, Urkundenfälschung). Doch lagen in den Fällen, die hier rekonstruiert worden sind, solcherart zusätzliche Vergehen innerhalb der Verjährungsfrist oder blieben unberücksichtigt, weil es zur Anklageerhebung nicht gekommen ist. Je nach bevorzugter Logik und Lage des Einzelfalls können solche Delikte als „politisch motiviert" betrachtet werden (nämlich ebenso politisch motiviert wie gegebenenfalls die Spionage selbst) oder als Alltags-Begleit-Kriminalität.

Wolfgang Jaeger hat durch den Verrat von Fluchthilfeunternehmen in den 1960er und 1970er Jahren gegen den 1951 durch das *Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit* ins StGB eingeführten § 241a verstoßen, weil er Menschen „*durch eine Anzeige oder eine Verdächtigung der Gefahr*" aussetzte, „*aus politischen Gründen verfolgt zu werden und hierbei im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen durch Gewalt- oder Willkürmaßnahmen Schaden an Leib oder Leben zu erleiden, der Freiheit beraubt [etc.] zu werden*"; das genannte Vergehen wurde mit bis zu 5 Jahren Haft bedroht. Es kam hinzu, dass Jaeger genau wusste, was die Folge einer solchen „Anzeige" sein würde, und dass er mehrfach, also absichtlich und systematisch handelte: Deshalb musste er sogar mit bis zu 10 Jahren Haft rechnen. Doch selbst die entsprechend verlängerte Verjährungsfrist von ebenfalls 10 Jahren war Anfang der 1990er Jahre verstrichen; das HOLG hat die moralisch verbliebene Schuld freilich nicht ganz und gar ignoriert.

Johannes Koppe vor allem, bis zu einem gewissen Grad auch Gaßmann, waren in der Lage, Industrieunternehmen zu schädigen: Koppe hat systematisch Betriebsgeheimnisse der Hamburgischen Elektricitätswerke preisgegeben und damit gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verstoßen; § 17 UWG drohte mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe. Darüber hinaus galt: „*Weiß der Täter bei der Mitteilung, dass das Geheimnis im Ausland verwertet werden soll […], so kann auf Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren […] erkannt werden.*"

Kriminaloberkommissar Grunerts Spezialität war die „*Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht*" nach § 353b StGB: Grunert hat viele Menschen betrogen, zumindest zeitweise, und

vermutlich belügt er auch die Leser seiner Biografie, aber er hat dort (floskelhaft bedauernd, eigentlich aber ganz von sich überzeugt) angegeben, er habe in „*Aktentaschen und Koffern*“ fast alle seine damaligen Erkenntnisse „*über die bundesdeutsche Datenverarbeitung im Kripo- bzw. BKA-Bereich*“ nach Ostberlin übermittelt. Dies sei nicht zuletzt durch Ausnutzung seines persönliches Verhältnisses zu BKA-Präsident Horst Herold geschehen,[16] auf das er unter mancherlei Aspekten so stolz war. Die Quantität mag Grunert übertrieben haben, aber grundsätzlich sind für seine diesbezüglichen Vergehen nach 1990 hinreichend Beweise aufgetaucht.

Ob Begleitkriminalität oder moralische Delinquenz in einem Spionagefall vorgelegen und welche genaue Form sie angenommen hätten, kann Einfluss auf die ethische Beurteilung des Gesamtfalls nehmen. Doch an erster Stelle steht moralisch und politisch (nicht juristisch) die Frage, wie Spionage als solche, ganz generell, zu beurteilen sei.

Spionage – moralisch edel oder verwerflich?

Wenn Spionage als eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln verstanden wird, so fragt sich zunächst, welcher Art Politik denn da fortgesetzt werde. Sodann ist zu analysieren, worauf sich die Fortsetzung erstrecke und worin die Andersartigkeit der Mitteln bestehe – zunächst technisch, dann aber auch ethisch, denn jeder menschlicherseits entwickelten Technik (jedem „Mittel") entspricht, im Sinne der sprichwörtlichen Medaillen-Kehrseite, eine Ethik – einerlei, ob darüber nun ausdrücklich Überlegungen angestellt worden sind oder nicht: Bestimmte Technikfolgen werden entweder in Kauf genommen, oder aber die Verantwortlichen setzen – nach Technikfolgen-Abschätzung – zu dem Versuch an, ihnen durch Normensetzung dort entgegenzutreten, wo es geboten erscheint.

Das Hüten wie auch das Lüften von Geheimnissen ist, wie so ziemlich alles, was Menschen tun, ambivalent; auf die zum Hüten und Lüften verwandten Methoden trifft das Gleiche zu. Spione leisten in den Augen ihrer Auftraggeber Nützliches, doch die ausgespähte Gegenseite bringt sie äußerstenfalls um. Der Fremdheitsgrad einer „fremden Macht" variiert in den Augen ihrer Kontrahenten; über das Ausspioniertwerden durch eine verbündete Macht (A) mag man sich im Lande (B) entrüsten, aber es muss nicht als Bedrohung empfunden werden.

Wenn Bundeskanzlerin Merkel 2013 gegenüber der US-amerikanischen *National security Agency* (NSA) monierte, „Ausspähen unter Freunden" sei unakzeptabel, so ging dieser öffentlichkeitswirksame Satz von zwei Voraussetzungen aus: Es gäbe – über politische Interessen- und Wertegemeinschaft hinaus – so etwas wie politische Freundschaft, und die Bundesregierung sei über die NSA-Aktivitäten nicht zuvor längst informiert gewesen und habe sie stillschweigend in Kauf genommen. Weder die eine noch die andere Prämisse dürfte von Merkel ernsthaft geteilt worden sein.

Interessen und Werte voneinander zu scheiden, fällt schwer. Auch die nützlichsten und höchsten Werte können nur dann das Handeln vieler

Menschen bestimmen, wenn sich Interessen damit verbinden. Moralische Normen wenden sich weniger an große Menschenmassen als an Individuen: Deren Gewissen kann sie dazu veranlassen, entgegen ihren Interessen Opfer zu bringen. Staaten (Staatsapparate), von denen in pointierter Weise gesagt worden ist, sie „erröteten" nicht, sie empfänden also keine Scham, kennten kein schlechtes Gewissen, Staaten verlangen aber sehr wohl ethisch begründete Opfer von Individuen. Spione werden nicht massenhaft bekriegt (wie Soldaten), sondern individuell verurteilt – vor allem rechtlich, aber auch moralisch: Die Begriffe von „Treue" und „Verrat" spielen da oft eine Rolle, ferner die von „Idealismus" und „Materialismus".

MINISTERRAT DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTER FÜR STAATSSICHERHEIT

EHRENURKUNDE

DANK UND ANERKENNUNG

Genossen
GRUNERT, Rolf

für

25 JAHRE TREUE DIENSTE

in den bewaffneten Organen der Arbeiter-und-Bauern-Macht
und die dabei ständig bewiesene gewissenhafte Pflichterfüllung
und Einsatzbereitschaft

Berlin, den 07. Oktober 1969

Armeegeneral

Minister für Staatssicherheit
der Deutschen Demokratischen Republik

Abb. 34 *– „Treue Dienste", „gewissenhafte Pflichterfüllung" können in den Dienst jeder beliebigen „Sache" gestellt werden. Treue und Gewissenhaftigkeit sind Sekundärtugenden, wie sie auch in einer Räuberbande verlangt werden.*

"Treue" und "Verrat"

Spione gelten schnell als Verräter. Das Prädikat der Untreue oder des Verrats kann einer ganzen Reihe tatsächlich oder vermeintlich illoyaler Verhaltensweisen verliehen werden; generell geht es um das Verlassen oder Imstichlassen einer Gruppe, gar einer Nation (z.B. durch Desertion oder Kollaboration) oder auch – im übertragenen Sinn – um die Abkehr von Prinzipien, die zuvor anerkannt worden waren.

Staaten verpflichten ihre Staatsangehörigen zur Loyalität, zur Treue. Sie neigen unter Verweis auf ihre politische Legitimation dazu, Staats-Verrat als Landesverrat zu deklarieren, setzen entsprechend Recht und praktizieren soziale Kontrolle. Es ist Bestandteil ihrer Souveränität (ihrer „Kompetenzkompetenz"), Geheimdienste einzurichten, ihren Bürgern zu verbieten, sich mit Geheimdiensten anderer Staaten einzulassen, aber auch, Späher und Agenten anderer Mächte des Landes zu verweisen, sie zu verhaften und zu bestrafen.

Die Maßstäbe zur Beurteilung der Frage, wer wem Loyalität schulde, unter welchen Prämissen, bis zu welchem Grad, wandeln sich kontextbedingt und können auf jeden Einzelfall in differenzierter Weise angewandt werden. Deserteure, Kollaborateure, Revolutionäre werden möglicherweise zu Lebzeiten liquidiert, posthum aber erhalten sie ein Denkmal zugesprochen. Was gilt die Treue, die einer Diktatur erwiesen wird?

Treue und Ehrlichkeit sind Sekundärtugenden: Räuber können die hart erarbeitete Beute miteinander ehrlich teilen, und die Räubermoral verbietet es, sich gegenseitig zu denunzieren. Wolfgang Jaeger (*alias* „Günther") ist von seinem Rostocker Führungsoffizier Scherwinski mehr als einmal ob seiner Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit gelobt worden; er zeige „*eine hohe Einsatzbereitschaft*". Rolf Grunert, 1978 in Hamburg wegen *Geheimdienstlicher Agententätigkeit* verurteilt, wurde nach seinem Übertritt in die DDR (1985) zum Hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit befördert „*aufgrund der 15-jährigen zuverlässigen und ehrlichen inoffiziellen Mitarbeit*". Der Beamte Grunert hat die ihm obliegende Treuepflicht gegenüber seinem Dienstherrn mit Füßen getreten, sich eben dadurch aber – aus DDR-Sicht – als „Tschekist" bewährt.

"Materialismus" und "Idealismus" – der "Judaslohn"

Die materiellen Motive standen bei unseren zehn Spionen zwar – wie weiter oben dargelegt worden ist – nicht haushoch, aber insgesamt doch an erster Stelle, vor den Elementen eines politischen Programms, vor dem Komplex „Zwang, Angst, Liebe, Hass", vor Selbstbestätigung oder Abenteuerlust. Nicht immer wird der materiellen Präferenz Verständnis entgegengebracht.

Ebenso wie landläufig der treue Mensch vom Verräter unterschieden wird, trennen wir oft den hohen Zielen nachstrebenden „Idealisten" vom raffgierigen „Materialisten". Wenn ein Spion seinem Staat gegenüber illoyal und dieser Staat nicht als „Schurkenstaat" gilt, dann, so wird häufig geurteilt, sollte der Spion dies wenigstens „uneigennützig" tun, unter Verzicht auf einen „Agentenlohn", im Gegenteil aufopfernd, unter Inkaufnahme auch eines hohen Risikos. Opfer zu bringen, kann generell als das Hauptmerkmal eines Akteurs betrachtet werden, dem moralisch wertvolles Handeln attestiert wird.

Politiker („ordentliche" Politiker) pflegen Aufwandsentschädigungen entgegenzunehmen oder sogar ein Gehalt, das sie in die Lage versetzen soll, sich der Politik voll und ganz zu widmen. Wenn angenommen wird, Spione betrieben Politik oder eine Fortsetzung davon, dann wird man in ihrem Fall nicht daran Anstoß nehmen dürfen, dass sie sich ihre Tätigkeit vom auftraggebenden und informationsabnehmenden Staat (A) entgelten lassen. Sie werden hinter den Kulissen zu Staatsdienern, Funktionären der Regierung, der sie zuarbeiten; diese Regierung geht davon aus, dass sie zu ihr in einer exklusiv engen Loyalität stehen (nicht etwa Doppelagenten sind), und zwar auch dann, wenn sie auf der Erscheinungsoberfläche beispielsweise als Beamte des konkurrierenden Staates (B) bezahlt werden, den sie de facto ausspionieren. Der Umstand, dass dieser ausspionierte Staat sie im Falle der Enttarnung bestraft, sie Zelle an Zelle mit einem Hühnerdieb inhaftiert und ihren Agentenlohn zum Verfall bestimmt, bildet das Berufsrisiko des Spions, und in Bezug darauf kann der Agentenlohn auch als eine Art Gefahrenzulage verstanden werden.

Abb. 35 *– 1000 DM auf einen Schlag – das imponiert. Aber Wolfgang Jaeger hat durch seine jahrzehntelange Spionage – nachträglich aufgrund der aktenkundig gewordenen Zuwendungen geschätzt – 144 DM pro Monat verdient. Das war ein miserabler Stundenlohn – noch nicht für den Langzeit-Studenten, sehr wohl aber für den späteren Geschäftsmann Jaeger.*

Spione werden selten reich. Wolfgang Jaeger hat 29 Jahre spioniert, nach grober Schätzung des HOLG dabei 50.000 DM erhalten (von denen 20.000 DM zum Verfall bestimmt wurden). Kurt Wand jun. hat 20 Jahre spioniert und 45.000 DM an die Staatskasse zahlen müssen (wobei offengelassen worden ist, ob es sich dabei um den Teil eines als noch höher eingeschätzten Gesamtagentenlohns handeln sollte). 50.000 DM verteilt auf 29 Jahre ergibt 1725 DM pro Jahr, 144 DM pro Monat; Wands 45.000 DM, verteilt auf 20 Jahre, ergeben 2250 DM pro Jahr, 187 DM pro Monat. Mögen der DDR die von Jaeger und Wand jun. erhaltenen Informationen diese Ausgaben wert gewesen sein – die Spione selbst haben durch

die Zahlungen (selbst dann, wenn ihre „Spesen“ davon schon abgezogen gewesen sein sollten) keine nennenswerte Erhöhung ihres materiellen Lebensstandards erzielen können.

Schließlich muss auch ein eventueller „Materialismus“-Vorwurf differenziert werden. Der modellhaft-pure Materialist bringt gegen eine Mindestsumme auch seine Schwiegermutter um, während ein gegen Agentenlohn tätiger Spion dies weit von sich weisen kann.

"Nullsummenspiel" und "Win-win-Situation"

Jede Ethik folgt mehr oder weniger intensiv dem utilitaristischen Prinzip, möglichst wenigen betroffenen Menschen Schaden zuzufügen; im Gegenteil müsse es das Ziel sein, möglichst vielen beteiligten Menschen Nutzen zu bringen.

Wenn aber Nutzen und Schaden durch Spionage stets gleichermaßen gestiftet werden können, dann wird Spionage für die konfligierenden Seiten, sofern ihre Ressourcenlage einander einigermaßen ebenbürtig ist, im Nullsummenspiel enden – je länger, je eher: Was des einen Nutzen ist, stellt den Schaden des anderen dar, und umgekehrt. Doch kurzfristig können die einen oder die anderen vorn liegen, und um solcher Vorteile willen scheint sich den Staaten der kontinuierliche Aufwand immer erneut zu lohnen: Möglicherweise erringt die eine Seite (nicht aber gleichzeitig die andere) einen Vorsprung in einer entscheidenden Situation. Außerdem kann die jeweils andere Seite ohnehin nicht gebremst werden.

Ausdrücklich im Gegensatz zur Nullsummen-These nehmen Staaten und Spione für sich selbst nicht selten aber in Anspruch, sie – genau sie – brächten durch Spionage eine *Win-win*-Situation zustande, denn das Lüften bestimmter Geheimnisse nütze letztlich allen, auch den meisten jener Beteiligten, die dies partout nicht wahrhaben wollten. Jene Mehrheit könne noch dieses Besseren belehrt werden; die Allerletzten jedoch, die Unbelehrbar-Bösen, müssten im Sinne des globalen Allgemeinwohls ausgeschaltet werden, unter anderem wiederum unter Einsatz von Spionage. Nun ist umstritten, welche zwischenstaatlichen Informationsunterschiede

als schädlich oder nützlich einzuschätzen seien, beispielsweise in der Frage der Proliferation von Kernwaffen. Gleichwohl: Kann nicht vielleicht doch ein Set von Formeln erfunden werden, auf deren Basis sich ein globales Allgemeinwohl begründen ließe?

Menschen- und Bürgerrechtsdeklarationen als Maßstab?

Die Menschen- und Bürgerrechtsdeklarationen vor allem der UN scheinen sich auf den ersten Blick als Beurteilungsmaßstab anzubieten, doch sind auch Menschenrechtsartikel nicht allein unterschiedlich interpretierbar; sie können bekanntlich negiert, verachtet, gar flagrant „mit Füßen getreten", zumindest geringgeschätzt, nach dem Prinzip der Nadelstiche punktuell verletzt werden – sogar von Staaten, die entsprechende Normenkataloge unterzeichnet haben. Theokratische Konzeptionen und andere, religiöse oder pseudoreligiöse Ideologien, die sich auf „ewige Weltgesetze" berufen (wie fernöstliche Religionen, aber etwa auch der Marxismus-Leninismus), können den stark vom Standpunkt des Individualismus geprägten Menschen- und Bürgerrechten reserviert gegenüberstehen, sie gar als verfehlt beurteilen.

Menschenrechte „existieren" nicht, niemand besitzt sie „von Natur aus", sie sind erfunden, Kern einer „positiven Ideologie", eines Glaubensbekenntnisses. Menschenrechte werden mindermächtigen Menschen von mächtigeren zuerkannt – oder nicht. Eine eher auf ganze Gesellschaften, ja die Weltgesellschaft orientierte „kommunitaristische" (nicht zwangsläufig kommunistische) Version der Menschenrechte kann dem UN- oder Grundgesetz-Ideal entgegengehalten oder ergänzend an die Seite gestellt werden – das Konzept einer Gesellschaft, in der die vorgefundenen und erwirtschafteten Ressourcen nicht aufgrund von Wettbewerbsmechanismen, sondern aufgrund rationalen Kalküls gerecht verteilt werden. Im Extremfall kann freilich als Verteil- und damit Herrschaftsinstanz eine so gut wie allmächtige Staatspartei eingerichtet werden, die immer recht hätte und deshalb von aufmüpfigen Störenfrieden unbehelligt gelassen zu werden verdiente.

Die erste DDR-Verfassung von 1949 orientierte sich im Wortlaut noch deutlich an den Bestimmungen der UN-Menschenrechtscharta von 1948. 1968 wurde die DDR-Verfassung überarbeitet, die Menschenrechte kamen darin deutlich schlechter weg als zuvor. 1973 verpflichtete sich die DDR mit ihrem UN-Beitritt auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – formelhaft. Entscheidend in all den Jahrzehnten war nicht der Buchstabe all dieser Normen, sondern die Wirklichkeit der SED-Diktatur. Von „sogenannten Menschenrechten" war in der DDR schließlich zwar nicht mehr – wie zuvor so manches Mal – die Rede, vielmehr wurde reklamiert, dass es bei der Umsetzung dieser Rechte keinerlei Probleme gäbe; das Partizip „*sogenannt*" wurde jetzt auf die diejenigen Bürger übertragen, die (abgesehen von ihrer persönlichen Lage) in allgemein-politischer Weise insbesondere auf das durch Mauer und Stacheldraht, Todesstreifen und Schießbefehl, Landminen und Selbstschussanlagen verweigerte Recht pochten, „*jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren*" (UN-Charta, Art. 13,2); sie wurden jetzt oft als „*sogenannte Bürgerrechtler*" bezeichnet, insbesondere, wenn sie am „*sogenannten Tag der Menschenrechte*" allerlei Forderungen erhoben; ihre Wirksamkeit wurde als unbegründet und unbedeutend dargestellt. Besonders verachtende Äußerungen zu den Menschenrechten fanden sich im Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit. Auf Inhalte wurde darin nicht eingegangen, vielmehr pauschal eine „Imperalistische Menschenrechtsdemagogie" als geeignetes tschekistisches Feindbild projiziert. Da das MfS die maßgebliche DDR-Institution zur Unterdrückung der Menschenrechte war, handelte es sich bei diesem Text nicht um die Entgleisungen irgendwelcher Radikalinskis.

Die Führungsoffiziere unserer Hamburger Politiker-Spione (Löfflers NVA-Oberst, der seinerseits unter Stasikontrolle stand, hier einmal eingeschlossen), arbeiteten Hand in Hand, Tür an Tür mit denjenigen formellen Mitarbeitern der Staatssicherheit, die für die Realisierung der Diktatur im DDR-Alltag verantwortlich waren. Ruth Hötzsch, spätere Polte, ist zunächst vom MfS „*operativ verhaftet*", sodann im Stasi-Gefängnis „Roter Ochse" in Halle auf künftige Informelle Mitarbeit angesprochen, später von den Offizieren, die für die Binnenaufklärung zuständig waren, an die Kollegen / Kameraden Tschekisten von der Spionageabteilung weitergereicht worden.

Menschenrechtsdemagogie, imperialistische …

***Abb. 36** – Das „Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit", 1985 an der MfS-Hochschule Potsdam entwickelt, behördenintern-geheim verteilt und benutzt, gibt Einblick in die MfS-Dogmatik. Was dort über Tschekisten auf den Punkt gebracht wurde, ließ sich aus öffentlich zugänglichen Texten aber weitgehend ebenfalls erschließen.*

… wesentlicher Bestandteil des politisch-ideologischen Kampfes, mit dem die Politiker und Ideologen der imperialistischen Bourgeoisie durch die Verwirrung, Entstellung und Verfälschung der Frage der Menschenrechte diese als Mittel der weltweiten Diskriminierung des Sozialismus und der Einmischung in seine inneren Angelegenheiten […] einsetzen. […] Nach den gegnerischen Plänen soll die M. vor allem die Zersetzung, Lähmung und Zerstörung der sozialistischen Gesellschaft „von innen her" durch die Irreführung ihrer Bevölkerung, die Erzeugung künstlicher Konflikte, die Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit in Gestalt einer „Menschen- und Bürgerrechtsbewegung", die Organisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels und rechtswidriger Ersuchen zur Übersiedlung in das kapitalistische Ausland sowie staatsfeindliche Hetze bewirken. Die M. trägt innerhalb der politisch-ideologischen Diversion und der psychologischen Kriegsführung des Gegners einen ausgeprägt subversiven Charakter. […] Der offensive, vorbeugende, schadensverhütende Kampf des MfS gegen die M. besitzt große und wachsende Bedeutung. Als Bestandteil ihres Feindbildes müssen unsere Mitarbeiter und IM daher genaue Kenntnis über die Rolle der M. in der Klassenauseinandersetzung haben.

Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit. Potsdam 1985.

Menschenrechte bedeuteten in Ost und West also zum Teil ganz Unterschiedliches (und werden bis auf den heutigen Tag in unterschiedlichen Regimes ganz unterschiedlich verstanden und behandelt). Wenn sogar über den Wortlaut und die Interpretation von Menschenrechtskonzepten keine Einigkeit zu erzielen ist, bleibt dann vielleicht als letzter Wert, der

global einvernehmlich einer Beurteilung von Spionen zugrundegelegt werden könnte, der Frieden? Könnten in einer Weltfriedensordnung vielleicht Gesellschaften gewaltfrei miteinander koexistieren, deren herrschende Klassen und Staaten teils fundamental unterschiedliche Grundwerte vertreten? Könnte Spionen dann die Funktion zugeschrieben werden, Verstöße gegen Rüstungsbeschränkungsauflagen erkennbar zu machen, aggressive Pläne von „Betonköpfen", gar „Kriegstreibern" zu enthüllen, wie sie auf allen Seiten von Zeit zu Zeit aufzutreten pflegen? Liegt hier eine Aufgabe für „Kundschafter im Dienst des Friedens"?

Abb. 37 *– Broschüre des MfS von 1987. Darin wurden – in der Reihenfolge der Konterfeis auf der Titelseite – vor allem die „Kundschafter" Horst Hesse, Rolf Ebeling, Ulla Kirmsse, Christel und Günther Guillaume sowie Christel Hoffmann gewürdigt.*

Heldenhafte "Tschekisten" und "Kundschafter im Dienst des Friedens"

> *Die Tätigkeit der Kundschafter blieb also auch in dieser Zeit [nach dem Grundlagenvertrag 1972] von unschätzbarer Bedeutung. Ihnen, dem wertvollsten Gut des Ministeriums für Staatssicherheit, gebührt größte Achtung: „Höchste Einsatzbereitschaft für die Heimat, Rechtschaffenheit, Disziplin, Selbstlosigkeit, Erfindergeist […] – das sind […] die wichtigsten Eigenschaften, die ein Kundschafter besitzen muss", bekannte einer, der es wissen musste: der berühmte sowjetische Aufklärer Rudolf Abel.*[17]
>
> Rainer Funke: Helden an der unsichtbaren Front. In: Ders.. Kundschafter im Dienst des Friedens. Hg. v. Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1987, S. 2–5, hier S. 2

Ob ein Staat die von ihm organisierte Spionage eher als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln oder eher als integrierenden Bestandteil zumindest der von ihm selbst betriebenen Politik betrachtet – darauf lassen Indizien schließen. Die DDR hat um ihre „*Aufklärer*", „*Kundschafter*", „*Helden an der unsichtbaren Front*" einen Staatskult betrieben, hat Briefmarken drucken, Medaillen prägen lassen, hat Tschekisten-Lyrik gefördert, einschlägige apologetische Schriften verbreitet, allerlei Arbeitskollektiven den Ehrennamen von Tschekisten verliehen.

Im säkularen Kampf der Klassen- gegen die emanzipatorischen Gesellschaften, so sah es die DDR, stünden edle Soldaten elenden Söldnern gegenüber; „*Helden an der unsichtbaren Front*", edle „*Aufklärer*", müssten sich mit den niederträchtigen Spionen des Imperialismus messen. Gerade dort, wo der Hinweis auf die jeweils eigene Nationalität nicht mehr genügt (wie im geteilten Deutschland), liegt es nahe, eine welthistorische Mission in Anspruch zu nehmen. „*Für uns*" – soll Meisterspion Richard Sorge für sich und seine „Ramsay"-Mitstreiter reklamiert haben – „*trifft der Sinn, der dem Wort Spion gewöhnlich unterlegt wird, überhaupt nicht zu*".[18]

Abb. 38 *– Rudolf-Iwanowitsch-Abel-Medaille des Ministeriums für Staatssicherheit in Silber. Am 10. Februar 1962 wurde Abel auf der berühmt gewordenen Glienicker Brücke bei Potsdam, an der Grenze zwischen DDR und West-Berlin, gegen den CIA-Aufklärungspiloten Francis Powers ausgetauscht.*

Es hätte zur öffentlich-offiziellen Rechtfertigung der DDR-Spionage und für die Motivation der offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter des MfS gewiss ausgereicht, einen Heldenkult um jenen Meisterspion des Zweiten Weltkriegs, Richard Sorge, und um die Widerstands- und Spionagegruppe „Rote Kapelle“ um Harro Schulze-Boysen herum zu veranstalten. Aber der SED-Staat hat Wert darauf gelegt, seine Staatssicherheit vor allem in die Tradition der von Feliks Dzierzynski begründeten sowjetischen Tscheka zu stellen, mit deren Namen Willkürherrschaft, Konzentrationslager, ja Massenhinrichtungen verknüpft sind und die – zusammen mit der Gestapo und dem damit zusammenhängenden Repressionsapparat des NS-Staates in die Kategorie „Totalitarismus“ gehört – gekennzeichnet durch „Staaten im Staate“, allseitige Überwachung im Rahmen des technisch Möglichen, Gesinnungsschnüffelei, Feindbildpflege, Hexenprozess-Logik, Folter.

Dem Ideal des Tschekisten entsprachen politisch linientreue, rücksichtslos-dezisionistische oder diszipliniert-gewissensarme Tatmenschen, Apparatschiks wie Draufgänger, mit äußerer oder innerer Uniform, äußerstenfalls gewaltbereit. In der DDR wurden tschekistische Tugenden und Verdienste explizit gefordert und gewürdigt, Rolf Grunert und Johannes Koppe nahmen als erfahrene Tschekisten an Fortbildungsveranstaltungen für den MfS-Nachwuchs teil. Rolf Grunert wurde unter anderem für seine „*standhafte Haltung vor den BRD-Untersuchungs- und Justizorganen*" ausgezeichnet. Kurt Wand sen. blieb dem Kommunismus sowjetischer Prägung ein Leben lang treu, Karlfranz Schmidt-Wittmack übernahm in der DDR nach seinem Rückzug aus dem „Operationsgebiet" 1954 wichtige staatliche Aufgaben.

Tschekistische Persönlichkeit und tschekistisches Feindbild

Das tschekistische Feindbild ist eine spezifische Erscheinungsform des auf der marxistisch-leninistischen Analyse des Klassenkampfes und der der Arbeiterklasse und dem Sozialismus antagonistisch gegenüberstehenden feindlichen Klassenkräfte beruhenden wissenschaftlichen Feindbildes der Arbeiterklasse. Es […] wird spezifisch geprägt durch die im konspirativen Kampf gegen den subversiven Feind gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse. Als immanenter Bestandteil der Ideologie und des moralischen Wertsysterns gehört das wissenschaftlich begründete, reale und aktuelle F. zu den wesentlich charakteristischen Merkmalen der tschekistischen Persönlichkeit.

Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit. Potsdam 1985.

+++

„Meinetwegen roter Terrorist"

Feliks Edmondowitsch Dzierzynski, nach einer Fotografie 1919.
Sekundenbild, hier auf den Stuhl gezwungen,
die Muskeln schon zum Aufsteh'n sprungbereit,
ein Lächeln wäre sicher auch gelungen,
„ich lächle kaum, sagt er, in dieser Zeit,
in der ich Jakobiner sein muss, Richter,
ja meinetwegen roter Terrorist"

Helden an der unsichtbaren Front. Tschekisten singen, rezitieren und musizieren. CD. Kleinmachnow 1999, Titel 18.

Nach der Wende war das Tschekisten-Etikett nicht mehr zur Imagepflege geeignet, und auch die Interessenverbände ehemaliger MfS-Mitarbeiter haben es nicht für opportun gehalten, an Feliks Dzierzynski zu erinnern.

In der zweiten Legitimations-Formel, die die DDR für ihre Spione verwendet hat, „*Kundschafter des Friedens*“, hat der Anspruch, im Dienste des globalen Allgemeinwohls zu handeln, seinen wohl beredtesten und verführerischsten Ausdruck gewonnen. Spionage, so wurde und wird gutgläubigen Adressaten damit suggeriert, stehe im Dienste des internationalen Gleichgewichts, des Ausgleichs, von gefährlichen zwischenstaatlichen Informationsunterschieden, also letztlich einer Weltfriedensordnung. Doch galt das Gebot des „Friedens“ in der DDR – gemäß dem Lenin-Prinzip der Parteilichkeit – nie in einem neutralen, dem Ideal der Objektivität, des Ausgleichs verpflichteten Sinne, sondern war stets verknüpft mit den Standpunkten des Klassenbewusstseins, des antiimperialistischen Kampfes, des Kommunismus Moskauer Lesart.

Mag auch der Begriff des Tschekisten eher auf die im eigenen Land tätigen Staatsdiener verwandt worden sein, das Etikett des Kundschafters eher für die im „Operationsgebiet“ agierenden – eine konsequente sprachliche Trennung wurde nicht vorgenommen. Tschekismus war die umfassendere Kategorie, schloss Kundschafter mit ein: Diesen wurde eine tschekistische Persönlichkeit zugeschrieben, sie agierten angeblich oder tatsächlich auf der Grundlage eines tschekistischen Feindbilds. Dzierzynski war dieser Logik nach kein Kundschafter, aber selbstverständlich ein Freund des – recht verstandenen – Friedens; Koppe und Grunert galten als Kundschafter und wurden für tschekistische Verdienste gewürdigt, während Ruth Polte und Arved Rüden zwar – eher routinemäßig – eine Auszeichnung „*für langjährige Verdienste beim Aufbau des Sozialismus und bei der Stärkung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik*“ erhalten haben, aber als echte Tschekisten, als heldenhafte „*Kämpfer an der unsichtbaren Front*“ nicht ohne weiteres gegolten haben dürften.

Abb. 39 *– Das harmoniebetonende Postwertzeichen von 1984 mit dem traditionsreichen Taubensymbol signalisierte die Friedensliebe der Arbeiter- und Bauernmacht, aber das Friedensgesetz von 1950 mit seinen wenig friedlichen Formulierungen ist nie modifiziert worden.*

Gesetz zum Schutze des Friedens der Deutschen Demokratischen Republik vom 15. Dezember 1950

– Auszüge –

Die aggressive Politik der imperialistischen Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die auf ein neues Weltgemetzel hinzielt, droht das deutsche Volk in einen mörderischen Bruderkrieg zu verstricken. Die Remilitarisierung Westdeutschlands, die Bestrebungen zur Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Imperialismus stellen eine große Gefahr für die Existenz und Zukunft der deutschen Nation und für den Frieden und die Sicherheit Europas dar. Nur auf dem Wege der Demokratie und des Friedens kann die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands erreicht und gesichert werden. […]

Die Kriegspropaganda der anglo-amerikanischen Imperialisten und ihrer Helfershelfer stellt eine ernste Gefährdung für den europäischen Frieden und für die Freundschaft des deutschen Volkes mit allen friedliebenden Völkern dar.

Die Kriegspropaganda, unter welchen Formen auch immer sie sich vollziehen möge, ist eines der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Volkskammer beschließt darum in Übereinstimmung mit den Artikeln 5 und 6 der Verfassung dieses „Gesetz zum Schutze des Friedens".

§ 1. Wer andere Völker oder Rassen schmäht, gegen sie hetzt, zum Boykott gegen sie auffordert, um die friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern zu stören und das deutsche Volk in einen neuen Krieg zu verwickeln, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft. […]

§ 3. (1) **Wer die Wiederaufrichtung des aggressiven deutschen Militarismus und Imperialismus oder die Einbeziehung Deutschlands in einen aggressiven Militärblock propagiert, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.**

§ 6. (1) In besonders schweren Fällen von Verstößen gegen die §§ 1 bis 5 dieses Gesetzes ist die Strafe Zuchthaus nicht unter 5 Jahren oder lebenslängliches Zuchthaus.

(2) **Ein besonders schwerer Fall liegt insbesondere vor, wenn die Tat in direktem Auftrag von Staaten, deren Dienststellen oder Agenturen begangen wird, welche Kriegshetze oder eine aggressive Politik gegen friedliche Völker betreiben. In solchen Fällen kann auch auf Todesstrafe erkannt werden.**

http://www.verfassungen.de/de/ddr/friedensgesetz50.htm[19]

Einen Begriff „Weltfrieden", der in Ost und West in gleicher Weise verstanden werden kann, gibt es im Rahmen derzeitiger internationaler Beziehungen nicht.

Klaus D. Kernig: Frieden. In: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Bd. 2. Freiburg u.a. 1968, Sp. 735.

Der Duktus des 1950 formulierten, auch nach dem deutsch-deutschen Grundlagenvertrag von 1972 nicht etwa modifizierten DDR-Friedensgesetzes macht deutlich: Der Weltfrieden konnte nach der (echten oder gespielten) Überzeugung der politischen Klasse in der DDR nur unter kommunistischem Vorzeichen verwirklicht werden – gegen eine fortwährende, mal latente, mal aktuelle Aggression des westlich-kapitalistischen Imperialismus. Welcher Friedensbegriff sollte dem Leitbild „*Kundschafter im Dienste des Friedens*" zugrunde gelegt worden sein, wenn nicht der des einschlägigen Gesetzes?

Auf der anderen Seite ist der west- und später gesamtdeutsche Bundesnachrichtendienst zumindest zu feierlichen Anlässen gleichfalls von der Staatsspitze ob seiner Verdienste um den Frieden gelobt worden, und auch solchen Redensarten liegt zum einen die Überzeugung zugrunde, dass Frieden nicht von der eigenen Seite gefährdet sei, sondern von der jeweils anderen, zum anderen, dass Geheimdienste nicht nur ein an und für sich neutrales Instrument irgendeiner Politik darstellen, nicht nur für ihr instrumentenhaftes Funktionieren Lob verdienten, sondern auch dafür, dass sie von echter politischer Motivation im Sinne eines politischen Programms beseelt seien.

Ein Staat kann auf den Gebrauch des naheliegenden Euphemisnus „*Kundschafter des Friedens*" verzichten, aber wenn er davon Gebrauch macht, wird genau diese Logik betont: Staat (A), zu dessen Gunsten die Spionage ins Werk gesetzt wird, müsse wissen, was im Staate (B), dem in puncto Frieden nicht getraut wird (oder, stärker ausgerückt, nicht zu trauen sei), vor sich gehe. Doch diese Logik ist nicht nur im Hinblick auf den jeweils verwandten Friedensbegriff anfechtbar.

Selbst wenn dem Staat (B) vonseiten von (A) mehr Defensivität denn Aggressivität zugetraut wird, kann Spionage immer noch dazu dienen, sich des Anhaltens der Defensivität zu versichern, aber auch deren Ursache zu ergründen: Ist eine friedliche Gesinnung dafür ausschlaggebend oder allein ein Ressourcendefizit, das dem Staate (B) eine Aggressionspolitik aus Opportunitätsgründen nicht ratsam erscheinen lässt? Wenn die Spione ihren Auftraggebern in (A) mitteilen, dass auf der anderen Seite (B) das besagte Ressourcendefizit herrsche, kann diese Nachricht der Ermunterung von Hardlinern dienen, die es möglicherweise auch in (A) gibt: Es lohne

sich, könnten die Hardliner dann geltend machen, (B) in seiner defizitären Lage mit einem Erstschlag zu überrumpeln, um hernach umso sicherer Frieden zu haben.

Letztendlich darf sich ein „*Kundschafter des Friedens*" nie sicher sein, tatsächlich etwas zur Herstellung oder Restauration von Gleichgewichtszuständen beitragen zu können. Geheimnisenthüllung bleibt zweischneidig, kann Gleichgewichte schaffen, aber auch zerstören. Ein „*Kundschafter des Friedens*" ist nicht allein am Werk, sondern nur einer von vielen. Die Informationslage zwischen zwei Staaten ist so komplex, die einwirkenden Faktoren so vielfältig, dass sich Prognosen hinsichtlich der Folgen einer bestimmten Vorgehensweise als so gut wie unmöglich erweisen.

Wenn im Zuge der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage das die Spionage organisierende Land (A) eigene Entwicklungskosten spart, gegenüber (B) die Rolle des Schmarotzers einnimmt, kann mittel- und langfristig eine besondere Art von Abhängigkeit von (B) entstehen, verbunden mit einem Defizit an eigener, fundierter Forschung von Anfang an, einer Forschung, die auf selbst gemachten Erkenntnissen beruht und auf eigenem Exzellenz-Personal.

In wessen Dienst steht der Kundschafter noch – abgesehen vom Frieden? Woher, von wem bezieht er seine Mission, sein materielles und ideelles Entgelt? Welche Rolle spielt der jeweilige Staat (A)? Politische Einzelkämpfer, denen es prinzipiell einerlei ist, welche Seite die Oberhand habe (sofern nur Frieden herrsche), mögen eine andere Logik des „*Kundschafter-im-Dienst-des-Friedens*"-Etiketts entwickeln. Der unabhängige, der Wechsel-„Kundschafter", agiert dann mal für die eine, mal für die andere Seite; er versucht, im Dienst eines übergeordneten Gemeinwohlkonzepts ein Informationsgleichgewicht herzustellen. Wenn es eine schwächere Seite gibt, ergreift er ihre Partei, wäre aber im Falle einer Gleichgewichtsverschiebung aus den genannten übergeordneten Gründen bereit, die Seite zu wechseln. Solcherart Akteure gehören aber wohl eher dem Reich der Phantasien an als der Realität.

Der politische Einzelkämpfer, der brisante Geheimnisse erfahren oder ausgekundschaftet hat, wird möglicherweise besser daran tun, sich als *Whist-*

leblower an eine nationale oder Weltöffentlichkeit zu wenden. *Whistleblower* wie Edward Snowden können für sich häufig in Anspruch nehmen, weder die eine noch die andere Seite begünstigen oder benachteiligen, sondern nur zu globaler Transparenz beitragen zu wollen. Sofern sie nicht – wie von der jeweils benachteiligten Seite meist geargwöhnt wird – klammheimlich im Dienst der Gegenseite stehen, dann können sich solche Akteure ganz glaubhaft als im Dienst eines Ideals bezeichnen, also als Idealisten. Wo Pressefreiheit herrscht, haben solche Idealisten gesteigerte Chancen, mit dem Gesetz nicht in Konflikt zu geraten. Wo eine unabhängige Justiz am Werk ist, die sich nicht als verlängerten Arm der Exekutive versteht, haben *Whistleblower*, ja sogar Spione (wie Dieter Popp), gelegentlich sogar eine Chance, mildes und milderndes Verständnis für ihr tatsächliches oder angebliches Friedensengagement zu finden.

Dieter Popp, seine *Initiativgruppe Kundschafter des Friedens fordern Recht* und die im Umkreis tätigen ehemaligen „Aufklärer" spielen argumentatorisch mit den unterschiedlichen Friedensbegriffen und Logik-Varianten – nach Opportunitätserwägungen. Letzten Endes ist von ihnen aber mehr oder weniger deutlich zu hören, im Kalten Krieg sei die Gefahr eindeutig und einseitig von der NATO ausgegangen, und der Vorwurf, es habe sich bei der DDR um eine Diktatur gehandelt, sei unscharf und übertrieben.

Doch finden diesbezügliche Diskussionen wohl nie ein Ende: Ein „*Kundschafter im Dienst des Friedens*" kann von sich, seinen Ansichten und dem von ihm begünstigten Staat behaupten, Ideal und Realität fielen genau hier zusammen. Es gebe im „*Wettkampf der Systeme*" tatsächlich, nachweislich, eine dem Frieden dienende Seite, die sich der friedensfeindlichen Gegenseite erwehren müsse. Wer den Grundwerten der „westlichen", „liberal-demokratischen", „pluralistischen" politischen Ordnungen anhängt, wird zu dem Standpunkt neigen, ein Vergleich „Bundesrepublik-DDR" zeige hinreichend viele Indizien für ein Urteil darüber, in wessen Dienste sich ein Mensch, der sich zur Zeit des Kalten Kriegs als Friedenskundschafter betätigen wollte, denn habe stellen sollen. Doch gehören zu den genannten Grundwerten auch gewissermaßen philosophische Tugenden wie „Bereitschaft zur Selbstkritik", „Einsicht in die eigene Fehlbarkeit" etc.: Die These, dass von liberal-demokratisch-pluralistisch geordneten Staatswesen vergleichsweise weniger Kriegsgefahr ausgehe als von Dikta-

turen, erscheint vor dem Hintergrund zahlreicher Geschehnisse plausibel, ist aber – bedauerlicherweise – kein „Gesetz“ (wie von derartigen „Gesetzen“ im Marxismus-Leninismus die Rede war und ist).

Ursprüngliches Selbstverständnis und spätere Selbstdarstellung

Haben die zehn hier präsentierten Hamburger Politiker-Spione der östlichen Friedensversion eher Glauben geschenkt als der westlichen? Hat dieser Gesichtspunkt überhaupt für sie eine Rolle gespielt – ursprünglich wohlgemerkt, vor dem Ende ihrer *Geheimdienstlichen Agententätigkeit*? Schmidt-Wittmack hat die Gefahr einer westlichen Aggression beschworen – in Ostberlin, vor der Weltpresse, aber in der gegebenen Situation blieb ihm kaum eine Alternative. Er mag aber auch vorher bereits der Meinung gewesen sein, deutsche Einheit und europäischer Frieden werde von der Sowjetunion und der DDR stärker gefördert als vom Westen. Bei Kurt Willi Wand sen. sind wir hier auf Indizien und Vermutungen angewiesen.

Johannes Koppe, ebenso wie die beiden Erstgenannten einem westdeutschen Gerichtsurteil entgangen, 1979 in die DDR gewechselt, hat sich nach der Wende als „*Kundschafter für den Frieden*“ deklariert und damit fortgesetzt, was ihm in der DDR zuvor schon zur Natur geworden war. Ob Koppe vertieft über Friedenspolitik reflektiert hat, kann nur vermutet werden, denn seine Erinnerungen geben hier keine Auskunft. Jedenfalls hat er ein auf das MfS bezogene „Wirgefühl“ bewahrt: „*Ich wollte im Leben etwas leisten, das Bestand hat und über den rein individuellen Erfolg hinausweist. Ich konnte mich als Teil einer solidarischen Bewegung fühlen, die die Welt zu einem besseren Ort machen wollte. Die Arbeit für die HV A war zudem für mich eine Möglichkeit, lernend an meine individuellen Grenzen zu gehen, denn ich war Mitarbeiter eines der erfolgreichsten Nachrichtendienste der Welt. Das war so, als sei man Schüler in der Meisterklasse eines großen Malers. Wem wird im Leben schon eine solche Chance zur Entfaltung seiner Talente geboten? Ich bin mit mir im Reinen.*“

Wer, wie die restlichen sieben Protagonisten, gerichtlich verurteilt, teils auch in der Öffentlichkeit bloßgestellt worden ist, hat nicht selten bis zum

Lebensende damit zu tun, für dieses Geschehnis einen argumentativ passenden oder auch nur seelisch verkraftbaren Platz im Lebenslauf zu finden. Die Reihe der üblicherweise angestellten Argumentationsversuche scheint aus zwei Grundfiguren ableitbar:

- Das Urteil wird nicht akzeptiert, vielmehr als ungerecht, der Verurteilte als Opfer dargestellt;
- das Urteil wird – rein juristisch – akzeptiert, aber es werden ihm Verdienste des Verurteilten an die Seite gestellt, die es in seiner Eigenschaft als „dunkler Punkt" relativieren.

Flankierend können in beiden Fällen kritische Äußerungen über das politische und Rechtssystem des zuvor ausspionierten Staatswesens angefügt werden.

Gaßmann und Grunert haben das über sie gesprochene Urteil abgelehnt, Gaßmann, weil letztendlich nur Indizien gegen ihn gesprochen hätten, Grunert in zweierlei, aufeinander folgender Weise: Bis zu seinem Wechsel in die DDR hat er eine Schuld verneint, hernach sich darüber mokiert, dass es dem HOLG auch bei ihm nur gelungen sei, ein Indizienurteil zu fällen, und wie ungeschickt, teilweise fehlerhaft, die Ermittler und Richter dabei vorgegangen wären.

Vier der fünf nach der Wende aufgeflogenen Spione – Jaeger, Polte, Rüden, Wand jun. – haben offenbar nichts unternommen, sich politisch zu rechtfertigen – weder mit dem Topos des „*Kundschafters für den Frieden*" noch mit sonst irgend einem.[20]

Gerd Löffler hingegen hat weder aufgehört, sich über die Umstände von Inhaftierung und Prozess zu beklagen, noch hat er der Versuchung widerstanden, sich als Kämpfer für die Verhinderung eines dritten Weltkriegs zu stilisieren, bei zunehmendem Zeitabstand ersichtlich mit gesteigertem Nachdruck. Es war ihm offenbar ein Bedürfnis, sich von der Initiative „*Kundschafter des Friedens fordern Recht*" psychologisch auffangen zu lassen.

Bevor diese und andere Differenzierungen an den zehn für Ausstellung und Begleitband ausgewählten Protagonisten vorgenommen werden (in zehn „Dossiers"), folgt aber erst einmal eine ausführliche Übersicht über den Ablauf der Geschehnisse – beginnend mit dem Ende des Ersten Weltkriegs, endend in der unmittelbaren Gegenwart.

Fazit

Im Hinblick auf die hier präsentierten zehn Hamburger Politiker-Spione bleibt zunächst – speziell auch im Hinblick auf die weitere Lektüre – vor allem festzuhalten:

1. Spionage kann in Praxis und Theorie als integrierender Bestandteil der Politik oder aber Fortsetzung der Politik (des politischen Handelns) „mit anderen Mitteln" verstanden werden.

2. Als politische Akteure kommen Staaten (Staatsapparate), Organisationen (Verbände, Unternehmen; GOs, NGOs) und Individuen in Betracht.

3. Die „anderen Mittel", mit denen politisches Handeln im Falle der Spionage vollführt oder fortgesetzt wird, stehen für Staatsapparate in einer gewissen Bandbreite zur Verfügung; völkerrechtlich spricht nichts gegen Spionage, einiges allerdings gegen die Aktionen von Agenten (Sabotage etc.); völkerrechtlich anerkannt sind demgegenüber jeweils nationale Antispionage-Rechtsnormen.

4. Der klassische Spion ist nicht der ordentliche Angestellte einer Geheimdienstbehörde, der seinem Job an einem Schreibtisch in der Hauptstadt von (A) ausübt (Spion-Klasse 1, sofern hier sinnvoll von Spionage die Rede sein sollte); der klassische Spion ist der im Operationsgebiet, auf dem Boden der „fremden Macht" tätige Späher mit der Staatsbürgerschaft des entsendenden Staates (A) – Spion-Klasse 2; oder aber der Informant (im Sinne des Modells, Abb. 20) mit Staatsbürgerschaft des ausgespähten Staates (B) – Spion-Klasse 3.

5. Anti-Spionage-Normen in einem potentiell oder aktuell ausspionierten Land (B) richten sich auf die Angehörigen der Spion-Klasse 2 und – vor allem – auf eigene Staatsangehörige, die der unter dem Aspekt des Risikos am wenigsten komfortablen Spion-Klasse 3 Platz nehmen. Der konkurrierende Staat (A), der diese Späher und Informanten benutzt, profitiert von seiner Souveränität und Staatenimmunität, erleidet im Falle einer Enttarnung seiner spionierenden Mitarbeiter höchstens einen Imageschaden.

6. Das unmittelbare, persönliche, gar existenzielle Risiko der Spionageaktionen liegt bei den einzelnen Akteuren an der Frontline, den Mitgliedern der Gruppen 2 und 3. Einmal enttarnt, fallen sie der nationalen Rechtsprechung anheim, können höchstens im Einzelfall auf eine politische Lösung hoffen (Austausch), insbesondere dann, wenn sie Staatsbürger des die Spionage organisierenden Staates (A) sind, also der Spion-Klasse 2 angehören.

7. Nicht selten führt die Enttarnung eines Spions der Klasse 3, also eines Spions, der Bürger des ausgespähten Landes (B) ist und dort seinen Lebensmittelpunkt hat, zur partiellen Existenzvernichtung: Das soziale Umfeld kann sich abwenden, bei Politikern inklusive der „politischen Heimat"; eine weitere Berufstätigkeit kann auf schier unüberwindbare Hindernisse stoßen; mag sich die Länge einer einschlägigen Haftstrafe auch nur als mittelschwer darstellen – hernach droht Perspektivlosigkeit.

8. Ein Äquivalent für dies stets drohende, immer einmal sich auch verwirklichende Risiko ist nicht ohne weiteres auszumachen. Häufig soll Spionage einem zu Recht oder zu Unrecht verspürten Defizit abhelfen; doch der Genuss von Zuwächsen an Macht, Geld und Prestige, möglicherweise auch Liebe und Nervenkitzel, wird nicht selten durch andere Einbußen wieder reduziert, wie sie sich aus einer partiell konspirativen Lebensführung ergeben können; auch dauert dieser Genuss häufig nicht allzu lange. Das Bewusstsein, sich in den Dienst übergeordneter Menschheitsinteressen zu stellen, verspricht zwar eine ideelle Genugtuung, aber häufig fällt dieses Bewusstsein ideologisch aus – ideologisch im Sinne eines Selbstbetrugs, der das Risiko birgt, eines Tages durchschaut zu werden.

9. Wenn diese Täter (der Spion-Gruppe 3) – einmal zur Verantwortung gezogen – als mildernden Umstand geltend machen, für sie persönlich sei Spionage ebenso wie für den aufttraggebenden Staat (A) ein Stück Politik oder eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, beispielsweise der Friedenspolitik, die sie sich zurechtgelegt hätten, dann können sie sich – im Sinne des demokratischen Prinzips – der Frage nach ihrer politischen Legitimation ausgesetzt sehen: In wessen Namen hätten sie gehandelt, aufgrund welchen Mandats? Warum sind sie nicht auf eine zulässige Weise politisch aktiv geworden – sofern die Möglichkeit dazu gegeben war?

10. Wenn die Täter der Spion-Gruppe 3 erwidern, sie hätten im Namen großer Prinzipien gegen Gesetze „ihres" Staates (B) verstoßen, auf dessen Gebiet sie ihren Lebensmittelpunkt haben; sie hätten zugunsten von Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit etc. ohne ein ihnen von dazu legitimierten Menschen auf formal anerkennte Weise erteiltes Mandat gehandelt, dann bleibt ihnen nur noch die Forderung nach einem rechtstaatlichen Verfahren und ein „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!" Vielleicht gelten sie in Gegenwart und Zukunft als moralischer Sieger, vielleicht erhalten sie später von einer dankbaren Nachwelt ein Denkmal gewidmet, vielleicht auch nicht.

11. Ob mit der unter solch hohem Risiko betriebenen Spionage gesellschaftlicher, ja weltweiter Nutzen vermehrt, Schaden verringert werden kann, liegt nicht in der Hand der Spione. Was mit ihren Informationen geschieht, bestimmen andere.

12. Die zehn Hamburger Politiker-Spione, die zum Gegenstand von Ausstellung und Begleitband gemacht worden sind, können sehr konkret zum Nachdenken darüber anregen, ob und unter welchen Umständen sich Spionage für die Angehörigen der wenig komfortablen Spion-Klasse 3 zu lohnen vermag.

Anmerkungen

1 *Vgl. zu Eventografie und Anthropografie Helmut Stubbe da Luz: Exemplare des Homo occupans napoleoniensis. Zeugnisse französischer Akteure aus Hamburgs intensivster Besatzungszeit (1811–1814). In Ders. (u. Mitarbeit v. Swantje Naumann): Die französischen Besatzer in Hamburg. Zeugnisse zu den Jahren 1811–1814. Mit Fotografien von Reinhard Scheiblich. Begleitband zur Ausstellung in der Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität, 24. April – 30. Juni 2013. Hg. v. der Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität. Hamburg 2013, S. 27–97.*

2 *Vgl. https://www.generalbundesanwalt.de/de/spionage.php, 15. Aug. 2015.*

3 *Das grammatikalisch und logisch finale „um zu" ist hier unter der Voraussetzung am Platz, dass den gegnerischen Geheimdiensten eine Übervorteilung des Staates der Bundesrepublik unterstellt wird – zweifellos legitim. Aus Sicht der Spione wäre eine konsekutivische Konstruktion („mit der Folge, dass…") günstiger, denn dann könnten sie nur im Falle einer nachgewiesenen Benachteiligung verurteilt werden.*

4 *„Gegen die Bundesrepublik Deutschland" heißt hier – „gegen den Staat der Bundesrepublik Deutschland nach dessen Auffassung"; manche Spione reklamieren für sich, keineswegs „gegen" eine bestimmte Gesellschaft zu arbeiten, im Gegenteil. Hier wird der Unterschied zwischen einem „Staatsschutz"-Delikt deutlich und einem „Gesellschaftsschutz"-Delikt (dieser Begriff existiert in der juristischen Fachsprache nicht).*

5 *HOLG. 3. Strafsenat. Beschluss in der Strafvollstreckungssache 3 StE 7/91 – 2(2) v. 11. Aug. 1995 (Privatarchive Löffler, Schulenberg).*

6 *Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999.*

7 *Karl Deuter: Primel vergeht nicht. Kundschafters Klage: Die Westspione der DDR wollen geliebt sein. In: K.West. Das Kulturmagazin des Westens 10/2009 (http://www.kulturwest.de/kulturgeschichte/detailseite/artikel/primel-vergeht-nicht, 27. Juni 2015).*

8 *Helmut Ridder: Die deutsch-deutsche Spionage im Okular der westdeutschen Deutschland-Jurisprudenz. Bonn 1996.*

9 *(Spion & Spion; Spy vs. Spy, als Brettspiel 1986, neuerdings auch als Computerspiel; Produktbeschreibung des Herstellers: „Die Spione sind voll in ihrem Element. Mit Tricks und Täuschungsmanövern machen sie sich in diesem rasanten und verrückten Actionspiel gegenseitig das Leben schwer. Deine Mission: Die gegnerischen Spione auszutricksen, um streng geheime Informationen zu erlangen – doch pass auf, dass du ihnen dabei nicht auf den Leim gehst!" (http://www.amazon.de/EastEntertainment-Spion-vs/dp/B0007ZB4JY, 13. Aug. 2015).*

10 *Das waren noch Zeiten. Ein agenturischer Mitarbeiter zwischen den Elbmetropolen. In: Die Militäraufklärung der NVA. Ehemalige Aufklärer berichten. Im Zentrum und im Einsatz. Hg. v. Bernd Biedermann / Harry Schreyer / Bodo Wegmann. Berlin 2007, S. 157–162.*

11 *Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger. In: Die Zeit v. 19. Juni 1992 („Wo bleibt der politische Wille des Volkes?").*

12 *Vgl. u.a. die Antikorruptionsseite des Landes Brandenburg (http://www.antikorruption.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=bb1.c.181646.de, 1. Aug. 2015).*

13 *Vgl. die Internsetseite des Berliner Innenministeriums (http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Sicherheit/Kriminalitaetsbekaempfung/Politisch-motivierte-Kriminalitaet/politisch-motivierte-kriminalitaet_node.html, 1. April 2015).*

14 *Gerd Löffler und sein Ex-Führungsoffizier Hartmut Eisenschmidt haben später beide von gegenseitiger Freundschaft gesprochen, vgl. Wolfgang Schulenberg: „Top-Spion" oder Opfer der deutsch-deutschen Wiedervereinigung? Der Abgeordnete Gerd Löffler zwischen DDR-Geheimdienst und Hamburger CDU. Frankfurt am Main 2014, S. 103; doch obgleich gewiss auch Eisenschmidt dienstlich an Löffler interessiert war, konnte von Ebenbürtigkeit, wie sie wohl als Voraussetzung für echte Freundschaft gelten muss, kaum die Rede sein. – Vgl. auch Rolf Grunert: Der Kriminalkommissar. Biografie. Berlin 2003, z.B. S. 177, 211, wo sein erster Führungsoffizier (alias „Lange") als „mein väterlicher Freund in der DDR" bezeichnet wird.*

15 *Ebd., S. 178.*

16 *Ebd., S. 238.*

17 *Rudolf Iwanowitsch Abel (1903–1971) hat vor allem auch US-amerikanische Atomgeheimnisse an die UDSSR verraten. Das MfS verlieh nach seinem Tod die hier abgebildete Medaille mit der Aufschrift „Dr. h.c. Rudolf Iwanowitsch Abel 1903–1971 – Kundschafter kämpfen als Internationalisten", ferner auch solche zu Richard Sorge und Harro Schulze-Boysen. Der Abel-„Stoff" ist in dem Roman „Es muss nicht immer Kaviar sein" verarbeitet worden (Johannes Mario Simmel, 1960).*

18 *Zit n. Rainer Funke: Kundschafter im Dienst des Friedens. Hg. v. Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 1987 (Tatsachen, Personen, Hintergründe. Dokumentation der Presseabteilung / Ministerium für Staatssicherheit), S. 16.*

19 *Vgl. dazu auch die Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands vom 26. Mai 1952 (http://www.documentarchiv.de/ddr/1952/demarkationslinie-schutz_vo.html, 1. Sept. 2015), erg. d. die Verordnung vom 9. Juni 1952 (GBl. S. 451), ihrerseits aufgehoben und ersetzt d. die Verordnung zum Schutze der Staatsgrenze vom 19. März 1964 (GBl. II. S. 255, http://www.verfassungen.de/de/ddr/grenzschutz64.htm, 1. Sept. 2015).*

20 *Auch Arved Rüden hat erkennbar keine Zuflucht bei diesem Epitheton gesucht, wenn der Journalist Kai von Appen auch publikumswirksam titelte: „Bewährung für den ‚Kundschafter des Friedens'?" (in: taz v. 6. April 1995).*

21 *Ridder, Spionage (wie Anm. 8), S. 21. Den Begriff des Spions auf diese Staatsdiener anzuwenden, dürfte allerdings eher verwirrend sein denn Klarheit schaffen. Ridders „Drei-Klassen"-Bild bietet sich insgesamt zur eindrücklichen Unterscheidung aber durchaus an.*

Teil C

Zeittafel
Revolutionäres Tschekistentum – kommunistischer Untergrund – DDR-Spionage: Hamburger und überregionale Geschehnisse seit 1917

Zeittafel
Revolutionäres Tschekistentum – kommunistischer Untergrund – DDR-Spionage: Hamburger und überregionale Geschehnisse seit 1917

Hamburg ist eine im globalen Maßstab erfolgreiche Hafenstadt, eine einflussreiche Metropole, ein bundesrepublikanisches Stadtstaatswesen auf zumindest protokollarischer Augenhöhe mit Bayern, Nordrhein-Westfalen oder Sachsen. Aber gegenüber den wohl meisten umfangreicheren Entwicklungsprozessen ist Hamburg doch (noch eher als die letztgenannten Flächenstaatswesen) Objekt als mitgestaltendes Subjekt. Krieg und Frieden werden hier nicht entschieden, hervorgerufen, maßgeblich geführt oder gestaltet; allerlei Konjunkturschwankungen, gar Wirtschaftskrisen, pflegt die urbane Gesellschaft an Elbe und Alster ebenso ausgesetzt zu sein wie Migrationswellen, ideologischen Strömungen oder Regimewechseln. Spätestens seit den Jahrzehnten von „Revolution und Restauration" (1789–1815) ist Hamburg als Drehscheibe von Nachrichten, als Sitz von Behörden und Konsulaten, als Wirtschafts- und Technologiestandort, ein Tummelplatz von Spionen unterschiedlicher „*fremder Mächte*".

Die Art und Weise, wie sich der Kalte Krieg auf Hamburg ausgewirkt hat, ist erst unzureichend erforscht. Unter dem Aspekt der Rekonstruktion der geheimdienstlichen DDR-Aktivitäten hier scheint es angebracht, die Betrachtung erheblich früher beginnen zu lassen – bei der russischen Oktoberrevolution 1917 und der deutschen Novemberrevolution 1918, namentlich mit Elementen der Geschichte der Kommunistischen Parteien in Russland, Deutschland und ganz Europa.

Vor nunmehr fast hundert Jahren begann in Petrograd die bolschewistische Tscheka ihre „Säuberungs"-Arbeit gegenüber „*Konterrevolutionären*" und „*Reaktionären*". In Deutschland wurde die Kommunistische Partei am

30. Dezember 1918 gegründet. Erheblich stärker als die SPD, die sich im Wilhelminischen Reich gegen Bismarcks „Sozialistengesetze" hatte behaupten müssen, war die im Laufe des Ersten Weltkriegs schrittweise von der SPD abgespaltene KPD von konspirativen Verhaltensmustern geprägt: Ihre revolutionären, teils putschistischen Bestrebungen konnten von keinem Staatsapparat hingenommen werden.

Der ab 1919 gebildete, in die Kommunistische Internationale (Komintern) eingebunden KPD-Abwehrapparat (auch Militär- oder Nachrichtenapparat genannt), in der NS-Zeit (1937) im Pariser Exil maßgeblich von Walter Ulbricht aufgelöst, wurde 1945 in Ostberlin und von Ostberlin aus wiederbelebt – ebenfalls unter Führung von Ulbricht. Unter anderem aus diesem Apparat ging bis Anfang der 1950er Jahre schrittweise die Hauptverwaltung A im DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hervor. Ausdrücklich kultivierte das MfS die „*tschekistische*" Tradition, namentlich die Erinnerung an den ersten Tscheka-Chef Feliks Dzierzynski. Die Tscheka war zwar 1922 symbolisch abgewickelt (ihr Aufgabenbereich zugleich der GPU übertragen) worden, weil selbst Lenin es für klug hielt, ein Ende des Roten Terrors zumindest zu signalisieren. Die Bezeichnung *Tschekisten* blieb gleichwohl erhalten und stieg zum Ehrennamen für sowjetische und DDR-Geheimdienstler auf.

Es war der vom totalitären NS-Staat begonnene, mit gigantischem Völkermord verbundene Zweite Weltkrieg, der zur Teilung Deutschlands in Bundesrepublik und DDR führte, und zu seinen Folgen gehörte auch die Installation des autoritär bis totalitären SED-Staates in Ostberlin. Die Spionage erlebte in den folgenden Jahrzehnten just im geteilten Deutschland eine Blütezeit, und zwar auf beiden Seiten.

Die 1949 aus der Sowjetischen Besatzungszone gebildete DDR huldigte neben Dzierzynski vor allem Richard Sorge, der sich in den 1920er Jahren vorübergehend auch in Hamburg als kommunistischer Politiker betätigt hatte und 1944 als Sowjetspion in Japan hingerichtet worden war, ferner zumindest einigen der Aktivisten jener Widerstands- und Spionagegruppen, die von NS-Seite – bei besonderer Betonung der Spionagetätigkeit – unter der Bezeichnung „*Rote Kapelle*" zusammengefasst worden waren (Harro Schulze-Boysen, Arvid Harnack, Ilse Stöbe u.a.).

Von den beiden deutschen Staaten, die 1949 gebildet wurden, hatte der ostdeutsche aufgrund seiner kommunistischen Vergangenheit in puncto Untergrundarbeit einen Vorsprung. Die in der US-Zone unter der Schirmherrschaft der CIA gebildete Organisation Gehlen, der Kern des späteren Bundesnachrichtendienstes (BND) war freilich um einen Gleichstand bemüht und dabei in der Auswahl des Personals unter politischem Aspekt nicht wählerisch: Zahlreiche Wehrmachtsoffiziere waren hier tätig, weil Gehlen zuvor Leiter der Generalstabsabteilung Fremde Heere Ost gewesen war, ferner eine ganze Reihe ehemaliger NS-Funktionäre.

Abb. 40 – *Der Name Feliks Dzierzynskis ist mit Konzentrationslagern, Massenverhaftungen, ja -exekutionen verbunden, aber der SED-Staat war in der Wahl seiner Vorbilder nicht immer zimperlich und veranstaltete einen regelrechten Kult um Dzierzynski, u. a. mit einem Briefmarkenblock. Insbesondere auch für die Jugend erschienen erbaulich-heroische Histörchen über den Ur-Tschekisten.*

„Sozialistische Kundschaftertätigkeit als spezifische Form des Klassenkampfes“

… wesentlicher Bestandteil des politisch-ideologischen Kampfes, mit dem die Eine wesentliche Seite der Arbeit des MfS ist die sozialistische Kundschaftertätigkeit als spezifische Form des Klassenkampfes gegen den Imperialismus und andere reaktionäre Kräfte außerhalb der Grenzen der DDR.

Mit der sozialistischen Kundschaftertätigkeit setzt das MfS erfolgreich die revolutionären Traditionen des roten Sicherheitsdienstes der revolutionären deutschen Sozialdemokratie, der Aufklärungs- und Abwehrorgane der KPD und solcher deutscher Patrioten wie Dr. Richard Sorge, Arvid Harnack, Harro Schulze-Boysen, Ilse Stöbe und anderer Antifaschisten fort, die als Kämpfer an der unsichtbaren Front einen bedeutenden Beitrag zum Sieg der Sowjetunion und der Völker der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen Faschismus leisteten.

1. Kommentar zur Richtlinie 2/79 des Genossen Minister [für Staatssicherheit] für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet, Mai 1980. In: Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2. Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1998, S. 514.

Abb. 41 *– Die von der Gestapo sogenannte Rote Kapelle – eine Gruppe von „Kämpfern gegen Faschismus und Krieg“ – stellte in der DDR ein Leitbild dar für „antiimperalistischen“ Widerstand und auch für Spionage. Schulze-Boysen war 1942 vom NS-Regime hingerichtet worden. Die DDR-Verehrung wurde u.a. durch eine Briefmarke (1942–1982) und durch eine Medaille des Ministeriums für Staatssicherheit zum Ausdruck gebracht.*

In der Bundesrepublik gehörte Hamburg zu den Schwerpunkten der von der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), dann ab 1949 von der DDR aus unternommenen konspirativen „*Feindbearbeitung*“ – zunächst in den unmittelbaren Nachkriegsjahren, aber dann auch bis zum Ende der deutschen Teilung und des Kalten Kriegs.

Die juristische Aufarbeitung war in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre abgeschlossen, die historische dauert an. Zu ihr gehört die Rekonstruktion der Aktivitäten von zehn Hamburger Politikern, die sich auf unterschiedlichen Feldern betätigten und dabei zugleich dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit zuarbeiteten, im Einzelfall auch der Militärischen Aufklärung der Nationalen Volksarmee der DDR (die ihrerseits vom MfS kontrolliert wurde).

Eine „*unterwanderte Republik*“ scheint Hamburg allein unter dem Aspekt der überschaubaren Zahl seiner auffällig gewordenen Politiker-Spione nicht gewesen zu sein. Dessen ungeachtet ergibt sich hier ein ergiebiger Zugang zu der *Undercover*-Dimension des Kalten-Kriegs-Themas insgesamt.

Nicht auszuschließen scheint, dass sich bei Analyse nunmehr auch der Masse der gerichtsnotorisch gewordenen Fälle (und eines späteren Tags aufgrund von Verfassungsschutzakten), vor allem aber unter Heranziehung der Dokumente der MfS-BV Rostock, noch weitergehende Erkenntnisse ergeben. Auch auf anderen Gebieten als dem der Spionage darf dies erwartet werden, nämlich im Hinblick auf die DDR-seitig finanzierten politischen Gruppierungen (DKP, MSB Spartakus), auf die getarnten DDR-Unternehmen, nicht zuletzt auf die dem westlicherseits verhängten Embargo (CoCom) zuwiderlaufenden deutsch-deutschen Handelsbeziehungen. Hat die von Hamburger Senaten parteiübergreifend in den 1950er und 1960er Jahren betriebene „Politik der Elbe“, die darauf zielte, die durch den Eisernen Vorhang zerstörten hamburgischen Ostbeziehungen ein wenig wiederherzustellen, möglicherweise ebenfalls eine Untergrund-Dimension gehabt?

Die Zeittafel hier zeigt, wie die zehn Lebensläufe mit den räumlich, zeitlich und auch eventografisch umgreifenden Geschehnissen in Zusammen-

hang gebracht werden können. Es geht – wie oben schon erwähnt – um die deutsch–deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, in deren Rahmen wiederum um die Geschichte des deutschen Kommunismus zwischen 1917/18 und heute; es geht um Europa-, ja Weltpolitik; es geht schließlich um den schon erörterten Zusammenhang von Spionage und (allgemeiner) Politik, zwischen Spionage und Ethik (Recht und Moral), um Spionage über die Untergrundaktivitäten und Hilfsmittel einzelner Akteure hinaus. Die wichtigsten Marksteine des Kalten Kriegs können nur erwähnt werden, erinnern aber immer einmal wieder an den hochbrisanten weltpolitischen Hintergrund, vor dem die *Geheimdienstliche Agententätigkeit* der ausgewählten Hamburger Politiker sich abgespielt hat. Deren Namen sind jeweils in Kapitälchen gesetzt.

Vom Ursprung der Tscheka und der KPD bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs (1917-1945)

1917
Die Geburtsstunde der "Tschekisten"

6. Dezember – Revolutionsführer Lenin beauftragt Feliks Dzierzynski (Petrograd) mit der Bildung einer Spezialkommission zur Bekämpfung des Streiks der zaristischen Beamten. Daraus wird am 20. Dezember 1917 die Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage (WTscheKa, russ. ВЧК), die Staatssicherheitsbehörde Sowjetrusslands, abgekürzt Tscheka (ЧК), auf deren Tradition sich dann auch die politische Polizei der Ende 1922 gegründeten Sowjetunion beruft. Hiervon abgeleitet wird der propagandistische Ausdruck „Tschekisten" später für die Mitarbeiter von Geheimdiensten in den Staaten des nach dem Zweiten Weltkrieg gebildeten Ostblocks, inklusive der DDR, verwandt, wo das Ideal auch Eingang in die politisch gelenkte Triviallyrik findet.

Tschekisten und Dzierzynskisoldaten – in der DDR eine Ehre

Wo immer wir ringen
und Taten vollbringen:
Zuerst steht die Frage der Macht.
Im Frieden geboren,
Dem Frieden verschworen,
auf uns ist Verlass Tag und Nacht.

Refrain:
Tschekisten auf Wacht!
An der Seite der Sowjetunion.
Dzierzynskisoldaten gehen kühn voran.
Wir sind eine feste Bastion.

Karlheinz Nobis, Auf Wache, In: Wir über uns. Anthologie der Kreisarbeitsgemeinschaft „Schreibende Tschekisten". Berlin 1984, S. 74.

1918
Die Tscheka beginnt mit dem Roten Terror. Ende des Weltkriegs. Die Kommunistische Partei Deutschlands entsteht

5. September – Ein Dekret der Sowjetregierung unter Lenin verfügt den „Roten Terror". In der Folgezeit wird ausdrücklich an die „Terreur"-Phase der Französischen Revolution (1793/94) angeknüpft, die mit den Namen Danton und Robespierre verbunden ist.

Tscheka-Tradition:
„Klassenfeinde in Konzentrationslager"

Nachdem sich der Rat der Volkskommissare den Bericht des Vorsitzenden der Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution [Tscheka] über die Tätigkeit dieser Kommission angehört hatte, kam er darüber überein,

- dass es in der bestehenden Situation unmittelbar notwendig ist, die Sicherheit des Hinterlandes mittels des Terrors zu gewährleisten;
- dass es notwendig ist, eine möglichst große Anzahl von verantwortlichen Parteigenossen zur Allrussländischen Außerordenlichen Kommission [Tscheka] zu schicken, um ihre Tätigkeit zu verstärken und dieser eine größere Planmäßigkeit zu verleihen;
- dass es notwendig ist, die Sowjetrepublik von den Klassenfeinden zu befreien, weshalb diese in Konzentrationslagern zu isolieren sind. Alle Personen, die zu weißgardistischen Organisationen, Verschwörungen und Aufständen in Beziehung stehen, sind zu erschießen; […].

Volkskommissar für Justiz, *Kurskij*
Volkkommissar für Innere Angelegenheiten, *Petrovskij*

Beschluss des Rates der Volkskommissare über den Roten Terror, 5. September 1918 (1000 Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte, (http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0006_ter.pdf).

27. Oktober – In Berlin wird die *Freie Sozialistische Jugend* gegründet, die sich in den folgenden Jahren zum Jugendverband der zwei Monate später entstandenen KPD entwickelt.

11. November – Der (Erste) Weltkrieg endet für das Deutsche Reich mit dem Waffenstillstand von Compiègne.

31. Dezember – Aus dem in Ansätzen seit 1916, ja seit 1914 existierenden kommunistischen „Spartakusbund" heraus entsteht die Kommunistische Partei Deutschlands, KPD.

1919
Von Beginn an gespalten und konspirativ tätig - die KPD

15. Januar – Die KPD-Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden von Angehörigen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ermordet. Auch aus diesem Grund beginnt die KPD einen Geheimapparat aufzubauen; er wird in den folgenden Jahren mit wechselnder Intensität und unter wechselnden Namen fortgeführt und ausgeweitet - teils defensiv, teils offensiv.

2.–6. März – Die KPD entsendet einen Delegierten zum I. Weltkongress der von Moskau aus gesteuerten Kommunistischen Internationale (Hugo Eberlein), ist anfangs noch zurückhaltend gegenüber den Leninschen Grundsätzen, vollzieht dann aber schnell ihren Anschluss an die Komintern.

~ August – Richard Sorge, Kriegsverwundeter, Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), promoviert an der Hamburger Universität, arbeitet als Redakteur der Hamburger Volkszeitung, tritt im Oktober der KPD bei.

1920

6. August – Der II. Weltkongress der Komintern beschließt die *21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale*.

~ September – Aus der Freien Sozialistischen Jugend wird – nach Abspaltungen – die Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD).

Komintern-Grundregel für jede kommunistische Partei: Illegale Arbeit und demokratischer Zentralismus

3. Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei helfen soll, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen. In allen Ländern, wo die Kommunisten infolge des Belagerungszustandes und der Ausnahmegesetze nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu leisten, ist die Verknüpfung der legalen mit der illegalen Tätigkeit eine unbedingte Notwendigkeit. […]

12. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein. In der gegenwärtigen Zeit des verschärften Bürgerkrieges ist die Kommunistische Partei nur dann imstande, ihre Pflicht zu erfüllen, wenn sie möglichst zentralistisch organisiert ist und eine eiserne, fast militärische Disziplin in ihr herrscht […].

21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale, 1920 (http://www.1000dokumente.de /pdf/dok_0010_ int_ de.pdf).

1921

29. April – Hugo Eberlein legt der KPD-Führung Reorganisationsvorschläge im Sinne des Leninismus vor, die von jedem Mitglied konspirative Aktivitäten verlangen. Der Geheimapparat erhält dadurch Wachstumsimpulse; an seiner Spitze steht die „Propagandaabteilung der Zentrale" (PA/Z).

1923
Ein Hamburger Kommunistenaufstand scheitert, in der KPD bekämpfen sich Bolschewisten und "Moderate"

22./23. Oktober – Ein in Moskau beschlossener, von extremistischen Kommunisten unter Ernst Thälmann begonnener Aufstand in Hamburg und Umgebung scheitert. Thälmann macht die KPD-Reichsleitung unter Heinrich Brandler und August Thalheimer mitverantwortlich für den Misserfolg: Sie habe die Aufständischen im Stich gelassen. Diese Auffassung setzt sich in der Folgezeit durch. Brandler wird 1924 nach Moskau beordert, gemaßregelt, bis 1928 dort behalten.

Richard Sorge fungiert jetzt als Kurier zwischen dem in den Untergrund abgetauchten Thälmann und der Zentrale der KPD, die bis März 1924 verboten ist.

1925

12. Juni – Der 10. KPD-Parteitag in Berlin gibt der Partei ein neues Statut im Sinne der Komintern: „*Die strengste Parteidisziplin ist die höchste Pflicht aller Parteimitglieder und Parteiorganisationen.*" – Die KJD (Kommunistische Jugend Deutschlands) benennt sich um in KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands).

1928

30. Dezember – Heinrich Brandler, nach einigen Jahren unfreiwilligen Exils wieder zurück in Deutschland, gründet die Kommunistische Partei-Opposition (KP-O) in Berlin. →1949

1933
Nach Reichstagsbrand und "Machtergreifung" – die Kommunisten ganz und gar im Untergrund

28. Februar – Durch die Verordnung des Reichspräsidenten „*zum Schutz von Volk und Staat*" (sog. Reichstagsbrandverordnung) werden die Grundrechte in Deutschland eingeschränkt; u.a. werden Sondergerichte eingesetzt – zur Verfolgung der politischen Gegner der zur Staatsmacht strebenden NSDAP.

11. April – Der arbeitslose Hamburger Kaufmannsgehilfe Kurt Wand (19 Jahre alt), Mitglied im KJVD (im Kommunistischen Deutschen Jugendverband), wird wegen Verteilen eines Flugblatts mit dem Titel *Rote Front* verhaftet, vom Sondergericht beim Hanseatischen Oberlandesgericht (HOLG) zu zwei Monaten Haft verurteilt.

14. Juli – Mit dem *Gesetz gegen die Neubildung von Parteien* wird der nationalsozialistische Einparteienstaat endgültig verankert.

8. September – **R**ichard **S**orge, im Dienst der Komintern, trifft in Japan ein, baut in Tokio die „Kundschafter"-Gruppe „**R**am**s**ay" auf, ist offiziell u.a. als Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* unterwegs. →1944

1934

~ Mai – Beginn der ersten großen Verhaftungswelle gegen den Hamburger KJVD.

~ Sommer – Kurt Wand wird Leiter des KJVD im Stadtteil St. Pauli.

27. September – Schutzhaftbefehl gegen Kurt Wand, *„weil er dringend verdächtig ist, den organisatorischen Zusammenhalt des illegalen KJV aufrechterhalten zu haben und weil er durch sein Verhalten die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet"*.

1935
Kurt Wand wird wegen Vorbereitung zum "Hochverrat" verurteilt

30. April – Kurt Wand und 15 weitere Angeklagte werden vom HOLG zu Gefängnisstrafen verurteilt (Wand zu 3 Jahren, 6 Monaten) wegen „*Vorbereitung zum Hochverrat*".

1937

30. Juni – Das Sekretariat der ins Exil gegangenen deutschen KP (Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Paul Merker) beschließt in Paris, den parteieigenen Abwehrapparat aufzulösen – aufgrund andauernder innerparteilicher Auseinandersetzungen. →1945

Ständige Rechtsprechung:
KPD-Engagement gleich Vorbereitung zum Hochverrat

Der [1. Straf-] Senat hat in ständiger Rechtsprechung den Grundsatz ausgesprochen, dass jede Tätigkeit für die KPD oder eine ihrer Nebenorganisationen den hochverräterischen Zielen dieser Partei dient und dass daher jeder wegen Vorbereitung des Hochverrats bestraft werden muss, der in irgend einer Weise, sei es durch Zahlungen, sei es durch Verbreitung von Schriften, sei es durch Mitarbeit in verbotenen Organisationen die Zwecke und Ziele der KPD fördern hilft.

HOLG-Urteil vom 30. April 1935, O IV 186/34 (StA HH, 351-11, Nr. 40656, Bd. 2), S. 23.

1938

1. November – Der Hamburger Jurastudent Karlfranz Schmidt-Wittmack (24 Jahre alt) wird Mitglied der NSDAP. – 1938 beginnt Schmidt-Wittmack den Militärdienst in der Wehrmacht und nimmt ab 1939 als Soldat am Weltkrieg teil, heiratet 1941 Liselotte Thomsen, die Tochter eines Spediteurs.

1944

23. Juni – Der Kommunist Kurt Wand, seit zwei Wochen Vater eines gleichnamigen Sohnes (Kurt Wand *jun.*), wird erneut wegen „V*orbereitung zum Hochverrat*“ verhaftet, muss mit der Todesstrafe rechnen, landet im KZ Fuhlsbüttel, wo er am 26. Mai 1945 durch die Britische Militärregierung auf freien Fuß gesetzt wird.

7. November – In Tokio wird der Sowjet-Spion Richard Sorge erhängt (Leiter der Gruppe „*Ramsay*“). →1933

Vom Kriegsende bis zum Mauerbau (1945–1961)

1945
Ende des Zweiten Weltkriegs, Deutscher Wiederaufbau unter antagonistischen Vorzeichen

2. Mai – In Berlin beginnt die aus Moskau eingeflogene Gruppe Ulbricht ihre politische Arbeit unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht; mit dabei: Gustav Gundelach, 1927/28 Vizepräsident der Hamburgischen Bürgerschaft (KPD).

11. Juni – In Berlin wird von der Sowjetischen Militäradministration als erste Partei die KPD zugelassen.

~ Juli – Karlfranz Schmidt-Wittmack, Oberleutnant der Artillerie, kommt aus dem Krieg nach Hamburg zurück. Nur kurz ist er wieder Jurastudent, wird dann Volontär in der Kohlenhandlung und Spedition seines Schwiegervaters.

8. Juli – Die Ostberliner KPD-Führung erteilt der Franz Dahlem unterstellten Kaderabteilung den Auftrag „*Schaffung eines Abwehrapparats*". Am 26. Juli wird Gustav Gundelach als Mitarbeiter des Parteisekretariats „*für die Fragen der Reichsbezirke*" Dahlem unterstellt.

24. Juni – Hamburger Zusammenkunft führender Funktionäre der ehemaligen KPD, darunter Willi Grünert, der bald Stellvertretender Bezirksleiter der KPD Wasserkante wird und bald darauf beim im Aufbau begriffenen Nachrichtenapparat der KPD mitwirkt, der von Ostberlin her gesteuert wird. → 1948

2. August – Im Potsdamer Abkommen vereinbaren die drei großen Siegermächte das Ziel der Denazifizierung: Alle Mitglieder der NS-Partei,

welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen hätten, sowie alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberständen, seien aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen; Dazu bedarf es vielfach detektivischer Vorgehensweisen. - In der Sowjetischen Besatzungszone findet die Entnazifizierung unter der Ägide des sowjetischen Geheimdienstes NKWD statt.

21. November – Zulassung der vier Parteien SPD, KPD, PFD (später FDP) und CDP (später CDU) für Hamburg.

8. Dezember – Das Berliner KP-Sekretariat erteilt Bruno Haid den Auftrag, einen Abwehrapparat aufzustellen. Damit wird der Wiederaufbau der 1937 vorwiegend aufgrund interner Streitigkeiten liquidierten KPD-Parteiaufklärung (des „*Apparats*“) systematisiert. Parteiinterne Geschlossenheit ist auch jetzt nicht erreicht: Neben dem „*Haid-Apparat*“ entsteht – unter anderem – 1946/47 noch der „*Wollweber-Apparat*“ (innerhalb der *Generaldirektion Schifffahrt*). → 1946/47

1946
Wand und Schmidt-Wittmack werden in den Jugendorganisationen von KPD und CDU aktiv

~~~ Kurt Wand wird – neben Erwin Jungert – als Jugendsekretär der KPD tätig.

~~~ Karlfranz Schmidt-Wittmack tritt der *Jungen Union* bei, wohl auch der CDU.

30. Januar – Der *Alliierte Kontrollrat* (die oberste Besatzungsbehörde der vier Siegermächte) setzt mit seinem Gesetz Nr. 11 (unter anderem) die §§ 88–93a des *Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich* vom 15. Mai 1871 (betr. Landesverrat) außer Kraft: Ein untergegangener Staat kann nicht verraten werden.

11. März – Das Sekretariat der Berliner KPD schlägt der *Sowjetischen Militäradministration* (SMAD) den ehemaligen KPD-Reichstagsabgeordneten Ernst Wollweber zum Präsidenten einer (noch zu institutionalisierenden) *Zentralverwaltung für Flussschifffahrt* (im Rahmen der Generaldirektion für Schifffahrt) vor und bestimmt Gustav Gundelach zum neuen Hamburger KPD-Bezirkssekretär. Der jetzt aufgebaute konspirative „*Wollweber-Apparat*" ist Bestandteil des „*N-Apparats*" (Nachrichten-Apparat) der KPD insgesamt – mit besonderen Verbindungen zur Ost- und Nordseeküste, namentlich in die Hafenstadt Hamburg hinein.

30. März – Die Berliner KPD schickt Gustav Gundelach (bis jetzt Präsident der *Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge* der SBZ) auf die Reise nach Hamburg, damit er dort den Platz des Ersten Sekretärs der KPD Hamburg-Wasserkante einnehme – anstelle des seit November 1945 amtierenden – vergleichsweise moderaten – Senators Friedrich Dettmann.

Hamburg – Knotenpunkt der „Westarbeit" von KPD/SED

Interessanter Weise fasste das Sekretariat der KPD [am 11. März 1946 in Ostberlin] den Beschluss, [Ernst] Wollweber zum „Präsidenten der Zentralverwaltung für die Fluss-Schifffahrt" vorzuschlagen, auf derselben Sitzung und unter demselben Tagesordnungspunkt wie den, Gustav Gundelach als Bezirkssekretär für Hamburg zu bestimmen. […] Hamburg mit Gundelach als neuem Bezirkssekretär wurde zum Knotenpunkt des Nachrichtenapparats (N-Apparats) der KPD/SED im Westen. Es steht zu vermuten, dass Wollweber vor allem den Bereich Norddeutschland und Küste betreute und die Berichte des N-Apparates, z. T. über Schwerin, nach Berlin übermittelte.

Michael Kubina: „Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein." Zum Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED. In: Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Hg. v. Manfred Wilke. Berlin 1998, S. 413-523, hier S. 465.

22. April – In der SBZ entsteht – unter massivem Druck der sowjetischen Besatzungsbehörden – die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), durch Zwangsvereinigung von KPD und SPD.

13. August – Der Vorsitzende der Jungen Union Hamburg, Achim-Helge von Beust, wendet sich in der Hamburger Allgemeinen Zeitung, deren Lizenz bei der CDU liegt, gegen „*das Wiederaufleben der unseligen Zerrissenheit*" in der Parteipolitik: „*Wir von der Jungen Union sind mit Millionen*

anderer junger Deutscher einig darüber, dass gute, rettende Gedanken auch von anderen als von unsereinem ausgesprochen werden können. Wir werden uns ein Deutschland schaffen, in dem es möglich sein wird, dass eine kommunistische Zeitung einem CDU-Vorschlag rückhaltlos zustimmt, wenn er gut ist. Und umgekehrt."

13. Oktober – Bei der ersten Nachkriegsbürgerschaftswahl in Hamburg kandidieren die KPD-Jugendsekretäre Erwin Jungert und Kurt Wand auf der KPD-Reserveliste (Wand auf dem wenig aussichtsreichen Platz 17), kommen aber beide nicht zum Zug. Von der Reserveliste rücken nur die ersten vier ins Parlament ein, darunter Gustav Gundelach. Friedrich Dettmann wird Mitglied des Max-Brauer-Senats, die KPD ist damit weiterhin Regierungspartei.

4. November – Rolf Grunert, geb. 1935 im thüringischen Arnstadt, Abitur 1943, seither Soldat, zuletzt amerikanischer Kriegsgefangener, wird nach Hamburg entlassen, erhält seine Papiere von Beamten der Britischen Besatzungsmacht in der Hamburger Kunsthalle

Abb. 42 – *KPD-Jugendsekretär Kurt Wand (ganz rechts) in einer Reihe mit prominenten kommunistischen Bürgerschaftskandidaten auf der „Reserveliste" bei dieser vorzüglich in Wahlkreisen abgehaltenen Wahl. Von links Gustav Gundelach, Friedrich Dettmann, Harry Naujoks, Magda Langhans und Franz Heitgres, der neben Dettmann von den Engländern einstweilen zum Senator ernannt worden war (Hamburger Volkszeitung vom 12. Okt. 1946). Die erste Nachkriegsbürgerschaftswahl in Hamburg fand am 13. Oktober 1946 statt. Wand, auf einem wenig vorteilhaften Platz, konnte nicht in die Bürgerschaft einrücken.*

1947
Die "Truman-Doktrin": Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion. In der US-Zone wird die "Organisation Gehlen" etabliert

21. Januar – KPD-Jugendsekretär Kurt Wand sagt als Zeuge für den „*Zweiten Fuhlsbüttel-Prozess*“ aus; ein britisches Militärgericht eröffnet den Prozess am 1. September im Curio-Haus.

12. März – US-Präsident Harry S. Truman verkündet die „Truman-Doktrin“ – mit Blick auf die politische Lage in Griechenland, der Türkei und vor allem im Iran: Die USA würden jetzt „*freien Völkern beistehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen*“. Es handelt sich um eine besonders deutliche Aufkündigung der amerikanisch-sowjetischen Kriegskoalition.

11. Oktober – Der Dritte Deutschlandtag der *Jungen Union* findet in Hamburg statt – mit Delegierten aus allen vier Zonen, die sich allesamt überwiegend gegen eine Aufteilung Deutschlands wenden.

19. Oktober – Rolf Grunert, Gelegenheitsarbeiter, tritt der Hamburger KPD bei.

6. Dezember – Die seit Ende 1946 von der amerikanischen Besatzungsmacht in ihrer Zone gebildete, von der CIA beratene *Organisation Gehlen* (benannt nach dem Gründer der Organisation, dem ehemaligen Generalmajor der Wehrmacht und NSDAP-Mitglied Reinhard Gehlen) erhält in Pullach bei München einen Dienstsitz. Sie klärt nach Osten auf – auf der Grundlage der Unterlagen der ehemals Gehlen unterstehenden Generalstabsabteilung Fremde Heere Ost- und ist mit zahlreichen Wehrmachtsoffizieren und ehemaligen NS-Funktionären durchsetzt. →1953

Karlfranz Schmidt-Wittmack wird zum „*dritten, gleichberechtigten Vorsitzenden*“ der JU Hamburg gewählt. – Schmidt-Wittmack ist jetzt Geschäftsführer der 1917 gegründeten Fa. Johann C. Thomsen (Thomsen ist 1946 gestorben).

Carl Franz Schmidt-Wittmaak wurde zum 3. gleichberechtigten Vorsitzenden der Jungen Union, Landesverband Hamburg, gewählt.

Hans Günther Imlau, Mitarbeiter im Bezirk Altona der CDU. Er hielt das Referat über die Schulreform, über das wir an anderer Stelle berichten.

Imlau und Schmidt-Wittmaak sind Vertreter der jungen Generation, die in praktischer Arbeit in der Partei ihre Aufgabe sieht.

Abb. 43 – *Karlfranz Schmidt-Wittmack (an die Schreibweise seines Namens hatten sich die Parteifreunde noch nicht gewöhnt) betritt die politische Bühne - als Ko-Vorsitzender der JU Hamburg (Hamburger Stadtblatt der Union. Mitteilungsblatt und erweiterter Informationsdienst für Mitglieder und Freunde der Christlich-Demokratischen Union. 1, (1947, Nr. 4, Dez. 1947. Beilage „Junge Union"). – Rechts ist der spätere Bürgerschafsabgeordnete Hans Günther Imlau zu sehen.*

1948
Deutschlands Teilung zeichnet sich ab.
Berlin-Blockade.
Im Ring politischer Jugend (RPJ)
wirbt die KPD Spione.
Die Hamburger Polizei erhält eine
"Staatsschutz"-Abteilung

~~~ JU-Funktionär Schmidt-Wittmack lernt über seine Teilnahme am von der britischen Besatzungsmacht eingerichteten *Ring Politischer Jugend* auch KPD-Mitglieder kennen, darunter KPD-Jugendsekretär Kurt Wand; er wird mit dem Verleger Otto Finck und mit Willi Grünert (*alias* „Konrad") bekanntgemacht, stößt im Laufe des Jahres als „Quelle" unter dem Decknamen „Timm" zum SED-KPD-„Apparat", wird von Grünert und dann von dem vor allem in Nordrhein-Westfalen tätigen Walter Vesper [*alias* „Peter"] geleitet, der 1949 dann in den Ersten Deutschen Bundestag einzieht.
~~~

23. Februar – In London berät eine Sechsmächtekonferenz (USA, England, Frankreich, Benelux) über eine demokratische Zukunft der deutschen Westzonen – unter Protest der Sowjetunion, zum Missbehagen auch mancher gesamtdeutsch ausgerichteter Westdeutscher.

14. März – Der Vorsitzende der Hamburger JU, der Jurist und Journalist Achim-Helge von Beust (Mitglied der Bürgerschaft) wird von dem 34-jährigen Kohlenhandlungs- und Speditionskaufmann Karlfranz Schmidt-Wittmack „abgesägt", nimmt noch eben rechtzeitig vor einem (wie er annehmen muss) negativen Wahlergebnis seine Kandidatur zurück – wegen „Arbeitsüberlastung".

~ „Anfang" Mai – Schmidt-Wittmack ernennt den 25-jährigen Horst Kieburg (einen aus Ostberlin geschickten Kommunisten, der Anfang März „*operativ*" der Hamburger CDU beigetreten ist) zum Beauftragten für die Schaffung einer eigenen JU-Publikation.

7. Juni – Als Ergebnis der Londoner Sechsmächtekonferenz werden „*Londoner Empfehlungen*" vorgelegt: Es könne in Westdeutschland auf föderalistischer Grundlage zu einer Staatsbildung geschritten, zugleich solle die deutsche Wirtschaft eng mit der westeuropäischen Wirtschaft verbunden werden.

15. Juni – Erstmals erscheint *Das Brennglas der Jungen Union* als Beilage zum *Hamburger Stadtblatt. Mitteilungsblatt […] für Mitglieder und Freunde der Christlich-Demokratischen Union*.

24. Juni – Beginn der sowjetischen Berlinblockade, die bis zum 12. Mai 1949 andauert.

1. Juli – Die Vertreter der USA, Englands und Frankreichs übergeben den westdeutschen Ministerpräsidenten die *Frankfurter Dokumente*, worin die Empfehlung zur Bildung eines westdeutschen Staatswesens enthalten ist, auf der Grundlage einer Verfassunggebenden Versammlung.

~ August – In dem JU-Blättchen *Das Brennglas* (Nr. 2) wendet sich Schmidt-Wittmack (wohl schon *alias* „Timm") namens der Hamburger JU-Delegiertenversammlung in einem offenen Brief an Konrad Adenauer,

gegen die *Londoner Empfehlungen* gerichtet: „*Die Beschlüsse zeigen Unversöhnlichkeit und Misstrauen und lassen den harten Willen zur Verewigung auch wirtschaftlicher Vorrangstellungen erkennen.*“ – Zumindest teilweise haben Schmidt-Wittmack und Kieburg das Blatt mit Geldern des kommunistischen Verlegers Otto Finck finanziert.

15. November – Der britische Statthalter in Hamburg, *Regional Commissioner* Vaughan Berry, gestattet Bürgermeister Max Brauer die Einrichtung einer „*Spezialabteilung*“ der Polizei mit nachrichtendienstlicher Aufgabenstellung; sie hat „*besonders im Hamburger Hafen und auf dem Hamburger Flugplatz Fuhlsbüttel dauernd Beobachtungen durchzuführen, um gegen die dort anwesenden, eintreffenden oder abreisenden Verbrecher oder Angehörigen bekannter oder vermuteter illegaler umstürzlerischer Organisationen einzuschreiten*“. – Im Dezember nimmt diese Spezialabteilung ihre Arbeit auf.

1949
Die NATO wird gegründet.
Zwei deutsche Staaten entstehen.
SED und KPD säubern sich

4. April – Durch den Nordatlantikpakt entsteht die *North Atlantic Treaty Organization* (NATO).

9. Mai – Nach 16-jähriger Emigration trifft der oppositionelle Kommunist Heinrich Brandler wieder in Hamburg ein. In der dortigen KPD führt das zu Unruhe und Verdächtigungen gegenüber tatsächlichen oder angeblichen „*Brandleristen*“, „*Titoisten*“ etc. Die alte Spaltung in „*Leninisten*“ und „*Trotzkisten*“ lebt wieder auf.

24. Mai – Gründung der Bundesrepublik: Das tags zuvor verkündete Grundgesetz tritt in Kraft.

3. Juni – Schmidt-Wittmack (*alias* „Timm“) nimmt an einer Sitzung führender CDU-Leute in Konrad Adenauers Haus in Königswinter teil und schickt einen Bericht an den N-Apparat der SED/KPD.

24. Juni – Der KPD-Vorstand warnt die Landesverbände in einer intern verbreiteten Resolution betr. die innerparteiliche Lage in Hamburg: „*Gegenüber den vom Klassenfeind in die Partei gesandten trotzkistischen Agenten oder sonstigen (im Gewande der Trotzki-Gruppen, KPO, SAP, Tito-Gruppen) feindlichen Nachrichten- und Zersetzungs-Agenturen muss höchste Wachsamkeit entwickelt werden.*"

~ zweite Jahreshälfte – Ein Hamburger Resident des N-Apparats der KPD/SED, Bruno Korthaus (*alias* „Menzel"), nimmt sich des seit 1946 als KP-Jugendsekretär tätigen Kurt Wand an, der sich innerhalb der KPD – nicht zuletzt durch Kontakt zu Josef Bergmann (1914–2005) – als abweichlerischer „*Brandlerist*" verdächtig gemacht hat; Korthaus veranlasst – aus taktischen Gründen – Wands Ausschluss aus der KPD und nimmt ihn als Quelle „Maurer" in seine Residentur auf. Wand tritt nunmehr operativ in die SPD ein und hilft, diese auszuspähen.

7. Oktober – Gründung der DDR: Der *Zweite Deutsche Volksrat* in Ostberlin proklamiert sich zur *Provisorischen Volkskammer* und setzt die Verfassung der DDR in Kraft.

16. Oktober – Schmidt-Wittmack (*alias* „Timm") wird aufgrund des Bürgerschaftswahlergebnisses Mitglied des Hamburger Landesparlaments (bis 1953). Ferner bekleidet er jetzt die Ämter des Stellv. Bundesvorsitzenden der JU und eines Stellv. Vorsitzenden der CDU Hamburg.

22. November – Auf Betreiben der USA wird in Paris das *Coordinating Committee for East West Trade Policy* (CoCom) eingerichtet, das den Transfer moderner – insbesondere kriegswichtiger – Technologie in den Ostblock beschränken soll. Hier ergibt sich ein Anlass für einen deutsch-deutschen Schwarzhandel ebenso wie für DDR-Spionage, z.B. für die Ausspähung der Atomindustrie und sämtlicher Militärtechnik.

30. Dezember – Die „*Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD […] über die ideologisch-politische Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus*" wird Anstoß und Grundlage für eine innerparteiliche Säuberungsaktion gegen allerlei „*titoistisch-trotzkistisch-brandleristische*" Abweichler auch im Hamburger KPD-Landesverband.

Abb. 44 *– Karlfranz Schmidt-Wittmack ist ins politische Establishment aufgestiegen – an die Spitze der Hamburger CDU – neben (v. l.) den Altbürgermeister und Ehrenvorsitzenden Rudolf Petersen, den Bundestagsabgeordneten und Bankdirektor Hugo Scharnberg, den Parteigründer Franz Beyrich.*

1950
Korea-Krieg
Offizielle Geheimdienstbehörden in beiden Teilen Deutschlands

~~~ Der angehende Student Johannes Koppe aus Sonneberg (Thüringen), geb. 1932, wird Mitglied der LDPD (der „*Liberaldemokratischen Partei Deutschlands*“ in der DDR).

~~~ Die prononciert nationalkonservative, nicht zuletzt auf die Rehabilitierung der Soldaten des Zweiten Weltkriegs bedachte Vereinigung *Erste Legion* macht von sich reden. Begründet von ehemaligen Stabsoffizieren, unterstützt von Abgeordneten der Parteien CDU, FDP und DP, ist die *Erste Legion* wohl nicht neonazistisch, aber redet einem autoritären Regime das Wort. Die SPD fasst einen Unvereinbarkeitsbeschluss. Karlfranz Schmidt-Wittmack (*alias* „Timm“) engagiert sich zeitweise in der *Ersten Legion*, unternimmt Vortrags- und Informationsreisen, teils auf Kosten des Kommunisten Otto Finck. →1948

8. Februar – Die DDR-Volkskammer verabschiedet das Gesetz über die Bildung eines *Ministeriums für Staatssicherheit*. Es wird nach dem Vorbild des sowjetischen KGB aufgebaut, unter der Leitung von Wilhelm Zaisser und Erich Mielke.

13. April – Der britische *Regional Commissioner* in Hamburg, John K. Dunlop, und Bürgermeister Brauer besprechen die Errichtung eines Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz. – Am 13. Juni teilt Brauer Dunlop Details mit. Zum Punkt „*Zuzug und Fremdenverkehr*" heißt es: „*Hier wird das Hauptaugenmerk auf die Beobachtung der besuchsweise oder für dauernd aus der Ostzone kommenden Personen zu richten sein.*"

27. Mai – In Ostberlin findet das erste der von der FDJ veranstalteten *Deutschlandtreffen der Jugend* statt – mit einigen Zehntausend westdeutschen Teilnehmern, darunter Hermann Gassmann, Student der Elektrotechnik aus Hamburg.

25. Juni – Nordkoreanische Truppen fallen in Südkorea ein – Beginn des Koreakriegs und der weltweiten Koreakrise, die zur Verschärfung des Kalten Kriegs beiträgt.

1. September – Der Hamburger Senat teilt der Bürgerschaft mit, dass ein Landesamt für Verfassungsschutz eingerichtet werde. Es geht zum einen aus der 1948 geschaffenen „*Spezialabteilung*" (→1948) der Polizei hervor, zum anderen aus der bisherigen Behörde des *Staatskommissars für die Entnazifizierung und Kategorisierung*. Deren Leiter, Paul Pfeiffer (SPD), wird jetzt auch Verfassungsschutzchef.

27. September – Das *Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* (Vorläufer des Bundesverfassungsschutzgesetzes) sieht einen Inlandsgeheimdienst ohne exekutivische Befugnisse vor; am 7. November erfolgt die Gründung des *Bundesamts für Verfassungsschutz*.

„Amt mit offenen Ohren“ - die „kalte“ Einrichtung des Hamburger Verfassungsschutzamts

Nachdem der Bundestag Ende Juli dieses Jahres ein Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes beschlossen hat, hat nunmehr der Senat der Bürgerschaft seinen Entschluss mitgeteilt, ein Landesamt für Verfassungsschutz zu errichten.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben nur zu deutlich gezeigt, dass Bund und Länder offene Ohren haben müssen, wenn sie wirksam für die politische Sicherheit der ihnen anvertrauten Bürger sorgen wollen. Das Landesamt für Verfassungsschutz soll ein solches Ohr sein, ein Seismograph für die unterirdische Wühlarbeit verfassungsfeindlicher Kreise. Seine Aufgaben sind Sammlung und Auswertung von Nachrichten, Auskünften und sonstigen Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Land des Bundes zum Ziel haben. […]

Dass das in Bildung begriffene Amt bereits wirksam gearbeitet hat, haben Ereignisse der letzten Wochen gezeigt, in denen die Polizei gewöhnlich vorher von verfassungsfeindlichen Demonstrationen, Plakatklebereien und ähnlichen Dingen unterrichtet war.

Hamburger Abendblatt v. 15. September 1950 („Amt mit offenen Ohren. Senat errichtet eine Landesbehörde für Verfassungsschutz“).

13. November – Der Jurist, Journalist und Ex-CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Achim-Helge von Beust, Schmidt-Wittmacks Vorgänger an der Spitze der Hamburger JU, wird als Regierungsrat Stellv. Leiter des *Landesamts für Verfassungsschutz* (LfV). – In Ostberlin knüpfen sich entsprechende Erwartungen an den mit von Beust bekannten (allerdings nicht immer harmonisierenden) Schmidt-Wittmack (*alias* „Timm“): Es müsse etwas über das LfV herauszubekommen sein.

15. Dezember – Die DDR erhält ein „Gesetz zum Schutze des Friedens“; in der Präambel heißt es u.a.: „*Die Remilitarisierung Westdeutschlands, die Bestrebungen zur Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Imperialismus stellen eine große Gefahr für die Existenz und Zukunft der deutschen Nation und für den Frieden und die Sicherheit Europas dar.*“

1951
Die KPD/SED-Parteiaufklärung ("N-Apparat") wird in einen "Außenpolitischen Nachrichtendienst" der DDR überführt

26. Juni – Die Bundesregierung verbietet die *Freie Deutsche Jugend* (FDJ) nach Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes – die FDJ richte sich gegen die „*verfassungsmäßige Ordnung*".

30. August – In einem bundesdeutschen Strafrechtsänderungsgesetz wird die 1946 entstandene Leerstelle im StGB betr. „*Hochverrat, Staatsgefährdung und Landesverrat*" wieder gefüllt. § 92 stellt (unter dem Rubrum „*Hochverrat*") beispielsweise das Sammeln von Nachrichten für eine außerhalb des StGB-Geltungsbereichs befindliche „*Dienststelle*" etc. unter Strafe; die §§ 99 ff. bedrohen Landesverrat: Hier dreht sich alles um den Begriff des Staatsgeheimnisses.

1. September – Die seit 1945 in Ostberlin aufgebauten Abteilungen der Parteiaufklärung der KPD/SED werden großenteils in einem *Außenpolitischen Nachrichtendienst* (APN) zusammengeführt, der als *Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung* (IWF) firmiert und von einem sowjetischen KGB-Offizier „beraten" wird. Markus Wolf wird stellvertretender Leiter.

30. September – In Bonn findet der 4. *Deutschlandtag* der JU statt. Karl-Franz Schmidt-Wittmack (*alias* „Timm") wird Beisitzer im JU-Bundesvorstand (bis 1953).

19. November – Rolf Grunert schickt eine Initiativbewerbung ans *Landesamt für Verfassungsschutz*, wird aber negativ beschieden: Er solle es später noch einmal versuchen. →1947

~ Ende des Jahres – Kurt Wand *sen.* (bislang *alias* „Maurer", nunmehr *alias* „Becker") wird Resident des N-Apparats der KPD/SED bzw. des neuen APN – mit einem Kurier, einem Grenzmann, vier Quellen, die aus der SPD berichten.

1952
Stilllegung des KPD-Nachrichtenapparats in der BRD; Kurt Wand sen. und Schmidt-Wittmack "konserviert"

24. März – Rolf Grunert wird in den Hamburger Polizeidienst aufgenommen, hat sein KPD-Parteibuch verschweigen können.

1. April – Johannes Koppe nimmt im beginnenden Sommersemester das Studium der Geografie an der Ostberliner Humboldt-Universität auf, verlässt die LDPD, tritt jetzt als FDJ-Sekretär und *Hilfsassistent Marxismus-Leninismus* im Sinne des Regimes linientreu auf.

27. Mai – Der Vertrag über die Errichtung einer *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft* (EVG) wird unterzeichnet, muss nun noch von den Parlamenten (unter anderem in Paris und Bonn) ratifiziert werden.

~ Juni – DDR-Spion Hans-Joachim Schlomm (*alias* „Mertens", ein Komplize Schmidt-Wittmacks) wird von Ostberlin – zu Recht oder zu Unrecht – als Doppelagent „*entlarvt*". – Nicht zuletzt aus diesem Anlass erhält die Abteilung 1 des Ostberliner Geheimdienstes APN/IWF „*den gesamten alten Nachrichtenapparat, mit Ausnahme des Berliner Teils, zur Untersuchung und Abwicklung*" übergeben. Dies geschieht mit paranoider Besessenheit: Allenthalben werden britisch geleitete Doppelagenten gewittert.

22. Juli – Kurt Wand *sen.*, dem Ostberlin Misstrauen entgegenbringt, sieht sich in einem Gespräch von dem APN/IWF-Mitarbeiter Kurt Gailat mit der Absicht konfrontiert, ihn samt seiner Residentur zu konservieren. Er will nicht in die DDR übersiedeln, aber wieder KPD-Mitglied werden.

~ August – Der APN/IWF beschließt eine Umstrukturierung des westlichen „*Apparats*", wegen des Verdachts „*imperialistischer*" Unterwanderung. Viele Westquellen werden stillgelegt, andere konserviert, manche Akteure in die DDR geholt.

1. September – Die 1950 gegründete *Kasernierte Volkspolizei* der DDR erhält eine Dienststelle zur Ausspähung des militärischen Gegners – nach

dem sowjetischen Vorbild der GRU (Hauptverwaltung für Aufklärung beim Generalstab, seit 1918).

15. September – Im APN/IWF wird vermerkt: „*Becker (KURT WAND) ist konserviert, nachdem mit ihm an der Grenze eine Absprache durchgeführt wurde.*“ – „*Zur Überbrückung*“ erhält WAND 1500 Westmark, bleibt im Besitz eines Fotoapparats mit Stativ, einiger Einlegerahmen und Entwicklungsgeräte.

22. September – Die Hamburger „*Quelle Timm*“ (SCHMIDT-WITTMACK) ist „*mit Parole und Kennzeichen*“ konserviert, so wird im APN/IWF vermerkt.

Quelle SCHMIDT-WITTMACK alias „Timm“ ist konserviert

Streng geheim!
Residentur Konrad [Klarname Karl Sack]

Quelle „Timm“ wurde mit Parole und Kennzeichen konserviert:
Parole
Wir: „Ich komme vom Dom-Hotel.“
Er: „Was wollen Sie von mir?“
„Timm“ schickt darauf den Beauftragten der Zentrale weg. Dann muss dieser ein zweites Mal kommen und wiederholen.
Wir: „Ich komme vom Dom-Hotel.“
Daraufhin wird der Beauftragte reingelassen.

BStU Zentralarchiv. MfS-HA II/6, Nr. 1158, Bl. 226.

+ + +

Resident KURT WAND alias „Becker“ ist konserviert

Streng geheim!
Residentur „Becker“

„B.“ wurde mit folgender Parole konserviert:
Wir: „Ich komme von Frau Helene Wand und möchte Kurt sprechen.“
„B.“ oder Frau antworten: „Ist die Helene jetzt hier?“
Daraufhin muss unser Beauftragter das Kennzeichen vorzeigen.
Kennzeichen siehe PA [Personalakte].

Als Überbrückung erhielt er 1500 DM West.

BStU Zentralarchiv. MfS-HA II/6, Nr. 1158, Bl. 221.

29. September – Die Abteilung 1 des APN/IWF (Alfred Schönherr / Markus Wolf) legt einen 166 Seiten starken Bericht (vom 18. Sept.) über die Abwicklung des westdeutschen (vor allem Hamburger) SED/KPD-Nachrichtenapparats und seiner führenden Köpfe vor; darin wird u.a. über die Hamburger oder in Hamburg tätigen Akteure Willi Grünert, Bruno Korthaus, Walter Vesper berichtet, aber auch über Kurt Wand *sen.* (*alias* „Becker") und Schmidt-Wittmack (*alias* „Timm"). Fast alle werden (in zweifellos übertriebener Weise) verdächtigt, Doppelagenten zu sein; der größte Teil der Residenten und Mitarbeiter seien bereits abberufen, die meisten Quellen konserviert worden.

Das Ende des alten Nachrichtenapparats der KPD/SED

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der gesamte alte Nachrichtenapparat von vornherein unter Kontrolle des Gegners stand, in all seinen Gliedern den Abwehrorganen des Gegners bekannt war und für eine planmäßige Desinformierung unserer Parteiführung benutzt wurde. […]

Aus der Untersuchung ergibt sich nach Auffassung der Abteilung 1 die Schlussfolgerung, dass keine Mitarbeiter und keine Quelle des alten Nachrichtenapparates für den neuen Apparat benutzt werden kann. Die Ergebnisse der bisherigen Untersuchung sind aufgrund der Kürze des gestellten Termins und der fehlenden Unterlagen äußerst lückenhaft und in keiner Weise abgeschlossen. Dies muss sowohl bei der Behandlung der ehemaligen Mitarbeiter, die zum größten Teil in der DDR angesiedelt wurden, und bei der weiteren Erarbeitung der Akten berücksichtigt werden.

Bericht der Abteilung 1 des APN/IWF (Markus Wolf) über die Ergebnisse der Untersuchung der ehemaligen Parteiaufklärung, v. 18. Sept. 1952 (BStU. Archiv der Zentralstelle. MfS HA 6, Nr. 1158, Teil 1, S. 205 f.).

20. November – Der Ostberliner Student Johannes Koppe, von einer Ex-Freundin wegen kritischer Notizen „*zur Entwicklung der DDR*" denunziert, setzt sich nach Westen ab, kommt ins Flüchtlingslager Sandbostel.

6. Dezember – Der Bonner Bundestag ratifiziert den Beitritt der Bundesrepublik zur *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft* (EVG).

15. Dezember – Markus Wolf wird Chef des APN/IWF.

19. Dezember – Physikstudent *in spe* Johannes Koppe erhält in Hamburg die Anerkennung seines Abiturzeugnisses. 1953 beginnt er sein Studium.

1953
Das Jahr des 17. Juni. DDR-Spion Schmidt-Wittmack kommt in den Bonner Bundestag

5. März – Der sowjetische Diktator Josef Stalin stirbt.

17. März – In einem internen Bericht des APN/IWF – Abteilung 1 – wird über Kurt Wand sen. (den konservierten Spion „Becker“) festgestellt: „*Bei Kurt Wand ist es noch nicht klar, inwieweit er vom Gegner angeschlagen ist, evtl. schon für ihn arbeitet.*“

1. April – Die Organisation Gehlen, der westdeutsche Auslandsgeheimdienst, wird jetzt vollständig aus Bundesmitteln finanziert. →1947, 1956

15. April – Kurt Wand *sen.* eröffnet die *Bücherstube am Nobistor*, eine antiquarische Buchhandlung in einer neuen Ladenzeile in St. Pauli, an der Reeperbahn.

17. Juni – Ein antistalinistischer Volksaufstand in der DDR wird militärisch niedergeschlagen, verbunden mit einem gewaltigen Prestigeverlust für die DDR-Führung. Als Folge dieses staatsschutzpolitischen Debakels wird das *Ministerium für Staatssicherheit* zum Staatssekretariat degradiert, Minister Zaisser wird von Staatssekretär Wollweber abgelöst. Die derart gemaßregelte Stasi erhält jetzt aber den APN/IWF eingegliedert – als Hauptabteilung (HA) XV.

6. Oktober – Aufgrund des Bundestagswahlergebnisses wird Karlfranz Schmidt-Wittmack (*alias* „Timm“), betont rechts (in Richtung der *Deutschen Partei* seines Freundes Heinrich Hellwege) orientiert, sich gelegentlich gar zu monarchistischen Ansichten bekennend, Mitglied des *Deutschen Bundestags*.

1954
Vor dem Hintergrund des EVG-Projekts: Karlfranz Schmidt-Wittmack wird in die DDR geholt

~~~ Karlfranz Schmidt-Wittmack, 1952 vom Ostberliner APN/IWF als „*Quelle*“ eingefroren, jetzt aber frischgebackenes Mitglied des Bonner Bundestags, wird von der Stasi-HA XV reaktiviert und erhält den Decknamen „Weilich“ (der Deckname „Timm“ wird teils weiterverwendet).

~ ***Januar*** – Bundestagsabgeordneter Schmidt-Wittmack, wohl schon wieder aktiver DDR-Spion, reist als Mitglied des Bundestags-Sicherheitsausschusses nach Schweden, um sich über die innere Struktur der dortigen Streitkräfte zu informieren.

~ ***April*** – In der sowjetrussischen Zeitung *Snamja* erscheint Ilja Ehrenburgs politischer Roman *Tauwetter*, wird vielfach kritisiert, weil er die Stalin-Ära indirekt als „Eiszeit“ erscheinen lässt, erzielt aber auch eine breite Wirkung. Das Wort „*Tauwetter*“ ist bald in aller Munde.

5. Juli – In Berlin findet das zweite *Deutschlandtreffen der Jugend* statt („*Pfingsttreffen*“).

Der Hamburger Physikstudent Johannes Koppe fährt mit Gesinnungsgenossen aus einer Bramfelder kommunistischen Jugendgruppe dorthin, wird von der Stasi (HA XV) angeworben und unterschreibt am 2. November eine Zusammenarbeitsverpflichtung – „*Werbebasis: materiell, weniger politisch-ideologisch*“ (wie in Ostberlin notiert wird). Monatlich erhält er jetzt nach eigenen Angaben 100-200 DM aus der DDR und firmiert intern als GM (*Geheimer Mitarbeiter*) „Tessen“.

Der Hamburger Bundestagsabgeordnete Karlfranz Schmidt-Wittmack (*alias* „Timm“ *alias* „Weilich“) wird vom Gesamtdeutschen Ausschuss des Bundestags nach Westberlin geschickt, um dort solche jungen Menschen zu beraten, die vom FDJ-Treffen enttäuscht sein sollten.
~~~

20. Juli – Bundesverfassungsschutzpräsident Otto John setzt sich nach Ostberlin ab, gibt politische Gründe an: Frieden und Wiedervereinigung seien von der DDR aus besser anzustreben.

21. August – Karlfranz Schmidt-Wittmack (*alias* „Weilich") setzt sich – freiwillig-unfreiwillig – mit seiner Familie in die DDR ab. – Ernst Wollweber (Staatssekretär für Staatssicherheit) beschließt: „*Schmidt-Wittmack wird eine politische Erklärung in der Presse geben, die stärker in der Tiefenwirkung ist als die Erklärung von [Otto] John.*" Markus Wolf (Leiter der HA XV) bedauert – so gibt er jedenfalls später, 1997, in seinen Memoiren an – das unnütze Verbrennen eines Perspektivspions.

22. August – Schmidt-Wittmack wird aus der bundesdeutschen CDU ausgeschlossen.

24. August – Der Ostberliner *Ausschuss für nationale Einheit* veranstaltet eine Pressekonferenz mit Karlfranz Schmidt-Wittmack, der gegen die

Abb. 45 *– Karlfranz Schmidt-Wittmack geißelt die imperialistische Politik der Adenauerregierung. Rechts am Tisch Albert Norden, Mitglied des Nationalrats der Nationalen Front, späterer SED-Chefagitator.*

Politik der NATO und den Plan einer *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft* (EVG) polemisiert.

30. August – Die Pariser Nationalversammlung lehnt die Ratifizierung des EVG-Vertrags ab.

17. September – Der Deutsche Bundestag beschließt die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Schmidt-Wittmack. Möglicherweise war die zuvor schon erfolgte Durchsuchung seiner Bonner Wohnung unzulässig, aber diese Frage wird dann nicht weiter verfolgt.

24. Oktober – Das DDR-*Staatssekretariat für Staatssicherheit* (seit dem *17. Juni* ins Innenministerium eingegliedert), erhält seinen Rang als Ministerium zurück: Ministerium für Staatssicherheit (MfS).

Immunitätsverletzung
beim Bundestagsabgeordneten Schmidt-Wittmack?

[Karl] Wittrock (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird dem Antrag des Immunitätsausschusses zustimmen

(Zuruf rechts: Na also!)

Unabhängig von dieser Zustimmung sieht sich die SPD-Fraktion veranlaßt, folgendes zu erklären:

Unwidersprochenen Pressemeldungen zufolge ist nach dem Verschwinden des Herrn Schmidt-Wittmack dessen Privatwohnung polizeilich durchsucht worden. Es besteht der dringende Verdacht, dass die Behörden, die diese Maßnahmen veranlasst oder durchgeführt haben, gegen den Art. 46 des Grundgesetzes [betr. parlamentarische Immunität] verstoßen haben. […]

Dr. [Gerhard] Schröder, Bundesminister des Innern: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte dem Hohen Hause eine, wie ich betonen möchte, nur vorläufige Erklärung abgeben. Ein Abgeordneter muss eine Durchsuchung, die zum Zwecke der Überführung eines anderen durchgeführt wird - § 103 der Strafprozessordnung - grundsätzlich dulden. Sie verletzt nicht die Immunität und ist daher auch nicht genehmigungspflichtig. […] Um eine solche Durchsuchung handelte es sich im Falle Schmidt-Wittmack. Im gleichen Hause, in dem Schmidt-Wittmack in Bonn wohnte, hatte [Dr. Wolfgang] Wohlgemuth bei seinem Freund, Diplom-Ingenieur [Josef] Homberg, wiederholt übernachtet,

(Hört! Hört! bei der SPD und beim GB/BHE)

zum letzten Mal am 10. Juli 1954. Gegen Wohlgemuth lief aber bereits ein Ermittlungsverfahren im Falle John. […] Ich wiederhole, dass dies lediglich eine vorläufige Stellungnahme ist.

2. Deutscher Bundestag, 43. Sitzung, Bonn, Freitag, den 17. Sept. 1954, S. 2033.

11. November – Die von der Bonner *Sicherungsgruppe* (SG) des Bundeskriminalamts eingesetzte *Sonderkommission „Schmidt-Wittmack“* legt ihren vorläufigen Abschlussbericht vor – aufgrund insbesondere auch zahlreicher Vernehmungen in Hamburg.

1955
Der Warschauer Pakt wird gegründet. Hermann Gaßmann lernt auf der Leipziger Messe den Kollegen "Erich" kennen

~~~ Schmidt-Wittmack wird zum Vizepräsidenten der *Kammer für Außenhandel* der DDR ernannt (und übt dieses Amt bis 1976 aus).

24. Februar – Schmidt-Wittmack wird das Bundestagsmandat aberkannt (am 3. Mai 1956 durch das BVerfG bestätigt).

22. März – Im MfS wird beschlossen, in den Bezirksverwaltungen (BV) jeweils eine Abteilung XV für die Westarbeit einzurichten, als Filialen der HA XV. Die Abt. XV der BV Rostock ist vor allem für Hamburg und Schleswig-Holstein zuständig.

6. Mai – Die Bundesrepublik tritt der NATO bei.

4. Juni – Der *Warschauer Vertrag* als Gegenstück zum NATO-Vertrag tritt in Kraft und begründet ein sowjetisch-osteuropäisches Verteidigungsbündnis, den *Warschauer Pakt*. Die DDR ist Mitglied.

4. September – Die Leipziger Herbstmesse beginnt. Es kommen aus Westdeutschland und West-Berlin rund 13.500 Besucher. Im innerdeutschen Handel wird ein Umsatz von 274 Mio. Verrechnungseinheiten erreicht. In Hamburg gilt die „*Politik der Elbe*“: Vorsichtig wird eine Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen ins angrenzende Osteuropa angestrebt.

Hermann Gassmann, Ingenieur bei Siemens in Hamburg, stattet der Leipziger Messe einen privaten Besuch ab und lernt – nach eigenen Aussagen – „E. B.“ („Erich Bremer“?, in Wahrheit den MfS-Offizier Erich
~~~

Mischorr / Rostock) kennen, einen angeblichen DDR-Ingenieur und -Gewerkschafter, mit dem er sich dann bis 1981 regelmäßig in Ostberlin trifft, um sich mit ihm über Beruf und Politik zu unterhalten – ohne den Namen seines Gesprächspartners buchstabieren zu können, ohne eine Telefonnummer von ihm zu haben – strafrechtlich aber unverfänglich, wie Gassmann nie aufgehört hat zu versichern. Bis 1965 hält der Führungsoffizier Mischorr Gassmann als Kontaktperson (KP) bei der Stange, dann erfolgt Gassmanns Anwerbung als GMI.

1956
Kurzzeitiges "Tauwetter" im Ostblock. Sowjetische Intervention in Ungarn. Entstalinisierung und Verfolgung von Regimekritikern

~~~ Zwei Jahre nach dem ersten Erscheinen in der Zeitung *Snamja* kann Ehrenburgs *Tauwetter*-Roman in überarbeiteter Form als Buch erscheinen. Eine polnische Übersetzung folgt im selben Jahr.

~~~ Student Johannes Koppe (*alias* „Tessen“) heiratet – „*keine Wohnung, kein Geld, aber ein Kind*“ (Hannelore Koppe).

~~~ Die Rostocker Medizinstudentin Gertrud Jaeger (aus Stralsund) erhält für ein nach eigenen späteren Angaben unpolitisches Vergehen, in das marginal auch ihr jüngerer Bruder, der Schüler Wolfgang Jaeger, verwickelt ist, eine dreijährige Haftstrafe.

18. Januar – Durch das *Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung* entsteht die NVA; sie erhält einen eigenen Aufklärungsdienst (der auf Vorläuferdienststellen der *Kasernierten Volkspolizei* zurückgreifen kann): die *Militärische Aufklärung der Nationalen Volksarmee*.

25. Februar – Der sowjetische Diktator Chruschtschow leitet mit einer Geheimrede vor dem XX. Parteitag der KPdSU die Entstalinisierung ein.
~~~

1. April – Der Bonner *Bundesnachrichtendienst* (BND) wird auf der Grundlage eines Kabinettsbeschlusses (ohne gesetzliche Grundlage) endgültig als westdeutscher Auslandsnachrichtendienst etabliert und dem Kanzleramt angegliedert. Im Kern besteht er seit Ende 1946. →1947, 1953

1. Mai – Die Hauptabteilung (HA) XV des *Ministeriums für Staatssicherheit* wird zur Hauptverwaltung A. Die für die Westarbeit auf Bezirksverwaltungsebene zuständigen Abteilungen XV behalten ihren Namen.

17. August – Die KPD wird vom Karlsruher Bundesverfassungsgericht verboten.

25. Oktober – Das Vermögen der Hamburger Druckerei *Otto Finck GmbH* (→1948 f.) wird sichergestellt, „*da hinreichender Grund zu der Annahme besteht, dass es sich um Vermögen der KPD handelt*". 1957 wird es zu gemeinnützigen Zwecken eingezogen – ebenso wie im Falle der *Hamburger Volkszeitung*, der *Alsterdruck-GmbH* und der *Volksbuchhandlung*.

4. November – Die in das von einem Volksaufstand erschütterte Ungarn einmarschierte Sowjetarmee installiert eine prosowjetische Regierung unter János Kádár. Die Regierungen der Warschauer-Pakt-Staaten sind vielfach verunsichert und forcieren die Verfolgung von angeblichen oder tatsächlichen Regimegegnern.

1957
Schauprozesse gegen abweichlerische kommunistische Intellektuelle in der DDR

~~~ Im Ostberliner Verlag *Kultur und Fortschritt* erscheint eine deutsche Übersetzung von Ilja Ehrenburgs Roman *Tauwetter*, schnell auch in zweiter Auflage.

~~~ Polizeibeamter Rolf Grunert wird der Hamburger Kriminalpolizei zugeteilt.

13. Februar – Für Kurt Wand *sen.* wird im MfS eine Karteikarte angelegt, in seiner Eigenschaft als GMA (Geheimer Mitarbeiter für besondere Aufgaben, ebenfalls und bald ausschließlich als IMA [Inoffizieller MA] bezeichnet); spätestens jetzt ist Wand also – nach seiner Konservierung 1952 – reaktiviert. Er ist bei der MfS-Bezirksverwaltung Rostock anhängig und trägt wohl ab jetzt den Decknamen „Hülse" (wird manchmal aber auch noch – wie 1950–1952 – als „Becker" bezeichnet).

9. März – Nach einem Schauprozess gegen den reformkommunistischen DDR-Philosophen Walter Harich und zwei weitere des Staatsverrats Angeklagte wird Harich ungeachtet einer Selbstkritik-Tirade und seines – ganz unironisch ausgedrückten – Dankes für seine Verhaftung zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Weitere Prozesse folgen. „*Tauwetter*"-Illusionen werden zerstört.

22. März – In Bonn wird auf Initiative aus dem Verteidigungsministerium heraus die *Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik* (AWT) gegründet, 1967 erfolgt die Umbenennung in *Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.* (DWT), „*Gesellschaft zur Förderung der wehrtechnischen Führung und Ausbildung, der Forschung und Entwicklung der Verteidigungswirtschaft*". →1977

6. September – Ruth Hötzsch (verh. Wieprich, später, 1969, verh. Polte), frischgebackene Diplomslawistin, Kandidatin für einen zwölfmonatigen Studienaufenthalt in der Sowjetunion, wird – ebenso wie ihr Ehemann Helmut Wieprich – konspirativ vom MfS verhaftet, wegen des „*dringenden Verdachts des Staatsverrats*", nachdem sie sich im Gefolge ihres Dozenten Ralf Schröder zunächst politisch oppositionell positioniert und sodann wohl auch ein unter Druck erfolgtes Anwerbeangebot des MfS abgelehnt hat.

11. September – In der DDR wird ein Strafrechtsergänzungsgesetz (StEG) beschlossen, das die nach dem Krieg entstandene Lücke im Strafgesetzbuch schließt.

20. September – Wolfgang Jaeger (19 Jahre alt, jüngerer Bruder von Gertrud Jaeger →1956), der in der DDR keinen Studienplatz bekommen

MfS-Richtlinie 21: Werbung Geheimer Mitarbeiter „durch Druck“

Das Ziel, die Mitarbeit zu erreichen, kann auch durch Ausübung eines Druckes erlangt werden. Diese Art hat den meisten Erfolg bei kriminellen Personen, welche auf Grund ihrer Straffälligkeit zur Verantwortung gezogen werden können, aber durch das Angebot, dass sie straffrei ausgehen können, wenn sie die Verpflichtung der Zusammenarbeit mit uns unterzeichnen, zur Mitarbeit gewonnen werden. […]

MfS-Richtline 21 v. 20. Nov. 1952 über die Suche, Anwerbung und Arbeit mit Informatoren, geheimen Mitarbeitern und Personen, die konspirative Wohnungen unterhalten. In: Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 1. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen. Berlin: 2. Aufl. 1996, S. 172.

DDR-Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches normiert „Staatsverrat“ und „Spionage“

§ 13. Staatsverrat

Wer es unternimmt,
1. die verfassungsmäßige Staats- oder Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik durch gewaltsamen Umsturz oder planmäßige Untergrabung zu beseitigen […],
wird wegen Staatsverrates mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren und Vermögenseinziehung bestraft.

§ 14. Spionage

Wer es unternimmt, Tatsachen, Gegenstände, Forschungsergebnisse oder sonstige Nachrichten, die im politischen oder wirtschaftlichen Interesse oder zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik geheimzuhalten sind, an andere Staaten oder deren Vertreter, an Organisationen oder Gruppen, die einen Kampf gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht oder andere friedliebende Völker führen, oder deren Vertreter oder Helfer auszuliefern oder zu verraten, wird wegen Spionage mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden.

§ 15. Sammlung von Nachrichten

Wer Nachrichten, die geeignet sind, die gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht oder andere friedliebende Völker gerichtete Tätigkeit der in § 14 genannten Stellen oder Personen zu unterstützen, für sie sammelt oder ihnen übermittelt, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches – Strafrechtsergänzungsgesetz – vom 11. Dezember 1957 (http://www.verfassungen.de/de/ddr/ strafrechtsergaenzungsgesetz57.htm (14. Juni 2015).

hat, siedelt (unautoritisiert, nicht-konspirativ) auf dem Weg über Berlin-Marienfelde in den Westen über; er gibt an, in einem BWL-Studium „*nicht nur Marxismus lernen*“ und endlich seinen behinderten Vater in Hamburg besuchen zu wollen; er kommt ins Notaufnahmelager Uelzen-Bohldamm, wird hier am 4. Oktober 1957 für dauerhaft aufenthaltsberechtigt erklärt, gelangt über das Lager Sandbostel nach Hamburg.

31. Oktober – Stasi-Minister Wollweber tritt „*aus gesundheitlichen Gründen*“ zurück, Nachfolger wird sein bisheriger Stellvertreter Erich Mielke.

5. November – Das MfS, BV Leipzig, bittet die Leipziger Staatsanwaltschaft, den Studenten Helmut Wieprich, Ehemann von Ruth Wieprich, geb. Hötzsch (späterer Polte), der Mitwisserschaft und der Unterlassung einer Anzeige gegen seine Ehefrau beschuldigt, aus der U-Haft zu entlassen. Er kann sein Studium fortsetzen. Auf seinen Antrag hin wird am 11. November die Ehe geschieden.

1958
Ruth Hötzsch (spätere Polte) wird verurteilt - wegen "*Beihilfe zu einem Verbrechen des Staatsverrats*"

~~~ Die Rostocker Medizinstudentin Gertrud Jaeger, die 1956 zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt worden ist, bekommt den Rest der Strafe zur Bewährung ausgesetzt, als Bewährungshelfer aber den Rostocker MfS-Offizier Scherwinski zugeteilt, dem sie jetzt als GM „Heike“ zuarbeitet; dafür darf sie ihr Studium fortsetzen.

9. Dezember – Ruth Hötzsch (später verh. Polte) wird aus Leipzig ins Untersuchungsgefängnis (und MfS-Zuchthaus) *Roter Ochse* in Halle (Saale) eingeliefert.

31. Dezember – Ruth Hötzsch (spätere Polte) erhält (im Rahmen des Verfahrens „*Schröder, Winfried, u.a.*“) wegen Verstoßes gegen Art. 6 der DDR-Verfassung von 1949 (betr. „*Kriegs- und Boykotthetze*“) in Verbindung mit § 13, Abs. 1 Strafergänzungsgesetz (StEG, von 1957) eine Strafe
~~~

von 2 Jahren, 3 Monaten Zuchthaus und bleibt im Hallenser *Roten Ochsen*. – Der Romanist Winfried Schröder ist der Bruder des Slawisten Ralf Schröder, mit dem Hötzsch in enger Verbindung gestanden hatte.

1959
Wolfgang Jaeger wird vom MfS angeworben

19. Mai – Ruth Hötzsch (spätere Polte) kommt gegenüber dem MfS um „*Straferlass*" ein – vor dem Hintergrund eines Anwerbeversuchs durch die MfS-Bezirksverwaltung Dresden. Sie verspricht, ihre „*gesamte Kraft dem Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu widmen und die Ehrlichkeit dieser Worte durch die Tat zu beweisen*". – Die Angelegenheit verläuft aber im Sande.

17. Juni – Im MfS gilt ab jetzt die *Richtlinie für die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern außerhalb des Gebietes der DDR* (IM-Richtlinie 1/59). Die Hauptverwaltung A umfasst 475 offizielle Mitarbeiter.

7. Oktober – Der Leiter der Untersuchungshaftanstalt des *Roten Ochsen* in Halle, Hauptmann Luther, teilt der MfS-BV mit, dass es mit Ruth Hötzsch' Hilfe gelungen sein, „*das Hinausschmuggeln eines Kassibers aus der Haftanstalt*" zu verhindern.

November – Hermann Gassmann, Kontaktperson (KP) des MfS, Deckname „Bach", kommunistisch orientiert, tritt in die Hamburger SPD ein, wohl nicht zuletzt aus taktischen Gründen – wegen seiner Position in der IG Metall. →1955

5. Dezember – Ruth Hötzsch (spätere Polte) wird aus dem Gefängnis *Roter Ochse* entlassen – nach vollständiger Verbüßung ihrer Haft. Sie darf als Lehrerin nicht tätig werden, erhält einen Arbeitsplatz als Spachtelschleiferin in Dresden zugewiesen und erklärt sich nunmehr bald endgültig bereit, für das MfS zu arbeiten.

29. Dezember – Das MfS, Bezirksverwaltung (BV) Rostock, legt eine GI/GM-Karteikarte für Wolfgang Jaeger an (GI: Geheimer Informator; GM: Geheimer Mitarbeiter). Jaeger hat – obwohl wegen seiner „*Repu-*

blikflucht“ (1957) mit Strafverfolgung bedroht – unbehelligt einen Familienbesuch in Stralsund und Rostock abgestattet. Dabei ist er durch den MfS-Offizier Hans-Jürgen Scherwinski zur Mitarbeit verpflichtet worden – „*auf ideologischer Basis*“ (wie – höchstens teilweise zutreffend – vermerkt wird): Nicht zuletzt hat Jaeger seiner Schwester Gertrud Jaeger helfen wollen, die – ihrerseits schon „*durch Druck*“ als GI angeworben – jüngst erneut in Schwierigkeiten geraten, nämlich angeblich oder tatsächlich erneut straffällig geworden ist. Sie hat ihren Bruder wohl – im Einvernehmen mit dem MfS – um diese Hilfe gebeten.

1960
Ruth Hötzsch (spätere Polte) wird vom MfS in die Bundesrepublik eingeschleust

~~~ Polizeikommissar Rolf Grunert scheitert in einem Lehrgang für Oberbeamte (er wird später politische Differenzen mit dem Lehrgangsleiter als Grund dafür anführen).

~~~ Johannes Koppes Ehefrau Hannelore (seit 1956 in Koppes operative Aktivitäten eingeweiht) wird zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet und erhält den Decknamen „Tessina“.

6. April – Für Ruth Hötzsch (spätere Polte) wird in der Abt. XV der MfS-Bezirksverwaltung Dresden vom MfS-Offizier Klaus Repa eine IM-Akte angelegt; bis 1969 entstehen die ersten zwölf Bände des Vorgangs, der später an die MfS-BV Rostock abgegeben wird.

6. Mai – Ruth Hötzsch (spätere Polte) wird von Mitarbeitern des MfS (BV Dresden) vor dem Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde abgesetzt, gibt sich als Flüchtling aus. Am 10. Mai gibt sie zu Protokoll: „*Ich sehe keinen Grund, länger in dem Staat zu leben, den ich innerlich vollkommen ablehnen muss.*“ Der Aufnahmeausschuss entspricht ihrem Wunsch nach Übersiedlung in die Bundesrepublik, und sie landet – nicht zuletzt auf eigenen Wunsch – in Hamburg, Flüchtlingslager Finkenwerder (entgegen der MfS-Weisung, sich im Bonner Raum niederzulassen).

Bundesdeutsche Aufnahmelager, in der Diktion der DDR …

… in das System der Feindtätigkeit einzuordnende staatliche Einrichtungen des Bundesinnenministeriums der BRD und des Senats von Westberlin, in denen unter dem Deckmantel der Durchführung des sogenannten Bundesnotaufnahmeverfahrens Ausländer, insbesondere aus sozialistischen Staaten, systematisch durch Wirken imperialistischer Geheimdienste und des Befragungswesens ausspioniert und geeignete Personen für eine gegen die sozialistischen Staaten gerichtete subversive Tätigkeit vorbereitet und genutzt werden.

Die in den Bundesländern der BRD existierenden sogenannten Landesbefragungsstellen sind Bestandteile dieses Systems der Feindtätigkeit. Gegenwärtig existieren das

- Notaufnahmelager 6300 Gießen/Lahn, Margaretenhütte 1 a,
- Durchgangsheim für Aussiedler und Zuwanderer, 1 Berlin 48, Marienfelder Allee 66–80.

Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit, Potsdam 1985.

9. Mai – Der *Sozialdemokratische Hochschulbund* (SHB) entsteht – vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen der SPD und ihrem damaligen Studentenverband SDS (dem *Sozialistischen Deutschen Studentenbund*). Im Gegensatz zum SDS bekennt sich der SHB, moderat, zum Godesberger Programm der SPD. →1966, 1968

9. Dezember – „*Führende Persönlichkeiten aus Forschung, Industrie und Hochschulen*“ gründen die *Carl-Cranz-Gesellschaft* (CCG) – benannt nach dem Schöpfer der modernen Ballistik, Carl Cranz (1848–1945); als Ziel der Lobby-Vereinigung gilt „*eine wehrtechnische Aus- und Weiterbildung für Absolventen von Hochschulen und Fachkräften aus Industrie und Streitkräften zu gestalten*“. →1983

Vom Mauerbau bis zum Ende der DDR (1961–1990)

1961
Das Jahr des Mauerbaus, der "Eiserne Vorhang" wird komplettiert

~~~ Johannes Koppe (*alias* „Tessen“) lässt sich „*auf Anraten des MfS*“ exmatrikulieren, als er einen Job bei den Hamburgischen Elektricitätswerken (HEW) erhält, im Bereich Grundsatzfragen / Unternehmenskommunikation / Öffentlichkeitsarbeit; er tritt bald darauf (ob aus eigenem Antrieb oder auf Anraten des MfS) der FDP bei, kommt in den HEW schnell voran.

13. August – Beginn von Grenzabsperrungen auf Ostberliner Seite, die sich dann im Bau der Mauer und der Grenzanlagen zwischen DDR und Bundesrepublik fortsetzen. Am 27. Oktober 1961 stehen sowjetische und amerikanische Panzer einander am *Checkpoint Charlie* gefechtsbereit gegenüber.

Die „Mauer“ – aus DDR-Sicht
auch sie ein Mittel zur Sicherung des Friedens

Am 13. August 1961 […]: Die bis dahin offene Staatsgrenze der DDR gegenüber Westberlin wurde unter Kontrolle genommen und der Schutz an der Grenze zur BRD verstärkt. Eine ernste Gefahr für den Frieden in Europa konnte abgewendet werden. Mit den Maßnahmen vom 13. August 1961 wurden die Grenzen des sozialistischen Weltsystems im Zentrum Europas zuverlässig geschützt. Dem Imperialismus der BRD wurde endgültig der Weg versperrt, seinen Herrschaftsbereich nach Osten auszudehnen. […] Die Maßnahmen vom 13. August 1961 bestätigten, dass der Sozialismus in der Lage war, durch einheitliche und entschlossene Aktionen die Entfesselung eines Krieges in Europa zu verhindern.

Stefan Doernberg (u.a.): Außenpolitik der DDR. Sozialistische deutsche Friedenspolitik. Hg. v. Institut für Internationale Beziehungen (Potsdam). Berlin: 2., überarb. Aufl. (Staatsverlag der DDR) 1982, S. 74.
~~~

28. August – Gertrud Jaeger (*alias* „Heike"), Schwester von Wolfgang Jaeger, nach abgeschlossenem Studium frischgebackene Rostocker HNO-Assistenzärztin, heiratet den vom DDR-Regime als linientreu eingeschätzten Schauspieler Ernst Heise (1928–1996). Die geplante Hochzeitsreise nach Westdeutschland wird freilich aufgrund der aktuellen politischen Situation untersagt.

1962
In der Kubakrise steht die Welt vor einem Atomkrieg. Ruth Hötzsch erhält Kurt Wand *sen.* als Residenten

~~~ Karlfranz Schmidtz-Wittmack, Vizepräsident der Kammer für Außenhandel der DDR, tritt in die CDU der DDR ein, die der SED als Blockpartei zugeordnet ist.

~~~ Ruth Hötzsch (*alias* „Blumenfeld", spätere Polte) wird mit ihrem künftigen Hamburger Residenten, dem Geheimen Hauptmitarbeiter Kurt Wand *sen.* (*alias* „Hülse") zusammengeführt; sie tritt in die SPD ein, Bezirk Eimsbüttel.

Residenten und Geheime Hauptmitarbeiter – Kurt Wands „Arbeitsplatzbeschreibung" (1959)

Residenten sind in der Regel Offiziere im besonderen Einsatz. […]
Geheime Hauptmitarbeiter können Offiziere im besonderen Einsatz und zuverlässige, ehrliche und aufrechte inoffizielle Mitarbeiter sein, die diese Anforderungen in der praktischen Tätigkeit für das MfS bewiesen haben und die Fähigkeit zur Leitung von Geheimen Mitarbeitern besitzen

GHM haben die Aufgabe, eine Gruppe von GM anzuleiten, zu erziehen und sind für deren Sicherheit voll verantwortlich. Er [d.h. ein GHM] erhält eine ständige Anleitung direkt durch das MfS oder über den Residenten [sofern vorhanden] […]

Der Anschluss von inoffiziellen Mitarbeitern an Residenturen hat nach gründlicher Prüfung zu erfolgen. Der Anschluss darf erst dann vorgenommen werden, wenn die Zuverlässigkeit des anzuschließenden GM vollkommen erwiesen ist. […]

Die Zusammenführung der inoffiziellen Mitarbeiter mit dem Residenten bzw. GHM erfolgt im Operationsgebiet […].

IM Richtlinie 1/59 . In: Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1998, S. 316.

2. März – MfS-Mitarbeiter (aus der Bezirksverwaltung Erfurt) nehmen mit dem Polizeikommissar Rolf Grunert, der auf Verwandtenbesuch in Arnstadt weilt, Kontakt auf – aufgrund einer Vermittlung durch seine Schwester Helga Grunert (zu diesem Zeitpunkt wohl schon KP „Helga", später jedenfalls IM „Lydia").

4. April – Wolfgang Jaegers (*alias* „Günther") Rostocker Führungsoffizier Scherwinski gibt der HV A des Ostberliner MfS weiter, dass der bundesdeutsche *Verband Deutscher Studentenschaften* (VDS) auf Kosten von Bonner Ministerien Vertreter in afrikanische Länder schickt, um dort kommunistischer Propaganda entgegenzuwirken.

27. Oktober – Höhepunkt der Kubakrise. Die Sowjets haben Mittelstreckenraketen auf Kuba stationiert, auch als Antwort auf die von Seiten der NATO erfolgte Stationierung solcher Waffen in der Türkei. Die USA haben am 24. Okt. Kuba blockiert. US-Präsident Kennedy und der Moskauer Partei- und Regierungschef Chruschtschow verständigen sich in letzter Minute auf dem Weg der Geheimdiplomatie.

1963

~~~ Ruth Hoetzsch (spät. Polte) erhält – durch Vermittlung Kurt Wands (*alias* „Hülse") – eine Anstellung als Sekretärin in dem von dem Bundestagsabgeordneten Peter Blachstein (SPD Eimsbüttel) 1962 gegründeten Verein *Weltweite Partnerschaft in Hamburg e.V. Solidarität für Afrika, Asien und Lateinamerika* (WWP).

1964
In der Sowjetunion beginnt der Sorge-Kult

22. Juni – Karlfranz Schmidt-Wittmack (Ex-IM „Timm", „Weilich"), ergreift im DDR-Fernsehen Partei für den Wehrbeauftragten des Bundestages Hellmuth Heye (CDU), einen ehemaligen Wehrmachts-Vizeadmiral, der gleichwohl öffentlichkeitswirksam vor einer gesellschaftlichen Isolierung der seit 1955 aufgebauten Bundeswehr warnt und kaum verhüllt den
~~~

Bundesverteidigungsminister, Kai-Uwe von Hassel, in Frage stellt. Heye tritt dann im Oktober 1964 zurück

3. Oktober – Im Rahmen des 11. Parteitages der CDU der DDR in Erfurt wird Karlfranz Schmidt-Wittmack zum Mitglied im Hauptvorstand der CDU der DDR gewählt.

7. November – In der Sowjetunion wird aus Anlass des Jahrestags der „*Großen Sozialistischen Oktoberrevolution*" und aus Anlass des 20. Todestags des einstigen Spions Richard Sorge mit einem Kult um ihn und seine in Japan aufgebaute „*Kundschafter*"-Gruppe *Ramsay* begonnen, der bald auf andere Ostblockländer übergreift. →1944

1965

~~~ Physikstudent Gerd Löffler tritt der CDU Hamburg bei, Ortsverband Barmbek (Vorsitz: Gerhard Orgaß, seit kurzem Mitglied des *Deutschen Bundestags*).

18. August – Das MfS, Bezirksverwaltung Rostock (Major Erich Mischorr) legt eine Karteikarte für den frischgewonnenen IMA (den Inoffiziellen Mitarbeiter für besondere Aufgaben) Hermann Gassmann (*alias* „Bord" oder „Bord-Kate") an – nach bereits zehnjährigen Kontakten (als Kontaktperson, KP, unter dem Decknamen „Bach"). →1955

1966

1. April – Der Hamburger Arved Rüden (21 Jahre alt) beginnt ein BWL-Studium in Freiburg, schließt sich dem *Sozialdemokratischen Hochschulbund* (SHB) an, betätigt sich in der Studentenpolitik.

16. Juni – Kurt Wands (*alias* „Hülse") langjähriges Wiedergutmachungsverfahren (betr. NS-Verfolgung), das ihm aus seiner Sicht nur einen Teilerfolg beschert hat, wird durch ein Urteil des Hamburger Landgerichts beendet.
~~~

14. September – Wolfgang Jaeger (*alias* „Günther“) erhält bei einem Treffen mit seinem Führungsoffizier in Rostock, KW (Konspirative Wohnung) *Weimar*, „*eine Anerkennung für die gute Berichterstattung [über den VDS] ausgesprochen und eine Prämie von 100 Mark / DBB übergeben*“.

1967
SPD Hamburg-Eimsbüttel kontaktiert SED Rostock

~~~ Das Wachregiment des MfS der DDR (aufgestellt im November 1954, jetzt gut 5.000 Mann stark, bis 1989 dann auf 11.000 Mann anwachsend), erhält den Ehrennamen „*Feliks Dzierzynski*“ (nach dem Begründer der sowjetischen Tscheka). →1917

16.–20. Juni – In Rostock pflegen Mitglieder des SPD-Bezirks Eimsbüttel, meist Lehrer (u.a. der Bürgerschaftsabgeordnete Wolfgang Duysen, der spätere Bundestagsabgeordnete Peter Paterna), „*intensive pädagogische Fachkontakte*“ mit Mitgliedern der Rostocker SED, in Hamburg offiziell behördlich gemeldet. – Die SPD Eimsbüttel (im Bezirk Eimsbüttel liegt die Hamburger Universität) ist ein ausgeprägt linker Kreisverband der Hamburger SPD.

1968
Breschnew-Doktrin: "*Beschränkte Souveränität sozialistischer Staaten*". Sowjetische Intervention in der CSSR. Spionage verändert sich - die Gesetzgeber reagieren: Strafrechtsänderungen in beiden deutschen Staaten

~ ***Januar*** – Im MfS gilt jetzt die IM-Richtlinie 2/68. Die Hauptabteilung A umfasst 841 offizielle Mitarbeiter, das bedeutet einen Zuwachs gegenüber 1959 von 177 Prozent.
~~~

**„Sammlung von Nachrichten“,
„staatsfeindliche Verbindungen“.
Niedrigschwelliger Spionagebegriff im
Strafgesetzbuch der DDR von 1968**

– Landesverrat –

§ 97. Spionage

(1) Der sozialistische Staat schützt und sichert seine staatlichen, wirtschaftlichen und militärischen Geheimnisse allseitig gegenüber jedermann.

2) Wer es unternimmt, Tatsachen, Gegenstände, Forschungsergebnisse oder sonstige Nachrichten, die im politischen oder wirtschaftlichen Interesse oder zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik geheimzuhalten sind, für einen imperialistischen Geheimdienst oder für andere Organisationen, Einrichtungen, Gruppen oder Personen, deren Tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik oder andere friedliebende Völker gerichtet ist, oder deren Vertreter oder Helfer zu sammeln, an sie auszuliefern oder zu verraten, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren bestraft.

(3) Das Unternehmen der Spionage begeht auch, wer
1. sich von einem imperialistischen Geheimdienst anwerben lässt; […]
3. bei Spionage gegen die Deutsche Demokratische Republik in anderer Weise als durch Sammlung oder Auslieferung geheimzuhaltender Nachrichten mitwirkt.

(4) In besonders schweren Fällen kann auf lebenslängliche Freiheitsstrafe oder Todesstrafe erkannt werden.

§ 98. Sammlung von Nachrichten

(1) Wer Nachrichten, die geeignet sind, die gegen die Deutsche Demokratische Republik oder andere friedliebende Völker gerichtete Tätigkeit von Organisationen, Einrichtungen, Gruppen oder Personen zu unterstützen, für sie sammelt oder ihnen übermittelt, wird mit Freiheitsstrafe von zwei bis zu zwölf Jahren bestraft. […]

§ 100. Staatsfeindliche Verbindungen

(1) Wer zu Organisationen, Einrichtungen, Gruppen oder Personen wegen ihrer gegen die Deutsche Demokratische Republik oder andere friedliebende Völker gerichteten Tätigkeit Verbindung aufnimmt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft.

http://www.verfassungen.de/de/ddr/strafgesetzbuch74.htm, 20. Juli 2015.

12. Januar – In der DDR wird ein neues Strafgesetzbuch beschlossen. Der Spionagebegriff ist weitgefasst: Spionage betreibe auch, wer „*in anderer Weise als durch Sammlung oder Auslieferung geheimzuhaltender Nachrichten*“ gegen die DDR wirke. Für die „*Sammlung von Nachrichten*“ drohen bis zu 12 Jahre Haft.

25. Juni – In der Bundesrepublik wird durch das 8. Strafrechtsänderungsgesetz der gesamte StGB-Abschnitt „*Hochverrat, Staatsgefährdung und Landesverrat*“ (Art. 80–101a StGB) neu gefasst. Der neue § 99 (*Geheimdienstliche Agententätigkeit*, ebenfalls mit niedrigschwelligem „Spionage“-Begriff, aber präziser ausgefallen als die analogen DDR-Normen) soll die deutsch-deutschen Kontakte erleichtern, aber der flächendeckenden Ausspähung der bundesdeutschen Gesellschaft durch die DDR-Dienste entgegenwirken.

Neu im Strafgesetzbuch der Bundesrepublik 1968
§ 99:
Geheimdienstliche Agententätigkeit

– Landesverrat –

§ 97. Spionage

(1) Wer
1. für den Geheimdienst einer fremden Macht eine *Geheimdienstliche Tätigkeit* gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist, oder
2. gegenüber dem Geheimdienst einer fremden Macht oder einem seiner Mittelsmänner sich zu einer solchen Tätigkeit bereit erklärt,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in § 94 [Landesverrat] oder § 96 [Landesverräterische Ausspähung] Abs. 1, in § 97 [Verrat illegaler Geheimnisse] a oder in § 97b in Verbindung mit § 94 oder § 96 Abs. 1 mit Strafe bedroht ist.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, die von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheimgehalten werden, mitteilt oder liefert und wenn er
1. eine verantwortliche Stellung missbraucht, die ihn zur Wahrung solcher Geheimnisse besonders verpflichtet, oder
2. durch die Tat die Gefahr eines schweren Nachteils für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt.

\+ + +

„Echt durchgeführte Spionagetätigkeit“

Dr. [Adolf] Müller-Emmert (SPD): […] Als strafbar wurde [bisher] beispielsweise schon das Sammeln von Adressen für Einladungen zu mitteldeutschen Veranstaltungen oder die Sammlung von Informationen von FDGB-Vertretern über die Preise von Winterkartoffeln oder über die Höhe des Weihnachtsgeldes in der Bundesrepublik erfasst. Solche und ähnliche Handlungen werden zukünftig nur noch bestraft, wenn sie darauf gerichtet sind, Staatsgeheimnisse für eine fremde Macht zu erhalten und ihr mitzuteilen, oder wenn eine *Geheimdienstliche Tätigkeit* für eine

fremde Macht dadurch ausgeübt wurde. Durch die letztgenannte Vorschrift über die *Geheimdienstliche Tätigkeit* ist der vielfach geforderte zentrale Spionagetatbestand geschaffen worden. Dieser neue zentrale Spionagetatbestand geht nicht von losen Beziehungen, von losen Kontakten, sondern von einer echt durchgeführten Spionagetätigkeit aus. Viele bisher strafbare Fälle scheiden dadurch aus, Fälle, von denen Sportler, Wissenschaftler, Journalisten und Geschäftsleute betroffen waren, auch dann, wenn sie ohne Verratsvorsatz mit mitteldeutschen Stellen in Berührung gekommen waren.

Bundestagsabgeordneter Müller-Emmert (SPD) über den neuen § 99 StGB (Deutscher Bundestag — 5. Wahlperiode — 177. Sitzung. Bonn, Mittwoch, den 29. Mai 1968, Sp. 9544).

\+ + +

DDR-Spionageangriffe
auf „*das gesamte Potential der Bundesrepublik*“

Der besonderen Situation im geteilten Deutschland wurde der bisherige Spionagestrafbestand – die verräterischen Beziehungen nach § 100 e - nicht mehr gerecht. Das galt in zweifacher - gegenläufiger - Hinsicht: Zum einen musste mit Blick auf das Feindbild des Ostblocks bei offiziellen Beziehungen von Bürgern aus der Bundesrepublik in den anderen Teil Deutschlands grundsätzlich damit gerechnet und in Kauf genommen werden, dass der Geheimdienst der DDR […] in irgendeiner Weise daran partizipierte. […]

Zum anderen mussten die tatsächlichen operativen Spionageangriffe als umfassendes machtpolitisches Konzept des Ostblocks zur Kenntnis genommen werden, das gesamte Potential der Bundesrepublik systematisch zu erfassen und damit vitale Interessen des freiheitlich verfassten Staates zu gefährden.

Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch. Bd. 3. München 2013, S. 254.

1. Juli – Die Wahlen zum Studentenparlament der Hamburger Universität beginnen. Arved Rüden, bereits 1967 aus Freiburg zurückgekehrt, kandidiert für den SHB im Fachbereich Jura.

21. August – Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei, um dem „*Prager Frühling*“ ein Ende zu bereiten. Die DDR-Führung ist enttäuscht, bei der Invasion nicht mittun zu dürfen; sie teilt der DDR-Bevölkerung das Gegenteil mit.

24. Oktober – Wolfgang Jaeger (*alias* „Günther“) äußert bei einem konspirativen Treff im Ostberliner Ratskeller Zweifel an der DDR-Politik gegenüber der CSSR; Führungsoffizier Scherwinski notiert: „*Unverständlich bleibt dem GM nach wie vor, warum wir Maßnahmen durchgeführt*

haben, die im breiten Rahmen der Öffentlichkeit und durch viele kommunistische Parteien keinen Anklang finden."

1969
Rolf Grunert, bisher nur "Kontaktperson", mausert sich zum IM

~~~ Ruth Hötzsch, gesch. Wieprich (*alias* „Blumenfeld"), heiratet in Hamburg erneut – den technischen Angestellten Gotthard Polte.

~~~ Gertrud Heise (*alias* IM „Heike"), die Schwester von Wolfgang Jaeger (*alias* „Günther"), zieht mit ihrem Mann, dem mittlerweile renommierten Schauspieler Ernst Heise, von Rostock nach Ostberlin.

3. März – Auf der 21. ordentlichen Mitgliederversammlung in Köln beschließen die Delegierten des *Verbandes Deutscher Studentenschaften* die Einführung rätedemokratischer Strukturen im VDS. Der VDS droht auseinanderzubrechen. Aus Protest gegen eine Entwicklung zum „*sozialistischen Kampfverband*" treten fünf Finanz-Experten des VDS zurück, und der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, der Hamburger Wolfgang Jaeger (*alias* „Günther"), bezweifelt, ob „*angesichts finanzieller Manipulation und neuer Radikalität der Verband künftig noch über Mittel verfügen wird, die die Einsetzung eines Haushaltsausschusses rechtfertigen könnten*".

15. April – Der kürzlich gegründete Hamburger Landesverband des *Bundes Deutscher Kriminalbeamter* (BDK) wählt Rolf Grunert (*alias* Kontaktperson „Alster") zum Landesvorsitzenden.

4. Oktober – Rolf Grunert wird von der MfS-BV Erfurt an die Ostberliner HV A übergeben und gilt jetzt als IM „Wilhelm Schneider"; er gibt Hauptmann Koch (MfS) die Zusicherung, Informationen über den Bereich Kriminalpolizei und Geheimdienste zu beschaffen. Eine schriftliche Verpflichtung folgt am 10. Januar 1970; als Motiv gibt Grunert gegenüber dem Mfs „*notwendige gesellschaftliche Veränderungen in Westdeutschland*" an.

17. November – Der *Bund Deutscher Kriminalbeamter* wählt einen Bundesvorstand. Der Hamburger BDK-Landesvorsitzende Rolf Grunert (*alias* „Wilhelm Schneider“) ist „geborener“ Beisitzer.

1970
Kurt Wand *jun.* nimmt *Geheimdienstliche Agententätigkeit* auf

~~~ Arved Rüden besucht mit weiteren SHB-Mitgliedern die Rostocker Untergliederung der *Freien Deutschen Jugend* (FDJ) und wird im Rahmen von „*Nachbereitungsgesprächen*“ von MfS-Beamten für eine Zusammenarbeit eingenommen.

~~~ Dipl.-Volkswirt Kurt Wand *jun.*, Wissenschaftlicher Angestellter am *Hamburgischen Weltwirtschaftsarchiv* (HWWA), Mitglied der SPD und der Jusos, wird von seinem Vater (*alias* „Hülse“) angeworben, arbeitet fortan im Rahmen von dessen Residentur als IM „Kugel“.

20. November – Die Bundesdelegiertenversammlung des *Sozialdemokratischen Hochschulbunds* (SHB) fordert alle SHB-Gruppen und alle Sozialdemokraten auf, „*Aktionsgemeinschaften mit Kommunisten dort zu praktizieren, wo es den gemeinsamen sozialen und politischen Interessen dient.*“ – Für den SHB bedeutet das zunächst die Kooperation mit dem DDR- und DKP-nahen *Marxistischen Studentenbund (MSB) Spartakus*, der – wie der DKP-Komplex insgesamt – maßgeblich von der DDR finanziert wird.

1971
Arved Rüdens MfS-Akte wird angelegt

~~~ Johannes Koppe (*alias* „Tessen“) profiliert sich mit seiner vieltausendfach verbreiteten HEW-Broschüre *Zum besseren Verständnis der Kernenergie. 66 Fragen / 66 Antworten* zu einer Art „Chefideologe“ der bundesdeutschen Kernindustrie.

3. Februar – Das MfS, Bezirksverwaltung Rostock, legt eine IM-Akte für den Jurastudenten und SHB-Aktivisten Arved Rüden an. Rüden, SPD-
~~~

Mitglied in Hamburg-Eimsbüttel, auch Mitglied im SHB und bei den Jusos, ist – wie notiert wird – „*auf ideologischer Basis*“ angeworben worden. Er erhält den Decknamen „Gerd“ (auch „Gert“).

18. September – Rolf Grunert (*alias* „Wilhelm Schneider“) fährt einmal wieder nach Ostberlin. Dem HOLG erscheint es dann später so, als ob dies Grunerts erster Kontakt zum MfS gewesen wäre. →1978

27. November – Eine Landeskonferenz der Hamburger Jungsozialisten beschließt ein „*Hamburger Strategiepapier*“, das einen „*Weg zur sozialistischen Demokratie*“ weist (gegen die „*Monopole*“) – entworfen unter Federführung von Detlev Albers, unter Mitarbeit von Kurt Wand *jun.* (*alias* „Kugel“).

1972
SHB darf sich nicht länger "sozialdemokratisch" nennen

~~~ Wolfgang Jaeger eröffnet die Firma *SSR. Schüler- und Studentenreisen* in der universitätsnahen Schlüterstraße.

April – Kurt Wand *jun.* (*alias* „Kugel“), Doktorand der Volkswirtschaftslehre, Vorsitzender des SHB Hamburg, gibt der Unizeitung *Uni HH* ein Interview: „*Die Folgen eines Namensentzugs [für den SHB, durch die SPD] wären allerdings fatal, und zwar nicht nur für den SHB. Die SPD würde mit einem solchen Schritt praktisch alternativlos aus der Hochschulpolitik ausscheiden.*“

25. November – Rolf Grunert (*alias* „Wilhelm Schneider“) wird BDK-Bundesvorsitzender. – Die HV A gibt ihn an die HA II (Spionageabwehr) ab.

29. November – Das Bonner Landgericht gibt der SPD recht, die dem SHB das Weiterführen der Bezeichnung „*sozialdemokatrisch*“ untersagt hatte. – Ein Jahr später benennt der SHB sich um und heißt jetzt *Sozialistischer Hochschulbund*.
~~~

1973
Johannes Koppe wird konspiratives SED-Mitglied

~~~ Rolf Grunert (*alias* „Wilhelm Schneider“) wird als Mitglied des Personalrats der Hamburger Kriminalpolizei freigestellt.

10. Oktober – In der MfS-BV Rostock wird für Wolfgang Jaeger (*alias* „Günther“) ein Geheimschriftmittel *„Spezi“* bereitgestellt: *„Schlips / nur Tuch präpariert! Achtung! Nur für 20 Sendungen geeignet!!“*

11. September – Militärputsch in Chile gegen den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende, unter anderem nach massiver Einmischung der CIA. Das Ehepaar Koppe („Tessen“ & „Tessina“) reagiert empört und tritt konspirativ der SED bei – *„aus voller Überzeugung“*; das FDP-Parteibuch behält Johannes Koppe offenbar weiterhin.

1974
"Kanzleramtsspion" Guillaume wird festgenommen

~~~ Dipl.-Physiker und CDU–Politiker Gerd Löffler bekommt aufgrund einer Geschäftsanzeige Kontakt mit vermeintlich vielversprechenden Geschäftspartnern aus der DDR. Es beginnt eine Reihe von Treffen in der DDR.

3. März – Infolge der Hamburger Bürgerschaftswahl für die 8. Legislatur wird Hermann Gassmann (*alias* „Bord-Kate“) Deputierter in der Hamburger Schulbehörde, nominiert von der SPD, auf Vorschlag der IG Metall.

24. April – Günter Guillaume, der *„Spion im Kanzleramt“*, wird festgenommen und gibt sich sogleich als Offizier der NVA zu erkennen.

31. Mai – Wolfgang Jaeger (*alias* „Günther“) wird in die CDU Hamburg aufgenommen, die Parteibeiträge (20 DM / Monat) werden ihm vom MfS erstattet.

7. November – Rolf Grunert (*alias* „Wilhelm Schneider“), Personal-

ratsvorsitzender der Hamburger Kriminalpolizei und Bundesvorsitzender des *Bundes Deutscher Kriminalbeamter* (BDK), „*entdeckt*“ eine „*Wanze*“ in seinem Dienstzimmer im Hamburger Polizeipräsidium. Die hat er selbst dort platziert – u.a. sogar zum Befremden des MfS, das Grunert „*Geltungsbedürfnis*“ attestiert.

1975
KSZE-Schlussakte von Helsinki. Wolfgang Jaeger und Rolf Grunert werden vom MfS ausgezeichnet

~~~ Johannes Koppes weitverbreitete *66-Fragen / 66-Antworten* (→1971) erhalten eine Entgegnung politisch linksorientierter Bremer Physiker (Jens Scheer z.B. gehört einer maoistischen „KPD“ an); diese Kritiker halten im Übrigen auch von einer Atomenergieproduktion in der DDR nichts.

8. Februar – Das MfS begeht 25-jähriges Bestehen. An verdiente Hauptamtliche und Informelle Mitarbeiter wird ein Erinnerungsabzeichen vergeben, u.a. an Wolfgang Jaeger (*alias* „Günther“); er erhält es am 24. April in Rostock überreicht, aus Gründen der Konspirativität aber auch gleich wieder abgenommen: „*Anlässlich des 25. Jahrestages der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR erlaube ich mir, Ihnen als Zeichen des äußeren Dankes für die große Unterstützung bei der Durchführung der uns von Partei- und Staatsführung gestellten Aufgaben das Erinnerungsabzeichen ‚25 Jahre Ministerium für Staatssicherheit der DDR‘ zu überreichen. Mielke, Minister. Berlin, am 8. Februar 1975.*“

21. März – Ruth Polte (*alias* „Blumenfeld“) wird von der MfS-Bezirksverwaltung Dresden an das SPD-Referat (4) der HV A (Leiter: Kurt Gailat) abgegeben.

22. Mai – Wolfgang Jaeger (*alias* „Günther“) wird stellv. Vors. der *Gesellschaft zur Förderung der Hochschuleinrichtungen Hamburg-Harburg* – und berichtet darüber stolz nach Rostock.

22. Juli – Nach erneutem Anlauf wird Rolf Grunert (*alias* „Wilhelm Schneider“) Oberkommissar.
~~~

1. August – NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten verpflichten sich in der KSZE-Schlussakte in Helsinki (**K**onferenz über **S**icherheit und **Z**usammenarbeit in **E**uropa), zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur friedlichen Regelung von Streitfällen, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

7. Oktober – Rolf Grunert erhält bei einem seiner sonnabendlichen Kurztrips nach Berlin als Zeichen der Anerkennung für hervorragende Verdienste im Ministerium für Staatssicherheit von Minister Erich Mielke die NVA-Verdienstmedaille in Silber.

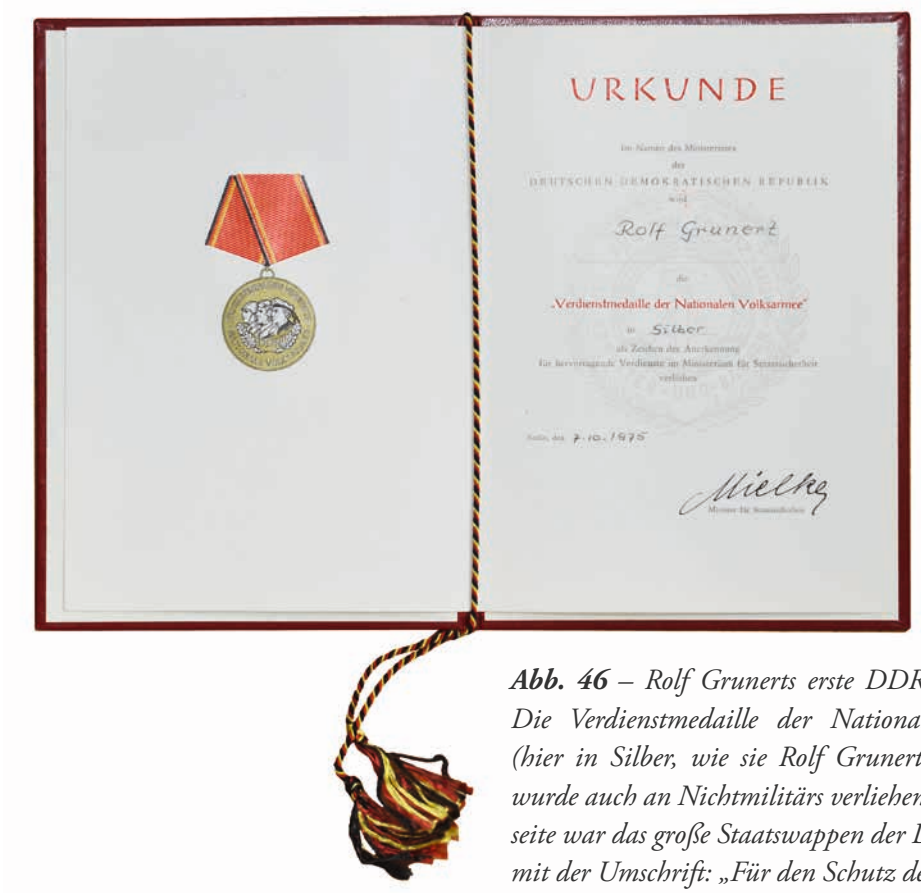


Abb. 46 – *Rolf Grunerts erste DDR-Auszeichnung. Die Verdienstmedaille der Nationalen Volksarmee (hier in Silber, wie sie Rolf Grunert 1975 erhielt), wurde auch an Nichtmilitärs verliehen. Auf der Rückseite war das große Staatswappen der DDR zu sehen – mit der Umschrift: „Für den Schutz der Arbeiter- und Bauernmacht".*

23. November – Rolf Grunert (*alias* „Wilhelm Schneider“) wird als BDK-Bundesvorsitzender bestätigt.

Rolf Grunert (*alias* „Wilhelm Schneider“):
„Wir brauchen eine Bundeskripo“

„Der Fahndungswirrwarr und die Zersplitterung der Kriminalpolizei müssen ein Ende haben. Wir fordern eine echte und praxisgerechte Reform der Kriminalpolizei“, sagte gestern in einem Interview mit dem Hamburger Abendblatt der Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Rolf Grunert. Der Hamburger Kriminalbeamte, in dessen Verband 7500 Beamte zusammengeschlossen sind: „Wir brauchen ganz schnell eine Bundeskripo.“ […]

Im Gegensatz zum Bundeskanzler fordert der BDK die Schaffung einer zentral gesteuerten und bis ins letzte Dorf weisungsbefugten Kriminalpolizei, neben der es keine den Weisungen der Länder unterstehenden Kriminalpolizeien mehr geben darf.

Grunert wies darauf hin, dass die Kriminalpolizei bei ihrer jetzigen Zersplitterung die Verbrechensflut nicht mehr wirksam eindämmen kann, die Terror- Kriminalität schon gar nicht.

Hamburger Abendblatt v. 5. April 1975, S. 3.

1976

3. Februar – Zum 80. Geburtstag des „Kundschafters“ Richard Sorge erscheint in der DDR ein Briefmarkenblock.

Abb. 47 – *Die DDR bringt einen Briefmarkenblock zu Ehren des „Kundschafters“ Richard Sorge heraus. – Die Richard-Sorge-Medaille war die höchste Auszeichnung des MfS, trug auf der Rückseite die Inschrift „Heißes Herz / Kühler Kopf / Saubere Hände“.*

30. April – In der Ostberliner MfS-HV A trifft Material ein, das aus der Quelle Hermann Gassmann stammt (*alias* „Bord-Kate"): *Vorträge anlässlich der Hauptversammlung des Gutehoffnungshütte-Aktienvereins*.

~ „Mitte des Jahres" – Gerd Löffler wird spätestens jetzt klar, dass seine DDR–Gesprächspartner keine Geschäftsleute sind, sondern für einen Geheimdienst arbeiten, die Militäraufklärung der *Nationalen Volksarmee* (NVA). Er erhält den Kontakt aufrecht – angeblich aufgrund der Drohung, im Falle einer Weigerung werde die NVA ihn ans MfS abgeben. Spätestens jetzt gilt Löffler als AM (Agenturischer Mitarbeiter), Deckname „Händler".

18. September – Rolf Grunert (*alias* „Wilhelm Schneider") wird erstmals auf einem seiner Berlin-Trips vom Verfassungsschutz observiert.

11. Dezember – Auf einer Karteikarte der Militäraufklärung der NVA, die Informationen zum Betrieb einer Agentenfunkverbindung enthält, wird die Quelle „Händler" (Gerd Löffler) als „*Spitzenkraft*" bezeichnet.

1977
Rolf Grunert *alias* "Wilhelm Schneider" wird verhaftet

~~~ Gerd Löffler (*alias* „Händler") tritt auf Wunsch der NVA der *Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik* (DWT) bei und besucht dann in den kommenden Jahren auf Veranlassung und Kosten der NVA einige Seminare dieser Lobby-Vereinigung. →1957

15. Januar – Arved Rüden (*alias* „Gerd") schickt eine Bewerbung ans Hamburger *Landesamt für Verfassungsschutz* – eine von mehreren Bewerbungen für eine Stelle im Bereich der Sicherheitsorgane und der Politik. Er wird aber stets abschlägig beschieden.

26. Januar – Im Ostberliner MfS, HV A, Abt. 4 (SPD) geht ein: Ein neunseitiger Bericht von IM „Kugel" (Kurt Wand *jun.*) *„über die Landesorganisation der SPD in Hamburg und über die Arbeit des Parteivorstandes"*.
~~~

6. Februar – Kurt Wand *jun.* (*alias* „Kugel“), seit 1976 Wissenschaftlicher Angestellter am Hamburger GEWOS-Institut, wird Hamburger Juso-Vorsitzender.

Kurt Wand – „politisch links ab von der Mutterpartei“

Bei den Hamburger Jungsozialisten hat weiterhin der linke Flügel der SPD-Nachwuchsorganisation die Mehrheit. Bei der Neuwahl des elfköpfigen Juso-Landesvorstands am Wochenende konnten sich sieben Vertreter der sogenannten „*Stamokap-Fraktion*“ durchsetzen, dagegen nur vier Vertreter der rechts davon stehenden, „*undogmatischen Sozialisten*“.

Die mit Abstand meisten Stimmen der 240 in der Katholischen Akademie tagenden Delegierten erhielt Kurt Wand. Der 32 Jahre alte Angestellte einer Wohnungsbaugesellschaft ist nicht nur das älteste Mitglied der Hamburger Juso-Führung, sondern auch schon seit vielen Jahren Exponent des linken Flügels (Stamokap), der sowieso politisch links ab von der Mutterpartei driftenden Nachwuchsorganisation.

Hamburger Abendblatt v. 7. Febr. 1977 („Jusos wählten neuen Vorstand. Sieben zu vier: Wieder linke Mehrheit bei den Hamburger Jungsozialisten“).

3***. März*** – Das MfS stellt fest, dass Rolf Grunert (*alias* „Wilhelm Schneider“) vom westdeutschen Verfassungsschutz observiert wird. In den nächsten Tagen wird Grunert durch seine Schwester Helga (*alias* „Lydia“) und seinen Führungsoffizier Heinz Krebs (*alias* „Heinz Teichmann“) mit kryptischen Worten telefonisch gewarnt; Grunert entledigt sich eines „*Containers*“ (einer Brieftasche mit Klebeverschluss).

Abb. 48 – *Rolf Grunert (alias „Wilhelm Schneider“) als Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter bei einer Demonstration in Düsseldorf, März 1977 (unter dem „C“ im Namen des nordrhein-westfälischen Innenministers Burkhard Hirsch). Zu diesem Zeitpunkt ermitteln schon die Sicherheitsbehörden. Die Festnahme erfolgt am 21. Mai in Hamburg.*

5. März – Rolf Grunert spricht als BDK-Vorsitzender auf einer Demonstration von Kripobeamten des Mittleren Dienstes in Düsseldorf. Er zählt eine Reihe von „*Skandalen*" auf: Der Zorn der Kriminalbeamten müsse auf die Spitze getrieben werden, „*wenn für Fehlplanungen und Fehlleistungen Millionen aus dem Fenster geworfen*" würden; „*wenn Radikalinskis und kommunistische Bänkelsänger behätschelt und betätschelt*" würden, den Kriminalbeamten aber vorgehalten werde, es müsse gespart werden.

Hermann Gassmann (*alias* „Bord-Kate") wird vom Hamburger Verfassungsschutz (wo Ende 1976 ein Verdachtshinweis eingegangen ist) bei einem Flug nach Berlin-Tegel observiert – ohne Ergebnis.

21. Mai – Rolf Grunert wird in Hamburg verhaftet.

10. Juni – Der BDK leitet ein Ausschlussverfahren gegen Grunert ein.

1. August – Im MfS kursiert – als „*streng geheim*" von der HV A in Umlauf gesetzt – eine „*Information über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen der BRD zu den europäischen sozialistischen Staaten*". Quelle: IM „Blumenfeld" (Ruth Polte).

26. August – MfS-Minister Mielke verlangt von festgenommenen West-IM zum wiederholten Mal, die Aussage zu verweigern.

21. Sept. – In der Ostberliner MfS-HV A trifft Material ein, das aus der Quelle Hermann Gassmann stammt (*alias* „Bord-Kate"): *„Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Beirates der IG Metall für die BRD am 25. März 1977 in Frankfurt am Main".*

1978
Rolf Grunert wird vom HOLG verurteilt

23. Mai – Rolf Grunert tritt in Hungerstreik, um gegen die Länge und die Bedingungen seiner Untersuchungshaft in Neumünster (Einzelhaft nach § 89 StVollzG) zu protestieren (bis 2. Juni).

4. Juni – Aufgrund des Wahlergebnisses für die 9. Legislatur rücken Gerd Löffler (*alias* „Händler“) für die CDU in die Hamburger Bürgerschaft ein (bleibt darin bis 3. Juni 1991), Arved Rüden für die SPD in die Bezirksversammlung Eimsbüttel (bleibt darin bis 17. Mai 1987). – Kurt Wand *jun.* hat – worüber sich sein Kollege und Parteifreund Werner Loewe später rückblickend wundert – auf die Möglichkeit, in die Bürgerschaft zu kommen, verzichtet. – Löffler wird Vorsitzender des neu in der Bürgerschaft eingerichteten Umweltausschusses.

17. August – In der HV A des *Ministeriums für Staatssicherheit* treffen Informationen über das Karlsruher „Objekt“ *Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen* (DWK, von 1964) ein. Quelle ist „Tessen“ (Johannes Koppe). Die Informationen werden an das DDR-*Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben* (ERAM) weitergeleitet und an die UdSSR.

~ *Oktober* – Das erste Heft der *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* (spw) erscheint, hg. „*von linken Sozialdemokraten*“, u.a. v. Detlev Albers (Bremen), Werner Loewe (Hamburg); als ständige Mitarbeiter zeichnen u.a. Traute Müller (Hamburg), Norman Paech (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West).

21. Dezember – Das HOLG verurteilt Rolf Grunert wegen *Geheimdienstlicher Agententätigkeit* (§ 99 StGB) zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft; dabei ist es irrtümlich davon ausgegangen, dass Grunert erst 1971 für das MfS tätig geworden wäre (anstatt →1962).

1979
Invasion sowjetischer Truppen in Afghanistan. NATO-Doppelbeschluss. MfS-Offizier Stiller wechselt in den Westen - Johannes Koppe flieht in die DDR

~~~ Karin Gaßmann, Ehefrau von Hermann Gassmann (*alias* „Bord-Kate“), muss ihre Berufstätigkeit in der Organisationsabteilung der Hamburger SPD krankheitshalber aufgeben.
~~~

19. Januar – Werner Stiller, Oberleutnant in der HV A, zuständig u.a. für die Ausspähung der westdeutschen Nuklearforschung und -wirtschaft, wechselt von der DDR in die Bundesrepublik und enttarnt zahlreiche Spione, darunter den in Hamburg bei den HEW agierenden Johannes Koppe (*alias* „Tessen“) und den in Karlsruhe arbeitenden (von Stiller direkt geführten) Reiner Fülle (*alias* „Klaus“).

„Große Scheiße!“
Johannes Koppe wird vom MfS alarmiert

Anruf bei IM „Tessen“ über Telefon „Männchen“ [Hauptabteilungsleiter Horst Männchen] am 20. Januar 1979, 19.02 Uhr, Nr. 040/3501174

Teilnehmer: Hallo.
Anrufer: Hier Autowäscherei Knispel. Bist Du es, Hans?
Antwort: Wer?
Anrufer: Christian.
Antwort: Ach so, du bist’s. Das ist fein, wie geht es?
Anrufer: Hör zu, das Autorennen mußt Du sofort beginnen.
Denk an Kontrollen! Du darfst in keine kommen.
Antwort: Wie viel Zeit?
Anrufer: Keine.
Antwort: Große Scheiße!
Anrufer: Alles klar. Sie suchen Dich!
Antwort: Na denn, ahoi. –

Der Teilnehmer war sehr ruhig und gelassen. Es war keine Erregung in seiner Stimme zu spüren. Zum Kontrollanruf 19.20 Uhr meldete sich kein Teilnehmer.

MfS-Telefonatsprotokoll v. 20. Jan. 1979 (BStU, Archiv der Zentralstelle. MfS-HA II, Nr. 36718, Bl. 39).

+ + +

Telefonanrufe im Tarntext

Der Telefonverkehr wird für die schnelle Übermittlung kurzer Informationen, vorrangig im Selbstwählverkehr, genutzt. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass er von feindlichen Geheimdienst- und Abwehrorganen überwacht wird. […] Es ist deshalb erforderlich:

- Informationen durch Code zu verschlüsseln und im Tarntext zu übermitteln. […]
- IM im Operationsgebiet, die keine legal abgedeckten Beziehungen zu Bürgern in der DDR unterhalten, nur in bestätigten Ausnahmefällen aus der DDR anzurufen.

Kommentar zur Richtlinie 2/79 des Ministers. Das Verbindungswesen. In: Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2. Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1998, S. 749.

21. Januar – Johannes Koppe und Ehefrau Hannelore (*alias* „Tessen“ und „Tessina“) entkommen dem laienhaft vorgetragenen Zugriff des Bundesnachrichtendienstes – via russischer Botschaft in Bonn in die DDR.

„Hamburger Atomspion ließ seine Möbel nachkommen – nach Ost-Berlin“

Im Morgengrauen rumpelten gestern zwei schwere Möbelwagen aus der „DDR“ über das Kopfsteinpflaster der Hamburger Kiebitzstraße (Eilbek). […] Die Möbelpacker brauchten den ganzen Tag, bis sie das Hab und Gut des Spionen-Paares verstaut hatten — dann ging’s ab nach Ost-Berlin. […] Ein Sprecher der Bundesanwaltschaft: „Dagegen ist nichts einzuwenden, da die Möbel mit dem Strafverfahren nichts zu tun haben und auch keinen Wert darstellen.“

Bild Hamburg v. 8. März 1979

\+ + +

„Probleme im Zusammenhang mit dem Rückzug“

- Container, C- und D-Mittel wurden nicht entsprechend der Anweisung und der eigenen Bestätigung vernichtet. Die Gegenstände wurden mit der Wohnungseinrichtung in die DDR zurückgebracht;
- Durch Denunziation erhielt BKA operative Fototechnik und Material, welches aus der Wohnung ausgelagert war.

MfS-Notiz, 14. Dezember 1979 (BStU, Archiv der Zentralstelle. MfS - HA II, Nr. 36718, Bl. 27)

\+ + +

Koppe muss auf seine Hamburger Konten verzichten

Wie Normalbürger verhielten sich die Koppes übrigens auch nach ihrem „Auszug“ aus der Hansestadt. Zwei Monate nach der Flucht holte ein Lastzug des VEB „Deutrans“ (Halle) die Möbel des Ehepaares aus deren Wohnung in der Kiebitzstraße (Eilbek) ab. Die Aktion war mit der Bundesanwaltschaft abgesprochen. Doch nicht alles konnte der ehemalige Hamburger „Atomforscher“ in den Osten retten. Seine Hamburger Konten – die Rede ist von fast sechsstelligen Summen – bleiben gesperrt.

Hamburger Abendblatt v. 6. Dez. 1979.

Abb. 49 – *Die Bild-Hamburg-Karikatur v. 8. März 1979 war hellsichtig: Koppe hatte in seiner Eile tatsächlich diverse Corpora delicti zurückgelassen, und diese machten später den Umzug in den Deutrans-Lastwagen mit.*

15. März – Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) schließt seinen ehemaligen Vorsitzenden Rolf Grunert aus.

27. Juni – Hamburgs Innensenator Werner Staak berichtet vor der Presse, Hamburg sei das vierthäufigst aus der DDR und anderen Ostblockstaaten ausgespähte Bundesland; bundesweit würden 3000 Ostspione vermutet (diese Angabe wird dann 2008 bestätigt). Die Zahl der vom Hamburger *Landesamt für Verfassungsschutz* bearbeiteten Verdachtsfälle sei gegenüber 1977 um ein Drittel angestiegen.

Hamburgs Bedeutung für DDR-Spione

Die Spionageaktivitäten östlicher Geheimdienste in Hamburg haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Dies stellte Senator Werner Staak am 27. Juni 1979 vor der Landespressekonferenz Hamburg im Phönix-Saal des Rathauses fest. Die nachrichtendienstlichen Erkenntnisse des ehemaligen Oberleutnants im Ministerium für Staatssicherheit, Stiller, hätten einmal mehr deutlich gemacht, dass Spionageaktivitäten in der Bundesrepublik für den Ostblock zu einem wichtigen ökonomischen Faktor geworden seien.

Die erste Auswertung der Erkenntnisse Stillers hätten in der Bundesrepublik zur Enttarnung von weit über 20 Agenten geführt; in fünf Fällen sei ein direkter Hamburger Bezug gegeben.

Verlautbarung der Staatlichen Pressestelle Hamburg, 27. Juni 1979.

12. Juli – Der Bundesgerichtshof verwirft die Revision Rolf Grunerts gegen das HOLG-Urteil vom 21. Dez. 1979.

25. September – Rolf Grunert beantragt im Ortsamt Blankenese einen Gewerbeschein für eine Detektei und trifft dabei auf die Verwaltungsangestellte Herma Zemke.

27. September – Grunert wendet sich an Bundespräsident Karl Carstens, um sich hinsichtlich seiner verbliebenen 28 Hafttage begnadigen zu lassen.

7. Oktober – Staatsicherheitsminister Mielke verleiht Rolf Grunert den *Kampforden für Verdienste um Volk und Vaterland in Silber* – aus Anlass des 30. Jahrestags der Gründung der DDR.

8. Dezember – Im MfS gilt ab sofort die IM-Richtlinie 2/79. – Die Hauptabteilung A umfasst jetzt 1864 offizielle Mitarbeiter, das bedeutet gegenüber 1968 einen Zuwachs um 221%, trotz (oder aufgrund) der 1970-1973 von bundesrepublikanischer Seite geschlossenen Ostverträge und des Grundlagenvertrags von 1972 („Entspannungspolitik").

12. Dezember – Der NATO-Doppelbeschluss kombiniert die Aufstellung neuer Atomraketen und Marschflugkörper in Westeuropa mit der Forderung nach bilateralen Abrüstungsverhandlungen der beiden Supermächte.

1980
Johannes Koppe - ein Doppelagent?

~~~ Ernst Uhrlau (SPD) wird Stellvertretender Leiter des Hamburger Amtes für Verfassungsschutz, an dessen Spitze Christian Lochte (CDU) steht.

21. Januar – Bundespräsident Carstens lehnt Grunerts auf seine letzten vier Wochen Haftstrafe bezogenes Gnadengesuch ab – trotz Befürwortung des HOLG und des Generalbundesanwalts Rebmann.

7. Dezember – In einem internen MfS-Bericht werden Anhaltspunkte für eine eventuelle Doppelagentenschaft des in die DDR zurückgekommenen Johannes Koppe referiert. Es sollen weitere *„operative Kombinationen"* veranstaltet werden, um die Verdachtsmomente ausräumen zu können.

1981
Hermann Gaßmann wird verhaftet

10. März – Die über Hermann Gassmann im NADIS (*Nachrichtendienstlichen Informationssystem der Verfassungsschutzbehörden*) gespeicherten Daten werden aufgrund eines erneuten Tatverdachts an die Bundesanwaltschaft übermittelt. →1977
~~~

28. März – Hermann Gassmann wird kurz vor seinem Abflug zu einer auf nur wenige Stunden veranschlagten Stippvisite nach Berlin auf dem Hamburger Flughafen festgenommen. Im ersten Verhör verwickelt er sich in Widersprüche.

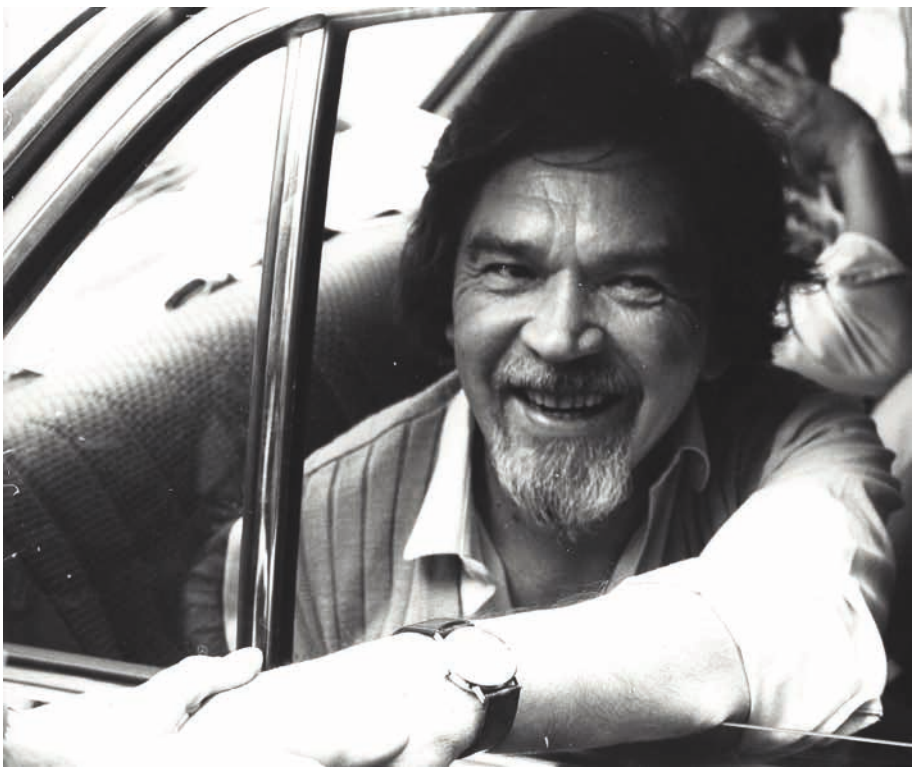


Abb. 50 – *Hermann Gaßmann (alias „Bord" oder „Bord-Kate") gibt sich siegessicher: Staatanwälte und Richter könnten ihn nicht überführen.*

30. März – Die AKG (*Auswertungs- und Kontrollgruppe*) der MfS-Hauptabteilung II (zuständig für die Absicherung des IM-Netzes) legt eine Gassmann-Karteikarte an: Die im „*Operationsgebiet*" tätige „Inge Schneider" (Klarname Ruth W.) hat den Beginn von Ermittlungen gegen Gassmann gemeldet.

31. März – Das Hamburger Arbeitsgericht weist durch ein Versäumnisurteil Johannes Koppes Klage gegen seinen einstigen Arbeitgeber HEW zurück, die Firma möge ihm seine Betriebsrente auszahlen und ein Arbeitszeugnis ausstellen.

6. August – Das Militärobergericht Berlin [-Ost] verurteilt die Hamburgerin Ingrid Kleinert wegen „*Sammlung von Nachrichten*" zugunsten des *Landesamts für Verfassungsschutz Hamburg* (§§ 98, 22 StGB/DDR →1968) zu vier Jahren Freiheitsstrafe, den Ehemann Harald Kleinert am 2. September 1981 zur Höchststrafe von zwölf Jahren. Beide waren am 3. März verhaftet, ihre Kinder nach Westdeutschland zurückgeschickt worden. →1983

2. September – Hermann Gassmann wird aus der U-Haft entlassen, muss sich regelmäßig bei der Polizei melden.

6. September – Bundesdeutsche Geheimdienste holen den 1979 (ebenso wie Johannes Koppe) von Werner Stiller verratenen Atomspion Reiner Fülle konspirativ aus der DDR zurück; Fülle hat sich in der DDR unwohl gefühlt und zum Doppelagenten entwickelt.

„Im Korsett von Geheimdienst-Spielregeln"

Fülle wurde drüben dekoriert und gefeiert, er bezog ein Haus in Klein-Machnow bei Berlin, konnte sich zwei Autos und ein Motorboot leisten – aber Ehefrau und Tochter blieben im Westen.

Bald fühlte sich der gesellige Fülle, einst unter Karlsruher Kollegen als Kneipentyp geschätzt, im Korsett von Geheimdienst-Spielregeln und DDR-Konventionen eingeengt. Auch bedrückte ihn, wie er später schilderte, das „psychische Elend" vieler westlicher Ex-Agenten, die sich – enttarnt oder auch schon verurteilt – in den Staat ihrer Auftraggeber abgesetzt hatten und dort trotz Privilegien isoliert blieben.

Anfang 1980 nahm Fülle Kontakt zum Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz auf und erbot sich seinen einstigen Verfolgern zu neuerlichem Seitenwechsel.

Tätige Reue. In dieser Woche beginnt vor dem OLG Stuttgart der Prozeß gegen einen Doppelagenten, der in die DDR und zurück flüchtete. In: Der Spiegel 2/84, S. 74.

1982
Johannes Koppe fühlt sich wohl in der DDR

22. April – Das MfS beschert Johannes Koppe seine seit langem vermisste, aus der Bundesrepublik beschaffte Eisenbahnsammlung. Koppe kommentiert den Vorgang mit den Worten, nun könne „*das Leben in der DDR für ihn richtig losgehen*“.

Abb. 51 – *Johannes Koppe, hier noch in Hamburg zu sehen, zeigt Schülern seine stadtbekannte Eisenbahnsammlung. In der DDR fühlte er sich erst richtig „angekommen“, nachdem das MfS ihm die Sammlung nachgeholt hatte.*

8. November – Auf Betreiben der IG Metall wird Hermann Gassmann (*alias* „Bord-Kate“) von der SPD-Bürgerschaftsfraktion erneut als Kandidat für eine der Deputationen nominiert – demonstrativ.

19. Dezember – Im Zusammenhang mit den Bürgerschaftswahlen wird die Bezirksversammlung Eimsbüttel neu gewählt, bald darauf Arved Rüden (*alias* „Gerd“) zum stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden erkoren.

1983
Hermann Gaßmann wird verurteilt

~~~ Gerd Löffler (*alias* „Händler“) erwirbt auf Wunsch der NVA die Mitgliedschaft in der *Carl-Cranz-Gesellschaft e.V.* (CCG) und nimmt in den folgenden Jahren an allerlei Fortbildungsveranstaltungen dort teil – auf Veranlassung und Kosten der NVA. →1960

~~~ Arved Rüden (*alias* „Gerd“) übernimmt es im Auftrag des Hamburger Verfassungsschutzes, die Entschädigungsforderungen des in der DDR 1981 zu Haftstrafen verurteilten, mittlerweile ausgetauschten Spion-Ehepaars Kleinert (→1981) zu vertreten und gleichzeitig gering zu halten; Rüden lässt die DDR-Seite am Stand der Dinge teilhaben.

23. Februar – Zwei Tage vor der ihn betreffenden Urteilsverkündung: Hermann Gassmann wird von der Hamburger Bürgerschaft in die Deputation der Baubehörde gewählt.

25. Februar – Gassmann wird vom HOLG zu 30 Monaten Haft verurteilt. Die Befähigung zur Übernahme öffentlicher Ämter wird ihm für drei Jahre aberkannt.

6. März – Hermann Gassmann fungiert als Wahlvorstand bei der Bundestagswahl in einem Bergedorfer Wahllokal – eine Demonstration: Das Urteil, das ihm die „bürgerlichen Ehrenrechte“ aberkennt, ist noch nicht rechtskräftig.

9. März – Etwa 500 Menschen nehmen an einer „*Solidaritätsdemonstration gegen das Gassmann-Urteil*“ teil, veranstaltet vom *Solidaritätskreis Hermann Gassmann*.

24. Oktober – Im MfS (HA II) wird ein „*Vorschlag zur Einstellung der operativen Bearbeitung des SOV (Sonderoperativvorgangs) ‚Tessen‘ / ‚Tessina‘*“ ausgearbeitet: „*Im Bearbeitungszeitraum wurden keine Hinweise über eine feindliche Tätigkeit des IM „Tessen“ gegen die DDR bzw. aktive Feindmaßnahmen gegen das IM-Ehepaar festgestellt.*“

4. November – Gassmanns Revision wird vom Bundesgerichtshof als „*offensichtlich unbegründet*“ zurückgewiesen; der BGH bezeichnet die über ihn vom HOLG verhängte Haftstrafe als „*maßvoll*“.

1984
Hermann Gaßmann wird begnadigt und entlassen

~~~ Rolf Grunerts Hamburger Detektei erhält verdeckte Aufträge des MfS, HV II.

Grunerts Einmann-Detektei arbeitet der DDR zu

Der neue Besen [„Erhard“, Grunerts neuer Führungsoffizier im MfS] ließ sich aber etwas anderes einfallen: Verdeckte Ermittlungsaufträge des MfS an meine Detektei. Gewiss, das waren nur einfache Feststellungen, zum Beispiel Personen- und Wohnungsüberprüfungen, Kfz-Halter-Feststellungen oder die Aufklärung, ob bestimmte Personen Vorstrafen hätten […]

In viele Ermittlungen meiner Detektei habe ich aktive Kriminalbeamte, Polizisten und andere Behördenbedienstete der Bundesrepublik eingeschaltet. Sogar meine spätere Frau, Herma, die damals beim Ortsamt Blankenese angestellt war. […]

Ich habe nur eine Rechtfertigung gegenüber meinen Mitstreitern und Mitkämpferinnen: Keiner von denen, die jemals für oder mit mir oder für meine Detektei gearbeitet haben, konnte wissen oder auch vermuten, dass er/sie, wenn auch in dem einen oder anderen Fall nur indirekt, „*für den Geheimdienst einer fremden Macht*“ tätig war.

Rolf Grunert: Der Kriminalkommissar. Biografie. Berlin 2003, S. 366 f.

Abb. 52 – *Rolf Grunert, Kommunist, Hamburger Polizeikommissar, „Law-and-Order“-Propagandist, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, vielfach ausgezeichneter DDR-„Tschekist“, Häftling, Hauptamtlicher Informeller Mitarbeiter des Ostberliner Mielke-Ministeriums, Führungsoffizier seiner eigenen Hamburger Geliebten, nach der Wende noch mancherlei Aufsehen erregendes PDS-Mitglied – ein Exemplar des Typs „egozentrischer Abenteurer“ (hier fotografiert als Privatdetektiv Anfang der 1980er Jahre).*
~~~

1. Februar – Das HOLG spricht sich gegen eine Begnadigung Hermann Gassmanns aus, wie sie auf politische Initiative aus IG Metall und SPD von Rechtsanwalt Jürgen Schmude (SPD) beantragt worden ist (1978–1981 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1981–1982 Bundesminister der Justiz, 1982 Bundesminister des Innern).

5. Januar – Gassmann tritt seine Haft in der Vollzugsanstalt Fuhlsbüttel an – begleitet von einer Solidaritätsdemonstration. Er ist mit einer Arbeitsplatzgarantie der IG Metall ausgestattet und weiterhin Deputierter der Baubehörde.

11. Januar – Gassmann wird in die Anstalt Vierlanden verlegt, wo er Besuch empfangen und Regelurlaub bekommen darf.

15. Februar – Bürgerschaftspräsident Peter Schulz entscheidet, dass Gassmann aus der Deputation der Baubehörde ausscheiden muss.

3. März – Gassmann erhält Sonderurlaub aus der Haft für eine Teilnahme an einer Vertreterversammlung der IG Metall.

8. März – Der Hamburger Senat erlässt Gassmann zwei Drittel seiner Haftstrafe auf dem Gnadenwege, der verbliebene Rest wird zur Bewährung ausgesetzt.

4. April – In einer Aktuellen Stunde der Bürgerschaft (zum von der CDU eingebrachten Thema „*Frühzeitige Begnadigung eines rechtskräftig verurteilten Ostagenten*“) ruft der GAL-Abgeordnete Bernd Vetter aus, der HOLG-Strafsenat (der an Gassmann ein „*haltloses Schandurteil*“ verübt hätte), habe „*jede Brüskierung und Beleidigung verdient*“.

22. April – Hermann Gassmann, der vier Tage Sonderurlaub aus der Haft erhalten hat, nimmt am Ostermarsch teil und spricht auf einer Kundgebung der Friedensbewegung auf dem Rathausmarkt, zusammen mit dem Hamburger DKP-Chef Wolfgang Gehrcke und SPD-Senator Jan Ehlers.

1. Mai (Tag der Arbeit) – Gassmann hat Hafturlaub und spricht auf einer DGB-Kundgebung.

12. Mai – Hermann Gassmann wird vorzeitig aus der Haft entlassen; unter Anrechnung seiner Untersuchungshaft hat er von den 30 Monaten, zu denen er verurteilt worden ist, zehn Monate verbüßt.

20. Juni – Die IG Metall kündigt Gassmann zum Jahresende, wegen zurückliegenden und aktuellen Vertrauensbruchs.

1985
Michail Gorbatschow wird Generalsekretär der KPdSU. Rolf Grunert wird Hauptamtlicher IM des MfS

6. Februar – Das Stasi-Ministerium feiert 35-jähriges Bestehen. Im Palast der Republik wird ein „*Kampfmeeting für verdiente Tschekisten*“ veranstaltet, unter Teilnahme des Generalsekretärs der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrats (Erich Honecker). Auch Johannes Koppe und seine „*Ehefrau und Kampfgefährtin*“ Hannelore Koppe sind eingeladen.

„Kundschafter des Friedens“, „Helden des geheimen Kampfes“ – 35 Jahre Ministerium für Staatssicherheit

Solange der Imperialismus existiert, solange es Kräfte gibt, die bestrebt sind, zur Erreichung ihrer politischen Ziele militärische Machtmittel einzusetzen und subversive Aktionen zu organisieren, bleibt die Tätigkeit sozialistischer Kundschafter eine unabdingbare Notwendigkeit, denn sie sind wahrhafte Kundschafter des Friedens. Die Helden des geheimen Kampfes sind glühende Patrioten und Internationalisten, mutige Kämpfer gegen den Krieg sowie alle nationalsozialistischen Pläne und Machenschaften des Klassenfeindes. Der ökonomische Kampfabschnitt bildete in der 35-jährigen Existenz des MfS stets ein Hauptfeld seiner Tätigkeit.

Aus Erich Mielkes Rede zum 35-jährigen Bestehen des Ministeriums für Staatssicherheit (6. Februar 1985), zit. n. Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil 2. Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1998., S. 515.

20. Februar – Nach dem HOLG verwirft auch der Bundesgerichtshof Rolf Grunerts Antrag auf Wiederaufnahme des Strafverfahrens.

11. März – Michail Sergejewitsch Gorbatschow wird Generalsekretär der KPdSU – ein kommunistischer Reformer, der bald durch seine Konzeptionen von *Glasnost* (Offenheit) und *Perestroika* (Umstrukturierung) berühmt wird.

26. März – Die HV A, Abt. VII (Auswertung) reicht 22 Blatt *Politische Erläuterungen zum Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Kriegswaffenkontrolle* an andere Diensstellen weiter. Quelle: IM „Blumenfeld" (Ruth Polte).

18. Juni – Rolf Grunert setzt sich in die DDR ab, gilt DDR-offiziell als „*aus dem Operationsgebiet zurückgezogen*". Er wird am 8. Juli vom IMB zum HIM umgewidmet (zum *Hauptamtlichen Informellen Mitarbeiter*) – „*aufgrund der 15-jährigen zuverlässigen und ehrlichen inoffiziellen Mitarbeit*", seiner „*operativen Verdienste*" und „*seiner standhaften Haltung vor den BRD-Untersuchungs- und Justizorganen*". Grunert, bald darauf DDR-Bürger, erhält jetzt ein ansehnliches monatliches Nettoeinkommen von 1500 Mark und einen Scheinarbeitsvertrag als Kaderinstrukteur beim *VEB Spezialmontagen Weimar* (Schwermaschinenbau-Kombinat *Ernst Thälmann*), mit Dienstwagen *Lada*.

27. Juli – Rolf Grunert überredet seine Hamburger Geliebte Herma Zemke in einer Ostberliner konspirativen Wohnung im Zuge eines „*operativen Gesprächs*" zur Spionage. An Ort und Stelle entsteht aus der Fortsetzung des Gesprächs, nunmehr über Hermas Dienstalltag im Ortsamt Blankenese, ein „*konspirativer*" Bericht (u. a. über den Altonaer Bezirksamtsleiter Strenge und den Ortsamtsleiter Ploen), der dem MfS als geldwerte Information verkauft wird.

24. November – Rolf Grunert schreibt einen in finanziellen Schwierigkeiten steckenden ehemaligen Polizeibeamten in Bremen an (Harald Oetjen), er möge sich mit ihm in Ostberlin treffen. – Oetjen fährt im Einvernehmen mit dem Bremer Verfassungsschutz dorthin und erklärt sich zum Schein bereit, Grunert konspirativ zuzuarbeiten.

GRUNERT prahlt mit „führender Position im MfS“

Mit Rolf Grunert bin ich anschließend alleine am Alexanderplatz in ein Lokal gegangen, wo wir gemeinsam gegessen haben […] Noch in diesem Lokal hat Grunert gesagt, dass er für den Staatssicherheitsdienst arbeitet, daß er da eine führende Position innehabe, dass er in Ostberlin Referate bei Staatssicherheitsleuten halte und dass ich für ihn arbeiten solle.

Mit dem Landesamt für Verfassungsschutz [Bremen] war zuvor abgesprochen, dass ich auf Grunerts Wünsche eingehen solle.

Harald Oetjen, Verhör, Bremen, 2. Aug. 1992 (StA HH, Abl. 01/07 Nr. 1 OJs 20/92, Bd. 4, Bl. 86).

1986
Bundeskanzler Kohl würdigt die Verdienste des BND

8. April – Der BND feiert sein 30-jähriges Bestehen. Bundeskanzler Kohl attestiert der Behörde, „*einen wichtigen Beitrag zur Wahrung von Frieden und Freiheit in der Welt*“ zu leisten. →1956, 1953, 1947

„*Wichtiger Beitrag für Frieden und Freiheit in der Welt*“
30 Jahre Bundesnachrichtendienst

Bei einer Feierstunde zum 30-jährigen Bestehen des Bundesnachrichtendienstes (BND) bezeichnete Bundeskanzler Helmut Kohl in Pullach bei München die Arbeit des Dienstes als einen wichtigen Beitrag zur Wahrung von Frieden und Freiheit in der Welt. Das Informationsangebot des BND sei für die Politiker unverzichtbar, denn der Staat brauche für seine politischen Entscheidungen auch Informationen, die nicht allgemein zugänglich sind.

Die Welt v. 9. April 1986.

14. April – Die HV A, Abt. VII, reicht 10 Blatt *Entwurf von Friedensthesen des SPD-MdB Paterna zur Diskussionsgrundlage in der SPD-Bundestagsfraktion* intern weiter. Einschätzung des Quellenwerts: „*Befriedigend*“. Quelle: IM „Blumenfeld“ (RUTH POLTE).

18. April – Die IG Metall und HERMANN GASSMANN trennen sich nach langen arbeitsgerichtlichen Verhandlungen mit Hilfe eines Vergleichs.

7. Mai – Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) der Hamburger Bürgerschaft „*zur Überprüfung der Aufsichtstätigkeit der Behörden gegenüber der Geschäftstätigkeit der Unternehmensgruppe Neue Heimat*“ belastet den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Gerhard Orgaß schwer, ohne diesem Gehör geschenkt zu haben. Gerd Löffler (*alias* „Händler“) ergreift Partei für seinen politischen Ziehvater Orgaß, der von der CDU-Spitze dem PUA als „Bauernopfer“ gebracht worden ist.

2. September – Im Ostberliner MfS, HV A, Abt. 4 (SPD) geht ein: Ein fünfseitiger Bericht zum Thema „*Charakterisierung der gegenwärtigen Lage im spw-Beirat*“; Namensnennungen u.a.: Detlev Albers, Britta Ernst, Traute Müller, Kurt Neumann. Absender: IM „Kugel“ (Kurt Wand *jun.*). →1978

1987
Johannes Koppe engagiert sich in der "tschekistischen" Traditionspflege

~~~ Das MfS bringt eine Broschüre zur Imagepflege heraus (*Kundschafter im Dienst des Friedens*), worin als historisch bedeutsam und vorbildhaft deklarierte „*Aufklärer*“, „*Kämpfer an der unsichtbaren Front*“ etc. verherrlicht werden, u.a. das Ehepaar Guillaume.

27. Februar – Johannes Koppe berichtet aus seiner „*tschekistischen Tätigkeit*“ vor verdienten Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) *Goldene Ähre*, Kalkhorst, anlässlich der Verleihung des Ehrennamens „*Dr. Richard Sorge*“ an die LPG. Den Bäuerinnen und Bauern ist zuvor das Studium des *Richard-Sorge-Reports* (von Julius Mader) empfohlen worden und das „*Anhören der Schallplatte bzw. Kassette über die Gruppe ‚Ramsay‘*“(um Sorge herum); so sei eine Basis für die weitere „*erfolgreiche Pflege revolutionärer und tschekistischer Traditionen geschaffen*“ worden.
~~~

Im Geiste Dzierzynskis – Tschekist Johannes Koppe

Nach erfolgreicher Lösung der Aufgaben an der unsichtbaren Front stellte Gen. Dr. Koppe seine Spezialkenntnisse der Volkswirtschaft der DDR zur Verfügung. Er ist Mitarbeiter im Forschungsbereich des VE Kombinats Kernkraftwerke Bruno Leuschner in der Hauptstadt der DDR. Seit Mai 1987 ist Dr. Koppe Ehrenmitglied des verdienstvollen Kollektivs der B-Schicht, Block 5-8 im Bereich des Stammbetriebs Greifswald/Lubmin, des zukünftigen Trägers des tschekistischen Ehrennamens *F. E. Dzierzynski*.

Worte zur Begrüßung von Johannes Koppe vom Leiter der MfS-Kreisdienststelle Stralsund, o.D. [1988] (BStU, Archiv der Außenstelle Rostock, KD Stralsund, Nr. 326).

31. März – Der Kaufmann Uwe Harms, Geschäftsführer der Hamburger traditionsreichen, mittlerweile in ein verdecktes DDR-Firmennetzwerk integrierten Speditionsfirma *Richard Ihle*, wird in Hamburg ermordet – von der Stasi, wie vermutet wird, aber nicht bewiesen werden kann. Jedenfalls wird Rechtsanwalt Arved Rüden (*alias* „Gerd“) vom Hamburger Verfassungsschutz (Ernst Uhrlau) beauftragt, der Witwe anwaltlich beizustehen. Rüden hält zugleich das MfS auf dem Laufenden, fährt zu Treffs nach Rostock zum Zwecke „*der Nachbereitung*“ – wie sich sein Kurier, der (freilich ausgerechnet im Fall Harms außen vor gelassene) Claus Pistohl, später ausdrückt.

4. August – Herma Zemke, Rolf Grunerts Lebensgefährtin, wird von dem HV-A-Offizier Arnim Ribbecke verpflichtet, ist jetzt IM „Hanni“ und quittiert bis 1989 „Agentenlohn“-Beträge in Höhe von 21.300 DM. – Gegenüber IM „Hanni“ zeichnet Grunert jetzt als HIM „Rolf Schneider“.

1988
Kurt Wands Lebensgefährtin wird SPD-Landesvorsitzende

~~~ Kurt Wand *jun.* (*alias* „Kugel) zeichnet als Mitglied im Herausgebergremium der Zeitschrift spw (neben Detlev Albers, Olaf Scholz u.a.). →1978, 1986
~~~

15. Januar – Ein MfS-Offizier urteilt über den NVA-AM „Händler" (***A****genturischer* ***M****itarbeiter* Gerd Löffler), „*bei entsprechender Führung und Zielstellung könnte ‚H.' zu einer Spitzenquelle entwickelt werden*".

26. Juni – Die Vorsitzende des als links eingestuften SPD-Kreises Eimsbüttel, Traute Müller, Lebensgefährtin von Kurt Wand *jun.* (*alias* „Kugel") wird Vorsitzende der Hamburger SPD.

27. September – Rolf Grunert schreibt einen Kriminaldirektor im BKA Wiesbaden an (einen alten Bekannten von ihm), er möge nach Ostberlin kommen, um ihm bei der Redaktion eines Buches über den *Bund Deutscher Kriminalbeamter* (BDK) zu beraten; am 28. Sept. wird ein zweiter BKA-Beamter deshalb angeschrieben. Grunert arbeitet vor allem an seinen für das DDR-Publikum bestimmten Memoiren.

Die Wende und die Zeit danach (1990–2015)

1989
Die Mauer fällt

~~~ In Leipzig erscheint das Miniaturbuch *Kundschafter des Friedens* (Bd. 1, mehr nicht erschienen) mit einem Vorwort von Erich Mielke und Lebensbildern u.a. von dem Ehepaar Guillaume und von Johannes Koppe.

~~~ Rolf Grunert korrigiert die Druckfahnen seiner Memoiren u.d.T. *Der Kommissar*, die im Ostberliner *Verlag Neues Leben* herauskommen sollen, dann aber aufgrund der Wende unpubliziert bleiben.

15. Januar – Das MfS hat für IM „Gerd" (Arved Rüden) schon vor längerer Zeit vorsorglich ein Konto als Rücklage für eine eventuell erforderlich werdende Rückführung aus dem „*Operationsgebiet*" eingerichtet, und an diesem Stichtag weist es ein Guthaben von 68.194,20 Mark der DDR auf. – Ein durchschnittliches Monatseinkommen in der DDR beträgt 1980: 787 M, 1989: 1290 M.

18. April – Rolf Grunert (*alias* „Wilhelm Schneider", *alias* „Rolf Schneider") hält einen Vortrag in Glienicke vor MfS-Mitarbeitern. Thema „*Tätigkeit eines ehemaligen Kundschafters*".

5. Mai – Der Generalbundesanwalt beginnt ein Ermittlungsverfahren gegen Rolf Grunert (DDR-Bürger seit 1985) wegen – erneuter – *Geheimdienstlicher Agententätigkeit* und erlässt Haftbefehl: Grunert sei „*flüchtig*".

~ **September** – Der MfS-Kurier, mit dem Kurt Wand jun. (*alias* „Kugel") in Hamburg einmal wieder zusammentrifft, erklärt die Zusammenarbeit für einstweilen beendet; „*auf entsprechende Frage erklärte sich der Angeklagte*" – so weiß das Gericht später – „*jedoch bereit, für den Fall, dass das MfS seine Arbeit wieder aufnehmen würde, weiterhin mit diesem Nach-*

richtendienst zusammenzuarbeiten".

7. Oktober – „*Tag der Republik*". Die DDR schwächelt. Erich Mielke hat angesichts bevorstehender Demonstrationen „*den bewaffneten Organen*" befohlen: „*Feindliche Aktivitäten sind mit allen Mitteln entschlossen zu unterbinden.*" Zugleich lässt er Rolf Grunert die Ehrenurkunde für „*25 Jahre treue Dienste in den bewaffneten Organen der Arbeiter- und Bauernmacht und die dabei ständig bewiesene gewissenhafte Pflichterfüllung und Einsatzbereitschaft*" überreichen.

MINISTERRAT DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTER FÜR STAATSSICHERHEIT

EHRENURKUNDE

DANK UND ANERKENNUNG

Genossen
GRUNERT, Rolf

für

25 JAHRE TREUE DIENSTE

in den bewaffneten Organen der Arbeiter-und-Bauern-Macht
und die dabei ständig bewiesene gewissenhafte Pflichterfüllung
und Einsatzbereitschaft

Berlin, den 07. Oktober 1989

Minister für Staatssicherheit
der Deutschen Demokratischen Republik

Abb. 53 – *„25 Jahre Treue Dienste" – Rolf Grunerts letzte DDR-Auszeichnung. Beim Tag der Republik ist Michael Gorbatschow in Ostberlin zu Gast und äußert verhaltene Skepsis gegenüber dem Honecker-Regime. Es war dann der letzte dieser DDR-Nationalfeiertage. Grunert hat der DDR nachgetrauert.*

9. November – Die Mauer fällt. Öffnung der deutsch-deutschen Grenze.

~ „Herbst" – Letztes Treffen zwischen Ruth Polte (*alias* „Blumenfeld") mit Kurier „Ilona" in Hamburg. Polte erhält eine Abschaltprämie von 1500 DM.

17. November – Der am 13. November von der Volkskammer neugewählte DDR-Ministerpräsident Modrow gibt die Umbenennung des *Ministeriums für Staatssicherheit* in *Amt für Nationale Sicherheit* (AfNS) bekannt. Das Netz der Inoffiziellen Mitarbeiter bleibt einstweilen erhalten.

12. Dezember – Herma Zemke, Rolf Grunerts Lebensgefährtin (IM „Hanni"), verlässt Hamburg und geht in die DDR.

17. Dezember – Am Ende eines langen Parteitages (8./9. und 16./17. Dez.) in Ost-Berlin ist die SED umbenannt in *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus* (SED-PDS). Im Februar 1990 wird der Namensbestandteil SED gestrichen.

1990
"Beitritt" – das Ende der DDR.
"Top-Spion" Gerd Löffler fliegt auf:
Erst Durchsuchung, dann Immunitätsaufhebung

~~ „Anfang des Jahres" – Ex-MfS-Oberst Eberhard Lehmann dient sich den bundesdeutschen Staatsschutzbehörden an und offenbart – unter dem Decknamen „Glasschüssel" und gegen viel Geld – allerlei ehemalige Spione des MfS und der NVA, darunter Dieter Popp (*alias* „Asriel") und Gerd Löffler (*alias* „Händler").

~ Januar – Letzter konspirativer Treff für Wolfgang Jaeger (*alias* „Günther") mit seinem MfS-Führungsoffizier Bernhard Hofter (Rostock), der noch einmal „*800 bis 1000 Mark*" übergibt und sich bis auf weiteres verabschiedet.

13. Januar – Die DDR-Regierung Modrow beschließt, das AfNS ersatzlos aufzulösen.

2. Februar – Arved Rüden trifft sich zum letzten Mal mit seinem Kurier „Alfred" (Claus Pistohl) in Lübeck.

6. Februar – Ein 40-jähriges Jubiläum des MfS ist schon seit längerem geplant, fällt aber nun aufgrund von Höherer Gewalt ins Wasser. Eine schon entworfene „*Verdienstmedaille des MfS*" wird nicht mehr produziert. Markus Wolf hat im Vorfeld bereits ein russisches Tschekistenlied ins Deutsche übertragen und eine Schallplatte mit diesem und weiteren Tschekistenliedern produzieren lassen. 1000 Exemplare werden an verdiente Mitarbeiter

und Freunde verteilt. – Eine 1999 erschienene CD enthält mehrere Stücke dieser Sammlung.

„*Soldaten der unsichtbaren Front*“
Markus Wolf dichtet eine russische Tschekisten-Hymne nach

Jeder dieser Soldaten kämpft am Frontabschnitt allein
und doch lernt jeder einzelne Kraft der Vielen zu erkennen.
Auf den Seiten im Buch des Ruhms werden die Namen sein,
all der Mutigen, die wir nicht, heute noch nicht nennen.

Refrain:

[Каждый миг на чеку!
Каждый шаг на чеку!
Даже в мирные дни. Вечный бой.
Чекисты – незримого фронта солдаты,
Готовы на подвиг любой.]

Wachsam sein, immerzu, – wachsam sein!
Und das Herz ohne Ruh – wachsam sein!
Auch in friedlicher Zeit – wachsam sein! – nie geschont.
Tschekisten, Beschützer des Friedens der Menschen,
Soldaten der unsichtbaren Front.

Zit. n. Nun summt ihr beim Träumen. In: Spiegel 13/ 1992, S. 62; Russischer Refrain zit. n. http://www.sovmusic.ru/text.php?fname=kundscha, 20. Juli 2015); Helden an der unsichtbaren Front. Tschekisten singen, rezitieren und musizieren. CD. Kleinmachnow 1999, Titel 5.

26. Februar – Beschluss des DDR-Ministerrates „*zur Vernichtung aller magnetischen Datenträger des ehemaligen MfS/AfNS mit personenbezogenen Daten*“.

16. März – Der letzte Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Admiral Theodor Hoffmann, verfügt durch Befehl Nr. 1206/90 für den Bereich der NVA die „*Einstellung der illegalen Arbeit gegen die BRD*“ zum 31. März 1990, Abschaltung der Quellen und die Vernichtung der Unterlagen bis zum 21. Juli 1990.

30. März – Ruth Polte wird vom Landesparteitag der SPD zur Seniorenbeauftragten der Partei gewählt.

~ April – Gerd Löffler (*alias* „Händler“) trifft sich zum letzten Mal mit dem NVA-Kurier Peter Borkenhagen in Wittenburg, überreicht noch einmal Material (ohne dafür noch Entgelt zu erhalten), gibt einen Container zurück.

2. April – Rolf Grunert und Herma Zemke heiraten in Erfurt (DDR).

15. Mai – Das *Bundesamt für Verfassungsschutz* informiert das Hamburger LfV über den gegen Löffler bestehenden Verdacht. Chef des LfV ist der CDU-Politiker Christian Lochte, Mitglied des informellen internen Führungszirkels der Partei, des umstrittenen „*Magdalenenkreises*“ um den Landesvorsitzenden Echternach herum, bei dem Löffler sich wegen der Orgaß-Affäre unbeliebt gemacht hat. →1986

22. Mai – Das Oberste Gericht der DDR kassiert das Verfahren, dem 1959 u. a. der Romanist Winfried Schröder und Ruth Hötzsch (spätere Polte) zum Opfer gefallen waren: „*Das Urteil des Bezirksgerichts Halle verstößt gröblich gegen die Gesetzlichkeit. […] Die Verurteilten haben ausschließlich ihr demokratisches Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen, das ihnen gemäß Art. 9 der Verfassung der DDR […] garantiert war.*“

19. Juli – Die Illustrierte *Quick* hat durch Indiskretion von Löfflers bevorstehender Enttarnung erfahren, macht mit ihm ein thematisch an den Haaren herbeigezogenes Interview (das dann am 13. Sept. erscheint (u. d. T. „*Das letzte Interview mit dem DDR-Spion vor seiner Verhaftung. Dr. Löffler, CDU: ‚Wir müssen der DDR helfen!‘*“).

25. Juli – Der Karlsruher Generalbundesanwalt legt einen Überprüfungsvorgang „Löffler“ an, eine erste Information an die Präsidentin der Bürgerschaft folgt am 6. Aug. 1990.

24. August – Die erste frei gewählte Volkskammer der DDR verabschiedet das *Gesetz zur Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Akten des MfS/AfNS*.

4. September – Wohnung und Abgeordnetenbüro des parlamentarisch noch immunen Gerd Löffler werden durchsucht – aufgrund einer Vorabgenehmigung durch die Präsidentin der Bürgerschaft, Helga Elstner.

5. September – Die Hamburger Bürgerschaft hebt Löfflers Immunität zum Zwecke der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens auf – während der Beschuldigte sich bereits im Gebäude des Landeskriminalamtes befindet.

6. September – Der Chef des Informationszentrums im Ostberliners *Ministerium für Abrüstung und Verteidigung*, General Alfred Krause, versichert dem alarmierten Minister Rainer Eppelmann aus Anlass des Falls Löffler, die Einstellung der illegalen Arbeit sei weisungsgemäß erfolgt, das Ende der „*Zusammenarbeit mit allen 138 konspirativen Mitarbeitern in der BRD sogar vorfristig zum 30. Juni 1990*".

Gerd Löffler legt vor dem Karlsruher Ermittlungsrichter Klaus Detter ein Teilgeständnis ab.

7. September – Ernst Uhrlau, stellvertretender Leiter des Hamburgischen LfS, sagt im Rahmen eines Interviews: „*Wenn wir mal davon ausgehen, dass wir im Hamburger Bereich schätzungsweise 200 DDR-Agenten gehabt haben – und davon 10% sogenannte Spitzenquellen, dann dürfte er [Gerd Löffler] eine Spitzenquelle gewesen sein*."

20. September – Der Bonner Bundestag und die DDR-Volkskammer stimmen dem Einigungsvertrag zu: Der „*Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands*" (vom 31. August 1990) hat das Strafrecht der DDR außer Kraft gesetzt und den Geltungsbereich des Strafrechts der Bundesrepublik auf das „*Beitrittsgebiet*" erstreckt.

3. Oktober – Mit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung ist die Geschichte der DDR zu Ende: Der zweite deutsche Staat tritt der Bundesrepublik bei.

Der Rostocker Pfarrer Joachim Gauck wird zum „*Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes*" ernannt, tritt an die Spitze einer im Aufbau begriffenen Behörde (BStU).

23. Oktober – Arved Rüden, gegen den ein Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts läuft, wird durch einen ehemaligen Rostocker bzw. Berliner MfS-Offizier belastet.

14. November – Der im September gegen Gerd Löffler verhängte Haftbefehl wird außer Vollzug gesetzt, u.a. gegen Stellung einer Kaution von 50.000 DM; sie wird von Gerhard Orgaß und dem Hamburger Politologieprofessor Winfried Steffani aufgebracht.

20. Dezember – Der Bundesnachrichtendienst erhält eine gesetzliche Grundlage. →1986

1991
Gerd Löffler setzt sich nach Österreich ab, Wolfgang Jaeger gerät in Verdacht

8. Januar – Der Kreisausschuss der CDU Hamburg-Harburg nominiert Wolfgang Jaeger für einen als sicher vermuteten Platz auf der Bürgerschaftswahlliste (bei der Wahl am 2. Juni verliert die CDU allerdings deutlich an Stimmen).

15. Januar – Der gegen Rolf Grunert (→1989) erlassene Haftbefehl wird vom BGH aufgehoben (wegen Unverhältnismäßigkeit, § 120 Abs. 3, StPO).

13. März – Gerd Löffler, mittlerweile aus der CDU ausgetreten und fraktionslos, erhält im Plenum der Bürgerschaft auf Betreiben der *Frauenfraktion* Rederecht und weist „*den Verdacht und Vorwurf der langjährigen Agententätigkeit für die DDR strikt*“ zurück – ungeachtet seines Teilgeständnisses vom 6. Sept. 1990.

10. April – Die Hamburger Bürgerschaft hebt die Immunität Gerd Löfflers erneut auf, unter Bezugnahme auf ein Schreiben des Generalbundesanwalts, er wolle gegen Löffler Anklage beim HOLG erheben.

25. April – Generalbundesanwalt von Stahl erhebt Anklage gegen Gerd Löffler.

6. Juni – Die Bundesanwaltschaft lässt das Haus von Arved Rüden durchsuchen**.** Rüden legt im Polizeipräsidium sofort ein umfassendes Geständnis ab. Am selben Tag wird hierzu in Rostock u.a. der letzte Leiter der Abt. XV der MfS-Bezirksverwaltung, Günter Falk, vernommen. Das Verfahren wird an die Hamburger Generalstaatsanwaltschaft abgegeben.

Die *Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e. V.* (ISOR) wird in Berlin gegründet und nimmt ihren Sitz im Verlagsgebäude der Zeitung *Neues Deutschland*; zu den Gründern und weiteren Mitgliedern zählen auch ehemalige DDR-„*Kundschafter*".

26. Juni – Traute Müller wird Senatorin im Hamburger Senat unter Bürgermeister Voscherau (Stadtentwicklungsbehörde und Senatsamt für Gleichstellung).

Abb. 54 *– Traute Müller (Hamburger Senatorin 1991–1993), zusammen mit ihrem Lebensgefährten Kurt Wand (alias „Kugel"). Dem linken SPD-Flügel angehörig, stieg sie politisch auf und ließ „Kugel" dem MfS als umso wertvoller erscheinen. Direkt Traute Müller betreffende Informationen hat Wand aber – eigenen Angaben zufolge – nie nach Ostberlin weitergegeben. Das Gericht ist ihm darin gefolgt.*

20. August – Gerd Löffler, seit Nov. 1990 aus der Untersuchungshaft entlassen, lässt Kaution Kaution sein und setzt sich nach Österreich ab, wo er politisches Asyl erhält.

24. September – Wolfgang Jaegers Privat- und die Geschäftsräume des von Wolfgang Jaeger betriebenen *Schüler- und Studenten-Reisedienstes* (SSR) werden vom BKA wegen Spionageverdachts durchsucht – auf Hinweise von Ex-MfS-Major Bernhard Hofter (Rostock) vom 6. Juni, aber ohne Ergebnis. Jaeger (Ex-IM „Günther") leugnet.

19. Dezember – Gabriele Gast (geb. 1943), die für das MfS ihren Arbeitgeber BND ausgespäht hat, wird vom Bayerischen OLG zu 6 Jahren, 9 Monaten Haft verurteilt (1994 nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haft entlassen).

23. Dezember – Dieter Popp (geb. 1938), von 1969 bis 1990 Spion (*Agenturischer Mitarbeiter*, AM) des *Militärischen Nachrichtendienstes* der NVA, wird vom OLG Düsseldorf wegen *Geheimdienstlicher Agententätigkeit* zu 6 Jahren Haft verurteilt (1994 nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haft entlassen).

Verraten durch „Glasschüssel" und – Gorbatschow

Vor 20 Jahren saß ich als Kundschafter des Friedens in Haft in Köln-Ossendorf – verraten durch den MfS-Überläufer Eberhard Lehmann (BfV-Deckname „Glasschüssel"), letztlich aber verraten und verkauft durch Michail Gorbatschow.

Dieter Popp: Vor 20 Jahren: Beginn des 2. Golfkrieges - Gedanken eines Kundschafters des Friedens. In: Die Linke. Kommunistische Plattform, 27. März 2011, http://www.dielinke-aachen.de/archiv/ak/kpf?start=20, 15. Juli 2015).

1992
Rolf Grunerts Ehefrau (Ex-IM "Hanni") fliegt auf

20. Januar – Das Bundeskriminalamt beginnt gegen Herma Grunert (Ex-IM „Hanni") wegen *Geheimdienstlicher Tätigkeit* zu ermitteln – aufgrund zufällig gesichteter BStU-Akten.

4. Mai – Herma Grunert bietet dem Hamburger Landeskriminalamt ein Geständnis ihrer vergangenen geheimdienstlichen Tätigkeit an, um von § 153e StPO (Absehen von der Verfolgung bei Staatsschutzdelikten wegen tätiger Reue) zu profitieren. Am 12./13. Mai wird sie vom BKA verhört.

12. Oktober – Ruth Polte (Ex-IM „Blumenfeld“) tritt in die Hamburger Bürgerschaft ein, als Nachrückerin (bis zum Ende der 14. Wahlperiode, 6. Okt. 1993).

29. Oktober – Im *Ersten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht* werden (u. a.) in der früheren DDR wegen Spionage verurteilte Personen unter weitgefassten, auch politischen Aspekten rehabilitiert – zur Empörung vieler ehemaliger DDR-„Kundschafter“, die jetzt gerade von bundesdeutschen Gerichten bestraft werden.

„Gute Westspione – böse Ostspione“?

Die strafrechtliche Entscheidung eines staatlichen deutschen Gerichts in dem in Artikel 32 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Beitrittsgebiet) aus der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 ist auf Antrag für rechtsstaatswidrig zu erklären und aufzuheben (Rehabilitation), soweit sie mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar ist, insbesondere weil

1. die Entscheidung politischer Verfolgung gedient hat; dies gilt in der Regel für Verurteilungen nach folgenden Vorschriften: […]
   i) Hochverrat, Spionage, Anwerbenlassen zum Zwecke der Spionage, Landesverräterische Agententätigkeit, Staatsverbrechen, die gegen einen verbündeten Staat gerichtet sind, Unterlassung der Anzeige einer dieser Straftaten, Geheimnisverrat (§§ 96, 97, 98, 100, 108, 225 Abs. 1 Nr. 2 in Verbindungen mit diesen Vorschriften, §§ 245 oder 246 des Strafgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Januar 1968 […] oder nach inhaltlich entsprechenden Vorschriften, wenn die Tat für die Bundesrepublik Deutschland, einen mit ihr verbündeten Staat oder für eine Organisation begangen worden sein soll, die den Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung verpflichtet ist.

Erstes Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht v. 29. Oktober 1992, § 1, Bundesgesetzblatt 1992, Teil I, Sp. 1812.

3. Dezember – Der Verwaltungsgerichtshof der Republik Österreich stellt fest, dass das Gerd Löffler (Ex-NVA-AM „Händler“) in der Bundesrepublik vorgeworfene Fehlverhalten aus österreichischer Sicht keine strafbare Handlung sei, weil er seine Tätigkeit nicht in Österreich ausgeübt habe.

11. Dezember – Gegen Rolf und Herma Grunert (geb. Wittkowski, gesch. Zemke) wird ein Ermittlungsverfahren wegen *Geheimdienstlicher Agententätigkeit* in Gang gesetzt. Rolf Grunert (einst *alias* „Rolf Schneider") hatte seine Geliebte, jetzige Ehefrau Herma Zemke (einst *alias* „Hanni") konspirativ geführt. →1985

1993
Kurt Wand *jun.* und Ruth Polte werden enttarnt

4. Mai – Vor dem OLG Düsseldorf beginnt ein Landesverratsprozess gegen Markus Wolf, den vorletzten Chef der Hauptverwaltung A im MfS; zugrunde liegt das Territorialprinzip: Es werden Straftaten auf dem Boden der Bundesrepublik verfolgt, einerlei, ob der mutmaßliche Träger deren Staatsbürger war oder ist, ob er den Boden der Bundesrepublik betreten hat, in wessen Auftrag er gehandelt hat.

12. Mai – General a.D. Alfred Krause, letzter Chef des Militärischen Nachrichtendienstes der NVA, gibt in einem BKA-Verhör an, zu den wichtigen Quellen habe u.a. Gerd Löffler gehört.

19. Mai – Die *Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V.* (GRH) wird in Berlin gegründet und nimmt ihren Sitz im Verlagsgebäude der Zeitung *Neues Deutschland*. Die GRH will Personen unterstützen, die wegen der Tätigkeit „*im Rahmen der Verfassung und der Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik einer Strafverfolgung ausgesetzt oder davon bedroht sind*". In der Folgezeit formiert sich auch eine „Arbeitsgruppe Aufklärer in der GRH" (bald als *Kundschafter der DDR e.V.* organisiert).

27. September – Der ehemalige Rostocker MfS-Offizier Peter Hausstein belastet gegenüber dem BKA Ruth Polte, Wand *sen.* und Wand *jun.*

2. November – Das Bundesamt für Verfassungsschutz erstattet der Bundesanwaltschaft eine „*Quellenmeldung*" betr. Ruth Polte – nach Durchsicht von BStU-Akten.

22. November – Im Morgengrauen klingeln BKA-Beamte an den Türen von Ruth Polte und Kurt Wand *jun.*

24. November – Ruth Polte (Ex-IM „Blumenfeld) und Kurt Wand (Ex-IM „Kugel") legen in einer Vernehmung durch das Bundeskriminalamt ein Geständnis ab.

25. November – Die Hamburger Stadtentwicklungssenatorin Traute Müller (SPD), langjährige Lebensgefährtin von Kurt Wand (Ex-IM „Kugel"), tritt aus dem Senat zurück – als Reaktion auf Wands Enttarnung.

6. Dezember – Ex-HVA-Chef Markus Wolf wird wegen Landesverrats und Bestechung zu 6 Jahren Haft verurteilt, die Vollstreckung aber im Hinblick auf eine vom Bundesverfassungsgericht erwartete Grundsatzentscheidung ausgesetzt. →1993, 1995

1994
Gerd Löffler, von deutschen Beamten aus Österreich gekidnappt?

12. April – Der Generalbundesanwalt erhebt Anklage gegen General a.D. Alfred Krause, den letzten Chef des *Militärischen Nachrichtendienstes* der NVA. – Die Anklage wird am 31. Juli 1995 zurückgenommen, das Verfahren eingestellt – nach § 153, 1 StPO.

25. Juli – Deutsche Beamte überwältigen Gerd Löffler am österreichisch-deutschen Grenzübergang Großgmain, allem Anschein nach auf österreichischer Seite, und ziehen ihn auf den Boden der Bundesrepublik hinüber.

5. Oktober – Das HOLG verurteilt Kurt Wand wegen *Geheimdienstlicher Agententätigkeit* zu einem Jahr Haft auf Bewährung.

10. November – Löfflers Hamburger Rechtsanwälte Strate und Ventzke beantragen gegenüber dem HOLG, das Verfahren gegen Löffler einzustellen: „*Die völkerrechtswidrige Verschleppung des Angeklagten auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland begründet ein Verfahrenshindernis.*"

17. November – Das OLG Düsseldorf verurteilt Rainer Rupp (geb. 1945) wegen Landesverrats zu 12 Jahren Haft, hält ihm dabei partiell eine „Kundschafter-für-den-Frieden"-Motivation zugute.

Bundesdeutsches OLG würdigt „hohe kriminelle Energie", aber auch „Kundschafter-für-den-Frieden"-Gesinnung

Bis auf die von ihm abgelehnte Charakterisierung von Kollegen und Vorgesetzten hat der Angeklagte Rainer Rupp alle Erwartungen seiner Führungsstelle erfüllt. Sein Verhalten zeugt von hoher krimineller Energie. […]

Dem Angeklagten Rainer Rupp kann […] zugutegehalten werden, daß es ihm auch darum ging, zum Abbau von Vorurteilen und Besorgnissen des Warschauer Paktes die Absichten der NATO transparent zu machen und damit zum Frieden beizutragen. Die Erstellung von Charakteristiken hat er stets abgelehnt und auch nicht des Geldes wegen für seine östlichen Auftraggeber gearbeitet.

Zit. n. Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. 2 Bde. Hg. v. Klaus Marxen / Gerhard Werle. Berlin 2004, hier Bd. 2, S. 976.

29. November – Gerd Löffler wird vom HOLG wegen *Geheimdienstlicher Agententätigkeit* zu einer zweieinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt: Seine Entführung aus Österreich gelte, auch wenn sie tatsächlich stattgefunden haben sollte, nicht als Verfahrenshindernis.

1995
Arved Rüden wird verurteilt, Wolfgang Jaeger verhaftet

~~~ In einer Erinnerungsschrift der IG Metall werden die Auseinandersetzungen um Hermann Gassmann (1980–1986) im Rückblick als Belastung für die eigentliche Gewerkschaftsarbeit kritisch beurteilt.

24. März – Verbalnote der Republik Österreich ans Berliner Auswärtige Amt in Sachen Gerd Löffler: „*Es widerspräche […] jeder Lebenserfahrung, wenn ein in der Bundesrepublik Deutschland wegen des Verdachtes der geheimdienstlichen Tätigkeit zugunsten der ehemaligen DDR mit Haftbefehl gesuchter deutscher Staatsangehöriger, der sich bereits im Jahre 1991 nach*
~~~

Österreich begeben hatte, um sich der Strafverfolgung durch die deutsche Justiz zu entziehen, in der Folge an einem offiziellen Grenzübergang einen Grenzübertritt in die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigen würde."

25. März – Anhörung der PDS-Bundestagsgruppe im Berliner Abgeordnetenhaus zu einem Strafverfolgungsbeendigungsgesetz. Am Rande gründen Mitglieder der PDS, frühere DDR-Spione, beraten von Markus Wolf, die *Initiativgruppe Kundschafter des Friedens fordern Recht* (IKF). Den Vorsitz übernehmen Dieter Popp und Gabriele Gast (→1991), mittlerweile aus der Haft entlassen. Zeitweilig wird der Verein als gemeinnützig anerkannt. – Von den Hamburger Spionen schließen sich in den folgenden Jahren Johannes Koppe und Gerd Löffler an und steuern Beiträge zu Sammelbänden mit Erfahrungsberichten von Ex-Spionen bei.

7. April – Arved Rüden (Ex-IM „Gerd") wird vom HOLG wegen *Geheimdienstlicher Agententätigkeit* zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.

2. Mai – Wolfgang Jaeger (Ex-IM „Günther") wird verhaftet (vier Jahre nach dem ersten Verhör), kommt ins Untersuchungsgefängnis.

15. Mai – Das Bundesverfassungsgericht unterscheidet gewissermaßen „gute" Spionage (zugunsten der Bundesrepublik) und „schlechte" Spionage (gegen die Bundesrepublik gerichtet), im letzteren Fall aber auch – mehrheitlich – drei Gruppen: 1.) MfS-Funktionäre, welche so gut wie ausschließlich vom Boden der DDR planend und organisierend tätig waren (ca. 1000 Personen); 2.) Agenten und Spione, welche von den Genannten in die Bundesrepublik zwecks Spionage entsandt und dort tätig wurden (ca. 1300 Personen); 3) Agenten und Spione, die in der Bundesrepublik wohnhaft waren, also Bürger der Bundesrepublik (ca. 2700 Personen). Allein die Angehörigen der dritten Gruppe müssten zweifelsfrei strafverfolgt werden. – Drei Verfassungsrichter legen ein widerstreitendes Minderheitsvotum vor, es gibt Proteste – sowohl von DDR-Opfern als auch von „*Kundschaftern des Friedens*".

14. Juni – Anlässlich eines Haftprüfungstermins legt Wolfgang Jaeger ein Geständnis ab.

Spionage für die Bundesrepublik „gute Spionage“, Spionage gegen die Bundesrepublik „schlechte Spionage“

Es verstößt nicht gegen Art. 3 Abs. 1 GG, dass die Spionage im Dienst der ehemaligen DDR weiterhin strafbar ist, während die Strafvorschriften der DDR gegen die Mitarbeiter und Agenten des Nachrichtendienstes der Bundesrepublik durch den Einigungsvertrag aufgehoben wurden. Der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG gestattet es dem Gesetzgeber, mehrere Personengruppen ungleich zu behandeln, wenn zwischen ihnen Unterschiede von solcher Art und solchem Gewicht bestehen, dass sie die Ungleichbehandlung rechtfertigen können (vgl. BVerfGE 82, 126 [146] und öfter). Solche Unterschiede bestehen zwischen Personen, die im Dienste der DDR (BVerfGE 92, 277 [318], BVerfGE 92, 277 [319]) Spionage gegen die Bundesrepublik betrieben haben, und solchen, die für einen Geheimdienst der Bundesrepublik die DDR ausgespäht haben. Sie ergeben sich aus der Eigenart der geregelten Materie als Staatsschutzrecht.

Der Schutz der Bundesrepublik Deutschland erfordert es, *Geheimdienstliche Tätigkeiten* für eine fremde Macht unter Strafe zu stellen (vgl. BVerfGE 57, 250 [262 ff.]). Dem Schutz der Bundesrepublik dient auch die Tätigkeit ihres Auslandsnachrichtendienstes. Der Staat, der diesen Dienst geschaffen hat und unterhält, kann nicht zugleich dessen Mitarbeiter und Agenten wegen ihrer dienstlichen Tätigkeit mit Strafe bedrohen. Für Mitarbeiter und Agenten des Geheimdienstes einer fremden Macht gelten diese Gesichtspunkte nicht, vor allem wenn ihre Tätigkeit gegen die Bundesrepublik gerichtet ist. Es entspricht demzufolge der Sachgesetzlichkeit des Staatsschutzrechts, dass es stets nur den eigenen Staat gegen fremde Spionage schützt und in diesen Schutz allenfalls noch gewisse Verbündete einbezieht, dagegen die dem Schutz und den Interessen des eigenen Staates dienende Tätigkeit der eigenen Geheimdienste nicht als strafbar ansieht.

Bundesverfassungsgericht, (Mehrheits-)Beschluss des Zweiten Senats vom 15. Mai 1995 (2 BvL 19/91, 2 BvR 1206, 1584/91 und 2601/93; http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv092277.html, 15. April 2015).

11. August – Das HOLG setzt Gerd Löfflers Reststrafe zur Bewährung aus und entlässt ihn zum 1. September aus der Haft: „*Auch die Verteidigung der Rechtsordnung erfordert keine weitere Strafverbüßung, da durch die Vereinigung Deutschlands die Umstände, die zur Tat führten, entfallen sind.*“

13. November – Die Ermittlungen gegen Rolf Grunert und Herma Grunert werden eingestellt. →1992

1996
Wolfgang Jaeger und Ruth Polte werden verurteilt

15. Februar – Das HOLG verurteilt Wolfgang Jaeger (Ex-IM „Günther“) zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung, fünfjährigem Verlust der „bürgerlichen Ehrenrechte“, einem Verfall von 20.000 DM, das sind 57 DM pro Spionagemonat.

Abb. 55 – *Ruth Polte spionierte nach ihrem konspirativen Übertritt in die Bundesrepublik (1961) unter dem Decknamen „Blumenfeld“ bis zum Untergang der DDR – unter der Residentschaft von Kurt Wand sen. Objekt: SPD-Bundestagsabgeordnete. Doch die einstige Insassin des MfS-Gefängnisses „Roter Ochse“ in Halle (Saale), zuletzt Hamburger SPD-Seniorenbeauftragte, war mit der Situation überfordert.*

Erinnerungen an die DDR:
„Sie sind so schlimm wie die Leute damals ...“

Die Stasi war unzufrieden mit ihrer Agentin. „*Der Wert des Materials ging gen Null*“, sagt ein Ex-DDR-Offizier vor Gericht. Polte: „*Es gab immer Streit, weil ich nichts wusste*.“

Den hohen Verratslohn bestreitet sie. Weniger als 200 Mark im Monat habe sie bekommen. Mehr und mehr scheinen die Fragen die zierliche Frau zu treffen, liegen ihre Nerven blank. Erbost sagt sie einmal zum Vorsitzenden [Dr. Diethelm Erdmann]: „*Sie sind so schlimm wie die Leute damals ...*“ Matt sitzt sie am Nachmittag in ihrem Stuhl. Müde schimmern ihre Augen.

Ihr Mann habe nichts von ihrem Agentendasein gewusst, sagt sie, den Tränen nahe. Und als Verteidiger Schwenn bis ins letzte Detail nach ihren persönlichen Tatfolgen fragt, ob ihr der Rummel um ihre Person ,,*weh tue*“, da ist es vorbei mit ihrer Haltung. Sie verbirgt ihr Gesicht in den Händen und weint. Der Prozess wird fortgesetzt.

Hamburger Abendblatt v. 17.08.1996 („Fast 30 Jahre DDR-Agentin“).

21. November – Ruth Polte (Ex-IM „Blumenfeld“), enttarnt bereits 1993, wird vom HOLG zu 9 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt, 35.000 DM Agentenlohn verfallen – 100 DM pro Spionagemonat.

1997

Juristischer Schlussstrich unter der DDR-Spionage

~~~ Die juristische Aufarbeitung des Komplexes *Geheimdienstliche Agententätigkeit* zugunsten der DDR gilt als abgeschlossen.

82 Anklageerhebungen bei 5636 Ermittlungsverfahren wegen Spionage seitens der DDR

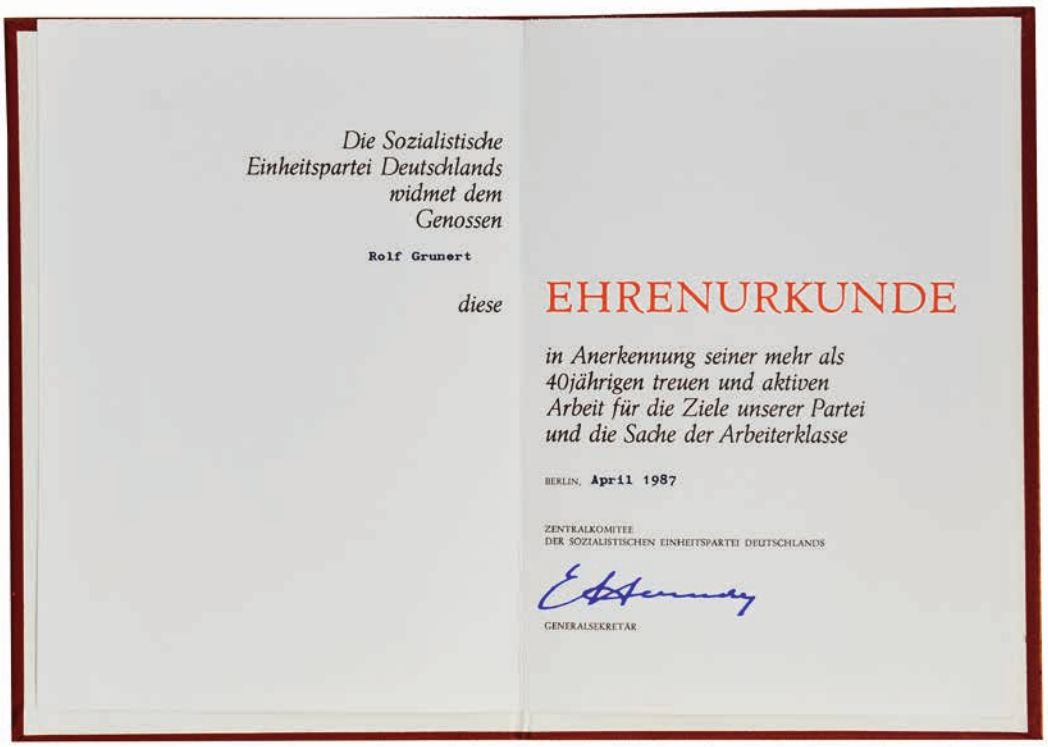
Im Zeitraum vom 1. Januar 1991 bis zum 31. Juli 1997 wurden insgesamt 5636 Ermittlungsverfahren wegen Spionage seitens der DDR gegen 7099 Beschuldigte eingeleitet, darunter 4171 DDR-Bürger. […] Bereits zum 31. Juli 1997 waren 97,8% der Verfahren erledigt. Angesichts des seither verstrichenen Zeitraums kann man von einem praktisch abgeschlossenen Vorgang sprechen.

Die Erledigungspraxis war zudem klar profiliert. Der weitaus größte Teil der Verfahren (93,5%) wurde eingestellt. Die Anklagequote fiel mit 2,0% demgegenüber sehr niedrig aus. 13 der Anklagen erhob der Generalbundesanwalt. In 69 Fällen erfolgte die Anklage nach Abgabe durch die Staatsanwaltschaften der Länder.

Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. 2 Bde. Hg. v. Klaus Marxen / Klaus Werle. Berlin 2004, hier Bd. 1, S. LV.

1998

~~~ Rolf Grunert, der alternierend in Berlin und – bei seiner Frau Herma – in der Schweiz lebt, schließt sich der SED-Nachfolgepartei PDS (*Partei des Demokratischen Sozialismus*) an, ist also nicht 1989/90 aus der SED in die SED/PDS bzw. PDS übergeglitten; er gehört bald darauf den Gründern des Ost-West-Forums der Partei.



Die Sozialistische
Einheitspartei Deutschlands
widmet dem
Genossen

Rolf Grunert

diese

EHRENURKUNDE

in Anerkennung seiner mehr als
40jährigen treuen und aktiven
Arbeit für die Ziele unserer Partei
und die Sache der Arbeiterklasse

BERLIN, April 1987

ZENTRALKOMITEE
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

GENERALSEKRETÄR

Abb. 56 *– Rolf Grunert konnte bei Eintritt in die PDS auf 40 Jahre SED-Mitgliedschaft verweisen; die PDS verlor freilich an Mitgliedern und bestand vornehmlich aus Personen in Grunerts Altersklasse. 2007 ging sie in der Partei „Die Linke" auf.*

1999

~ ***August*** **–** Die Berliner BStU-Behörde gewährt auch einer interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit, Auskünfte aus elektronischen Datenbanken der Spionageabteilung des MfS, der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A), zu erhalten. Die Datenbank heißt SIRA – **S**ystem der **I**nformations-**R**echerche der Hauptverwaltung **A**.

25. Oktober – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entscheidet: Gerd Löfflers Beschwerde vom 14. Okt. 1997, betr. vor allem die Umstände der Aufhebung seiner Immunität am 5. Sept. 1990, wird als unzulässig erklärt – er habe den nationalen Rechtsweg nicht ausgeschöpft.

2000

14. Oktober – Auf dem Parteitag der PDS in Cottbus kandidiert Rolf Grunert für den Parteivorstand – ohne Erfolg.

Grunert empfiehlt sich der PDS als Vorstandskandidat – mit „seinen" Themen

Mit Sach- und Fachkunde könnte ich einige Politikbereiche, die bisher nicht oder nicht kompetent genug „beackert" wurden, pragmatisch vorantreiben. Zum Beispiel:

1. PDS-Programm zur Verhinderung schwerer und organisierter Kriminalität in der BRD und Europa.
2. Programm für Sicherheit und Schutz der PDS, ihrer Mitglieder und Tagungen.
3. PDS-Programm zur Beendigung der politischen Verfolgung von Sozialisten inklusive der permanenten Hatz auf ehemalige „IM" pp. – Eigener „Fall" und West-Ost-Biografie sind geeignet, die bisherigen politisch-juristischen Rituale ad absurdum zu führen. […]
   1979 verurteilt zu 30 Monaten wegen *Geheimdienstlicher Agententätigkeit* für die DDR. Haft- und schwerwiegende Nebenstrafen „verbüßt". 1985: DDR-Bürger. Lehrtätigkeiten. 1990 Rentner. 1947-1990 SED-, 1998 PDS-Mitglied.

Die Linke / PDS. Politik. Disput. September 2000 (http://archiv2007.sozialisten.de/ politik/ publikationen/disput/view_html?zid=2190&bs=1&n=8 (1. Januar 2015).

2001

24. August - Rolf Grunert stellt im Hinblick auf den PDS-Parteitag am 6./7. Oktober in Dresden den Antrag, die Partei aufzulösen, um sie sodann als „Sozialistische Demokratische Partei" wiederzugründen – als „*eine freiheitlich-demokratische Partei auf einwandfreier Basis des Grundgesetzes*". Anlass sind die Debatten darüber, ob die PDS eine direkte Nachfolgepartei der SED sei.

2003
Rolf Grunert und Herma Grunert publizieren Autobiografien

~~~ Rolf Grunert publiziert seine ganz und gar für das gesamtdeutsche Publikum umgeschriebenen Memoiren *Der Kriminalkommissar. Biografie* (Berlin) und wird vom Verlag als ein Mann angepriesen, „*dem Franz Josef Strauß und Erich Mielke dann und wann freundschaftlich die Hand reichten*“. (→ 1989) – Herma Grunert publiziert gleichfalls ihre Autobiografie: *Vivaldi, Liebe und Verrat. Ein Tagebuch* (Berlin).

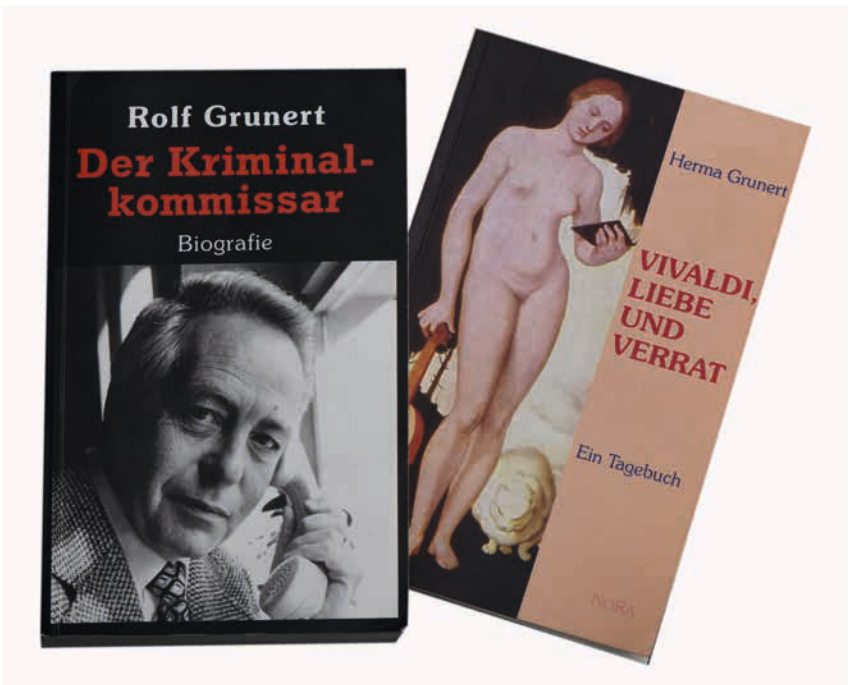


Abb. 57 – *Der Draufgänger und die einstige graue Maus aus dem Blankeneser Ortsamt: Rolf Grunert hat seine angeblich „auf Befehl“ von Erich Mielke begonnenen Memoiren umgeschrieben, seine Frau Herma (Ex-IM „Hanni“) die ihren hinzugefügt.*

~~~ In dem Sammelband *Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich* (hg. v. Klaus Eichner / Gotthold Schramm, Berlin) veröffentlichen u.a. Johannes Koppe und Gerd Löffler Erlebnisberichte. Das Vorwort stammt von den Ex-Geheimdienstchefs Markus Wolf und Werner Großmann, beide moralisch entrüstet: „*Wir verurteilen den Verrat durch einige unserer ehemaligen Mitarbeiter, der bei Autoren und*

nicht am Buch beteiligten Aufklärern zu hohen Freiheitsstrafen führte." (In der zweiten Auflage des Buches, 2008, ist Löfflers Beitrag dann nicht mehr enthalten.)

2006
50 Jahre Bundesnachrichtendienst

~~~ Gerd Löffler veröffentlicht einen anklagenden Bericht über seine „*Verschubung*" als Untersuchungshäftling. (in: Auf Transport. Der Botschaftsflüchtling und andere Agentengeschichten. Mit einem Geleitwort von Markus Wolf und Werner Großmann. Hg. v. Gotthold Schramm. Berlin 2006).

11. Mai – In Berlin werden „*50 Jahre BND*" gefeiert. Bundeskanzlerin Merkel würdigt den BND „*als kompetenten Dienstleister und Gesprächspartner von Regierung, Parlament und Wirtschaft […]. Danke für Ihr Engagement in den letzten 50 Jahren, herzlichen Glückwunsch zum heutigen Jubiläum und besten Erfolg für die nächsten 50 Jahre zum Wohle unseres Landes in Frieden und Freiheit*".

50 Jahre Bundesnachrichtendienst –
„Frieden – Überzeugungen – Werte"

Eine sehr blonde und sehr breit lächelnde Moderatorin sprach von „*50 meist lautlosen Jahren*", die das Geburtstagskind nun feiere. Ein anschließender Film übte sich in der Kunst, die auch der Jubilar eigentlich gut kann. Geschickt wurde um seine eigentliche Arbeit herum geredet, stattdessen war von „*Frieden*", von „*Maßstäben, Überzeugungen und Werten*" und „*Moral*" die Rede.

Matthias Gebauer: 50 Jahre BND – Grantiges Geburtstagskind. Spiegel-Online Politik, 11. Mai 2006.

2007

~~~ Gerd Löffler stellt rückblickend öffentlich die Frage, was ihn wohl vor Gericht gebracht haben könnte – angesichts offizieller Kontakte und Gespräche der Hamburger CDU-Fraktion auf dem DDR-Messestand in Hannover 1988 (in: Die Militäraufklärung der NVA. Ehemalige Aufklärer

berichten. Im Zentrum und im Einsatz. Hg. v. Bernd Biedermann / Harry Schreyer / Bodo Wegmann. Berlin).

2012
Johannes Koppes Autobiografie erscheint

~~~ Koppe veröffentlicht [zusammen mit einem Journalisten] seine Autobiografie: *Kerngeschäft. Das Doppelleben des Atomspions Dr. Johannes Koppe* (Berlin), finanziert vom *Traditionsverband Nationale Volksarmee (Soldaten für den Frieden) e.V.*

Aufruf des Traditionsverbands Nationale Volksarmee (Soldaten für den Frieden) e.V.

Wir wollen mit diesem Traditionsverband selbst unsere Geschichte darstellen, unsere Traditionen pflegen, entsprechende Initiativen und Vereine unterstützen und unsere Erfahrungen bei der Friedenssicherung, zur Gestaltung einer friedlichen Gegenwart und Zukunft einbringen.

Wir als Angehörige der einzigen deutschen Armee, die keinen Krieg geführt hat, wollen mit Stolz auf unsere Vergangenheit blicken, denn wir haben unsere Aufgabe, die Sicherung des Friedens, erfüllt.

http://ct.tvnva.de/aufruf.html (1. April 2015).

2013

19. Mai – 20 Jahre GHR – *Gesellschaft für Humanitäre und Rechtliche Unterstützung e.V.* (inkl. der Untergliederung *Ehemalige Aufklärer klären auf*).

Schutz der DDR-„*Kundschafter*“ vor „*Rache und Vergeltung der Bonner Politik*“

In der 1993 gegründeten *Gesellschaft für Humanitäre und Rechtliche Unterstützung e.V.* (GRH) haben sich Angehörige früherer Staatsorgane der DDR zusammengeschlossen, um Verfolgten durch Rat und Tat Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Die GRH wendet sich gegen politische und soziale Diskriminierung ehemaliger DDR-Bürger und leistet aktiven Widerstand bei Verletzung humanistischer, demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze. Die Aktivitäten der GRH gehen von den im Vorstand bestehenden Arbeitsgruppen (AG) und den Territorialen Arbeitsgruppen (TAG) aus. Die AG Aufklärer ist eine dieser Arbeitsgruppen.
~~~

Die Kundschafter der Hauptverwaltung A des MfS und des Bereiches Aufklärung der NVA gehören zu jener Gruppe von Opfern, die vor und nach der Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik der Rache und Vergeltung der Bonner Politik in besonderem Maße ausgesetzt waren und sind. Das ist nicht verwunderlich, denn neben der Tatsache, dass sie sich in der überwiegenden Mehrzahl mit der DDR und ihrer Gesellschaft politisch und moralisch verbunden fühlten, kommt ein weiterer Umstand hinzu: Die Kundschafter trugen entsprechend ihrer Aufgabenstellung in hohem Maße dazu bei, Wesen und Struktur des Bonner Staates, seine Durchdringung mit Faschisten und Kriegsverbrechern, seine militärischen und aggressiven Ambitionen und seine volksfeindliche Politik aufzuklären und zu entlarven. Das ist an den Herrschern des Westens nicht vorübergegangen und nicht vergessen worden. […]

Wichtige Ereignisse im Leben unserer Kundschafter stellen die im zweijährigen Abstand durchgeführten Kundschaftertreffen dar. In der Regel nehmen 40 bis 50 Kundschafter und ihre Führungsoffiziere aus der Hauptverwaltung A und des Bereiches Aufklärung der NVA daran teil. Diese Treffen haben eine wichtige Funktion für die Übermittlung neuester Erkenntnisse, vor allem jedoch für die Freundschaft und Solidarität unter und mit den Kundschaftern.

Über uns. Kundschafter der DDR-ehemalige Aufklärer klären auf (http://www. kundschafter-ddr.de/?page_id=16, 1. April 2015).

2014

20. März – Die Annexion der ukrainischen Krim durch Russland wird von der Moskauer Duma gutgeheißen. – Beginn eines erneuten Kalten Kriegs?

Dezember – Dipl.-Pol. Wolfgang Schulenberg veröffentlicht seine an der Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg, entstandene zeithistorische Dissertation über den angeblichen „*Top-Spion*“ Gerd Löffler.

2015

Januar – Dr. rer. nat. Gerd Löffler (Ex-NVA-Spion „Händler“) erwirbt mit einer Arbeit zur Geschichte der Physik einen Dr. phil. in Klagenfurt. Das erleichtert es ihm, eine möglicherweise letzte Bilanz zu ziehen: Er habe mit seiner „*Kundschafter*“-Tätigkeit einen Beitrag zur Verhinderung eines dritten Weltkriegs geleistet, ganz im Sinne Dieter Popps und der Initiative *Kundschafter des Friedens fordern Recht*. →1995

25. März – In München begeht die Initiativgruppe *Kundschafter des Friedens fordern Recht e. V.* ihr 20-jähriges Bestehen

„Kundschafter des Friedens“
in ähnlicher Lage wie Opfer der Wehrmachts-Justiz?

Insgesamt wurden [nach 1990] 245 Bundesbürger zu Freiheitsstrafen [aufgrund von § 99 StGB] verurteilt, davon 51 zu Freiheitsstrafen zwischen zwei und zwölf Jahren. […] Es setzten sich die Scharfmacher im Westen – angefeuert von sogenannten Bürgerrechtlern der DDR – durch.

Dieter Popp: 20 Jahre „Kundschafter des Friedens fordern Recht“. In: Die Linke. Mitteilungen der Kommunistischen Plattform (http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische-plattform-der-partei-die-linke/mitteilungen-der-kommunistischen-plattform/detail/artikel/20-jahre-kundschafter-des-friedens-fordern-recht (14. April 2015)

+ + +

Wir werden weiter politisch gegen die Ungleichbehandlung der deutsch-deutschen Spionage kämpfen. Wir sehen uns in einer ähnlichen Situation wie die Opfer der Wehrmachtsjustiz, die bis 2002 auf ihre Rehabilitierung warten mussten. Oder die Opfer des Kalten Krieges, die infolge des KPD-Verbotes und des Radikalenerlasses bis heute auf Entschädigung warten. Daran gemessen sind wir nur eine kleine „Fallgruppe“. Wir sind uns aber sicher – auch wenn wir es vielleicht nicht mehr erleben werden –, dass das Vereinigungsunrecht auf Dauer keinen Bestand haben wird. Im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit erleben wir – auch in liberalen, bürgerlichen Kreisen – Aufgeschlossenheit und Verständnis.

Wolfgang Bergmann: „Es ist kein juristischer Erfolg zu vermelden.“ Die Ungleichbehandlung der Spionagetätigkeit der zwei deutschen Staaten hält an und hat auch Folgen für die Altersversorgung. Gespräch mit Dieter Popp. In: Junge Welt v. 25. März 2015.

3. November – In der Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg wird die Ausstellung *Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg* eröffnet.

Einladung zur Ausstellungseröffnung

Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg

Zur Ausstellungseröffnung lädt die Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität Sie und Ihre Freunde herzlich ein. Der Eintritt ist frei.

Dienstag, 3. November 2015, 18 Uhr
Hauptbibliothek
Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg

Programm des Abends

Begrüßung
Professor Dr. Wilfried Seidel
Präsident der Helmut-Schmidt-Universität

Thematische Einführung
PD Dr. Helmut Stubbe da Luz
Historiker, Kurator der Ausstellung

Im Gespräch
Roland Jahn
Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: ***25 Jahre Deutsche Einheit. 25 Jahre Einsicht in die Stasi-Akten – Bilanz und Ausblick***

Eröffnung der Ausstellung
Dr. Jan-Jasper Fast
Direktor der Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität

Besichtigung der Ausstellung

Begleitveranstaltungen

7. November 2015, 18–22 Uhr
Ausstellungsführungen mit dem Kurator der Ausstellung, PD Dr. Helmut Stubbe da Luz, Hamburg
20 Uhr: Vortrag von PD Dr. Helmut Stubbe da Luz: ***Wie werde ich Spion? Lehren aus der Geschichte***
(Angebot der Bibliothek im Rahmen der 6. Nacht des Wissens 2015 in Hamburg)

30. November 2015, 18 Uhr
Vortrag von Oberstleutnant i.G. Dr. Wolfgang Schulenberg, Berlin: ***Die Aufklärung der Nationalen Volksarmee und der Hamburger "Top-Spion" Gerd Löffler***

13. Januar 2016, 18 Uhr
Vortrag von Dr. Georg Herbstritt, Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Berlin: ***Abgeordnete im Visier: DDR-Spione in bundesdeutschen Parlamenten***

3. Februar 2016, 18 Uhr
Vortrag von Guido Malburg, Landesamt für Verfassungsschutz, Hamburg: ***Spionageabwehr in Hamburg – vom Kalten Krieg bis zur Gegenwart***

24. Februar 2016, 18 Uhr
Vortrag von PD Dr. Helmut Stubbe da Luz, Historiker, Ausstellungskurator, Hamburg: ***Spionage in der Weltgeschichte***
Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Verein für Geschichte des Weltsystems e.V. (VGWS)

22. März 2016, 18 Uhr
Vortrag von Joachim Lampe, Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof i.R., Karlsruhe: ***Aktuelle Fragen der Spionagebekämpfung aus juristischer Sicht***
Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Hamburgischen Richterverein e.V.

***Abb. 58** – Das Ausstellungsrahmenprogramm – in Kooperation mit dem Hamburgischen Richterverein, mit dem Verein für Geschichte des Weltsystems, mit der Gedenkstätte „Roter Ochse" in Halle organisiert – verfolgt das Thema Spionage über die Grenzen Hamburgs hinaus und bis in die unmittelbare Gegenwart hinein: Mit Referenten aus der BStU-Behörde, dem Landesamt für Verfassungsschutz, einem Bundesanwalt a.D. und dem Biografen des Spions Gerd Löffler.*

Teil D

Dossiers: Zehn Hamburger DDR-Spione im Kalten Krieg

Dossiers: Zehn Hamburger DDR-Spione im Kalten Krieg

In Bezug auf die zehn ausgesuchten Hamburger Politiker und DDR-Spione sind zehn Dossiers gefertigt worden. Der Begriff Dossier verweist hier weder auf Geheiminformationen noch auf Ermittlungsvorgänge. Es handelt sich jeweils – in der Duden-Definition – um *eine umfänglichere Akte, in der alle zu einer Sache, einem Vorgang gehörenden Schriftstücke gesammelt sind.* Darunter befindet sich freilich auch damals Geheimes und ebenfalls Auszüge aus Ermittlungs- und Gerichtsverfahren.

Der Umfang dieser Dossiers musste notgedrungen begrenzt ausfallen, obwohl zu jedem dieser Akteure ein Buch hätte geschrieben werden können. Das Wort „alle" ist deshalb hier unzutreffend; durchaus nicht sämtliche in Frage kommenden Schriftstücke konnten berücksichtigt werden, nur die im vorliegenden Zusammenhang als besonders wichtig erscheinenden.

Die Dossiers bestehen zu zwei Dritteln bis drei Vierteln aus Dokumenten. Diese sind nicht chronologisch nach dem Zeitpunkt ihres Entstehens geordnet, sondern in einen – hoffentlich einleuchtenden – Sinnzusammenhang gebracht worden, der auf den jeweiligen „Fall" zugeschnitten ist. Am Anfang werden elementare Lebens- und speziell Spionagedaten aufgezählt. Sodann versucht eine Einleitung, auf die anschließend präsentierten Dokumente vorzubereiten.

Die Verbindung zu den vorherigen Kapiteln kann über das Inhaltsverzeichnis, das Namensregister und im Falle der Zeittafel auch über die chronologischen Angaben hergestellt werden.

Eine kommentierte Edition der in diesem Zusammenhang gefällten Urteile, ergänzt durch die Urteile einer ungefähr gleich großen Reihe weiterer, ebenfalls bedeutender Hamburger Spionageurteile aus der Zeit des Kalten Kriegs, könnte ein nächster Schritt der Rekonstruktion jener Geschehnisse sein. Dafür gibt es Präzedenzfälle.

Abb. 59 *– Karlfranz Schmidt-Wittmack war der bekannteste Hamburger Politiker und DDR-Spion. Sein Übertritt in die DDR 1954 hing mit dem dann bald darauf gescheiterten Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zusammen (vor der er in Ostberlin im Sinne seiner ostdeutschen Auftraggeber warnte), und er sorgte damit in ganz Europa, ja weltweit, für ein kurzzeitiges Aufsehen.*

Karlfranz Schmidt-Wittmack *alias* "Timm" (1948–1952), *alias* "Weilich" (1954). Der taktisch zurückbeorderte Perspektivspion

Schmidt-Wittmack, Karlfranz
geb. 27. Juli 1914 in Charlottenburg;
gest. 23. Oktober 1987 in Ost-Berlin, Kaufmann, Politiker

Ausbildung, Beruf
Abitur am Altonaer Christianeum 1936; Wehrmacht 1936–1938 (entlassen als Wachtmeister); 1936–1938 Militärdienst; Studium der Staats- und Rechtswissenschaften 1938–39 in Hamburg; Kriegsteilnahme 1939-1945 (zuletzt Oberleutnant der Luftwaffe), 1946 vorübergehende Wiederaufnahme des Studiums; 1947–54 Volontär, Inhaber, teils Geschäftsführer mehrerer Handelsfirmen, im Kern der (schwiegerelterlichen) Fa. Johann C. Thomsen (Kohlenhandel und Spedition).

Parteien, Verbände, Ämter, Mandate
Weimarer Republik-Zeit: Jungstahlhelm, 1932; NSDAP (1. März 1938, Nr. 7014920);
Britische Zone / Bundesrepublik: CDU, Junge Union, ab 1946 (Stellv. Vors. der JU Hamburg 1947, Vors. 1948–1950; Mitglied im JU-Vorstand der Britischen Zone, 1949, dann der JU in der Bundesrepublik; stellv. Landesvors. CDU Hamburg, Kreisvors. Hamburg-Nord, Ortsvors. Hamburg-Uhlenhorst, 1949–1954; Mitgl. im Geschäftsführenden Ausschuss des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, 1952–1954); Hamburgische Bürgerschaft (1949–1953); Deputierter der Hamburger Jugendbehörde (*dito*); Deutscher Bundestag, 1953–54 (Mandat aberkannt).
DDR: Vizepräsident der Kammer für Außenhandel, 1955–1976 (danach Ehrenmitglied im Präsidium der Kammer für Außenhandel); CDUD, ab 1962 Mitglied des Hauptvorstandes und des Bezirksvorstandes Frankfurt/Oder; 1963–1976 Bezirksabgeordneter in Frankfurt/Oder, Mitglied des

Ortsausschusses der Nationalen Front in Woltersdorf. – FDGB, DSF (Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft), GST (Gesellschaft für Sport und Technik).

Spionage für die DDR
1948–1954: Zunächst für die Parteiaufklärung der KPD/SED, dann für den APN/IWF, 1948–1952, Deckname „Timm", MfS-Reg.-Nr. HVA II/2 1320; ab 1953/54 GM (Geheimer Mitarbeiter) der HV A des MfS, Deckname „Weilich", MfS-Reg.-Nr. HV A II / 352.

Ausspähungsbereich
CDU, Hamburgische Bürgerschaft, Deutscher Bundestag, Deutsche und europäische Sicherheitspolitik, NATO.

Entgelt
Es gibt nur grobe Angaben über unregelmäßige Zahlungen 1948–1950.

DDR-Auszeichnungen
Vaterländischer Verdienstorden in Bronze (1959); Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Silber (1952); Verdienstmedaille der DDR (1956 und 1965); Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Gold (1967); Vaterländischer Verdienstorden in Silber (1974); Ehrenspange zum Vaterländischen Verdienstorden in Gold (1984).

Sonstige Verbindungen in die DDR
Vor 1954 nicht bekannt; 1954 Verlegung des Lebensmittelspunkts in die DDR.

StGB-Hintergrund und rechtliche Sanktionen in der Bundesrepublik
Seit 1951 §§ 100, 100c, 100d StGB (betr. „Landesverrat"). 1954 Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gemäß § 100 StGB (BJs 381/54).[1] Aberkennung des Bundestagsmandats durch den Wahlprüfungsausschuss des Deutschen Bundestags (aufgrund Verlegung des Lebensmittelpunktes in die DDR) am 24. Februar 1955; bestätigt am 3. Mai 1956 durch das Bundesverfassungsgericht.

Werke

Politik der Stärke führt nicht zur Wiedervereinigung. In: Neues Deutschland, 27. Aug. 1954; So geht es nicht weiter. Berlin 1954; Wann finden sie den Mut zu reden? Hg. v. d. Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Berlin 1956; Handel statt Embargo. In: Deutsche Außenpolitik (Berlin-Ost) 2 (1957), S. 182–190.

Gedruckte Quellen und Literatur

Legion. Unter der Oberfläche. In: Der Spiegel 4/1951; Jan Molitor: Die legendären Legionäre. Das Geheimnis der „Ersten Legion". In: Die Zeit, 1. Februar 1951; Rätselraten um geflüchteten Hamburger CDU-Abgeordneten. In: Die Welt (Hamburg), 23. Aug. 1954; Bundestag Deputy's Defection. In: The Times (London), 23. Aug. 1954; Delmer. Die Rolle der Ersten Legion. In: Hamburger Echo, 24. Aug. 1954; Georges Penchenier: Une deuxième affaire John. La fuite à Berlin-est d'un député C.D.U. sème la consternation à Bonn. In: Le Monde (Paris), 24. Aug. 1954; Secret talks at Bonn. Plans for german army. Allegation by Dr. Schmidt-Wittmack. In: The Times, 27. Aug. 1954; Georges Penchenier: Le passage à l'Est du député Schmidt-Wittmack illustre l'instabilité de la République fédérale. In: Le Monde, 28. Aug. 1954; Interpress-Dossier 193/1954, 23. Aug. 1954 [Die Agentur Interpress war von Achim-Helge von Beust begründet worden]; Volksfeinde, Faschisten, Agenten. Hg. v. d. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Berlin (-West) 1954; Helmut Stubbe da Luz: Von der „Arbeitsgemeinschaft" zur Großstadtpartei. 40 Jahre Christlich-Demokratische Union in Hamburg (1945–1985). Hamburg 1985; Andreas Grau: Vom Aufsteiger zum Überläufer. Der Fall des CDU-Abgeordneten und DDR-Spions Karlfranz Schmidt-Wittmack. In: Historisch-politische Mitteilungen (hg. v. Archiv für christlich-demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung) 14 (2007), S. 213–230; Helmut Müller-Enbergs: Schmidt-Wittmack, Karlfranz. In: Wer war wer in der DDR? Berlin: 5. Aufl., Bd. 2, 2010; Michael Kubina: „Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein." Zum Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED. In: Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Hg. v. Manfred Wilke. Berlin 1998, S. 413–523.

27 AUG. 1954

The Times (London)

№53021

"SECRET TALKS" AT BONN

PLANS FOR GERMAN ARMY

ALLEGATIONS BY DR. SCHMIDT-WITTMACK

From Our Correspondent

BERLIN, Aug. 26

Dr. Schmidt-Wittmack, the Christian Democratic Bundestag deputy who sought political asylum in east Berlin, appeared at a Press conference there to-day to throw his weight behind the allegation of Dr.

zation of the Christian Democratic Party, and as such had until recently favoured a west German defence contribution. Questioned about the relationship between the alleged German-American meetings and his claim that there were secret protocols to the E.D.C., he said he did not believe that there was a direct connexion.

In explanation of his change of views between September 6 last year when he was elected to the Bundestag on Dr. Adenauer's E.D.C. policy and that day last week when he sought asylum in east Germany with his wife and daughter, he said that the knowledge he gained as a Bundestag deputy and as a member of the Christian Democratic parliamentary group had persuaded him of the dangerous rigidity of Dr. Adenauer's E.D.C. policy.

He had seen how the Chancellor went ahead on the most important questions of foreign policy and rearmament without consulting anyone. He had come to the conclusion that Dr. Adenauer's policies "no longer corresponded with the interests of our people and bear within them grave dangers for peaceful negotiations." He had entered the Bundestag as a supporter of E.D.C. intent on ensuring that

business with Dr. Schmidt-Wittmack, or had expressed any sympathy for criticisms passed by him; they had never had any such discussion, nor had Dr. Schmidt-Wittmack ever sought one. Herr von Brentano added that when he learned of Dr. Schmidt-Wittmack's defection he had to look up his name in the list of members of the Christian Democratic parliamentary party.

General Heusinger, who is one of the close collaborators of Herr Blank in the defence planning office, has similarly denied Dr. Schmidt-Wittmack's allegations of secret consultations on west German rearmament between the Federal Government and the Americans, or that a decision had been taken to work out secret plans in a special committee. General Heusinger knew nothing of the E.D.C. negotiations, which envisaged 12 German divisions. There has never been any discussion about 24 divisions.

Le Monde (Paris)

№2979

Une deuxième affaire John

LA FUITE A BERLIN-EST D'UN DÉPUTÉ C.D.U.

sème la consternation à Bonn

Bonn, 23 août.

C'est une catastrophe ! Quel Dieu immiséricordieux poursuit ainsi la vertueuse Allemagne ? Au moment où la République fédérale devrait tout entière faire bloc autour de son chef dans la rude épreuve qu'il dû pour lui la conférence de Bruxelles, il faut que l'un des siens le trahisse. Karl Franz Schmidt-Wittmack, député du Bundestag et

De notre envoyé spécial

GEORGES PENCHENIER

le visage dur fait penser à un instituteur prussien conscient de sa valeur et de sa mission, occupait au Bundestag des fonctions assez importantes. Membre de la commission parlementaire de la C.E.D., il fai-

De l'inutilité de l'immunité parlementaire

La police, cependant, s'est mise aussitôt en campagne. Sans même attendre la levée de l'immunité parlementaire du fugitif — qui nécessite une procédure somme toute assez longue — et sans paraître le moins

Le Monde (Paris)

№2983

Le passage à l'Est du député Schmidt-Wittmack illusire l'instabilité de la République fédérale

Bonn, 27 août. — Depuis dimanche, ce jour marqué d'une pierre noire, où l'on apprenait à Bonn qu'un député chrétien démocrate avait pris le chemin de Berlin-Est au moment même où s'effondraient à Bruxelles les espoirs du chancelier, les milieux officiels de la République fédérale attendaient avec inquiétude la première manifestation oratoire du fugitif. Maintenant c'est chose faite.

De notre envoyé spécial

GEORGES PENCHENIER

pris du côté allié et malgré les démentis immédiatement (un peu trop vite même) apportés par l'office Blank, le général Heusinger et le haut commandement américain, il semble bien que la

de main de maître son parti, son Parlement et son pays dans la voie qu'il s'est fixée.

Sans doute faut-il vivre en Allemagne, ou du moins suivre de près son évolution actuelle, pour apprécier l'autorité de son chef de file, la passivité de son parti et l'indifférence que le grand public manifeste envers ceux qu'il a élus

Abb. 60 *– Kein anderer Hamburger Spion hat so weltweites Aufsehen erregt wie Karlfranz Schmidt-Wittmack. Die französische und englische Presse, ein Jahrzehnt nach Kriegsende gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung wachsam, teils skeptisch eingestellt, brachten Schlagzeilen. Die von Schmidt-Wittmack „enthüllten" Zahlen betr. die geplanten Bundeswehr-Divisionen stammten vom sowjetischen Geheimdienst und waren ihm in Ostberlin „gesteckt" worden.*

Karlfranz Schmidt-Wittmack. Spionage und Politik. Dokumente

Einführung

Hamburgs bekanntester Politiker-Spion im Dienste der DDR war der Bundestagsabgeordnete Karlfranz Schmidt-Wittmack. Einen Augenblick lang machte er 1954 weltweite Schlagzeilen, als er ebenso überraschend wie spektakulär nach Ostberlin wechselte und im Sinne der DDR-Führung die Pläne für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) attackierte.

Ob der 1945 aus dem Krieg nach Hamburg zurückgekehrte Flak-Oberleutnant Schmidt-Wittmack zuvor in mehrmonatiger sowjetischer Kriegsgefangenschaft gewesen war (oder – wie seine Mutter angegeben hat – nicht) scheint unklar, doch wie er 1948 zum KPD-SED-Nachrichtenapparat gekommen ist, ist annähernd genau zu rekonstruieren. Die Ermittlungsergebnisse der Sonderkommission der Bonner Sicherungsgruppe des BKA einerseits, die Unterlagen, die von der Abwicklung des SED-KPD-Nachrichtenapparats 1952 zeugen, andererseits, weisen einige Übereinstimmung auf (Dok. 1–4).

Schmidt-Wittmack, aus betuchten Kreisen stammend, einst dem Jungstahlhelm, später, seit 1938, der NSDAP angehörig, versuchte kurz, ein vor 1938 begonnenes Jurastudium wiederaufzunehmen, aber 1946 starb sein Schwiegervater Johann C. Thomsen, Inhaber einer Speditions- und Kohlenlieferfirma, dessen Tochter (Lieselotte Thomsen) Schmidt-Wittmack 1941 geheiratet hatte. Er trat jetzt in diese Firma ein, zunächst als Volontär, und begann zugleich, sich politisch zu betätigen, in der im Aufbau begriffenen CDU und ihrer Jugendorganisation, der Jungen Union (JU). Seine Schwiegermutter, von der er die Firma pachtete, hat (nach seinem DDR-Übertritt) betont, welch großen und guten Kundenkreis Schmidt-Wittmack übernommen habe, doch sei er kaufmännisch weder

besonders begabt noch engagiert gewesen und habe sich lieber der Politik gewidmet. Seine Frau, gleichfalls in der JU aktiv, hat sich für den politischen Aufstieg ihres Mannes wohl stärker interessiert als für die von ihren Eltern zu Erfolg geführte Firma.

Die politische Nachkriegssituation war vielfältig-unübersichtlich.[2] Viele, vor allem auch junge Menschen waren um eine neue Orientierung bemüht, soweit die unmittelbar gegebenen Alltagssorgen dies zuließen. Teils wurde dort angeknüpft, wo 1933 der Einschnitt erfolgt war, teils wurden neue Konzepte verfolgt. Berührungsängste zwischen den Angehörigen unterschiedlicher politischer Strömungen waren noch reduziert. In der Ernannten Hamburger Bürgerschaft (1946), aber auch in dem ersten gewählten Landesparlament saßen Kommunisten, und die KPD stellte 1946 zwei Senatoren im ernannten Senat, von 1946 bis 1948 sogar noch einen Senator im von Max Brauer (SPD) geführten, durch die Bürgerschaftswahl vom 13. Oktober 1946 legitimierten Senat – Friedrich Dettmann, bei dem es sich allerdings nicht um einen aus Berlin entsandten Funktionär handelte.

Antikommunismus war verbreitet, aber vergleichsweise noch stärker war vielfach der Wunsch, die deutsche Einheit aufrechtzuerhalten. Ferner war die im Aufbau begriffene Hamburger CDU in ihrem Innern von Gegensätzen zwischen (groß-)bürgerlich-protestantischen, zu einem liberalen Konservatismus neigenden Kräften einerseits, katholischen, oft sozialpolitisch engagierteren Kräften andererseits geprägt, und wenn Schmidt-Wittmack hitzige Äußerungen des Tenors nachgesagt worden sind, Kommunisten seien ihm lieber als Katholiken, so gibt es ausreichend Zeugnisse damaliger Akteure über die zwischen Protestanten und Katholiken herrschenden atmosphärischen Störungen, die dies als glaubwürdig erscheinen lassen. Ähnlich verhält es sich mit der Angabe, der erste Vorsitzende der Hamburger JU, Achim-Helge von Beust (ein Protestant), habe sich vorübergehend für eine Aktion unter der Bezeichnung „Deutsche Union" interessiert, eine Initiative von Jakob Kaiser und dem Berliner JU-Vorsitzenden Fred Sagner; ferner für den Kreis um den ehemaligen Moskauer Botschafter Rudolf Nadolny.

Schmidt-Wittmack gelang es 1948, in einer für innerparteiliche Auseinandersetzungen typischen Situation, von Beust zu überrumpeln und

„abzusägen“ (Dok. 1). Er war stärker deutschnational orientiert als von Beust, aber nicht völlig anders eingestellt. Er habe sich – so ist von einem damaligen kommunistischen Agenten ausgesagt worden – seinerseits an die Russlandpolitik Bismarcks erinnert und an die Vorstellungen des Generals Hans von Seeckt zu einer deutsch-russischen Zusammenarbeit in den 1920er Jahren. Bei all solchen Bestrebungen sahen die Ostberliner Kommunisten Ansatzpunkte zur Ausdehnung ihres Einflussbereichs.

Einen deutschen Staat, gegen den „Staatsschutz“-Delikte verübt werden konnten, gab es nicht. Die Besatzungsmächte suspendierten die Staatsschutzparagrafen des StGB. Von Seiten der britischen Besatzungsmacht sind Normen und Maßnahmen gegen konspirative Aktionen von Ostzonen-Agenten und -Spionen nicht bekannt.[3] Politische Abenteurer tummelten sich allenthalben, plötzlicher Auf- und Abstieg in der langsam sich wieder ordnenden politischen Landschaft waren häufig.

Von Berlin war der Jungkommunist Horst Kieburg nach Hamburg geschickt, zunächst auf von Beust angesetzt worden; dessen Nachfolger Schmidt-Wittmack ernannte Kieburg zum Beauftragten für ein künftiges JU-Periodikum, befreundete sich gar mit ihm. Kieburg brachte Schmidt-Wittmack mit dem Kommunisten Otto Finck zusammen, der als Kaufmann firmierte und im Druckereigeschäft tätig war.[4] Finck versorgte die beiden mit Geld für ein kurzlebiges JU-Blättchen (*Das Brennglas – Junge-Union-Ausgabe des Hamburger Stadtblattes*, 1948/49), aber auch für ihren Privatkonsum. In Schmidt-Wittmack weckte der lebenserfahrene, politisch versierte, auf die Fünfzig zugehende Finck offenbar allerlei finanzielle und politische Hoffnungen und verlangte im Gegenzug, dass der Jungunionist ihm über seine politischen Verbindungen und Erlebnisse berichte.

Schmidt-Wittmack nutzte das *Brennglas* durchaus nicht voll und ganz, aber zum Teil auch für skeptische Bemerkungen zur Politik der Westintegration der deutschen Westzonen (Dok. 5), und er trat häufig durch gesamtdeutsche, bald aber auch durch betont westdeutsch-nationale, grob als „rechts“ zu verortende Meinungsäußerungen hervor (Dok. 6).

Die britische Besatzungsmacht war in puncto politischer *Reeducation* nicht untätig. Sie war dies sicherlich ebenfalls im Untergrund, wenn wohl

auch nicht so intensiv, wie der KPD-SED-Nachrichtenapparat in Anflügen politischen Verfolgungswahns annahm. Auf der Erscheinungsoberfläche zumindest ging es den Briten weniger um Propaganda und Ausforschung als um politische Bildung – mit einem weitgespannten Spektrum. Schmidt-Wittmack, von den Engländern in den von ihnen organisierten *Ring Politischer Jugend* (RPJ) geladen, war auch offiziell bald umfassend mit Vertretern anderer Jugendorganisationen vernetzt; nicht zuletzt der KPD-Jugendsekretär Kurt Wand kam zu diesen Versammlungen; die beiden kannten sich (wie zumindest in Ostberlin angenommen wurde).

Schmidt-Wittmack nahm ferner auf britische Einladung an einer der *Reeducations*-Seminare in Wilton Park teil. Dort war 1946 eine Art Hochschule für Kriegsgefangene (*POW-Camp 300*) ins Leben gerufen worden, und zunächst hatte man ausgewählte Insassen britischer Kriegsgefangenenlager in Deutschland zu sechswöchigen Lehrgängen dort zusammengeholt. Ab Januar 1947 wurden auch Zivilisten nach Wilton Park eingeladen. Dort hat Schmidt-Wittmack wohl den DP-Politiker Wilhelm Hellwege kennengelernt. Möglicherweise über Hellwege ist er 1949 zur nicht unbekannten, aber geheimnisumwitterten, jedenfalls prononciert nationalkonservativ orientierten „Ersten Legion" gestoßen, einer „*von Adenauer protegierten Bruderschaft*" (Der Spiegel); in ihrem Zentrum stand u.a. der NS-belastete Ministerialbeamte Hans Globke, der in den 1950er Jahren zum engsten Kreis um Konrad Adenauer gehörte, ferner aus der ersten Adenauer-Regierungskoalition die aufstrebenden Politiker Kurt Kiesinger (CDU), Erich Mende (FDP) und Hans-Joachim von Merkatz (DP).[5] Schmidt-Wittmack und Kieburg unternahmen im Rahmen der Ersten Legion wohl ein paar Vortragsreisen – zumindest zum Teil wiederum von Otto Finck finanziert, der im Gegenzug zweifellos mit allerlei Informationen über die „Erste Legion" versorgt wurde.

Otto Finck hatte Schmidt-Wittmack zum „Apparat" gebracht, aber geführt wurde der hoffnungsvolle Nachwuchspolitiker von Willi Grünert. Grünert war einer der Lizenzträger der *Hamburger Volkszeitung*, fungierte als stellvertetender Vorsitzender der KPD Wasserkante (Erster Vorsitzender war Gustav Gundelach), war „*eng in den Grenzapparat und die Abwehr-Arbeit der SED eingebunden*", wurde dann im Zuge der Säuberung/Zerschlagung des Nachrichtenapparats 1951 in die DDR beordert.[6] Her-

nach bestimmte der nordrhein-westfälische KPD-Bundestagsabgeordnete Walter Vesper, der offenbar Zugriff auf alle westdeutschen Bestandteile des Nachrichtenapparats hatte, seinen alten Kampfgenossen Karl Sack (*alias* „Konrad") zu Schmidt-Wittmacks Residenten. „Timm", noch kein überaus vielversprechender Spion, als ängstlich und ineffektiv beschrieben, sollte gleichwohl möglichst schnell weiterentwickelt werden, damit er selbst die Rolle eines Residenten übernehmen könne, denn beliebig viel Ersatzpersonal stand nicht zur Verfügung, und Schmidt-Wittmack kam in der CDU gut voran. Es wurde im „Apparat" erwogen „*‚Timm' von Hamburg nach Westdeutschland (Bonn) zu verpflanzen und eine finanzielle Deckung durch die Gründung eines Handelskontors zu schaffen*".[7] Doch die Mitarbeiter wurden zusehends knapper. Vesper, einer der Mitbegründer der KPD, wechselte 1952 – mehr oder weniger freiwillig – in die DDR, und „Konrad" wurde von Ostberlin bald – zu Recht oder zu Unrecht – als zumindest unzuverlässig beurteilt, gar verdächtigt, den Engländern zuzuarbeiten, 1952 konserviert (Dok. 7).

1952 ist in Ostberlin ebenfalls darüber spekuliert worden, ob Schmidt-Wittmack ein Doppelagent sei, der schwerpunktmäßig den Briten zuarbeite. 1952 wurde er mit einer „Parole" erst einmal auf Eis gelegt, aber spätestens nach seinem Einzug in den Deutschen Bundestag, Mitte Oktober 1953, war er für das mittlerweile begründete Ministerium für Staatssicherheit erneut von Interesse. Wie es scheint, ist ein Agent entsandt worden (Werner Schäfer), um die Lage zu sondieren und im günstig erscheinenden Falle mit Schmidt-Wittmack wieder anzubändeln. Dieser war nunmehr (auch) mit dem Decknamen „Weilich" im MfS registriert, beschenkte sich selbst zu Weihnachten 1953 mit einem Magnetophon; es handelte sich um ein Tonbandgerät KL 15 (von 1951), das erste Gerät für Privatanwender, damals exklusiv von AEG hergestellt. Es war 700 DM teuer, und Zeugen haben angegeben, dass eine solche Ausgabe für das Ehepaar Schmidt-Wittmack vor dem Hintergrund nur mäßig laufender Geschäfte keine Selbstverständlichkeit war. Im Juli 1954 kam eine Minox (A) hinzu.

Eine Übersiedelung Schmidt-Wittmacks nach Ostberlin war kein völlig absurder Gedanke und seit 1948 in der einen oder anderen Form schon mehr als einmal angesprochen worden. Der Zeitpunkt kam dann freilich –

naturgemäß – doch überraschend, und zwar mehr oder weniger für beide deutschen Seiten (Dok. 8, 10). Ob Markus Wolfs Version, er habe dem zögernden Abgeordneten zu seinem eigenen Bedauern mit einer erfundenen Bedrohung durch bundesdeutsche Sicherheitsorgane imponieren müssen, nun stimmt oder nicht – alles deutet darauf hin, dass Schmidt-Wittmack und seine Familie von heute auf morgen aus ihrem Alltag gerissen wurden (Dok. 8, 9). Die DDR-Regierung ließ Schmidt-Wittmack ein paar Attacken gegen Adenauers Westintegrationspolitik reiten (Dok. 12), dann kehrte politische Routine ein.

Schmidt-Wittmack vermochte sich in Ostberlin mit seiner Familie einzurichten. Er fungierte 1955–1976 als Vizepräsident der Kammer für Außenhandel (KfA), worin Betriebe und Organe der DDR organisiert waren,

DER VORSITZENDE DES STAATSRATES
DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
VERLEIHT

Genossen
GRUNERT, Rolf

DEN

VATERLÄNDISCHEN VERDIENSTORDEN

IN SILBER

IN ANERKENNUNG HERVORRAGENDER
VERDIENSTE BEIM AUFBAU UND BEI DER
ENTWICKLUNG DER SOZIALISTISCHEN
GESELLSCHAFTSORDNUNG UND DER STÄRKUNG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

BERLIN, DEN 9. Oktober 1974

Abb. 61 *– 1974 erhielt Karlfranz Schmidt-Wittmack, seit 1955 „ewiger" Vizepräsident der Kammer für Außenhandel (unter wechselnden Vorsitzenden), den Vaterländischen Verdienstorden in Silber vom Staatsratsvorsitzenden Willi Stoph – „in Anerkennung hervorragender Verdienste beim Aufbau und bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik". Hier ist das Exemplar aus dem Fundus Rolf Grunert zu sehen.*

die direkt oder indirekt mit dem Außenhandel zu tun hatten. Der KfA oblag es, Kontakte zu Wirtschaftspartnern im westlichen Ausland zu knüpfen und Handelsabkommen unterhalb der Regierungsebene (sogenannte Kammerabkommen) mit westlichen Staaten zu schließen. Schmidt-Wittmack trat der CDUD bei, der „Ost-CDU (Christlich-Demokratische Union Deutschlands), die zur führenden SED im Verhältnis einer Blockpartei stand. Ab und zu erhielt er Gelegenheit, sich in den staatlich gelenkten Medien zu äußern, vor allem zu handels-, deutschland- und sicherheitspolitischen Fragen (Dok. 13–15). Er absolvierte dieses Programm nicht eben brilliant, und das lag wohl nicht allein an den engen Grenzen, die politischen Meinungsäußerungen jeglicher Provenienz in der DDR gesetzt waren.

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 1 (1954)

"Dieser Vorstoß kam für mich völlig überraschend" Achim-Helge von Beust über seinen JU-Nachfolger Schmidt-Wittmack

Bundeskriminalamt – Sicherungsgruppe Bonn
z.Z. Hamburg, den 19. Oktober 1954

Auf Vorladung erscheint der Bezirksleiter des Bezirksamtes Hamburg-Wandsbek,
Achim Freiherr v. Beust, geb. 16. März 1917 in Lübeck,
wohnhaft Hamburg 39, Krochmannstraße 41,
und erklärt in der Angelegenheit Schmidt-Wittmack folgendes:

„Ich lernte Schmidt-Wittmack 1947 kennen, als er in die Junge Union der CDU [künftig JU] in Hamburg eintrat. Ich war zu der Zeit 1. Vorsitzender der JU. Schmidt-Wittmack betätigte sich ehrenamtlich sehr eifrig und gehörte seit Ende 1947 dem Vorstand der JU in Hamburg an. […] Im Jahre 1948 wurde er stellvertretender Vorsitzender. […]

Etwa im August 1948 fand die jährliche Delegiertenversammlung der JU statt, auf der jeweils der Vorstand neu gewählt wurde. Bei dieser Gele-

genheit hielt Schmidt-Wittmack ein sehr kritisches Referat, das sich mit meiner Führung der JU befasste und den Vorwurf erhob, dass ich zu eigenwillig und ohne im einzelnen mit dem Vorstand gesprochen zu haben, die JU nach außen vertreten hätte. […] Dieser Vorstoß kam für mich völlig überraschend. Er [Schmidt-Wittmack] hatte vorher mir keinerlei diesbezügliche Vorhaltungen gemacht. […]

Anlässlich der Haltung des Vorstands nach diesem Referat mussten die Delegierten den Eindruck haben, dass durch mein Verhalten eine echte Krise in der Führung entstanden sei. Unter diesem Eindruck zog ich vor der eigentlichen Wahlhandlung meine Kandidatur auf Wiederwahl zurück. Schmidt-Wittmack wurde bei mehreren Enthaltungen mit Hilfe seiner Freunde zum Vorsitzenden gewählt. Als das Ergebnis der Wahl bekannt wurde, kamen verschiedene Mitglieder des Vorstandes und der Delegierten zu mir, bedauerten, dass ich die Kandidatur zurückgezogen hatte; man machte mir Vorwürfe, dass ich mich nicht ausführlich mit den ungerechtfertigten Angriffen von Schmidt-Wittmack auseinandergesetzt hätte. […]

1949, Oktober, wurde Schmidt-Wittmack als Vorsitzender der JU in die Hamburger Bürgerschaft gewählt. Ich gehörte ebenfalls erneut der Bürgerschaft an. Innerhalb der Fraktionsarbeit der CDU-Fraktion bin ich dann wieder stärker mit ihm in Kontakt gekommen. Er bemühte sich sehr, mich die Wahlgeschichte von 1948 vergessen zu machen. […]

Als ich das Angebot erhielt, im November 1950, als Angestellter in das Landesamt für Verfassungsschutz eintreten zu können, wurde dieses Angebot ausführlich in der Fraktion der CDU besprochen. Schmidt-Wittmack riet mir dringend davon ab, in Hamburg in den Staatsdienst zu treten, da die eigentliche politische und sonstige Aufstiegsmöglichkeit nach seiner Meinung in Bonn läge. […]

Schmidt-Wittmack hat [als Bezirksvorsitzender der CDU-Bezirke Hamburg-Nord] sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet, immer mit dem Ziel, durch diese Position […] weitere Positionen in Richtung Bonn zu erhalten. So wurde er auch für ein etwaiges zwischenzeitliches Ausscheiden der Bundestagsabgeordneten Frau Dr. Gröwel (1952) – wegen deren Übernahme in den Konsulardienst – als Nachfolgekandidat in Aussicht genommen.

Nachdem ich ihn [Schmidt-Wittmack] seit 1950, November, nur noch gelegentlich bei Bürgerschaftssitzungen getroffen hatte, habe ich dann in diesem Jahr [1952] zweimal längere Gespräche bei ihm zu Hause mit ihm geführt. Das erste Gespräch führte ich mit ihm, als ich ihn in seiner Wohnung in meiner Eigenschaft als Leiter der Abt. II des Landesamts für Verfassungsschutz aufsuchte, zusammen mit dem […] Sachbearbeiter, Herrn Stabenow. Herr Stabenow hatte gemeldet, dass ein gewisser Schäfer, der dem Landesamt [Hamburg] vom Landesamt Berlin als ein Mann mit guten Kontakten zum SSD [Staatssicherheitsdienst, MfS] nach dessen Umzug nach Hamburg angeboten hatte [sic!, muss heißen „worden war"], folgendes berichtet hätte: Herr Schäfer berichtete, ihm sei von einer Stelle des SSD in Ostberlin aufgetragen worden, u.a. die Bekanntschaft mit Schmidt-Wittmack zu suchen. […]

Bei diesem [soeben genannten] Besuch im März [1952] wurde Herr Schmidt-Wittmack entsprechend ins Bild gesetzt. Er nahm diese Darstellung völlig ruhig zur Kenntnis, zeigte keinerlei besondere Neugier, wie wir etwa in den Besitz der Kenntnisse gekommen seien, und erklärte sich sofort bereit, bei einem Anlaufen der Kontaktperson uns Kenntnis zu geben.

[Auf Befragen:]
Während der Zeit meines Vorsitzes in der JU im Jahre 1948 tauchte bei der JU eines Tages Horst Kieburg auf. Horst Kieburg erklärte, dass er einige Zeit in der Ostzone nach 1945 gelebt hätte, dort auch der SED beigetreten wäre und Kontakt mit dem russischen Nachrichtendienst bekommen hätte. Dort seien ihm Aufgaben gestellt worden nachrichtendienstlicher Art, deren Erfüllung gegen sein Gewissen gegangen wäre, und er sei daraufhin aus der Ostzone nach dem Westen gegangen. Hier habe er sich insbesondere für die kommunistische Partei interessiert und Kontakt mit kommunistischen Funktionären, u.a. mit Otto Finck, bekommen. Er sei nun [aber] ein überzeugter Gegner der kommunistischen Politik geworden und wolle bei uns mitarbeiten. Sein Interesse sei die Pressearbeit. Seine Kontakte zur KPD in Hamburg, besonders zu Finck, der von seinem Gesinnungswechsel noch nichts wisse, würden es ihm ermöglichen, über die KPD und die FDJ in Hamburg einschlägige Nachrichten zu beschaffen. Er betätigte sich eifrig, besonders mit einem Projekt, das „Brennglas", eine periodische Publikation, ins Leben zu rufen, deren redaktionelle Gestal-

tung er ohne geldliche Ansprüche übernehmen wolle. […] Da aber die Spenden nicht in dem erhofften Maße eingingen, musste der Druck wieder aufgegeben werden. […]

Bald nach der Wahl Schmidt-Wittmacks [zum JU-Landesvorsitzenden] entwickelte sich ein ziemlich enges, freundschaftliches Verhältnis zwischen ihm und Kieburg. Später kam es dann aber zu einem Bruch. […]

Schmidt-Wittmack bekam seit 1949 Oktober oder November, als Mitglied der Bürgerschaft monatlich DM 150. In der Regel wurden davon je DM 50 […] für die Fraktion abgegeben."

Bundesarchiv, B 106/15790, Bl. 325–327.

* * *

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 2 (1954)

Ostberliner Kommunisten suchen Verbindung zu *"nationalen Leuten"* in Westdeutschland

BKA SG Bonn,
z. Zt. Hamburg, den 25. August 1954

Vorgeladen erscheint
der Kaufmann Horst Kieburg,
geb. 6. September 1922 in Stavenhagen/Meckl.,
wohnhaft Pinneberg-Waldenau, Waldenauer Park,
und erklärt in der Angelegenheit Schmidt-Wittmack […],

[er sei 1947 aus der Hamburger KPD ausgetreten, habe dann aber noch für das MGB, das sowjetische Staatssicherheitsministerium, gearbeitet. Im Februar 1948 habe er im Verlauf einer diesbezüglichen Dienstbesprechung in Ostberlin den Auftrag erhalten, Kontakte zu „*nationalen Leuten*" der Frontgeneration in nichtmarxistischen Kreisen herzustellen].

„In diesem Zusammenhang wurde gedacht an von Beust, den seinerzeitigen Landesvorsitzenden der Jungen Union, der kurz zuvor über mich versucht hatte, an den Nadolny-Kreis heranzukommen, was aber in Folge meiner Abwesenheit von Berlin nicht zustande gekommen war.

Im März 1948 trat ich in die CDU, LV Hamburg, ein Diesen Auftrag hatte ich von einer sowjetischen Stelle im Ostsektor Berlins erhalten. Ich wurde sofort mit der Leitung der JU im Kreis Harburg beauftragt […]. Von Beust war seinerzeit Anhänger der Schaffung einer sogenannten „Deutschen Union".

Um die gleiche Zeit war der Vorsitzende der Jungen Union Berlin im Auftrag des gerade von den Sowjets abgesetzten [Jakob] Kaiser auf einer Informationsreise durch Westdeutschland und propagierte den Gedanken der „Deutschen Union". Der Name des Vorsitzenden der JU Berlin ist mir entfallen [Fred Sagner]. Die Gespräche mit diesem Mann nahm ich als Ausgangspunkt, um von Beust in Abänderung des Deutschen-Union-Planes, der auch junge sozialdemokratische Kräfte mit einschloss, die Schaffung einer nationalen Gruppe aus den Frontjahrgängen der nichtsozialistischen Parteien vorzuschlagen.

Auf einer Landesdelegiertenversammlung der JU im April 1948 wurde eine Zusammenarbeit mit den Jungdemokraten und den entsprechenden Jahrgängen der Deutschen Partei beschlossen und ich zum Verbindungsmann gewählt. Kurz vorher war von Beust nicht wiedergewählt worden zum Landesvorsitzenden der JU. Ich wurde daraufhin durch von Beust an den neugewählten Schmidt-Wittmack verwiesen. […]

Schmidt-Wittmack ernannte mich Anfang Mai 1948 zum Pressereferenten der JU.[8] Wir fassten den Plan, ein Junge-Union-Blatt in Hamburg herauszugeben."

Bundesarchiv, B 106/15790, Bl. 105 ff.

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 3 (1954)

Der Kommunist Otto Finck ködert den JU-Vorsitzenden Schmidt-Wittmack

SG Bonn, z. Zt. Hamburg, den 1. Oktober 1954

Vorgeladen erscheint
der Kaufmann Horst Kieburg […]
und erklärt in Ergänzung seiner Aussagen vom 25. August und 14. September 1954 folgendes:

„Während ich bei Schmidt-Wittmack wohnte, 1948 im Sommer, ging es Schmidt-Wittmack finanziell nicht besonders. Der Haushalt von Schmidt-Wittmack und mir wurde nur aufrechterhalten von den Zuwendungen des Otto Finck. Es handelte sich in Raten um mehrere hundert Mark jeweils im Monat: Angeblich stellte Finck diese Mittel für redaktionelle Zwecke beim „Brennglas“ zur Verfügung. Ihm war jedoch klar, und er hat es uns auch wiederholt bestätigt, dass dieses Geld ausschließlich für private Zwecke Schmidt-Wittmacks und meiner selbst verwendet wurde. Finck hatte Schmidt-Wittmack seinerzeit zugesagt, dass Schmidt-Wittmack bei guter Berichterstattung einen 12-Tonner bekäme und er in das Ost-West-Speditionsgeschäft eingeschaltet würde.“

Bundesarchiv, B 106/15790, Bl. 400 ff.

* * *

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 4 (1954)

"Wir brauchen Geld, Otto!"

BKA SG-Sonderkommission, Bonn, den 11. November 1954
Vorläufiger Schlussbericht

[…] Der Kaufmann Horst Kieburg – ehemaliges KPD-Mitglied – hat im Jahre 1948 die Verbindung zwischen Schmidt-Wittmack und dem KPD-

Funktionär Otto Finck in Hamburg hergestellt. Kieburg trat weisungsgemäß einer sowjetischen Stelle im Ostsektor Berlins im März 1948 in den CDU-Landesverband Hamburg ein. Er wurde sofort mit der Leitung der JU im Kreise Harburg beauftragt. […]

Nach seinen [Kieburgs] Angaben wusste Schmidt-Wittmack von Anfang an, dass er [Kieburg] Funktionär der KPD gewesen war. Trotzdem ernannte Schmidt-Wittmack ihn im Mai 1948 zum Pressereferenten der JU in Hamburg.

Anfang Mai 1948 kam es zwischen Kieburg und dem Ehepaar Schmidt-Wittmack zu einer nächtlichen Aussprache. Bei dieser Gelegenheit sprach Schmidt-Wittmack davon, dass es notwendig sei, einen Kontakt mit dem Osten zu bekommen. Er begründete dies mit einem Hinweis auf die Bismarcksche Außenpolitik und auf die Zusammenarbeit mit Russland unter von Seeckt. Schmidt-Wittmack äußerte damals, dass er lieber ein russisch gelenktes Europa als ein katholisch geführtes sähe. Ein katholisch geführtes Europa würde seiner Meinung nach zu einer zwangsweisen Rekatholisierung des protestantischen Nordens führen. Er war überzeugter Protestant und sah in [Karl] Barth, [Fritz] Lieb und [Martin] Niemöller seine Vorbilder. Schmidt-Wittmack missbilligte innerhalb der CDU die Führung durch katholische Kreise. Dem Kieburg erklärte er, schon zwei seiner Parteifreunde angesprochen zu haben, um Kontakte zu östlichen oder kommunistischen Stellen zu schaffen. In diesem Zusammenhang nannte Schmidt-Wittmack die Namen [Heinrich] Gewandt und [Hans-Dieter] Beste.

Bei der Überprüfung dieser Angaben gab Beste seine Verbindung zu dem KPD-Funktionär Otto Finck zu und erklärte mündlich, dass auch Gewandt und von Beust in der damaligen Zeit Verbindung zu Finck hatten. Nach seiner Darstellung hat Finck sich erboten, ihn zu fördern, was er jedoch abgelehnt habe. Gewandt dagegen stellt eine Verbindung zu Otto Finck in Abbrede, er will ihn gar nicht kennen. Auch von Beust bestreitet, Kontakt zu Finck gehabt zu haben.

Im Mai 1948 suchten Kieburg und Schmidt-Wittmack den KPD-Funktionär Otto Finck in der Wohnung auf. Finck erklärte Schmidt-Wittmack, dass es ihm nicht darauf ankäme, in ihm einen Mann zu bekommen,

der ihn lediglich mit irgendwelchen kleinen Berichten versorge. Er solle vielmehr auf lange Sicht arbeiten mit dem Ziel, in irgendwelche aussichtsreiche und einflussreiche Positionen hineinzukommen. Er hätte bei seinem politischen Aufstieg eine betont nationale und scharf antikommunistische Linie zu befolgen. Daneben beauftragte er Schmidt-Wittmack, ihm laufend schriftlichen und mündlichen Bericht zu erstatten und zwar über Vorstandssitzungen und über innere Vorgänge innerhalb der CDU. Schmidt-Wittmack und Kieburg sind bis Mitte September 1948 fast täglich bei Otto Finck gewesen, wobei Schmidt-Wittmack Bericht erstattete und schriftliches Material übergab.

In Gegenwart des Kieburg erklärte Finck dem Schmidt-Wittmack, dass im Ernstfall jederzeit ein Ministersessel für ihn in der Ostzone bereitstände.

In der Folgezeit versorgte Finck beide (Schmidt-Wittmack und Kieburg) laufend mit Geld. Die Beträge beliefen sich auf jeweils einige hundert DM. Nur der bloße Hinweis „*Wir brauchen Geld, Otto!*" genügte, um Finck zur Hergabe neuer Beträge zu veranlassen.

Finck finanzierte auch die Reisen der beiden Genannten, die sie im Interesse der „*Sammlung der nationalen Kräfte*" in Schleswig-Holstein, Bremen und Baden führten. Ferner hat Finck dem Schmidt-Wittmack zugesagt, zu seinem Lebensunterhalt monatlich 200 DM beizusteuern, und zwar zusätzlich zu seinen sonstigen Zuwendungen. Im Mai 1949 erwähnte Schmidt-Wittmack bei einer Unterhaltung mit Kieburg, dass er nunmehr auch über eine direkte Leitung nach Ostberlin verfüge; es sei nicht ausgeschlossen, dass er einmal Ost-CDU-Minister werde. Seit Ende 1949 unterhielt Kieburg mit Schmidt-Wittmack keinen engen Kontakt [mehr]. […]

Frau Schmidt-Wittmack hat nach Angaben von Kieburg die Berichte für Otto Finck persönlich geschrieben und war demnach über alles orientiert. Sie war am politischen Aufstieg ihres Mannes sehr interessiert und hat ihn bei seiner parlamentarischen Arbeit unterstützt. Mehrere Zeugen bekundeten, sie sei ihrem Manne geistig überlegen gewesen und habe ihn in seinem Wirken gelenkt. […]

Der sowjetische und der ostzonale Nachrichtendienst haben sich ebenfalls für Schmidt-Wittmack interessiert, was aus der Aussage des Agenten Werner Schäfer – er wurde bei der Bearbeitung des Kompexes Schmidt-Wittmack wegen Landesverrats festgenommen und sitzt in Hamburg in Untersuchungshaft ein (Az. des OBA: B Js 400/54) – ersichtlich ist.

Um die Weihnachtszeit 1953 bekam Schäfer von einem gewissen „Kurt" aus Ostberlin den Auftrag, sich in Hamburg nach Schmidt-Wittmack umzusehen.[9] Er sollte insbesondere über seine Person, über seine finanzielle Lage, seinen Umgang und eventuelle Schwächen sowie über sein Betätigungsfeld in politischen Kreisen berichten. Schäfer hat im Januar 1954 über die Person des Schmidt-Wittmack in Berlin berichtet. […]

Pfingsten 1954 nahm Schmidt-Wittmack an einer Tagung des Ausschusses für Gesamtdeutsche Fragen, der in Westberlin tagte, teil. Zur gleichen Zeit fand in Ostberlin ein sog. FDJ-Treffen statt [Deutschlandtreffen der Jugend]. Schmidt-Wittmack sollte zu den FDJ-Überläufern bei den Auffangstellen sprechen. Dies tat Schmidt-Wittmack nicht, sondern hielt sich Ostberlin auf.

Bundesarchiv, B 106/15790, Bl. 400 ff.

Im BRENNGLAS der Jungen Union

Einmal müssen wir entbrennen, wenn von unserem Leben ein Feuer ausgehen soll in die verarmte, erstarrte Welt.

die geschichtliche Entwicklung weitergegangen. Die Nationalstaaten sind im Grunde genommen reaktionär und damit auch das übermäßige Geschrei nach der sozialistischen

Ein Brief ....

Liebe Freunde, ich bin kein passionierter

Im BRENNGLAS der jungen Union

Der eine fragt: Was kommt danach?
Der andere: ist's recht?
Und also unterscheidet sich
Der Freie von dem Knecht.

Theodor Storm

Wir wollen noch etwas anderes. In Hamburg handeln die verschiedensten Ämter diktatorisch und ihre Beamten berufen sich häufig, jedenfalls haben das unsere Freunde festgestellt, auf die Militärregierung. Wir haben uns bisher nur im Falle Wohnungsamt erkundigt. Die amtliche britische Pressestelle teilte uns mit, daß es für

Auf in den Kampf gegen die Druckfehler

Der Druckfehlerteufel hat die erste Runde mit mindestens 3 : 0 gewonnen. In das „Brennglas" vom April schwarzgalle er einige ganz dicke

***Abb. 62** – Unter dem Titel „Im Brennglas der Jungen Union" durfte Schmidt-Wittmack 1948 als frischgebackener JU-Landesvorsitzender eine Seite im Hamburger Stadtblatt der CDU unterbringen. Dann erschien einige Mal „Das Brennglas. Junge-Union-Ausgabe des Hamburger Stadtblattes" – zumindest wohl teilweise von dem KPD-Politiker Otto Finck finanziert.*

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 5 (1948)

Wo wird verantwortungsbewusste Zusammenarbeit zur Kollaboration? Die Hamburger JU schreibt an Konrad Adenauer

Die Beschlüsse [die Londoner Empfehlungen vom 7. Juni] zeigen Unversöhnlichkeit und Misstrauen und lassen den harten Willen zur Verewigung auch wirtschaftlicher Vorrangstellungen erkennen, welche den Siegermächten jede Möglichkeit zur uneingeschränkten Ausbeutung des deutschen Bodens und der deutschen Arbeit geben […]

Hat unsere politische Arbeit noch eine innere Berechtigung vor uns selbst und dem deutschen Volke? Verbieten uns nicht die Nürnberger Urteile jede politische Zusammenarbeit mit einer Macht, die uns nicht im Geiste menschlicher Gerechtigkeit zu handeln scheint? Wo wird schließlich verantwortungsbewusste Zusammenarbeit zur Kollaboration [mit den Westmächten]?

In: Das Brennglas. Junge-Union-Ausgabe des Hamburger Stadtblatts Nr. 2 (Aug. 1948), zit. n. Helmut Stubbe da Luz: Von der „Arbeitsgemeinschaft" zur Großstadtpartei – 40 Jahre Christlich Demokratische Union in Hamburg (1945–1985). Hamburg 1985, S. 112 f.

* * *

Fall Schmidt-Wittmack - Dokument 6 (1952)

Das Deutschlandlied als Nationalhymne!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ziel meines Antrages ist, die Hamburger Bürgerschaft zu veranlassen, dem Beispiel des Niedersächsischen und Schleswig-Holsteinischen Landtages zu folgen, nämlich den Herrn Bundespräsidenten zu bitten, das Deutschlandlied wieder zur Nationalhymne zu erklären. […] Gerade wir Hamburger mit unseren weitreichenden Beziehungen zur Welt empfinden das Fehlen einer Nationalhymne besonders schmerzlich. Die ewigen Notlösungen sind nicht nur peinlich, sondern bringen überdies bei den verschiedenen Anlässen und internationalen Zusammenkünften befreundete Nationen in Verlegenheit. […] Ich brauche nicht auf die letzthin stattgefundenen Olympischen Spiele [Winterspiele in Oslo 1952] hinzuweisen, um feststellen zu können, dass ein noch so schöner Ersatz für das Deutschlandlied doch nur Ersatz ist und bleibt. Die Einwände, der Text passe nicht in unsere heutige Zeit, ist meines Erachtens nicht stichhaltig. Dies ist bei anderen Nationen in viel höherem Maße der Fall.

Weiter wird eingeworfen, das Deutschlandlied schädige unser Ansehen im Auslande und verärgere unsere Freunde im Ausland. Diese Ansicht machte

sich auch Herr Bürgermeister Brauer in seinem letzten Interview zu eigen. Ich bin ganz anderer Ansicht, meine Damen und Herren der SPD, nicht unsere Nationalhymne schadet uns im Auslande, sondern manche Rede der Ihnen nahestehenden Politiker. Das ist der wirkliche Schaden, der im Auslande angerichtet wird.

Stenografische Berichte der 5. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft, Mittwoch, den 12. März 1952, S. 249 f.

* * *

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 7 (1952)

"Es kann ja nicht mehr als schiefgehen, und man stirbt ja nur einmal!"

a) „Timm" (Karl-Franz Wittmark [*sic*!]), geb. am 27. Juli 1914 in Charlottenburg, Vater Zigarrenfabrikant. Studierte von 1936 bis 1938 vier Semester Jura an der Universität Hamburg. War von 1939 bis 1945 Soldat, letzter Dienstgrad Oberleutnant […] Von April bis Juli 1945 in sowjetischer Kriegsgefangenenschaft, wurde als Verwundeter entlassen.[10] Nach 1945 Volontär in einer Spedition und Kohlenfirma, ab 1947 Geschäftsführer d[ies]er Firma Thomsen, ab 1949 selbständig als Kohlenhändler und Fuhrunternehmer.

Ab 1938 Anwärter der NSDAP. Nach seinen eigenen Angaben wurde er nicht Mitglied, da er zur Wehrmacht eingezogen wurde. Wurde 1947 Mitglied der Jungen Union und CDU. 1948 Reise nach England, auf dieser Reise lernte er den Vorsitzenden der Deutschen Partei, Hellwege, kennen, mit dem ihn seit dieser Zeit eine enge Freundschaft verbindet.[11] „Timm" ist Mitglied des Bürgerrates Hamburg [der Bürgerschaft], zweiter Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands, seit 1952 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der Jungen Union.

„Timm" kam ungefähr zur selben Zeit wie „Mertens" [Klarname Hans-Joachim Schlomm] zur KPD Hamburg und wurde genau wie „Mertens"

mit Fink [*sic*; Otto Finck] bekannt und von Finck in den Apparat gebracht. Im Jahre 1948 beteiligte sich Finck im Auftrage der Partei aktiv an der Arbeit des Jugend-Ringes in Hamburg. Timm lernte hier einen gewissen [*geschwärzt*] kennen und wurde durch [*geschwärzt*] mit Finck bekanntgemacht. 1948 vermittelte dann Finck die Verbindung mit [Willi] Grünert. In dessen Abwesenheit arbeitete dann „Timm" zeitweilig mit „Menzel" [Bruno Korthaus] zusammen. Im Zug der Reorganisation wurde „Timm" im Jahre 1951 an „Konrad" [Karl Sack] weitergegeben.

„Timm" kennt Otto Finck, Grünert, „Menzel" (Korthaus), „Peter" (Vesper)[12], „Konrad"; von der Zentrale „Anton" [Ackermann],[13] „Herbert", „Kurt" [Gailat]. „Timm" weiß nach seinen eigenen Angaben, dass die Nachrichten nach Berlin gehen und wie sie über die Zonengrenze gebracht werden, ohne jedoch zu erklären, wie er davon Kenntnis erhalten hat.

Seine [„Timms"] wichtigsten Aufgaben waren, zuerst in Hamburg in den Vorstand „Junge Union" und dann in den Vorstand der CDU vorzustoßen, dann seine Arbeit von der Landes- auf die Bundesebene zu entwickeln. […] Aus diesem Grunde ergab sich im weiteren Verlaufe seiner Mitarbeit auch die Notwendigkeit der Übersiedlung von Hamburg nach Bonn, was auch im Frühjahr 1952 verwirklicht wurde.[14] […]

„Timm" war nach 1945 gemeinsam mit „Becker" [Kurt Wand], „Gottfried", Finck und [*geschwärzt*] in dem von den Engländern organisierten Jugendring. Trotz der Freundschaft zu [*geschwärzt*; Achim-Helge von Beust] lieferte er über das AVS [Amt für Verfassungsschutz] kaum Material. […]

In den Berichten von „Konrad" und in den Beurteilungen über „Timm" wird jedesmal festgestellt, dass es „Timm" ängstlich vermeidet, schriftliche Berichte oder Kommentare zu den von ihm gegebenen Berichten zu geben. Er erklärt sein Verhalten mit Sicherheitsgründen. In der Aussprache zwischen „Konrad", „Herbert" und „Kurt" am 22. Februar 1952 teilte „Konrad" mit, dass „Timm" sehr ungern in Berlin erscheint. Er hat Angst, im demokratischen Sektor gesehen zu werden. Er äußerte: „*Es kann ja nicht mehr als schiefgehen, und man stirbt ja nur einmal!*" Zu Anfang der Zusammenarbeit mit „Konrad" hatte „Timm" angeblich Angst, zu nahe an die

Kommunisten zu kommen, änderte aber seine Einstellung, da „Konrad" Geschäftsmann ist und keine Funktion in der Partei hat. „Konrad" berichtet weiter, dass in der Zusammenarbeit mit „Timm" Grenzen gesetzt sind. Er lässt sich z.B. nicht auf Dinge hetzen, die er persönlich ablehnt. […]

„Konrad" erklärte bei dieser Aussprache, dass „Timm" ängstlich ist. „Timm" hat ihn schon öfter gefragt, was er machen sollte, wenn „Konrad" bei ihm nicht mehr erscheint: „*Was soll ich tun, was soll ich sagen im Fall einer Verhaftung? Ich kenne nicht mal Ihren richtigen Namen.*"

Bei Stilllegung der Zusammenarbeit von „Konrad" mit „Timm" wurde mit „Timm" folgende Parole vereinbart: „*Ich komme vom Dom-Hotel*", darauf schickt „Timm" den Besucher weg, der dann noch ein zweites Mal kommen musste. Durch diese Methode brauchte der gegnerische Nachrichtenapparat nicht ständig die Wohnung von „Timm" überwachen, um unseren Verbindungsmann kennenzulernen. „Timm" hatte somit Gelegenheit, den gegnerischen Apparat zu verständigen, der dann alle Abwehrmaßnahmen treffen konnte. Die „Tätigkeit" „Timms" muss dem Gegner bekannt sein.

Obwohl „Timm" unter seinen Verbindungen wichtige Leute in der Bundesgeschäftsstelle der CDU, im Büro Blank, im Bundeskanzleramt und aus dem AVS [Hamburger Amt für Verfassungsschutz] hat, fanden diese Verbindungen in dem Wert seiner Berichte in keiner Form ihren Niederschlag. Die Berichte sind allgemein gehalten, und teilweise ist das Material schon in der Presse erschienen. Das Material ist ungenau, z.B. über die Hamburger Polizei. […]

Betrachtet man dies zusammen mit den schon geschilderten Vorgängen und nimmt dazu die Scheu „Timms", schriftliche Informationen und Kommentare zu den von ihm gelieferten Berichten zu geben, so kommt man zu dem Schluss, dass von „Timm" bewusst allgemein gehaltenes Material geliefert wurde, das er im Auftrage des gegnerischen Geheimdienstes als unterschobener Agent an uns weitergab.

Bericht der Abteilung 1 des APN/IWF (Außenpolitischen Nachrichtendienstes / Intitut für Wirtschaftsforschung) v. 18. Sept. 1952 (BStU Zentralarchiv, MfS-HA II/6, Nr. 1158, Bl. 108 ff.)[15]

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 8 (1997)

Musste Markus Wolf seine Spitzenquelle "Timm" / "Weilich" opfern?

Während ich im Sommer 1954 nichtsahnend am Schwarzen Meer Urlaub machte, überlegte man in Berlin, wie man der Bundesrepublik möglichst publikumswirksam den Beitritt zu einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft erschweren könnte. Auf Weisung Wollwebers wurden meine Unterlagen durchforstet, und dabei stieß man auf eine Quelle namens „Timm". Hinter diesem Decknamen verbarg sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Karlfranz Schmidt-Wittmack, Mitglied der Parlamentsausschüsse für Fragen der europäischen Sicherheit, für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, ein Mann, der eine steile Karriere vor sich hatte. Schmidt-Wittmack stammte aus einer gutbürgerlichen Familie und war gewiss kein Linker. Dennoch hatte er für die Parteiaufklärung der KPD gearbeitet, und seit wir die Verbindung zu ihm wieder aufgenommen hatten, arbeitete er für uns. Er gehörte zu jenen Patrioten, denen Adenauers Politik eine Wiedervereinigung unmöglich erscheinen ließ und die seine Aufrüstungspläne ablehnten.

Als ich aus dem Urlaub zurückkehrte, fand ich Wollwebers Weisung vor, „Timm" sei unverzüglich in die DDR zu bringen. Ich sträubte mich mit Händen und Füßen, meine Spitzenquelle in der CDU zu opfern, nur um eine Pressekonferenz zu veranstalten, auf der mein Mann obendrein Thesen vertreten sollte, die er weder kannte noch gutheißen dürfte. Schmidt-Wittmacks Informationen über geheime Ausschusssitzungen waren von unschätzbarem Wert, besonders über die Haltung der Bundesrepublik zu einem amerikanisch dominierten Militärbündnis. Ich bestürmte Wollweber, doch er wiederholte nur, es sei alles beschlossene Sache.

Mir blieb nichts anderes übrig, als zu überlegen, wie ich Schmidt-Wittmack dazu überreden wollte, sich in die DDR abzusetzen. Wir kannten uns nicht persönlich, und bei unserer ersten Begegnung […] blieb die Atmosphäre reserviert bis frostig. Was ich als Argumente für einen Übertritt vorbrachte, überzeugte mein Gegenüber ganz und gar nicht. Ich […] griff zu einer […] Notlüge. Ich behauptete, das Bundesamt für Verfassungs-

schutz sei auf Schmidt-Wittmack aufmerksam geworden und beabsichtige, ihn zu verhaften. Das war schon besser, und nach kurzer Bedenkzeit sagte er, er sei einverstanden, vorausgesetzt, seine Frau, die mit den zwei Kindern [*sic*!] nichtsahnend in Hamburg saß, sei es ebenfalls.

Er schrieb einen Brief an seine Frau, den ein Kurier nach Hamburg brachte, und kurz darauf stand sie mitsamt den Kindern vor der Tür unserer konspirativen Villa.[16] Die Verhandlungen mit ihr gestalteten sich auf andere Weise schwierig als die mit ihrem Mann. Sie wusste zwar um seine geheimdienstliche Tätigkeit, konnte sich ein Leben in der DDR aber ebenso wenig vorstellen wie ein Leben auf dem Mond. Zu guter Letzt siegte ihr weiblicher Pragmatismus; vor der Alternative Gefängnis für ihren Mann im Westen oder Haus am See in der DDR entschied sie sich für das geringere Übel. Schulferien und Parlamentspause in Bonn halfen uns, die Abwesenheit der Familie für einige Tage abzudecken und den wichtigsten persönlichen Besitz unauffällig zu überführen. Am 26. August 1954 trat Schmidt-Wittmack in Ost-Berlin vor die Presse. Seine Enthüllungen besagten, dass Adenauer den Bundestag in wesentlichen Fragen der Außenpolitik und der Aufrüstung hintergehe und Entscheidungen treffe, die seinen öffentlichen Verlautbarungen widersprächen. Außerdem verkündete er eine Information, die uns der sowjetische Geheimdienst hatte zukommen lassen, dass nämlich ein Mobilmachungsplan für die Aufstellung eines bundesdeutschen Kontingents von vierundzwanzig Divisionen auf geheimen Sonderkonferenzen beschlossen worden sei.

Inzwischen waren wir uns menschlich nähergekommen, und mit Anteilnahme verfolgte ich Schmidt-Wittmacks weiteren Lebensweg. Als Vizepräsident der Kammer für Außenhandel hatte er eine Funktion inne, die ihn wenigstens teilweise für das entschädigte, was er hatte aufgeben müssen.

Wolf, Markus: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen. Aus d. Amerik. [1997]. München 1997, S. 98 ff.

***Abb. 63** – Um den plötzlichen Übertritt Schmidt-Wittmacks wurde in der Presse heiß spekuliert. Gab es einen Zusammenhang mit der Rückkehr des Hamburger KPD-Funktionärs Willi Prinz aus der DDR, der dort 1951 auf Geheiß Erich Mielkes inhaftiert worden war.*[17]

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 9 (1954)

Schmidt-Wittmack - der "zweite Schlag nach John"

Protokoll über die am 21. August 1954 stattgefundene Kollegiumssitzung, Berlin, den 21. August 1954.
Geheim! Persönlich!
Tagesordnung: Mitteilungen

Anwesend waren: Gen. Staatssekretär Wollweber, Gen. Generalleutnant Mielke, Gen. Generalmajor Last; Gen. Generalmajor Walter; Gen. Generalmajor Wolf; Gen. Generalmajor Gutsche; Gen. Hauptmann Hauck.

Gen. Staatssekretär [Wollweber] führte aus: Nach der Sache John wird jetzt der zweite Schlag folgen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des EVG-Ausschusses Karlfranz Schmidt-Wittmack ist mit seiner Familie nach der DDR gekommen und hat um Asyl gebeten. Asyl wurde gewährt.

Folgende Maßnahmen werden sofort durchgeführt:

1. Kommuniqué wird herausgegeben.
2. Schmidt-Wittmack wird eine politische Erklärung in der Presse geben, die stärker in der Tiefenwirkung ist als die Erklärung von [Otto] John.
3. Interview Johns über die Geheimabkommen, konkret und mit besonderer Wirkung auf die Konferenz in Brüssel.
4. Veröffentlichung des „Gehlen-Briefes".

Gen. Generalleutnant [Mielke] wies darauf hin, dass diese Sache „*streng geheim*" behandelt werden muss, weil noch einige op[erative] Fragen zu lösen sind.

Nachdem keine Fragen mehr gestellt wurden, wurde vom Gen. Staatssekretär darauf hingewiesen, dass Gen. Generalmajor Wolf für die Sache federführend ist.

BStU, SdM 1549, Bl. 23.

* * *

Schmidt-Wittmack – Dokument 10 (1954)

Überraschte Parteifreunde in Hamburg

Die sensationelle Nachricht platzte mitten in eine mit politischer Hochspannung geladene Atmosphäre hinein (Brüsseler Konferenz). So war es wohl auch beabsichtigt. Am stärksten überrascht waren wohl Schmidt-Wittmacks Parteifreunde in Hamburg. – CDU-Vorstandsmitglied und Bürgerschaftsabgeordneter Alfred Brockhagen: „*Ich war noch für letzten Sonnabend mit Schmidt-Wittmack verabredet.*" – Hamburg-Block-Abgeordneter [Hans-Günter] Imlau: „*Ich hatte etwa Anfang voriger Woche in Hamburg eine Unterredung mit Schmidt-Wittmack, den ich seit acht Jahren kenne. Auch nachträglich muss ich sagen, dass nichts in dieser Unterredung auf einen bevorstehenden Übertritt Schmidt-Wittmacks schließen ließ. Im Gegen-*

teil: Er zeigte mir noch voller Stolz einen Teller, den er als Mitglied der Bundesversammlung in Berlin bekommen hatte." – Parteifreund Schmidt-Wittmacks und Versicherungsmakler [Skrzynski-] Fox: „*Schmidt-Wittmack rief mich Ende Juli an und bat um Abschluss einer neuen Hausrats- und Glasversicherung für die soeben in Bonn bezogene neue Wohnung.*" […]

Die West-Berliner Kriminalpolizei hat heute Morgen bestätigt, dass Schmidt-Wittmack zwischen dem 7. und 10. August in der Hotelpension „Royal" in Charlottenburg wohnte, dass er während dieser Tage mit östlichen Verbindungsleuten zusammenkam und seinen Übertritt vorbereitete.

Am Donnerstag, dem 19. August, traf Schmidt-Wittmack aus Hamburg kommend wiederum in Berlin ein. Diesmal wohnte er in der Pension „Astrid", einige Häuser neben dem „Royal". Er hielt sich nur eine knappe halbe Stunde in der Pension auf, wechselte seinen Anzug und verließ dann das Haus.

In den Abendstunden erschien ein Unbekannter in der Pension „Astrid" und erklärte, er habe den Auftrag, das Gepäck von Herrn Schmidt-Wittmack abzuholen. Dem Pensionsinhaber gegenüber wies er sich durch eine Visitenkarte des Abgeordneten aus. Diese Karte enthielt folgenden handschriftlichen Vermerk: „*Ich bitte, dem Überbringer Koffer und Handtasche zu übergeben und bin mit besten Grüßen Ihr Schmidt-Wittmack.*" Diesem Ersuchen kam der Pensionsinhaber nach einigem Zögern nach.

In Hamburg haben Kriminalbeamte am Sonntagnachmittag mehrere Stunden Schmidt-Wittmacks Wohnung am Goldbekufer 44 durchsucht. Das dabei beschlagnahmte Material ist inzwischen dem Bundesanwalt in Karlsruhe zur Prüfung übergeben worden.

Die Hamburger Polizei hat inzwischen zwei in Ost-Berlin aufgegebene Briefe Schmidt-Wittmacks an seine in Hamburg lebende Mutter und an die Betreuerin seiner Hamburger Wohnung sichergestellt. Darin teilt der Politiker mit, dass er mit voller Überlegung in das sowjetische Besatzungsgebiet gegangen sei.

Hamburger Abendblatt v. 23. August 1954, S. 3 („Schmidt-Wittmack schrieb aus Ost-Berlin").

Abb. 64 *– Am späten Abend des 21. August 1954 kam durch die DDR-Rundfunkgeräte (aber auch im Westen vernehmbar), über den Rundfunk der DDR, aus dem neuen Funkhaus Nalepastraße, die Nachricht, dass Karlfranz Schmidt-Wittmack soeben in die DDR gewechselt sei (Hier zu sehen: Radio EAK Großsuper 57/51 WS von 1951, im Besitz der Stiftung Kraftwerk Hirschfelde). Im Neuen Deutschland vom 22. August erschien die Verlautbarung des Ostberliner Innenministeriums auf der ersten Seite. Im Westen herrschte erst einmal „Rätselraten".*

„Asyl mit dem selbstverständlichen Recht der politischen Betätigung in der DDR"

Der Bundestagsabgeordnete Herr Karlfranz Schmidt.-Wittmack ist in die Deutsche Demokratische Republik gekommen und hat nach Besprechungen mit verantwortlichen Persönlichkeiten um Asyl in der DDR für sich, seine Frau und seine Tochter nachgesucht.

Das Asyl wurde gewährt mit dem selbstverständlichen Recht der politischen Betätigung in der DDR.

Der Bundestagsabgeordnete Schmidt-Wittmack ist Mitglied der CDU-Fraktion des Bundestags, Mitglied des EVG-Ausschusses und des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen, des Arbeitskreises 5 der CDU-Fraktion (Außenpolitische Fragen und Fragen der Europäischen Sicherheit); Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des Evangelischen Arbeitskreises der CDU und Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des Landesverbands Hamburg der CDU.

Wir verlasen Ihnen eine Mitteilung des Ministeriums des Innern.

Verlesung einer Mitteilung des Ministeriums des Innern zum Asylantrag des Bundestagsabgeordneten Karlfranz Schmidt-Wittmack in der DDR, 21. Aug. 1954, Rundfunk der DDR, Berlin, Funkhaus Nalepastraße (Deutsches Rundfunkarchiv Babelsberg, Sammelband 2032508).

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 11 (1954)

Ideen und Pläne "ohne besonderes Aufsehen" durchgeführt - "Keine Veranlassung, ihn in seinem Fortkommen zu hindern"

Wie war Schmidt-Wittmack? Es ist verständlich, dass die Bevölkerung in Unruhe gerät, wenn behauptet wird, ein Bundestagsabgeordneter sei eine Null gewesen. Wie aber kommen solche Äußerungen zustande? Nach der am 21. August gegen 23 Uhr durch den Sowjetzonen-Rundfunk bekanntgegebenen Flucht Schmidt-Wittmacks wurden zahlreiche Politiker, die etwas über den Geflohenen wissen konnten, von Reportern angerufen. Was in dieser Nacht am Telefon zur Antwort gegeben wurde, waren laut gedachte Äußerungen erschrockener Menschen, aber keineswegs gültige Urteile.

Tatsächlich hat Schmidt-Wittmack acht Jahre lang äußerlich das Leben eines korrekten Bürgers geführt. Er hat durch die ständige Anteilnahme an der Arbeit seiner Partei auf Landesebene Positionen erhalten, die jedem offenstehen, der sich durch politisches Interesse, rasche Auffassungsgabe, gute Umgangsformen und den notwendigen Ehrgeiz den einzelnen Gremien zur Wahl empfiehlt. Während der vierjährigen Tätigkeit als Mitglied der Hamburger Bürgerschaft hat er sich den parlamentarischen Spielregeln eingefügt und keine Veranlassung gegeben, ihn in seinem weiteren Fortkommen zu hindern. Er war nicht besonders impulsiv, wirkte ausgeglichen und ruhig. Auch zeigte er zweifellos gute taktische Fähigkeiten, und es war ihm möglich, Ideen und Pläne, die ihm Parteigremien auftrugen, ohne besonderes Aufsehen durchzuführen. So kam er in den Bundestag.

Leserbrief der Christlich-Demokratischen Union (CDU), Landesverband Hamburg. In: Hamburger Abendblatt v. 2. September 1954, S. 2.

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 12 (1954)

Attacke gegen die Pläne einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

Nach reiflicher Überlegung bin ich nach Berlin gekommen und habe mich an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bitte gewandt, mir die Möglichkeit zu geben, von hier aus zur Öffentlichkeit zu sprechen.

In meiner Eigenschaft als Mitglied der CDU-Fraktion des Bundestages und seiner Ausschüsse für europäische Sicherheit und gesamtdeutsche Fragen habe ich besonders in letzter Zeit tieferen Einblick in die Methoden und Aspekte der Politik des Bundeskanzlers Dr. Adenauer erhalten, die der Öffentlichkeit und auch vielen Bundestags-Abgeordneten nicht bekannt werden.

***Abb. 65** – Die DDR benutzte Schmidt-Wittmack, um auf westdeutsche Kreise einzuwirken – durch die Broschüre „So geht es nicht weiter" (1954) und die Flugschrift „Wann finden Sie den Mut zu reden?„ (1956).*

Durch diesen Einblick, besonders während der letzten ereignisreichen Wochen, gelangte ich zu der Erkenntnis, dass das starre außenpolitische Festhalten des Kanzlers an der EVG in keiner Weise den Interessen unseres Volkes entspricht und schwere Gefahren für friedliche Verhandlungen in sich birgt.

Mein Glaube wurde zerstört

Ich habe mich in jahrelanger Arbeit im Rahmen meiner Tätigkeit als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der Jungen Union Deutschlands der CDU für den Aufbau deutscher Kontingente im Rahmen der EVG nach wirklich demokratischen Grundsätzen eingesetzt. Durch Referate von Mitgliedern des Amtes Blank, wie Oberstleutnant Ferber und Ministerialdirigent Wirmer sowie Herrn [Theodor] Blank selbst, erhielt ich schon frühzeitig Einblick in die vom Amt Blank geleisteten Vorarbeiten. Ich war für eine Wiederbewaffnung im Hinblick auf die uns stets vorgehaltene Gefahr aus dem Osten. Ich glaubte an die Möglichkeit einer wirklichen parlamentarischen Einflussnahme bei dem Aufbau dieser Streitkräfte, und dies war auch mein Bestreben seit Eintritt in den Ausschuss für die europäische Sicherheit des Bundestages. Dieser Glaube wurde aber besonders auf Grund der Arbeit im engeren Kreis des EVG-Ausschusses zerstört.

Ich musste mich davon überzeugen, dass der Bundeskanzler in den wesentlichen Fragen der Außenpolitik und der Aufrüstung den Bundestag und seine Ausschüsse nicht informiert und Entscheidungen trifft, die im Gegensatz zu seinen Versicherungen gegenüber der Öffentlichkeit und den Vertragspartnern stehen.

Die letzten Ereignisse, besonders der Ausgang der Genfer Konferenz [Indochina-Konferenz, 26. April – 20. Juli 1954], zeigten mir wie vielen politisch denkenden Menschen, dass die Möglichkeiten einer internationalen Entspannung auf dem Verhandlungswege durchaus gegeben sind. Es müsste doch möglich sein, auf solchem Wege auch über das deutsche Problem zu verhandeln. Eine Wiederbewaffnung um jeden Preis, auch unter ganz anderen Aspekten als zur Zeit des Entstehens des Gedankens einer Europa-Armee, erscheint mir daher nicht als richtig.

Diese Auffassung wurde bestärkt in Gesprächen mit einzelnen Bundestags-Abgeordneten, die die Verhältnisse in den USA persönlich kennen. So äußerte u. a. [Gerd] Bucerius nach Rückkehr von seiner Reise nach Amerika, dass es dort starke, einflussreiche Kreise gibt, die an der Herbeiführung einer Art neuen Korea-Schocks interessiert sind. Daher erscheint mir eine einseitige Anlehnung an die amerikanische Politik unklug zu sein. Damit begibt sich Deutschland der vielen Möglichkeiten einer selbständigen Politik.

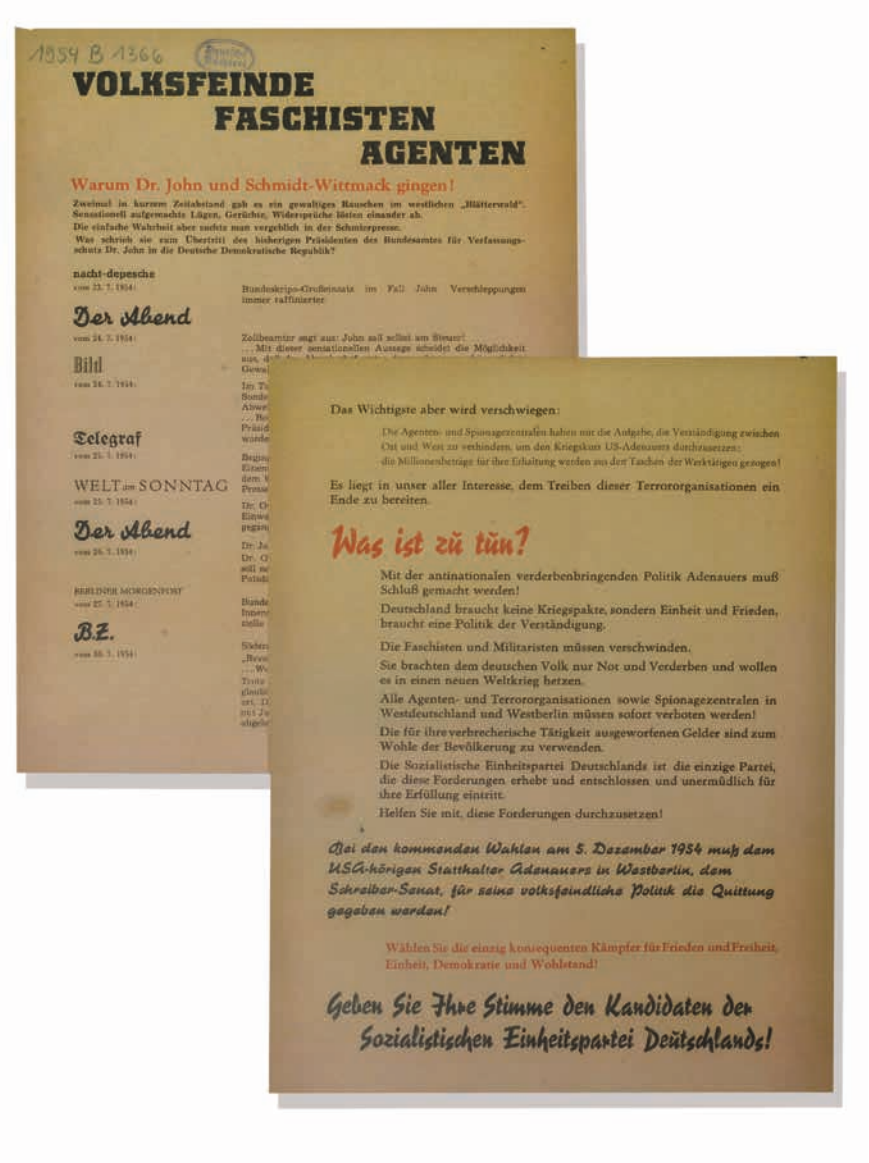
Diese politischen Eindrücke und Erkenntnisse führten dazu, dass ich mich von der EVG-Politik zu trennen begann und die militärischen Vorbereitungen unter anderen Gesichtspunkten betrachtete.

Geheimkonferenzen gegen Deutschland

Es sind in der letzten Zeit Informationen an die Öffentlichkeit gedrungen, wonach die Vorbereitungen im Amt Blank für die Aufstellung einer 400.000-Mann-Armee, bestehend aus zwölf Divisionen, sowie einer Luftwaffe mit 80.000 Mann und einer Marine mit 20.000 Mann bereits so gut wie abgeschlossen seien. Diese Zahlen entsprechen allerdings nicht mehr dem Stand der heutigen Vorbereitungen.

Nach den auf geheimen Sonderkonferenzen zwischen Vertretern der USA und der Bundesrepublik im Juni/Juli dieses Jahres in Bad Godesberg und Bonn gefassten Beschlüssen ist ein Mobilmachungsplan für die Aufstellung eines deutschen Kontingents von 24 Divisionen festgelegt worden und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, von 12 Divisionen. Dabei wurde die Schaffung einer Reserve von weiteren 24 Divisionen in Erwägung gezogen.

Karlfranz Schmidt-Wittmack: So geht es nicht weiter. Berlin (-Ost) 1954, S. 5 f.



1954 B 1366

VOLKSFEINDE
FASCHISTEN
AGENTEN

Warum Dr. John und Schmidt-Wittmack gingen!

Zweimal in kurzem Zeitabstand gab es ein gewaltiges Rauschen im westlichen „Blätterwald". Sensationell aufgemachte Lügen, Gerüchte, Widersprüche lösten einander ab. Die einfache Wahrheit aber suchte man vergeblich in der Schmierpresse. Was schrieb sie zum Übertritt des bisherigen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Dr. John in die Deutsche Demokratische Republik?

nacht-depesche vom 23. 7. 1954:

Bundeskripo-Großeinsatz im Fall John. Verschleppungen immer raffinierter

Der Abend vom 24. 7. 1954:

Bild vom 24. 7. 1954:

Zollbeamter sagt aus: John soll selbst am Steuer! ... Mit dieser sensationellen Aussage scheidet die Möglichkeit aus, daß ...

Telegraf vom 25. 7. 1954:

WELT am SONNTAG vom 25. 7. 1954:

Der Abend vom 26. 7. 1954:

BERLINER MORGENPOST vom 27. 7. 1954:

B.Z. vom 30. 7. 1954:

Das Wichtigste aber wird verschwiegen:

Die Agenten- und Spionagezentralen haben nur die Aufgabe, die Verständigung zwischen Ost und West zu verhindern, um den Kriegskurs US-Adenauers durchzusetzen; die Millionenbeträge für ihre Erhaltung werden aus den Taschen der Werktätigen gezogen!

Es liegt in unser aller Interesse, dem Treiben dieser Terrororganisationen ein Ende zu bereiten.

Was ist zu tun?

Mit der antinationalen verderbenbringenden Politik Adenauers muß Schluß gemacht werden!

Deutschland braucht keine Kriegspakte, sondern Einheit und Frieden, braucht eine Politik der Verständigung.

Die Faschisten und Militaristen müssen verschwinden.

Sie brachten dem deutschen Volk nur Not und Verderben und wollen es in einen neuen Weltkrieg hetzen.

Alle Agenten- und Terrororganisationen sowie Spionagezentralen in Westdeutschland und Westberlin müssen sofort verboten werden!

Die für ihre verbrecherische Tätigkeit ausgeworfenen Gelder sind zum Wohle der Bevölkerung zu verwenden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die einzige Partei, die diese Forderungen erhebt und entschlossen und unermüdlich für ihre Erfüllung eintritt.

Helfen Sie mit, diese Forderungen durchzusetzen!

Bei den kommenden Wahlen am 5. Dezember 1954 muß dem USA-hörigen Statthalter Adenauers in Westberlin, dem Schreiber-Senat, für seine volksfeindliche Politik die Quittung gegeben werden!

Wählen Sie die einzig konsequenten Kämpfer für Frieden und Freiheit, Einheit, Demokratie und Wohlstand!

Geben Sie Ihre Stimme den Kandidaten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands!

Abb. 66 *– Mit ihrer auf Otto John und Karlfranz Schmidt-Wittmack Bezug nehmenden Flugschrift „Volksfeinde, Faschisten, Agenten" machte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1954 Wahlkampf – in Westberlin, wo sie erstmals seit Spaltung der Stadtverwaltung 1948 antrat, um an der Wahl zum Abgeordnetenhaus teilzunehmen, der zweiten nach 1950; die Partei erreichte 2,7% und blieb unterhalb der 5%-Hürde.*

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 13 (1957)

"Beseitigung der Embargoschranken", "Spiel mit dem Völkermord" – Schmidt-Wittmack als Vizepräsident der DDR-Außenhandelskammer zur Leipziger Messe 1957

Bonns Politiker haben alles auf eine Karte gesetzt: Die der Kriegsvorbereitung. Diesen Plänen dient die Ausrichtung der in der Bildung begriffenen Bundes-Wehrmacht auf Atomkriegsführung. Die gleiche Absicht steht hinter dem mit hektischem Eifer betriebenen Projekt eines kleineuropäischen Gemeinsamen Marktes durch Abschluss einer Zollunion.

Die westdeutschen Imperialisten verfolgen diese Pläne, um auf dem Wege über die wirtschaftliche und militärische Beherrschung der westeuropäischen Länder mit amerikanischer Finanz- und Waffenhilfe ihren alten Traum der gewaltsamen Neuordnung Europas durchzusetzen. Das ist zunächst nichts anderes als ein Versuch, dem Drängen der westdeutschen Wirtschaft nach Ausweitung der Märkte ein Ventil nach Westeuropa zu Handel statt Embargo öffnen, um ihr unüberhörbares Verlangen nach Beseitigung der Embargoschranken und Abschluss weitreichender Handelsverträge mit den sozialistischen Ländern zu neutralisieren. Es bedeutet aber zugleich die Fortsetzung, nein, die Verschärfung der Spaltung Deutschlands, denn die natürliche Folge des Projekts ist, dass die gegenwärtigen Grenzen zwischen der DDR und der Bundesrepublik zu Zollgrenzen und damit zu Staatsgrenzen in vollster Bedeutung des Wortes werden. Frankreich, Italien, Belgien und die Niederlande, Dänemark und einige andere Länder würden für die Wirtschaft der Bundesrepublik zum Inland, die DDR aber zum Ausland! Die weitere Konsequenz aber wäre die beschleunigte Vorbereitung des Angriffskrieges gegen das sozialistische Lager. Das ist der traurige Mut zum Verbrechen an den Interessen der Nation, zum Abenteuer, zum Spiel mit dem Völkermord.

Handel statt Embargo. In: Deutsche Außenpolitik (Berlin-Ost) 2 (1957), S. 182–190, hier S. 186.

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 14 (1962)

Hitlergeneräle und Hitlerfaschisten haben die Macht in der Bundeswehr

Nachrichtensprecher der Aktuellen Kamera des Deutschen Fernsehfunks, Klaus Feldmann:
Vor der Zusammenkunft hatte [Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von] Hassel angekündigt, es werde mit aller Schärfe dem Artikel [Hellmuth] Heyes [des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages] entgegengetreten. Heye habe das Gespenst einer reaktionären Armee in der Bundesrepublik an die Wand der Innen- und Außenpolitik gemalt.

Heye, der in der neuesten Ausgabe der Illustrierten [Quick] seine Enthüllungen über den Ungeist der Bonner Wehrmacht fortsetzt, betonte, dass er für seine Behauptungen Beweise vorlegen könne.

Zum Bundeswehrskandal sagte der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Karlfranz Schmit-Wittmack:

Karlfranz Schmidt-Wittmack:
Ich kann dazu aus eigenem Erleben sprechen. Ich war Mitglied des Bonner Bundestags und habe mitgearbeitet an der Schaffung des Amtes des Wehrbeauftragten für die Bundeswehr. In den letzten Jahren hat sich immer mehr gezeigt, dass dieses Amt nur geschaffen wurde, um die wahren Zustände und den wahren Charakter der Bundeswehr zu verschleiern. Jetzt hat der Vizeadmiral Heye als Wehrbeauftragter endlich einmal einiges über den wahren Charakter der Bundeswehr gesagt, und schon fällt man über ihn her, zerreißt und diffamiert ihn.

Eines ist sicher: Wo Hitlergeneräle und Hitlerfaschisten die Macht haben, wie in der Bundeswehr, kann kein gesunder Geist wachsen und wird so eine Armee zur Gefahr für die ganze Welt. Deswegen muss man die vielen Warnungen der DDR-Regierung berücksichtigen und muss verlangen, dass eine solche Armee und eine solche Regierung, die hinter solch einer Armee steht, niemals Atomwaffen in die Hand bekommt.

DFF, Aktuelle Kamera, 22. Juni 1964, 10.00 (DRA Babelsberg, DDR-F-Nachrichtenbestand, OVC64-1291/1).

***Abb. 67a** – Karlfranz Schmidt-Wittmack bejubelt die Erfolge der sozialistischen Wissenschaft – hier in einem DDR-Fernseher Rafena Patriot FE 847A von 1960 zu sehen (VEB Rafena, Radeberg).*

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 15 (1962)

Wostok III und Wostok IV. "Solche Erfolge sind nur in sozialistischen Ländern möglich!"

[Nachrichtensprecher der Aktuellen Kamera des Deutschen Fernsehfunks, Olf Hauschild:]
Hören Sie jetzt [zu den Erfolgen der sowjetischen Raumfahrt mit den Weltraumschiffen Wostok III und Wostok IV] Herrn Schmidt-Wittmack, ehemaliger Bundestagsabgeordneter.

[Karlfranz Schmidt-Wittmack:]
Die Erfolge der Sowjetunion haben mich wie alle Menschen sehr beeindruckt. Solche Erfolge sind eben nur in sozialistischen Ländern möglich. Denn hier hat die fortschrittliche Wissenschaft wirkliche Möglichkeiten, in ganzer Breite wirksam zu werden, während in den kapitalistischen Ländern der Konkurrenzkampf die Wissenschaft mehr hindert.

Der neue Weltraumflug, die beiden Weltraumflüge, sind für mich ein weiterer Beweis dafür, wie sehr die Sowjetunion bestrebt ist, diese großen Fortschritte zum Nutzen der ganzen Menschheit anzuwenden. Für die Bonner Ultras allerdings ist es eine weitere unangenehme Überraschung, denn diese Erfolge der Sowjetunion zeigen ganz klar, wie die Tatsachen in der Welt sind, und ich möchte alle meine westdeutschen Landsleute dazu aufrufen, einmal nachzudenken, ob es wirklich sinnvoll ist, gegen diese friedliche und starke Sowjetunion zu hetzen und sie zu versuchen, in einen Krieg zu verwickeln. Man sollte doch, wenn auch nicht aus Liebe, so doch aus Vernunft, mit der Sowjetunion sprechen, man sollte solche Ultras wie Strauß beseitigen und sollte alles tun, um mit der DDR und mit dem ganzen sozialistischen Lager zur Verständigung zu kommen. Wie oft, und ich kann das hier immer wieder nur erklären, wie oft haben wir Westdeutschland Angebote gemacht und versucht, mit ihnen zu einer friedlichen Verständigung zu kommen, im Sinne der ganzen Menschheit. Dazu rufe ich unsere westdeutschen Freunde auf, dies endlich zu tun.

DFF, Aktuelle Kamera, 14. Aug. 1962, 19.34 Uhr (DRA Babelsberg, DDR-F-Nachrichtenbestand, OVC64-1356/1).

Abb. 67b – *Karlfranz Schmidt-Wittmack spricht mit Moderator Karl-Eduard von Schnitzler (Treffpunkt Berlin) über die angeblich prekäre Lage Westberlins – nach durch den Mauerbau eingetretenen industriellen Rückgängen: Der Osten könne Westberlin bestens auffangen und integrieren.*

Fall Schmidt-Wittmack – Dokument 16 (1963)

Für Westberlin "ein freies Leben in ihrer Form, wie sie sich das denken"

Moderator Karl-Eduard von Schnitzler:
Herr Schmidt-Wittmack.

Karlfranz Schmidt-Wittmack:
Wir haben ja auch etwas zu bieten. Es ist ja nicht so, dass wir etwa etwas von Westberlin wollen, sondern wir wollen ja ihnen garantieren ein freies Leben in ihrer Form, wie sie sich das denken. Aber wir können ihnen ja auch sehr viel mehr bieten als manche andere. Zum Beispiel sind die Berliner ja völlig abhängig, die Westberliner, von den ökonomischen Bedingungen in Westdeutschland …

Karl-Eduard von Schnitzler:
… Subventionen …

Karlfranz Schmidt-Wittmack:
… Ich weiß, sie bekommen eine Subvention von 1,8 Milliarden Mark im Jahr, und bei der kleinsten Krise, ja was wird dann passieren? Wird dann Westdeutschland also noch in der Lage und willens sein, wenn Westberlin dann also wahrscheinlich nicht mehr die Speerspitze in dem Maße sein wird, wie man das heute so künstlich ja macht in Westdeutschland, was wird dann aus Westberlin?

Der Auftragsrückgang zum Beispiel ist jetzt schon ganz erheblich. 1962 war er so, nach offiziellen Angaben in Westberlin, der Auftragsrückgang, 9,7% gegenüber 1961 und auf verschiedenen Produktionszweigen war der Rückgang noch viel größer.

Wir sind der Meinung, und ich habe also mehrere Analysen in dieser Weise schon gesehen und auch selbst hergestellt, dass wir, und die ganzen Länder

des sozialistischen Lagers, absolut in der Lage sind, Westberlin nicht nur heute und morgen, sondern für die Dauer eine Vollbeschäftigung und eine großartige Erweiterung in ihrer ganzen Industriemöglichkeit zu bieten.

DFF, Treffpunkt Berlin, 13. Febr. 1963, 19.00 Uhr (DRA Babelsberg, DFF/DDR-F – Hauptbestand, OCV64 – 5926).

Anmerkungen

1 *Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass die auf Mikrofilm gezogenen Akten „Schmidt-Wittmack" im April 2015 (!) – trotz eines laufenden Antrags gegenüber der Bundesanwaltschaft auf wissenschaftliche Benutzung – vom Bundesarchiv im Zuge der Übernahme aus Karlsruhe geschreddert worden sind: Es sei, so ist zu hören, zu aufwendig gewesen, das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen.*

2 *Vgl. Helmut Stubbe da Luz: Von der „Arbeitsgemeinschaft" zur Großstadtpartei – 40 Jahre Christlich Demokratische Union in Hamburg (1945–1985). Hamburg 1985; ders.: Union der Christen – Splittergruppe – Integrationspartei. Wurzeln und Anfänge der Hamburger CDU bis Ende 1946. Hamburg: Diss. phil. 1990; ders.: Britische Besatzung und beginnende deutsche Parteipolitik in Hamburg 1945/46. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 77 (1991), S. 123–181.*

3 *Wie die Besatzungsmächte sich gegen konspirative Angriffe aufeinander in ihren unterschiedlichen Zonen wehrten, scheint bislang nicht erforscht zu sein. Juristische Normen im Rahmen des Besatzungsrechts finden sich zumindest nicht erwähnt, vgl. etwa Jürgen Welp: Die Strafgesetzgebung der Nachkriegszeit (1945-1953). In: Das Strafgesetzbuch. Sammlung der Änderungsgesetze und Neubekanntmachungen. Supplementband I: 130 Jahre Strafgesetzgebung – Eine Bilanz. Berlin 2004, S.139-173.*

4 *Otto August Franz Johann Finck (geb. 1899) hatte sich vor 1933 – obgleich Polizeioffizier – in der Hamburger KPD betätigt, war während der NS-Zeit nach eigenen, allerdings im Zusammenhang mit einem Wiedergutmachungsantrag nicht belegten Angaben verfolgt worden (vor allem durch Inhaftierungen im Konzentrationslager Fuhlsbüttel). 1950 war Finck Geschäftsführer der Alsterdruck GmbH, seit 1954 auch der Druckerei Otto Finck. Beide residierten unter derselben Adresse (Valentinskamp), beide waren – wenn auch nicht maßgeblich – an der Herstellung der Hamburger*

Volkszeitung und weiterer kommunistischer Druckerzeugnisse beteiligt. Als der „Westapparat" 1952 von Ostberlin aus gesäubert wurde, geriet vorübergehend auch Finck in Verdacht, mit falschen Karten zu spielen. 1956, nach dem KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts, wurden beide Druckereien geschlossen, ihr Vermögen eingezogen. Vgl. StA HH, 351-11, 22556; StA HH, B 1984-7, Bd. 1–2.

5 *Vgl. zur Ersten Legion kurz Bert-Oliver Manig: Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2004, S. 315 f. Die Unterstützung der Legion durch Adenauer war offenbar nur vorübergehend, und auch der Jungunionist Kiesinger sah sich im Laufe des Jahres 1951 veranlasst, sich von dieser Vereinigung, die offenbar mit dem Personal der JU zeitweise gewisse Überschneidungen aufwies, zu distanzieren (vgl. Adenauer: „Es musste alles neu gemacht werden." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953. Bearb. v. Günter Buchstab. Stuttgart 1986, S. 11 f., 65 f., S. 91). Die Bemühungen der Ersten Legion sind dann im Sande verlaufen.*

6 *Vgl. zu Grünert Michael F. Scholz: Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration. Die ehemaligen KPD-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR. Stuttgart 2000, S. 113.*

7 *BStU MfS HA II/6 1158, Bl. 149.*

8 *Gemeint ist vielleicht eher „zum Presse-Beauftragten", und zwar für das sogleich genannte JU-Periodikum. Im JU-Landesvorstand arbeitsteilig für die Pressearbeit eingeteilt war der NDR-Journalist Klaus-Otto Skibowski (1925–2013); allerdings kann es in einer Vereinigung sowohl ein für die Pressearbeit zuständiges Vorstandsmitglied als auch einen Pressereferenten geben – je nach Satzung und ad hoc beschlossener Arbeitsteilung.*

9 *Bei „Kurt" dürfte es sich um Kurt Gailat (1983–1989) gehandelt haben, von dem auch im Dossier über Kurt Wand sen. die Rede ist, vgl. Jens Gieseke: Gailat, Kurt. In: Wer war wer in der DDR? (http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=934, 24. Aug. 2015).*

10 *Diese mehrfach zu findenden, aber möglicherweise auf einen einmaligen Irrtum zurückzuführenden Angaben über die sowjetische Kriegsgefangenschaft müssen noch geklärt werden.*

11 *Heinrich Hellwege hatte nach dem Krieg die „welfisch" orientierte Niedersächsische Landespartei (NLP) gegründet, die vorübergehend in Hamburg-Harburg nicht ohne Bedeutung war. 1947 wurde die NLP in Deutsche Partei (DP) umbenannt. Vgl. zur Geschichte der DP in Hamburg Helmut Stubbe da Luz: Die Deutsche Partei in Hamburg: Wurzeln, Anfänge, Umfeld, Erfolge und Niedergang. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 79 (1993), S. 211–280.*

12 *Walter Vesper (1897-1978) war einer der Mitbegründer der KPD, hatte 1946/47 im nordrhein-westfälischen Landtag gesesssen, wurde 1949 Bundestagsabgeordneter, wechselte 1952 in die DDR.*

13 *Leiter der HV A von 1951 bis 1952 war Anton Ackermann,*

14 *Von Übersiedlung konnte keine Rede sein, aber Schmidt-Wittmack war jetzt häufiger in Bonn aufgrund seiner JU-Funktionen.*

15 *Vgl. dazu Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1998, S. 22 f.*

16 *Schmidt-Wittmack und seine Frau Lieselotte, geb. Thomsen, hatten 1948 eine Tochter bekommen.*

17 *Jörg Berlin: Willi Prinz (1909–1973). Ein Vorsitzender der Hamburger KPD als Opfer des Stalinismus. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 96 (2010), S. 101–139.*

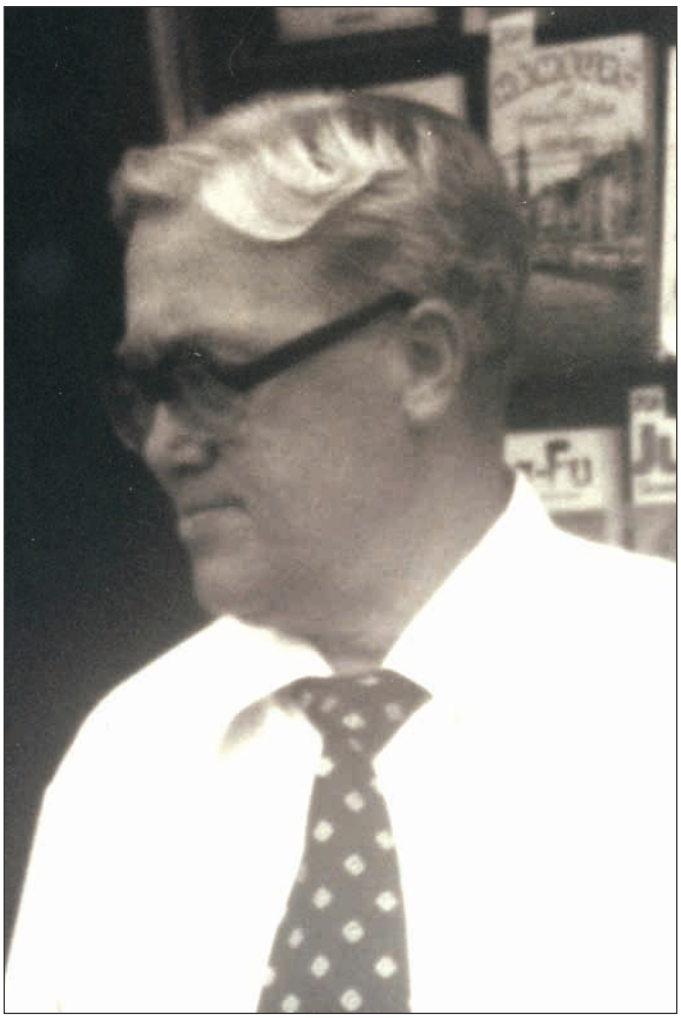


***Abb. 68** – Kurt Wand sen. (hier Anfang der 1980er Jahre). Als Jungkommunist in der NS-Zeit an konspirative Vorgehensweisen gewöhnt, politisch hart verfolgt, wurde Wand 1949 freiwillig-unfreiwillig für den N-Apparat der KPD/SED tätig. 1952 „konserviert", erschied er sich dafür, in der Bundesrepublik zu bleiben. Er wurde 1957 von Ostberlin reaktiviert und zog nach 1968 seinen Sohn (Kurt Wand jun.) als Nachwuchskraft und prospektiven Nachfolger heran.*

Kurt Willi Wand *sen.* *alias* "Maurer" (1949/50), *alias* "Becker" (1950–52), "Hülse" (1957–1990). Der lebenslange Widerstandskämpfer

Wand, Kurt Willi
geb. 12. Mai 1915 in Grohn bei Bremen
gest. 10. Februar 1990 in Hamburg (das Grab befindet sich auf dem Ohlsdorfer Friedhof, Ehrenfeld der Geschwister-Scholl-Stiftung)

Ausbildung, Berufstätigkeit, NS-Verfolgung
Volksschule 1921–1929, Kaufmännische Lehre 1929–1932; Arbeitslosigkeit, 1933 „Freiwilliger Arbeitsdienst" / „Arbeitskameradschafts"-Lager; in der Folgezeit mehrfach in Haft, auch im KZ Fuhlsbüttel; 1939–1944 Büroleiter in der Hauptgaststätte *Planten un Blomen*; nach 1945 kaufmännischer Angestellter, u.a. Buchhalter (zunächst wieder in der genannten Gaststätte, aber auch in anderen Betrieben); ab 1953 Inhaber eines Buchladens auf St. Pauli.

Parteien, Verbände, Firmen, Ämter, Mandate
KPD / KDJV (1930 bis – offiziell – 1933, inoffiziell auch weiterhin); Proletarische Freidenkerjugend (1931 „*bis zur Auflösung*"); Rote Hilfe (dito); Zentralverband der Angestellten (dito); KPD 1945–1949; SPD 1949-1952; KPD 1952–1956 (KPD-Verbot), dann wieder SPD (-Eimsbüttel).

Spionage für die DDR
1949–1952 für die Parteiaufklärung der KPD bzw. den SED-KPD-Nachrichtenapparat und für den APN/IWF, Deckname „Maurer" (als Quelle, 1949–1951), „Becker" (als Resident, 1951/52); erneut 1956/57–1989/90 für das MfS (HV A, Referat 4; Abt. XV der BV Dresden) als Inoffizieller Mitarbeiter für besondere Aufgaben, Deckname „Hülse"; Resident für Ruth Polte (ab 1962) und Kurt Wand *jun.* (ab 1971), MfS-Reg.-Nr. XV/14586/60.

Ausspähungsbereich
SPD, Friedrich-Ebert-Stiftung, Sozialistische Internationale und politisches Umfeld.

Entgelt
Unbekannt.

DDR-Auszeichnungen
Nicht bekannt.

Sonstige Verbindungen in die DDR
./.

StGB-Hintergrund und rechtliche Sanktionen in der Bundesrepublik
Seit 1951 §§ 92, 99 ff. StGB (betr. Hochverrat, Landesverrat); seit 1968 § 99 StGB (betr. *Geheimdienstliche Agententätigkeit*) mit fünfjähriger Verjährungsfrist. – Kurt Wand *sen.* wurde zu Lebzeiten nicht enttarnt.

Werke
Reppin, Stange und Komplizen. In: Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel. Erinnerungen, Dokumente, Totenliste. Initiativen für eine Gedenkstätte. Zsgest. v. Ursel Hochmuth / Erna Meyer. Hg. v. d. VVN / Bund der Antifaschisten Fuhlsbüttel-Langenhorn-Norderstedt. Hamburg 1983, S. 49.

Gedruckte Quellen und Literatur
Ursel Hochmuth / Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Berichte und Dokumente. Frankfurt/M. 1969; Karen Andresen: So etwas wie eine Mauer. Über Traute Müller (SPD) und ihren Lebenspartner Kurt Wand (Stasi). In: Der Spiegel 49/1993; Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Göttingen 2007; Christel Oldenburg: Tradition und Modernität. Die Hamburger SPD von 1950–1966. Berlin u.a. 2009; Ursel Hochmuth / Ursula Suhling: Ehrenfeld für Verfolgte der NS-Herrschaft. Eine Begräbnis- und Gedenkstätte der Geschwister-Scholl-Stiftung auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Hg. v. VVN – Bund der Antifaschisten e.V. Hamburg / Willi-Bredel-Gesellschaft, Geschichtswerkstatt e.V. Hamburg 2012.

Abb. 69 *– Seine letzte Ruhe hat Kurt Wand sen., zusammen mit seiner Frau Lieselotte, auf dem Ehrenfeld der Geschwister-Scholl-Stiftung für NS-Verfolgte auf dem Hamburg-Ohlsdorfer Friedhof gefunden – unweit des einstigen KPD-Vorsitzenden, dann KP-Rebellen Heinrich Brandler, dem er sich 1949 aus Sicht maßgeblicher Parteigenossen zu weit angenähert hatte. Möglicherweise hat Kurt Wand sich hier eine innerparteiliche Blöße gegeben und konnte aus diesem Grund für den SED-KPD-Nachrichtenapparat in Dienst genommen werden.*

Kurt Wand *sen.* Spionage und Politik. Dokumente

Einführung

Kurt Wand *sen.* verbindet mit seiner Biografie zum einen die NS-Zeit und die Zeit des Zweiten Weltkriegs mit den Jahrzehnten des Kalten Kriegs, zum anderen KPD und DDR, zum dritten den antifaschistischen Widerstand mit der Idee, die kapitalistische Bundesrepublik insgeheim zu schwächen. Kurt Wand *sen.* kannte Karlfranz Schmidt-Wittmack (*alias* „Timm"), möglicherweise jedoch nicht in dessen „operativer" Funktion, und vor allem betreute er schließlich die Quellen „Blumenfeld" (Ruth Polte) und „Kugel" (Kurt Wand *jun.*) – offenbar, ohne dass nunmehr diese beiden voneinander wussten. Wand *sen.* ist 1990 verstorben, bevor ehemalige MfS-Offiziere über Ruth Polte, seinen Sohn und ihn selbst auspackten. Kurt Wand *sen.* war der einzige Resident unter den hier präsentierten Hamburger DDR-Spionen. Die Abteilung HV A II (zuständig für Parteien und Verbände) zählte zuletzt insgesamt nur drei Residenten, allesamt im umfangreichsten Referat 4 geführt (von wo aus die SPD und deren Umfeld ausgespäht wurden).[1] Residenten, als solche in den 1960er Jahren nur noch umgangssprachlich bezeichnet, waren amtlich als IMA registriert (IM für besondere Aufgaben), als IME (IM im besonderen Einsatz) oder auch als IMK (IM für die Sicherung der Konspiration). Ob Kurt Wand *sen.,* seitdem er die Betreuung der Quelle „Blumenfeld" (Ruth Polte) übernommen hatte, selbst noch Informationen an das MfS weitergab oder sich auf die Mittlerrolle beschränkte, scheint aus den überkommenen Dokumenten nicht mehr ersichtlich, eventuell weist der gelegentliche MfS-seitige Gebrauch sowohl des in der Zeit zwischen 1951/1952 für Wand benutzten Decknamens „Becker", also nicht nur des ihm später zugewiesenen Decknamens „Hülse", auf eine Doppelrolle in den 1970er / 1980er Jahren hin (vgl. Abb. 73).

Wand war NS-Opfer, hatte für Widerstandsakte (oder das, was von NS-Seite dafür gehalten wurde) diverse Haftanstalten von innen gesehen, war misshandelt, sogar um so gut wie alle seine mühsam gesammelten Bücher gebracht worden, mit denen er seinen Traum von einem Buchladen verwirklichen wollte (Dok. 1–3). Nach dem Zweiten Weltkrieg KPD-Jugendsekretär in Hamburg, 1946 KPD-Kandidat für die erste Nachkriegsbürgerschaftswahl (am 13. Okt.), kam Wand mit der u.a. von Heinrich Brandler begründeten KP-O (Kommunistische Partei-Opposition) in engeren Kontakt,[2] und er geriet dadurch unter innerparteilichen Druck in der KPD, weil die KP-O als „rechtsabweichlerisch" galt. Möglicherweise empfahl er sich durch diese Kontakte aber auch als eine Art verdeckter Beobachter. Wie dem auch gewesen sein mag – ein Resident des N-Apparats (des Nachrichtenapparats der KPD), Bruno Korthaus [*alias* „Menzel"], nahm sich Wands auf mehrfache Weise an:[3] Er organisierte seinen Ausschluss aus der KPD (dirigierte ihn wohl auch in die SPD) und nahm ihn zugleich in seine Residentur auf (unter dem Decknamen „Maurer"); Wand horchte zunächst wohl die „Brandleristen", bald aber vor allem die SPD aus und stieg selbst zum Residenten auf (*alias* „Becker"); vier sozialdemokratische Quellen waren ihm unterstellt (immer nach alten MfS-Akten, vgl. Dok 5).

Die Konspirativität, derer sich die KPD-Agenten und -Spione zwischen 1946 und 1951 bedienten, war traditionell eingeschliffen und politisch sicherlich sinnvoll. Juristisch gab es zwischen dem Kontrollratsgesetz Nr. 11 vom 30. Januar 1946 und dem Ersten Strafrechtsänderungsgesetz der Bundesrepublik vom 30. August 1951 aber wohl kaum eine Handhabe gegen sie.[4]

1952 wurde Wand im Zuge der so gut wie kompletten Liquidation des bisherigen westdeutschen Spionagenetzes von Ostberlin konserviert (Dok. 5). Vorübergehend war er in den (damals in Ostberlin grassierenden) Verdacht geraten, ein Doppelspion zu sein, ursprünglich von den Engländern losgeschickt. Der Einladung, in die DDR umzusiedeln, folgte Wand nicht, und der APN/IWF (die Vorgängerorganisation der Hauptabteilung A im MfS) ließ es gut sein. Kurt Wand erstrebte nach wie vor die Eröffnung einer kleinen Buchhandlung (was ihm 1953 gelang), und er mochte sich dieses Unterfangen in der Bundesrepublik leichter zutrauen als „Drü-

ben"; ferner hatte er ein Wiedergutmachungsverfahren laufen (noch bis 1966) und möglicherweise hat er sich auf der kapitalistischen Seite des Eisernen Vorhangs auch auf diesem Gebiet mehr erhofft. Vorausgesetzt, dass man ihm in Ostberlin aus seiner vorübergehenden Zuwendung zur KP-Opposition keinen Strick gedreht hätte, wäre es ihm wohl ein leichtes gewesen, in den Kreis der staatlich anerkannten und materiell begünstigten „*Kämpfer gegen den Faschismus*" zu gelangen, die mehr darstellten als die bloßen „*Opfer des Faschismus*". Doch zumindest kurzfristig hatte die DDR der westdeutschen „*Monetarisierung der Entschädigung*" nichts entgegenzusetzen.[5] Wand durfte 1952/53 höchstwahrscheinlich wieder in die KPD zurückkehren, wo seine Aktivitäten sich – insbesondere nach dem Verbot der Partei 1956 – freilich in Grenzen gehalten haben dürften.

1957 wurde eine neue MfS-Akte über ihn angelegt, bei der HV A, Abt. II (für Parteien zuständig) – ein Indiz dafür, dass Wand jetzt wieder der SPD beigetreten war, denn wen oder was hätte er sonst ausspähen sollen? Die von ihm dann übernommene Betreuung der Spione Ruth Polte und Kurt Wand *jun.*, die beide aus der SPD heraus über diese Partei „aufklärten", sprechen stark für diese Annahme (Dok. 6, 7).

Nie ein anderes Thema als die Politik

Wenn Traute Müller von Kurt Wand, dem Vater ihres Lebensgefährten, spricht, sieht sie einen etwas schrulligen alten Herrn vor sich, der nie ein anderes Thema kannte als die Politik.

Unterm Weihnachtsbaum, bei Geburtstagsfesten, beim Mittagessen oder beim Nachmittagskaffee – wer von dem überzeugten Kommunisten gemocht, vielleicht gar geliebt werden wollte, musste mit ihm über Politik debattieren. „Der fragte nie nach irgendwelchen persönlichen Dingen", erinnert sich die Hamburger SPD-Politikerin, „ihn interessierte nicht meine Familie, ihn interessierte sonst nichts."

In diesen Tagen denkt Traute Müller, 43, bis zum Donnerstag vorvergangener Woche Senatorin für Stadtentwicklung und Frauen in der Hansestadt, häufig über den im Februar 1990 verstorbenen Kurt Wand senior nach – und über die Macht, die er auf seinen Sohn, ihren Lebensgefährten, ausübte. So könnte ausgerechnet der für Privates unempfängliche Alte ihr posthum helfen, mit dem Ereignis fertig zu werden, das am 24. November unerwartet über sie hereingebrochen ist.

Karen Andresen: So etwas wie eine Mauer. Über Traute Müller (SPD) und ihren Lebenspartner Kurt Wand (Stasi). In: Der Spiegel 49/1993, 108 f.

Fall Wand sen. – Dokument 1 (1969?)

Herstellung illegaler Zeitungen unter NS-Herrschaft

Im Sommer 1933 gingen die Nazis auch in Hamburg dazu über, arbeitslose Jugendliche in den „Freiwilligen Arbeitsdienst" zu pressen. Als sich herausstelle, dass auf „*freiwilliger Basis*" nur wenige zu gewinnen waren, wurden in Zusammenarbeit mit den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern sogenannte „*Arbeitskameradschaften*" (AK) gebildet. […]

Im März 1934 wurden ca. 300 Angehörige Hamburger Arbeitskameradschaften in das AK-Lager Nordholz bei Cuxhaven gebracht. Im kleinen Kreis beschlossen wir, auch hier den Widerstand zu organisieren. Zuerst setzten wir die Wahl von Stubenältesten durch. […]

Natürlich standen wir die ganze Zeit mit dem KJVD in Hamburg in Verbindung, der uns vor allem mit illegalem Material versorgte. Auf dieselbe Weise erhielten wir aus Hamburg eine spezielle Zeitung für Arbeitsdienstler. […] Am 3. Juli 1934 wurde das Lager dann völlig überstürzt aufgelöst.

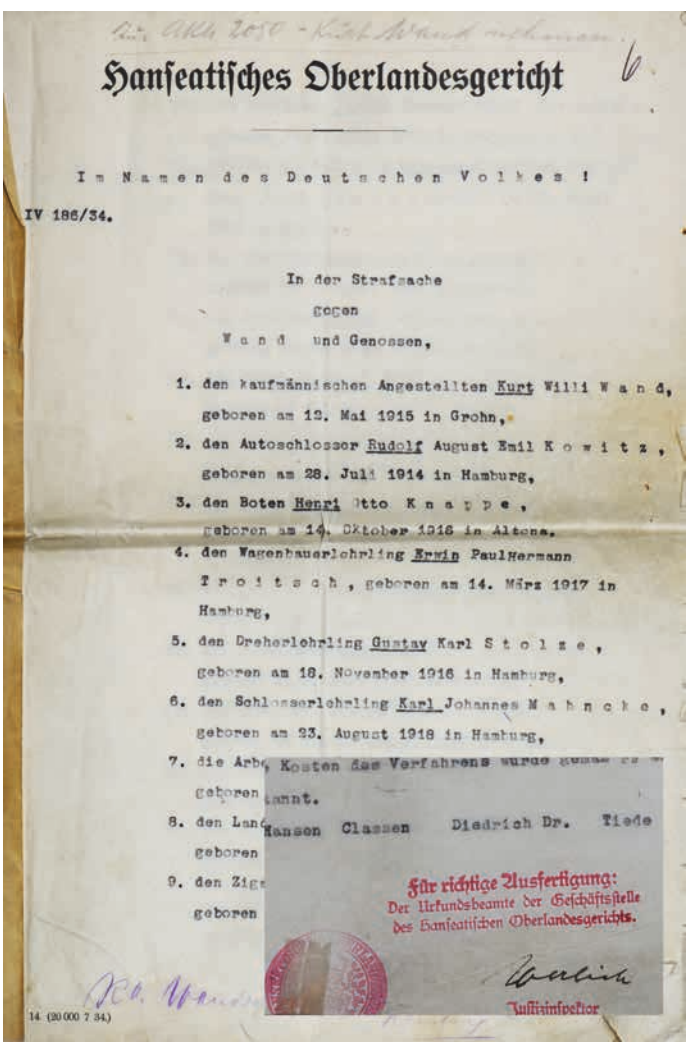
Von Kurt Baumgarte erhielt ich dann den Auftrag, einen „*Technischen Apparat*" aufzubauen, dem die Herstellung illegaler Zeitungen oblag. Als Kuriosität möchte ich erwähnen, dass wir wohl von allen Hamburger Illegalen den vornehmsten Abziehapparat benutzten. Er gehörte der Warentreuhandgesellschaft Hamburg, deren Gebäude gegenüber dem Rathaus lag. Die Mutter von Lina Frank war dort Reinemachefrau, von ihr erhielten wir den Schlüssel zu den Räumen, in denen wir nachts unsere Zeitungen abzogen.

Zit. n. Ursel Hochmuth / Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Berichte und Dokumente. Frankfurt a.M. 1969, S. 38 f. (dort ohne Quellenangabe, möglicherweise handelt es sich um einen den Autorinnen persönlich erstatteten Bericht).

Fall Wand sen. – Dokument 2 (1935)

18 Jahre alt, Waise, trotz Lehre arbeitslos, Untergrundarbeit im Kommunistischen Jugendverband (KJV)

Die Angeklagten waren zum Teil schon vor dem Siege der nationalsozialistischen Revolution Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes (KJV) oder anderer linksradikaler, marxistischer Jugendbünde. Es wird ihnen zur Last gelegt, dass sie sich in der Zeit vom März 1933 bis in den Herbst 1934 hinein der Vorbereitung des Hochverrates dadurch schuldig gemacht hätten, dass sie den KJV in einzelnen Stadtteilen von Hamburg wieder aufbauten, neue Mitglieder warben, Beiträge zahlten und vereinnahmten und kommunistische Hetzschriften und Klebezettel herstellten und verbreiteten. […]



Hanseatisches Oberlandesgericht

Im Namen des Deutschen Volkes!

IV 186/34.

In der Strafsache
gegen
Wand und Genossen,

1. den kaufmännischen Angestellten Kurt Willi Wand, geboren am 12. Mai 1915 in Grohn,
2. den Autoschlosser Rudolf August Emil Kowitz, geboren am 28. Juli 1914 in Hamburg,
3. den Boten Henri Otto Knappe, geboren am 14. Oktober 1916 in Altona,
4. den Wagenbauerlehrling Erwin Paul Hermann Froitzsch, geboren am 14. März 1917 in Hamburg,
5. den Dreherlehrling Gustav Karl Stolze, geboren am 18. November 1916 in Hamburg,
6. den Schlosserlehrling Karl Johannes Mahncke, geboren am 23. August 1918 in Hamburg,
7. die Arb… Kosten des Verfahrens wurde … geboren …annt.
8. den Lan… Hansen Classen Diedrich Dr. Tiede geboren …
9. den Zig… geboren …

Für richtige Ausfertigung:
Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle
des Hanseatischen Oberlandesgerichts.
Justizinspektor

14. (20 000 7 34.)

***Abb. 70** – Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 30. April 1935 gegen „Wand und Genossen" – wegen „Vorbereitung zum Hochverrat".*

Der Angeklagte Wand hatte schon seit 1931 dem KJV angehört. Er kam, nachdem er eine dreijährige Kaufmännische Lehre durchgemacht hatte und danach erwerbslos geworden war, im August 1932 in Fürsorgeerziehung nach Wulfsdorf bei Hamburg. Von dort wurde er im März 1933 entlassen und schon im April 1933 wegen Verbreitung kommunistischer Flugblätter verhaftet und vom Hanseatischen Sondergericht zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt, die er bis zum 11. Juni 1933 verbüßte.[6] Im Juli 1933 wurde er dann von einem „David" wieder für den KJV, Zelle St. Pauli, gewonnen und entwickelte alsbald eine rege Tätigkeit für diesen Verband, dessen Polleiter der Angeklagte [Rudolf] Kowitz war. […] Im September/Oktober 1933 wurde Wand Fünfergruppenführer der Zelle St. Pauli und hatte als solcher insbesondere dafür zu sorgen, dass die seiner Gruppe angehörenden Mitglieder ihre Beiträge – 5 oder 10 Reichspfennig in der Woche – an ihn abführten. Anfang des Jahres 1934 wurde er Org[anisations]leiter der Zelle St. Pauli. Von März bis Juli 1934 konnte er sich nicht für den KJV betätigen, weil er in dieser Zeit im Arbeitsdienst […] war.

Nach seiner Rückkehr wurde er alsbald wieder tätig. Durch Kowitz bekam er Verbindung mit Kurt Baumgarte („John") von der Jugendbezirksleitung und mit „Hans" („Henne" oder „Jesus" genannt), der auch in der Bezirksleitung tätig war.[7] Baumgarte war bestrebt, die einzelnen Zellen in den Stadtteilen straffer zusammenzufassen und richtete deshalb eine Unterbezirksleitung Hafen ein, der die Stadtteile St. Pauli und Neustadt unterstellt wurden. Polleiter dieses Unterbezirks wurde Kowitz, er blieb aber trotzdem auch Polleiter in St. Pauli. Wand wurde Technischer Leiter d[ies]es Unterbezirks (T.Leiter) und hatte als solcher im Wesentlichen für die Herstellung und Verteilung schriftlichen Propagandamaterials innerhalb der einzelnen Zellen zu sorgen. Ende August 1934 wurde Wand Polleiter in St. Pauli […], nachdem Kowitz um diese Zeit ausgeschieden war.

Wand hatte nicht nur Verbindung mit der Bezirksleitung, sondern auch mit den kommunistischen Jugendverbänden in den anderen Stadtteilen. So veranlasste er die Angeklagte Caroline Frank, den Stadtteil Eimsbüttel aufzubauen, und er hielt Verbindung mit Buseke für Rothenburgsort-Hammerbrook und mit Stolt und Nilsson für den Stadtteil Barmbek.[8]

Im August 1934 begann eine rege Tätigkeit in der Herstellung und Verbreitung von Hetzschriften. Wand erhielt von „Hans“ etwa 60 Stück der Hetzschrift „*Junge Garde!*“, die er zur Weiterverteilung hauptsächlich an Troitzsch (für Neustadt und St. Pauli) und an Knappe (für Eimsbüttel) weitergab. Weiter erhielt er von „Hans“ etwa 70 gelbe Klebezettel mit dem Text „*Heraus mit Thälmann! Stimmt Nein! Deutsche Hausfrau, billigst Du die Warenverteilung der Hitlerpolitik?*“[9] […] Anfang September erhielt Wand dann noch von „Hans“ auf fotografischem Wege vervielfältigte Aufrufe zum 20. Internationalen Jugendtag. Am 26. September wurde Wand dann verhaftet.

HOLG-Urteil vom 30. April 1935, Az. O IV 186/34 (StA HH, 351–11, Nr. 40656, Bd. 2, S. 5 ff.).

* * *

Fall Wand sen. – Dokument 3 (1947)

4 Jahre, 4 Monate in NS-Haftanstalten

Lebenslauf
Am 12. Mai 1915 zu Grohn bei Vegesack geboren. Vater 1915 gefallen, Mutter 1928 gestorben. Von 1929 bis 1932 als kaufmännischer Lehrling tätig gewesen. Anschließend arbeitslos. Seit Ostern 1930 im KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) organisiert.

Am 9. April 1933 wegen Verbreitung kommunistischer Flugblätter zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Haftentlassung beim Aufbau des illegalen KJVD beteiligt. Herstellung und Verbreitung illegaler Zeitungen, Flugblätter usw. Einschmuggeln illegaler Literatur aus dem Ausland. Am 1. September 1934 wegen Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation (RFB [Roter Frontkämpferbund]) verhaftet,[10] aber wieder freigelassen. Hierfür 1936 sechs Monate Gefängnis, die unter die Hindenburgamnestie [Straffreiheitsgesetz v. 7. Aug. 1934] fielen. Am 26. September 1934 erneut wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet und später zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach der Haftentlassung Ende 1937 erneut Verbindung mit Widerstandsgruppen aufgenommen. Ein Teil dieser Kameraden wurde im Oktober verhaftet, einige von ihnen wurden nach den Luftangriffen auf Hamburg Anfang August 1943 auf freien Fuß gesetzt.[11] Sie stellten sich nicht der Polizei und lebten illegal. Diese Kameraden haben wir mit Lebensmitteln, Quartier usw. versorgt. Aufbau neuer Gruppen.

Am 23. Juni 1944 erneut wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet, am 26. Mai 1945 durch die [britische] Militärregierung auf freien Fuß gesetzt.

Kurt Wand: Lebenslauf v. 20. Jan. 1947, im Rahmen eines Antrags *auf Ausstellung eines Ausweises für politisch, rassisch und religiös durch den Nazismus Verfolgte* verfasst (Archiv der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e.V., VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Aktenbestand des Komitees ehemaliger politischer Gefangener).

Kurt Wand – Politische Verfolgung in der NS-Zeit

Gericht	Haftstrafe		Vollzugsanstalt	Delikt
Sondergericht am HOLG	2 Monate Gefängnis	11. April 1933 bis 11. Juni 1933	Untersuchungs-gefängnis Hamburg	Flugblattverbreitung
HOLG	3 Jahre, 6 Monate Gefängnis	27. Sept. 1934 bis 30. Nov. 1934	KZ Fuhlsbüttel	„Vorbereitung zum Hochverrat“
		30. Nov. 1934 bis 20. Mai 1935	Untersuchungs-gefängnis Hamburg	
		20. Mai 1935 bis 18. März 1937	JVA Hahnöfersand	
		18. März 1937 bis 30. Nov. 1937	Strafgefängnis Neumünster	
HOLG-Sonder-gericht, 1936	6 Monate Gefängnis, amnestiert			Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation
kein Gerichts-prozess	keine Verurteilung mehr erfolgt	23. Juni 1944 bis 6. März 1945	KZ Fuhlsbüttel	„Vorbereitung zum Hochverrat“
		6. März 1945 bis 26. Mai 1945	Untersuchungs-gefängnis Hamburg	

***Abb. 71** – Die Tabelle schlüsselt auf: Über ein Drittel der 145 Monate NS-Zeit hat Kurt Wand aus politischen Gründen in Haftanstalten verbraucht, befand sich auch sonst in vielfacher Gefahr.*

Fall Wand sen. – Dokument 4 (1947)

1944: KZ Fuhlsbüttel

Im November 1937 bin ich (aus der Haft) entlassen worden. Ich kam mit meinen alten Kameraden zusammen, und wir pflegten uns wieder zu treffen. Ich habe einigen Kameraden, die sich illegal in Hamburg aufhielten, Hilfe geleistet. Ich wurde deshalb am 23. Juni 1944 verhaftet.

Als ich in Fuhlsbüttel eingeliefert wurde, kam ich in den C-Keller in Einzelhaft. Dort verblieb ich ca. zwei Wochen. Dort habe ich den Wachmann Mathea kennengelernt. Er war im ganzen Hause wegen des Schlagens gefürchtet. Ich habe oft in meiner Zelle gehört, wie er Menschen misshandelte.

Nach zwei Wochen wurde ich auf A 2, Saal 6 versetzt. Dort verblieb ich bis eine Woche vor meiner Versetzung ins Untersuchungsgefängnis. Anschließend, auf Saal 5, lagen meistens Franzosen. Außerdem waren auf A 2 Polen, Italiener und Juden. Während meiner Haftzeit dort habe ich folgende Beamten schlagen gesehen: Oel, Röttger, Hennings, Stange, Stüve und Bartels. Zum Schlagen haben sie meistens ihren langen eisernen Schlüssel gebraucht. Sie haben ihre Opfer auch mit Fußtritten bearbeitet. Meistens wurden ausländische Häftlinge geschlagen. Der Hauptgrund zum Schlagen war, dass sie oft Befehle nicht verstehen konnten und sie nicht schnell genug ausführten. Ich habe verschiedentlich gesehen, wie Häftlinge von ihnen blutig geschlagen wurden oder ohnmächtig zu Boden sanken. Während der Transporte zur Vernehmung habe ich die Methoden des Transportführers Paul Reppin kennen gelernt. […]

Ich möchte hier ein besonderes Beispiel der Brutalität von Hans Stange anführen. An einem Sonnabendvormittag im November 44 waren wir unten im Flur vor Stanges Büro zur Zigaretten-Ausgabe angetreten. Ein junger Russe säuberte den Flur und trat dabei Stange aus Versehen auf den Fuß. Darauf schlug und trat ihn Stange so lange, bis er bewusstlos liegen blieb. Dann gab er den Befehl an einige Wachmänner: „*Nehmt ihn weg, ich werde mich später mit ihm beschäftigen.*“ Ein Kamerad, der später zum Essenholen runter ging, erzählte mir, dass er den Russen blutüberströmt und anscheinend tot auf dem Flur liegen sah.

Im August 1944 wurde ich zum Dr. [Ulrich] Schnappauf wegen Untersuchung auf Lagerfähigkeit bestellt. Wir waren an diesem Tage ca. 40 Personen, Deutsche und Ausländer. Wir mussten immer in Gruppen zu viert in das Zimmer eintreten. Der Heildiener Mau nannte unsere Namen, worauf Dr. Schnappauf die Lagerfähigkeit unterschrieb, ohne uns überhaupt angesehen zu haben.

> Kurt Wand: Reppin, Stange und Komplizen (aus einem Zeugenbericht vom 21. Jan. 1947 für die Fuhlsbüttel-Prozesse). In: Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel. Erinnerungen – Dokumente – Totenliste – Initiativen für eine Gedenkstätte. Zsgst. v. Ursel Hochmuth / Erna Mayer. Hg. v. d. VVN / Bund der Antifaschisten Fuhlsbüttel-Langenhorn-Norderstedt. Hamburg 1983, S. 49.[12]

* * *

Fall Wand sen. – Dokument 5 (1952)

Kurt Wands "operative" Anwerbung, Aktivitäten und Konservierung, 1949–1952

Residentur „Becker“
Die Residentur „Becker“ bestand zur Zeit der Übernahme [durch den APN/IWF] aus:

1. Residenten „Becker“ (Kurt Wand),
2. dem Kurier „Jupp“ (Wilhelm Stahl),
3. dem Grenzmann „Fritz“ (Fritz Pirnack),
4. der Quelle „Gottfried“ (Bernhard Musall),
5. der konservierten Quelle „Harald“ (Alois Schröder),
6. der Quelle „Eberhard“ (Friedrich Brunnenberg),
7. der Quelle „Heinz“ (Kurt Herzog).

Sie entstand Ende 1951 aus Mitarbeitern und Quellen, die im Zusammenhang mit der Sache [Bruno] Korthaus stillgelegt waren. „Becker" war vorher selbst Quelle.

zu 1)

a) „Becker" (früher „Maurer") arbeitete nach 1945 in Hamburg zusammen mit Erwin Jungert als Jugendsekretär in der KP. Bei den Jugendleiterschulungen lernte er den Brandleristen Josef Bergmann kennen,[13] mit dem er politische Auseinandersetzungen hatte, dem er aber, um sich besser zu informieren, das öfteren recht gab. So wurde er in die Brandlerkreise einbezogen.[14] Er machte daraufhin Bruno Korthaus darüber Mitteilungen, der ihn in den Apparat einbezog, den Ausschluss „Beckers" aus der Partei veranlasste und ihn als Resident seit Anfang 1949 bearbeitete. […]

b) „Becker" hatte bis zu seiner Einsetzung als Resident den Auftrag, die Brandler-Gruppe zu bearbeiten. „Gustav" [Walter Westphal] und Bern [*alias* „Ernst"] beurteilen ihn von dieser Zeit nicht positiv. Ende 1951 wurde er als Resident für die SPD-Quellen in Hamburg: Harald, Gottfried, Eberhard und Heinz, eingesetzt.

c) Obwohl die Tätigkeit „Beckers" bisher nur am Rande untersucht worden ist, konnten folgende Vorgänge festgestellt werden: In den Personalakten gibt „Becker" nirgends an, dass er beim Aufbau der FDJ und der Jugendarbeit der KPD zu einem internen Kreis von Jugendfunktionären aus allen Parteien gehörte, die von den Engländern in einer Villa am Leinpfad regelmäßig zu Zusammenkünften eingeladen wurden. Erst aufgrund unserer Aufforderung am 22. Juli 1952 erstellte „Becker" einen ausführlichen Bericht über diese Seite seiner Jugendarbeit. Der Bericht zeigt, dass „Becker" sehr genau über diese Dinge informiert ist. Der Bericht enthält einige Dutzend Namen mit genauen Vornamen, die an diesen Maßnahmen der Engländern beteiligt waren. Unter diesen Namen ist Bernhard Musall (Gottfried),[4] Schmidt-Wittmack („Timm") und Achim von Beust, der jetzige Leiter [*sic!*] des Amtes für Verfassungsschutz in Hamburg, enthalten. Über diese Zusammenkünfte will „Becker" an den damaligen offiziellen Verbindungsmann der KPD, Fiete Dethleffs,[5] der inzwischen als englischer Agent entlarvt ist, berichtet haben.

Im Zusammenhang mit diesem von den Engländern organisierten Jugendring kam „Becker“ auch an andere, ähnliche Gruppen und Organisationen heran. Er arbeitete damals eng mit den aus England zurückgekehrten Genossen Gerd Moos, Eberhard Zamory, Werner Händler und Frau, z.Zt. DDR, Helmut Rosenthal, Waldemar Sczeczenowski und Blumenthal zusammen.

„Becker“ gibt an, dass er im November 1945 von einem *Colonel* [*geschwärzt*] in der Wohnung seines Arbeitgebers aufgesucht wurde. Dieser forderte ihn auf, einen Bericht über die bisherige Arbeit in der FDJ zu geben und ihn in seiner Wohnung abzuliefern. Dieser Bericht wurde angeblich nach Rücksprache mit den Genossen Heinz und Jungert gegeben. Bei der Abgabe des Berichts wurde „Becker“ zum Essen bei dem Engländer eingeladen. Danach wurde ein weiterer Bericht gegeben.

In dem Bericht vom Juli 1952 teilt „Becker“ mit, dass 1948 ein *Captain* [*geschwärzt*] in seiner Gaststätte [in Planten un Blomen] mit dem Hamburger Auktionär [*geschwärzt*], einem guten Bekannten des Chefs von „Becker“, erschienen sei. Dies sei derselbe [*geschwärzt*] gewesen, der „Becker“ aber nicht wiedererkannte. […] Diese Dinge gingen, wie gesagt, aus den vorhandenen Akten „Beckers“ nicht hervor, obwohl sich „Becker“ jetzt auffallend genau an alle Namen und Adressen erinnern konnte.

Des weiteren ist bemerkenswert, dass „Becker“ die Quellen „Gottfried“ und „Harald“, bei denen es sich mit großer Sicherheit um Agenten handelt, stets positiv beurteilte.[6] Als die Verbindung zu „Harald“ auf Grund unserer Anweisung abgebrochen werden musste, bezweifelte „Becker“ die Richtigkeit dieser Anweisung. Später drängte er auf Wiederaufnahme der Verbindung und wusste es nicht zu verhindern, dass ihn „Harald“ des öfteren aufsuchte.

Auffällig war auch, dass „Becker“ während seines Besuches vom 29. März bis 3. April 1952 [in Ostberlin] bei der Zentrale Fragen stellte, inwieweit wir unabhängig von ihm über die SPD in Hamburg orientiert sind, und den Wunsch äußerte, dass wir ihm derartige Informationen über SPD-Leute in Hamburg geben.

Ebenso äußerte sich „Becker“ stets positiv über „Jupp“, obwohl er einen engen Kontakt zu „Jupp“ hatte und auf Grund der Gesprächigkeit beider Teile die uns von anderer Seite bekannten negativen Seiten „Jupps“ bemerken musste.

Als bei dem Gespräch mit „Becker“ am 22. Juli 1952 ihm eine Gefährdung angedeutet und die Anweisung zur Einstellung seiner Arbeit gegeben wurde, erweckte er den Eindruck, daß er nicht gern in die DDR kommen würde. Er verneinte das Bestehen irgendeiner Gefahr und äußerte den Wunsch, wieder in die KPD eintreten zu dürfen. Die bei diesem Gespräch gemachte Angabe, dass Naujoks, Dethleffs und Prinz über den Charakter seiner Tätigkeit nicht orientiert seien, ist unglaubwürdig.

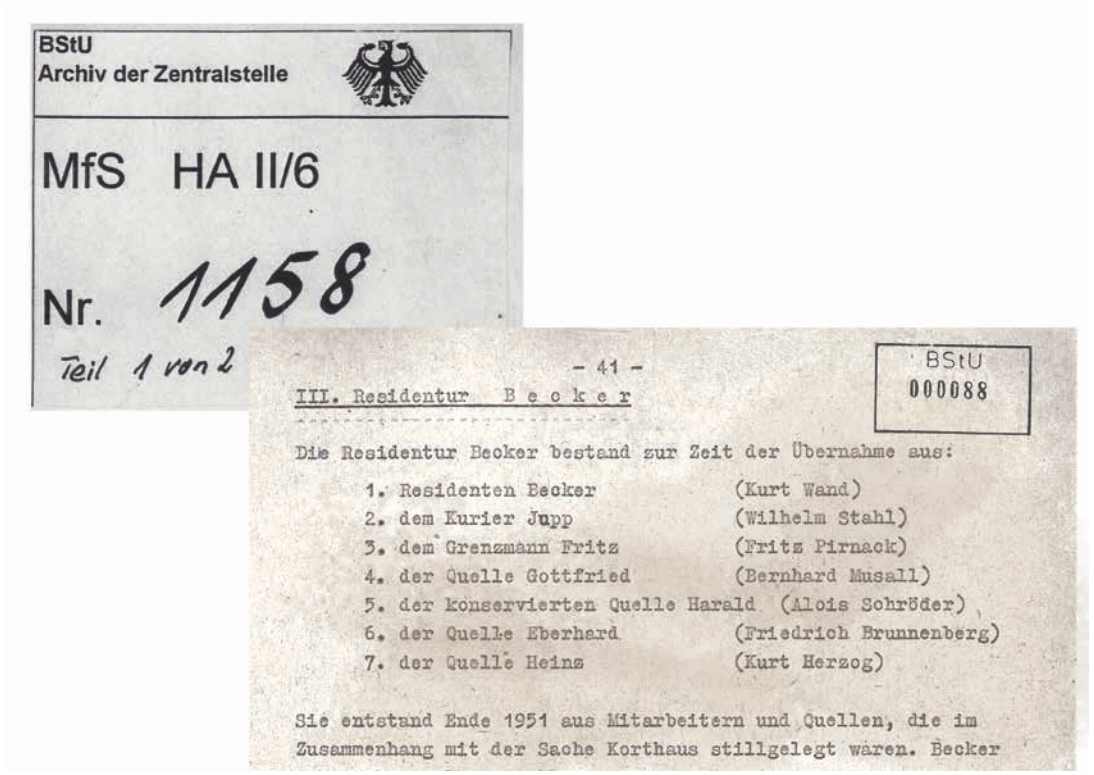
Während eines Gespräches mit „Becker“ bei dessen Besuch in Berlin machte Kurt Gailat, der für kurze Zeit das Zimmer verließ, die Feststellung, dass sich „Becker“ für den Inhalt seiner Aktentasche interessierte.[7]

d) Die Tätigkeit „Beckers“ muss aus folgenden Gründen dem Gegner bekannt sein: „Becker“ war Parteifunktionär und als dieser den Engländern bekannt und bei diesen registriert. „Becker“ konnte nicht aus ihrem Gesichtskreis verschwinden. Die Tätigkeit „Beckers“ musste auch den Parteifeinden in Hamburg bekannt sein. Er selbst gibt an, dass Otto Finck über seine Tätigkeit orientiert war, der in dem gesamten Apparat eine äußerst zweifelhafte Rolle spielt.

„Becker“ hatte Verbindung zu dem Genossen [Bruno] Korthaus, dessen Tätigkeit dem Gegner bekannt war. Die Quellen von „Becker“ waren z.T. [feindliche] Agenten, so dass zumindest über „Harald“ der Gegner von seiner Tätigkeit wissen musste.

Die Untersuchung über „Becker“ lässt noch keine endgültigen Schlussfolgerungen zu. Die angeführten Tatsachen lassen vermuten, dass er selbst zum Gegner Kontakt unterhält.

Bericht der Abteilung 1 des APN/IWF (Alfred Schönherr / Markus Wolf) über den Sachstand im “Westapparat”, 18. Sept. 195 (BStU, MfS HA II/6 1158, Teil 1, S. 88 ff.).


BStU
Archiv der Zentralstelle

MfS HA II/6

Nr. 1158

Teil 1 von 2

BStU
000088

- 41 -

III. Residentur B e c k e r

Die Residentur Becker bestand zur Zeit der Übernahme aus:

1. Residenten Becker (Kurt Wand)
2. dem Kurier Jupp (Wilhelm Stahl)
3. dem Grenzmann Fritz (Fritz Pirnack)
4. der Quelle Gottfried (Bernhard Musall)
5. der konservierten Quelle Harald (Alois Schröder)
6. der Quelle Eberhard (Friedrich Brunnenberg)
7. der Quelle Heinz (Kurt Herzog)

Sie entstand Ende 1951 aus Mitarbeitern und Quellen, die im Zusammenhang mit der Sache Korthaus stillgelegt waren. Becker

***Abb. 72** – Die MfS-Akte „HA II/ 6 1158" legt Zeugnis ab von der umfassenden Säuberungsaktion, der der „Westapparat" der SED/KPD 1952 durch den neugegründete APN/IWF unterzogen wurde. Die Ostberliner Funktionäre waren hochnervös, verdächtigten so gut wie jeden Akteur in Westberlin, Hamburg etc. des Doppelagententums und fällten ein vernichtendes Urteil über den bisherigen Apparat. Unter anderem wurden Kurt Wand und Karlfranz Schmidt-Wittmack jetzt konserviert – bis auf weiteres.*

Fall Wand sen. – Dokument 6 (1952)

Ostberlin: Von "Becker" geht keine Gefahr für die DDR aus

Streng geheim!
Aktenvermerk über die Besprechung in der Leitung [des APN / IWF] am 29. Sept. 1952

1. Der Bericht der Abteilung 1 über die Ergebnisse der Untersuchung der ehemaligen Parteiaufklärung, den der Genosse [Markus] Wolf kurz erläuterte, wurde für gut befunden und bestätigt. […]

Zu den Vorschlägen der Abteilung 1 über das Vorgehen gegenüber den noch in Westdeutschland lebenden Mitarbeitern sagte Genosse Gr. [*geschwärzt*], dass bei „Becker" ein belastendes Auftreten gegen die KPD kaum zu erwarten sein, da für einen Prozess [gegen Angehörige des N-Apparats der KPD] beim gegenwärtigen Stand der Abwicklung die Voraussetzungen fehlen. Wer nicht in die DDR kommen wolle, solle in Westdeutschland bleiben.

Protokoll v. 1. Okt. 1952 (BStU, MfS HA II/6, Nr. 1158, Teil 1, Bl. 42 f.)

* * *

Fall Wand sen. – Dokument 7 (1993)

"Hülse" - lahmer Resident mit mittelmäßigem IM "Blumenfeld" und eigenem Sohn als IM "Kugel"

Ca. 1966 übernahm ich […] einen Vorgang, der aus einem Residenten und einer Quelle in Hamburg bestand. Bei der Quelle handelte es sich um eine ehemalige DDR-Bürgerin namens Ruth [Hötzsch, 1969 verh. Polte]. […] Ca. 1964 begann sie als Sekretärin im Büro der Hamburger Bundestagsabgeordneten. […]

\- - -

In die Verbindung zu dem IM „Blumenfeld“ [Ruth Polte] war als Resident Kurt Wand, Deckname „Hülse“, eingeschaltet. Dieser war außerdem als Resident zu seinem Sohn Kurt Wand, Deckname „Kugel“ […] eingebunden. „Hülse“ war ferner irgendwann Anfang der 60er Jahre Resident auch zu einem IM aus der Hamburger SPD, allerdings auf unterer Ebene, der dann damals in die DDR geflüchtet war. […]

Mit „Hülse“ habe ich mich in der Regel alle 8 bis 10 Wochen in Berlin im Objekt Neuenhagen oder auch im Objekt Pankow […] getroffen. Er übergab mir hierbei überwiegend von ihm handschriftlich selbstgefertigte Berichte des IM „Blumenfeld“.

Wie ich bereits […] ausgesagt habe, wurde der IM „Blumenfeld“ von mir als dem zuständigen Führungsoffizier über den Residenten „Hülse“ zu einem Treff etwa Anfang der 70er Jahre nach Berlin […] bestellt, mit dem Hintergrund, den IM „Blumenfeld“ persönlich kennenzulernen und ihn zu einer stärkeren Aufgabenerfüllung anzuregen. […] Nach dem Treff habe ich den Residenten „Hülse“ und auch den IM „Blumenfeld“ wieder zur Rückreise in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße abgesetzt.

- - -

Einige Zeit, nachdem ich 1966 [jene] Vorgänge übernommen hatte, kam „Hülse“ selbst auf die Idee, seinen Sohn für eine inoffizielle Mitarbeit für die HV A zu werben.

Da „Hülse“ jedes Jahr in Bulgarien […] Urlaub machte, reiste mein damaliger Referatseiter Kurt Gailat dorthin und warb den Sohn des IM „Hülse“. […] In der Folgezeit war ich FO [Führungsoffizier] dieses Vorgangs, der den Decknamen „Kugel“ erhielt.

Zeugenvernehmung Peter Hausstein (vormals MfS-Offizier), durch das BKA, Berlin, 27. Sept. 1993 u. 21. Nov. 1993 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1 OJs 28/94 [Kurt Wand *jun.*], Bd. 1, Bl. 21 ff).

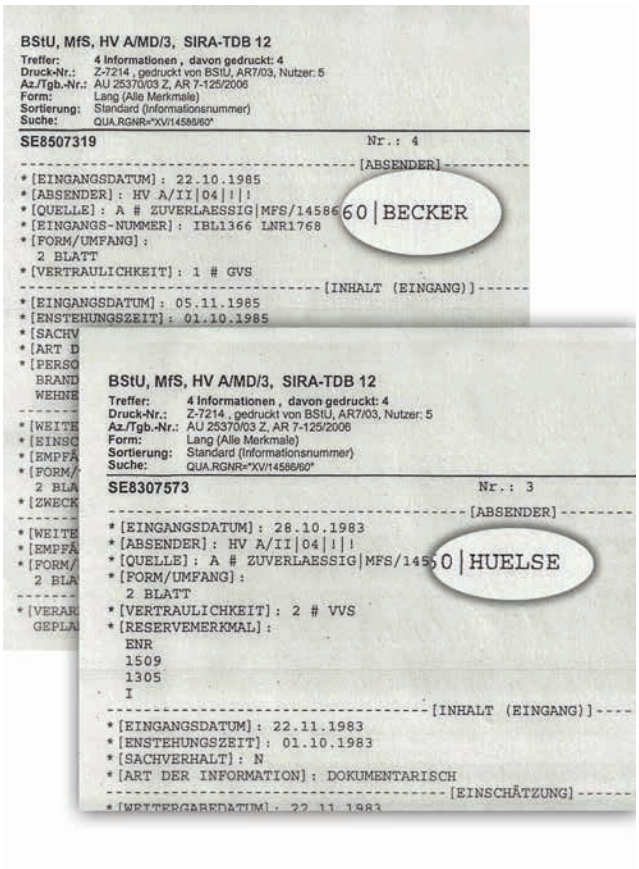

BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12
Treffer: 4 Informationen , davon gedruckt: 4
Druck-Nr.: Z-7214 , gedruckt von BStU, AR7/03, Nutzer: 5
Az./Tgb.-Nr.: AU 25370/03 Z, AR 7-125/2006
Form: Lang (Alle Merkmale)
Sortierung: Standard (Informationsnummer)
Suche: QUA.RGNR="XV/14586/60"
SE8507319 Nr.: 4
[ABSENDER]
* [EINGANGSDATUM]: 22.10.1985
* [ABSENDER]: HV A/II|04|!|!
* [QUELLE]: A # ZUVERLAESSIG|MFS/14586/60|BECKER
* [EINGANGS-NUMMER]: IBL1366 LNR1768
* [FORM/UMFANG]:
2 BLATT
* [VERTRAULICHKEIT]: 1 # GVS
[INHALT (EINGANG)]
* [EINGANGSDATUM]: 05.11.1985
* [ENSTEHUNGSZEIT]: 01.10.1985
* [SACHV
* [ART D
* [PERSO
BRAND
WEHNE
BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12
Treffer: 4 Informationen , davon gedruckt: 4
Druck-Nr.: Z-7214 , gedruckt von BStU, AR7/03, Nutzer: 5
Az./Tgb.-Nr.: AU 25370/03 Z, AR 7-125/2006
Form: Lang (Alle Merkmale)
Sortierung: Standard (Informationsnummer)
Suche: QUA.RGNR="XV/14586/60"
SE8307573 Nr.: 3
[ABSENDER]
* [EINGANGSDATUM]: 28.10.1983
* [ABSENDER]: HV A/II|04|!|!
* [QUELLE]: A # ZUVERLAESSIG|MFS/14586/60|HUELSE
* [FORM/UMFANG]:
2 BLATT
* [VERTRAULICHKEIT]: 2 # VVS
* [RESERVEMERKMAL]:
ENR
1509
1305
I
[INHALT (EINGANG)]
* [EINGANGSDATUM]: 22.11.1983
* [ENSTEHUNGSZEIT]: 01.10.1983
* [SACHVERHALT]: N
* [ART DER INFORMATION]: DOKUMENTARISCH
[EINSCHÄTZUNG]

Abb. 73 *– Die berühmte SIRA-Datei der „Gauck-Behörde" (BStU) hat u.a. zwei Lieferungen von Kurt Wand sen. registriert, die relativ eng beieinander liegen (1983, 1985) und zeigen, dass nicht nur sein neuer Deckname „Hülse" benutzt wurde, sondern – bei gleicher Registrierungsnummer – noch immer auch sein „Nom de guerre" der Jahre 1951/52, „Becker".*

Fall Wand sen. – Dokument 7 (1993)

Kurt Gailat (HV A) und Kurt Wand *sen.* – alte Bekannte

Soweit ich mich heute daran erinnern kann, sprach mich mein Vater zu der Zeit an, als ich im SHB aktiv war, ich meine Ende der 60er Jahre, und erklärte mir, dass er geheimdienstliche Kontakte zur DDR unterhalte. Er erklärte weiter, er wünsche, dass ich, langfristig gesehen, seine Aufgabe übernehmen solle.

Schon während der 60er Jahre wusste ich aus vielen politischen Gesprächen mit meinem Vater, dass er sich der DDR stark verbunden fühlte und politisch zu ihr stand. Außerdem hatte er mir mal erklärt, dass er über Kontakte zur DDR verfüge. Dass diese Kontakte geheimdienstlicher Natur waren, erfuhr ich erst in dem erwähnten Gespräch Ende der 60er Jahre.

Für mich war mein Vater […] immer ein Vorbild, vor allen Dingen, was seine Zeit während des Dritten Reiches im Widerstand und im Konzentrationslager betraf. Dadurch gab es für mich auch eine klare Grundhaltung, dass es nicht wieder Krieg geben dürfe und dass man aktiv für Entspannungspolitik eintreten muss. Das war auch die Motivation dafür, auf den Wunsch meines Vaters einzugehen. […]

Mein Vater erzählte mir über seine nd. [nachrichtendienstlichen] Kontakte zum Geheimdienst der DDR nur das Nötigste. Dies begründete er mit der Frage der Sicherheit, dass es keine Querverbindungen zu anderen nd. Verbindungen geben dürfe.

Auf die Verschwiegenheit brauchte er mich nicht ausdrücklich hinzuweisen, dies war mir klar, da ich aus den Erzählungen meines Vaters wusste, wie man sich im Widerstand zu verhalten hat. Für meinen Vater war dessen geheimdienstliche Tätigkeit für die DDR eine Art Fortsetzung seines Widerstandes gegen den Faschismus im Dritten Reich. […]

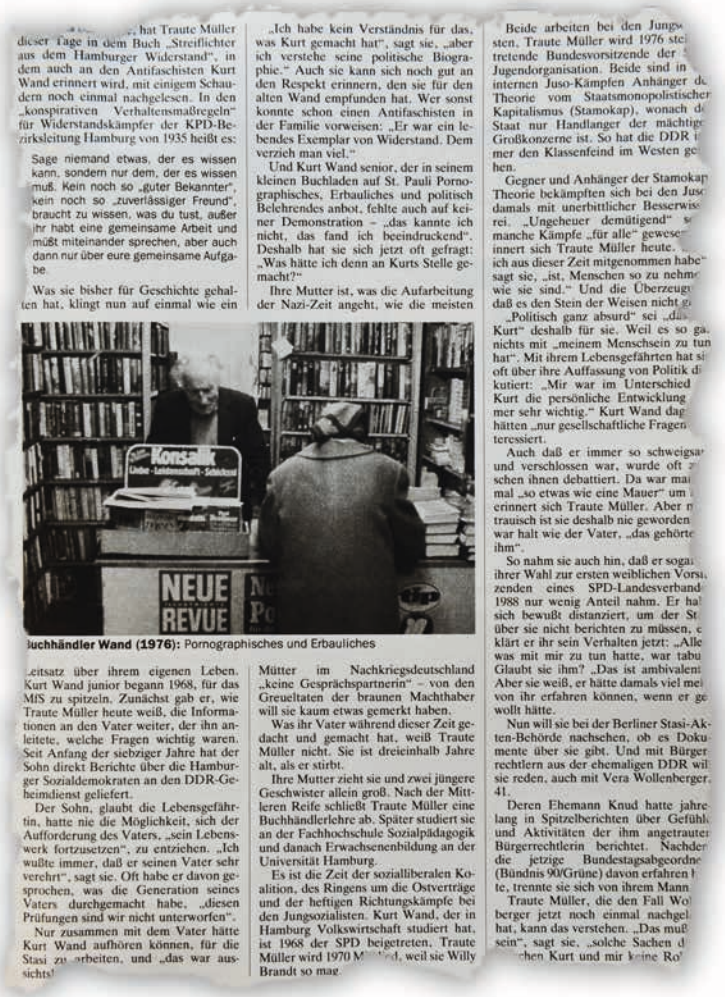
Ich kann den Zeitpunkt meines ersten persönlichen Kontaktes zu einem Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes nicht mehr genau bestimmen. Meiner Erinnerung nach fand das erste Zusammentreffen mit solch einem Mitarbeiter in Hamburg am Bahnhof Dammtor statt. […] Ich muss mich an dieser Stelle korrigieren, das letzterwähnte Treffen war das erste Treffen in Hamburg. Zuvor war es bereits zu ein bis zwei Zusammenkünften in Ost-Berlin mit dieser Person gekommen. Ich war mit meinem Vater angereist. […]

Der einzige Vorname eines Geheimdienstmitarbeiters, der mir erinnerlich ist, ist „Kurt“. Bei „Kurt“ handelt es sich um jemanden, der sich nie direkt

um mich gekümmert hat, sondern nur gelegentlich, bei Treffen in Ostberlin, in verschiedenen Objekten „mal reinschaute". Ich hatte bei „Kurt" [Gailat] den Eindruck, dass er meinen Vater schon lange kannte.

Mir ist nicht bekannt, dass mein Vater die Sekretärin der Landesorganisation der SPD in Hamburg, Ruth Polte, kennt.

Kurt Wand *jun.*, Verhör am 24. Nov. u. 14. Dez. 1993 (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 28/94, Bd. 2, Bl. 100 ff., 169 f.).



…, hat Traute Müller dieser Tage in dem Buch „Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand", in dem auch an den Antifaschisten Kurt Wand erinnert wird, mit einigem Schaudern noch einmal nachgelesen. In den „konspirativen Verhaltensmaßregeln" für Widerstandskämpfer der KPD-Bezirksleitung Hamburg von 1935 heißt es:

Sage niemand etwas, der es wissen kann, sondern nur dem, der es wissen muß. Kein noch so „guter Bekannter", kein noch so „zuverlässiger Freund", braucht zu wissen, was du tust, außer ihr habt eine gemeinsame Arbeit und müßt miteinander sprechen, aber auch dann nur über eure gemeinsame Aufgabe.

Was sie bisher für Geschichte gehalten hat, klingt nun auf einmal wie ein

„Ich habe kein Verständnis für das, was Kurt gemacht hat", sagt sie, „aber ich verstehe seine politische Biographie." Auch sie kann sich noch gut an den Respekt erinnern, den sie für den alten Wand empfunden hat. Wer sonst konnte schon einen Antifaschisten in der Familie vorweisen: „Er war ein lebendes Exemplar von Widerstand. Dem verzieh man viel."

Und Kurt Wand senior, der in seinem kleinen Buchladen auf St. Pauli Pornographisches, Erbauliches und politisch Belehrendes anbot, fehlte auch auf keiner Demonstration – „das kannte ich nicht, das fand ich beeindruckend". Deshalb hat sie sich jetzt oft gefragt: „Was hätte ich denn an Kurts Stelle gemacht?"

Ihre Mutter ist, was die Aufarbeitung der Nazi-Zeit angeht, wie die meisten

Beide arbeiten bei den Jungs… sten, Traute Müller wird 1976 ste… tretende Bundesvorsitzende der … Jugendorganisation. Beide sind in … internen Juso-Kämpfen Anhänger d… Theorie vom Staatsmonopolistischer Kapitalismus (Stamokap), wonach d… Staat nur Handlanger der mächtig… Großkonzerne ist. So hat die DDR … mer den Klassenfeind im Westen ge… hen.

Gegner und Anhänger der Stamokap-Theorie bekämpften sich bei den Juso… damals mit unerbittlicher Besserwis… rei. „Ungeheuer demütigend" … manche Kämpfe „für alle" gewese… innert sich Traute Müller heute. … ich aus dieser Zeit mitgenommen habe" sagt sie, „ist, Menschen so zu nehme… wie sie sind." Und die Überzeugu… daß es den Stein der Weisen nicht g…

„Politisch ganz absurd" sei „d… Kurt" deshalb für sie. Weil es so ga… nichts mit „meinem Menschsein zu tun hat". Mit ihrem Lebensgefährten hat si… oft über ihre Auffassung von Politik di… kutiert: „Mir war im Unterschied … Kurt die persönliche Entwicklung … mer sehr wichtig." Kurt Wand dag… hätten „nur gesellschaftliche Fragen … teressiert.

Auch daß er immer so schweigsa… und verschlossen war, wurde oft … schen ihnen debattiert. Da war mal … mal „so etwas wie eine Mauer" um … erinnert sich Traute Müller. Aber n… trauisch ist sie deshalb nie geworden … war halt wie der Vater, „das gehörte … ihm".

So nahm sie auch hin, daß er sogar … ihrer Wahl zur ersten weiblichen Vorsi… zenden eines SPD-Landesverbands … 1988 nur wenig Anteil nahm. Er hat … sich bewußt distanziert, um der St… über sie nicht berichten zu müssen, e… klärt er ihr sein Verhalten jetzt: „Alle… was mit mir zu tun hatte, war tabu… Glaubt sie ihm? „Das ist ambivalent. … Aber sie weiß, er hätte damals viel mehr … von ihr erfahren können, wenn er ge… wollt hätte."

Nun will sie bei der Berliner Stasi-Akten-Behörde nachsehen, ob es Dokumente über sie gibt. Und mit Bürgerrechtlern aus der ehemaligen DDR will sie reden, auch mit Vera Wollenberger, 41.

Deren Ehemann Knud hatte jahrelang in Spitzelberichten über Gefühls… und Aktivitäten der ihm angetrauten Bürgerrechtlerin berichtet. Nachdem die jetzige Bundestagsabgeordnete (Bündnis 90/Grüne) davon erfahren hatte, trennte sie sich von ihrem Mann.

Traute Müller, die den Fall Wollenberger jetzt noch einmal nachgelesen hat, kann das verstehen. „Das muß sein", sagt sie, „solche Sachen d… …chen Kurt und mir keine Ro…

Buchhändler Wand (1976): Pornographisches und Erbauliches

***Abb. 74** – Kurt Wand sen. lebte unauffällig, Nur selten fanden Abbildungen den Weg in die Öffentlichkeit, hier – aus dem gegebenen Anlass des Auffliegens von Kurt Wand jun. 1993 im Spiegel.*

Anmerkungen

1 *Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken. Unter Mitarbeit von Susanne Muhle. Berlin 2008, S. 148.*

2 *Vgl. zur Person Jens Becker: Heinrich Brandler. Eine politische Biografie. Hamburg 2001; Theodor Bergmann, selbst KP-O-Mitstreiter, hat berichtet (in: „Gegen den Strom". Die Geschichte der KPD (Opposition). Hamburg 2001, S. 359 ff.), dass die KP-O, in der organisatorischen Form der „Gruppe Arbeiterpolitik" (GAP), wesentlich auch in Hamburg einigermaßen stark war, sich aber gegen KPD und SED nicht habe behaupten können.*

3 *Zur Bürgerschaftswahl am 13. Okt. 1946 hatte auf der KPD-Reserveliste ein Eduard Korthaus kandidiert; der Nachlass von Franz und Käthe Dahlem im Bundesarchiv (NY 4072) enthält Hinweise sowohl auf einen Bruno als auch auf einen Eduard Korthaus. Von dem letzteren (geb. 1909) gibt es einen kleinen Nachlass im BA (SgY 30/1400/30).*

4 *Wie die Besatzungsmächte sich gegen konspirative Angriffe aufeinander in ihren unterschiedlichen Zonen wehrten, scheint bislang nicht erforscht zu sein. Juristische Normen im Rahmen des Besatzungsrechts finden sich zumindest nicht erwähnt, vgl. etwa Jürgen Welp: Die Strafgesetzgebung der Nachkriegszeit (1945–1953). In: Das Strafgesetzbuch. Sammlung der Änderungsgesetze und Neubekanntmachungen. Supplementband I: 130 Jahre Strafgesetzgebung – Eine Bilanz. Berlin 2004, S.139–173.*

5 *Vgl. Constantin Goschler: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945. Göttingen 2005, S. 362.*

6 *Vgl. zum Sondergericht Can Bozyakali: Das Sondergericht am Hanseatischen Oberlandesgericht. Eine Untersuchung der NS-Sondergerichte unter besonderer Berücksichtigung der Anwendung der Verordnung gegen Volksschädlinge. Frankfurt a.M. u.a. 2004.*

7 *Vgl. zu Baumgarte (1912–2006), der in der NS-Zeit noch Schlimmeres als Wand durchmachte, später niedersächsischer Landtagsabgeordneter war und 1966 wegen seiner Aktivitäten für die verbotene KPD zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, Barbara Simon: Abgeordnete in Niedersachsen 1946–1994. Biografisches Handbuch. Hannover 1996, S. 30.*

8 *Heinz Nilsson: Das Gestapogefängnis während des Krieges. Gedächtnisskizze. In: Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel. Erinnerungen, Dokumente, Totenliste. Initiativen für eine Gedenkstätte. Zsgest. von Ursel Hochmuth. Hg. v. d. VVN / Bund der Antifaschisten Fuhlsbüttel-Langenhorn-Norderstedt. Hamburg 1983, S. 43.*

9 *Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann war am 3. März 1933 in Berlin verhaftet worden.*

10 *Vgl. zum von Ernst Thälmann aufgebauten, paramilitärischen RFB Kurt G. P. Schuster: Der rote Frontkämpferbund 1924–1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes. Düsseldorf 1975.*

11 *Gemeint ist offenbar, dass diese Gefangenen sich während der Bombardements befreien konnten.*

12 *Die Prozessakten finden sich im Public Record Office (WO 235/407 ff.), in der Gedenkstätte Neuengamme werden einige Kopien aufbewahrt, vgl. Uwe Fentsahm: Der „Evakuierungsmarsch" von Hamburg-Fuhlsbüttel nach Kiel-Hassee (12.–15. April 1945). In: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte H. 44 (Okt. 2004), S. 66–105.*

13 *Vgl. zu Josef Bergmann Kai von Appen / Fritz Storim: Ein streitbarer Drucker. In: taz v. 26. Febr. 2005. Josef Bergmann war der ältere Bruder des in Anm. 2 zitierten Theodor Bergmann, und dieser hat sich 2005 so erinnert: „Früh begann auch die KPD, die damals noch einen Senator in Hamburg stellen durfte und für die Zusammenarbeit auch mit den kapitalistischen Besatzungsmächten eintrat, mit einer öffentlichen Kampagne gegen die Gebrüder Bergmann, die manche Seite der Parteizeitungen füllte." In: Josef Bergmann 4. Oktober 1913 – 18. Februar 2005, S. 3; http://www.arbeiterpolitik.de/Zeitungen/PDF/2005/arpo-3-2005-Beilage.pdf,1. Mai 2015.*

14 *Im APN/IWF wurde 1952 vermerkt (BStU, MfS HA II/6 1158, Teil 1, S. 62): „‚Becker' (damals ‚Maurer') war […] schon tätig, als er [1950] ‚Gustav' [Klarname Walter Westphal] übergeben wurde. ‚Gustav' bezeichnete die damalige Arbeit ‚Beckers' als nicht sehr wertvoll. Obwohl er Mitglied der Leitung der Brandleristen war, wurde er oft nicht zu den Sitzungen hinzugezogen."*

15 *Zu Musall wird ebd., S. 94, bemerkt: „Gottfried" (früher „Selbmann") kam 1948 von der SPD zur KPD, wahrscheinlich im Auftrag der Engländer. ‚Becker' kannte er schon von früher aus dem Jugendring […]. Über ‚Becker' ist er Anfang 1949 an Korthaus herangekommen, der ihn als Quelle warb und wieder in die SPD dirigierte." – Vgl. zu Musall auch Christel Oldenburg: Tradition und Modernität. Die Hamburger SPD von 1950–1966. Tradition und Modernität. Berlin u.a. 2009, S. 358.*

16 *Friedrich Dethleffs wechselte Anfang der 1950er Jahre von der KPD zur SPD.*

17 *Zu Alois Schröder wurde im APN/IWF 1952 vermerkt (BStU, MfS HA II/6 1158, Teil 1, Bl. 99; und diese Angaben sind Indizien für die Untergrundszene, in der sich sowohl Kurt Wand als auch Karlfranz Schmidt-Wittmack bewegten): „‚Harald' (früher ‚Huber') ist zur selben Zeit wie ‚Gottfried', ‚Mertens' und ‚Timm' [Klarname Schmidt-Wittmack] an die KPD herangetreten. Ende 1948 besuchte er zuerst KPD-Versammlungen, schrieb anonym für die Hamburger Volkszeitung und trat dann in die KPD*

ein. Über den Chefredakteur der HVZ, Erich Hoffmann (Vatti Hoffmann) kam er an Korthaus heran, der ihn für die Arbeit geworben hat. […] Der Werdegang ‚Haralds' hat eine erstaunliche Ähnlichkeit mit der Entwicklung von ‚Gottfried', ‚Mertens' und ‚Timm'. Seine Familienverhältnisse sind unklar, seine Angaben über seine Wehrmachtszeit sind unglaubwürdig. […] Nach 1945 wurde ‚Harald' sehr rasch Betriebsratsvorsitzender und 1946 Mitglied des Gewerkschaftsausschusses als Erster Schriftführer der Bizone. 1946 kam er zur SPD. […] Gleichzeitig mit ‚Gottfried', ‚Mertens' und ‚Timm' beginnt sich auch ‚Harald' für die KPD zu interessieren [also 1948] und wird Mitglied der Partei. […] Sehr undurchsichtig ist seine Tätigkeit beim AVS [Amt für Verfassungsschutz, Sept. 1950 eingerichtet]. Es ist den Akten nicht zu entnehmen, ob ‚Harald' seine Tätigkeit im AVS mit unserer Zustimmung aufgenommen hat. Der Leiter des AVS in Hamburg ist von Beust, der aus dem Jugendring der Engländer kommt und der CDU angehört. Die Berichte von ‚Harald' über das Amt für Verfassungsschutz entsprachen in keiner Weise seinen Möglichkeiten. […]

Bei Abschluss dieser Affäre machte der Chef-Ermittler des AVS Hamburg, [geschwärzt], ‚Harald' den Vorschlag, seine SPD-Funktion aufzugeben und in die KPD einzudringen. Harald lehnte ohne Rücksprache diesen Vorschlag ab. Am 17. Sept. 1951 wurde ihm der Vorschlag durch [geschwärzt] wiederholt. ‚Harald' sprach darüber mit [Herbert?] Wehner, der ihm die Sache ebenfalls nahelegte. ‚Harald' hat daraufhin, angeblich nach Rücksprache mit [Eduard] Korthaus, seine Arbeit im Amt für Verfassungsschutz zum 30. Nov. [1951] gekündigt. Trotz dieses Vorgangs erhielt ‚Harald' am 26. Okt. 1951 ein als Fotokopie vorliegendes und von [geschwärzt] selbst unterschiebenes, ausgezeichnetes Zeugnis des Hamburger Amtes für Verfassungsschutz. In diesem offiziellen Zeugnis werden seltsamerweise in lobender Form Angaben über die vertrauliche Tätigkeit ‚Haralds' für das AVS und seine Tätigkeit im Außendienst gemacht. […]

‚Harald' wurde dann dem Residenten ‚Becker' übergeben, der in seinem ersten Bericht Ende November und in seinen weiteren Berichten ‚Harald' trotz verschiedener Vorfälle (Nichterscheinen zu Treffs, mangelhafte Berichterstattung) unkritisch und positiv beurteilte. […]

Abgesehen von der wahrscheinlich direkten Zusammenarbeit ‚Haralds' mit dem Gegner, musste seine Tätigkeit wegen seiner Verbindung zu Korthaus und ‚Becker' dem Gegner bekannt sein. Aus dem Dargelegten ergibt sich, dass es sich bei ‚Harald' mit größter Wahrscheinlichkeit um einen englischen Agenten handelt." – Da die Akten des Landesamtes für Verfassungsschutz noch nicht zugänglich sind, können die Angaben zu „Haralds" Tätigkeit dort nicht überprüft werden.

18 *Vgl. zu Gailat www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=934, 1. April 2015.*

***Abb. 75** – Johannes Koppe schnürte sich ein scheinbar kohärentes Lebensaufgabenpaket aus Spionage, Atomenergie-Propaganda, Förderung des deutsch-deutschen und Menschheitsfortschritts. Hat er der DDR eine Ersparnis von „drei Milliarden Mark" beschert?*

Johannes Koppe *alias* "Tessen" (1954–1979). Der Atomenergie-Verfechter über Blockgrenzen hinweg

Koppe, Johannes
geb. 15. Juli 1932 in Breslau

Ausbildung, Berufstätigkeit
1939–1943 Volks- und Oberschule in Breslau; nach kriegsbedingter Umsiedlung nach Sonneberg Oberschulabschluss 1951; Studium der Geografie an der Humboldt-Universität (Ostberlin; 1951/52); Studium der Physik in Hamburg (1952–1961, ohne Abschluss); 1961–1979 Angestellter der *Hamburgischen Elektricitätswerke* (Referent für Planung Kernenergie bzw. techn. Sicherheitsbeauftragter). Nach Rückzug aus dem „*Operationsgebiet*" 1979–91 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im VE Kombinat Kernkraftwerke *Bruno Leuschner* (Lubmin bei Greifswald), Konsultant beim Ministerium für Wissenschaft und Technik der DDR, Referent des MfS; 1980 Promotion zum Dr. oec. an der Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst (heute Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, HTW).

Parteien, Verbände, Firmen, Ämter, Mandate
LDPD (1950–52); FDJ 1952; SED-Kandidat 1952, aber nach der später sogenannten „Republikflucht" ausgeschlossen; möglicherweise KPD 1953–1956; FDP 1958–1979; SED 1974–1989/90.

Spionage für die DDR
1954–1989 für das Staatssekretariat, dann Ministerium für Staatssicherheit. Deckname „Tessen"; ab 1961 zusammen mit seiner Ehefrau Hannelore (*alias* „Tessina") tätig. MfS-Reg.-Nr. XV/16054/60.

Ausspähungsbereich
Universität Hamburg; Hamburgische Elektricitätswerke, Deutsches Elektronen-Synchrotron (DESY); Deutsches Atomforum e.V.

Entgelt
Unbekannt.

DDR-Auszeichnungen
„*Verdienter Mitarbeiter der Staatssicherheit*"; Verdienstmedaille der DDR; Vaterländischer Verdienstorden; Kampforden für Verdienste um Volk und Vaterland in Silber (1982).

StGB-Hintergrund und rechtliche Sanktionen in der Bundesrepublik
§ 100e StGB (1954–1968); § 99 StGB (betr. *Geheimdienstliche Agententätigkeit*, 1968–1979); § 17 Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (betr. *V*errat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen). Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft, 6 BJs 18/79.[1] – Zur Zeit der Wiedervereinigung waren Koppes Gesetzesverstöße verjährt.

Werke
Atomstrom. Energie und Technik für die Welt von morgen. Hamburg 1969; Zum besseren Verständnis der Kernenergie. 66 Fragen / 66 Antworten. Hg. v. d. Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW) / Norddeutsche Kraftwerke AG (NWK). Hamburg 1971; Kernenergie und Umwelt. In: Der Gelbe Kreis. Beitrag zur persönlichen Meinungsbildung und zur Förderung des Zusammenhalts Nr. 263/64, Juni/Juli 1975 (Hamburg. Angabe auf der Titelseite: „*Der Gelbe Kreis ist ein christlich-konservativer Freundeskreis*"); (mit Hans-Heinrich Henk) Basiswissen zum Thema Energie. Teil 1. Hg. v. den HEW. Hamburg o.J. [1980]; Janusköpfige Atomforschung. In: Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich. Hg. v. Klaus Eichner / Gotthold Schramm. Berlin 2003, S. 152–167; Ich war Botschaftsflüchtling. In: Der Botschaftsflüchtling und andere Agentengeschichten. Mit einem Geleitwort von Markus Wolf und Werner Großmann. Hg. v. Gotthold Schramm. Berlin 2006, S. 60–65; [mit Uwe Markus]: Kerngeschäft. Das Doppelleben des Atomspions Dr. Johannes Koppe. Berlin 2012.

Gedruckte Quellen und Literatur
Veit Ruppertsberg: Der Spion geht, Deutrans kommt. In: Hamburger Abendblatt (HA), 13. März 1979; Veit Ruppertsberg: Auch das noch: „DDR"-Agent will seine Betriebsrente. Ganz zu schweigen vom Arbeits-

zeugnis. Ebd., 6 Dez. 1979; ders.: Spion Johannes Koppe antwortet nicht mehr. Ebd., 18. Aug. 1980; ders.: Gericht entschied: Kein Zeugnis und keine Rente für den Spion. Ebd., 1. April 1981; ders.: Warum der Spion entwischte. Ebd., 23. Okt. 1981; Koppes Bahn. In: Kundschafter des Friedens. Hg. v. Siegfried Hempel. Bd. 1. Leipzig 1989, S. 189–244; Schildchen mit Decknamen. Werner Stillers Opfer haben sich in einem Freundeskreis zusammengefunden. In. Der Spiegel 14/1992; Rainer Link: Herr Koppe klärt auf. Wie die Stasi die westdeutsche Atomindustrie abschöpfte. Deutschlandfunk-Feature, 23. Januar 2007; Wolfgang Hartmann: Koppe, Johannes. In: Wer war wer in der DDR? (Stand 2009; http://bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=1842, 14. Aug. 2015); Thomas Hirschbiegel: Der Stasi-Spion, der ganz Hamburg täuschte. In: Hamburger Morgenpost, 16. Dez. 2012.

Abb. 76 *– Als „Verdienter Mitarbeiter des MfS" erhielt Johannes Koppe Medaille und Urkunde. Auf der Rückseite der Medaille sind das Staatswappen der DDR zu sehen und die Umschrift „Für den Schutz der Arbeiter- und Bauernmacht". – Das hier abgebildete Exemplar entstammt dem Fundus von Koppes Kollegen / Komplicen Rolf Grunert (alias „Wilhelm Schneider").*

Johannes Koppe. Spionage und Politik. Dokumente

Einführung

Johannes Koppe war nicht in Parteien oder politischen Gremien aktiv tätig, mit Ämtern und Mandaten versehen, aber ein *Homo politicus* und immerhin ein langjähriges Mitglied in mehreren Parteien, vor allem aber während seiner Zeit bei den *Hamburgischen Elektricitätswerken* (HEW) eine Art Lobbyist zugunsten der Kernenergie, erfolgreich in „politischer Kommunikation" und „Politikberatung", und zwar nach beiden deutschen Seiten hin, nach seiner Rückkehr in die DDR dann allein im Dienste des Ostberliner Staates.

Koppe, aus einer „*liberalen bürgerlichen Familie*" in Breslau stammend, wurde durch die Kriegsumstände ins thüringische Sonneberg verschlagen. Als Angehöriger „*der traditionellen Mittelschicht*" (wie er sich ausgedrückt hat), erhielt er nicht den gewünschten Physik-Studienplatz – obwohl sein Vater, ein Journalist, vor 1933 und nach 1945 der SPD angehört hatte und 1946 auf diese Weise in der SED gelandet war. Während Koppe *sen.* Kreissekretär der *Nationalen Front* in Sonneberg wurde, scheint sich der Sohn auf einen gelind alternativen Weg gemacht zu haben: „*Ich fühlte mich als Bildungsbürger und wurde für kurze Zeit Mitglied der Liberal-Demokratischen Partei, was sogar in den Besuch einer Parteischule in Weimar mündete.*" Freilich war die LDPD Anfang der 1950er Jahre schon eine Blockpartei. Als Koppe immerhin an der Berliner Humboldt-Universität einen Studienplatz für Geografie erhielt, trat er der FDJ bei, wurde Kandidat der SED, und ein „*Nebenjob als Hilfsassistent für Marxismus-Leninismus*" brachte außerdem ein wenig Geld. Der Umstand, dass Koppe von einer Kommilitonin und Freundin wegen politisch inkorrekter Äußerungen verpfiffen worden sei, ist aus den Akten des MfS zu erfahren, in Koppes Erinnerungen (*Kerngeschäft*), aus denen soeben mehrfach zitirt worden ist, erfährt man davon nichts. Jedenfalls kehrte er „*im Sommer 1952 dem Ex-*

periment DDR ohne Bedauern den Rücken“ – in den Augen des Ostberliner Regimes „*ungesetzlich*“.

In Hamburg schloss er sich – als Student – einer kommunistischen Jugendgruppe in Bramfeld an, und möglicherweise war er auch Mitglied der KPD. 1954 durfte er jedenfalls – trotz seiner „Republikflucht“ – das FDJ-Deutschlandtreffen besuchen und wurde dabei angeworben (Dok. 1, 2). Als Koppe 1961 – nach schon zahlreichen Gelegenheitsarbeiten – einen Job bei den HEW bekam, rieten ihm seine Führungsoffiziere, das Studium Studium sein zu lassen, und er trat jetzt der FDP bei – „*weil ich einerseits Informationen sammeln wollte, aber andererseits auch keine Lust hatte, mich politisch links oder rechts [bei SPD oder CDU] festzulegen*“. Koppe knüpfte damit aber auch an seine LDPD-Episode an, und sein künftiges Eintreten für Großunternehmertum und zivile Nutzung der Kernenergie (vor allem im Deutschen Atomforum e.V. von 1959) passte ebenso zum FDP-Habitus wie eine gelinde Neigung zum Individualismus und zur Aufmüpfigkeit, die er sich – in dem gegebenen engen Rahmen – selbst dann noch bewahrte, als er 1979 nach dem Seitenwechsel des MfS-Offiziers Werner Stillers hastig „*aus dem Operationsgebiet zurückgezogen*“ werden, d. h. in die DDR flüchten musste (Dok. 15, 16). Die zusammen mit seiner Frau 1973 erworbene, konspirative Mitgliedschaft in der SED hat Koppe auf die Entrüstung zurückgeführt, die das Ehepaar gegenüber dem Putsch in Chile verspürte: Dort hatte die CIA (unter der Nixon-Präsidentschaft) in einem Umfang für Destabilisierung und Revolte agiert, der für das MfS (wenn auch nicht für den Sowjetgeheimdienst) kaum denkbar war.

Nach eigenen Angaben hat Koppe in Hamburg weitere Spione herangezogen, die über das Ende seiner eigenen Tätigkeit hinaus wirksam gewesen seien (Dok. 11). Der genannte Hang zur Unbequemheit und die Überzeugung, Wichtiges getan und hinterlassen zu haben, sind für Koppe Anlass gewesen, die Integrationsprobleme zu dokumentieren, vor die sich aus dem Operationsgebiet Zurückgezogene in der DDR gegenübersehen konnten und wie sie Koppes Kollegen / Komplizen als „Atomspion“ Reiner Fülle 1981 zur Rückkehr in die Bundesrepublik bewogen, obwohl ihm nach wie vor ein Strafprozess bevorstand (Dok. 15, 16).

Der Rote Faden in Koppes politischer Biografie scheint in der Förderung der Kernindustrie gelegen zu haben – diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs. Nach langen beruflichen und politischen „Wanderjahren" war Koppe beruflich angekommen, als er ab 1961 bei den HEW zum Atomexperten und -propagandisten aufsteigen konnte und als zugleich sein Wert für seine Auftraggeber und Financiers in der sich abschottenden DDR gewaltig stieg.

Einem Journalisten des Deutschlandfunks gegenüber hat Koppe sich Jahrzehnte später erinnert, er hätte als HEW-Referent für den Bereich „*Planung Kernenergie*" eine deutsch-deutsche Vision für die Zukunft gehabt: ein AKW direkt an der Grenze zwischen DDR und BRD – ein Atomkomplex im niedersächsischen Dannenberg, der von beiden deutschen Staaten hätte betrieben werden können.[2] Koppe hielt nichts von Kernkraftgegnern, begrüßte hartes staatliches Vorgehen gegen Anti-AKW-Demonstrationen (Dok. 3, 4, 8) und unterhielt spätestens seit 1977 gute Beziehungen zum Hamburger Verfassungsschutz, mit dem Adressen von militanten AKW-Gegnern ausgetauscht wurden.

Koppes teils akademische, teils politische, heftig links eingestellte Widersacher an der Universität Bremen (Klaus Bätjer / Jens Scheer) wiesen auf die minderwertigen Sicherheitsvorkehrungen der DDR-Kraftwerke hin, im Übrigen auch auf die komplette Machtlosigkeit der Bevölkerung gegenüber der Errichtung von KKW und auf den Vorrang des ökonomischen, also gewissermaßen kapitalistischen Kalküls vor Überlegungen zur Ökologie und Sicherheit (Dok. 5–8), aber es scheint nicht Johannes Koppes Bestreben gewesen zu sein, durch seine Spionage etwas zur Hebung der einschlägigen Standards in der DDR zu tun. Eine Ambivalenz der Kernenergie hat er nur in der darum betriebenen Geheimhaltung erblickt (Dok. 9).

2012 hat er resümiert:

> *„Mit nunmehr 80 Jahren blicke ich zurück auf meinen Weg in das Establishment der westdeutschen Gesellschaft und auf die mit staatlicher Hilfe betriebene Entwicklung der Nukleartechnologie in der Bundesrepublik. Ich tue das zu einer Zeit, da die Bundesregierung mit gehörigem Populismus den Atomausstieg verkündet hat […]. Ich bleibe ein unerschütterlicher Anhänger der friedlichen Nutzung der Kernenergie".*

Ein Paradox der Technologiespionage

Paradoxerweise schwächte letztlich jedes Dokument, das erfolgreich aus dem Westen geschmuggelt wurde, echte wissenschaftliche Innovation im Osten und verstärkte die Abhängigkeit vom Westen.

Kristie Macrakis: Führt effektive Spionage zu Erfolgen in Wissenschaft und Technik? In: Das Gesicht dem Westen zu …. DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Hg. v. Georg Herbstritt / Helmut Müller-Enbergs. Bremen: 2. korr. Aufl. 2003, S. 250-278, hier S. 278.

Koppe hat den Wert seiner Informationen für die DDR kurzerhand mit drei Milliarden Mark beziffert (Dok. 13), ohne auch nur den Ansatz zu einer Begründung oder gar Rechnung zu liefern, aber bisher gehört er unter den 1979 von Werner Stiller Enttarnten nicht zur in Publizistik und Wissenschaft herausgehobenen Prominenz, zumindest im Westen. Immerhin interessierten seine Lieferungen u.a. die folgenden Institutionen und Betriebe:

- Akademie der Wissenschaften, Zentralinstitut für Isotopen- und Strahlenforschung, Leipzig,
- Akademie der Wissenschaften, Zentralinstitut für Kernforschung, Rossendorf,
- Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz, Berlin,
- Endlager für radioaktive Abfälle, Morsleben,
- Institut für Energetik, Leipzig,
- Institut für Energieversorgung, Dresden,
- KKW *Bruno Leuschner*, Stammbetrieb Greifswald,
- Kombinat Verbundnetz Energie, Berlin,
- Ministerium für Kohle und Energie, Berlin,
- ORGRB Institut für Kraftwerke, Vetschau,
- VEB Bergmann Borsig, Görlitzer Maschinenbau, Werk Berlin,
- VEB Elektroprojekt und Anlagenbau, Berlin,
- VEB Kombinat Kraftwerksanlagenbau, Stammbetrieb Berlin,
- VEB Kombinat Schiffbau, Rostock,
- VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm Pieck (in VVB NE-Metallindustrie Eisleben).

Schließlich gingen die Informationen nicht selten in die UdSSR. Aber die beeindruckende Quantität sagt über die Qualität natürlich nichts aus.

Eine Schuld gegenüber den HEW hat Koppe verneint (Dok. 10). Ob alle seine Informationen in der DDR verarbeitet werden konnten, ob sie aufwendige Parallelentwicklungen vermeiden halfen, oder ob seine Lieferungen gar dem oben zitierten „Paradox der Technologiespionage" unterlagen – für das MfS jedenfalls stand seine Bedeutung außer Frage, wenn er auch zeitweise der Doppelagentenschaft verdächtigt wurde (Dok. 14), und er ist nach seiner Übersiedlung dorthin einschlägig weiterbeschäftigt worden – sowohl im Bereich der Atomwirtschaft (auf diesem Gebiet durfte er noch promovieren), als auch in der Fortbildung von MfS-Instrukteuren und als prominenter „*Tschekist*" (Dok. 17); hierbei hat er auf seine Erfahrungen mit typisch ostdeutscher und typisch westdeutscher Kommunikation hingewiesen (Dok. 18), aber das tschekistische Pathos nach dem Motto „*lernen denken wie SIE, lernen sich zeigen wie SIE – Die Jahre ins Gesicht eingemeißelt wie Jahrzehnte"* entsprach weder seiner Physiognomie noch seinem Naturell. Die entsprechende Physiognomie hat man ihm in einer einschlägigen DDR-Publikation verliehen (Dok. 19, Abb. 80), und das Naturell ist vom langen Leben in der DDR und dem Bestreben zur Selbstrechtfertigung natürlich nicht unberührt geblieben.

Johannes Koppe hat sich später der *Initiativgruppe Kundschafter des Friedens fordern Recht* angeschlossen und ein paar Beiträge zu einschlägigen Sammelbänden geleistet, obwohl er nicht zu den „Opfern" der Wiedervereinigung gehörte. Dass er sich mit seiner Spionage für den ansonsten gefährdeten Frieden eingesetzt hätte, dies von sich aus in Anspruch zu nehmen, ist ihm wohl erst im Nachhinein gekommen und argumentativ nicht recht unterlegt worden. Die genannten Beiträge dienten der Abrundung seiner Biografie, die ausführlich – unter Zuhilfenahme eines Journalisten – 2012 vorgelegt worden ist, unterstützt von einem Druckkostenzuschuss des *Traditionsverbands Nationale Volksarmee e.V.*, der den Zusatz „*Soldaten für den Frieden*" verwendet, sich – laut Satzung – dem Grundgesetz verpflichtet fühlt und als gemeinnützig anerkannt ist. Unter den Illustrationen in diesem Lebensbild findet sich ein Foto, das das Ehepaar Koppe „*im Gespräch mit Erich Honecker, Markus Wolf und Erich Mielke*" zeigt, begleitet von einer Klage darüber, dass Honecker 1992 nicht habe Asyl in

Chile erhalten können, als es gegolten hätte, ihn vor den „*niedrigen Rachegefühlen mancher westdeutscher Politiker*“ zu bewahren.

URKUNDE

IM NAMEN DES MINISTERRATES
DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
WIRD

Genossen
KOPPE, Johannes
DER

Kampforden
für Verdienste um Volk und Vaterland

IN Silber

ALS ZEICHEN DER ANERKENNUNG
HERVORRAGENDER MILITÄRISCHER VERDIENSTE
VERLIEHEN

Berlin, am 7. Oktober 1982

Abb. 77 *– 1982 erhielt Johannes Koppe – schon „zurück“ aus dem Operationsgebiet – von Minister Mielke den Kampforden – anlässlich des Tages der Republik (7. Oktober). Die Verleihung war mit der Überreichung einer Urkunde und mit einer finanziellen Zuwendung verbunden. Hannelore Koppe hat den Kampforden gleichfalls erhalten. Für das Ehepaar Koppe galten als Verleihungsgrund „Einsätze, die für den Aufbau und den Schutz des Sozialismus in der DDR von großem Nutzen sind“. – Reinhard Scheiblich hat die Rolf Grunert ausgestellte Urkunde in dieser Montage mit dem Namen „Johannes Koppe“ versehen.*

Fall Koppe – Dokument 1 (2007)

Über den anfänglichen materiellen Anreiz zur Spionage

Zu der Zeit [1954 ff.] gab´s kein Stipendium. Das Studium kostete auch noch Geld, man musste natürlich jobben, tüchtig jobben, also eine Finanzierung aus dem Osten – die hatten selbst kein Geld – gab´s nicht. Es gab etwas, ja, 100, 200 Mark, aber damit konnte man in Hamburg nicht leben, also musste man schon etwas tun. Aber diese Studentenarbeit hat mich an viele interessante Informationsquellen geführt.

Rainer Link: Herr Koppe klärt auf. Wie die Stasi die westdeutsche Atomindustrie abschöpfte. Deutschlandfunk-Feature v. 23. Januar 2007, S. 4.

* * *

Fall Koppe – Dokument 2 (1981)

"Auf der Basis der politisch-ideologischen Überzeugung und der materiellen Interessiertheit"

Operativer Sachverhalt:

„Tessen" wurde während des Zweiten Deutschlandtreffens am 24. Juni 1954 unter der Legende Nationale Front durch die HVA kontaktiert und am 2. November 1954 nach Offenbarung als MfS schriftlich zur Zusammenarbeit verpflichtet.[3] Die Werbung erfolgte auf der Basis der politisch-ideologischen Überzeugung und der materiellen Interessiertheit. „Tessen" entwickelte sich insbesondere nach seiner Arbeitsaufnahme in den HEW zu einer sehr wertvollen Quelle. Seine inoffizielle Tätigkeit wurde wie folgt eingeschätzt:

Er erarbeitete gute bis sehr gute politisch-operative Ergebnisse. Fast alle Informationen konnten durch ähnliches oder gleiches Material auf ihre

Richtigkeit überprüft werden. Seine Informationen waren von hohem Wert. Mit seiner Hilfe konnten erfolgreich Störmaßnahmen gegen die sozialistischen Ländern vereitelt werden.[4] Aufgrund seiner Informationen wurden große Einsparungen beim Bau des KKW Nord [*Bruno Leuschner*, Lubmin bei Greifswald] durch die DDR erzielt.

Seine Informationen trugen wesentlich zur militärstrategischen Beurteilung des Energiesektors der BRD und Westberlins bei. Er lieferte wichtige Informationen über Sicherungsmaßnahmen feindlicher Abwehrorgane in KKWs der BRD. Bei der Informationsbeschaffung nutzte er geschickt und zielstrebig seine umfangreichen Verbindungen. „Tessen" ist sehr intelligent und besitzt ein ausgezeichnetes logisches Denkvermögen. Sein Auftreten gegenüber den Familienangehörigen ist herrisch. In jüngeren Jahren neigte er zum Abenteurertum und nutzte alle Möglichkeiten zum Gelderwerb.

Der IM „Tessina" [Klarname Hannelore Koppe] erhielt 1956 Kenntnis von der Kundschaftertätigkeit ihres Ehemannes und wurde 1961 zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet. Sie hatte hauptsächlich Aufgaben im Verbindungssystem „Tessen" – Zentrale zu realisieren.

MfS HA II/I (Oberstleutnant Fleischmann): Auskunftsbericht zum IM „Tessen". Berlin, 7. Dez. 1981 (BStU MfS HA II, Nr. 3547, Bl. 2, 8).

* * *

Fall Koppe – Dokument 3 (2007)

Über die Demonstrationen gegen den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf, 1976

Es war eine politische, systemorientierte Aggression, und man merkte doch, wie die mit Fahrradketten und Eisenstangen auf unsere Wachleute draufgegangen sind. Und da blieb eigentlich dem Staat – dem SPD-Staat seinerzeit – gar nichts anderes übrig, als mit chemischen Mitteln die Sache auseinanderzutreiben ... Ja gut, die haben demonstriert, wir haben sie abgewehrt. Das Kraftwerk wurde gebaut.

Link, Koppe (wie Dok. 1), S. 7.

Fall Koppe – Dokument 4 (2007)

Über linke Bestrebungen innerhalb der HEW in den 1970er Jahren

Ich hab ja eine Gruppe gegründet, die die Sicherheit gegen links in unserem Betrieb überwachen sollte. Ich hab ja selbst mit Regeln erarbeitet, zur Überprüfung, gegen linke Einflüsse in unserem Konzern. – Ach, und ich würde sagen, das war auch ehrlich gemeint, denn unsere Gegner in unserem Konzern, das war nicht die DDR, das waren diese Leute „*Kommunistischer Bund*", „*Marxisten-Leninisten*", „*Albaner*" und was da alles so ist,[5] die haben ja unsere Arbeit bekämpft. Die DDR hat unsere Arbeit nicht bekämpft, die DKP auch nicht. Aber diese wirklich Linksaußen, diese Randgruppen – dummerweise haben die Leute, die uns nicht mögen, immer unterstellt, dass eben diese linken Randgruppen, dass das gleich DKP ist und gleich Osten. Das ist ja Quatsch.

Link, Koppe (wie Dok. 1), S. 9.

***Abb. 78** – Johannes Koppes Aufklärungs- und Werbebroschüren über den Nutzen und die weitgehende Ungefährlichkeit der Kernenergie, finanziert von der Atomindustrie, wurden zigtausendfach verteilt, vor allem das Heft „66 Fragen / 66 Antworten". Sie fanden Verbreitung im Schulwesen, riefen allerdings auch harsche Kritik von Kernkraftgegnern hervor (vgl. die Broschüre rechts), die damals freilich arg in der Minderheit waren.*

Fall Koppe – Dokument 5 (2007)

Die Broschüre *"66 Fragen und 66 Antworten"*, 1976

Ich war beim *Deutschen Atomforum* in einem Ausschuss „*Öffentlichkeitsarbeit*". Ja, und da liefen natürlich viele Fragen und Antworten zusammen. Und da dachte ich, dass kann man ja mal zusammenfassen. – Das machen wir zusammen mit einer Werbeagentur. Na ja, hab ich´s mal aufgeschrieben und erst mal für interne Zwecke, erst mal.

Link, Koppe (wie Dok. 1), S. 10.

* * *

Fall Koppe – Dokument 6 (1975)

"Ein Meisterstück unseriöser Werbung, typisch für die ganze Kernenergiepropaganda"

„*Wissenschaft im Dienst der Unterprivilegierten dieser Gesellschaft*", so lautete eine der zentralen politischen Forderungen, unter denen sich Gründung und Aufbau der Universität Bremen vollzogen haben. In diesem Rahmen entstand das Projekt *Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz und in der Industrieregion Unterweser* (SAIU) – ein Versuch, mit Lehre, Forschung und Veröffentlichungen an gegenwärtig drängenden Problemen anzusetzen.

Die Physiker im Projekt SAIU konzentrierten ihre Arbeit auf die Radionuklide, das sind die unsichtbaren, aber heimtückisch wirkenden Schadstoffe, die bei der Anwendung der Atomkernenergie in großen Mengen entstehen. Das besondere an Radionukliden ist, dass über ihre Gefährlichkeit auch in geringsten Dosierungen seit Jahren neue, besorgniserregende Tatsachen bekannt werden. Zur selben Zeit wird eine ungeheure Vermehrung dieser Giftstoffe geplant – als angeblich unvermeidlicher Preis für einen scheinbar ins Uferlose wachsenden Energieverbrauch der Industrienationen. Entsprechend aufwendig ist die Werbung der Elektroindustrie für den „*billigen, sauberen, sicheren Atomstrom*".

Als ein typisches Produkt dieser Werbekampagne kann die über 200.000-fach verbreitete Propagandaschrift *66 Fragen / 66 Antworten zum besseren Verständnis der Kernenergie* gelten. Sie wird seit einigen Jahren kostenlos verteilt, vor allem dort, wo ein Kernkraftwerk gebaut werden soll. Herausgeber im norddeutschen Raum sind zwei Elektrizitätsversorgungsunternehmen: Die Hamburgische Electricitätswerke AG (HEW) und die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK). Diese Propagandaschrift ist alles andere als ein Beitrag zur sachlichen Diskussion der Kernenergie, wie es dort im Vorwort behauptet wird. […]

Eingängig formuliert finden sich auf wenigen Seiten eine erschreckende Fülle von Halbwahrheiten, irreführenden Verharmlosungen und einfach falschen Behauptungen – ein Meisterstück unseriöser Werbung, typisch für die ganze Kernenergiepropaganda.

> Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie. 66 Erwiderungen. Kritik des Reklamehefts „66 Fragen, 66 Antworten: Zum besseren Verständnis der Kernenergie". Hg. v. Klaus Bätjer, Jens Scheer u.a. Berlin 1975, S. 9.

* * *

Fall Koppe – Dokument 7 (1978)

"Erhebliche Verzögerungen" - DDR wundert sich über *"sogenannte Bürgerinitiativen"* in der Bundesrepublik

5. Die Behandlung des Atommülls in den sozialistischen Ländern
Nicht anders sieht es bei der Behandlung der radioaktiven Abfallprodukte aus. Die DDR lagert ihren Müll in Salzbergwerken unweit der Grenze zur BRD bei Bartensleben: „*In der ersten Ausbauetappe werden niedrig- bis mittelaktive Abfälle eingelagert. Feste Abfälle werden ohne Verpackung gelagert, wässrige Abfälle werden im Bergwerk mit Zement vermischt, sie erstarren im Einlagerungshohlraum.*" […] Zur Zeit werden die hochaktiven Abfälle der DDR in die Sowjetunion geliefert, wo sie in Wüstenregionen vergraben werden. Dazu das DDR-Lehrbuch der Kernenergetik lakonisch: „*Das Vergraben fester Rückstände hat sich bewährt.*"

6. Genehmigungsverfahren zum Bau von Ost-AKWs
Die relativ besseren technischen Atomanlagen der BRD und der USA sind gegen den zähen Widerstand der Menschen gebaut und technische Verbesserungen [sind] erzwungen worden. Die Kampfbedingungen gegen AKWs sind in der DDR freilich ungleich schwieriger. Schon das offizielle Genehmigungsverfahren der DDR lässt überhaupt keine Information über geplante Atomkraftwerke an die Öffentlichkeit dringen. Vielmehr spielt sich alles behördenintern zwischen Erbauer bzw. Betreiber und dem staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) ab. In der Sowjetunion fällt selbst ein staatliches, zentrales Genehmigungsverfahren weg. […]

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Einschätzung der Auseinandersetzung zu den Verzögerungen im AKW-Bau um Atomenergie im Westen durch DDR-Behörden: „*Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Verzögerungsfaktor ist der in einigen Ländern gesetzlich vorgeschriebene Erörterungstermin. Hier ist es in den letzten Jahren besonders in der BRD und in der Schweiz durch sogenannte Bürgerinitiativen zu erheblichen Verzögerungen gekommen, indem die Erörterungen durch immer neue, meistens unbegründete Einwände verlängert, Anfechtungsklagen bei dem Gericht eingereicht und sogar Bauplätze besetzt wurden*."

Zu den Möglichkeiten einer Beschleunigung [heißt es dort von DDR-Seite] weiter: „*Als letztes, aber nicht unbedeutendstes, soll die Bevölkerungsaufklärung [in der BRD] Erwähnung finden. Sie wird dazu beitragen, dass die kleinen, aber bisher sehr erfolgreich wirkenden Gruppen von Kernenergiegegnern durch die Rückführung der Diskussion auf die wirklich anstehenden Probleme ihren Einfluss verlieren werden.*"

Angesichts der schwierigen Bedingungen, in der DDR gegen Atomenergie zu kämpfen, ist es um so wichtiger, dass die Bewegung gegen Atomenergieanlagen in der BRD und Westberlin sich auch und speziell gegen die Atom-Anlagen in der DDR wendet, wie des in Losungen wie „*Kein AKW in Brokdorf, Magdeburg und anderswo!*" zum Ausdruck kommt. Schließlich waren es die Bewohner von Brokdorf und Umgebung, die im wasserrechtlichen Erörterungstermin in Wilster darauf hinwiesen, dass die Elbe ja nicht nur von westdeutschen Atomkraftwerken, sondern vorher schon

von denen der DDR verseucht werden, worauf sich zeigte, dass die Behördenvertreter aus Kiel und ihre Gutachter keine Ahnung von der Situation der AKWs in der DDR hatten.

Klaus Bätjer / Jens Scheer: Die Atomenergie in der DDR. Bremen 1978 (Universität Bremen. Information zu Energie und Umwelt. Teil A, Nr. 7), S. 7 f.

* * *

Fall Koppe – Dokument 8 (2012)

Öko-Kommunisten Honeckerzitate unter die Nase gerieben

In den HEW gab es sogar eine kommunistische Betriebsgruppe, die in den 70ern besonders grün-ökologisch sein wollte und gegen unsere Kernkraftwerke wetterte. Denen rieb ich diverse Honeckerzitate zum Kernkraftwerk Lubmin in der DDR unter die Nase. Honecker hatte sinngemäß zu den Kraftwerksmitarbeitern gesagt: Was Ihr hier schafft, ist Kultur im besten Sinne. – Ich war als Referent Kernenergie auch für diesen Teil der Unternehmenskommunikation zuständig, und da gehörten solche Einsätze zu meinem Aufgabenspektrum.

[Johannes Koppe mit] Uwe Markus: Kerngeschäft. Das Doppelleben des Atomspions Dr. Johannes Koppe. Berlin 2012, S. 37.

Abb. 79 *– In seinen 2012 zusammen mit einem Journalisten publizierten Erinnerungen hat Johannes Koppe ein symbolisch wichtiges Foto präsentiert: Das Ehepaar „Tessen" & „Tessina" im Gespräch mit Erich Honecker und Erich Mielke.*

Fall Koppe – Dokument 9 (2003)

Über die Ambivalenz der Kernenergie

[Frage:]
Sahen Sie auch […] den Januskopf der Atomtechnik?
[Antwort:]
Ja, unbedingt. Ich sah ihn z.B. in der strikten Geheimhaltung der technischen Arbeitsabläufe. Das war ein Vorgang, den man nicht allein mit

dem Schutz der Geschäftsinteressen von konkurrierenden Unternehmen begründen konnte. Eine für die Öffentlichkeit fehlende Transparenz war trotz gegenteiliger Verlautbarungen auch bei bestimmten Produktionsbereichen der DWK [bundesdeutsche *Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen*, Karlsruhe] zu erkennen.

Janusköpfige Atomforschung. In: Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich. Hg. v. Klaus Eichner / Gotthold Schramm: Berlin 2003, S. 152–167, hier S. 153.

* * *

Fall Koppe – Dokument 10 (2007)

Koppe über Schäden, die den HEW entstanden sein könnten

Mit gutem Gewissen wüsste ich nicht, wo ich jemals die HEW geschädigt habe. Und das lag ja auch gar nicht in unserer Philosophie. Die Philosophie der Hauptverwaltung A war Abschöpfen, keine Einflussnahme. Abschöpfen. Niemand in der DDR hat zu keiner Zeit auch nur einen Gedanken gehabt zur Sabotage, das ist nicht unser Ding.

Link, Koppe (wie Dok. 1), S. 14.

* * *

Fall Koppe – Dokument 11 (2012)

Hat Koppe der HVA einen Spion bei DESY vermittelt?

Was die Aufklärungsarbeit betraf, hinterließ ich in Hamburg ein gut bestelltes Haus. Ich hatte nicht nur einen konspirativen Nachfolger eingearbeitet, sondern auch in anderen Bereichen dafür gesorgt, dass sensible Informationen weiter ihren Weg in die DDR finden würden.

In Hamburg stand DESY, das Deutsche Elektronensychrotron. Die HEW lieferten dafür die Energie, hatten aber sonst nichts damit zu tun. Die HV A war aber daran interessiert, dort einen Ansprechpartner zu haben. Diesen Ansprechpartner konnte ich für eine Zusammenarbeit gewinnen. Ich benannte mehrere Leute auch aus anderen Tätigkeitsbereichen, die für eine Zusammenarbeit mit der HV A geeignet wären. Die meisten der angesprochenen Personen verweigerten sich einer Mitarbeit nicht.

Koppe/Markus, Kerngeschäft (wie Dok. 8), S. 118.

* * *

Fall Koppe – Dokument 12 (2003)

Wirtschaftlicher Nutzen und Friedenspolitik

Natürlich hoffte ich, dass die übermittelten Informationen der DDR-Wirtschaft und -technik den gewünschten Nutzen bringen würden, vorausgesetzt, dass man die Erkenntnisse auch umsetzte. Zum anderen brachte meine Tätigkeit eine Vielzahl scheinbar unbedeutender Informationen oder Detailkenntnisse, die aber – Mosaiksteinchen gleich – dabei helfen, das Gesamtbild einer anstehenden Problematik zu vervollkommnen. Ich denke hierbei nicht zuletzt an die Friedenspolitik der DDR.

Janusköpfige Atomforschung (wie Dok. 9), S. 167.

* * *

Fall Koppe – Dokument 13 (2012)

Volkswirtschaftlicher Nutzen von drei Milliarden DM für die DDR?

Zwar war die Krönung meiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit in der Bundesrepublik meine Arbeit bei den HEW, doch bereits während meiner

Studentenjobs und während meiner verschiedenen Reisen beschaffte ich […] brisante Informationen für die DDR. Die Bilanz meiner Tätigkeit lässt sich klar benennen: Durch meine Arbeit bescherte ich der DDR nach Analyse der Rosenholz-Dateien, die in der Behörde für die Stasi-Unterlagen eingesehen werden können, einen volkswirtschaftlichen Nutzen von drei Milliarden DM. Im Verlauf der letzten zehn Jahre meiner Arbeit als Nachrichtendienstler im Westen lieferte ich mit logistischer Unterstützung meiner Frau etwa 800 technische Berichte zum Thema Kernenergie nach Ostberlin. Darauf bin ich wirklich stolz. Ich übte meine nachrichtendienstliche Tätigkeit nicht für Geld oder ein paar bunte Orden aus, sondern um wirtschaftliche Nachteile der DDR gegenüber dem Westen verringern zu helfen.

Koppe/Markus, Kerngeschäft (wie Dok. 8), S. 122.

* * *

Fall Koppe – Dokument 14 (1981)

Der aus dem Operationsgebiet zurückgeholte Johannes Koppe - ein Doppelagent?

Einschätzung
Zum IM „Tessen“ liegen mehrere Hinweise einer möglichen Doppelagententätigkeit und eine Anzahl Verdachtsmomente einer feindlichen Bearbeitung über den gesamten Zeitraum seiner Kundschaftertätigkeit vor, so dass eine Nichtenttarnung durch den Feind fast als unwahrscheinlich angesehen werden muss.

Daraus kann geschlussfolgert werden:

- „Tessen“ ist bereits langjähriger Doppelagent;
- durch seine exponierte Stellung im Konzern HEW und die Verbindung zum Staatsschutz Hamburg wurde er von der feindlichen Abwehr als in ihrem Sinne zuverlässig eingeschätzt und [wurden] vorliegende Hinweise einer Kundschaftertätigkeit für das MfS nicht beachtet.

Operative Schlussfolgerungen
Die zum IM-Ehepaar „Tessen“ / „Tessina“ eingeleiteten politisch-operativen Kontrollmaßnahmen müssen weiterhin aufrechterhalten und mit Unterstützung der HV A operative Kombinationen eingeleitet werden, um endgültig die vorhandenen Verdachtsmomente zu klären.

MfS HA II/I (Oberstleutnant Fleischmann): Auskunftsbericht zum IM „Tessen“. Berlin, 7. Dez. 1981 (BStU MfS HA II, Nr. 3547, Bl. 2, 8).

* * *

Fall Koppe – Dokument 15 (1982)

Koppe über *"Probleme nach der Rückkehr bzw. Übersiedlung in die DDR"*

Im Folgenden wird versucht, die wesentlichsten Probleme aufzuzeigen, mit denen ein Kundschafter und gegebenenfalls seine Familie in der DDR konfrontiert werden. Der Bericht, der eine Auftragsarbeit darstellt, ist somit notwendigerweise kritisch gehalten […]

Innerhalb des mir bekannten Personenkreises ist es in keinem Fall gelungen, eine der früheren Tätigkeit adäquate Beschäftigung nachzuweisen bzw. eine befriedigende Alternative anzubieten. […]

Anstelle einer behutsamen und umfassenden Vorbereitung auf einen Arbeitsplatz, auf einen Arbeitsprozess in einem gänzlich anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem mit seinen zahllosen abweichenden Erscheinungen und Ausdrucksformen, erfolgte ein – vor Ort nur unzureichend vorbereiteter – Abwurf in bis dato unbekannte Institutionen, wo man füglich als Exote erkannt bzw. zu einem solchen abgestempelt wurde. […]

Ähnlich unangebracht war die Orientierung künftiger Vorgesetzter, man solle den neuen Kollegen wie „*jeden anderen Kollegen auch*“ behandeln. […] Z. T. jahrzehntelange Arbeit im Westen, ständige Besorgnis hinsicht-

lich einer Enttarnung mit all ihren beruflichen und privaten Folgen, die tägliche Arbeit vor diesem Hintergrund, die Erziehung der Kinder, das Familienleben, aber auch die erhaltenen höchsten Auszeichnungen und Ehrungen, sowie der psychische Druck infolge des Verrats und dessen objektive Folgen – das alles wird plötzlich simplifiziert und gleichgestellt mit dem allseits geordneten Lebensweg eines DDR-Kollegen, der zudem von Kind auf mit den hiesigen Usancen lückenlos vertraut ist. Hier bleibt die Fairness auf der Strecke […].

Auf diese Probleme angesprochen, reagieren die Genossen der Leitung gar nicht, ausweichend, hinhaltend, manchmal ablehnend oder – besonders den Frauen gegenüber – auch unwirsch. Gerade letzterem Personenkreis gegenüber sollte tieferes Verständnis entgegengebracht werden. […]

Zweifelsohne ist für einen Nachrichtendienst diese spezielle Art der Personenbetreuung eine zusätzliche Last. Ein Lastabwurf in der gehabten Weise sollte sich jedoch nicht wiederholen. Ein zusätzlich psychologisch geschultes Team müsste für weitere Eventualfälle zur Verfügung stehen. […]

Die Einbürgerung wurde außerordentlich durch jene Genossen erschwert […], die die BRD oder das vergleichbare KA [kapitalistische Ausland] nicht kennen. Sie brachten es fertig, in der DDR das desolateste Erscheinungsbild, die schlimmste Pfuscherei, die beklagenswertesten Fehlleistungen in Handel und Verwaltung etc. als geradezu erstrebenswert im Vergleich zu den Verhältnissen in der BRD darzustellen. Sie hatten nicht die mindeste Ahnung über die wahren Verhältnisse in dem anderen deutschen Staat. Sie waren Korrekturen auch nicht zugänglich. Bei ihren apokalyptischen Ansichten über die BRD, bei ihrer Schwarz-Weiß-Malerei der hiesigen Verhältnisse, waren sie andererseits nicht in der Lage gewesen, die wirklichen Vorteile der Lebensführung in unserem Land zu erkennen, zu erklären und uns nahezubringen. […]

Als BRD-Bürger hatte man eine Reihe von „Freiheiten“, an die man gewöhnt war, die man aber hier nicht vorfindet. Unabhängig davon, wo die Ursachen hierfür liegen und wie berechtigt die Gründe sind – man muss mit dem Problem fertigwerden. Stellvertretend nenne ich hier nur die weitgehend eingeschränkten Reisemöglichkeiten, die Schwierigkeiten bei

der Beschaffung von Westliteratur, aber auch von DDR-Büchern, sowie Probleme bei der Ost-West-Kommunikation. Die Einengung des Privatlebens durch gesellschaftliche Verpflichtungen kommt hinzu, desgl. die Tabus im Verkehr mit bestimmten Personen oder Personengruppen. […]

Gegenstand des Berichtes war es, Probleme aufzuzeigen. Was als positiv empfunden wurde, würde einen ungleich größeren Raum einnehmen. Die Kritik soll als konstruktiv angesehen werden; sie stellt keine Beschwerde dar.

Johannes Koppe *alias „Tessen"* an die HV A, 25. Januar 1982, (BStU MfS-HA II, Nr. 36718, Bl. 11 f.).

* * *

Fall Koppe – Dokument 16 (1983)

Probleme der Integration eines Ex-Spions in der DDR

Die gleichzeitig [zur operativen Bearbeitung] eingeleiteten Maßnahmen zur Klärung der persönlichen Situation sowie die ständige politisch-ideologische und erzieherische Einflussnahme, insbesondere auf den IM „Tessen", trugen wesentlich zur Eingliederung des IM-Ehepaares in das gesellschaftliche Leben der DDR bei. Das IM-Ehepaar erkennt die DDR als ihre Heimat an. Der IM „Tessen" leistet im *VEB Kraftwerksausrüstung* als wissenschaftlicher Mitarbeiter eine gewissenhafte und zuverlässige Arbeit. […] Durch seine Tätigkeit hat „Tessen" einen umfassenden Überblick über die strategische Planung und Entwicklung der Energieressourcen in der DDR und im RGW. Der IM erkennt die hohe persönliche Verantwortung aus dieser Funktion und bewertet seinen Einsatz als Ausdruck des gefestigten Vertrauensverhältnisses zum MfS. […]

Die politisch-ideologische Entwicklung des IM verlief nach der Übersiedlung in die DDR bis Mitte 1982 zum Teil sehr widersprüchlich. Die zeitweilige arbeitsmäßige Unzufriedenheit und die aus seiner Sicht nicht

ausreichende Unterstützung bei der Klärung persönlicher Probleme (u.a. bei der Überführung einer wertvollen Modelleisenbahnsammlung von der BRD in die DDR) wirkten sich negativ auf den Eingliederungsprozess aus. Die im Zusammenhang mit dem Verrat des [Reiner] Fülle in den BRD-Massenmedien entfachte Hetzkampagne gegen das MfS und mehrere in die DDR übergesiedelte ehemalige Kundschafter,[6] u.a. „Tessen" / „Tessina", führte zu weiteren persönlichen Konfliktsituationen, die sich zusätzlich hemmend auf den Eingliederungsprozess und die ideologische Bewusstseinsentwicklung auswirkten. In diesem Zeitraum kam es wiederholt zu unsachlichen Äußerungen und Handlungen gegenüber dem MfS, die als Ausdruck der inneren Verunsicherung und der ungefestigten politisch-ideologischen Einstellung und Reife von „Tessen", zum Teil auch „Tessina", zu werten sind. Zum Verrat des [1981 von bundesdeutschen Diensten in den Westen zurückgeholten] Fülle bezog das Ehepaar eine ablehnende Haltung. Seit Mitte 1982 ist erkennbar, dass sich der IM in zunehmendem Maße mit der Politik unseres sozialistischen Staates auseinandersetzt. Er bemüht sich, gesellschaftliche Zusammenhänge tiefgründiger zu erkennen, sein politisches Wissen zu vervollkommnen und am gesellschaftlichen Leben, besonders im Arbeitskollektiv, aktiver und bewusster teilzunehmen. Aus dem Verhalten im Arbeits- und Freizeitbereich ist erkennbar, dass sich der IM mit der Politik unserer Partei identifiziert. Zum MfS hat der IM ein positives Verhältnis. Die Treffdurchführung erfolgt in einer offenen und vertraulichen Atmosphäre. Besondere Dankbarkeit empfindet das IM-Ehepaar auf Grund der vom MfS 1981/82 veranlassten zeitweiligen medizinischen Behandlung des [*geschwärzt*] in der DDR. Das IM-Ehepaar ist sich bewusst, dass ihre gesicherte persönliche und gesellschaftliche Stellung in der DDR wesentlich vom MfS beeinflusst worden ist.

Zu Fragen der Konspiration und der persönlichen Sicherheit in der DDR bezieht der IM „Tessen" eine unterschätzende und uneinsichtige Position. Entgegen den eindeutigen Festlegungen der HV A informierte „Tessen" wiederholt außenstehende Personen zum Teil sehr offen und umfassend über die Hintergründe der Übersiedlung in die DDR und seine Verbindungen zum MfS. Die groben Verstöße gegen die Konspiration wurden mit dem IM-Ehepaar ausgewertet, ohne jedoch eine grundsätzliche Verhaltensänderung bei „Tessen" zu erreichen. Ursache für das Fehlverhalten

des IM in der Öffentlichkeit ist offensichtlich das bei ihm ausgeprägte Geltungsbedürfnis und die verfestigte innere Einstellung der allseitigen persönlichen Sicherheit In der DDR.

Die persönliche und berufliche und politische Entwicklung des IM „Tessina" verlief nach der Übersiedlung in die DDR im Wesentlichen kontinuierlich. Der IM leistet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Naturkundemuseum eine sehr zuverlässige, gewissenhafte und von hohem persönlichen Engagement und Verantwortungsbewusstsein gekennzeichnete fachliche Arbeit. […] Das IM-Ehepaar lebt in gesicherten finanziellen und materiellen Verhältnissen. Die Ehe kann insgesamt als harmonisch eingeschätzt werden. Zeitweilig auftretende Spannungen liegen im Bestreben von „Tessen", gegenüber „Tessina" eine dominierende Rolle einzunehmen.

> Vorschlag zur Einstellung der operativen Bearbeitung des SOV „Tessen" / „Tessina", 24. Okt. 1983 (BStU. Archiv der Zentralstelle. MfS HA II, Nr. 36718, Bd. 89 ff.).

* * *

Fall Koppe – Dokument 17 (1987)

"Tschekistische Arbeit im Lager des Klassenfeindes" – im Geiste Richard Sorges

Genossen!

Ich begrüße sehr herzlich den Kundschafter des Ministeriums für Staatssicherheit, den Genossen Dr. Johannes Koppe, als Gast des Sekretariats unserer Kreisleitung und der KEL [Kreiseinsatzleitung].

Unsere Kundschafter im Lager des Feindes, die Kämpfer an der unsichtbaren Front, leisteten und leisten für die Erhaltung des Friedens eine mutige und aufopferungsvolle Arbeit. Hautnah am und unter dem Gegner erkunden sie seine Pläne und Absichten gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die sozialistische Staatengemeinschaft, enthüllen sie die

Geheimnisse der imperialistischen Kriegsvorbereitungen und entlarven die heuchlerische und demagogische Politik des Imperialismus.

Gerade jetzt, wo die Fragen „Frieden oder Krieg“, „Leben oder Überleben oder Vernichtung der Menschheit in einem nuklearen Inferno" so akut wie nie zuvor sind, leisten die Kundschafter der sozialistischen Sicherheitsorgane auch in Erfüllung der internationalistischen Pflicht unserer Partei einen Beitrag zur Verhinderung jeglicher gegnerischer Überraschungen.

Es ist bekannt, dass durch das Ministerium für Staatssicherheit der LPG Pflanzenproduktion Kalkhorst und damit der 1. Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft der Republik überhaupt der Ehrenname „*Dr. Richard Sorge*“, der Name des berühmten deutschen Kommunisten und Kundschafters der Sowjetunion, am 8. Mai 1987 verliehen wird. Entsprechend der Traditionspflege des Ministeriums für Staatssicherheit verleiht das MfS solche Ehrennamen an ausgewählte Kollektive. […]

Genosse Dr. Johannes Koppe weilt aus diesem Anlaß in unserem Kreis und absolvierte gestern (am 26. Februar) zwei Foren mit Genossenschaftsbauern der *Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Pflanzenproduktion Kalkhorst*. […]

Dr. Johannes Koppe ist promovierter Physiker [sic!] und arbeitete mehr als ein Vierteljahrhundert gemeinsam mit seiner Ehefrau als Kundschafter im Operationsgebiet in der BRD und darüber hinaus in anderen nichtsozialistischen Staaten. Mit Unterstützung seiner Ehefrau gelang es ihm, für die Deutsche Demokratische Republik und für sowjetische Interessen wertvolle Informationen z. B. zur Kernenergie, zur Energiepolitik der Europäischen Gemeinschaft und zur Atompolitik der NATO zu erarbeiten.

Darüber hinaus konnten auf der Grundlage seiner Informationen eine bestimmte Anzahl der gegen die sozialistischen Staaten geplanten feindlichen Aktivitäten verhindert werden.

Sein verdienstvolles Wirken, die Ergebnisse der tschekistischen Tätigkeit im Lager des Klassenfeindes, wurden wiederholt mit hohen staatlichen Auszeichnungen der Sowjetunion und der DDR gewürdigt. […]

Ich würde Dich, lieber Genosse Dr. Koppe, jetzt bitten, uns einiges über Deine Arbeit im Lager des Feindes zu sagen.

Ansprache des Leiters der MfS-Kreisdienststelle Grevesmühlen am 27. Februar 1987, in Kalkhorst, Verwaltungsgebäude der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) „Goldene Ähre" (BStU, Archiv der Außenstelle Rostock, KD Grevesmühlen, Nr. 391, Bd. 1, Bl. 68 ff.).

* * *

Fall Koppe – Dokument 18 (ca. 1985)

"Besuch im Zoo" – Ein erfahrener Kundschafter plaudert aus seinem Erfahrungsschatz

Und nun möchte ich zu einem anderen sehr wesentlichen Thema kommen, und zwar zum Ablauf eines Treffs. […]

Vermeiden sollte man Kaschemmen. Zu leicht gerät man dort in eine tätliche Auseinandersetzung oder wird Opfer einer polizeilichen Razzia – mit nachfolgender Personenüberprüfung. In sog. bürgerlichen Lokalen ist das nie der Fall, besonders wenn diese in den „besseren" Vororten liegen. Der Wirt würde die Polizei wegen Geschäftsschädigung verklagen.

Vermieden habe ich auch solche Lokalitäten, in denen Industrielle, bekannte Schauspieler oder Mediengewaltige etc. verkehren. Dort ist eine gewisse Wanzengefahr niemals auszuschließen. Letztendlich ist alles, was dort gesagt wird, für irgendjemanden von Interesse, z.B. für die Boulevardpresse, die Konkurrenz, für Detekteien oder die Steuerfahndung.

Als Landes- und Ortskundiger, vertraut mit den Sitten und Gebräuchen, habe ich sehr viel Zeit verwendet, die I[nstrukteure] mit den vielfältigen örtlichen Gegebenheiten bekanntzumachen, was übrigens auch Spaß machte. Dies geschah in der Regel zu Fuß, mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder, aber seltener, mit Taxen. Der eigene Wagen dürfte weniger ge-

eignet sein. Ich denke hier an Unfälle und Kontrollen mit etwaigen Nachforschungen über „die beiden“ Beteiligten.

Wir haben Behörden besucht, schauten uns die „Damen“ an (ich sage aber nicht, mit wem das war), gingen in Kaufhäuser, Reisebüros, waren im Zoo und im Botanischen Garten, besichtigten Kirchen, fuhren auf Türme, saßen in der Lobby großer Hotels, tranken dort kurz einen Wodka an der Bar usw. usw.

Johannes Koppe, Vortrag vor Instrukteuren der HVA, o.D. (um 1985). In: ders./Markus, Kerngeschäft (wie Dok. 8), S. 183 ff.

Abb. 80 *– Johannes Koppe mit dem entschlossenen Gesichtsausdruck eines „Kämpfers an der unsichtbaren Front“ (Zeichnung in dem DDR-Minibuch Kundschafter des Friedens, Leipzig 1989).*

Fall Koppe – Dokument 19 (1989)

"Kundschafterschicksal"
Ein DDR-Märchen über Johannes Koppe

Die nächste Zugfahrt ging nach Berlin. Humboldt-Universität. Studium. Der Aufenthalt war kurz. I952 kam in die Kaderakte des jungen Mannes der ehrenrührige Vermerk: Republikflüchtig. Nur wenige wussten, dass

damit nicht unbedingt etwas Unehrenhaftes verbunden sein musste. Nicht mal der Vater, der alte Sozialdemokrat und weltanschauliche Erzieher, wusste es. Beide Eltern sind von dieser Erde abgetreten, ohne zu erfahren, was ihr Land ihrem Jungen verdankt. Das bleibt ein Schmerz. Man tut etwas Gutes, aber manches kann man nicht wiedergutmachen. Mit zwanzig weiß man davon noch nichts. Da lockt auch das Abenteuer, da erhebt den jungen Menschen der Gedanke, etwas Ungewöhnliches tun zu können für seinen Staat und dessen Sicherheit, noch dazu, wenn dieser Staat jung, arm und anfechtbar ist, wie es die DDR damals war. Es gab und gibt immer Menschen, denen man bewegende Einsichten verdankt, die einem gefallen, imponieren, die das Ehrgefühl in behutsamer, doch entschiedener Weise berühren. Ohne diese Leute tut man nicht, was Johannes Koppe zu tun bereit war und schließlich mit bemerkenswertem Erfolg geleistet hat. Ehe er in die Nähe der Chefetage der *Hamburgischen Electricitäts-Werke AG* (HEW) aufstieg, musste er tief unten durch den Dreck. Flüchtlingslager Kladow, Sandbostel, Teufelsmoor, Seemannsheim Altona, wo er „*bis zum Nachtgebet alles*" gemacht hat, wie er mit der ihm eigenen Selbstironie sagt. Pingelig darf man nicht sein, wenn man einsteigen will. Und Kundschafter Koppe ist so eingestiegen, dass sein unfreiwilliger Ausstieg im Januar 1979 laut Westpresse „*ein Schock*" für das Bundeskriminalamt und den Verfassungsschutz war. [….]

Nur Kernkraftexperten können ermessen, welchen Wert Koppes Erkundungen für die Welt des Sozialismus besitzen. Die Befriedigung, dass sein weitergeleitetes Wissen in der DDR schon in allen Einzelheiten Praxiswirkung bekommt, bleibt ihm vorerst versagt. Uns wärmt und erleuchtet noch mehr die gute alte Braunkohle als die Atomkraft. Kundschafterschicksal.

Koppes Bahn. In: Kundschafter des Friedens. Hg. v. Siegfried Hempel. Bd. 1. Leipzig 1989, S. 189-244, hier 205 ff., 215 ff.

Der Lohn: Jahre Frieden.

Die Jahre
ins Gesicht eingemeißelt
wie Jahrzehnte.

Damals
Bruch mit allen und jedem.
Der Auftrag.

Danach
lernen.
Lernen reden wie SIE,
lernen aussehen wie SIE,
lernen denken wie SIE,
lernen sich zeigen wie SIE
und immer sein
wie WIR.

Die Arbeit:
verstellen,
verstecken,
erkunden,
übermitteln,
täuschen,
und schweigen.

Der Lohn:
Jahre Frieden.

Arndt Beger: Rückkehr des Kundschafters. In: Wir über uns. Anthologie der Kreisarbeitsgemeinshaft „Schreibende Tschekisten". Berlin 1984, S. 52.

Anmerkungen

1 *Die Akten bzw. Mikrofilme scheinen 2015 im Zuge einer geplanten Überführung von der Karlsruher Bundesanwaltschaft ans Koblenzer Bundesarchiv umgekommen, (wie zu hören ist) wegen Mangel an Relevanz vernichtet worden zu sein - ungeachtet einer vorliegenden Forschungsnachfrage.*

2 *Rainer Link: Herr Koppe klärt auf. Wie die Stasi die westdeutsche Atomindustrie abschöpfte. Deutschlandfunk-Feature, 23. Januar 2007, S. 6.*

3 *Die Bramfelder Jungkommunisten sind wohl zunächst in Schwerin zu einem Zwischenstopp veranlasst worden, und hier wurde Koppe von einem MfS-Mitarbeiter angesprochen und zu einem Treff wenige Tage später in Berlin eingeladen, vgl. [Johannes Koppe mit] Uwe Markus]: Kerngeschäft. Das Doppelleben des Atomspions Dr. Johannes Koppe. Berlin 2012, S. 152.*

4 *Welcher Art diese Störmaßnahmen gewesen seien, bleibt unerwähnt.*

5 *Koppe hat an anderer Stelle präzisiert: „Jünger des Albanerführers Enver Hodscha, die ihre Weisheiten über den Kapitalismus von Radio Tirana bezogen", vgl. Koppe/Markus, Kerngeschäft (wie Anm. 3), S. 75.*

6 *Vgl. zu Reiner Fülle u.a.: Ich war der Atomspion für Ost-Berlin. Schilderungen Reiner Fülles. In: Hamburger Abendblatt, 19. Okt. 1981.*

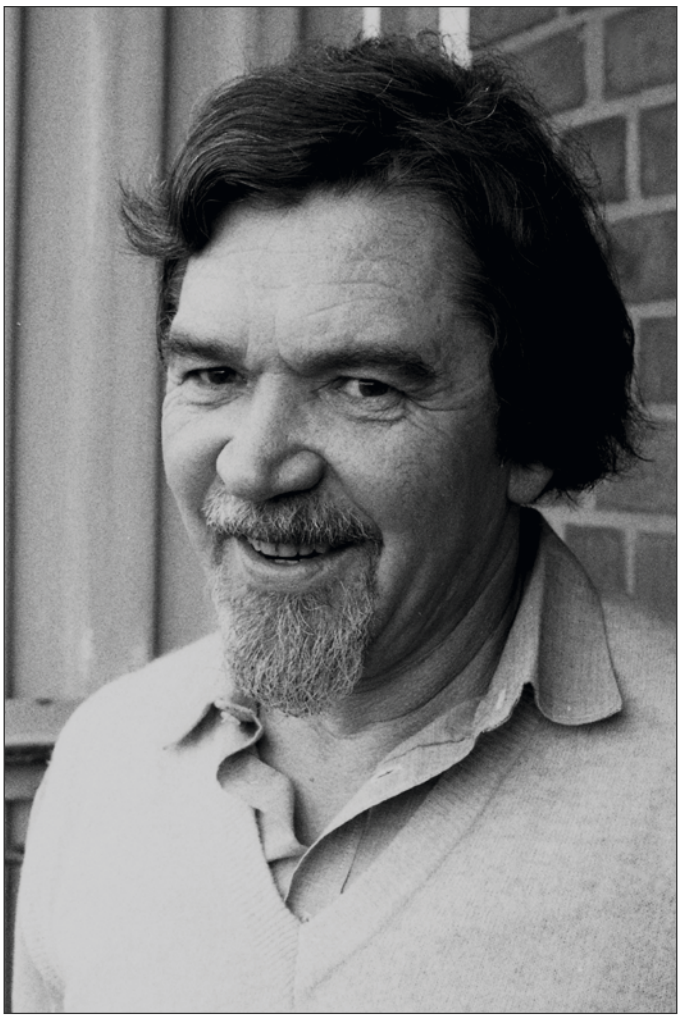


Abb. 81 *– Hermann Gaßmann, parteipolitisch zwischen DKP und SPD positioniert, hat stets bestritten, MfS-Mitarbeitern Auskünfte gegeben zu haben. Er ist 1983 nach Indizien verurteilt worden, und eine aufgeheizte „linke Szene" hat vehement eine angebliche bundesdeutsche „Klassenjustiz" attackiert. Die BStU-Unterlagen beweisen das Gegenteil.*

Hermann Gaßmann *alias* "Bach", *alias* "Bord-Kate" (1955–1961). Der nach Indizien verurteilte politische Märtyrer

Gaßmann, Hermann Hans Emil
geb. 15. August 1927 in Kirchwerder (bei Hamburg)
gest. 28. Januar 1993 in Hamburg

Ausbildung, Berufstätigkeit
Lehre (nicht abgeschlossen), dann Praktikum (bei Blohm & Voss und Still) 1944–1946 (unterbrochen von Kriegsteilnahme und Gefangenschaft 1944/1945); Lehre in der Motorenfabrik Still (Hamburg, 1946–1948); Facharbeiter in Fa. Buhk (Hamburg, 1948/49); Studium der Elektrotechnik (1950–1952; grad. Ingenieur); Tätigkeiten in Rheydt (1952–1954) und Hamburg (1954–1958 bei Siemens; 1958–1961; bei den HEW, dort auch Mitglied im Betriebsrat); BWL-Studium an der HWP (Hochschule für Wirtschaft und Politik, 1961–1963, grad. Volkswirt); IG-Metall-Angestellter (1963–1986) in unterschiedlichen Verwendungen (1971/72 in Frankfurt als Sekretär Eugen Loderers), unterbrochen 1967 durch eine Tätigkeit als Assistent des Arbeitsdirektors der Bremer Klöcknerwerke; 1974 Fachlehrer für Elektrotechnik und Politik am Berufsfortbildungswerk, Lehrbeauftragter an der HWP für das Thema Gewerkschaftswesen.

Parteien, Verbände, Firmen, Ämter, Mandate
DAG 1953; IGM 1956; 1959–1984 SPD; Mitglied des Vertrauenskörpers der IG Metall bei Siemens (1956–1958); HEW-Betriebsrat (1960/61); Deputierter der Schulbehörde (1975–1983); Deputierter der Baubehörde (1983–84); Mitglied des Betriebsrats der IGM-Verwaltungsstelle Hamburg (1981–1984).

Spionage für die DDR
1955–1965 als Kontaktperson (KP) „Bach"; 1965–1981 als IM „Bord-Kate" (im Einzelfall auch „Bord"); MfS-Reg.-Nr. XV/2525/65.

Ausspähungsbereich
Gewerkschaften, vornehmlich IG Metall, SPD und politisches Umfeld; Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP); Metall-, vornehmlich Schiffbauindustrie.

Entgelt
Unbekannt.

DDR-Auszeichnungen
Unbekannt.

Sonstige Verbindungen in die DDR
./.

StGB-Hintergrund und rechtliche Sanktionen in der Bundesrepublik
§ 100e StGB (1951–1968); § 99 StGB (betr. *Geheimdienstliche Agententätigkeit*, in Kraft seit 1968). – HOLG-Urteil 25. Febr. 1983 (1 OJs 5/82): 30 Monate Haft; Revision am 4. Nov. 1983 durch Bundesgerichtshof verworfen; Begnadigung durch den Hamburger Senat 1984: Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt.

Gedruckte Quellen und Literatur
Hermann seit 12 Wochen in Einzelhaft. Hamburg o.J [1981]; Gemeinsam für Hermanns Freilassung. In: Metall, Juli 1981; Hermann L. Gremliza: Wir Agenten. In: Konkret 8/81; Jonny Müllner / W. A. Engelmann / O. Mohr: Die Bombe machte bumm, da fiel mein Jonny um... Briefe zum „Fall" des inhaftierten Hamburger IG-Metall-Funktionärs Hermann Gaßmann. In: Konkret 10/1981; Spionagevorwurf. IGM-Sekretär seit Wochen in Haft. In: RGO-Nachrichten. Monatszeitung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition 7/8, Aug. 1981; Der Spion, der aus den Akten kam. Wie ein Gewerkschaftssekretär mit dem Paragrafen 99 ausgeschaltet werden soll. In: Deutsche Volkszeitung, 6. Jan. 1983; Enno Quittel: Gutachter: Typischer Agenten-Kontakt. In: Hamburger Abendblatt, 20. Jan. 1983; Hamburger IGM-Sekretär vor Gericht. Solidarität mit dem Kollegen Hermann Gaßmann. In: RGO-Nachrichten, Februar 1983; Staatsschutzprozess gegen IGM-Sekretär Gaßmann zeigt: Warum sie aus Gewerkschaftern Agenten machen wollen. Arbeiterpolitik-Sonderdruck,

4. März 1983 (12 S.); Anna von Münchhausen: Keine Angst vor Erich. Wen traf Hermann Gaßmann regelmäßig in Ost-Berlin? In: Die Zeit, 4. März 1983; Wegen DDR-Kontakten verurteilt. Zweieinhalb Jahre für Hermann Gaßmann. In: Analyse und Kritik. Zeitschrift für linke Debatte und Praxis, 7. März 1983; Hamburg: Nachholen, was die 1G Metall nicht schafft! In: Arbeiterpolitik. Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik Nr. 2, 25. April 1983; Norman Paech: Im Zweifel gegen den Angeklagten. In: Hamburger Rundschau, 3. März 1983; Kai von Appen: Demonstration zum Knast. Haftantritt IGM-Sekretär Gaßmann. In: taz Hamburg, 3. Jan. 1984; ders.: IG-Metall-Sekretär Hermann Gaßmann im Knast. Tränen, Wut und Arbeiterlieder. In: taz, 6. Jan. 1984; Gert Kistenmacher: Der „Spion", der aus dem Gefängnis kommt. Ein umstrittener Gnadenerweis nach einem merkwürdigen Urteil. In: Süddeutsche Zeitung, 28. März 1984; Klaus Wagner: Zum Ostermarsch Hafturlaub für DDR-Spion. In: FAZ, 21. April 1984; ders.: Gaßmann wird der IG Metall zur Last. „Gründe, die eine sofortige Entlassung rechtfertigen". In: FAZ, 17. Mai 1984; Eine Lektion über Demokratie in der IG Metall: Hermann Gaßmann, alter Arbeitsplatz? In: Arbeiterpolitik. Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik Nr. 5/6, 8. Juli 1984; Johannes Müllner: „Um uns're Stärke mussten wir hart ringen." Skizzen einiger Stationen, Kämpfe und Konflikte von 1957 bis 1989. In: „Wartet nicht auf andere, packt jetzt selbst mit an". Texte, Fotos und Dokumente zur Geschichte der IG Metall in Hamburg 1945–90. Hg. v. d. IG Metall Verwaltungsstelle Hamburg. Hamburg 1995, S. 87–106, hier S. 104 f.

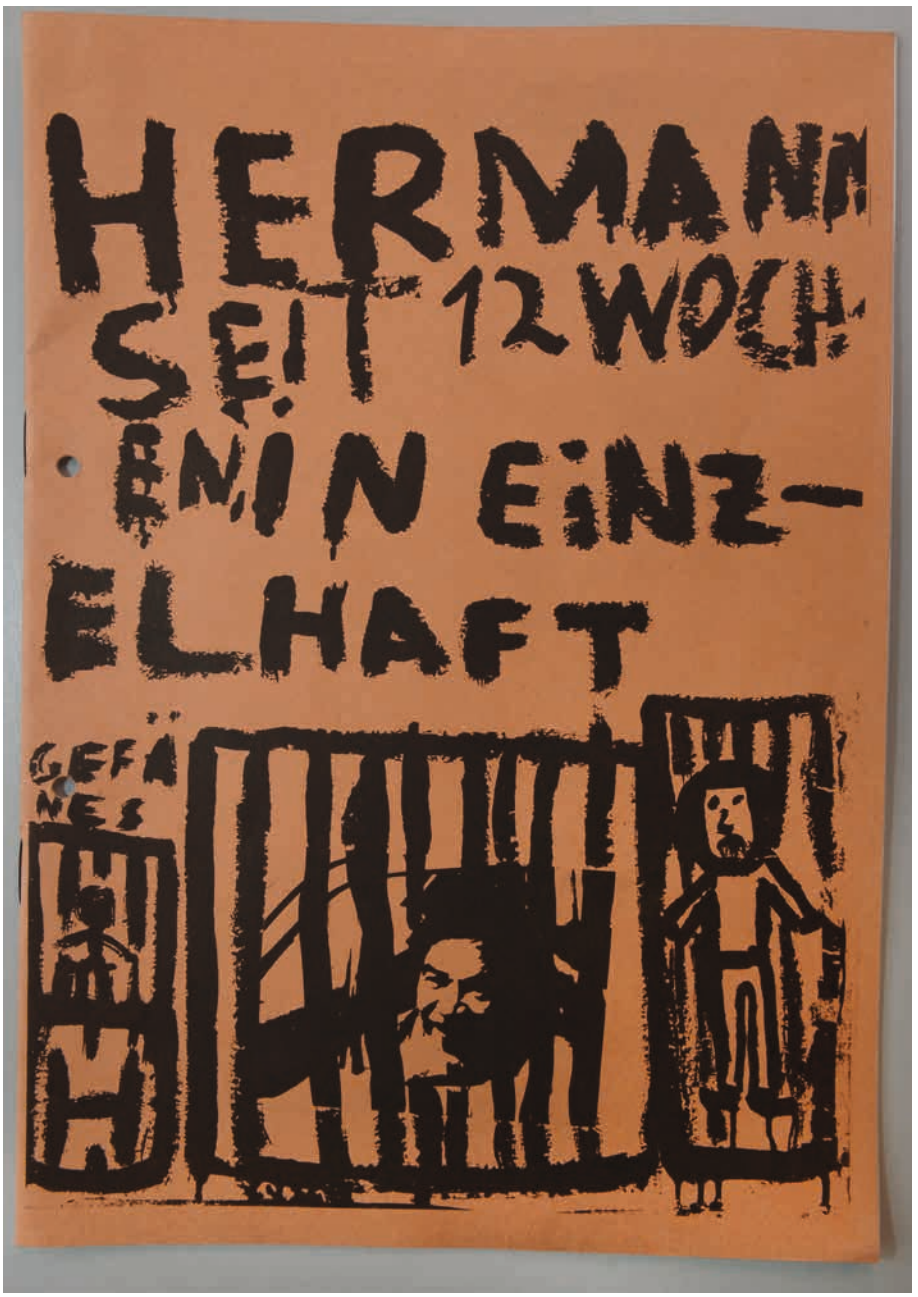


Abb. 82 *– Dramatisch gestaltet – das Deckblatt einer Hermann-Gaßmann-Broschüre, worin sich politische Freunde 1981 gegen die Einzelhaft beschwerten.*

Hermann Gaßmann. Spionage und Politik. Dokumente

Einleitung

Es ist *eine* Sache, das Prinzip der Unschuldsvermutung hochzuhalten, eine andere, Staatsanwälte und Richter der politischen Verfolgung zu bezichtigen.

Regelmäßig fragt sich im Falle von Politikern: Wie reagiert die „politische Heimat" eines Akteurs, der in Spionageverdacht gerät, gegen den ermittelt und der dann verurteilt wird? Unsere Protagonisten Grunert, Jaeger, Polte, Rüden, Schmidt-Wittmack und Wand *jun*. bieten Beispiele für unterschiedliche Modellvarianten, aber keiner von ihnen allen ist nach seiner Verhaftung aus Verband und Partei heraus so treu, teils gar treu*herzig*, teils freilich auch mit ideologischer Übertreibung unterstützt worden wie Hermann Gaßmann. Die IG Metall wollte die längste Zeit von ihrem Sekretär nicht lassen, die SPD nicht von ihrem Mitglied, Schul- und Baudeputierten. Medien wie die *Tageszeitung*, die *Hamburger Rundschau*, die *Frankfurter Rundschau, Konkret,* ferner Organisationen wie die *Deutsche Friedens-Union*, die *DKP*, die *Revolutionäre Gewerkschaftsopposition*, die *Gruppe Arbeiterpolitik*, schließlich Initiativen an der *Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP)*, Initiativen und Betriebsräte in verschiedenen größeren Metallunternehmen (*Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Hugo-Maihak-AG, Siemens-AG* etc.) – sie alle wurden monate-, selbst jahrelang nicht müde, Solidarität mit Gaßmann zu proklamieren, den StGB-Paragrafen 99 als Instrument des Kalten Kriegs, teils gar insgesamt eine bundesdeutsche Klassenjustiz zu geißeln, Hermann Gaßmann aber zum Märtyrer zu erheben. Der Umstand, dass auch heftigste Attacken in der Bundesrepublik als durch das Grundgesetz gedeckt betrachtet wurden (vgl. etwa Dok. 1), macht einen der fundamentalen Unterschiede zum System der DDR deutlich.

Von Anfang an haben sich die Hamburger IG Metall und – von dieser getrieben – auch die Hamburger SPD, parteilich und treu, auf die Seite Gaßmanns geschlagen (Dok. 2, Abb. 84). Mochte es jenem „linken Spektrum" nun tatsächlich um die Person Hermann Gaßmann gehen oder vielmehr um einen willkommenen Anlass, sich politisch zu positionieren – die ihm zugehörigen Institutionen und Publikationsorgane sind jedenfalls mehr oder minder bereitwillig auf Gaßmanns Ausreden hereingefallen, und sie haben es zugleich oft verschmäht, sich mit der Gesetzeslage, den Ermittlungsergebnissen und dem Urteil fundiert auseinanderzusetzen.

Das Hanseatische Oberlandesgericht (HOLG) hat Gaßmann verurteilt, nicht zuletzt auch, weil offen zutage lag, wie sehr Gaßmann allein durch das Verschweigen seiner Ostberlinbesuche seinen Arbeitgeber, die IG Metall, hintergangen hatte (Dok. 6). Lag dem Urteil allein eine vertiefte Erkenntnis oder auch ein politischer Willen zugrunde, wie er sich im Zusammenhang mit politischer oder politisch motivierter Kriminalität wohl besonders schwer ausschalten lässt?

„*Im Zweifel für den Angeklagten*": Bis zu welchem Grad sollte ein Gericht sich einerseits in Verfolg des „*In-dubio-pro-reo*"-Prinzips dummstellen, wie viele stabile Glieder muss andererseits eine Indizienkette aufweisen, damit guten Gewissens die Täterschaft eines Beklagten bejaht, eine Verurteilung ausgesprochen werden kann? – Die zögernd, scheibchenweise, von Gaßmann herausgerückten, mehrfach widersprüchlichen Stellungnahmen zu seinen angeblich aus eigener Tasche finanzierten Ostberlin-Kurztrips, von denen seine Familie angeblich nichts wusste; über seinen dortigen Gesprächspartner, dessen Namen er nur vom Hörensagen kenne, mit dem er freundschaftlich diskutiert, der ihm selbst vorübergehend undurchschaubar erschienen sei, den er aber in über zwei Jahrzehnten nie persönlich näher kennenzulernen versucht hätte; über aus Ostberlin stammende Postkarten mit rätselhaften Formulierungen und über in zeitlichem Zusammenhang mit Ostberlinbesuchen erworbene Kamera-Utensilien – all diese Einlassungen wirkten hoch suspekt (Dok. 3).

Hermann Gaßmann ist 1955 auf der Leipziger Messe von einem ostdeutschen „Kollegen" angesprochen und in einen andauernden Kontakt verwickelt worden. „Erich" habe er geheißen, hat Gaßmann später offenbart,

aber weder Nachname noch Adresse seien ihm je bekannt geworden, er habe sich dafür auch nicht interessiert. Gaßmann galt dem MfS zunächst als Kontaktperson „Bach", nach zehn Jahren avancierte er zum IM „Bord" oder auch „Bord-Kate" (ein etwas schwerfälliger Name im Vergleich zu anderen).

Ein von Gaßmann später auf das Jahr 1964 datiertes Schlüsselereignis steht in engem zeitlichen Zusammenhang mit seiner Anwerbung als IM im August 1965: „Erich" habe zu einem der Treffen eine dritte Person mitgebracht, was Gaßmann kategorisch abgelehnt und was ihn sehr beunruhigt hätte (Dok. 4). Gaßmann hat offenbar genau diesen Moment verpasst, sich aus seiner Verstrickung zu lösen. Ab dato konnte von einer „s*traflosen Hinnahme der Ausforschung*" nicht mehr die Rede sein, fand vielmehr „*aktive Arbeit für den fremden Geheimdienst*" statt (vgl. weiter unten den Auszug aus dem Leipziger StGB-Kommentar); der StGB-Paragraf 99 entstand erst 1968, aber Gaßmanns „aktive Arbeit" hatte zuvor mit dem StGB-Paragrafen 92 oder gar 100e kollidiert.

Nach dem Untergang der DDR hat sich herausgestellt, dass das Gericht mit seinem Indizienurteil, dessen Logik gewiss nicht an jeder Stelle überzeugt, insgesamt doch aber richtig lag. Die vom Fall Gaßmann in der BStU erhalten gebliebenen Dokumente sind nicht opulent (wenn sie einst auch zahlreiche Ordner gefüllt haben dürften), aber sie reichen aus. Gaßmann hat die IG Metall und ihr Umfeld, einschließlich der SPD, ausgespäht, aber auch die in sein Blickfeld geratenen Segmente der Metallindustrie (Dok. 5). Bei dem ominösen, mit Gaßmann gleichaltrigen „Erich" hat es sich offenbar um den Rostocker MfS-Offizier Erich Mischorr (1928-2009) gehandelt, dessen Name auf einer MfS-Karteikarte für Gaßmann steht, vgl. Abb. 83); der war keineswegs Ingenieur in einem Ostberliner VEB, wenn er auch technisch versiert gewesen sei, wie heute von seiner Schwiegertochter zu erfahren ist.[1] Die Informationen, die Gaßmann aus der Metallbranche, insbesondere aus dem Schiffbau lieferte, interessierten die Experten in der Abteilung V der HV A (Technik, Unternehmen), ferner einschlägige DDR-Betriebe (VEB Kombinat Schiffbau Rostock), wurden schließlich partiell auch an die UdSSR weitergegeben. Umfangreich sind in Rostock Ausschnitte aus westdeutschen Zeitungen zum Fall Gaßmann gesammelt worden.

Zu dem Fall des Gewerkschaftsfunktionärs Heinz Dürrbeck (1912–2001), der 1977 wegen Verdachts der Spionage verhaftet wurde und sich 1980 ins Ausland absetzte, weist der Fall Hermann Gaßmanns die Parallele auf, dass beide standhaft leugneten und dabei eine ähnliche Geschichte erzählten (Dok. 5) – nämlich über Treffen in Ostberlin mit DDR-„Kollegen", deren Adresse sie nicht kannten.

Das über Gaßmann verhängte Urteil durfte wohl als moderat gelten (Dok. 8), aber im Sinne des Rechtsstaatsprinzips wäre es vielleicht zu bevorzugen gewesen, Gaßmanns Strafe in Höhe der Untersuchungshaft zu fixieren oder den Rest zur Bewährung auszusetzen. Wenn das Gericht erklärt hätte, es glaube Gaßmann kaum ein Wort, lasse ihn aber – gewissermaßen aus sportlicher Fairness – einigermaßen ungeschoren, weil ihm die Schuld nicht hundertprozentig habe nachgewiesen werden können, so hätte aber wohl die Gefahr bestanden, nicht ob solcher Fairness respektiert, sondern ausgelacht zu werden – von einem Teil der Öffentlichkeit, der bis in die Hamburger Bürgerschaft hineinreichte und offenbar von vornherein entschlossen war, das Gericht als eine Clique von „*kalten Kriegern und Reaktionären*" darzustellen (vgl. Dok. 9).

Der Gnadenakt des Hamburger Senats versuchte hier, ausgleichende Gerechtigkeit zu schaffen. Zustande gekommen ist er – gegen das ausdrückliche Votum des Vorsitzenden Richters der Strafkammer, Kurt Bürrig – auf dem Weg der politischen Vetternwirtschaft, wie von Gewerkschaftsseite später unumwunden nicht nur eingeräumt, sondern beansprucht wurde (Dok. 12). Der federführende Antragsteller war ein SPD-Prominenter, Ex-Bundesminister Jürgen Schmude; die IG Metall stellte vage in Aussicht, Gaßmannn weiterzubeschäftigen, um den Eindruck einer aussichtsreichen Perspektive zu bieten; doch nachdem der Hamburger Senat sich zum Gnadenakt dann tatsächlich entschieden hatte, trennte die Gewerkschaft sich von ihrem Mitarbeiter: Man habe mittlerweile „*von den gesamten Entscheidungsgründen des Urteils erfahren*" (Dok. 10); ferner fühlte sich die IGM dadurch herausgefordert, dass Gaßmann und seine Tochter (Heidi G.) Details über gewerkschaftsinterne Gespräche veröffentlicht hätten.

Gaßmann, der schon während seiner letzten Hafttage Ausgang erhalten hatte, um an politischen Kundgebungen teilzunehmen und seine Unbe-

lehrbarkeit (Dok. 9) zu demonstrieren, Gaßmann wäre von einem CDU-Senat damals nicht begnadigt worden, aber voreilige Generalisierungen verbieten sich: Die *Gesellschaft für Humanitäre und Rechtliche Unterstützung e.V.* (GRH), ein Zusammenschluss ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR, nicht zuletzt auch von „Kundschaftern des Friedens", hat sich darüber gewundert, dass die Kundschafter in den SPD-regierten Ländern nach der Wende in der Regel zwei Drittel der über sie verhängten Strafe, dagegen in CDU-regierten Ländern in der Regel eine Halbstrafe absitzen mussten.[2]

Hermann Gaßmann war ein umtriebiger Gewerkschafter, Multifunktionär. Anerkennung wurde ihm oft wohl eher für seine Gesinnung als für seine Bemühungen zuteil, die ihm zugefallenen Arbeitsplätze und Ämter adäquat auszufüllen – wenn man sich auch hüten muss, jedes negative Zeugnis, das ihm – wohlgemerkt – nach seiner Verhaftung ausgestellt wurde, für bare Münze zu nehmen. Zumindest seine beruflichen Wechsel nach Frankfurt und Bremen misslangen ihm aber wohl nicht allein aufgrund der Trennung von seiner Familie, die er in diesem Zusammenhang hervorhob. Politisch-taktisch war er mit allen Wassern gewaschen, und so hätte er spätestens 1964 ausreichend misstrauisch gegenüber seinem Ostberliner Gesprächspartner werden müssen, um den Kontakt abzubrechen oder zumindest in der Bundesrepublik juristisch und politisch abzusichern, sofern dies noch gesichtswahrend möglich gewesen wäre.

Es gibt Indizien dafür, dass zumindest Gaßmanns Ehefrau gewusst hat, was er an den zahlreichen Sonnabenden in Ostberlin tat; sofern er der HV A über die SPD berichtete, mag auch Material dabei gewesen sein, das Karin Gaßmann als Sekretärin im Büro der SPD-Landesorganisation geliefert hatte. Der Verfassungsschutz hat damals festgestellt, dass Gaßmanns genannte Tochter sich in der SDAJ betätigte, der DKP-nahen *Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend*, und die zweite Tochter (Anja G.) war ebenfalls einschlägig politisch engagiert; im Kreise der Familie wird Gaßmann alias „Bach", „Bord" oder „Bord-Kate" sich also weitgehend unbefangen bewegt haben können.[3]

Johannes Müllner, damals IG-Metall-Vorsitzender in Hamburg, hat später erinnert, dass der Bildungssekretär Gaßmann oft scharf links eingestellte

Referenten eingesetzt habe; aber Müllner hat auch vermutet, Gaßmann sei als Spion vielleicht mehr noch als durch seine politische Gesinnung durch ein ausgeprägtes Geltungsbedürfnis motiviert worden – seinerseits hervorgerufen durch eine Unzufriedenheit mit seinem beruflichen Fortkommen.[4]

Mag sein, dass Gaßmann sich sowohl als heldenhafter Tschekist vorgekommen ist als gleichzeitig auch als aufrechter Kämpfer für die 35-Stunden-Woche im Kapitalismus, mag ferner sein, dass er sich als Sozialdemokrat nur aus taktischen Gründen organisierte, vor allem aber DDR-freundlicher Kommunist war (DKP-Leute wurden in den DGB-Gewerkschaften nicht durchweg akzeptiert). Möglicherweise ist er mit seinem hartnäckigen Leugnen, das genau auf die in der Sache begründete Unschärfe des § 99 StGB zielte (wenn es auch logisch nicht stets überzeugend ausfiel), nicht zuletzt den Erwartungen des MfS nachgekommen.

Das Attribut eines „*Kundschafters für den Frieden*" hätte der Ostermarschierer Gaßmann gewiss für sich in Anspruch genommen, aber vielleicht ja doch nicht mit allen spezifischen DDR-Implikationen: Ostermärsche gab es in der DDR nicht, die von evangelischer Seite organisierten „Friedensdekaden" standen unter hohem Druck, die nichtstaatliche Verwendung des Symbols „Schwerter zu Pflugscharen", immerhin sowjetischen Ursprungs, wurde oft unterbunden. Das 1950er Friedensgesetz der DDR sollte Friedensbewegte vor Verfolgung schützen, aber nicht vor jeglicher Verfolgung, nämlich nicht, wenn sie „*im Dienste der Kriegshetze*" stünden (§ 5). Was das bedeutete, wurde politisch definiert.[5]

Ersichtlich haben weder die IG Metall noch die SPD nach der Wiedervereinigung in ausdrücklicher Weise Kenntnis davon genommen, dass ihr damaliger Funktionär zwar nach Indizien verurteilt worden ist, aber dass diese Indizien vom HOLG der Wahrheit entsprechend interpretiert worden sind (Dok. 12, Abb. 86): Auch, ja just die IG Metall und die SPD sind von Gaßmann ausgespäht worden (Dok. 5).

Spionage

Keine Angst vor Erich

Wen traf Hermann Gaßmann regelmäßig in Ost-Berlin?

Reg.-Nr. XV/2525/65

1. Name Gaßmann
2. Vorname Hermann
3. Geburtstag 15.08.1927
4. Geburtsort Hamburg
5. Anschrift Hamburg-Bergedorf
Schulenburgring
6. Berufliche Tätigkeit Ang./ Volkswirt
IG Metall
7. Arbeitsstelle IG Metall
Hauptvorstand
8. Staatsangehörigkeit BR
9. Parteizugehörigkeit SPD

(Wird von Abteilung XII ausgefüllt)

Bezirk Rostock
XV

Archiv-Nr. 2753
27.8.86

Erich Mischorr

Abb. 83 – Überschrift der Zeit vom 4. April 1983 (der hier wiedergegebene Zeitungsausschnitt stammt aus der Sammlung der MfS-Bezirksverwaltung Rostock). – MfS-Karteikarte für den IM Hermann Gaßmann. Rechts unten ist zu sehen, wer „Erich" gewesen sein dürfte: Der Rostocker MfS-Offizier Erich Mischorr (1928–2009).

Fall Gaßmann – Dokument 1 (1981)

Hermann Gaßmann - "ein politischer Gefangener"? Der § 99 StGB - "ein Ermächtigungsgesetz"? Spione - "Rüstungskontrollbeamte"?

Seit drei Monaten wird der Kollege Hermann Gaßmann in Hamburg in Einzelhaft gehalten. Es sitzt im Untersuchungsgefängnis, weil er als Bildungssekretär der IG Metall Gewerkschafter nicht zu Sozialpartnern ausbilden wollte und weil er zu den Initiatoren des *Hamburger Forums gegen Atomtod* gehörte, in Tateinheit mit der Förderung eines *Arbeitskreises alternative Produktion*, der über die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion nachdenkt.

Soviel zum Grund. Zur Begründung erfanden Gaßmanns Feinde - rechtssozialdemokratischer Gewerkschaftsfilz, Landesamt für Verfassungsbruch und Bundeskriminellenamt - einen ganz anderen Vorwurf: Gaßmann habe sich eines Verbrechens nach Paragraf 99 des Strafgesetzbuches (*Geheimdienstliche Agententätigkeit*) schuldig gemacht. […]

Der Paragraf 99 ist ein Ermächtigungsgesetz, mit dessen Hilfe die schwarzbraunen Geheimdienste dieser Republik und die ihnen nahestehende Justiz jeden Politiker, Wissenschaftler, Künstler, Literaten, Gewerkschafter, Journalisten, der Freunde, Gesprächspartner, Kollegen in der DDR oder einem anderen „fremden" Staat trifft und mit ihnen über die Bundesrepublik spricht, hinter Gitter bringen kann. Denn jeder Gesprächspartner kann ein Agent sein, und diese Justiz verurteilt auch dann, wenn der Beschuldigte das nicht bemerkt hat.

Dabei kann selbst der richtige Agent, der Spion, der „Landesverräter" ebenso gut Held wie Schurke sein. Der Spion, der die Planung eines Angriffskriegs verrät, ist ein Vorbild. Unter den Bedingungen der atomaren Bedrohung sind Spione *de facto* nichts anderes als Rüstungskontrollbeamte. Oder: was scheidet Wirtschaftsspionage von einer wirklich humanen, nicht auf noch mehr Profit und Ausbeutung gerichteten Entwicklungshilfe? Hat nicht einen Preis verdient, wer dem Politbüro sagt, was das Kanzleramt wirklich denkt? Und umgekehrt?

Wir haben uns (leider) damit abgefunden, dass der „Landesverräter", gleich ob seine Tat dem Frieden und der Verständigung der Völker oder ihrem Überleben genützt oder geschadet hat, als Verbrecher gilt. […]

Ob Hermann Gaßmann getan hat, wessen ihn die „Bild"-Zeitung beschuldigt oder nicht: er ist ein politischer Gefangener, einer der ersten des zweiten, kalten, Weltkriegs nach 1945. Und er wird noch lange nicht der letzte sein, wenn es uns nicht gelingt, den schändlichen Paragrafen 99 des Strafgesetzbuchs zu liquidieren.

Hermann L. Gremliza: Wir Agenten. In: Konkret 8/81, S. 6.

* * *

Fall Gaßmann – Dokument 2 (1982)

Gaßmann wird demonstrativ als Deputierter gehalten Gewerkschaftsdruck in der SPD-Bürgerschaftsfraktion

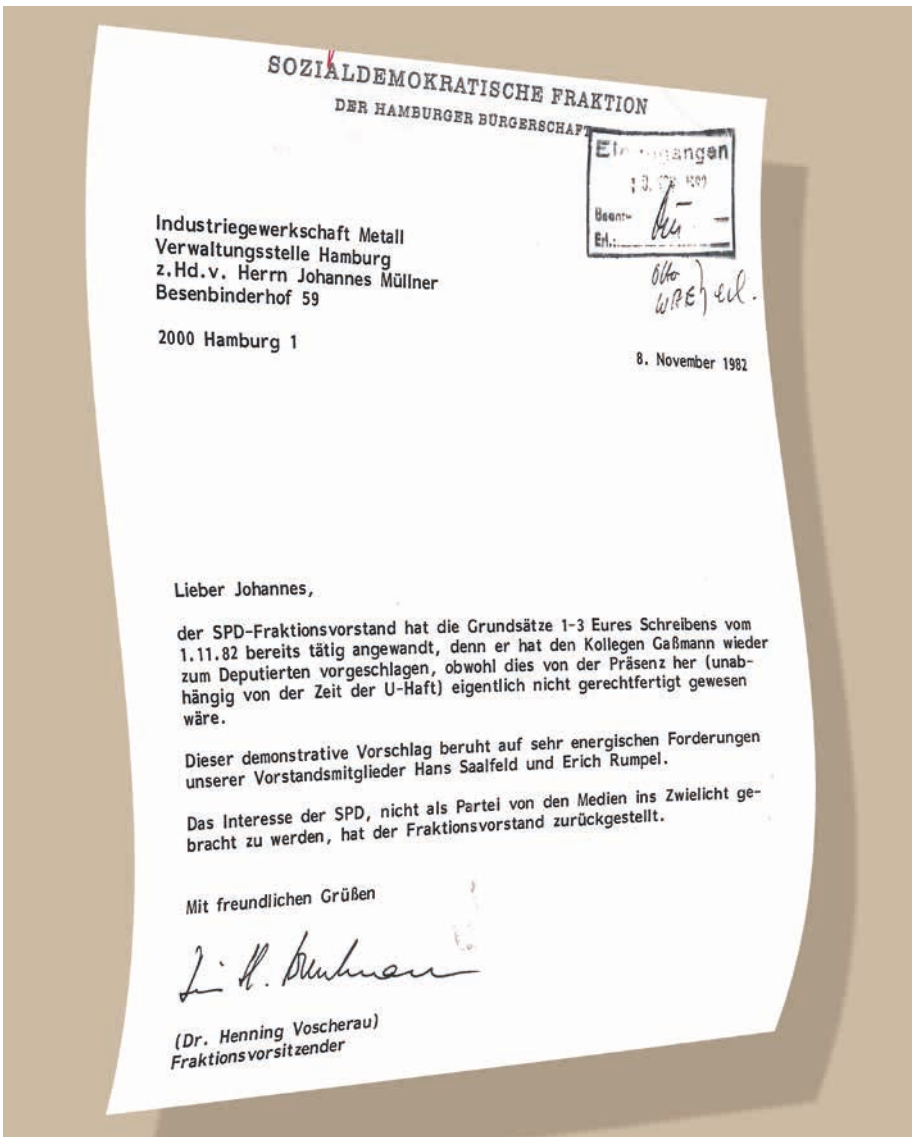
Lieber Johannes [Müllner],
der SPD-Fraktionsvorstand hat die Grundsätze 1–3 Eures Schreibens vom 1. Nov. 82 bereits tätig angewandt, denn er hat den Kollegen Gaßmann wieder zum Deputierten vorgeschlagen, obwohl dies von der Präsenz her (unabhängig von der Zeit der U-Haft) eigentlich nicht gerechtfertigt gewesen wäre.

Dieser demonstrative Vorschlag beruht auf sehr energischen Forderungen unserer Vorstandsmitglieder Hans Saalfeld und Erich Rumpel.

Das Interesse der SPD, nicht als Partei von den Medien ins Zwielicht gebracht zu werden, hat der Fraktionsvorstand zurückgestellt.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Henning Voscherau, Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft an IG Metall Hamburg, 8. Nov. 1982 (Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg, Gaßmann 11 G 10).



SOZIALDEMOKRATISCHE FRAKTION
DER HAMBURGER BÜRGERSCHAFT

Eingangen
13. 11. 1982
Beant-
Erl.:

Industriegewerkschaft Metall
Verwaltungsstelle Hamburg
z.Hd.v. Herrn Johannes Müllner
Besenbinderhof 59

2000 Hamburg 1

8. November 1982

Lieber Johannes,

der SPD-Fraktionsvorstand hat die Grundsätze 1-3 Eures Schreibens vom 1.11.82 bereits tätig angewandt, denn er hat den Kollegen Gaßmann wieder zum Deputierten vorgeschlagen, obwohl dies von der Präsenz her (unabhängig von der Zeit der U-Haft) eigentlich nicht gerechtfertigt gewesen wäre.

Dieser demonstrative Vorschlag beruht auf sehr energischen Forderungen unserer Vorstandsmitglieder Hans Saalfeld und Erich Rumpel.

Das Interesse der SPD, nicht als Partei von den Medien ins Zwielicht gebracht zu werden, hat der Fraktionsvorstand zurückgestellt.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Henning Voscherau)
Fraktionsvorsitzender

Abb. 84 *– Ein eifriger Deputierter war Hermann Gaßmann nicht, und die Zahl der angeblich oder tatsächlich kommunistischen Lehrer, deren Entfernung aus dem Dienst er – nach Befürchtungen konservativer Medien – verhindert haben könnte, dürfte sich gegen Null bewegen; die SPD-Fraktion hielt ihm 1982 auf Intervention ihrer Vorstandsmitglieder Saalfeld (DGB-Landesvorsitzender in Hamburg), und Erich Rumpel (ÖTV) hin die Treue, nominierte ihn nunmehr für die Baudeputation. Der spätere Bürgermeister Voscherau stellte das Risiko, öffentliche Kritik zu ernten, zurück.*

Fall Gaßmann – Dokument 3 (1983)

"Ein schlechtes Namensgedächtnis"? Indizien und Konklusionen

Der Beschuldigte erklärt, er habe „Erich" 1955 oder 1956, anlässlich eines Besuches der Leipziger Messe, dort in einem Lokal kennengelernt. Zum Besuch der Messe habe er sich damals aus beruflichem Interesse und aus dem Wunsch heraus entschlossen, sich über die Verhältnisse in der DDR zu informieren. Er nehme an, sich während dieses Messebesuchs mehrmals mit „Erich" getroffen zu haben. […]

Der Nachname seines Gesprächspartners sei ihm nicht mehr geläufig, er könne statt „Bremer" auch „Brämer", „Brem" oder „Bremmer" heißen. Er selbst habe ein schlechtes Namensgedächtnis, außerdem rede er grundsätzlich Kolleginnen und Kollegen mit Vornamen an. […] Seine [„Erichs"] Anschrift habe er einmal gewusst, jetzt kenne er sie nicht mehr. […]

„Erich" sei einmal zu einem Treffen nicht erschienen. Er [Gaßmann] meine, nach Berlin (West) zurückgefahren zu sein. Er habe nicht versucht, doch noch eine Zusammenkunft mit „Erich" herbeizuführen. Es gebe für ihn [Gaßmann] auch eine „*Angstschwelle*", die ihn an Nachforschungen gehindert habe. Er habe im Interesse seines Gesprächspartners nicht nachgeforscht; auch habe er keine Möglichkeiten gesehen, „Erich" zu erreichen. Auf Vorhalt gab er an, es hätten Gedanken eine Rolle gespielt, er hätte dann festgestellt, daß „Erich" mit dem Kontakt zu ihm andere Interessen verfolge als von ihm angenommen.

Der Beschuldigte gab ferner an, es sei nicht seine Art, mit anderen Personen über persönliche Probleme zu reden. Bei der Art und Weise, wie er persönliche Beziehungen pflege, spielten äußere Verhältnisse des Gesprächspartners, wie zum Beispiel der Name seiner Arbeitsstelle, keine Rolle; deshalb könne er darüber trotz 25jähriger Bekanntschaft keine näheren Angaben machen. […]

Schon die für die Reisen angeführten Gründe sind nicht überzeugend. […] Der Beschuldigte konnte im Ermittlungsverfahren weder über die da-

raus gewonnenen Erkenntnisse noch über deren Umsetzung im Rahmen seiner eigenen Arbeit etwas sagen.

Dass der Beschuldigte, der sein Einkommen als gerade ausreichend für seinen Familienunterhalt bezeichnet, für den von ihm behaupteten Zweck den Aufwand für ein bis drei Berlinreisen jährlich, dazu noch das aus dem pflichtwidrigen Verschweigen dieser Ostberlinreisen gegenüber seinem Arbeitgeber sich ergebende berufliche Risiko auf sich genommen habe, ist unglaubhaft. Das gilt umso mehr bei Berücksichtigung seiner weiteren Erklärung, er hätte jedenfalls in den letzten Jahren mangels Kenntnis der Anschrift und der Telefonnummer „Erichs" im Falle einer etwaigen kurzfristigen Verhinderung das Treffen nicht absagen können und auch im umgekehrten Falle hätte ein telefonischer Kontakt nicht stattgefunden, so dass er einmal, als „Erich" verhindert gewesen sein, die Reise umsonst gemacht habe.

Anklageschrift der Hamburger Generalstaatsanwaltschaft, 21. Juli 1982 (StA HH, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 5/82, Band 15, Bl. 23–103, hier 50 f., 58 f., 65 f., 99 ff.).

* * *

Fall Gaßmann – Dokument 4 (1983)

Gaßmanns Angst vor dem dritten Mann

Obwohl der Angeklagte schon zu Beginn seiner Beziehungen mit „Erich" mit diesem vereinbart hatte, dass zu diesen Treffen keine dritte Person hinzugezogen werden solle, brachte „Erich" im Jahre 1964 zu einem dieser Treffen mit dem Angeklagten einen anderen Mann mit. „Erich" erklärte, dies sei ein Kollege von ihm, dem er die Chance geben wolle, mit dem Angeklagten zu reden.

Der Angeklagte war über diesen Vertrauensbruch des „Erich" und über den Bruch der mit „Erich" getroffenen Vereinbarung entsetzt, blieb aber trotzdem mit den beiden Männern mehrere Stunden in Ost-Berlin zusammen. Der Angeklagte will bei diesem Treffen mit „Erich" diesem erklärt

haben, dass er erwäge, die Beziehungen zu ihm abzubrechen, da „Erich“ entgegen der Vereinbarung einen dritten Mann zu seinem Treffen mit ihm hinzugezogen habe. Spätestens durch diesen Vorgang hat der Angeklagte nämlich erkannt, dass er es nicht mit „Erich“ als einer Einzelperson zu tun hatte, sondern dass hinter diesem eine staatliche Organisation stand. Das hat der Angeklagte am 12. August 1981 bei seiner Vernehmung durch den Zeugen Staatsanwalt [Hermann] von Langsdorff von der Bundesanwaltschaft auch zugegeben. Die spätere Einschränkung dieser Aussage am nächsten Tage, er habe mit dem Interesse einer Organisation, die hinter „Erich“ stand, das Interesse einer Gewerkschaft gemeint, wertet der Senat lediglich als eine Ausrede, nachdem der Angeklagte die Tragweite seiner ursprünglichen und wahrheitsgemäßen Aussage erkannt hatte, die er nun abschwächen wollte. Als staatliche Organisation, die hinter „Erich“ stand, kam nämlich nur der Geheimdienst der DDR in Betracht.

Dass der Angeklagte spätestens 1964 mit dem Auftreten des dritten Mannes erkannt hat, dass er es mit dem Geheimdienst der DDR zu tun hatte, ergibt sich auch aus dem von dem Zeugen von Langsdorff bekundeten Verhalten des Angeklagten, als in seiner Vernehmung man auf dieses Zusammentreffen zu Dritt zu sprechen kam. Der Angeklagte wurde an dieser Stelle der Vernehmung plötzlich sehr erregt und hatte Tränen in den Augen. Er sprach davon, dass das Auftreten des dritten Mannes einen Schnittpunkt in seinen Beziehungen zu „Erich“ gebracht habe. Dies wird untermauert durch die vom Angeklagten zugegebene Tatsache, dass er alsbald nach seiner Rückkehr von diesem Treffen nach Hamburg, entgegen seiner von Anfang an bestehenden Verschwiegenheitsvereinbarung mit „Erich“, seine Ehefrau von diesem Treffen mit „Erich“ und dem Hinzukommen des dritten Mannes unterrichtete. Der Angeklagte hat zugegeben, dass diese Mitteilungen seine Ehefrau in Angst versetzt hätten, und dass sie ihn dringend davor gewarnt habe, die Beziehungen mit „Erich“ überhaupt fortzusetzen. Trotz dieser eindringlichen Warnungen seiner Ehefrau hat der Angeklagte seine Beziehungen zu „Erich“ bis zu seiner Inhaftierung weiterhin aufrechterhalten.

HOLG-Urteil 25. Febr. 1983 (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 5/82, Band 16).

„Straflose Hinnahme der Ausforschung“
oder
„aktive Arbeit für den fremden Geheimdienst“?

Mit dem Zusatz, die Tätigkeit müsse geheimdienstlich sein, wird ihr Wesen genauer bestimmt und sichergestellt, dass nur derjenige den Tatbestand erfüllt, der sich jedenfalls funktionell in den Dienst der fremden Nachrichtenorganisation stellt […]. Der bloß Ausgeforschte, auch der einer nachrichtendienstlichen Befragung Unterworfene wird erst dann geheimdienstlich tätig, wenn er sich aktiv an der Aufklärungsarbeit des Befragers beteiligt, sich gewissermaßen mit dessen Interessen identifiziert. Die Verknüpfung der Tatbestandsmerkmale und die Charakterisierung der Tätigkeit als „geheimdienstliche“ zeigen, dass zur Täterschaft mehr gehört als bloßes Handeln für einen fremden Nachrichtendienst, dass es einer gewissen Mindestqualität zu- und eingeordnetem Tuns bedarf, mag es nun konspirativ, heimlich oder auch „offen“ und äußerlich unverfänglich sein […].

Im Einzelfall kann die Abgrenzung zwischen strafloser Hinnahme der Ausforschung und aktiver Arbeit für den fremden Geheimdienst durch Preisgabe von Informationen schwierig sein; beides kann vom äußeren Erscheinungsbild her ineinander übergehen.

Strafgesetzbuch. Leipziger Kommentar. Großkommentar. Bd. 4, Berlin: 12., neu bearb. Aufl. 2007, S. 302 ff.

Fall Gaßmann – Dokument 5 (1969–1980)

Eingang / Weiterverarbeitung von Gaßmann-Lieferungen im MfS: Beispiele (gemäß SIRA / System der Informationsrecherche der HV A)

1969

1. Aug. – Berni Kelb: Thesen zur sozialistischen Strategie, hg. v. Sozialistischen Bund Hamburg.
13. Sept. – Schrift u.d.T. *Die Haltung der Gewerkschaften zur außerparlamentarischen Opposition.*

1970

***28. Aug.* –** Otto Brenner: Brief des Vorstands der IG Metall an die DKP [*Deutsche Kommunistische Partei*].
dito – Vorlage zur Geschäftsführerkonferenz der IG Metall Hamburg.

1974

4. April – DGB. Verzeichnis Organisation (Stiftung Mitbestimmung [später: Hans-Böckler-Stiftung]): Adressenliste und Tätigkeitsverzeichnis.
22. April – Bürgerschaftswahl, 3. März 1974, Berichte der Kreise.
28. Aug. – Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen.

1976

30. April – Vorträge anlässlich der Hauptversammlung des Gutehoffnungshütte-Aktienvereins.

1977

21. Sept. – Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Beirates der IG Metall für die BRD am 25. März 1977 in Frankfurt a.M.
21. Okt. – Entwurf Ablaufplan (Kurzfassung) für den Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl und den Bezirksversammlungen im Frühjahr 1978.
7. Nov. – Über die Lage der SPD vor dem ordentlichen Parteitag in Hamburg (15.–19. November 1977).

1978

12. März – Politischer Rechenschaftsbericht auf der AFA-Delegiertenkonferenz am 14. Okt. 1978 [AFA = *Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen*].

1979

27. Jan.- Niederschrift über die Sitzungen des Beirates der IG Metall […] am 9. Mai und 12. Sept. 1978.
12. März – [12 Blatt] Politischer Rechenschaftsbericht auf der Delegiertenkonferenz [der] *Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen* [in der SPD] am 14. Okt. 1978.
1. Aug. – Arbeitspapier für die Klausurtagung des [IGM-] Vorstandes v. 23.–27. April 1979 in Braunlage.
26. Sept. – [85 Blatt] Zusammenarbeit IG Metall mit der HWP Hamburg.
dito – Der Arbeitskampf in der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens, Osnabrücks und Bremens.
21. Dez. – [65 Blatt] *Die Krise der Westdeutschen Werftindustrie*
dito – [73 Blatt] Klausurtagung des IG-Metall-Vorstandes vom 12. bis 14. Sept. 1979 in Homburg a. d. Saar.

1980

28. April – [18 Blatt] Die Beschäftigtenentwicklung in der Hamburger Metallindustrie 1970-1978.
5. Mai – [26 Blatt] Entwicklung, Einführung und Auswirkungen numerisch gesteuerter Maschinen.
8. Dez. – [9 Blatt] Protokoll der Sitzung des DGB-Arbeitskreises „*Technische Universität Hamburg-Harburg*".

1981

8. Jan. – [43 Blatt] Arbeitspapier für die Klausurtagung des Vorstands der IG Metall: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1980/81.
6. März – [25 Blatt] Jugendarbeit und Jugendbildungsarbeit im DGB.

BStU, MfS, HVA/MD/3, SIRA-TDB 12.

Fall Gaßmann – Dokument 6 (1983)

Gaßmanns Vertrauensbruch gegenüber der IG Metall

Der Angeklagte hat allerdings auch zugegeben, dass die Geheimhaltung seines Kontaktes zu „Erich" durch ihn seinen eigenen Interessen gedient habe. Der Angeklagte hat angegeben, er habe um sein Fortkommen bei der Industriegewerkschaft Metall und um seinen politischen Einfluss in den verschiedenen Gremien gefürchtet, wenn seine jahrelangen Kontakte zu „Erich" in Ost-Berlin in Gewerkschaftskreisen bekannt würden. Hierzu haben die zahlreichen Zeugen aus dem Bereich der Industriegewerkschaft Metall, nämlich Mitarbeiter und Vorgesetzte des Angeklagten sowohl aus Hamburg als auch aus dem Vorstand in Frankfurt, überstimmend angegeben, dass verwandtschaftlicher oder privater freundschaftlicher Kontakt zu Personen in der DDR bei Mitgliedern oder Funktionären der IG Metall zu keiner Zeit beanstandet worden ist. Solche privaten Kontakte interessierten die Gewerkschaftsleitung auf allen Stufen überhaupt nicht. Der Angeklagte hätte also unbesorgt seine Kontakte zu „Erich" hier auch in Gewerkschaftskreisen bekannt werden lassen können, wenn es sich wirklich nur um private und freundschaftliche persönliche Beziehungen zwischen ihm und „Erich" gehandelt hätte. Das war nach der Überzeugung des Senats dem Angeklagten auch bekannt.

Die von vornherein vorgenommene Geheimhaltung seiner Beziehungen zu „Erich" in Ost-Berlin durch den Angeklagten zeigt nach der Überzeugung des Senats, dass der Angeklagte von Anfang an sich dessen bewusst war, dass es sich nicht um persönliche, private Beziehungen zu „Erich" handelte, welche für die Gewerkschaft ohne Interesse waren. Der Angeklagte wusste vielmehr, dass er seinen Arbeitgeber und seine Gewerkschaftskollegen und Vorgesetzten hinterging, indem er als Zuträger gewerkschaftsinterne Vorgänge und Gesprächsinhalte vertraulichen Inhalts sowie politische Tendenzen und Meinungsbildungen in der Gewerkschaft, in den ihm zugänglichen Betrieben und Gremien ständig seinem Kontaktmann in Ost-Berlin übermittelte. Demgemäß haben in der Hauptverhandlung auch sämtliche Zeugen, die aus dem Kreis der IG Metall aus Hamburg als auch aus Frankfurt vernommen worden sind, klar zum Ausdruck gebracht, dass ein Bekanntwerden der geheimen Beziehungen des Angeklagten zu

„Erich“ in Ost-Berlin und die Zuträgerschaft des Angeklagten innerhalb der Gewerkschaft für den Angeklagten zu Weiterungen geführt hätte, die bis zur fristlosen Entlassung des Angeklagten als Gewerkschaftsfunktionär hätten führen können.

HOLG-Urteil 25. Febr. 1983 (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 5/82, Bd. 16).

* * *

Fall Gaßmann – Dokument 7 (2010)

Jahrelange Kontakte, aber keine Adresse
Ähnlichkeiten zum Fall Heinz Dürrbeck (*alias* "Wein")

Schon während seiner Vernehmungen am 3. September 1975 durch die Polizei und den Ermittlungsrichter erläuterte Heinz Dürrbeck ausführlich sein Verhältnis zu Heinz Behrend. Diesen habe er etwa im Jahr 1951 durch eine Ostberliner Betriebsrätin der AEG kennengelernt, und er wurde ihm als Gewerkschaftskollege aus Ostberlin vorgestellt […] Heinz Dürrbeck charakterisierte Behrend als einen überzeugten „*Anhänger des SED-Regimes*“, der bei ihm aber einen positiven Eindruck hinterließ, „*da er für Kritik aufgeschlossen war*“. Dürrbeck berichtete den Vernehmungsbeamten, dass er selbst an einem weiteren Kontakt zu Behrend Interesse hatte und die Initiative für das folgende Treffen aus diesem Grund von ihm ausgegangen war. Da Dürrbeck mit Behrend keine Adressen ausgetauscht hatte, suchte Dürrbeck zunächst die Vermittlung über die schon erwähnte Betriebsrätin der AEG. In den folgenden Jahren, auch dies gab Dürrbeck schon zu Beginn der Vernehmungen an, habe er seine Aufenthalte anlässlich der Jahreshauptversammlung der AEG zu Ausflügen nach Ostberlin genutzt und sich dort mit Behrend getroffen.

Stefan Müller: Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter. Heinz Dürrbeck (1912–2001). Essen 2010, S. 429 f.[6]

Fall Gaßmann – Dokument 8 (1983)

Der Bundesgerichtshof hält Gaßmanns Strafe für "maßvoll"

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat auf Antrag des Generalbundesanwalts und nach Anhörung des Beschwerdeführers am 4. November 1983 einstimmig beschlossen:

1. Die Revision des Angeklagten […] wird als unbegründet verworfen. Es kann offenbleiben, ob das Oberlandesgericht zu Recht angenommen hat, die Strafbarkeit des Angeklagten beginne bereits vor dem Inkrafttreten des § 99 StGB. Denn nach den Feststellungen hat der Angeklagte seine Tätigkeit in den Jahren 1968 bis 1970 – wenn auch [ihm] unwiderlegt – nur durch drei Einzelhandlungen fortgesetzt. Angesichts der maßvollen Strafe hält es der Senat deshalb für ausgeschlossen, dass sich die Annahme des Oberlandesgerichts zum Nachteil des Angeklagten ausgewirkt hat. […]

Beschluss des Bundesgerichtshofs v. 4. Nov. 1983 (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1 OJs 5/82, Bd, 16, Bl. 239).

* * *

Fall Gaßmann – Dokument 9 (1984)

"Das Gericht hat jede Brüskierung und jede Beleidigung verdient!"

Martin Müller (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Gnadenkommission des Senats hat entschieden, den wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für die DDR zu zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilten ehemaligen SPD-Deputierten Gaßmann nach nur zehnmonatiger Haft vorzeitig im Mai dieses Jahres zu entlassen. Mit diesem beispiellosen Missbrauch des Gnadenrechts soll ein rechtkräftiges, vom Bundegerichtshof überprüftes Urteil nachträglich gleichsam aufgehoben werden. Die

Senatskommission gibt damit nachträglich dem von linken Sozialdemokraten, GALiern und Moskaukommunisten gebildeten Solidaritätsanhang des Ostagenten Gaßmann recht, denen, die das Urteil des Hamburgischen Oberlandesgerichts immer als sogenanntes „Gesinnungsurteil" diffamiert haben.

Bernd Vetter (GAL): Der Paragraf 99 muss abgeschafft werden. […] Der Paragraf 99 ist ein Instrument des Kalten Krieges […] Wenn die CDU die Begnadigung eine Beleidigung und Brüskierung des Hamburgischen Oberlandesgerichts nennt, so sage ich: Dieser Dritte Strafsenat mit dem Vorsitzenden [Kurt] Bürrig und dem Berichterstatter Dr. Meister hat jede Brüskierung und jede Beleidigung verdient.

(Glocke, Beifall bei der GAL […])[7]
Präsident Peter Schulz (unterbrechend): Herr Vetter, ich hatte geklingelt, das geht zu weit, Sie wissen das. Sie können es auch anders ausdrücken.

Bernd Vetter (fortfahrend): Ich muss sagen, dass ich dies für ein haltloses Schandurteil halte. Das ist in diesem Fall meine Überzeugung. Das Urteil dreht in eindeutiger Weise die juristische, strafrechtliche Grundregel *„in dubio pro reo"* um zu einer Regel „im Zweifel gegen den Angeklagten". Dieses Gericht, und das werde ich gleich an einigen Zitaten aus dem Urteil nachweisen, ist ein Gericht von kalten Kriegern und Reaktionären, bei dem Hermann Gaßmann von vornherein keine Chance hatte.

(Glocke)
Präsident Peter Schulz (unterbrechend): Herr Vetter, ich bitte Sie nochmal, bei der Wahl Ihrer Worte vorsichtig zu sein. Sie wissen, was hier der Brauch ist. Ich habe Ihnen keinen Ordnungsruf erteilt, will das auch nicht tun. Auch Herr Müller hat scharf gesprochen. Sie können scharf reagieren, aber Sie können das anders formulieren, wenn Sie es wollen.

Stenografische Berichte der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 11. Wahlperiode – 36. Sitzung am 4. April 1984, S. 2053.

Fall Gaßmann – Dokument 10 (1984)

Gaßmann, begnadigt, hat nichts zu bereuen

Winfried Böhm (NDR) [fragt die Hamburger Justizsenatorin Eva Leithäuser]:
Setzt Ihrer Ansicht nach Gnade auch Reue voraus?

Senatorin Leithäuser:
Das ist eine schwierige Frage, weil man sehr selten beurteilen kann, ob einer bereut oder nicht. Ich will das mal in der Weise beantworten: Wenn erkennbar ist, dass einer keine Einsicht in seine Verhaltensweisen hat, die als strafrechtlich relevant gerügt sind, wenn er sie gar fortsetzen wollte oder würde oder dies erkennbar machte, dann würde das auf die Gnadenentscheidung natürlich Rückwirkung haben.

Böhm (NDR) [fragt Gaßmann]:
Würden Sie dann aus Ihrer heutigen Sicht irgendetwas bereuen, falsch gemacht zu haben?

Hermann Gaßmann:
Im Grunde nicht. Ich habe genau das getan, was ich für richtig hielt, auch die Beziehungen mit Menschen und insbesondere mit diesem Kollegen in der DDR zu pflegen, und das hielt ich für notwendig, auch im Interesse meiner Arbeit hier, meiner politischen Arbeit hier, zur Beurteilung der Lage in der DDR. Das halte ich nach wie vor für richtig.

Report (München), 25. September 1984, 21.00 Uhr: „Erst Solidarität, dann Kündigung – DDR-Agent widerlegt IG Metall"; Leiter der Sendung: Günter v. Lojewski. Mitschnitt des [DDR-] Staatlichen Komitees für Rundfunk, Redaktion Monitor, Ostberlin (BStU MfS ZAIG, Nr. 12584, Blatt 8).

Fall Gaßmann – Dokument 11 (1985)

Gewerkschaftliche Solidaritätserklärungen ohne sachliche Fundierung

Bei allen Solidaritätserklärungen Hamburger Gewerkschaftsgremien ist auch zu bewerten, dass die Zugeständnisse des Gewerkschaftssekretärs Hermann Gaßmann im Untersuchungsverfahren gegenüber der Bundesanwaltschaft und gegenüber dem Strafgericht, aber auch die gesamten Entscheidungsgründe, nicht bekannt geworden sind. Selbst die Geschäftsführer der IG Metall, Verwaltungsstelle Hamburg, haben erst faktisch zum Zeitpunkt des Gnadenantrags die vollständige Kenntnis von den gesamten Entscheidungsgründen des Urteils erfahren.

> IG Metall, Verwaltungsstelle Hamburg (Wolfgang A. Engelmann) an Rechtsanwalt Ralf Heine, 11. Jan. 1985 (Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg. Gaßmann 11, G 10).

Abb. 85 *– Die jahrelange Gewerkschaftssolidarität mit Hermann Gaßmann hatte ein Ende, als sie gegenüber ultralinken Kräften hinreichend bewiesen schien und als das HOLG-Urteil sachlich gewürdigt wurde. Der Funktionär wurde der IG Metall lästig. Die Hamburger Rundschau beklagte das; doch von „Brandmarkung" und „Verstoßung" konnte keine Rede sein; bemerkenswerterweise wurde „der Staat" hier in den Überschriften am günstigsten beurteilt – gemeint war der Hamburger Senat, der Gaßmann begnadigt hatte – auf Gewerkschaftsinitiative hin.*

Fall Gaßmann – Dokument 12 (1995)

IG-Metall- und SPD-Funktionäre *"setzten Hafterleichterung und letztlich auch die Begnadigung Hermanns durch"*

Kalter Krieg bis in die Verwaltungsstelle

Die schwerste Belastungsprobe musste die OV und die gesamte VST [Verwaltungsstelle] in den Jahren 1981 bis 1986 bestehen. Im März 1981 wurde unser Sekretär, Kollege Hermann Gaßmann, wegen angeblicher Agententätigkeit für die DDR verhaftet, einige Zeit später nach dem umstrittenen § 99 StGB verurteilt. In der ersten Zeit – unmittelbar nach der Festnahme – hielten wir konsequent an dem Grundsatz fest, dass Hermann solange als unschuldig zu gelten habe, bis das Gegenteil bewiesen ist. Sein Arbeitsverhältnis wurde nicht in Frage gestellt, wir sorgten für seine Verlegung [in eine Haftanstalt] nach Hamburg und initiierten bis hin zum Gewerkschaftstag 1983 eine Kampagne gegen den problematischen § 99 StGB, der schon die Weitergabe allgemein zugänglicher Informationen unter Strafe stellt. Wir setzten Hafterleichterung und letztlich auch die Begnadigung Hermanns durch.[8]

Was sich in dieser Zeit an internem „Krieg" abspielte, war unbeschreiblich. Hermann Gaßmann wurde zum Märtyrer in einem „Unrechts- und Verfolgungsstaat". Es bildete sich eine Sympathie-Bewegung aus den verschiedensten Motiven: Viele Kolleg(inn)en wollten Hermann menschlich helfen, empfanden sein „Vergehen" als Bagatelle, für andere wiederum war Hermanns Inhaftierung der Anlass, das politische System in der BRD grundsätzlich in Frage zu stellen. Und zum System gehörten natürlich auch die Entscheidungsträger innerhalb der IG Metall. Die OV [Ortsverwaltung] setzte sich gegenüber dem Vorstand durch: Hermann Gaßmann wurde auch nach seiner Verurteilung nicht entlassen. Doch als nach der Rechtskraft des Urteils und der späteren Begnadigung Hermann Gaßmann auf seinen Arbeitsplatz als politischer Sekretär in unserer VST zurückkehren wollte, versuchte der Vorstand das Arbeitsverhältnis einvernehmlich zu lösen. […]

Hermann lehnte eine einvernehmliche Auflösung seines Arbeitsvertrages ab, obwohl sich auch die gesamte Belegschaft der VST gegen eine weitere Zusammenarbeit mit ihm ausgesprochen hatte. Der Vorstand entschied sich für eine Kündigung Hermanns und beauftragte die OV, diesen Schritt zu vollziehen. Während der entscheidenden OV-Sitzung besetzten rund 150 Kolleg(inn)en die Verwaltungsstelle und forderten die OV auf, sich der Vorstandsauflage zu widersetzen. Dieses Ansinnen war unrealistisch. Erst im August 1986, nach einem langwierigen Arbeitsgerichtsverfahren, verfügte das Landesarbeitsgericht die Auflösung des Arbeitsverhältnisses von Hermann Gaßmann.[9]

Die Hamburger IG Metall ist in diesen Jahren – nach außen hin kaum sichtbar – zurückgeworfen worden. Dieser ungewöhnliche, von Feindseligkeiten geprägte Konflikt kostete den Verantwortlichen und der Organisation sehr viel Kraft, die wir für die Gewinnung neuer Mitglieder so dringend gebraucht hätten. […] Rückblickend hat sich eine Schlussfolgerung aus der „Affäre Hermann Gaßmann“ ergeben: Eine Gewerkschaft als Interessenvertretung ihrer vielen Mitglieder darf derartige Blockierungen ihrer Arbeit, wie es in den Jahren 1981 bis 1986 in Hamburg der Fall war, nicht zulassen.

> Johannes Müllner: „Um uns’re Stärke mussten wir hart ringen.“ Skizzen einiger Stationen, Kämpfe und Konflikte von 1957 bis 1989. In: „Wartet nicht auf andere, packt jetzt selbst mit an“. Texte, Fotos und Dokumente zur Geschichte der IG Metall in Hamburg 1945–90. Hg. v. d. IG Metall, Verwaltungsstelle Hamburg. Hamburg 1995, S. 87–106, hier S. 104 f.

Anmerkungen

1 *Vgl. BStU, Hermann Gaßmann (XV 2525/65, F16 HV A) , wo die am 3. Mai 1965 angelegte Karteikarte mit der Signatur „Erich Mischorr“ versehen ist (Abb. 83), ferner ISOR aktuell, Nov. 2003, wo Erich Mischorr, Rostock, zum 80. Geburtstag gratuliert wird (auch http://www.isor-sozialverein.de/aktuell/ia_2003/ia_1103b.pdf, 1. April 2015). – Telefongespräch des Verf. mit Gabriele Mischorr, Rostock, am 13. März 2015. Mischorrs Sohn, bis zur Wende ebenfalls bei der MfS-Bezirksverwaltung tätig, hat eine Kontaktaufnahme abgelehnt.*

Abb. 86 *– „Auch das haben wir erlebt" – fast zwei Jahrzehnte nach Johannes Müllners Fazit von 1995 (Dok. 11) hat das IG-Metall-Seniorenecho ganz kommentarlos an den Fall Gaßmann erinnert. Ausdrücklich und offiziell scheint von Seiten der IG Metall nie festgestellt worden zu sein, dass Gaßmann tatsächlich Spion war.*

2 *Vgl. die Internetseite Kundschafter der DDR - ehemalige Aufklärer klären auf (http://www.kundschafter-ddr.de/?page_id=16, 1. April 2015); die Masse der „Kundschafter"-Prozesse fand nach der dort sogenannten „Zeitenwende" statt.*

3 *Gaßmanns Sohn, Joachim Gaßmann (Worpswede), hat am 12. Sept. 2015 - in Begleitung von Hermann Gaßmanns Großneffen, Jan Eiking, – in der Hamburger Staatsbibliothek das Manuskript des vorliegenden Dossiers gesichtet und dem Verf. einige Fragen beantwortet: Er sei von der Verhaftung seines Vaters nicht überrascht gewesen; er habe zuvor Verwunderliches wahrgenommen, worauf er sich hernach aufgrund der gegen seinen Vater erhobenen Vorwürfe einen Reim hätte machen können; er habe*

stets etwas außerhalb der politischen Gespräche gestanden, die seine Eltern und seine beiden politisch engagierten Schwestern miteinander geführt hätten. Über das Thema „Hermann Gaßmann – ein Spion?" gebe es bis heute innerfamiliäre Kommunikationsprobleme. Die BStU-Unterlagen seien der Familie nicht bekannt.

4 *Johannes Müllner, Gespräch mit d. Verf. am 16. Dez. 2014.*

5 *Vgl. Stefan Doernberg (u.a.): Außenpolitik der DDR. Sozialistische deutsche Friedenspolitik. Hg. v. Institut für Internationale Beziehungen (Potsdam). Berlin: 2., überarb. Aufl. (Staatsverlag der DDR) 1982; „Bewegter Frieden". Hg. v. d. Bundeszentrale für politische Bildung u. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (www.jugendopposition.de/index.php?id=190, 1. April 2015).*

6 *Müller, der unübersehbar mit Dürrbeck sympathisiert, hat es vorgezogen, die Frage, ob Dürrbeck ein Spion gewesen sei, unbeantwortet zu lassen. Die BStU-Unterlagen (Archiv der Zentralstelle, MfS HV A Nr. 644, Teil 2 von 2) enthält aber eine Karteikarte „Heinz Dürrbeck" mit der Reg.-Nr. 13853/60, und es gibt beim BStU auch eine Reihe von SIRA-Daten mit dieser Registriernummer und dem Decknamen „Wein" aus den Jahren 1973/74, die sich auf die IG Metall (auf die Vorstandsebene dort) beziehen, aber auch auf Unternehmen, in deren Aufsichtsrat Dürrbeck saß (AEG-Telefunken, Salzgitter AG, Thyssen).*

7 *Dem Ex-Spion Rolf Grunert (alias „Wilhelm Schneider") hat Vetters Attacke gut gefallen, vgl. ders.: Der Kriminalkommissar. Biografie. Berlin 2003, S. 375.*

8 *Der damalige Hamburger IG-Metall-Vorsitzende Johannes Müllner war auch Beisitzer im SPD-Landesvorstand.*

9 *Es kam zu einem Vergleich vor dem Landesarbeitsgericht, am 18. April 1986 (Hamburger Institut für Zeitgeschichte, Gaßmann 11 G 10).*

Abb. 87 *– Ruth Polte (hier um 1980), in der DDR als Dissidentin über zwei Jahre lang inhaftiert, dann konspirativ in die Bundesrepublik geschickt, hat ihren Dresdner, Ostberliner und Rostocker Auftraggebern keine hervorragenden Dienste geleistet, sich aber auch nicht vom DDR-Geheimdienst zu lösen vermocht.*

Ruth Polte *alias* "Blumenfeld" (1960–1989). Das zermürbte Stasi-Opfer

Polte, Ruth, geb. Hötzsch, gesch. Wieprich
geb. 26. März 1931 in Dresden

Ausbildung, Berufstätigkeit, DDR-Verfolgung
In der DDR: Institut für Lehrerbildung Leipzig 1951/52; Berufstätigkeit an einer Dresdner Grundschule 1952/53; Studium an der *Karl-Marx-Universität* Leipzig (KMU) 1953–1957; Staatsexamen für Oberstufenlehrerinnen (im Fach Russisch); vorgesehen als Stipendiatin / Gaststudentin am Institut für Sprachen der *Lomonossow-Universität* in Moskau, am Tag der Abreise (6. Sept. 1957) Festnahme; Inhaftierung 1957–1959 (im Hallenser *Roten Ochsen*); Berufsverbot; 1959/60 Spachtelschleiferin im *VEB Mikromat* / Dresden (Werkzeugmaschinenbau).

In der Bundesrepublik: 1960 Bürokraft im MAN-Motorenwerk Hamburg; 1962 Bürohilfskraft bei der Deutschen Werft AG Hamburg; 1962-1966 Sekretärin des Vereins *Weltweite Partnerschaft in Hamburg e.V. Solidarität für Afrika, Asien und Lateinamerika* (WWP); 1967/68 Sekretärin des SPD-Kreisverbands Eimsbüttel; 1968–1991 Sachbearbeiterin im gemeinsamen Büro der Hamburger Bundestagsabgeordneten; 1991 Ruhestand; 1991–1993 Privatsekretärin des MdB Peter Paterna.

Parteien, Verbände, Firmen, Ämter, Mandate
NS-Zeit: Jungmädel-Bund (1942–1945);
DDR: SED, FDGB, FDJ, DSF, GST, DFD (alle seit 1948/49 bis 1957); zeitweise Mitglied der Parteileitung Slawistik/Romanistik an der KMU Leipzig;
Bundesrepublik: SPD (1960-1993), *Weltweite Partnerschaft in Hamburg e.V.* (1962); Arbeiterwohlfahrt, ÖTV; Bundesvorstand der Senioren in der SPD; Bezirksversammlung Eimsbüttel (1986–1992); Hamburgische Bürgerschaft (1992/93).

Spionage für die DDR
1960–1989 (für das MfS, zunächst Bezirksverwaltung Dresden, 1960–1962; sodann HVA II, Referat 4, zuständig für SPD und Umfeld).
Deckname „Blumenfeld". MfS-Reg.-Nr. XV/2671/60.

Ausspähungsbereich
Hamburger SPD und Organisationen in deren Umkreis; Bundestagsabgeordnete, Vertretung des Landes Hamburg beim Bund; Institutionen der PID (der „*Politisch-ideologischen Diversion*"; z. B. Haus Rissen).

Entgelt
35.000 DM (nach Rekonstruktion/Schätzung des HOLG).

DDR-Auszeichnungen
Verdienstmedaille der DDR, um 1980 herum, verbunden mit 1000 DM Prämie.

Sonstige Verbindungen in die DDR
Mutter und zwei Brüder.

StGB-Hintergrund und rechtliche Sanktionen in der Bundesrepublik
§ 100e StGB (bis 1968); § 99 StGB (betr. *Geheimdienstliche Agententätigkeit*, in Kraft seit 1968). – HOLG-Urteil vom 21. Nov. 1996 (Az.: 1 OJs 7/95): 9 Monate Haft auf Bewährung, Verfall von 35.000 DM MfS-Honorar, in monatlichen Raten von 5000 DM zu zahlen.

Werke
Vom Alltag des Untersuchungshäftlings beim Staatssicherheitsdienst. Erlebnisbericht (leicht gekürzt) des ehemaligen Häftlings Ruth Hötzsch, Diplom-Slawistin, niedergeschrieben 1960. In: [Karl Wilhelm Fricke:] Der Staatssicherheitsdienst. Ein Instrument der politischen Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Hg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn/Berlin 1962, S. 187–197.

Gedruckte Quellen und Literatur
Joseph Scholmer: „*Man holte mich zum Verhör*." Eine Dokumentation über die politische Verfolgung in Mitteldeutschland. Folge 5: Die Maßnahmen gegen die Intelligenz. Deutschlandfunk (Abt. Politik), gesendet

15. März 1966 (20.00 Uhr); Veit Ruppertsberg: „*Ich wollte alles loswerden*“. Ruth Polte berichtet über ihre Stasi-Agententätigkeit. In: Hamburger Abendblatt, 26. November 1993; Winfried Schröder: Leipzig 1957. Romanisches Institut. In: Lendemains. Etudes comparées sur la France 73 (1994), S. 188–244; „*Ich habe das Jonglieren mit drei Bällen geübt*“. Frauen in der Hamburgischen Bürgerschaft, 1946–1993. Hg. v. Inge Grolle / Rita Bake. Hamburg 1995; Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999; Silvia Müller: Es kann dich jederzeit wieder erwischen. Ein Gespräch mit der 56erin Charlotte Kossuth. In: Horch und Guck, Heft 37/2002, S. 8–13. Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Göttingen 2007. Erich Loest: Prozesskosten. Bericht. Göttingen 2007.

„Schlaflose Nächte“

Wieviel Silberfäden wuchsen dir
In den schlaflosen Nächten
Als du ruhelos
Alle Fenster aufgerissen hast
Den Atem spürtest
der fremden Stadt
Das unruhige Klopfen
des winzigen Herzens
in der engen Brust
Viel vertrugst du nicht mehr
Hast manchmal den Teller
beiseitegeschoben

Fordertest heimlich
Kommt hervor
Zeigt euch doch
Und hattest Angst
Dass du sie sehen könntest
Die dir schweigend
in den Weg treten würden
ihre Marke zeigen
ihren Wagen
ihre eisgrauen Augen
Ihre Angst
Vor dir
Schwache
Mutige Frau

Ralf Julke: Schwache mutige Frau. Für Christel G[uillaume, 1927–2004]. In: Wir über uns. Anthologie der Kreisarbeitsgemeinschaft „Schreibende Tschekisten“. Berlin 1984, S. 53.

Ruth Polte.
Spionage und Politik.
Dokumente

Einführung

Unter qualvollen Nächten (wovon in dem vorangestellten Stück Tschekistenlyrik die Rede ist) hat Ruth Hoetzsch zunächst in der MfS-Haft gelitten, die in ihrem 1960/61 für das Bonner Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen (unter CDU-Minister Ernst Lemmer) verfassten Bericht kaum übertrieben geschildert worden sein dürfte (Dok. 1). Das oben zitierte Gedicht, mit einem Schuss männlichen Chauvinismus versehen, ist Christel Guillaume gewidmet, einer gewiss willensstärkeren, vor allem aber nicht mit Mitte Zwanzig in Leipzig und im Hallenser *Roten Ochsen* gebeugten Persönlichkeit. Die Agentin Christel Guillaume ist 1956 mit ihrem „*Kampfgefährten*", Führungsoffizier und Ehemann Günter Guillaume unternehmungslustig in die Bundesrepublik „geflohen" (wie allein die MfS-Legende vorgab).[1] Ruth Hötzsch ist 1960 von Stasioffizieren vor dem Flüchtlingslager Berlin-Marienfelde abgesetzt worden – gedemütigt, ausgelaugt, eines großen Teils ihrer Lebensperspektive beraubt. In Marienfelde gab sie zu Protokoll, sie sähe „*keinen Grund, länger in dem Staat zu leben, den ich innerlich vollkommen ablehnen muss*". Sie habe sich nicht sicher gefühlt, aber zunächst nicht fliehen können, weil sie überwacht worden wäre; erst nachdem die Aufmerksamkeit der Aufsichtsorgane nachgelassen hätte, sei sie nach Berlin „*geflüchtet*". Also wurde ihr nicht „*zugemutet*", „*länger in der SBZ zu bleiben*".[2] Besonders kritisch scheint man bundesdeutscherseits damals gegenüber tatsächlichen oder angeblichen Flüchtlingen nicht gewesen zu sein, und Ruth Hötzschs schon genannter Bericht über ihre Zeit im *Roten Ochsen* wurde dann auch entsprechend medial weitergereicht (Dok. 2).

Mit anderen Intellektuellen zusammen war Ruth Hötzsch, damals verheiratete Wieprich, 1957 festgenommen, Ende 1958 wegen „*Bildung konterrevolutionärer Gruppen in Leipzig und Halle*" verurteilt worden (Dok. 3,

4). Besonders hart wurde der Slawist Ralf Schröder betraft, Wissenschaftlicher Assistent an der Karl-Marx-Universität Leipzig, der der Studentin Ruth Wieprich, geb. Hötzsch, die ihn sehr bewunderte, den bekanntgewordenen Roman *Tauwetter* von Ilja Ehrenburg als Thema für ihre Staatsexamensarbeit aufgegeben hatte – ein Thema, von dem die Universität hernach verlauten ließ, es sei für Staatsexamina nicht geeignet (Dok. 5).

Einige von Ruth Hötzschs Mitangeklagten, darunter ebenfalls Ralf Schröder, zeigten sich damals unterwürfig (Dok. 6) und ließen sich auch hernach nicht von einem prinzipiellen Marxismus abbringen; möglicherweise empfand Ruth Hötzsch ähnlich; Intellektuelle sind nicht zwangsläufig liberal orientiert, auch dann nicht, wenn sie staatlicher Unterdrückung ausgesetzt sind. Hötzschs Ehemann, der Student Helmut Wieprich, mit dem sie noch keine gemeinsame Wohnung bezogen hatte und der sich während Hötzschs Annäherung an Ralf Schröder anlässlich eines Stipendiums meist in Moskau aufgehalten hatte, beeilte sich, die Scheidung einzureichen, und er wurde auf Betreiben des MfS wieder auf freien Fuß gesetzt – vermutlich nach Verpflichtung als IM. Ruth Hötzsch sah sich einschlägigen Versuchungen hinter Gittern ausgesetzt: Wolle sie nicht mit dem MfS zusammenarbeiten? Der Anstaltsleiter lobte sie wegen eines Aktes des Verrats an Mithäftlingen (Abb. 92). Doch erst nach Absitzen der gesamten Strafe kam sie mit dem MfS überein.

Im Sinne der Vorschriften geschah Ruth Hötzschs Anwerbung durch den Dresdner MfS-Offizier Klaus Repa nicht.[3] Übersiedlungs-IM sollten besonders hohe Anforderungen *in puncto* Regimetreue erfüllen, ehemalige politische Häftlinge schieden aufgrund dieser Vorstrafe geradezu definitionsgemäß aus (gleichwohl war Hötzsch/Polte kein Einzelfall).[4]

„Zur Durchführung besonders anspruchsvoller politisch-operativer Aufgaben“

Übersiedlung von IM. – Politisch-operative Methode für den ständigen oder zeitweiligen Einsatz von zuverlässigen und speziell ausgebildeten IM aus der DDR im Operationsgebiet. Übersiedelte IM werden zur Durchführung besonders anspruchsvoller politisch-operativer Aufgaben, deren Erfüllung maßgeblichen Einfluss auf die Effektivität und Sicherheit der Arbeit mit IM im Operationsgebiet haben, eingesetzt.

Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit“, Potsdam 1985.

Ruth Hötzsch hat nach ihrer getarnten Übersiedlung in die Bundesrepublik zwar den Mut aufgebracht, im Auffanglager – entgegen der ihr erteilten MfS-Weisung – darum zu bitten, sie nach Hamburg gehen zu lassen (wo ein Onkel von ihr lebte) und nicht in die Nähe des Bonner Machtzentrums (vorübergehend war auch von Schwerte / NRW die Rede); sie hat gleichwohl davon abgesehen, sich den bundesdeutschen Behörden gegenüber zu offenbaren, möglicherweise nicht zuletzt aus Rücksicht auf Familienmitglieder, die in der DDR zurückgeblieben waren.

Gelegenheit zu einer solchen Offenbarung wäre wohl auch gegenüber dem DDR-kritischen Journalisten Karl Wilhelm Fricke (geb. 1929) gewesen, der Anfang der 1960er Jahre in Hamburg arbeitete und den schon genannten Bericht Ruth Hötzschs über ihre MfS-Haft in die von ihm zusammengestellte und eingeleitete, vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen 1962 (ohne Namensnennung des Bearbeiters) herausgegebene Dokumentation *Der Staatssicherheitsdienst* aufgenommen hat (Dok. 1). Fricke, Ex-DDR-Bürger, war 1949 wegen regimekritischer Äußerungen dort in Polizeigewahrsam genommen worden, hatte aber fliehen und in die Bundesrepublik wechseln können. 1955 war er vom MfS von West- nach Ostberlin entführt worden und hatte nach einem Geheimprozess mehrere Jahre lang wegen „*Kriegs- und Boykotthetze*“ (nach Art. 6 der DDR-Verfassung) in *Bautzen II* gesessen.[5] Die Vokabel „*Boykotthetze*“ war keine DDR-Erfindung, sondern hatte schon zum Wortschatz der NS-Diktatur gehört: Julius Streicher war 1933 Leiter des *Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze* geworden. „*Boykotthetze*“ wurde nun auch einigen von Ruth Hötzschs Mitangeklagten zur Last gelegt. Doch Hötzsch hat Fricke gegenüber das ihr vom MfS aufgetragene Spiel fortgespielt – ob nun aus Überzeugung oder im Zustand einer Unentschlossenheit, die keineswegs unverständlich wäre.

Ruth Hötzsch, später verheiratete Polte, hat in den Jahrzehnten ihres Doppellebens in Hamburg wohl nicht allein „*die Marke*“ bundesdeutscher Staatsschutzbeamter gefürchtet, sondern auch „*die eisgrauen Augen*“ von MfS-Mitarbeitern, mit denen im von Ostberlin sogenannten „*Operationsgebiet*“ stets gerechnet werden musste. Sie neigte zu Ängstlichkeit und erhielt auch deshalb einen Residenten in Kurt Wand *sen.* (Dok. 6). Arved Rüden ist tatsächlich von einem MfS-Kurier aufgesucht worden, als er sich

längere Zeit in Ostberlin nicht gemeldet hatte; was passiert wäre, wenn Rüden dem Mann eine Absage erteilt hätte, darüber kann freilich nur spekuliert werden. Ausgeschlossen war es wohl nicht, dass das MfS die Akte solcherart unzuverlässiger IM einfach geschlossen hätte.

Die *Geheimdienstliche Agententätigkeit* ist Ruth Polte im Laufe von drei Jahrzehnten dann zur Routine geworden. Sie war in der DDR eingekerkert worden, weil sie sich für die Idee eines menschlicheren Sozialismus/Kommunismus zu erwärmen begann, von dem manche aus ihrem Umfeld damals – mangels Alternative – glaubten, er könne durch die Gestalt Leo Trotzkis symbolisiert werden; das DDR-Regime hatte sie um Berufs-, ja Lebensperspektiven gebracht und sie auf diese Weise zur Spionage in der Bundesrepublik indirekt gepresst. Gleichwohl ist Ruth Polte nicht nur bundesdeutsche Sozialdemokratin geworden, sondern wohl auch Sozialistin geblieben (wenn sie nicht allein aus Angst oder materiellen Motiven spioniert haben sollte).

Eine Parallele hierzu bietet unter anderem der Leipziger Slawistikdozent und Gorki-Experte Ralf Schröder, dem Ruth Hötzsch sich 1956/57 angeschlossen hatte (Dok. 3–5).[6] Der erheblich profiliertere Intellektuelle hat von den ihm auferlegten zehn Jahren Zuchthaus sechs Jahre in *Bautzen II* abgesessen; er ist amnestiert, aber auch an der Fortführung seiner akademischen Tätigkeit gehindert und fürderhin argwöhnisch vom MfS beäugt worden – trotz alledem hat er nicht nur dem Marxismus die Treue bewahrt, sondern ist vor allem auch selbst in den Dienst der „Stasi" getreten, um Kollegen im *Verlag Volk und Welt*, wo er als Lektor arbeitete und viel zur Verbreitung neuer (sowjet-) russischer Literatur beigetragen hat, anderthalb Jahrzehnte lang zu bespitzeln – als IM „Karl".[7] Der Slawist Ronald Lötzsch (später noch Ehemann der *Linken*-Politikerin Gesine Lötzsch), ebenfalls im Dezember 1958 in Halle verurteilt, profitierte nach zwei Jahren *Bautzen II* von einer Amnestie, konnte seine akademische Laufbahn fortsetzen, war aber zumindest noch zwei Jahrzehnte als IM „Heinz" tätig.[8]

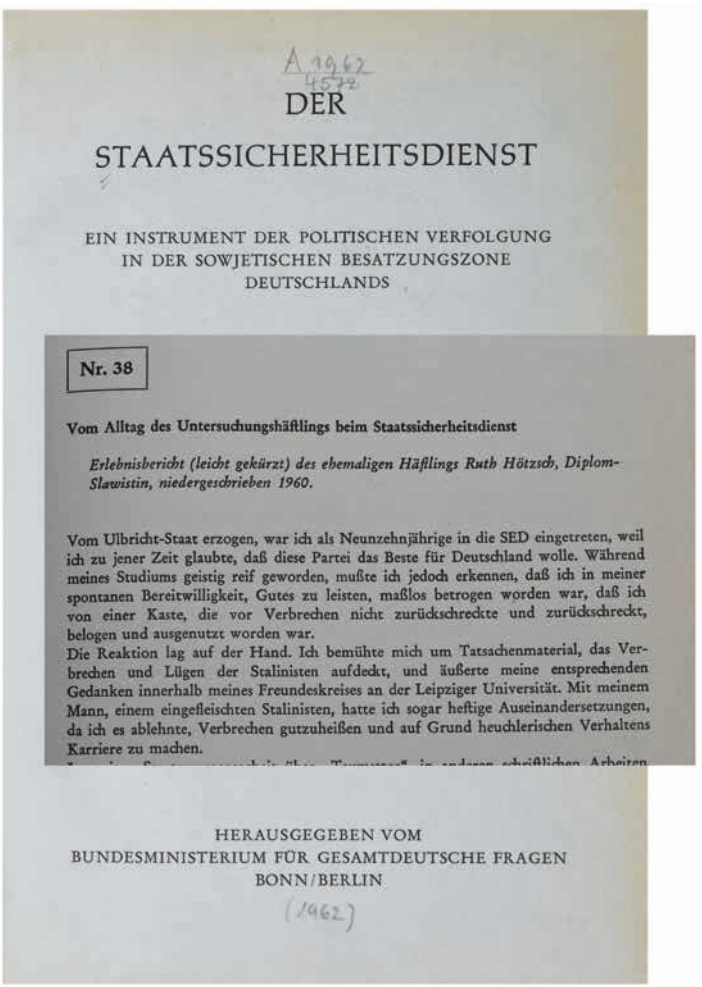
Ruth Hötzsch heiratete 1969 in Hamburg erneut und war dadurch finanziell abgesichert, insofern auf die MfS-Zuwendungen nicht angewiesen. Möglicherweise war sie aber nicht nur im politischen Engagement, sondern auch durch ihre *Geheimdienstliche Agententätigkeit* bestrebt, sich ge-

genüber ihrem – wie ein Führungsoffizier angegeben hat – „*eifersüchtigen*“ Ehemann einen gewissen Freiraum zu bewahren. An ihre akademischen Bemühungen hat sie nicht angeknüpft, ist auch nicht als Russischlehrerin oder -übersetzerin tätig geworden (möglicherweise mangels Nachfrage), hat sich vielmehr mit Bürotätigkeiten begnügt (oder begnügen müssen); ob sie die politische und intellektuelle Entwicklung ihres einstigen Dozenten Ralf Schröder verfolgt hat, wissen wir nicht.

Ruth Poltes politische Laufbahn in der SPD war solide (Bezirksversammlung, Seniorenbeauftragte, kurze Zeit als Nachrückerin in der Bürgerschaft), aber nicht glanzvoll. Aus ihrer Nähe zu hochrangigen SPD-Politikern (Bundestagsabgeordneten, Ministern) hat sie nicht das herausgeholt, was das MfS sich erhoffte; die meist als minderwertig bis mittelmäßig eingestuften Informationen brachte sie nicht selbst nach Ostberlin, weil man ihr dort – wie schon erwähnt – einen Hamburger Residenten (Kurt Wand *sen.*) gegeben hatte, später auch eine Kurierverbindung („Ilona“). Von den in der SIRA-Teildatenband 12 (in der BStU) für die Jahre 1974 bis 1986 verzeichneten Lieferungen sind zwar zehn mit einem „*Gut*“ benotet worden, insbesondere Tonbandprotokolle von SPD-Landesparteitagen;[9] auch Poltes Bericht über Hintergründe eines Polenbesuchs des SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Herbert Wehner 1974 gehörte dazu und wurde als interne MfS-Information herumgereicht (Dok. 8). Es handelte sich aber wohl mehrfach um eine wohlwollende, auch den Interessen des benotenden Offiziers dienende Einstufung, die partiell vermutlich auch darauf zurückzuführen war, dass die HV A der bundesdeutschen Presse nicht mehr zutraute als den von Partei und Staat gelenkten Medien in der DDR.

Eine „Tschekistin“ war Ruth Polte sicherlich weder in ihrem Habitus noch in ihrem Selbstverständnis; Tapferheit hat sie in Ausübung der Spionagetätigkeit nicht an den Tag gelegt, und sofern Durchhaltevermögen, war daran wohl auch ein Stück Angst beteiligt. Ob sie sich als „*Kundschafterin des Friedens*“ verstanden hat, kann nicht mehr nachvollzogen werden; das HOLG hat ihr ein teilweise schlechtes moralisches Zeugnis ausgestellt, nämlich sogar als strafverschärfend eingestuft, dass sie Individuen aus ihrem beruflichen und politischen Umfeld getäuscht habe (wobei berufliches und politisches Umfeld zusammenfielen, Dok. 10). Die von der Bonner sozialliberalen Koalition in den 1970er Jahren betriebene Ostpolitik hat

ihr als Sekretärin im Büro der Hamburger Bundestagsabgeordneten deutlich vor Augen gestanden. Ob sie der Ansicht war, dass es darüber hinaus für Frieden und Verständigung gegenüber Osteuropa nützlich sein könne, vermeintliche oder tatsächliche Interna der sozialdemokratischen Partei an den SED-Staat (mit dessen eigentümlicher Friedens-Auffassung) zu verraten, ist wohl nicht mehr zu ergründen. Ihr SPD-Engagement hat sie auf Lokal- und Seniorenpolitik konzentriert (Dok. 9) und unter dem Aspekt der Friedenspolitik heißt das: beschränkt.



A 1962
4572

DER

STAATSSICHERHEITSDIENST

EIN INSTRUMENT DER POLITISCHEN VERFOLGUNG
IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE
DEUTSCHLANDS

Nr. 38

Vom Alltag des Untersuchungshäftlings beim Staatssicherheitsdienst

Erlebnisbericht (leicht gekürzt) des ehemaligen Häftlings Ruth Hötzsch, Diplom-Slawistin, niedergeschrieben 1960.

Vom Ulbricht-Staat erzogen, war ich als Neunzehnjährige in die SED eingetreten, weil ich zu jener Zeit glaubte, daß diese Partei das Beste für Deutschland wolle. Während meines Studiums geistig reif geworden, mußte ich jedoch erkennen, daß ich in meiner spontanen Bereitwilligkeit, Gutes zu leisten, maßlos betrogen worden war, daß ich von einer Kaste, die vor Verbrechen nicht zurückschreckte und zurückschreckt, belogen und ausgenutzt worden war.
Die Reaktion lag auf der Hand. Ich bemühte mich um Tatsachenmaterial, das Verbrechen und Lügen der Stalinisten aufdeckt, und äußerte meine entsprechenden Gedanken innerhalb meines Freundeskreises an der Leipziger Universität. Mit meinem Mann, einem eingefleischten Stalinisten, hatte ich sogar heftige Auseinandersetzungen, da ich es ablehnte, Verbrechen gutzuheißen und auf Grund heuchlerischen Verhaltens Karriere zu machen.

HERAUSGEGEBEN VOM
BUNDESMINISTERIUM FÜR GESAMTDEUTSCHE FRAGEN
BONN/BERLIN
(1962)

Abb. 88 – *Ruth Hötzsch, spätere Polte, hat nach ihrer Übersiedelung in die Bundesrepublik 1960 einen Bericht über ihre Stasihaft niedergeschrieben; Karl-Wilhelm Fricke veröffentlichte ihn in einer Dokumentation des Bonner Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen. Ob dieser Text auch (aus der Sicht der DDR oder auch aus Sicht des Bonner Ministeriums) „operative" Elemente enthielt, beispielsweise stilistische Zuspitzungen, kann wohl nicht mehr festgestellt werden.*

Fall Polte – Dokument 1 (1962)

Erst "Tauwetter", dann Haft in Leipzig

Vom Ulbricht-Staat erzogen, war ich als Neunzehnjährige in die SED eingetreten, weil ich zu jener Zeit glaubte, dass diese Partei das Beste für Deutschland wolle. Während meines Studiums geistig reif geworden, musste ich jedoch erkennen, dass ich in meiner spontanen Bereitwilligkeit, Gutes zu leisten, maßlos betrogen worden war, dass ich von einer Kaste, die vor Verbrechen nicht zurückschreckte und zurückschreckt, belogen und ausgenutzt worden war. Die Reaktion lag auf der Hand. Ich bemühte mich um Tatsachenmaterial, das Verbrechen und Lügen der Stalinisten aufdeckt, und äußerte meine entsprechenden Gedanken innerhalb meines Freundeskreises an der Leipziger Universität. Mit meinem Mann, einem eingefleischten Stalinisten, hatte ich sogar heftige Auseinandersetzungen, da ich es ablehnte, Verbrechen gutzuheißen und auf Grund heuchlerischen Verhaltens Karriere zu machen.

„Staatsverbrecher, kriminelle, dekadente, asoziale, religiös gebundene u. a. Personen“

Dissident, lateinisch für „Andersdenkender“, „Andersgläubiger“. Vom Gegner bewusst gewählte Bezeichnung für Personen in den sozialistischen Staaten, die sich in prinzipieller Weise mit der Weltanschauung der Arbeiterklasse und der gesellschaftlichen Praxis in den sozialistischen Ländern in Widerspruch befinden und mit dementsprechenden Absichten und Handlungen an die Öffentlichkeit treten, zum Teil unter bewusster Umgehung bzw. Missbrauch der Möglichkeiten der sozialistischen Demokratie.

Die Verwendung dieses Begriffs soll eine „breite innere Opposition“ und „Untergrundbewegung“ in den sozialistischen Ländern vortäuschen. Entsprechend dieser Zielstellung werden vom Gegner sowohl Staatsverbrecher als auch kriminelle, dekadente, asoziale, religiös gebundene u. a. Personen, die mit der Weltanschauung der Arbeiterklasse und der gesellschaftlichen Praxis in den sozialistischen Ländern nicht übereinstimmen, als D. bezeichnet.

Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit“, Potsdam 1985.

In meiner Staatsexamensarbeit über „Tauwetter“,[10] in anderen schriftlichen Arbeiten, in Referaten und Diskussionen, standen bei mir die Gedanken der Verurteilung des Stalinismus, das Suchen nach der Wahrheit im Vordergrund und der Wunsch nach einer menschlichen Politik, die die

Menschen nicht nur nicht schändet und [sie] leben lässt, sondern ihnen Gedankenfreiheit und alle anderen bürgerlichen Freiheiten gewährt, die den Menschen als Persönlichkeit in Gedanken und Taten sich entfalten und existieren lässt. Mit einer solchen geistigen Haltung war ich gewissen Kreisen aufgefallen. Dennoch kam es für mich völlig unerwartet, als ich – gleichsam wie von Straßenräubern überfallen – am 6. September 1957 auf der Autobahn Leipzig - Berlin mit meinem Ehemann vom SSD [Staatssicherheitsdienst] an der Weiterfahrt gehindert wurde. Der Wagen war sofort von vier SSD-Leuten umstellt, und ich wurde zum Umsteigen in den EMW des Staatssicherheitsdienstes aufgefordert [in einen Wagen aus dem **E**isenacher **M**otoren-**W**erk, vormals eine Fabrik des Autobauers BMW]. […]

Nur die gerade Sitzhaltung war [in der Zelle, auf dem Bettrand] erwünscht. Doch selbst, wenn man meinte, „*ordentlich*" dazusitzen, fanden die Posten etwas daran herumzunörgeln und forderten in ihrer ruppigen Art: „*Setzen Se sisch ordentlisch hin*", um damit den Gefangenen zu drangsalieren. Laufen und Stehen durfte man auch im Zellenraum. Doch wenn man den Posten zu lange gelaufen schien, forderten sie zum Sitzen auf, um damit dem Gefangenen zu beweisen, dass er nicht Herr auch nur der geringsten erlaubten Handlungen war. Wehe aber, wenn es einem Gefangenen passierte, dass er sich etwas bequemer hinsetzte, da er Rückenschmerzen spürte. Sofort wurde mit dem Riegel dermaßen gegen die Tür geschlagen, dass der Mensch in der Zelle vor Aufregung und Erschrecken zu zittern begann. Mir selbst war es einmal passiert, dass ich in der fünfzehnten Stunde ewigen Sitzens am Tage vor Ermattung in meiner Sitzhaltung eingeschlafen war. Ehe ich recht begreifen konnte, war die Tür mit einem lauten Getöse aufgeschlossen worden und der Anstaltsleiter eingetreten. Er schrie mich an, ob ich die Haftraumordnung kennte. Da ich vor Aufregung und Schreck keinen Ton hervorbringen konnte und ihm so keinen Stoff zum Weiterbrüllen bot, hatte er bald sein Pulver verschossen. Kaum hatte sich aber die Tür wieder hinter ihm geschlossen, löste sich in mir der Krampf in Tränen auf. In solchen Augenblicken, da man das Toben von Posten und Vernehmern hören konnte – und das geschah laufend –, befiel uns stets eine solche Lähmung. Das Herz drohte stillezustehen vor Anspannung und zuckte nur noch in der Erwartung von etwas Schrecklicherem. In der Stille des Zellenhauses konnte man deutlich jedes laute Gespräch verneh-

men, ganz zu schweigen von den barschen Zurechtweisungen der Posten. So trugen wir Häftlinge, obwohl wir einander nicht kannten und durch dicke Mauern voneinander getrennt waren, gemeinsam unsere schweren Stunden, erlebten die Tiefen des jeweils Betroffenen und teilten seinen Schmerz.

Acht Stunden „*Bettruhe*" waren dem Gefangenen erlaubt. Bevor das Licht gelöscht wurde, klappten laut die unteren Riegel an den Türen, die den Einschluss zum Abend und dem Häftling verkündeten: Du bist gefangen! Selbst in der Nacht bleibt der Häftling nicht ohne Beobachtung. Kaum war das Licht gelöscht worden, blinkte es in verschieden langen Zeitabständen wieder auf und kündigte die Kontrolle durch die Posten an. Es mischte sich in die unruhigen Träume, riss aus dem Schlaf und erinnerte an das Gefängnis.

Derart war die psychologische Vorbereitung auf die Vernehmungen. Seelisch zermürbt, sollte der Gefangene bereit sein zu Geständnissen, die ihn überforderten. In den Vernehmungen versuchte man auf verschiedene Art und Weise, den Häftling zu Geständnissen zu zwingen.

Vom Alltag des Untersuchungshäftlings beim Staatssicherheitsdienst. Erlebnisbericht (leicht gekürzt) des ehemaligen Häftlings Ruth Hötzsch, Diplom-Slawistin, niedergeschrieben 1960. In: Der Staatssicherheitsdienst. Ein Instrument der politischen Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. [Bearb. v. Karl Wilhelm Fricke]. Hg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn/Berlin 1962, S. 187–197, hier S. 187.

***Abb. 89** – Hier saß Ruth Hötzsch, spätere Polte, 1958/59 in Haft: DDR-Frauen- und MfS-Untersuchungsgefängnis Halle (Saale), seit dem Ende des 19. Jahrhunderts aus ungeklärten Gründen als „Roter Ochse" bekannt, heute JVA Halle I, aufgenommen in den 1950er Jahren. Seit 1996 wird hier auch eine Gedenkstätte für die Opfer politischer Verfolgung, für vermeintliche und tatsächliche Regimegegner der zwei deutschen Diktaturen unterhalten (Gedenkstätte Roter Ochse).*

Fall Polte – Dokument 2 (1966)

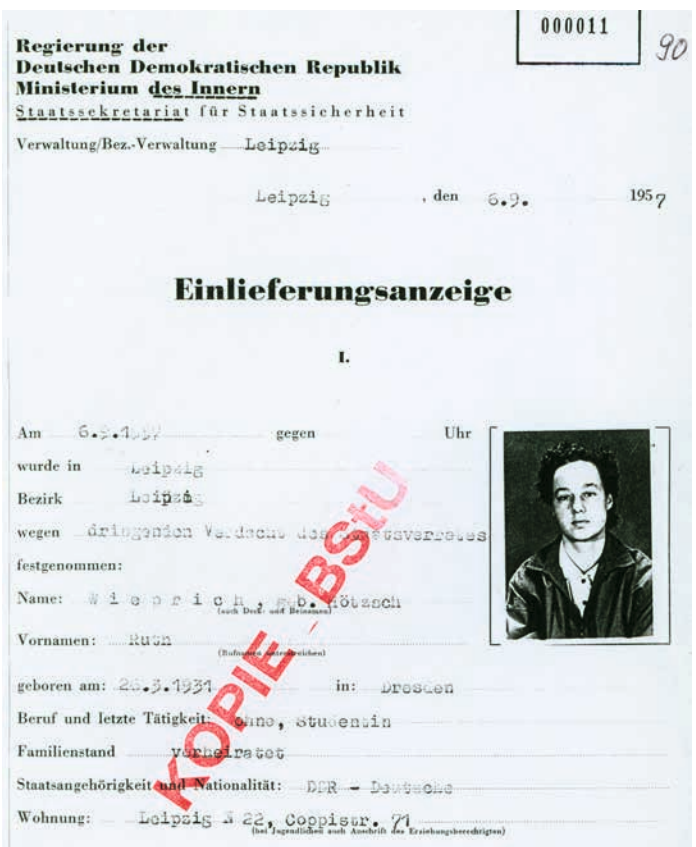
Ruth Hötzsch - ein typisches Schicksal?

Chronist:
Die Terrorurteile gegen [Wolfgang] Harich, [Günther] Zehm und zahlreiche andere Intellektuelle konnten die Opposition jedoch nicht brechen.[11] Immer wieder lehnten sich aufrichtige, vor sich selbst ehrliche junge Menschen gegen die heuchlerische Politik der Ulbricht-Führung auf. Als typisch kann das Schicksal der Leipziger Slawistin Ruth Hötzsch gelten. Sie erzählt:

Sprecherin: [liest aus dem zuvor wiedergegebenen Erlebnisbericht von Ruth Hötzsch …].
[…] *„Vierhunderteinundneunzig Tage dauerte meine Untersuchungshaft".*
[…]

Sprecher:
Dann folgten Prozess und Urteil. Nach einigen Jahren Haft wurde Ruth Hötzsch entlassen und floh anschließend in die Bundesrepublik. Ihr Schicksal war typisch für das vieler anderer Studenten.

Joseph Scholmer: „Man holte mich zum Verhör." Eine Dokumentation über die politische Verfolgung in Mitteldeutschland. Folge 5: Die Maßnahmen gegen die Intelligenz. Deutschlandfunk (Abt. Politik), gesendet 15. März 1966, 20.00 Uhr, Manuskript, S. 23.



000011 90

Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium des Innern
Staatssekretariat für Staatssicherheit

Verwaltung/Bez.-Verwaltung Leipzig

Leipzig , den 6.9. 1957

Einlieferungsanzeige

I.

Am 6.9.1957 gegen Uhr
wurde in Leipzig
Bezirk Leipzig
wegen dringenden Verdachts des Staatsverrates
festgenommen:
Name: Wieprich, geb. Hötzsch
Vornamen: Ruth
geboren am: 26.3.1931 in: Dresden
Beruf und letzte Tätigkeit: ohne, Studentin
Familienstand verheiratet
Staatsangehörigkeit und Nationalität: DDR – Deutsche
Wohnung: Leipzig S 22, Coppiser. 71

KOPIE - BStU

Abb. 90 *– Die DDR-Studentin Ruth Wieprich, geb. Hötzsch (spätere Polte), ist konspirativ verhaftet worden, wegen des „dringenden Verdachts des Staatsverrats", 6. Sept. 1957.*

Fall Polte – Dokument 3 (1958)

1956/1957: *"Bildung konterrevolutionärer Gruppen in Leipzig und Halle"*

Der Staatsanwalt des Bezirks Halle/Saale
Halle/Saale, den 8. Dez. 1958
Anklageschrift

Schröder, Winfried,[12]
geb. am 14. 2. 1925 in Stettin,
Beruf: Diplom-Philosoph, zuletzt tätig als wissenschaftlicher Assistent am Romanischen Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig […]

Hötzsch, Ruth,
geb. am 26. 3. 1931 in Dresden,
Beruf: Sprachlehrerin für Russisch, zuletzt ohne berufliche Tätigkeit […];
Familienstand: geschieden, keine Kinder […];

Ruzicka, Silka, geb. Rössler,
geb. am 26. 9. 1931 in Leipzig, […] zuletzt tätig als Lektorin für Russisch an der Medizinischen Fakultät an der Karl-Marx-Universität Leipzig […];

Kossuth, Charlotte, geb. Scheitzel,[13]
geb. am 16. 6. 1925 in Bolkenhain,
Beruf: Oberschullehrer, zuletzt tätig als Lektorin für Sprachunterricht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg […];

Harress, Hartmut,
geb. am 12. 7. 1921 in Ernstthal,
Beruf: Lektor, zuletzt tätig als Lektor für Sprachunterricht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Halle/Saale […];
klage ich an,
in den Jahren 1956 und 1957 in Leipzig und Halle zu staatsverräterischen Unternehmen Beihilfe geleistet zu haben, die das Ziel hatten, die verfassungsmäßige Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik durch planmäßige Untergrabung zu beseitigen.

Sie haben staatsfeindliche, konterrevolutionäre Gruppen unterstützt, die an den Universitäten beider Städte von den bereits abgeurteilten Staatsverrätern [Ralf] Schröder und [Harro] Lucht gebildet worden waren.

Diese staatsfeindliche Tätigkeit stellt ein Verbrechen nach § 49 StGB in Verbindung mit § 13, Abs. 1 StEG dar.[14] […]

Die Beschuldigte Ruth Hötzsch ist kleinbürgerlicher Herkunft. Ihr Vater Wilhelm Hötzsch war von Beruf Zollbeamter und avancierte als Mitglied der „NSDAP" zum Bezirks-Zollkommissar. In dieser Funktion war er in den vom faschistischen Deutschland während des 2. Weltkrieges besetzten Ländern wie CSR, Polen, Sowjetunion, Frankreich und Italien tätig. Im Februar des Jahres 1946 wurde er wegen seiner Tätigkeit in der Zeit der faschistischen Okkupation von den sowjetischen Sicherheitsbehörden interniert. Seitdem gilt er in der Familie der Beschuldigten als verschollen. […]

Während ihres Studiums am Slawischen Institut der Karl-Marx-Universität, das sie im Juli 1957 mit der Gesamtnote „gut" abschloss, erhielt sie von der Arbeiter- und Bauern-Macht der DDR ein monatliches Stipendium von 210 DM netto. Für die Zeit von September 1957 bis Juli 1958 wurde die Beschuldigte zu einem Studienaufenthalt in die Sowjetunion delegiert. Vor der Abreise wurde sie jedoch wegen der vorliegenden Sache inhaftiert. […]

Da den Imperialisten aufgrund der Erfahrungen ihres Putschversuchs vom Jahre 1953 klar geworden war, dass mit solchen Mitteln ihr Ziel, die DDR zu annektieren, nicht erreichbar ist, begannen sie mit der Taktik des „*Aufweichens*". Mit den Mitteln der psychologischen Kriegsführung wollen sie konterrevolutionäre Zentren schaffen, die die Liquidierung der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR betreiben sollen. In den Jahren 1956 und 1957 kam es zur Bildung konterrevolutionärer Gruppen in Leipzig und Halle, die in engster Verbindung und Zusammenarbeit mit dem konterrevolutionären Zentrum Harich-Janka in Berlin standen[15]. Die konterrevolutionäre Tätigkeit dieser staatsfeindlichen Gruppen bestand darin, daß sie sich 1.) eine staatsfeindliche Konzeption schufen und 2.) diese staatsfeindliche Konzeption durchsetzten mit dem staatsverräterischen Ziel, die

Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR durch planmäßige Untergrabung zu beseitigen und ein konterrevolutionäres Regime zu errichten.

Die Beschuldigten haben an der Tätigkeit dieser staatsfeindlichen Gruppen mitgewirkt, die einmal in Leipzig von den Staatsverrätern Ralf Schröder – Erich Loest – Ronald Lötzsch und in Halle von den Staatsverrätern Harro Lucht und Harry Schmidtke geführt wurden. […]

Der verurteilte Romanist Winfried Schröder über die Rolle seiner Slawistik-Kollegen, 1994

Es versteht sich, dass Slawisten, deren wissenschaftliche Biografie nach 1945 begonnen hatte, vom XX. Parteitag der KPdSU und den Berichten über die Verbrechen in der Stalin-Ära nicht nur politisch besonders betroffen waren. Für sie war das ein erschütterndes fachspezifisches Ereignis, das eine grundsätzliche Korrektur ihres bisherigen Verständnisses der Geschichte der russischen Literatur und insbesondere der Geschichte der Sowjetliteratur erforderlich machte. […]

Sie begriffen es daher als eine besondere fachspezifische und zugleich politische Verpflichtung, engagiert ihren Beitrag zu einer konsequenten Bewältigung des Stalinschen Erbes auch in der DDR zu leisten. So konnte es nicht ausbleiben, dass die Repressionsmaßnahmen gerade sie besonders hart trafen.

Winfried Schröder: Leipzig 1957. Romanisches Institut. In: Lendemains. Etudes comparées sur la France 73 (1994), S. 188–144, hier 134 f. – Winfried Schröder war der Bruder des Slawisten Ralf Schröder, bei dem Ruth Hötzsch ihre „Tauwetter"-Examensarbeit geschrieben hatte.

Die konterrevolutionären Störversuche im Jahre 1956 in der Volksrepublik Polen und der Putschversuch im gleichen Jahr in der Volksrepublik Ungarn wurden von den Mitgliedern der konterrevolutionären Gruppe eifrig besprochen. Aufgrund der einseitigen Information der Gruppenmitglieder durch die feindlichen Nachrichtensendungen westlicher Rundfunkstationen waren sie der Meinung, dass die Situation in Polen von der Regierung der DDR und der SED nicht richtig eingeschätzt wird. Sie schlussfolgerten, dass deshalb auch in der DDR Fehler gemacht werden. Nach Auffassung des Beschuldigten Winfried Schröder war der Verantwortliche hierfür der 1. Stellvertreter des Ministerpräsidenten und 1. Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, der deshalb auch von ihm und den anderen Beschuldigten wie Silka Ruzicka und Ruth Hötzsch als „*Stalinist*" bezeichnet wurde. Der Beschuldigte Winfried Schröder forderte

mit den Beschuldigten Silka Ruzicka und Ruth Hötzsch die Ablösung des 1. Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, von seinen Staats- und Parteifunktionen. […]

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU entwickelte sich bei der Beschuldigten Ruth Hötzsch zunächst aus einer positiven Einstellung zur Partei der Arbeiterklasse in der Folgezeit eine schwankende Auffassung zur Politik der KPdSU, der SED und der Regierung der DDR. Die Entwicklungen ihrer schwankenden politischen Einstellung ergaben sich nach ihrer Darstellung aus den engen Beziehungen und den wiederholten politischen Unterhaltungen mit dem damaligen wissenschaftlichen Assistenten des Instituts für Slawistik der Karl-Marx-Universität Leipzig, Ralf Schröder.

Der Verräter Ralf Schröder machte ihr Mitteilungen über eine angeblich unveröffentlichte Rede des 1. Sekretärs der KPdSU, Chruschtschow und über einen angeblichen Artikel, wonach Chruschtschow, eine zweiseitige Haltung zur Tätigkeit Stalins eingenommen haben soll. Weiterhin führte Ralf Schröder gegenüber der Beschuldigten Hötzsch verleumderische Reden über den 1. Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, die er verschiedentlich auch in Form von politischen Witzen kleidete. […]

Die Beschuldigte war sich über den Charakter der staatsfeindlichen Gespräche mit dem Verräter Schröder durchaus im klaren. Nach der Festnahme des Verräters Lucht in Halle durch die Sicherheitsorgane der DDR unterhielt sie sich mit Ralf Schröder über eine Festnahme Schröders und auch ihrer Person. In diesem Zusammenhang vereinbarten beide für den Fall einer Verhaftung wegen ihrer staatsfeindlichen Handlungen, sich gegenseitig unter keinen Umständen zu belasten. […]

In ihren Gesprächen mit dem Verräter Ralf Schröder war sie sich mit diesem einig, dass eine Veränderung der Politik in der DDR, die den bürgerlichen Ideologien Freiheit gewährt, nur möglich ist durch die Entfernung konsequenter Marxisten-Leninisten wie des 1. Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht. Nach ihrer staatsfeindlichen Konzeption sollten Menschen wie Paul Merker diese Funktion übernehmen. […] Sie versprach sich, auf diese Weise eine „*Massenbasis*“ zu schaffen, um dann […] „*stark genug zu sein*“, den Verräter [Wolfgang] Harich zu befreien.

Im Jahre 1956 führte die Beschuldigte mit dem Verräter Ralf Schröder eine literarische Diskussion über den sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg. Der Verräter Ralf Schröder benutzte gerade die Literatur, um in Form von Seminaren, Diskussionen und zu vergebenden Staatsexamensarbeiten Studenten im Sinne seiner konterrevolutionären Konzeption zu beeinflussen. […]

Durch Ralf Schröder […] wurde sie [Ruth Hötzsch] mit Hilfe der falschen Auslegung der frühen Literatur der Sowjetunion in den 20er Jahren zu der unberechtigten Auffassung gebracht von der Existenz einer Staats- und Parteibürokratie. […]

Die Beschuldigte verherrlichte Trotzki. Bei Zusammenkünften mit dem Verräter Ralf Schröder in Gaststätten und bei anderen Anlässen tranken sie auf das Wohl Trotzkis. […] Bei gemeinsamen Besuchen der Westberliner Buchhandlung Hannemann mit dem Verräter Ralf Schröder las die Beschuldigte trotzkistische Bücher. […]

Die Beschuldigte sprach sich in ihrer Eigenschaft als Mitglied der Grundorganisation Slawisten-Romanisten gegen die Exmatrikulation des Studenten Köppe aus. Köppe hatte in einem Studenten-Kabarett Szenen mit staatsverleumderischem Charakter aufgenommen und sollte deshalb parteierzieherischen Maßnahmen unterworfen werden. Im Sinne ihrer staatsfeindlichen Konzeption verhinderte sie diese Maßnahme […]. […]

Die Beschuldigte ist sich über ihre staatsverräterische Handlung durchaus im Klaren. Zur Existenz der staatsverräterischen Gruppe, in der sie mit tätig war, sagt sie folgendes aus: „*Wie ich bereits ausgesagt habe, bin ich jedoch nicht bei dieser schwankenden Haltung stehengeblieben, sondern es bildeten sich bei mir zur damaligen Zeit (gemeint ist Herbst 1956) staatsfeindliche Ansichten und Bestrebungen heraus. Diese Wandlung zur staatsfeindlichen Einstellung hat nicht der ganze oben umrissene Personenkreis mitgemacht, sondern nur ein geringer Teil davon […], die wissenschaftlichen Assistenten Dr. Ralf Schröder, Ronald Lötzsch und Winfried Schröder vom Slawischen und Romanischen Institut der Karl-Marx-Universität, die Lektorin Silka Ruzicka, der Schriftsteller Erich Loest und der ehemalige Direktor des Leipziger Kabaretts „Die Pfeffermühle", Konrad Reinhold.*" […]

Während die Verräter Ralf Schröder, Lucht und Loest als die maßgebenden und führenden Köpfe in den konterrevolutionären Gruppen in Leipzig und Halle tätig geworden sind, haben die Beschuldigten Winfried Schröder, Ruth Hötzsch, Silka Ruzicka, Charlotte Kossuth und Hartmut Harreß diese staatsverräterischen Handlungen unterstützt und durch Rat und Tat wissentlich Hilfe geleistet. Die Beschuldigten führten ihre strafbaren Handlungen in einer Zeit durch, in der von imperialistischen Kräften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln eine Aufweichung des sozialistischen Lagers versucht wurde, die ähnlich wie in Ungarn über den Weg der Literatur und der ideologischen Beeinflussung in weiteren sozialistischen Staaten zu konterrevolutionären Putschen führen sollten. […]

Mach, Staatsanwalt: Anklageschrift der Statsanwaltschaft Halle (Saale) gegen Winfried Schröder, Ruth Hötzsch u.a., 8. Dez. 1958 (hier zit. nach der BStU-Kopie in: StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1 OJs 7/95, (Sonder-) Bd. 4, Bl. 4 ff.).

* * *

Fall Polte – Dokument 4 (1958)

"In einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis"

Die Angeklagten Hötzsch und Ruzicka sind nach Ansicht des Senats in ihrer Wirkung und Unterstützung der konterrevolutionären Gruppe in Leipzig gleich stark beteiligt. Bei der Strafzumessung konnte jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, dass ihr Beitrag doch geringer war als der des Angeklagten Winfried Schröder. Es musste dabei ferner noch berücksichtigt werden, dass beide Angeklagte in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu dem Initiator der Leipziger Gruppe, Ralf Schröder, standen und dass sie seinem Einfluss aufgrund des Bestehens persönlicher Bindungen besonders stark unterlagen. […][16] Aus diesem Grunde wurde in teilweiser Übereinstimmung mit der Verteidigung von der beantragten Strafe von je zwei Jahren sechs Monate Zuchthaus abgesehen und auf eine Strafe von

je zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus für diese beiden Angeklagten erkannt.[17]

[Rolf] Kaulfersch u.a., Richter: Urteil des 1. Strafsenats des Bezirksgerichts Halle/S. vom 31. Dez. 1958 (1 BS 569/58 – I 577a/58). Hier zit. n. d. BStU-Kopie in: StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1 OJs 7/95, (Sonder-) Bd. 4, Bl. 36 ff.

* * *

Fall Polte – Dokument 5 (2007)

Ralf Schröders Verbrechen: "Studenten zur Fehlerdiskussion in der DDR angeregt"

Der Staatsanwalt des Bezirkes Halle/Saale
Halle/Saale, den 10. November 1958, – I 577/57 –
An das Bezirksgericht – 1. Strafsenat – Halle/Saale
Anklageschrift

1.) Dr. phil. Schröder, Ralf
geb. am, 4. 11. 1937 in Berlin
Beruf: Dr. der Philosophie, zuletzt tätig als wissenschaftlicher Assistent am Slawischen Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig […], z. Zt. in der Untersuchungshaftanstalt Halle/S., Am Kirchtor 20a […],
klage ich an,
es unternommen zu haben, in den Jahren 1956 und 1957 in Leipzig und Halle durch staatsverrätische Handlungen,
und zwar die Beschuldigten
Schröder [*weitere Namen geschwärzt*]
die verfassungsmäßige Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik mit Hilfe planmäßiger Untergrabung zu beseitigen. […]

Da er [Schröder] es als seine Aufgabe betrachtete, an der Universität an Stelle junger Sozialisten junge Trotzkisten auszubilden, nutzte er zur Durchsetzung seiner feindlichen Tätigkeit in zwei Fällen sein Recht aus, Themen für Staatsexamensarbeiten zu vergeben, um die Studenten im Sinne seiner Auffassungen zu beeinflussen. So vergab er an die ehemalige Studentin [*geschwärzt*, muss heißen Ruth Wieprich, geb. Hötzsch] das Thema *„Tauwetter"* von Ilja Ehrenburg und an den ehemaligen Studenten [*geschwärzt*, muss heißen Harro Lucht] das Thema *Mittel und Prinzipien der satirischen Gestaltung in Ilja Ehrenburgs Roman „Das bewegte Leben des Lasik Roitschwantz"*. Hierdurch wurden beide Studenten zur Fehlerdiskussion in der DDR angeregt. Nach dem Gutachten des Slawischen Instituts der Karl-Marx-Universität […] sind die Themenstellungen für Staatsexamensarbeiten ungeeignet.

Anklageschrift des Staatsanwalts des Bezirks Halle (Saale) gegen Ralf Schröder und weitere vier Angeklagte, v. 10. Nov. 1958 (BStU, MfS BV Halle AU 22/59 Bd. 40), abgedr. in: Ralf Schröder. Unaufhörlicher Anfang. Vorboten eines Romans. Hg. u. m. Anm. versehen v. Michael Leetz. Gransee 2011, S. 602 ff., hier S. 607.

„*Nicht mit fliegenden Fahnen in den Westen laufen*"
Ruth Hötzschs Mitverurteilte Charlotte Kossuth, 2002

Mein Bild von der DDR? Na ja, vorher wollten wir ja nicht den Sturz des Sozialismus. Wir wollten einen besseren Sozialismus. Gott, habe ich mir eigentlich Gedanken gemacht über das große Ganze?

Nee, ich war so kaputt. Mit den ehemaligen Kollegen wollte ich nichts mehr zu tun haben, weil ich dachte, na, die waren genauso wie wir, bloß sie haben sich von uns distanziert, und damit waren sie gerettet, was ich auch nicht als ideal empfand. Über den Staat als solchen? Ulbricht habe ich nicht gemocht. Aus der SED wurde ich ja nach der Verhaftung ausgeschlossen... das würde ich ihnen noch zubilligen, dass sie das zu Recht getan haben. Die Verhaftung nicht.

Eigentlich wollte ich mit Politik und dem Staat in dieser Hinsicht auch nichts mehr zu tun haben. Aber ich hatte auch nicht die Absicht, mit fliegenden Fahnen in den Westen zu gehen. Das wollte ich auch nicht.

Silvia Müller: Es kann dich jederzeit wieder erwischen. Ein Gespräch mit der 56erin Charlotte Kossuth. In: Horch und Guck, H. 37/2002, S. 8–13.

Fall Polte – Dokument 6 (2007)

Ralf Schröder knickt ein, Ruth Wieprich "schält Kartoffeln"

Nach einem Tag qualvoller Pause stellte Staatsanwalt Mach die Urteilsanträge: Wegen Verbrechens gemäß Paragraf 13 des Strafrechtsergänzungsgesetzes für Ralf Schröder zehn, für Lucht achteinhalb, für Loest siebeneinhalb Jahre Zuchthaus und Entzug des Vermögens, für Schmidtke dreieinhalb und für Lötzsch drei Jahre wegen Beihilfe zum gleichen Delikt. Keiner der Angeklagten und keine ihrer Frauen hatten mit Urteilen in derartiger Höhe gerechnet. […]

***Abb. 91** – Der Schriftsteller Erich Loest (1926-2013) wurde 1957 wegen „konterrevolutionärer Gruppenbildung" zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. 1964 entlassen, siedelte er nach weiteren Repressalien 1981 in die Bundesrepublik über. In seinem Bericht Prozesskosten (Göttingen 2007) kommt er auch kurz auf Ruth Hötzsch (gesch. Wieprich, verh. Polte) zu sprechen. Unter Loests Buchtitel ist ein Leuchtkasten aus dem Flurbereich der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Halle, „Roter Ochse", zu sehen, auf der Verhöretage.*

Was noch? Die Verteidiger plädierten für gelinde Milderung. Beratung, Verkündung. Das Gericht folgte den Anträgen des Staatsanwalts. Danach entstand einiger Tumult. [Harry] Schmidtkes Anwältin hatte ihm geraten, das Urteil als Erster anzunehmen, das mache einen reuebewussten Eindruck und lasse sich verwerten, wenn sie einen Antrag auf vorzeitige Entlassung stellte. Aber auch Ralf Schröder wollte sich sofort als botmäßig erweisen, und so drängelten, schubsten sich die beiden vor dem Richtertisch. [Richter Rolf] Kaulfersch blickte angewidert.[18] […]

Zwischen Weihnacht und Neujahr fand der zweite Prozess statt. Winfried Schröder wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und später nach *Bautzen II* transportiert. Harreß, Charlotte Kossuth, Silka Ruzicka und Ruth Wieprich [geb. Hötzsch, später verheiratete Polte] kamen mit zwei Jahren oder ein wenig darunter davon. Es lohnte nicht, sie noch in den regulären Strafvollzug zu verlegen. Die Frauen schälten nun Kartoffeln beim MfS bis zum letzten Tag.

Erich Loest: Prozesskosten. Bericht. Göttingen 2007, S. 211 ff.

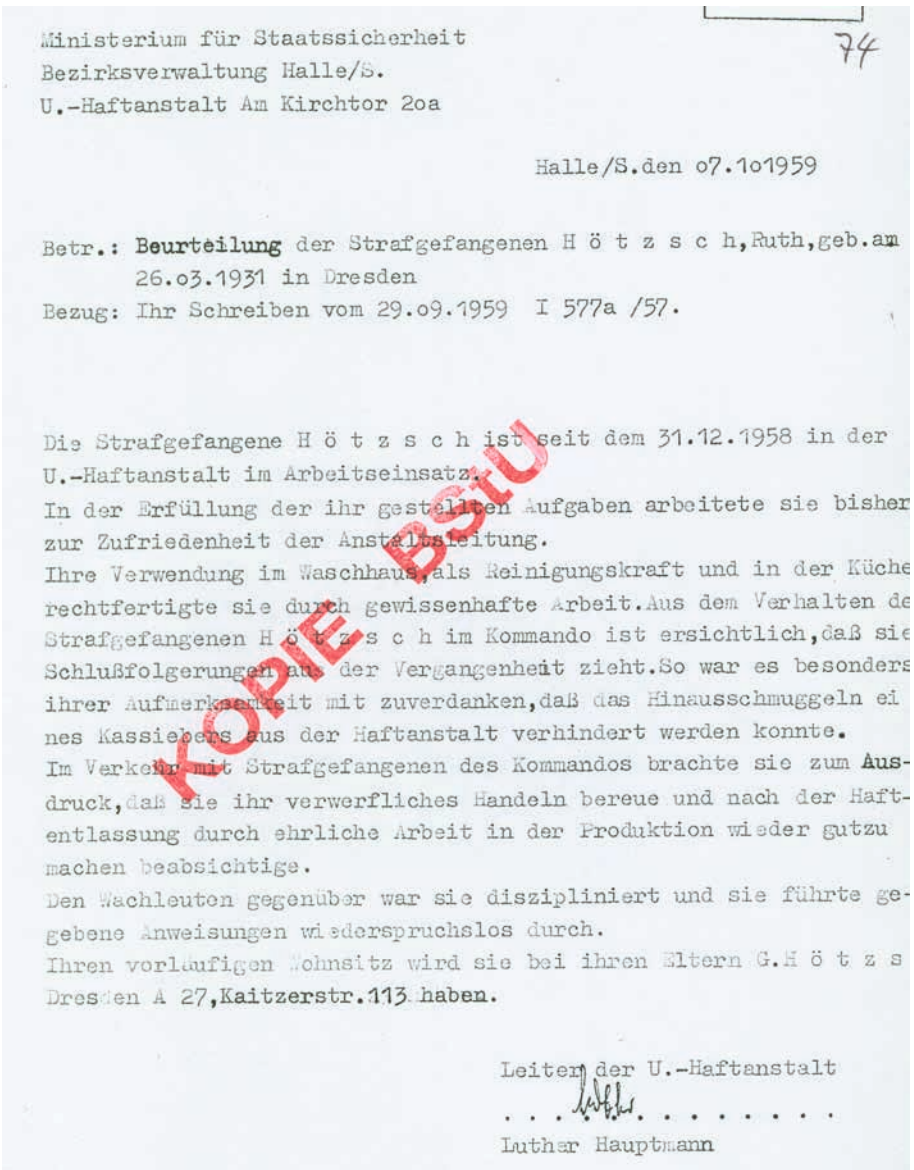
* * *

Fall Polte – Dokument 7 (1993)

Übersiedlung ins Bundesgebiet – im Dienst des MfS

Während meines Studiums an der Karl-Marx-Universität in Leipzig gehörte ich damals einer dortigen oppositionellen Bewegung an. Gegen Ende des Studiums, ca. 1957, wurde ich aufgrund meiner damaligen politischen Ansichten mit mehreren Angehörigen der oppositionellen Bewegung von der Staatssicherheit festgenommen und inhaftiert.

Ich saß damals in Leipzig in der Stasi-Untersuchungshaft und wurde vor meinem Prozess in die Haftanstalt Halle verlegt. […] An dieser Stelle möchte ich anfügen, dass ich bereits vor meiner Inhaftierung während des Studiums an der KMU von der Kaderleitung angesprochen wurde. Man legte mir damals nahe, mich von der Bewegung zu trennen und mit ihnen



74

Ministerium für Staatssicherheit
Bezirksverwaltung Halle/S.
U.-Haftanstalt Am Kirchtor 2oa

Halle/S.den o7.1o1959

Betr.: **Beurteilung** der Strafgefangenen H ö t z s c h,Ruth,geb.am 26.o3.1931 in Dresden
Bezug: Ihr Schreiben vom 29.o9.1959 I 577a /57.

Die Strafgefangene H ö t z s c h ist seit dem 31.12.1958 in der U.-Haftanstalt im Arbeitseinsatz.
In der Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben arbeitete sie bisher zur Zufriedenheit der Anstaltsleitung.
Ihre Verwendung im Waschhaus,als Reinigungskraft und in der Küche rechtfertigte sie durch gewissenhafte Arbeit.Aus dem Verhalten de Strafgefangenen H ö t z s c h im Kommando ist ersichtlich,daß sie Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit zieht.So war es besonders ihrer Aufmerksamkeit mit zuverdanken,daß das Hinausschmuggeln ei nes Kassiebers aus der Haftanstalt verhindert werden konnte.
Im Verkehr mit Strafgefangenen des Kommandos brachte sie zum Ausdruck,daß sie ihr verwerfliches Handeln bereue und nach der Haftentlassung durch ehrliche Arbeit in der Produktion wieder gutzu machen beabsichtige.
Den Wachleuten gegenüber war sie diszipliniert und sie führte gegebene Anweisungen widerspruchslos durch.
Ihren vorläufigen Wohnsitz wird sie bei ihren Eltern G.H ö t z s Dresden A 27,Kaitzerstr.113 haben.

Leiter der U.-Haftanstalt
. . . . . .
Luther Hauptmann

KOPIE BStU

Abb. 92 – *Ob beim „Kartoffelschälen“ (Erich Loest) oder als Reinigungskraft – Ruth Hötzsch gab sich Mühe, ihr „verwerfliches Handeln“ wiedergutzumachen. Der Hallenser Anstaltsleiter lobte sie sogar für einen Akt des Verrats an Mithäftlingen. Gleichwohl erhielt Ruth Hötzsch keine Haftverkürzung.*

(Kaderleitung) zusammenzuarbeiten. […] Ich lehnte damals eine „*Spitzeltätigkeit*“ ab. Soweit ich mich noch erinnern kann, wurde ich schon während meiner Haft in Leipzig von damaligen MfS-Leuten (Vernehmern) auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS angesprochen. Aus Angst vor der Haft bzw. weil ich nicht wusste, was das MfS mit mir vorhatte, erklärte ich mich damals zu einer Mitarbeit bereit. […]

Nach meiner Entlassung aus der MfS-Haft am 5. Dezember 1959 ging ich nach Dresden zu meiner Mutter. In Dresden bemühte ich mich wieder um eine Anstellung bei der Schulbehörde. Dies wurde mir jedoch aufgrund meines Gerichtsverfahrens abgelehnt. Es wurde mir nahegelegt, mich entweder in der Produktion oder in einer betrieblichen Großküche zu bewerben. Ich entschied mich daraufhin, eine Tätigkeit als Spachtelschleiferin bei dem *VEB Mikromat* in Dresden aufzunehmen.

Etwa Anfang 1960 hatte ich weitere Kontakte zu Mitarbeitern der Staatssicherheit aus Dresden. Bei den Gesprächen ging es damals darum, dass die Stasi-Mitarbeiter daran interessiert waren, mich im Rahmen der Zusammenarbeit für eine Übersiedlung in das Bundesgebiet zu gewinnen. Da ich damals in der DDR keine, sowohl berufliche als auch private, Erfolgsaussichten hatte, war mir dieses Ansinnen recht.

Etwa Anfang Mai 1960 wurde ich von dem MfS-Angehörigen im Pkw nach Berlin gefahren, um mich bei dem Aufnahmelager Marienfelde zu melden. Seitens der MfS-Leute hatte ich den Auftrag, dort das Notaufnahmeverfahren zu beantragen [und] die Weisung, mich […] für einen Wohnort/Arbeitsstelle im Großraum Bonn zu entscheiden. Entgegen der Weisung äußerte ich aber im Lager Marienfelde, dass ich zu einem guten Bekannten der Familie, der in Hamburg wohnte, ziehen möchte. [19]

Nach drei Wochen wurde ich nach Hamburg ausgeflogen und fand im Lager Finkenwerder erste Unterkunft. […]

Soweit ich mich erinnere, bin ich von Hamburg aus damals (1961/62) zwei- oder dreimal nach Berlin zu Treffs geflogen. Ich bin damals mit der S-Bahn nach Ostberlin gefahren und habe mich dort mit MfS-Angehöri-

gen getroffen […] in Gaststätten am Rande von Ostberlin […]. Bei den Gesprächen ging es darum, dass meine damaligen Führungsleute von mir erfahren sollten, was ich beruflich mache und mit welchen Leuten ich Kontakte hätte. Gezielte nachrichtendienstliche Aufträge habe ich hierbei nicht erhalten. [….]

Da ich bei diesen Treffreisen nach Ostberlin immer sehr ängstlich war und auch ein Treffen einmal „verpatzt" hatte, entschieden meine Ostberliner Auftraggeber, dass ich keine Treffreisen nach Ostberlin mehr durchführen sollte. Ich erhielt damals die Anweisung, an einem bestimmten Tag zu einer bestimmten Uhrzeit mich in Hamburg am Gänsemarkt mit einem älteren Herrn zu treffen, über den dann die weitere Verbindung/Zusammenarbeit mit dem MfS laufen sollte. […]

Bei dem Treffen mit diesem Herrn, der keinen Namen nannte [Kurt Wand *sen.*], wurde vereinbart, dass wir uns zukünftig nach jeweiliger Absprache treffen. Die Treffs, die manchmal wöchentlich, 14tägig oder auch nach Pausen stattfanden, wurden in Gaststätten in Hamburg abgehalten. Bei diesen Treffen übergab ich teilweise schriftliche Unterlagen aus meinem Arbeitsbereich, auch berichtete ich mündlich über allgemeine Themen. Gezielte nachrichtendienstliche Aufträge erhielt ich keine, ich sollte aber das besorgen, wozu ich an meinem Arbeitsplatz Zugang hatte. […]

[Ich meine,] etwa dreimal mit meinem Hamburger „Verbindungsmann" zu Führungstreffs in Ostberlin gewesen zu sein. Auch hierbei ist mir noch in Erinnerung, dass ich bei diesen Ostberlinreisen zum Teil nach Dresden weiterfuhr, um dort meine Mutter zu besuchen. […]

Ich meine, im Herbst 1989 fand der letzte Führungstreff in Ostberlin statt. […] Ich traf mich mit „Werner" [MfS-Oberst Werner Groth], der mir schon von vorherigen Treffen bekannt war, sowie einer weiteren MfS-Angehörigen mit Namen „Ilona", die mir ebenfalls von vorherigen Treffen bekannt war. „Ilona" hatte mich in den vorherigen Jahren etwa dreimal hier in Hamburg zu Treffs aufgesucht.

Da damals schon die Unruhen und Demonstrationen in der DDR stattgefunden haben, fragte ich „Werner“, was denn nur werde. Er sagte mir, es sei erst mal zu Ende. Irgendwelche Anweisungen oder Verhaltensregeln erhielt ich hierbei nicht.

BKA-Beschuldigtenvernehmung Ruth Polte, Hamburg, 24. Nov. 1993 (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1 OJs 7/95, Bd. 9, Bl. 2 ff.).

* * *

Fall Polte – Dokument 8 (1974)

Hamburger Bundestagsabgeordneter Nölling informiert Herbert Wehner über einen Polenbesuch

Ministerium für Staatssicherheit
Streng geheim! Um Rückgabe wird gebeten!
Berlin, 8. Februar 1974
Information Nr. 111/74
über Gespräche des SPD-Bundestagsabgeordneten Nölling
in der VR Polen[20]

Nach zuverlässigen Informationen weilte der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wilhelm Nölling im Dezember 1973 in Warschau und führte Gespräche mit Vertretern des polnischen Außenministeriums, so u.a. mit dem stellvertretenden Außenminister [Józef] Czyrek, sowie mit polnischen Wissenschaftlern. Bei den Gesprächen wurden auch Fragen behandelt, die im Zusammenhang mit dem im Frühjahr 1974 geplanten Besuch einer Delegation des BRD-Bundestages unter Leitung des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, in der VR Polen stehen. Gegenüber Wehner schätzte Nölling seine Gespräche in Warschau wie folgt ein:

Die polnische Seite knüpfe große Erwartungen an den Besuch der BRD-Bundestagsfraktion unter Leitung Wehners. Sie schätze Wehner als Gesprächspartner ein, der in größeren Zusammenhängen denke, politischen Mut habe und für den menschlichen Erleichterungen wichtig seien. Die

vorgesehenen Gespräche sollten langfristigen Aspekten und beiden Seiten zur Festlegung einer gutnachbarlichen Politik dienen. In Warschau solle natürlich ein Gedankenaustausch über die Beziehungen zwischen der SPD und der PVAP (Polnischen Vereinigten Arbeiter-Partei) sowie über die internationale Lage stattfinden. In diesem Zusammenhang sei ein Gespräch Wehners mit E[dward] Gierek vorgesehen. […]

Der polnischen Seite gehe es bei den Beziehungen zur BRD offensichtlich um folgende drei Bereiche:

- Sie wolle einen Staatskredit haben und verbinde diese Forderung mit den bisher entstandenen wirtschaftlichen Verlusten durch die Abgabe von über 150.000 Arbeitskräften im Rahmen der bisherigen Umsiedlungsaktionen. Sie wolle den Kredit dazu verwenden, Kapazitäten für Exporte in die BRD auszubauen. In diesem Zusammenhang würden polnische Gesprächspartner von Partnerschaft sprechen und betonen, dass sie nicht gewillt seien, länger Objekte zu sein. Die westdeutsche Seite könne auch nicht mit ihnen von Fall zu Fall verhandeln und glauben, dass aus einer Position der Stärke heraus verhandelt werden könne.
- Nach wie vor verlange die polnische Seite Entschädigungen für die Konzentrationslagerhäftlinge. Davon hänge die politisch-moralische Glaubwürdigkeit einer neuen partnerschaftlichen Politik der BRD ab. […]
- Einen wichtigen Raum würden die Forderungen nach Gewährung von Sozialversicherungsrenten an Anspruchsberechtigte in der VR Polen haben […].

Nölling betonte ferner, dass die VR Polen in den nächsten Jahren auf dem westdeutschen Markt bis zu 12 Milliarden DM kaufen könne. Sie sei bereit, schnell und preisgünstig Energie zu liefern. Die Verhandlungen mit der DDR wären erfolgreich, und es gebe keine technischen Schwierigkeiten der Übertragung von Energie entweder nach Westberlin oder nach Hamburg.

Die Information darf aus Gründen der Sicherheit der Quelle nicht publizistisch ausgewertet werden.

BStU, MfS, HVA 105, Bl. 347-349 (zu SIRA SA 7400503).

Der Rücktritt von Traute

„Ich wollte alles loswerden“

Helmut Schmidt hatte eine Stasi-Informantin in seinem Parteibüro.

Willi Berkhan hatte eine Stasi-Informantin in seinem Parteibüro.

Auf SPD-Parteitagen kämpfte Ruth Polte für die Interessen der Senioren. Ende Juni dieses Jahres trat sie sogar gegen die damalige Senatorin Traute Müller an, allerdings ohne Erfolg. Foto: LÜTTGEN

Abb. 93 *– Ruth Poltes Nähe zu SPD-Spitzenpolitikern wie Helmut Schmidt oder Willi Berkhan wurde von den Medien gern betont, und auf einem geschickt geschossenen Foto konnte sie wie eine große Rednerin aussehen, aber sie war eine ängstliche, wenig bedeutende Spionin (Ausriss aus dem Hamburger Abendblatt, 26. Nov. 1993).*

Fall Polte – Dokument 9 (1995)

"Für die Bundespolitik kein besonderes Interesse"

Von 1976 bis 1994 war ich für die Hamburger SPD Bundestagsabgeordneter. […]

Meines Erachtens hatte Ruth Polte keine Möglichkeiten, an sicherheitsempfindliche Informationen oder Verschlusssachen heranzukommen, zumal alle Bundestagsabgeordneten aus Hamburg in Bonn eigene Bürokräfte hatten. Ich halte es für ausgeschlossen, dass die anderen Abgeordneten Bonner Unterlagen sicherheitsempfindlichen Charakters mit nach Hamburg ins Kurt-Schumacher-Haus-Büro genommen hätten. […]

Ruth Polte ist nicht gerade kontaktfreudig bzw. ein geselliger Typ. Daher halte ich es auch für […] nahezu ausgeschlossen, dass Ruth Polte im Rahmen von „geselligen Runden" irgendwelche „*Abschöpfinformationen*" hat erlangen können. […]

Frau Polte interessierte sich in erster Linie für kommunal- und sozialpolitische Dinge. Ansonsten zeigte sie für die Bundespolitik kein besonderes Interesse.

BKA-Zeugenvernehmung Peter Paterna, Hamburg, 29. März 1995 (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 7/95, Bd. 8, Bl. 55 f.).

* * *

Fall Polte – Dokument 10 (1996)

"Wie zu ihren Gunsten anzunehmen ist"

In der Folgezeit [nach ihrer Übersiedlung 1960] arbeitete die Angeklagte bis zum Oktober 1989 für das MfS, bei dem sie unter dem Decknamen „Blumenfeld" registriert war, was die Angeklagte aber erst 1989 erfuhr. Sie war zunächst für die Bezirksverwaltung Dresden des MfS und ab Mai 1962 für die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A), Abteilung II, Referat 4, in Ost-Berlin tätig. Aufgabe dieses Referates 4 war die Ausforschung der SPD in der Bundesrepublik Deutschland. Im Laufe der Zeit entwickelte die Angeklagte den Wunsch, ihre Verratstätigkeit zu beenden, weil sie eine zunehmende Unruhe bei der Tätigkeit verspürte, weil sie sich durch den Zwang, ihre Kontakte zum MfS vor ihrem Ehemann geheim zu halten, belastet fühlte und weil – wie zu ihren Gunsten anzunehmen ist – sie, wie

auch andere außerhalb der DDR lebende Informelle Mitarbeiter des MfS, zunehmend kritisch gegenüber der Unterdrückung der Menschen in der DDR eingestellt war. Den Wunsch zur Beendigung der Verratstätigkeit äußerte die Angeklagte ab etwa 1983 mehrfach gegenüber den Führungsoffizieren [Bernd] Langerwisch und Groth.[21] Das MfS reagierte nicht auf den Wunsch; weder bestärkte es die Angeklagte noch übte es gegenteiligen Druck aus. Die Angeklagte blieb weiterhin tätig. […]

Strafverschärfend fiel die ungewöhnlich lange Tatdauer von rund einundzwanzig Jahren ins Gewicht […]. Zu Lasten der Angeklagten wirkt der mehrfache Vertrauensmißbrauch gegen Personen ihres beruflichen und politischen Umfelds. Ein solcher Vertrauensbruch gegenüber Personen ist nicht – wie die Verteidigung meint – in einer die Berücksichtigung als Strafzumessungsfaktor ausschließenden Weise dem Tatbestand der *Geheimdienstlichen Agententätigkeit* immanent. Eine Beziehung zu einem gegnerischen Nachrichtendienst zwecks Lieferung von Verratsmaterial kann auch aufrechterhalten, wer keine Personen aus seinem Umfeld täuscht und ausnutzt.

Urteil des HOLG vom 12. Dezember 1996 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 7/95, Bd. 1, S. 5, 17).

Anmerkungen

1 *Eckard Michels: Guillaume, der Spion. Eine deutsch-deutsche Karriere. Berlin 2013. Christel Guillaume hat über ihr Tschekistinnendasein eine sehr nüchterne Bilanz gezogen.*

2 *Bundesverwaltungsamt S I 7. Folgeaufgaben ehemaliger Bundesaufnahmestellen. Aufnahmeverfahren aus dem Jahre 1960. Az.: S I 7 – 720 471 B: Hötzsch, Ruth.*

3 *Klaus Repa, Bezirksverwaltung (BV) Dresden, dann Leiter der BV Brandenburg, zuletzt HV A II, Ref. 1, hat später, 1981–1986, selbst eine MfS-Haft (Bautzen II) über sich ergehen lassen müssen, wegen „Geheimdienstlicher Verbindungsaufnahme, Verrat und Befehlsverweigerung" (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1 OJs 7/95, Bd. 3, Bl. 64 f.).*

4 *Vgl. Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Göttingen 2007, S. 184.*

5 *In Art. 6, Abs. 2. der DDR-Verfassung v. 7. Okt. 1949 hieß es: „(2) Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze." Die entsprechende Unterscheidung wurde den Staatsanwaltschaften und Gerichten überlassen. – Vgl. von und zu Karl-Wilhelm Fricke z.B. ders.: Der Wahrheit verpflichtet. Texte aus fünf Jahrzehnten zur Geschichte der DDR. Berlin 2000.*

6 *Zu Harro Lucht vgl. Guntolf Herzberg: Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58. Berlin 2006, S. 377 f. - In den Jahren 1956-1958 sind im akademischen Bereich der DDR zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden: 53 in Berlin, 21 in Leipzig (einschließlich Ruth Hoetzsch); in Halle 16; 18 in Jena, 7 in Rostock, 6 in Dresden, einen Fall gab es in Greifswald, vgl. ebd., S. 341.*

7 *Christoph Links: Schröder, Ralf. In: Wer war wer in der DDR? 5. Ausgabe. Band 2. Berlin 2010; Schröders Sohn Michael Leetz hat den Tatbestand, dass sein Vater IM war, nicht bestritten, aber auf Schröders Zwangslage hingewiesen und darauf, dass Schröder der Stasi kein wertvolles Material geliefert habe (Ralf Schröder. Unaufhörlicher Anfang. Vorboten eines Romans. Hg. v. Michael Leetz. Gransee 2011, S. 19 f.).*

8 *Vgl. Stasi: Ehemann von Gesine Lötzsch steht unter IM-Verdacht. In: Spiegel online Politik v. 16. März 2010.*

9 *Herbstritt, Bundesbürger (wie Anm. 4), S. 193.*

10 *Über Ilja Ehrenburgs gleichnamigen Roman, auf Empfehlung des Slawisten Ralf Schröder.*

11 *Zu Wolfgang Harich und Günther Zehm vgl. Herzberg, Anpassung (wie Anm. 6), S. 385 ff.*

12 *Der Romanist Winfried Schröder (1925-2005) hat sich später an die 1957er Erlebnisse in Leipzig erinnert: Leipzig 1957. Romanisches Institut. In: Lendemains. Etudes comparées sur la France 73 (1994), S. 108–144.*

13 *Silvia Müller: Es kann dich jederzeit wieder erwischen. Ein Gespräch mit der 56erin Charlotte Kossuth. In: Horch und Guck, Heft 37/2002, S. 8–13. – Charlotte Kossuth hat noch zahlreiche Werke aus dem Russischen übersetzt, zuletzt für den Zürcher Unionsverlag, vgl. ganz kurz auch zur Person http://www.unionsverlag.com/info/person.asp?pers_id=1339, 13. Juli 2015)*

14 *StEG: Das Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches (Strafrechtsergänzungsgesetz) der DDR war am 1. Februar 1958 in Kraft getreten.*

15 *Zu Walter Janka vgl. vielfach Herzberg, Anpassung (wie Anm. 6).*

16 *In einem Ermittlungsbericht vom 17. Sept. 1957 heißt es: „Charakteristisch hierbei ist, dass Schröder auf die W. [Wieprich] einen großen Einfluß ausübte – sie war in ihn verliebt. […] Als Bestätigung der Richtigkeit ihrer Ansichten sah die W. vor allem das Buch „Tauwetter" von Ilja Ehrenburg, über das sie unter Schröders Anleitung ihre Staatsexamensarbeit und darüber hinaus einen Lehrbrief schrieb. Die W. stand mit Schröder in ständiger Verbindung; bei Zusammenkünften, die oft in Gaststätten, seltener in Schröders und Wieprichs Wohnung stattfanden, waren sie größtenteils allein." (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 7/95, Bd. 4, Bl. 83); Helmut Wieprich hielt sich 1956/57 als Stipendiat/Student überwiegend in Moskau auf.*

17 *Das gesamte Verfahren ist am 22. Mai 1990 vom Obersten Gericht der DDR als ungesetzlich kassiert worden, vgl. Schröder, Leipzig 1957 (wie Anm. 12), S. 140.*

18 *Rolf Kaulfersch (1919–1987) war 1960–1970 stellvertretender Justizminister der DDR; er gehörte der Blockpartei NDPD an.*

19 *Das Notaufnahmelager Marienfelde hatte die Kompetenz, Übersiedler regional zu verteilen, persönliche Wünsche waren nicht ausschlaggebend, und insofern musste Ruth Hötzschs Niederlassung in Hamburg für das MfS keine Missachtung erteilter Weisung bedeuten.*

20 *Im Hamburger Abendblatt (HA) war von Nöllings Polenreise im Zeitraum Nov. 1973 bis Jan. 1974 nicht die Rede, sie war also nicht von Pressearbeit begleitet worden. Poltes Informationen mögen dazu geeignet gewesen sein, die Nachrichten zu ergänzen, die u.a. im HA vom 12. Dez. 1973 über einen Besuch des Bonner Bundeswirtschaftsministers Hans Friderichs zu lesen waren.*

21 *Bei der Angabe, es hätte zeitweilig der Wunsch bestanden (und sei auch zum Ausdruck gebracht worden), die Kooperation mit dem MfS zu beenden, kann es sich um einen Topos gehandelt haben.*

***Abb. 94** – Wolfgang Jaeger (hier erste Hälfte der 1990er Jahre). Der Harburger Kommunalpolitiker galt Bekannten und Parteifreunden als stockkonservativ, und er hegte wohl tatsächlich keine Sympathie für die DDR. Aber drei Jahrzehnte lang belieferte er das MfS fleißig mit Informationen aus seinem politischen Umfeld, auch über angehende und heil im Westen angekommene DDR-Flüchtlinge.*

Wolfgang Jaeger alias "Günther" (1960–1989). Der emsige Spitzel

Jaeger, Wolfgang
geb. 7. April 1938 in Stralsund
gest. 3. Juni 2002 in Hamburg

Ausbildung, Berufstätigkeit
Fachabitur in Stralsund 1956; Angestellter im Großhandelskontor Technik, Stralsund; „*ungesetzliche*" Überwechslung in die Bundesrepublik (1957); Allgemeine Hochschulreife 1958; BWL-Studium in Hamburg (1958–1970, nicht abgeschlossen). Geschäftsführer der Hamburger Niederlassung der „Auslandsreisestelle des Deutschen Bundesstudentenrings e.V." (später: *Deutscher Studenten-Reisedienst*, DSR); dann selbstständiger Reiseverkehrskaufmann in der 1972 gegründeten Firma „*SSR. Schüler- und Studentenreisen*".

DDR: Freie Deutsche Jugend (FDJ, 1952–1957); Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft (DSF, 1953–1957); Gesellschaft für Sport und Technik (GST, 1954–1956).

Bundesrepublik: AStA Hamburg (1960–1962 Finanzreferent, Stellv. Vors., 1967 Mitglied der Unterkommission Finanzen); *Verband deutscher Studentenschaften* (VDS; 1962–1969 Vorsitzender des Haushalts- und des Überprüfungsausschusses); Sozialamt des Deutschen Bundesstudentenringes, ab 1965 *Otto-Benecke-Stiftung e.V.* (auch hier Mitglied des Überprüfungsausschusses); 1966–1969 Vertreter der Uni Hamburg in der Aufsichtsratshauptversammlung der studentischen Krankenversicherung; CDU (1974–1995, Ortsvorsitzender Hamburg-Heimfeld, (1978; Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Harburg, 1982–1995, stellv. Vors. des Hauptausschusses seit 1983).

Spionage für die DDR
1960–1989 (als GI [Geheimer Informator], GM [Geheimer Mitarbeiter], IME [Inoffizieller Mitarbeiter im besonderen Einsatz], IM [Inoffizieller

Mitarbeiter]), geführt von der MfS-Bezirksverwaltung Rostock, bis 1979 bei der Abteilung XX anhängig (zuständig für Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund – *innerhalb* der DDR, weil Jaegers Schwester dort IM war), dann, ab 1974/75 (nach Eintritt in die CDU) bei der Abt. XV (Aufklärung) bzw. bei der Ostberliner HV A II (Parteien und Organisationen). Deckname „Günther", MfS-Reg.-Nr. I/1124/60.

Ausspähungsbereich
Verband deutscher Studentenschaften (VDS); *Kuratorium Unteilbares Deutschland*; *Otto-Benecke-Stiftung*; *Volksbund für Frieden und Freiheit*; Fluchthilfe-Organisationen; Hamburger CDU, hamburgische Kommunal- und Stadtstaatspolitik; einzelne Personen, oft aus dem Bekanntenkreis und dem beruflich-politischen Umfeld.

Entgelt
Nach grober Schätzung des HOLG mindestens 50.000 DM.

DDR-Auszeichnungen
Erinnerungsabzeichen 25 Jahre Ministerium für Staatssicherheit der DDR (1975) – für „*erfolgreichen Kampf zum Schutz des Sozialismus und zur Sicherung des Friedens*".

Sonstige Verbindungen in die DDR
Familiäre Verbindungen; Mutter (bis zu deren Tod 1975); Schwester Dr. Dr. Gertrud Heise (geb. Jaeger, IM „Heike"), Schwager Ernst Heise.

StGB-Hintergrund und rechtliche Sanktionen in der Bundesrepublik
Zunächst § 100e StGB (alt), ab 1968 99 StGB (betr. *Geheimdienstliche Agententätigkeit*; § 241a StGB (Politische Verdächtigung). – HOLG-Urteil v. 15. Febr. 1996 (1 OJs 16/91) gemäß § 99 StGB: zwei Jahre Haft auf Bewährung, fünf Jahre kein aktives und passives Wahlrecht, 20.000 DM Verfall (Anteil am Agentenlohn), in Raten zu zahlen.

Gedruckte Quellen und Literatur
Rechter Klotz. Studenten/VDS. In: Der Spiegel 11/1969; Veit Ruppertsberg: Stasi-Kontakte. CDU-Politiker in U-Haft. In: Hamburger Abendblatt (HA), 4. Mai 1995; ders.: Reisebüro am Ende. Erst Verhaftung, jetzt

Konkurs. In: HA, 1. Juni 1995; Wolfgang Becker: Eine deutsch-deutsche Geschichte: Der Aufstieg und Fall des IM „Günther“, 5 Folgen. In: Harburger Anzeigen und Nachrichten (HAN), 3. Febr., 5. Febr., 6. Febr., 7. Febr., 8. Febr. 1996; Stefanie Winter: Ein Pappkarton voll unbrisantem Allerlei. In: taz, 7. Febr. 1996; Julia Kossmann: Störzeile. Orden für IM Günther. Ebd.; Wilfried Krüger: Jaeger gesteht – Ich war IM „Günther“. In: HAN, 7. Febr. 1996, S. 1; Ralf Nehmzow: „Ich fühlte mich nicht als Spion“. Ex-Stasi-Agent vor dem Oberlandesgericht. In: HA, 7. Febr. 1996; Wilfried Krüger: „Jaeger hat uns alle getäuscht“. In: HAN, 9. Febr. 1996; Geheimtinte im Schal. In: Der Spiegel 7/1996; Ralf Nehmzow: Die Entschuldigung des Ex-Agenten. Bewährungsstrafe für Wolfgang Jaeger. In: HA, 16. Febr. 1996; Gertrud Heise: Der Ernst des Lebens. Fast Biografisches aus dem Künstlerleben von Ernst Heise. Berlin 2004; Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Göttingen 2007; Uwe Rohwedder: Kalter Krieg und Hochschulreform. Der Verband Deutscher Studentenschaften in der frühen Bundesrepublik (1949–1969). Essen 2012.

Streng geheim! Formblatt Nr. CH I

BStU 000125 00268 *

Absender: Abt.XI

Empfänger: Abt.V

Termin: 15.11.61 Uhrzeit:

ohne / mit Funk

Betr.: Günter

Empfang der ersten Sendung war unmöglich.
Habe deshalb neues Empfangsgerät (Grundig kw- Boy)
angeschaft.
Bitte um Wiederholung am kommenden Mittwoch.

Abb. 95 *– Wolfgang Jaeger hantierte nacheinander mit mehreren Kurzwellenempfängern, um zu bestimmten Zeiten Mitteilungen aus Rostock empfangen zu können.*

U.a. schaffte er einen Grundig Universal boy an und einen Grundig Ocean boy.

Wolfgang Jaeger. Spionage und Politik. Dokumente

Einleitung

Wolfgang Jaeger ist 1957 nicht-konspirativ aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelt – auf einem der üblichen Wege über Berlin-Marienfelde, das Aufnahmelager Uelzen und das Übergangslager Sandbostel. Der 19-Jährige gab an, der ersehnte Studienplatz an der Hochschule für Binnenhandel in Leipzig sei ihm zweimal verwehrt worden, er wolle Wirtschaftswissenschaft „*und nicht nur Marxismus*" studieren und nicht zuletzt seinen behinderten, in Hamburg lebenden Vater besuchen; auch das sei ihm nicht gestattet worden, weil er sonst „*westlich beeinflusst*" würde. – „*Keine besondere Zwangslage*" stellte die Aufnahmelagerverwaltung gleichwohl fest, „*kein Rechtsanspruch*" auf Übersiedlung, aber Jaeger profitierte von Ermessensgründen. Für die DDR galt er als republikflüchtig, hatte dort mit Geldstrafe oder gar Haft zu rechnen.[1] Wenn Jaeger gleichwohl 1959 einen Familienbesuch unternahm, so geschah das aus dem Grund, dass ihm von seiner Schwester Gertrud bedeutet worden war, er habe nichts zu befürchten; aber für diese scheinbare Milde des DDR-Regimes gab es einen Grund.

Gertrud Jaeger war 1956 – zu Recht oder zu Unrecht – wegen eines „Devisenvergehens" o.ä. zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt worden. Davon hatte Wolfgang Jäger bei seinem Übertritt in die Bundesrepublik offenbar geschwiegen, was darauf hinweist, dass seiner Schwester kein im engeren Sinne politisches Vergehen angelastet worden war; andererseits hat Gertrud Heise (geb. Jaeger) 2004 geschrieben, sie sei diesbezüglich nach der Wende „*rehabilitiert*" worden.[2]

Nach Verbüßung des Großteils ihrer Strafe war Gertrud Jaeger jedenfalls 1958 der Rest davon zur Bewährung ausgesetzt worden, und ihr Medizinstudium durfte sie fortsetzen. Ihr Bewährungshelfer war freilich niemand

anderes als ein Stasi-Offizier der Bezirksverwaltung Rostock, und sie selbst arbeitete jetzt unter dem Decknamen „Heike" dem MfS zu. Gemeinsam wirkten Führungsoffizier und „Heike" auf Wolfgang Jaeger ein, sich für eine Zusammenarbeit bereit zu erklären, der Führungsoffizier zunächst „*unter fremder Flagge*" (Dok. 1). Beim dritten Zusammentreffen wog ein Argument besonders schwer: MfS-Hauptmann Hans-Jürgen Scherwinski sprach nicht nur Klartext hinsichtlich seiner Identität und Funktion, sondern setzte Jaeger auseinander, dass seine Schwester erneut straffällig geworden sei; nur ihre, aber auch seine Kooperationsbereitschaft könnten Gertrud Jaeger vor der erneuten Inhaftierung bewahren.

Möglicherweise aus Fürsorge für seine Schwester besprach der auf diese Weise zum MfS gelangte Jaeger (*alias* IM „Günther") mit dem gemeinsamen Führungsoffizier Scherwinski in der Folgezeit auch das Privatleben seiner Schwester, des GI (später IM) „Heike", und er bestand dabei offenbar auf dem *Status quo*: Bei einem Treff am 6. Oktober 1960 wies Jaeger darauf hin, „*dass er es für angebracht*" halte, das Verhältnis zwischen GI „Heike" und dem Rostocker Theaterschauspieler Ernst Heise (1928–1996) zu unterbinden, den Gertrud Jaeger, mittlerweile Assistenzärztin für Hals-Nasen-Ohrenkrankheiten am Universitätsklinikum Rostock, anlässlich einer ärztlichen Untersuchung kennengelernt hatte. Jaeger beschwor – immer nach Aufzeichnungen Scherwinskis – (ob nun tatsächlich besorgt, aus Abneigung gegenüber dem Schauspieler oder aus taktischer Finesse) die Gefahr, „*dass der GI ‚Heike' sich von [geschwärzt, Ernst Heise] beschwatzen lässt und eines Tages zusammen mit ihm republikflüchtig werden könnte, nur um glücklich mit [geschwärzt, Heise] zusammenleben zu können*".[3]

Gertrud Jaeger heiratete Ernst Heise im August 1961, kurz nach dem Beginn des Mauerbaus. Die Hochzeitsreise, die in den Westen führen sollte (und nicht wieder zurück, wie sich Gertrud Heise später erinnert hat), fiel ins Wasser, die Reisegenehmigung wurde zurückgezogen.[4] in den 1970er Jahren war das Ehepaar wohl nicht nur einmal zu Besuch in Hamburg, wie sich ein angeheirateter Verwandter, der damalige Polizeikommissar Peter Reichard erinnert hat, der übrigens von Jaeger ausspioniert wurde (Dok. 14).[5]

1966, als Gertrud Heise unter allerlei „*Schwächen ihres Mannes*“ litt, sprachen Scherwinski und Jaeger über die Möglichkeit einer Überwechslung seiner Schwester nach Westdeutschland: „*Sollte dieses Problem tatsächlich akut werden*“, notierte Scherwinski dienstlich, „*so werden alle erforderlichen Maßnahmen zur Schleusung des IM ‚Heike‘ gemeinsam festgelegt und ausgearbeitet*“.[5] Die Ehe blieb allerdings bestehen und ist von Gertrud Heise später sogar als ungeteilt glücklich dargestellt worden.

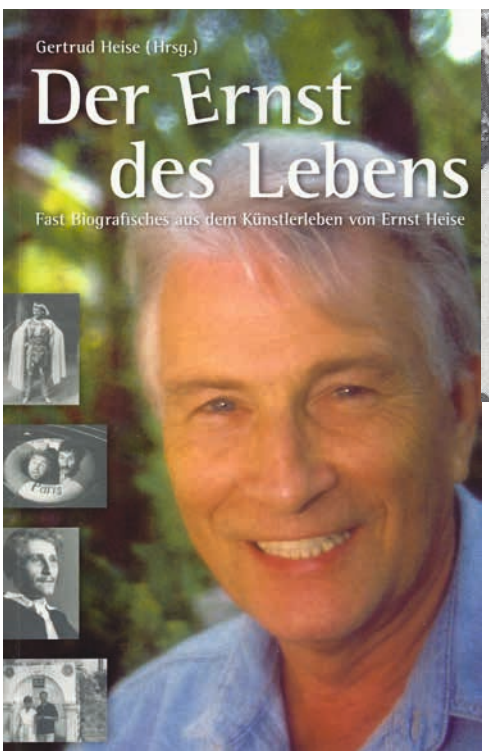


Abb. 96 *– Wolfgang Jaeger (r.) mit seiner Schwester Dr. Dr. Gertrud, verh. Heise, und deren Ehemann, dem Schauspieler Ernst Heise, in den 1960er Jahren. Die Hals-Nasen-Ohren-Ärztin arbeitete als IM „Heike“ für das MfS. Später schrieb sie eine Biografie ihres Mannes.*

Wolfgang Jaeger machte wenig Anstalten, sein Wirtschaftsstudium voranzubringen oder gar zu Ende zu führen, engagierte sich stattdessen im Hamburger *Allgemeinen Studentenausschuss* (AStA), dann vor allem auch im *Verband Deutscher Studentenschaften* (VDS), den er umfassend ausspähte – nebst der dem VDS nahestehenden Otto-Benecke-Stiftung. In diesem Rahmen entwickelte sich Jaeger zum Finanz- und Reiseexperten und machte sich 1972 als (formal ungelernter) Reiseverkehrskaufmann selbstständig.

Wolfgang Jaeger war eher ein Organisator als ein im engeren Sinne politischer Mensch (Dok. 6). Er hatte lange Zeit Vorbehalte dagegen, sich politisch in einer Partei zu betätigen, äußerte zeitweilig Scheu, die *Geheimdienstliche Agententätigkeit* zu intensivieren (und kam dabei auf den Aspekt seiner persönlichen Freiheit zu sprechen); er kritisierte auch manches ideologische Blabla der offiziellen DDR-Verlautbarungen, beispielsweise *in puncto* der Warschauer-Pakt-Invasion in der CSSR 1968 (Dok. 8–10). Wenn von Weggefährten später betont worden ist, wie „*tiefschwarz*" (im Sinne der „schwarzen" CDU, Dok. 16) er sich dargestellt habe, so lag diesem Eindruck wohl nur zum geringen Teil eine schauspielerische Leistung zugrunde; Jaegers Konservatismus scheint aber weniger Wert- denn Establishment-orientiert gewesen zu sein. Seine auf Erwerb (wenn nicht unbedingt auch auf Reichtum) gerichtete Einstellung (Dok. 12) verstärkte sich dann wohl eher noch, als es ihm in den 1970er Jahren gelang, ein durchaus ansehnliches Gehalt zu erwirtschaften.

Materiell war er auf die DDR, deren Autoritarismus ihm wohl stärker imponierte als die ideologische Verbohrtheit ihn abschreckte, jetzt nicht mehr angewiesen. Aber wohl weniger seine in Ostdeutschland als IM verstrickte Schwester als die Sachzwänge, in die er sich höchstpersönlich begeben hatte (er hätte fünf Jahre lang die Zusammenarbeit mit dem MfS unterbrechen müssen, um von der einschlägigen Verjährungsfrist zu profitieren), nicht zuletzt wohl auch die Gewöhnung an das Zubrot des Agentenlohns – all das zusammengenommen hatte genug Gewicht, Jaeger im DDR-Sinne bei der Stange zu halten.

Jaegers „*Verratsmaterial*"-Lieferungen der 1960er Jahre, basierend auf schier unermüdlicher Kleinarbeit vor allem im Hamburger AStA und im VDS (Dok. 2) haben dem MfS wohl mehr genützt als die späteren Berichte über CDU-Interna. Dieser Partei trat Jaeger – nach langem Zögern (Dok. 6, 8, 11) – 1974 bei, weil seine DDR-Auftraggeber dies wünschten, und er erwarb sich bald das Vertrauen der Harburger Parteifunktionäre; daran, dass in einer Partei das Entscheidende hinter den Kulissen passiert, dass mit Informationen stets vorsichtig umzugehen ist, dass schließlich mikropolitische Tricksereien an der Tagesordnung sind – an all das musste sich IM „Günther" nicht mehr gewöhnen.

Die SIRA-Teildatenbank 12 der BStU-Behörde verzeichnet zwischen 1977 und 1989 insgesamt 180 Informationslieferungen, die Teildatenbanken 13 und 14 zusammengenommen weitere 18 davon. Gleichwohl blieb Jaeger Perspektiv-Spion; Kommunal- und Landespolitik interessierten in Ostberlin nur am Rande (Dok. 15), und in den Bundestag würde Jaeger beim besten Willen nicht kommen, allenfalls in die Hamburger Bürgerschaft. Begierig wurden von der HV A gelegentliche Informationen entgegengenommen, worin Namen prominenter Hamburger Christdemokraten auftauchten, die des Landesvorsitzenden Jürgen Echternach beispielsweise, der Bundestagsabgeordneten Klaus Francke und Volker Rühe (des späteren Bundesverteidigungsministers); aber der „*operative*" Gehalt der Meldungen oder Dokumente stieg deshalb nicht automatisch.

Jaeger ist technisch vergleichsweise (für die damalige Zeit) gut ausgerüstet worden; möglicherweise war das bei den anderen Spionen ebenso, aber die Jaeger-Dokumente sind besonders umfangreich erhalten geblieben, geben über die Trivialitäten des Spionagealltags Auskunft. IM „Günther" nutzte – mal mit mehr, mal mit weniger Geschick – Container, Fotoapparate, Kurzwellenempfänger, Geheimschreibmittel (Dok. 7, Abb. 95, 97, 99).

Das Jaeger gegenüber aufzubringende, auf gewisse familiäre Zwangslagen bezogene Verständnis muss sich nicht darauf erstrecken, dass er Bekannte, Freunde, ja Verwandte gegenüber dem MfS mehr oder minder durchsichtig gemacht hat (Dok. 13); dass er Fluchthelfer und vor allem auch Flüchtlinge verriet, sie damit DDR-seitiger politischer Verfolgung aussetzte und damit eine Gefahr für Leib und Leben heraufbeschwor (dass er sich also im Sinne des westdeutschen StGB-Paragrafen 241a schuldig machte); schließlich, dass er seiner Frau und seinen Kindern gegenüber einen fundamentalen Vertrauensbruch beging (Dok. 2–5).

Nach der Wende erst aufgefallen, dann aufgeflogen, konnte Jaeger mit seinem anfänglich hartnäckigen Leugnen der DDR-„Tscheka" nicht mehr dienen; immerhin erreichte er damit zunächst einen Aufschub seiner Verhaftung bis 1995. Die dazwischen liegenden vier Jahre dürften eine erhebliche nervliche Belastung für ihn gewesen sein. Aber dem Bild des Tschekisten hatte er zu aktiven Zeiten unter dem Aspekt entsprochen, dass er als Rädchen im Getriebe seiner Auftraggeber funktionierte; dass er wenig Rücksicht auf persönliche Bindungen, individuelle Freiheitsrechte nahm.

Ob der Friedensgedanke eine Bedeutung für Wolfgang Jaegers *Geheimdienstliche Agententätigkeit* besaß, muss aber aus den genannten Gründen eher bezweifelt werden. Vorwiegend scheint er materialistisch orientiert gewesen zu sein (Dok. 10), den Wunsch verspürt zu haben, als emsiges Ausschussmitglied, als Geschäftsführer, als Kontrolleur, aber auch als Zulieferer ein hohes Maß an organisatorischem Kleinklein zu erledigen und – ausgestattet mit immer neuen Aufträgen (vgl. z.B. Dok. 12) – sich ganz wichtig dabei vorzukommen.

* * *

Fall Jaeger – Dokument 1 (1995)

"Frieden" - eine unverfängliche Grundlage für ein Anwerbegespräch "unter fremder Flagge"

Ende 1959 beabsichtigte der Angeklagte, in die DDR zu fahren, um dort seine Mutter zu besuchen. Er fragte deshalb brieflich seine in Rostock lebende Schwester, ob er im Falle seiner Einreise mit Verfolgung rechnen müsse. Seine Schwester, die jetzige Frau Dr. Gertrud Heise, war als Studentin einige Jahre zuvor wegen zweier Wirtschaftsvergehen zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nach Verbüßung der Hälfte dieser Strafe war sie zur Bewährung mit vierjähriqer Bewährungsfrist entlassen und ein Betreuer bestellt worden. Betreuer wurde der Oberstleutnant Scherwinski, der als hauptamtlicher Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) Leiter der Abteilung XX der Bezirksverwaltung (BV) Rostock des MfS war. Sie durfte ihr Studium weiter fortsetzen, wurde Ärztin und war in der Folgezeit als inoffizielle Mitarbeiterin (IM) für das MfS mit dem Decknamen „Heike“ tätig.

Sie berichtete dem Angeklagten, er könne unbesorgt kommen, sie habe aber einen Betreuer, der ihn sprechen wolle. Nachdem der Angeklagte eingereist war, führte er ein erstes Gespräch mit Scherwinski. Dieser nannte sich „Günter Gittner“ und gab an, für die *Nationale Front des demokratischen Deutschland* zu arbeiten. Über das bei diesem Gespräch angeschnittene Hauptthema „Frieden“ waren sich die Gesprächspartner schnell einig.

In der Folgezeit kam es zu zwei weiteren Treffen zwischen dem Angeklagten und Scherwinski in Stralsund, darunter in der Zeit zwischen Weihnachten und Silvester 1959 im Hotel Stoltera in Warnemünde. Nachdem dort zunächst wieder über das Engagement für den Frieden und die Universität diskutiert worden war, kam das Gespräch darauf, dass die Bundesrepublik Studenten abwerbe und auch ausgebildete Nautiker veranlasst würden, sich in den Westen abzusetzen. Das schüfe der DDR große Probleme. Dann kam Scherwinski darauf zu sprechen, ob der Angeklagte nicht für die DDR arbeiten wolle. Der Angeklagte hatte bereits erkannt, dass Scherwinski für die „Stasi" arbeitete und auch seine Schwester Verbindung zu dieser hatte. Scherwinski wies den Angeklagten in diesem Gespräch darauf hin, dass seine Schwester unerlaubt mit einem „Westpass" eine Italienreise unternommen hatte.[7] Er, Scherwinski, könne wegen seiner Verbindung zum MfS jedoch darauf hinwirken, dass die Schwester wegen dieses Verstoßes keine Nachteile erfahre. Er werde sich für die Schwester des Angeklagten aber nur dann einsetzen, wenn sich dieser zu einer Zusammenarbeit mit dem MfS bereiterkläre.

StA HH, HOLG-Urteil v. 15. Febr. 1995, S. 5 (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 16/91, Bd. 1).

* * *

Fall Jaeger – Dokument 2 (1995)

"Lückenlose Abklärung des Verbandes Deutscher Studentenschaften" - "Namen aus der DDR geflüchteter Studenten"

Ab 1963 klärte er [Wolfgang Jaeger] nahezu lückenlos den VDS ab. Er berichtete über die dort tätigen Personen und fertigte Photografien von Dokumenten, soweit er in deren Besitz kam. Er berichtete über den Verlauf und die Ergebnisse von Mitgliederversammlungen und über die allgemeine politische Entwicklung innerhalb des VDS, wie zum Beispiel deren Auffassungen zum Vietnamkrieg, den Notstandsgesetzen, zur Wiedervereinigung und zur außerparlamentarischen Opposition.

Von besonderem Interesse waren seine Berichte und die übermittelten Photografien von Dokumenten über die Finanzierung der Auslandskontakte des VDS und die Zuschüsse für Ostblockstudenten und Ostblockreisen.

Der Angeklagte berichtete auch, dass die OBS [Otto-Benecke-Stiftung] der mittelbaren Betreuung aus dem Osten geflüchteter Studenten diente. Zu diesem Zweck erhalte sie Zuschüsse von Bundesministerien. Er unterrichtete seinen FO [Führungsoffizier Scherwinski] über die Methoden der Förderung geflüchteter Studenten oder freigekaufter Personen. […]

Nach der Gründung der SSR e.V. [1972] machte er Mitteilungen unter anderem über das Vereinsmitglied Dr. [Gerd] Weiland, der als Mitglied der SPD Bürgerschaftsabgeordneter geworden war, und darüber, dass aufgrund eines Vorschlags des Vereinsmitglieds Peter Reichard – der Kriminalbeamter war – ein Observationsbus der Hamburger Polizei zur Tarnung auf den SSR e.V. zugelassen worden war. Er berichtete weiterhin über das *Kuratorium Unteilbares Deutschland* und die dort tätigen Personen.

Schon von Anbeginn seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit nannte der Angeklagte seinem FO Scherwinski Namen aus der DDR geflüchteter Studenten und 1961 dreier DDR-Fluchtmöglichkeiten mittels Tunnelbaus, [mittels] falscher oder ausländischer Pässe, Durchschwimmens der Elbe in Tauchanzügen, Fluchthelfer und Schleusungen. Darüber war allerdings auch schon in den Medien berichtet worden. Auch hier sind nachteilige Folgen für einzelne Personen aufgrund dieser Informationen nicht festgestellt worden. Im Oktober 1961 und im Mai 1962 unterrichtete der Angeklagte seinen FO von der Fluchtabsicht des Ärzteehepaares Böttger aus Dresden. Nachdem Dr. Böttger, der als Schiffsarzt tätig gewesen war, im April 1962 die Flucht gelungen war, unterrichte der Angeklagte seinen FO über die Fluchtabsicht der Frau und des Kindes. Zu diesem Zweck lieferte er die Abschrift eines Schreibens vom 19. April 1962 an die Ärztin in Dresden, in dem deren Bruder unter anderem davon berichtete, dass es in den letzten 24 Stunden unter sieben Flüchtlingen drei Tote gegeben habe. Der FO Scherwinski veranlasste, dass die BV Dresden von der geplanten Flucht benachrichtigt wurde. Gleichwohl gelang es der Ehefrau von Dr. Böttger, mit dem Kind die DDR zu verlassen. Dies berichtete der

Angeklagte seinem FO unter Mitteilung von Einzelheiten über die Art der Flucht, wobei er [Jaeger] die Meinung äußerte, aufgrund seiner Hinweise hätte die Republikflucht verhindert werden können.

HOLG-Urteil v. 15. Febr. 1995, S. 6 (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 16/91, Bd. 1).

* * *

Fall Jaeger – Dokument 3 (1962)

Wolfgang Jaeger denunziert Fluchthilfe-Unterstützer

Betr.: Inhaftierung eines Studenten der Bundesrepublik im demokratischen Berlin

Ende Februar [1962] versuchte eine Studentin, den Vorsitzenden des AStA Hamburg zur Freigabe von Mitteln für die Unterstützung eines im demokratischen Berlin inhaftieren Studenten der Bundesrepublik zu veranlassen. Dabei erklärte sie, dass dieser Student nach dem 13. August 1961 wegen Beihilfe zur Flucht im demokratischen Berlin inhaftiert und zu 2 Jahren und 2 Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. Da die Verteidigung ein „*Ostanwalt*“ führte, haben die Studenten Geld gesammelt, welches sie umtauschen und dem Anwalt als Honorar zahlen wollen. Die Beihilfe des AStAs wollten sie hierfür mitverwenden.

Der 1. Vorsitzende des ASTA, Gerd Weiland,[8] lehnte eine Beihilfe ab und verwies die Studenten an das gesamtdeutsche Referat [des Verbandes deutscher Studentenschaften], zu Herrn [Hans Martin] Quell.

Es ist damit zu rechnen, dass die Studenten der Bundesrepublik sich an den Verteidiger des betreffenden Studenten der Bundesrepublik wenden werden. Bei der Auswertung dieses Berichtes wird gebeten, darauf zu achten, dass die Quelle in Westdeutschland nicht dekonspiriert wird.

Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Rostock (Hauptmann Scherwinski) an Ministerium für Staatssicherheit, Hauptabteilung V/6, Major Eichler, 20. März 1962 (BStU TA 599, IME „Günther", Teil II, Bd. 1, Bl. 126).

* * *

Fall Jaeger – Dokument 4 (1962)

Wolfgang Jaeger denunziert Flüchtlinge

Betr.: Republikflucht der Ehefrau des [*geschwärzt*; Dr. Böttger, vgl. Dok. 2], ehem. Dresden N 54 [*geschwärzt*].

Der GM [Geheime Mitarbeiter, Jaeger] teilte mit, dass es der Ehefrau des Dr. [*geschwärzt*, Böttger] und ihrem Kind gelungen ist, die Republik zu verlassen und dass sie jetzt beide in Westdeutschland wohnen.

Der GM übergab dazu einen Brief, der er von [*geschwärzt*] erhalten hat. Aus diesem ist zu ersehen, dass die R[epublik]-Flucht DM 2000,– West gekostet hat pro Person, dass die Kontaktaufnahme zu den Vermittlern schwierig war und dass die Aktion von Angestellten „*des großen transatlantischen Nachbarn*" (vermutlich der USA) durchgeführt wurde.

Der GM äußerte die Meinung, dass auf Grund seiner Hinweise es nicht nötig gewesen wäre, dass die Republikflucht erfolgte. […]

In Anwesenheit des Vorsitzenden des AStA Hamburg [Andersen] bat der GM [*geschwärzt*] um Unterstützung für die Schleusung einer Person. Nachdem der GM [*geschwärzt*] geschildert hatte, um wen es sich handelt, erzählte er [der Angesprochene], dass verschiedene Schleusungsmöglichkeiten bestehen und dass man ständig an der Errichtung neuer Tunnel arbeitet. Es gibt z.B. eine ganz sichere Möglichkeit, mit der wird in jeder Woche eine Person geschleust. […]

[*Geschwärzt*] machte einige Andeutungen, aus denen man entnehmen konnte, dass aus Sicherheitsgründen hier fast nur ehemalige Häftlinge geschleust werden. Weiter bemerkte er, dass die Sicherheit so groß ist, weil hier Angehörige der Grenzsicherung unserer Republik mitwirken. Deshalb wurde auch [*geschwärzt*] für das vom GM vorgetragene Anliegen entschieden, eine andere Möglichkeit zu nutzen. Dann telefonierte er mit einem Herrn [*geschwärzt*], der ebenfalls in Westberlin wohnhaft ist.

Diesem erzählte er den Fall. Sie vereinbarten, dass die Person, die unseren GM gebeten hatte, sich für die Schleusung seiner Verlobten einzusetzen, in der kommenden Woche, also in der Zeit vom 22. bis 27. Oktober 1962, auf Einladung bei Herrn [*geschwärzt*] vorspricht. [*Geschwärzt*] will ihn dann an Herrn [*geschwärzt*] vermitteln. Gemeinsam mit Herrn [*geschwärzt*] sollen dann die Maßnahmen zur Schleusung festgelegt werden.

Bei der Person, die an unseren GM herangetreten ist, handelt es sich um den [*geschwärzt*], der jetzt in Hamburg wohnhaft ist und den der GM durch seinen Schwager, der mit ihm befreundet, kennt.

Bei der Person, die geschleust werden soll, handelt es sich um Frl. [*geschwärzt*], die Verlobte des Obengenannten. Der GM wollte den Namen erst nicht nennen, da er befürchtet, dass wir Maßnahmen zur Verhinderung der Flucht einleiten und er dadurch dekonspiriert werden könnte.

Zum anderen fühlt sich der GM etwas dem [*geschwärzt*] verbunden und möchte ihm einen persönlichen Gefallen tun. Der GM nannte erst den Namen, als versprochen wurde, dass wir keine Maßnahmen zur Verhin-

derung der Flucht dieser Person einleiten werden. Ihm wurde erklärt, dass es uns darum geht, den Fluchtweg kennenzulernen und weitere Fluchten zu verhindern.

Ministerium für Staatssicherheit. Bezirksverwaltung Rostock, Abt. V (Oberleutnant [Günter] Grebe): Betr.: Treff mit GM „Günther" [am 18. Okt. 1962], 23. Okt. 1962 (BStU TA 599, IME „Günther", Teil II, Bd. 1, Bl. 210 f.). – Die Schwärzungen befinden sich auf Dokumenten-Kopien des BStU.

Wolfgang Jaegers Verstoß gegen § 241a StGB (Politische Verdächtigung)

(1) Wer einen anderen durch eine Anzeige oder eine Verdächtigung der Gefahr aussetzt, aus politischen Gründen verfolgt zu werden und hierbei im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen durch Gewalt- oder Willkürmaßnahmen Schaden an Leib oder Leben zu erleiden, der Freiheit beraubt oder in seiner beruflichen oder wirtschaftlichen Stellung empfindlich beeinträchtigt zu werden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer eine Mitteilung über einen anderen macht oder übermittelt und ihn dadurch der in Absatz 1 bezeichneten Gefahr einer politischen Verfolgung aussetze.

Der Versuch ist strafbar.

Wird in der Anzeige, Verdächtigung oder Mitteilung gegen den anderen eine unwahre Behauptung aufgestellt, oder ist die Tat in der Absicht begangen, eine der in Absatz 1 bezeichneten Folgen herbeizuführen, oder liegt sonst ein besonders schwerer Fall vor, so kann auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren erkannt werden.

StGB § 241 a, eingefügt durch das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit v. 15. Juli 1951, Bundesgesetzblatt 1951, Teil I, S. 448.

Fall Jaeger – Dokument 5 (1962)

"Bei der Auswertung muss die Sicherheit des GM garantiert werden"

Betr.: Schleusung von DDR-Bürgern nach Westberlin

In der Anlage erhalten Sie einen Bericht eines GM [Geheimen Mitarbeiters, Wolfgang Jaegers] aus Westdeutschland.

Der GM berichtet über Schleusungen allgemein und über die bevorstehende Schleusung der [*geschwärzt*], geb. [*geschwärzt*], wohnhaft: Berlin [*geschwärzt*], Studentin der [*geschwärzt*].

Bei der Auswertung muss die Sicherheit des GM garantiert bleiben. Um Mitteilung des Ergebnisses nach Durchführung der erforderlichen Maßnahmen wird gebeten.

Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Rostock (Hauptmann Scherwinski) an Ministerium für Staatssicherheit, Oberst Schröder, 1. Nov. 1962 (BStU TA 599, Teil II, Bd. 1, Bl. 181).

***Abb 97** – Die Exakta Varex wurde von dem VEB Ihagee Kamerawerk in Dresden hergestellt. – „Der GM teilte mit, dass er sich auftragsgemäß eine Spiegelreflex-Kamera Marke ‚Exakta Varex' gekauft hat. Der GM wird zum nächsten Treff, soweit vorhanden, Unterlagen über den Kauf mitbringen" (Bericht von Hauptmann Scherwinski, Rostock, 28. Juni 1965). Jaeger hatte dafür 400,– DM erhalten.*

Fall Jaeger – Dokument 6 (1966)

Wolfgang Jaeger: Vor allem an Organisationsarbeit interessiert

Das Gespräch wurde auf die politische Perspektive gelenkt, als der GM über die Person [*geschwärzt*] und seine [dessen] Arbeit in der FDP sprach.

Der GM schätzte ein, dass die FDP in der Bundesrepublik keine Perspektive besitzt und immer mehr an Einfluss und Substanz verliert. Zur Zeit wäre nur die CDU/CSU und die SPD diskutabel. Befragt, welche dieser Parteien für ihn interessant wären, nannte er die SPD und erklärte sich bereit, Mitglied dieser Partei zu werden.

Als Unterzeichneter [Führungsoffizier in Vertr., Hauptmann Grebe] ihm sagte, dass uns mehr die CDU/CSU interessiert, betonte er, dass seinerseits kein Interesse für eine [im engeren Sinne politische] Parteiarbeit vorliegt, ihm würde mehr die Organisations-Arbeit interessieren, wie z.B. die eines Geschäftsführers einer Partei, auch der CDU. Hierbei fragte der Unterzeichnete den GM, ob er Verbindungen zu Personen der CDU unterhält.

> Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Rostock, Abt. XX (Hauptmann Grebe): Bericht über den Treff mit dem GM „Günther". Rostock, 6. Juli 1966, S. 4 (BStU, TA 599, IME „Günther", Bl. 233).

* * *

Fall Jaeger – Dokument 7 (1966)

Ein sicheres Transportgerät aus dem Exquisit-Geschäft

Wie schon erwähnt, übergab der GM mehrere Dokumente, die er lose in der Anzugtasche trug. Dies wurde zum Anlass genommen, ihm zu erklären, dass es für seine Sicherheit wichtig wäre, ein sicheres Transportgerät zu besitzen. Dem stimmte der GM sofort zu und fragte, welche Vorstellung es unsererseits gibt.

Dem GM wurden einige Hinweise gegeben, um seinen Geschmack kennenzulernen, wobei festgestellt wurde, dass er Interesse an einer ledernen Aktentasche – schwarz – mit Schnappverschluss zeigte.

Mit dem GM wurde festgelegt, dass wir entsprechend seinem Wunsche eine schwarze lederne Reiseaktentasche mit Schnappverschluss beschaffen, die wir ihm beim nächsten Treff übergeben werden.

Bei evtl. Kontrollen und der Frage nach der Herkunft dieser Tasche soll er erklären, dass diese Tasche ein Geschenk seiner Schwester [Gertrud *alias* „Heike"] aus einem Exquisit-Geschäft ist.

> Ministerium für Staatssicherheit. Bezirksverwaltung Rostock, Abt. XX (Hauptmann Grebe): Bericht über den Treff mit dem GM „Günther", Rostock, 6. Juli 1966 (BStU, TA 599, IME „Günther", Bl. 234).

* * *

Fall Jaeger – Dokument 8 (1966)

"Momentan nicht daran interessiert, sich gänzlich dem MfS zu verschreiben"

Der GM brachte zum Ausdruck, dass ihm im Moment Stellenangebote bis 2500 DM monatlich vorliegen, die er aber deshalb ausgeschlagen hat, weil er bei dieser Tätigkeit kaum Zeit für sich behalten würde.

Sehr ausführlich wurde über die Festlegung seiner politischen Haltung gesprochen. Hier brachte der GM zum Ausdruck, dass er bisher seiner Meinung nach gut gefahren ist, weil er nicht politisch organisiert war. So erhielt er zum Beispiel bei den AStA-Wahlen und bei der Übernahme weiterer Wahlfunktionen gerade aus d[ies]em Grunde die meisten Stimmen, und die Kandidaten der einzelnen politischen Richtungen hatten auf Grund ihrer Festlegungen wesentlich mehr Gegenstimmen aufzuweisen. Er [Jaeger] brachte ungefähr wörtlich zum Ausdruck, dass er gerade deshalb, weil er nicht politisch organisiert ist, von den Linken wie von den

Rechten nominiert wurde, weil man in ihm in erster Linie einen Fachmann sieht. […]

Der GM wurde darauf hingewiesen, dass uns diese Haltung in der bisherigen Arbeit für vorteilhaft erschien, jetzt müsste man aber unterscheiden zwischen der Tätigkeit auf niederer Ebene und [*Satz unklar*]. […]

In unserem [Arbeits-] Auftrag wurde der GM absichtlich auf die CDU orientiert […] Der GM brachte ernsthafte Bedenken gegenüber der Perspektive der CDU zum Ausdruck. […] Außerdem erklärte der GM, dass dieser Auftrag erkennen lässt, dass wir nicht nur an seiner politischen Festlegung interessiert sind, sondern auch mehr und mehr erreichen sollen, dass er hauptamtlich für uns, d.h. für das MfS arbeitet. Er befürchtet, dass sich daraus einige Einschränkungen in seiner persönlichen Freiheit ergeben könnten, deshalb ist er momentan nicht daran interessiert, sich gänzlich uns zu verschreiben.

Ministerium für Staatssicherheit. Bezirksverwaltung Rostock, Abt. XX (Hauptmann Grebe): Bericht über durchgeführten Treff mit dem GM „Günther", Rostock, 13. Juli 1966 (BStU, TA 599, IME „Günther", Bl. 268).

* * *

Fall Jaeger – Dokument 9 (1966)

"Zu viele abgedroschene Schlagwörter" – IM Günther" kritisiert die DDR

Im politischen Gespräch mit dem GM erklärte [dies]er, dass er täglich Nachrichten und auch einige Kommentare unseres Rundfunks hört; besonders auf der Fahrt zur Arbeit und zurück. Er ist aber der Meinung, dass eine Reihe von Kommentaren zuviel abgedroschene Schlagwörter enthält, wie „*Revanchismus*", „*Militarismus*", mit denen man keinen Einfluss auf westdeutsche Bürger ausüben kann, da sie, bei öffentlichen Veranstaltungen angewandt, garantiert ein lautes Gelächter hervorrufen.

Der GM schätzt ein, dass die Gefährlichkeit des westdeutschen Imperialismus, oder, mit seinen Worten, „*die Politik der Bundesrepublik*“, nicht unterschätzt werden darf, weil einige Maßnahmen der Regierung sehr stark auf Rüstung aufgebaut sind und unter gewissen Bedingungen einen Krieg auslösen können.

Er ist aber der Meinung, dass die Maßnahmen doch nicht notwendig [gemeint ist offenbar „hinreichend“] wären, von einer Kriegsgefahr durch die Bundesrepublik zu sprechen, da die Folgen eines Krieges sich die Herren Unternehmer ausmalen könnten und die Bereitschaft für einen Krieg bei den Bundesbürgern nicht vorhanden ist. […]

Es wurde festgelegt, dass der GM beim nächsten Treff in Berlin einen Transport-Container (Leder) erhält.

Für die Durchführung des Auftrages wurden dem GM 400,– DM/West übergeben.

Der nächste Treff findet am 20. Oktober 1966, um 11.00 Uhr, in Berlin im Ratskeller statt.

Ministerium für Staatssicherheit. Bezirksverwaltung Rostock, Abt. XX (Major Scherwinski): Bericht über durchgeführten Treff mit GM „Günther“. Rostock, 26. Sept. 1966 (BStU, TA 599, Bl. 301 f.).

* * *

Fall Jaeger – Dokument 10 (1966)

Ein Rekrutierungsfeld tut sich auf: "Verbindung des AStA Hamburg mit der Universität Rostock"

Entsprechend des Auftrages und der Treffdisposition berichtete der GM zu einigen Fragen des VDS [Verband Deutscher Studentenschaften] und über die Aufklärung einiger Personen auf Tonband. […]

Abb. 98 – *IM „Günther" erhielt bei Treffs in Rostock oder Ostberlin konspirative Briefumschläge, die er dann noch frankieren und mit einer ebenso konspirativen Kurzmitteilung füllen konnte – beispielsweise zu Terminfragen. Im Adressbuch waren die „Absender" nicht zu finden, aber eine nähere Recherche wäre für Fahnder unverhältnismäßig gewesen.*

Der GM wurde nochmals auf die neuen Sendezeiten, am 1. und 2. Dienstag des Monats, hingewiesen.

Für den Transport von Informationen wurde dem GM ein Transportcontainer (Leder) übergeben. Zur Abdeckung wird der GM seiner Frau sagen, dass er diesen als Präsent von seinem Chef erhalten hat.

Im Gespräch über die Verbindung des AStA Hamburg mit der Universität Rostock gab der GM noch einige Hinweise, die für die Durchführung von Kontakten mit dem AStA Hamburg, auch auch generell mit dem VDS, von Bedeutung sind.

Ministerium für Staatssicherheit. Bezirksverwaltung Rostock, Abt. XX (Major Scherwinski): Bericht über durchgeführten Treff mit GM „Günther". Rostock, 21. Okt. 1966 (BStU, TA 599, IME „Günther", Bl. 326).

* * *

Fall Jaeger – Dokument 11 (1966)

Wolfgang Jaeger ermittelt geheimdienstlich gegen Individuen

Rostock, den 24. Okt. 1966
Quelle: „Günther"
angen.: Major Scherwinski

Tonbandabschrift
Zu der Anfrage, ob [*geschwärzt*], Hamburg 20, [*geschwärzt*], praktizierender Arzt ist, kann ich sagen, dass ich das Haus aufgesucht habe. Es scheint sich bei ihm tatsächlich um eine Praxis zu handeln, [*geschwärzt*], er hat auch an seiner Tür ein Arztschild, wo vermerkt ist „[*geschwärzt*] für alle Krankenkassen".

Ministerium für Staatssicherheit. Bezirksverwaltung Rostock, Abt. XX (Major Scherwinski): Abschrift einer Tonbandpassage des GM „Günther". Rostock, 24. Okt. 1966 (BStU, TA 599, IME „Günther", Bl. 344).

Fall Jaeger – Dokument 12 (1968)

"Dem GM wurde die Unrichtigkeit seiner Darlegungen nachgewiesen" – tschekistische Erziehungsarbeit

Im weiteren Verlauf des Treffs wurden ausführlich politische Fragen mit dem GM diskutiert, besonders jedoch die Frage der CSSR-Ereignisse. Der GM ist nach wie vor der Auffassung, dass wir durch die Maßnahmen am 21. August 1968 in der Öffentlichkeit an Ansehen verloren hätten. Er brachte zum Ausdruck, dass nach seiner Meinung die Situation in der CSSR schon vorher hätte geklärt werden können. Als Hinderungsgrund dafür nannte er das sture, dogmatische Verhalten einiger Parteifunktionäre und Staatsmänner der sozialistischen Staaten. Er betonte weiter, dass sichtlich unter dem Eindruck der CSSR-Ereignisse führende Vertreter des sozialistischen Lagers in der Einschätzung der Weltpolitik toleranter geworden wären. Selbst in der DDR würde man einige Dinge in wissenschaftlichen Fragen von Westdeutschland übernehmen.

Dem GM wurde die Unrichtigkeit seiner Darlegungen nachgewiesen und betont, dass wir als DDR von jeher im engen Zusammenwirken mit der Sowjetunion eine folgerichtige Durchführung und Durchsetzung einer friedlichen Politik durchgeführt hätten. (Meiner Meinung nach war der GM auch nach dieser Diskussion noch nicht restlos überzeugt.)[9] […]

Ausführlich wurde mit dem GM über die Rolle der *Otto-Benecke-Stiftung* (OBS) und ihre Aufgabe als Organisation der politisch-ideologischen Beeinflussung von Menschen sozialistischer Staaten diskutiert. Mit der von uns gegebenen Einschätzung war der GM einverstanden. Nach meiner Meinung deshalb, weil selbst leitende Funktionäre des VDS mit einigen Fragen der Politik der OBS nicht einverstanden sind. […]

Der GM übergab folgende Materialien:
Anlage 1: Aktenvermerk über die internationale Besprechung beim DAAD [Deutschen Akademischen Austauschdienst] mit den zehn größten akademischen Auswärtigen Ämtern und den Auslandsreferenten. […]

Anlage 2: Haushaltsplan der OBS für das Rechnungsjahr 1969 und Erläuterungen des GM „Günther".
Anlage 3: Tätigkeitsbericht für das Jahr 1968 der OBS […].
Anlage 4: Kommentar zum Protokoll der Vorstandssitzung vom 10. Okt. 1968 des VDS […].
Anlage 6: Aktenvermerk zum Hearing mit Sonderbotschafter Egon Bahr vom 17. Juni 1968 in Bonn. Seminar für politische Wissenschaften. […]
Anlage 7: Im Original: Streng vertraulicher Aktenvermerk des VDS über Gespräche des VDS mit der FDJ vom 5. bis 8. Jan. 1967 in Zürich. […]

Außerdem übergab der GM auftragsgemäß den gegenwärtigen Stand über die Beziehungen des VDS zu anderen Institutionen. […]

Für die Durchführung weiterer Aufträge wurden dem GM „Günther" 8 Minox-Filme übergeben, die in einer Zierkerze vercontainert waren. Weiterhin erhielt er 800,– DM/DBB [Deutsche Bundesbank], die in einem Poesiealbum eingearbeitet waren, übergeben.

Mit dem GM „Günther" wurde beraten, dass der von ihm benutzte Transportcontainer in nächster Zeit aus dem Verkehr gezogen wird. Der GM war einverstanden, bemerkte aber, dass er persönlich großen Wert auf den weiteren Besitz der Reisetasche legen würde. Er machte deshalb den Vorschlag, die Tasche zu überarbeiten und ihm dann zurückzugeben. Dem GM wurde mitgeteilt, dass wir eine derartige Möglichkeit prüfen würden.

Gegen 17.30 wurde der Treff in der KW [Konspirative Wohnung] „Karl Heinz" beendet. In der Zeit von 18.00 bis 20.00 wurde gemeinsam das Abendessen in der HOG Ratskeller [in Berlin] eingenommen.[10] Hierbei teilte der GM mit, dass er am 15. Jan. für 14 Tage in Urlaub geht, den er in den Dolomiten verleben will.

Befragt nach seiner persönlichen Perspektive, erklärte er, dass er zur Zeit überhaupt nicht daran denkt, sein Studium abzuschließen, da er in seiner jetzigen Funktion nicht besser leben könnte. Seine letzte Jahressemesterarbeit zu Finanzfragen war mit „gut" zensiert worden (z. Z. Student im 18. Semester). Er brachte zum Ausdruck, dass mit Wirkung vom 1. Dez. 1968 sein Gehalt auf 2000 DM/BRD erhöht wurde. Bei 100prozentigem

Abb. 99 *– Der „Philishave 3 de Luxe", Ende der 1960er Jahre in Hamburg bei Philips hergestellt, musste nicht einmal umgebaut werden, um als Container zu dienen. Jaegers Rostocker Führungsoffizier Scherwinski kam am 18. März 1969 auf die Idee, dass darin zwei bis drei Filme transportiert werden könnten, und er war vom Äußeren beeindruckt: „Das Etui ist von Außen mit schwarzem Kunstleder bezogen und mit blauem Stoff ausgeschlagen."*

Umsatz der Auslandsreisen würde er vom Reiseunternehmen 30% des Gewinns erhalten. Bei Übererfüllung der Jahrespläne würde er von der Summe der Übererfüllung 50% erhalten. Außerdem bekäme er zum Jahresende jeweils ein 13. Gehalt.

Des weiteren habe er sich eine neue Geldquelle geschaffen. Der GM hat drei Kopieranlagen von einer amerikanischen Firma gemietet, die sich großer Beliebtheit bei den Studenten erfreut. Als Mietpreis muss er gegenüber der Firma 13,5 Pf. pro Kopie zahlen; der Student hätte an ihn pro Kopie 25 Pf. zu zahlen. Die Differenz von 11,5 Pf. würde dem GM gehören. Der GM „Günther" hatte sich ausgerechnet, dass die von ihm eingebauten Zählautomaten (3 Stück, [insgesamt] 450 Mark) sich in drei bis vier Monaten amortisiert hätten. Alle anderen Einnahmen könne er unversteuert für sich verbrauchen.

Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Rostock, Abt. XX (Hauptmann Grebe): Bericht über durchgeführten Treff mit GM „Günther", Rostock, 27. Dez. 1968 (BStU, TA 599, IME „Günther", Bd. IV, Bl. 249 ff).

Fall Jaeger – Dokument 12 (1974)

"Perspektive nur im ökonomischen Bereich"

Das politische Gespräch wurde von mir [dem Führungsoffizier] sofort auf Günther Guillaume gebracht. Der IME [Inoffizielle Mitarbeiter im besonderen Einsatz] sagte, dass dieser Fall gegenwärtig die gesamte westdeutsche Presse beherrscht. Im Gespräch akzeptierte er die Leistungen dieses Aufklärers und brachte zum Ausdruck, dass er auch feststellen konnte, soweit er Kontakte zu Mitarbeitern des Bundeskanzleramtes hatte, dass diese mit steigendem Geheimhaltungsgrad auch besonders überwacht werden.

Der IME war über dieses Vorkommnis nicht beunruhigt. Er selbst konnte sich auch keine rechte Erklärung dafür geben, wieso ihn dieses in gewissem Sinne so wenig erregt. Er meint, dass er sich wahrscheinlich an diese Lage gewöhnt hat. Vor Jahren fühlte er sich nach derartigen Veränderungen doch ziemlich unsicher. […]

Mit dem IME wurde darüber gesprochen, dass die Chancen für das Erringen einer solchen Vertrauensposition, wie sie Günther Guillaume hatte, ohne Mitgliedschaft in einer Partei nicht möglich sind, da man Referenzen benötigt. Wenn der IME auch nicht die Absicht hat, selbst politischer Mitarbeiter [in einer BRD-Partei] zu werden, sondern seine Perspektive nur im ökonomischen Bereich sieht, wie er selbst formuliert hat, sind die o.g. Merkmale doch auch für ihn zutreffend, wenn er ehrlich bestrebt ist, gute Informationen zu liefern.

Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Rostock, Abt. XX (OTL Scherwinski): Bericht über durchgeführten Treff mit IME „Günther", Rostock, 6. Mai 1974 (BStU, TA 1463, IME „Günther", Bd. VI, Bl. 47).

Fall Jaeger – Dokument 13 (1975)

Wolfgang Jaeger ist in der CDU angekommen

Auftrag [Rostock,] den 23. April 1975

In Ihrer Aufklärungstätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit sind in der nächsten Zeit folgende Schwerpunktprobleme besonders zu berücksichtigen:

1. – Nutzen Sie ihre Zugehörigkeit zur CDU, um über das Parteileben in der CDU, organisatorische Fragen und Pläne und Absichten, möglichst interner Art, informiert zu sein, und berichten Sie hierüber bei den vereinbarten Treffs.

Es ist zu beachten, dass die CDU ihre gesamte politische Tätigkeit bereits jetzt auf die Vorbereitung einer günstigen Ausgangsposition für die Bundestagswahl 1976 orientiert. Deshalb ist es erforderlich, möglichst gute Informationen über die von der CDU-Führung gegebene politische Orientierung auf zentraler, auf Landes- und Kreisebene in Erfahrung zu bringen. Durch Gespräche mit CDU-Funktionären müssen Sie versuchen, deren Meinung über die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen in Erfahrung zu bringen. Hierbei spielt, außer den territorialen Möglichkeiten, Ihre Verbindung zu Herrn [*geschwärzt*] eine bedeutende Rolle.

Lassen Sie keine Möglichkeit ungenutzt, um durch aktive Tätigkeit für die CDU Ihre eigene Position in der Partei zu festigen.

2. – Nutzen Sie alle Möglichkeiten, um Informationen über durchgeführte und beabsichtigte Schleusungen von DDR-Bürgern zu erarbeiten. Vorrangig interessieren die genutzten Schleusungswege und -mittel sowie die an der Schleusung unmittelbar und mittelbar beteiligten WB- oder BRD-Bürger sowie Ausländer.

Berichten Sie uns unverzüglich über alle Hinweise, denen zufolge DDR-Bürger beabsichtigen, auf ungesetzlichem Wege die DDR zu verlassen, sowie über Absichten und Maßnahmen Westberliner bzw. BRD-Behörden,

Institutionen und Einzelpersonen, die darauf orientiert sind, DDR-Bürger abzuwerben oder auf ungesetzlichem Wege auszuschleusen.

3. – Nutzen Sie Ihre Verbindung zu [*geschwärzt*; Peter Reichard],[11] um ihn selbst, seine Familienverhältnisse, seine Arbeitskollegen und Einzelheiten über den Dienstbetrieb der Kriminalpolizei von Hamburg bzw. des Staatsschutzes in Erfahrung zu bringen. Interessieren Sie sich für geplante und durchgeführte Einsätze mit politischem Charakter.

Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Rostock, Abt. XX (OTL Scherwinski): Auftrag, IM „Günther" übergeben am 23. April 1975 in Berlin (BStU, TA 1463, IME „Günther", Bd. VI, Bl. 231 f.).

* * *

Fall Jaeger – Dokument 14 (1975)

Welchen Frauentyp liebt ***?

Fragespiegel
zum Treff mit dem IM des Genossen Oberstleutnant Scherwinski

Zum Persönlichkeitsbild des [*geschwärzt*; Peter Reichard]

- Wie sieht er seine Perspektive in der Polizei?
- Welche konkreten Möglichkeiten hat er, um zum Staatsschutz zu gelangen? […]
- Wie ist seine familiäre Lage?
- Wie gedenkt er sein weiteres Leben hinsichtlich Frauen zu gestalten?

[…]

- Wie ist seine derzeitige wirtschaftliche Lage, insbesondere wenn [*geschwärzt*]?
- Hat er Schulden?
- Was verbleibt ihm vom Gehalt, wenn er [*geschwärzt*]? […]
- Welche Voraussetzungen können geschaffen werden, um eine Reise des Genannten nach Westberlin festzustellen und an uns zu übermitteln, wenn zu erwarten ist, dass er auch die Hauptstadt der DDR besucht? […]
- Inwieweit kann der IM uns Hilfestellung geben, zumindest die Reaktion auffangen, wenn [*geschwärzt*; Peter Reichard] von uns in Berlin angesprochen wird? […]
- Welchen Frauentyp liebt [*geschwärzt*; Peter Reichard]?

Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Rostock, Abt. XV, 25. Juni 1975 (BStU, TA 1463, IME „Günther", Bd. VI, Bl. 250 f.).

* * *

Fall Jaeger – Dokument 15 (1992)

Kommunalpolitik – für Ostberlin wenig interessant

In der Regel wurde das Material, das Herr Jaeger mündlich oder per Fotografie lieferte, als brauchbar gewertet. Ausnahmsweise bekam es auch mal die Bewertung „wertvoll". Das war eine „2". Eine Benotung mit „1" erinnere ich […] nicht. Eine „2" erinnere ich im Zusammenhang mit einem Bericht über einen Vortrag des Bundestagsabgeordneten [Klaus] Francke, der damals – meine ich – im Verteidigungsausschuss des Bundestags saß und bei einer Gelegenheit einen Vortrag hielt, dem auch Herr Jaeger zugehört hat. Dabei ging es um Umstrukturierungspläne bei der Bundeswehr und *Cruise missiles* und Ähnliches. […]

Die Berichte aus dem kommunalpolitischen Bereich konnten eigentlich nie eine „2“ erreichen. Berlin betrachtete Kommunal- und Landespolitik in der Breite als nicht so wichtig. Anders wäre es natürlich gewesen, wenn es gelungen wäre, jemanden in den Bereich der Bundespolitik mit hineinzuheben.

Aussage des Zeugen (ehemaligen MfS-Offiziers) Bernhard Hofter am 25. August 1992, Hamburg (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 16/91, Bd. 1, Bl. 133).

* * *

Fall Jaeger – Dokument 16 (1995)

Wolfgang Jaeger - ein "weit rechtsstehender CDU-Politiker"

Der Beschuldigte galt nach Aussage des als Kriminaloberrats in der Polizeidirektion Hamburg-Harburg, Chmillon, der den Beschuldigten etwa im Jahre 1972 kennenlernte, als engagierter und weit rechtsstehender CDU-Politiker. Der Zeuge [Emil] Nutz zählte den Beschuldigten zum rechtskonservativen politischen Spektrum. Er habe extrem marktwirtschaftliche Positionen vertreten. Nach Aussage des Zeugen [Wolfgang] Speck vertrat der Beschuldigte eine absolut ablehnende Haltung gegenüber dem kommunistischen System.

Staatsanwaltschaft beim HOLG, Anklageschrift v. 7. April 1995 (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 16/91, Bd. 11, Bl. 141).

Abb. 100 *– Ein Rechtskonservativer als DDR-Spion? Die örtliche Zeitung (Harburger Anzeigen und Nachrichten) kam aus dem Staunen nicht heraus. Aber Jaeger zeigte auch in anderer Hinsicht ein Doppelgesicht. Er ließ sich „operativ" auf einen angeheirateten Verwandten und Geschäftspartner ansetzen, denunzierte angehende DDR-Flüchtlinge, erwog aber mit seinem Rostocker Führungsoffizier auch eine Übersiedlung seiner Schwester in die Bundesrepublik (nachdem er zeitweise eine solche Übersiedlung zuvor abgelehnt hatte).*

Anmerkungen

1 *Vgl. Passgesetz der DDR in der Fassung vom 11. Dezember 1957 (http://www.verfassungen.de/de/ddr/passgesetz54.htm, 1. April 2015).*

2 *Gertrud Heise: Der Ernst des Lebens. Fast Biografisches aus dem Künstlerleben von Ernst Heise. Berlin 2004, S. 16. In einem Telefongespräch vom 9. Juli 2015 gab Frau Dr. Dr. Heise d. Verf. andeutungsweise zu verstehen, es habe sich um ein unpolitisches Vergehen – das „Organisieren" von Schreibmaschinen – gehandelt, und ihr jüngerer Bruder Wolfgang Jaeger sei verwickelt gewesen.*

3 *BStU, Archiv der Außenstelle Rostock, TA 599, „IME „Günther", Bl. 34.*

4 *Heise: Der Ernst des Lebens (wie Anm. 2), S. 15. Vgl. zur Biografie Ernst Heises (1928–1996) http://defaternstunden.de/index.php?option=com_content&view=article&catid=34:h&id=682:ernst-heise, 1. Juli 2015.*

5 *Heise spielte auf der Bühne ca. 40 Fachpartien in Opern, Operetten und Musicals, gastierte auch in Hamburg, Lübeck, Bremerhaven, Köln, Dortmund, Mannheim, Stettin, Danzig.*

6 *Bericht über den durchgeführten Treff mit dem GM „Günther", Rostock, 21. Okt. 1966 (BStU, Archiv der Außenstelle Rostock, TA 599, „IME „Günther", Bl. 324 ff.).*

7 *Ein „Westpass" war ein operatives Instrument; wenn die Angabe stimmen sollte, hätte GI „Heike" also ihre Stellung als informelle Mitarbeiterin des MfS missbraucht.*

8 *Gerd Weiland, seit 1968 Dr. jur, war 1970–1997 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft.*

9 *Mit solchen Passagen verfolgten Führungsoffiziere gewiss auch die Absicht, ihre Kompetenz in puncto politischer Erziehung herauszustreichen.*

10 *Gaststätte der Handelsorganisation (HO) der DDR, eines volkseigenen Einzelhandelsunternehmens.*

11 *Der Kriminalkommissar Peter Reichard war Jaegers Geschäftspartner, vor allem aber ein Cousin seiner Ehefrau.*

Abb. 101 *– Kriminalkommissar Rolf Grunert, zeitweiliger Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, in seiner Lieblingspose: Am Schreibtisch im Hamburger Polizeipräsidium, aktiv, dynamisch, mit Kommunikation und Organisation beschäftigt.*

Rolf Grunert *alias* "Alster" (1962–1969), "Wilhelm Schneider" (1969–1985), "Rolf Schneider" (1985–1989). Der egozentrische Abenteurer

Grunert, Rolf Fritz Wilm
geb. 1. Juli 1925 in Arnstadt
gest. 20. April 2006 in Berlin (das Grab befindet sich auf dem Hamburg-Ohlsdorfer Friedhof)

Ausbildung, Berufstätigkeit
Abitur Arnstadt 1943; Kriegsteilnahme; Handelsschule Hamburg (ohne Abschluss); 1952 Polizeiausbildung, 1953 Polizeiwachtmeister; 1957 Versetzung zur Kriminalpolizei; 1973 freigestellter Vorsitzender des Personalrats der Hamburger Kripo; Kriminaloberkommissar 1975; 1980–1985 Privatdetektiv; 1985 Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, Scheinarbeitsverhältnis beim SKET VEB Spezialmontagen Weimar.

Parteien, Verbände, Firmen, Ämter, Mandate
1947 KPD Hamburg; 1985 SED, 1988 PDS; 1969 Landesvorsitzender Hamburg des 1968 gegründeten Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK); Bundesvorsitzender des BDK 1972–1978.

Spionage für die DDR
Als KP (Kontaktperson) bzw. Kandidat (1962–1969) „Alster"; als IM „Wilhelm Schneider" 1969–1985 (nur praktisch unterbrochen durch Haftzeiten, 1977–1980); später als „Rolf Schneider" – nach 1985, als Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter (HIM) des MfS und im Verhältnis zu seiner ebenfalls bei der HA II anhängigen Geliebten, späteren Ehefrau, Herma Zemke (IM „Hanni", MfS-Reg.-Nr. XV/1904/86). MfS-Reg.-Nr. IX/53/63.

Ausspähungsbereich
Polizei, Bund Deutscher Kriminalbeamter, bundesdeutsche Sicherheitsbehörden; Hamburg (im Rahmen von kleineren Dienstleistungen für das MfS in Grunerts Zeit als Privatdetektiv).

Entgelt
Als „Kundschafter": 1969–1977 jährlich 10.000 DM, also 70.000 DM, zwischen 1980 und 1985 wohl deutlich weniger. Als Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter (1985–1990) zuletzt 1017 Mark (DDR) monatlich, also gute 12.000 Mark (DDR) pro Jahr, zuzüglich „*gelegentlicher Zuwendungen*" von ca. 2000 M (DDR) jährlich.

Vom MfS gespeistes und geführtes Verwahrkonto, von dem nach Grunerts Übersiedlung (1985) 30.000 Mark für den Kauf eines Hauses in Arnstadt überwiesen wurden, das Grunert wohl auch zu einem Vorzugspreis erhielt. Mehrfach bekam er kostenlose Urlaubsaufenthalte mit wechselnder Begleitung auf Rügen.

DDR-Auszeichnungen
Verdienstmedaille der NVA (1975); Kampforden für Verdienste um Volk und Vaterland (1979); Verdienstmedaille der DDR (1985); Vaterländischer Verdienstorden (1986); Ehrenurkunde für 40jährige SED-Mitgliedschaft (1987); Ehrenurkunde für 25 Jahre treue Dienste in den bewaffneten Organen.

Sonstige Verbindungen in die DDR
Schwester Helga Schmidt, geb. Grunert (Arnstadt 1929); seit 1963 IMV; seit 1968 offiziell KP „Helga"; später IME „Lydia"; MfS-Reg.-Nr. XV/5582/82.

StGB-Hintergrund und rechtliche Sanktionen in der Bundesrepublik
Vor 1968: §§ 100e StGB (alt); ab 1968 § 99 StGB (betr. *Geheimdienstliche Agententätigkeit*, in Kraft seit 1968). – HOLG-Urteil v. 21. Dez. 1978 (4 StE 1/78): 3 Jahre Haft; 1989: erneute Ermittlungen wegen erneuter *Geheimdienstlicher Tätigkeit* aus der DDR heraus, eingestellt 1995. 1989–1991; erneutes Ermittlungsverfahren nach § 99 StGB, auch gegen Herma Grunert, 1992 (1 OJs 20/92), eingestellt 1995.

Werke

Vorschläge zur Realisierung des Europol-Gedankens. In: Materialien für die Neuordnung der Verbrechensbekämpfung und Verbrechensverhütung in Europa. Hg. v. Bund Deutscher Kriminalbeamter. Berlin 1974, S. 6–10; Weiß die Bundesregierung, wovon sie redet? In: Der Kriminalist 6 (1974), H. 3, S. 142; Prominenz und Gewalt. Ebd. 7 (1975), H. 2, S. 66; Ansprache zur Festveranstaltung des BDK beim 3. BDT am 7. 11. 1975. Ebd. 8 (1976), H. 1, S. 21–27; Rohrkrepierer. Ebd., H. 9, S. 512 f.. Der Kriminalkommissar. Biografie. Berlin 2003 (überarbeitete Fassung eines in Druckfahnen und mit Umschlagentwurf vorliegenden Buches u.d.T. Der Kommissar. Berlin [-Ost]: Verlag Neues Leben 1989, ISBN 3-355-01136-3).

Gedruckte Quellen und Literatur

Dieter Staecker: Wut auf Wanze. Wer versteckte den Minispion hinter der Gardine? In: Die Zeit, 15. Nov. 1974; Große Abräume. In: Der Spiegel 23/1977; Hans Schueler: Ostagent in der Kripo? Kleine Spione in Not. Eine Schlappe für den DDR-Geheimdienst. In: Die Zeit, 3. Juni 1977; Ja, wenn man ein Schwächling ist. Spiegel-Reporter Gerhard Mauz im Prozeß gegen den ehemaligen BDK-Vorsitzenden Rolf Grunert. In: Der Spiegel 39/1978; Abgeblicher Ost-Spion erhielt Anklageschrift. Im Fall Rolf Grunert: Neues Gericht, offene Ohren. In: Hamburger Abendblatt, 30. Juni 1978; Hunger nach Anerkennung. Gerhard Mauz zum Urteil über Rolf Grunert. In: Der Spiegel 1/1979; Seltsame Sachen. In: Der Spiegel 36/1987; Renate Oschlies: Ausschlussverfahren. Der Zeuge der Anklage, Berliner Zeitung (BZ), 4. Juli 2001; Berliner Altkommunist Grunert will PDS Anfang Oktober auflösen. Ebd., 26. August 2001; Rainer Link: Der Spion, der aus der Kripo kam. Ein west-östliches Agentenschicksal. Deutschlandfunk-Feature, 31. Juli 2001 (Manuskript); Herma Grunert: Vivaldi, Liebe und Verrat. Ein Tagebuch. Berlin 2003; Pro und Kontra bei Grunert-Lesung in Arnstadt. In: Arnstädter Stadtecho, 20. Juni 2004.

Rolf Grunert.
Spionage und Politik.
Dokumente

Einleitung

Rolf Grunert hatte sich 1989 eine glatte, im DDR-Sinn verfasste Biografie zurechtgelegt: Als konsequent gegen bundesdeutsch-kapitalistische Korruption vorgehender Kriminalist sei er mit Spionageverdacht überzogen, inhaftiert, hernach durch „*Berufsverbot*" daran gehindert worden, der Tätigkeit eines Privatdetektivs nachzugehen (Dok. 1). Der Fall der Mauer hat das Erscheinen jenes schon beinahe fertigproduzierten Buchs verhindert. Grunert hat es später für ein bundesdeutsches Publikum umgeschrieben (Dok. 4, 9, 14, 15).

Grunerts 2003 erschienene Autobiografie (*Der Kriminalkommissar*) dürfte der historischen Wahrheit erheblich näherkommen, ist gleichwohl mit großer Vorsicht zu genießen. Grunert hat wohl so ziemlich alle Menschen, auch seine Freunde und Bekannten, jeweils nach gegebener Lage, aus Opportunitätsgründen, belogen und betrogen – Kollegen, politische Mitstreiter, Anwälte und Richter inbegriffen. So fällt es schwer, sich im Einzelfall dazu zu entscheiden, Äußerungen von ihm für bare Münze zu nehmen.

Die Autobiografie bestätigt vor allem auch das Ergebnis, zu dem das HOLG 1978 *in puncto* Motivforschung gelangt ist: Ein übertriebenes Streben nach Selbstwertbestätigung scheint Rolf Grunerts Hauptantrieb gewesen zu sein – und zwar nicht nur die Spionage betreffend. Das im Zuge seines Gerichtsverfahrens auf eigene Anregung über ihn verfasste forensisch-psychologische Gutachten (des Hamburger Psychologen Jürgen Hebestreit) ging in diese Richtung, das HOLG hat sich dem angeschlossen, auch aufgrund eigener Anschauung, partiell aber sogar geneigt, diesen Umstand eher zu Gunsten Grunerts auszulegen denn zu seinen Ungunsten.

Das Gericht, von Grunert stets hart attackiert, später verspottet, hat sogar gutgläubig befunden, „*wenigstens zeitweise*“ habe „*die Tat des Angeklagten eine Erklärung in seinem Bestreben [gefunden], […] eine Einladung des FDGB für den BDK zu erlangen*“, sei er doch davon ausgegangen, in seinem MfS-Führungsoffizier „Teichmann“ (Oberstleutnant Heinz Willi Krebs) einen FDBG-Funktionär vor sich zu haben. Grunerts lange Jahre als MfS-Kontaktperson „Alster“ haben die Richter gar übersehen.

Ähnlich wie bei Kurt Wand *jun.,* sicherlich nicht ganz so stark, spielte der Vater für Rolf Grunert eine bedeutsame Rolle, ein Lehrer, den er als strammen Nazi dargestellt hat, der den Sohn nicht selten verprügelt habe. Hier mag eines der Motive dafür liegen, dass Rolf Grunert 1947 Kommunist wurde.

So wie Johannes Koppes thematischer Roter Faden die Atomenergieproduktion war, stand bei Grunert stets das „*Law-and-order*-Prinzip“ im Vordergrund: Effektive Verbrechensbekämpfung hüben wie drüben schwebte ihm vor, und wenn es nicht um ihn persönlich ging, war er wohl in puncto Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismäßigkeit nicht ausgesprochen zimperlich. Rolf Grunert konnte zwar zeitweise als Rädchen im Getriebe funktionieren, neigte aber zugleich zur Aufmüpfigkeit, gewiss auch zum Querulantentum, wobei er eher Egozentriker denn Individualist war, kein Liberaler und auch kein Demokrat, sondern ein Befürworter autoritärer Politik, sofern sie von der von ihm präferierten, weil ihn privilegierenden Seite praktiziert wurde, oder aber von der Seite, die den Strukturen entgegenstand, innerhalb derer er Mühe hatte, voranzukommen.

Grunert hat sich der „*ausblutenden DDR*“ 1962 geradezu angeboten (Dok. 2), erbost über das kurz zuvor erfolgte Scheitern seines Versuchs, zum Oberbeamten aufzusteigen. Er fungierte allerdings zunächst – aufgrund beiderseitiger, vor allem freilich MfS-seitiger Vorsicht – bis 1969 bloß als Kontaktperson (Dok. 3, 4). Eine Zeitlang wurde er routinemäßig, unter dem Aspekt einer eventuellen Doppelagentenschaft, skeptisch beäugt, zugleich eingeladen, seine Möglichkeiten im Rahmen der ihm zugänglichen Sicherheitsbehörden und im neugeschaffenen *Bund Deutscher Kriminalbeamter* effektiver auszuschöpfen (Dok. 5).

In den 1970er Jahren lief er dann zu Hochform auf – bis zu seiner Verhaftung 1977. Sein Verband, der BDK, an dessen Spitze er sich Respekt verschafft und sich – selbst nach der Überzeugung des HOLG – verdient gemacht hatte, behandelte ihn kühl und korrekt (Dok. 6). Zeitweilig spielten Grunert und seine Anwälte, auch beim späteren Versuch, eine Revision des 1978 ergangenen Urteils zu erlangen, mit der Idee, Grunerts Arnstädter Schwester Helga als Zeugin kommen zu lassen. Helga Grunert, selbst als IM „Lydia" in Diensten des MfS, hätte dies in Hamburg nicht vortragen müssen, vielmehr erklären können, wie harmlos-familiär Grunerts Besuche in der DDR stets gewesen seien. Doch waren die Behörden sowohl der Bundesrepublik als auch der DDR nicht bereit, sich auf eine solche Zeugenaussage Helga Grunerts einzulassen (Dok. 7).

Grunert hat auch nach seiner Haft die Zusammenarbeit mit dem MfS fortgeführt (Dok. 9) und die 1979/80 von ihm in Hamburg eröffnete Privatdetektei zum Teil auch durch Erledigung von Aufträgen finanziert, die aus Ostberlin kamen (oder durch Verkauf von Informationen in Ostberlin, die er – ohne vorherigen Auftrag – dort anbot. Vgl. Dok. 9, 10). Doch lief der Laden schlecht, und Grunert folgte 1985 dem ihm schon seit längerem vorliegenden Angebot, sich in der DDR niederzulassen. Dort hat er seine geheimdienstliche Tätigkei*t* als Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS fortgesetzt.

Seine letzte Ehefrau, Herma, die sich ihm allerdings 1980 geradezu als Geliebte aufgedrängt hatte, hat Rolf Grunert nach seiner Übersiedlung bedenkenlos dem MfS als IM „Hanni" zugeführt (1, 12), hat aber ebenso bedenkenlos „Hannis" triviale Berichte aus dem Blankeneser Ortsamt gegenüber seinen Führungsoffizieren „*aufgeblasen*" und das MfS auf diese Weise um einige Summen Agentenlohns erleichtert (Dok. 13).

Dem Stasi-Minister und Armeegeneral Mielke ist Grunert offenbar sympathisch gewesen; er hat den „Tschekisten" mit diversen Orden geehrt (Dok. 9), sich wohl auch gelegentlich kurz mit ihm unterhalten und ihm – wie Rolf Grunert renommiert hat – „*den Befehl*" zur Abfassung seiner Autobiografie gegeben (der ersten, für das DDR-Publikum gedachten Version, Dok. 15). Am Schluss war Mielke der letzte deutsch-deutsche Polit-Prominente (nach Franz-Josef Strauß und BKA-Chef Herold), von dem Grunert noch den ihm so wichtigen Beifall erwarten konnte.

Grunert hielt in der DDR allerlei Vorträge in Fortbildungsveranstaltungen des MfS und zählte zum Mittelbau der politischen Klasse dort (Dok. 16). Das Ende der DDR hat er lebhaft bedauert. 1990 haben Rolf und Herma Grunert ein in seinem Umfang ganz und gar überzogen geplantes „Start-up"-Unternehmen „*für Sicherheit und Kriminalistik*" ins Leben zu rufen versucht – in ehemaligen NVA-Räumlichkeiten und mit einem Personal, das wesentlich aus einstigen MfS- und NVA-Bediensteten bestand; das Projekt ist freilich gescheitert. Nach jahrzehntelanger Mitgliedschaft in KPD und SED ist Grunert schließlich zur PDS gestoßen und hat sich auch dort als Querulant hervorgetan. Am Schluss stand für ihn die Überzeugung, „*zu entschuldigen*" hätte er sich bei niemandem (Dok. 17).

Erst nach der Wende sind die Ermittlungsbehörden den Zusammenhängen vor und nach 1989 auf den Grund gekommen, als ehemalige Führungsoffiziere aussagten und BStU-Unterlagen bereitstanden. Die Ermittlungen richteten sich auf Grunerts Tätigkeit für das MfS nach seiner Übersiedlung in die DDR (obgleich er 1985 DDR-Bürger geworden war), ferner auf die *Geheimdienstliche Agententätigkeit* von Herma Grunert (*alias* „Hanni"). 1995 wurden diese Ermittlungen eingestellt: Rolf Grunert profitierte von der Losung, die das Bundesverfassungsgericht ausgegeben hatte – keine Verfolgung von DDR-Bürgern für auf dem Boden der DDR begangene Handlungen; Herma Grunert, die sich – mehr oder weniger – initiativ ans BKA gewandt und ein Geständnis abgelegt hatte, erhielt § 153 Strafprozessordnung zugutegehalten – „tätige Reue".

Friedenspolitik hat Grunert erkennbar nicht vor Augen gestanden. Für die Förderung einer – auch die deutsch-deutsche Grenze überschreitenden – Kriminalitätsbekämpfung hätte er als Verbandspolitiker ohne Untergrunddimension bessere Dienste leisten können; insofern ähnelt sein Fall demjenigen Gerd Löffers (vorausgesetzt, beide haben annähernd die Wahrheit gesagt).

Dem DDR-Leitbild des Tschekisten dagegen kam Rolf Grunert von allen hier vorgestellten Akteuren wohl am nächsten, wenn er sich auch über den schwülstigen Tschekistenkult wohl mokiert hätte. Das folgende, unveröffentlicht gebliebene, im Gegenteil 1988 innerparteilich gerügte Tschekistengedicht (immerhin schon einmal eine Satire auf frühere Ergüsse)

dürfte er als amüsant empfunden haben – es sei denn, Erich Mielke persönlich hätte ihm davon abgeraten.

„Wir kennen weder Strafgesetz noch Angst“

Wir sind die stolzen Tschekisten
das Rückgrat der SED
von Berges Höhen bis an die Küsten
sind wir überall juchhe
Dem Feind ein Dorn im Auge
dem Freunde Beschützer in der Not
Dem Bürger strenger Gebieter
dem Vorgesetzten treu bis in den Tod.

Refrain
Wir beugen vor, wir klären auf
Wir greifen zu, wir hauen drauf
Wir dringen ein, wir schleichen an
Wir rücken ab, wir weisen an
Wir kennen weder Strafgesetz noch Angst

Den Agenten keine Chance.

Zit. n. Jochen Hecht: Die Poesie als Magd des Staatssicherheitsdienstes. Beitrag für die Internationale DDR-Forschertagung in Weimar, November 2005 (http://www.bstu.bund.de/DE/Archive/Fachbeitraege/poesie.html, 1. Aug. 2015)

Fall Grunert – Dokument 1

"Zum 'kommunistischen Agenten' abgestempelt"

Rolf Grunert schildert in der Bilanz seines bisherigen Lebens den Bruch mit dem bürgerlich-konservativen Elternhaus und seine Laufbahn als Kriminalist in der BRD. Er hat Einblick in den Dunstkreis imperialistischer Herrschaftsausübung und erlebt hautnah zahlreiche abenteuerliche Skandale und Affären mit, in die „staatstragende“ Persönlichkeiten, Parteien, Ministerien und Behörden der BRD verstrickt sind. Als er mit Gleichgesinnten gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Hintertreppenpolitik,

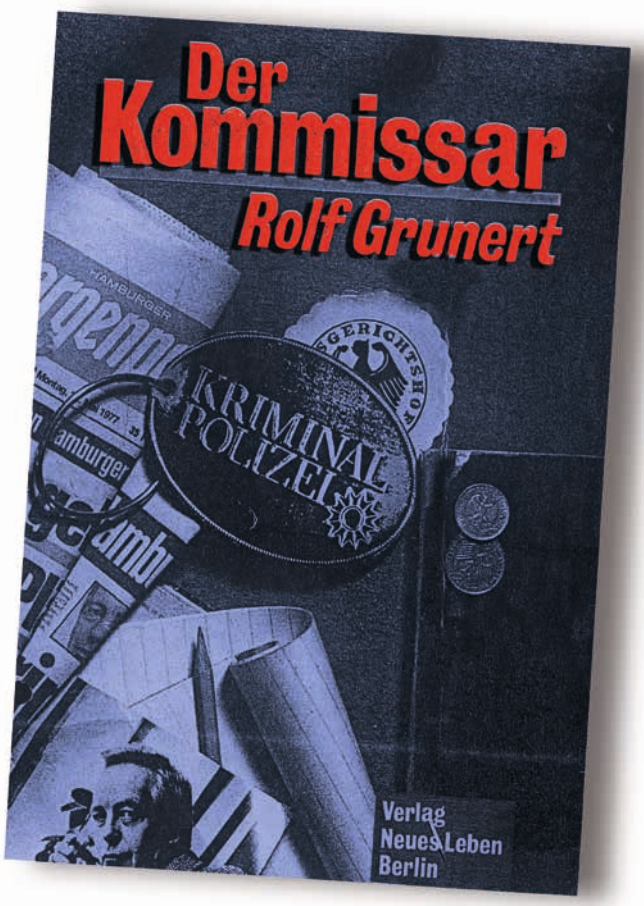


Abb. 102 – *Rolf Grunerts erster Anlauf zu Memoiren – angeblich auf gern entgegengenommenen Befehl Erich Mielkes, eher wohl auf Einladung des Generals Kratsch. Der Einband war schon fertig, doch der Verlag Neues Leben konnte das Buch nicht mehr fertigproduzieren – die Wende kam dazwischen. Für das gesamt-bundesdeutsche Publikum musste Grunert umschreiben.*

die Korruption und zynische Scheinheiligkeit zu organisieren beginnt, formiert sich gegen ihn eine Front, die nicht nur die bundesdeutsche Justiz, die Geheimdienste und das Bundeskriminalamt vereint. Da Grunert faule Kompromissangebote ablehnt, erleidet nicht nur seine Kriminalistenkarriere einen Knick, sondern er steht nunmehr auf einem gefährlich glatten politischen Parkett. Seit 1976 haben ihn bundesdeutsche Geheimdienste zum „*kommunistischen Agenten*“ abgestempelt und einer mehrmonatigen Hetzjagd ausgesetzt. Trotz konspirativer Informationen und Warnungen befreundeter Geheimdienstler will er als Einzelkämpfer weitermachen und diejenigen demaskieren, die für die verfassungswidrigen Intrigen verant-

wortlich sind. Aber erst Verhaftung, Prozess, Ablehnung des Wiederaufnahmeverfahrens und faktisches Berufsverbot als Privatdetektiv zerstören Grunerts Illusionen. Fast sechzigjährig zieht er seine Konsequenzen …

> Klappentext auf dem Umschlag des dann – bedingt durch den Fall der Mauer und das Ende der DDR – nicht mehr publizierten Buchs „Der Kommissar“ (StAH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 20/92, Bd. 4, Bl. 220).

* * *

Fall Grunert – Dokument 2 (2001)

"Die Hetze gegen die ausblutende DDR"

Der große Tag, an dem die Berliner Mauer gebaut wurde [13. August 1961]. Und da muss ich nun offen bekennen, zu jener Zeit ging mir das Messer in der Tasche endgültig mal wieder auf. Das konnte ich politisch nicht mehr ertragen, die Hetze gegen die ausblutende DDR. Ich überlegte immer, was kannst du denn nun eigentlich machen? Ich habe mich dann zu einem Schritt entschlossen: Du musst dich mal in der DDR umsehen, was ist Sache, und, und, und. Die Fahrt fand statt mit meiner damaligen Familie. Ich kriegte einen Besuch von zwei Herren, die um ein Gespräch baten, und ich wurde für den nächsten Tag nach Erfurt gebeten, wurde abgeholt, traf da mit einigen anderen Herren zusammen, und wir führten ein sehr lockeres Gespräch. Ich ergriff die Initiative insofern, ich wusste ja, mit wem ich es zu tun hatte, indem ich kaltschnäuzig fragte: Meine Herren, kann ich in der DDR als Kriminalist tätig werden?

> Rainer Link: Der Spion, der aus der Kripo kam. Ein west-östliches Agentenschicksal. Deutschlandfunk-Feature, 31. Juli 2001, Manuskript, S. 2.

Fall Grunert – Dokument 3 (1969)

"Bestimmte positive politische Ansatzpunkte"

Zur bisherigen Entwicklung des Kontakts

„Alster" wurde im Jahre 1962 durch Antragstellung auf besuchsweisen Aufenthalt bei seiner [Schwester] in der DDR bekannt.

Am 2. März 1963 wurde mit dem Kandidaten im Zusammenhang mit seiner polizeilichen Anmeldung in Bad Langensalza Kontakt aufgenommen. Die Vorstellung erfolgte als Mitarbeiter des MfS. In dieser Aussprache zeigten sich bei „Alster" bestimmte positive politische Ansatzpunkte. Dem Kandidaten wurde im wesentlichen mitgeteilt, dass unsere Aufgabe in der Bekämpfung der imperialistischen Geheimdienste besteht. Mit einer weiteren Aussprache in der Hauptstadt der DDR war „Alster" einverstanden. Zur Aufrechterhaltung der Verbindung wurde dem Kandidaten eine DA [Deckadresse] übergeben. Mitte 1963 kam es zu der vereinbarten Begegnung in Berlin. Der Kontakt konnte gefestigt werden. Zu einer festen Treffvereinbarung kam es allerdings nicht.

Über DA teilte „Alster" im Jahre 1965 mit, dass er seine [Schwester] am 18. Juni besuchen will. Bei diesem Treff zeigte sich, dass der Kandidat nach wie vor mit bestimmten politischen Grundfragen Westdeutschlands, insbesondere hinsichtlich der Führungskräfte der Bundeswehr, der Justiz und des Revanchismus, nicht einverstanden ist. […]

Der Kandidat erhielt bei der letzten Zusammenkunft im Jahre 1965 den Auftrag, Ermittlungen über den Residenten des französischen Geheimdienstes, [*geschwärzt*], zu führen. Zu dem Auftrag wurde ihm erklärt, dass es sich um einen Mittelsmann eines ausländischen Geheimdienstes handelt. Die Bezeichnung „Resident" und „französischer Geheimdienst" fielen nicht. Der Kandidat nahm diesen Auftrag an, gab aber noch nicht prinzipiell sein Einverständnis für eine ständige Zusammenarbeit mit dem MfS. Es wurden ihm 500,– West ohne Quittung übergeben. Ferner wurde ein Erkennungszeichen (Feuerzeug) vereinbart. Zu einer neuen Treffvereinbarung kam es allerdings nicht. Im Brief vom 12. Juli 1965 an die DA

teilte der Kandidat in verschlüsselter Form die neue Wohnanschrift des Residenten [*geschwärzt*] mit.

Seit diesem Treff erfolgte eine lose Korrespondenz über die DA. Mehrere Treffvereinbarungen sagte „Alster" zu, entschuldigte dann jedoch sein Nichterscheinen mit persönlichen Gründen.

Seite Mitte 1969 wurde dann konkret auf eine neue Zusammenkunft hingearbeitet, in dessen Ergebnis es zu der Zusammenkunft am 4. Oktober 1969 kam.

> Hauptmann Wolfgang Koch [Grunert bekannt als Rolf „Anders"]: Bericht über die Aussprache mit der KP „Alster" am 4. Oktober 1969, Berlin, 29. Oktober 1969 (BStU, MfS A-173/76, Bd. 1, Bl. 6 f.).

* * *

Fall Grunert – Dokument 4 (2003)

Wahrheit oder Legende? Rolf Grunert verlangt nach "vernünftigen" MfS-Aufträgen

Im Laufe des Jahres 1966 habe ich einige weitere Reisen in die Hauptstadt der DDR absolviert. In diese Zeit fielen auch die ersten „Probeaufträge". Zu denen gehörten zum Beispiel Personenüberprüfungen und andere Primitiverhebungen: Geburtsdaten, gemeldete und tatsächliche Wohnungen, Arbeits- und Familienverhältnisse feststellen, Lage und das Innere von Gebäuden auskundschaften, Kraftfahrzeughalter auf Grund von Kennzeichen und Kraftfahrzeuge einschließlich deren Zulassungsnummern auf Grund von bekannten Personendaten ermitteln – alles leichte Routinearbeiten für einen Kriminalisten. [Führungsoffizier] Wolfgang Anders [Klarname Koch] hatte in den Jahren 1966/67 viel zu tun, um mich für derlei Tätigkeiten überhaupt zu motivieren. Ich machte mich nämlich über solcherart Erkundungen ständig lustig, mokierte mich andererseits über die „Abprobierung" meines Könnens, vor allem meiner Zuverlässigkeit; und schließlich erklärte ich verärgert, in der Arbeit auf einer solchen Ebene

keinen Sinn zu sehen. Insbesondere stünden Erfolg und Gefahr in keinem vernünftigen Verhältnis. Kurzum, wenn ich schon einer G*eheimdienstlichen Agententätigkeit* nachgehe, wolle ich zumindest etwas Vernünftiges, d. h. Politisches, tun, damit ich mich nicht als Tölpel und Blödmann betrachten müsse. Und eines Tages blökte ich meinen Führungsoffizier an: „ *... oder wenn ich wenigstens den Auftrag und die Mittel bekäme, Brücken, Parlamente, Regierungsgebäude oder Kasernen in die Luft zu jagen ...*“

Anders war entsetzt, sprachlos; und er meldete den Kasus nach oben. Einiges spricht dafür, dass mein „Ausfall“ bis ans Ohr des Ministers gedrungen ist. „Aufträge“ blieben plötzlich aus. Sie wurden ersetzt durch eine Gesprächswelle auf verschiedenen MfS-Ebenen mit wechselnden Personen.

Rolf Grunert: Der Kriminalkommissar. Biografie. Berlin 2003, S. 220.

* * *

Fall Grunert – Dokument 5 (1970)

Selbstanbieter Grunert: "Linksgerichtete Einstellung" - "keine Lockerung der Mauer" - "gute persönliche Atmosphäre" gegenüber dem MfS

Aufgrund der vielfältigen operativen Möglichkeiten des IM und seines zielgerichteten Einsatzes und der Vermeidung von Desinformationen muss im Mittelpunkt der Zusammenarbeit die Klärung seiner Ehrlichkeit stehen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß der IM doppelt ist. […]

Der IM unterschätzt seine operativen Möglichkeiten. Er setzt voraus, daß seine Informationen über den Polizeiapparat dem MfS bekannt sein müssten, er schätzt sich in der nachrichtendienstlichen Arbeit als völlig unerfahren ein und verlangt in diesem Zusammenhang detaillierte Instruktionen. – Um seine Möglichkeiten auszuschöpfen und die Zusammenarbeit effektiv zu gestalten, fordert er konkrete Aufträge und Verhaltensmaßregeln. Den Auftrag zur Entwicklung von Abschöpfungsquellen sieht er als einen qualifizierten Auftrag an, wo er sich auch seiner Stellung

und seiner angegebenen politischen Grundhaltung entsprechend richtig eingesetzt fühlt.

Dem unterzeichnenden Mitarbeiter, der [in Vertretung] erstmalig mit ihm zusammentraf, fühlte er sich verpflichtet, das Motiv seiner Zusammenarbeit zu nennen. Er begründete es mit seiner seit jeher linksgerichteten Einstellung. Er stehe der sozialistischen Gesellschaftsordnung nahe. – Im Zusammenhang der Verhandlungen WD [Westdeutschland] – DDR (W[illi] Stoph – [Willy] Brandt [1970]) befürchtet er, dass die DDR für die völkerrechtliche Anerkennung durch WD zu entgegenkommend ist und nicht vertretbare Kompromisse eingeht, z. B. Lockerung der Mauer und [dass WD] dadurch Einflussmöglichkeiten auf die DDR erhält. – Der IM war bemüht, beim Treff eine gute persönliche Atmosphäre herzustellen, z. B. wechselte er oft vom Sie zum Du. […]

Es erscheint aus psychologischen Gründen notwendig, dem IM im Rahmen seiner Möglichkeiten konkrete Aufträge, unabhängig von seiner Berichterstattung, zu erteilen. Das müsste gleichzeitig im Rahmen seiner Überprüfung erfolgen.

Hauptmann Fröhlich (MfS): Treffbericht Quelle IM „Wilhelm Schneider" [am 1. April 1970], Berlin, 8. April 1970 (BStU. Archiv der Zentralstelle. MfS A-173/76, Bd. 1, Bl. 130 ff.).

Rolf Grunerts Begleitkriminalität:
Verrat von Dienstgeheimnissen

§ 353 b StGB

Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht

(1) Wer ein Geheimnis, das ihm als
1. Amtsträger,
2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder
3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt,

anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist, unbefugt offenbart und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Hat der Täter durch die Tat fahrlässig wichtige öffentliche Interessen gefährdet, so wird er mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

http://dejure.org/gesetze/StGB/353b.html

Fall Grunert – Dokument 6 (1978)

Die Distanzierung des BDK

Heute wurde das Urteil über den ehemaligen Vorsitzenden des BDK gesprochen. Rolf Grunert ist seit langem seiner Ämter im BDK enthoben. Gegen ihn läuft seit seiner Festnahme […] ein verbandsinternes Ausschlussverfahren, in dem die objektive Verbandsschädigung unabhängig von der strafrechtlichen Würdigung gewertet wird. Das Urteil hat bestätigt, dass die frühzeitige Distanzierung des BDK von der Verhaltensweise des Rolf Grunert richtig war.

Der BDK hat sich bisher einer öffentlichen Stellungnahme zum Fall Grunert enthalten, um das schwebende Verfahren nicht zu beeinträchtigen. Der BDK bestätigt einen fairen Prozessverlauf, hätte sich jedoch eine bessere Beweissicherung im Ermittlungsverfahren gewünscht.

Nunmehr hat der BDK Anlass zu einigen Betrachtungen grundsätzlicher Art. Ermittlungsführung, Haftdauer und Haftbedingungen betrachtet der BDK kritisch unter dem Aspekt möglicher zukünftiger Verbesserungen. So ist die Frage der Verhältnismäßigkeit zwischen dem gesetzlichen Strafrahmen (Vergehen) und der tatsächlichen Schädigung zu stellen. Auch bei einer geringen Strafe sind allein die Prozesskosten eine lebenslange Belastung. Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens bleibt die physische und psychische Beeinträchtigung der Persönlichkeit.

Im Interesse der Wahrheitsfindung erleiden Zeugen eine erhebliche Rufschädigung durch die Veröffentlichung intimer Telefongespräche. In diesem Verfahren wurde der eigentliche Tatvorwurf erst 19 Monate nach der Festnahme konkret ersichtlich. […]

Der BDK hat angeregt, auch zukünftig Personen mit bedeutenden Verbandsfunktionen einem besonderen sicherheitspolitischen Überprüfungsverfahren zu unterziehen, also für diesen Wirkungskreis von der bisherigen positiven Vermutung der Zuverlässigkeit abzugehen.

BDK Landesverband Hamburg, Pressedienst v. 21. Dez. 1978.

Fall Grunert – Dokument 7

Hätte Helga Grunert (*alias* "Lydia") als Zeugin gehört werden können?

a) die bundesdeutsche Seite

Es liegt unverändert auf der Hand, dass die zuständigen Behörden der DDR der Zeugin eine Ausreisegenehmigung zur Vernehmung in dem vorliegenden Wiederaufnahmeverfahren nur dann erteilen, wenn hierdurch die Interessen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR nicht beeinträchtigt werden.

Generalbundesanwalt an HOLG, 3. Aug. 1984 (Bundesarchiv Koblenz, B 362/3661, Bd. 40, Bl. 112).

Abb. 103 *– Rolf Grunerts Schwester Helga (Arnstadt) verfügte über Beziehungen zum MfS, fungierte zeitweise als KP „Helga", dann als IM „Lydia", diente der Kommunikation zwischen HV A und IM „Wilhelm Schneider", organisierte das „Rahmenprogramm" bei manchem von Grunerts DDR-Besuchen, rechnete entsprechende Spesen mit dem MfS ab – auf der hier abgebildeten Quittung einen Aufenthalt ihres Bruders und dessen Ehefrau, die Lydia mit Klarnamen hieß. Grunert versuchte unter Hinweis darauf, dass seine Schwester nicht hatte aussagen können, eine Revision seines Prozesses zu erreichen (ohne Erfolg).*

b) die DDR-Seite

[Frage:]
Die Schwester des Grunert wurde im MfS zunächst als KP „Helga", später als IME „Lydia" geführt. War sie als Instrukteurverbindung des MfS zu Grunert während dessen Haftzeit eingebunden?

[Antwort:]
[…] Während der Haftzeit [Rolf Grunerts] durfte Helga auf unsere Veranlassung hin nicht in die Bundesrepublik, weil wir annahmen, dass sie von den westdeutschen Behörden verhaftet würde. Sie war während der Haftzeit unsere Verbindung zu Grunert auf brieflichem Wege. Weiter wurde sie, mit unserem Wissen und nach Absprache mit dem MfS, über den Rechtsanwalt Wolfgang Vehlow aus Hamburg in unsere Maßnahmen zur Entlastung von Grunert eingebunden.

BKA-Verhör von Heinz Willi Krebs (MfS-Oberstleutnant a.D., *alias* „Heinz Speer", „Heinz Teichmann", Berlin, 9. Nov. 1992 (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 20/92, Bd. 9, S. 8 f.).

* * *

Fall Grunert – Dokument 8 (1979)

"Auch nach der Entlassung aus der Haft bereit, den Kampf fortzuführen"

Hauptabteilung II Berlin, 6. März 1979
Vorschlag zur Auszeichnung des inoffiziellen Mitarbeiters „Wilhelm Schneider", Reg.-Nr. IX/53/63, 54 Jahre alt, mit dem „Kampforden für Verdienste um Volk und Vaterland.

Begründung: Der IM arbeitet seit 1968 auf der Basis der Überzeugung mit dem Ministerium für Staatssicherheit inoffiziell zusammen. Er hat in dieser Zeit wichtige Informationen aus dem Lager des Feindes übergeben und dazu beigetragen, die Absichten, Maßnahmen und Methoden des Feindes gegen das MfS, speziell die politisch-operative Arbeit im Operationsgebiet, zu erkennen und zu bekämpfen.

Durch seinen vorgangsbezogenen Einsatz gegen agenturführende Dienststellen der imperialistischen Geheimdienste konnten mehrere Agenturen des Feindes identifiziert werden.

Alle dem IM übertragenen Aufgaben hat er diszipliniert und stets einsatzbereit durchgeführt und dabei Mut und Können bewiesen. Nachdem es dem Feind gelungen war, den IM zu inhaftieren, verhielt er sich standhaft und unbeugsam. Auch nach der Entlassung aus der Haft ist er bereit, den Kampf fortzuführen.

Es wird eingeschätzt, dass es sich beim IM „Wilhelm Schneider“ um einen treuen, ehrlichen und zuverlässigen Kundschafter des MfS handelt. […] [Günther] Kratsch, Generalmajor[1]

StAH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 20/92, Bd. 6, Bl. 534, vgl. Abb. 104a.

URKUNDE

IM NAMEN DES MINISTERRATES DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK WIRD

Genossen
GRUNERT, Rolf

DER

Kampforden
für Verdienste um Volk und Vaterland

IN Silber

ALS ZEICHEN DER ANERKENNUNG HERVORRAGENDER MILITÄRISCHER VERDIENSTE VERLIEHEN

Berlin, am 7. Oktober 1979

Mielke

Abb. 104a – *Am 7. Oktober 1979, am Nationalfeiertag der DDR, am „Tag der Republik“ wurde Rolf Grunert (alias „Rolf Schneider“) für „hervorragende militärische Verdienste“ der abgebildete „Kampforden“ verliehen. Seit dem letzten Weltkrieg hatte der bundesdeutsche Kriminalkommissar Grunert höchstens eine Polizeidienstwaffe in der Hand gehabt. Aber das von Militärs beherrschte MfS mit seinem Wachregiment Feliks Dzierzynski war eine paramilitärische Behörde. Grunert erhielt von Mielke auch eine „Ehrenurkunde für 25 Jahre treue Dienste in den bewaffneten Organen“. Auch Johannes Koppe, der nie Soldat oder Polizist war, hat einen solchen Kampforden erhalten, für sein „tschekistisches“ Engagement.*

Fall Grunert – Dokument 9 (2003)

Verdeckte Ermittlungsaufträge des MfS an Grunerts Hamburger Detektei (1984-1985)?

Der neue Besen [an der Spitze der HA II] ließ sich […] etwas anderes einfallen: Verdeckte Ermittlungsaufträge des MfS an meine Detektei. Gewiss, das waren nur einfache Feststellungen, zum Beispiel Personen- und Wohnungsüberprüfungen, Kfz-Halterfeststellungen oder die Aufklärung, ob bestimmte Personen Vorstrafen hatten, ob gegen sie behördliche oder Strafverfahren anhängig waren oder ähnliches. Aber ich fragte mich doch, was Erhard [Deckname] wohl zu seinem Umschwenken bewogen haben könnte: War es die – verspätete – Erkenntnis, dass meine vorgeschlagenen Pläne doch brauchbar waren? Oder wollte er mich in der Bundesrepublik ins Messer laufen lassen? […]

DER VORSITZENDE DES STAATSRATES
DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
VERLEIHT

Genossen
GRUNERT, Rolf

DEN

VATERLÄNDISCHEN VERDIENSTORDEN

IN SILBER

IN ANERKENNUNG HERVORRAGENDER
VERDIENSTE BEIM AUFBAU UND BEI DER
ENTWICKLUNG DER SOZIALISTISCHEN
GESELLSCHAFTSORDNUNG UND DER STÄRKUNG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

BERLIN, DEN 7. Oktober 1986

Abb. 104b *– 7. Oktober 1986 – Erich Mielke ehrt Rolf Grunert mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Silber – „in Anerkennung hervorragender Verdienste beim Aufbau und bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik".*

In viele Ermittlungen meiner Detektei habe ich aktive Kriminalbeamte, Polizisten und andere Behördenbedienstete der Bundesrepublik eingeschaltet. Sogar meine spätere Frau, Herma, die damals beim Ortsamt in Hamburg-Blankenese angestellt war. „*Eine verwerfliche Tat*“, „*Verbrechen gegen Freunde*“, „*Sauereien gegenüber der eigenen Geliebten*“ – das waren und sind die harmlosesten Vorwürfe, die ich mir, zu Recht, später anhören musste.

Ich habe nur eine Rechtfertigung gegenüber meinen Mitstreitern und Mitkämpferinnen: Keiner von denen, die jemals für oder mit mir oder für meine Detektei gearbeitet haben, konnte wissen oder auch vermuten, dass er/sie, wenn auch in dem einen oder anderen Fall nur indirekt, „*für den Geheimdienst einer fremden Macht*“ tätig war.

Rolf Grunert: Der Kriminalkommissar. Biografie. Berlin 2003, S. 367.

* * *

Fall Grunert – Dokument 10 (1970)

"Keine Aufträge" für die Detektei Grunert als Ostberlin?

[Frage:]
Wie schätzen Sie den Wahrheitsgehalt der von Grunert erstellten Berichte ein?

[Antwort:]
Zunächst mussten wir alle Berichte so nehmen, wie er sie uns übermittelte. In den Bereichen, wo wir sie durch andere Quellen überprüfen konnten, ist anzumerken, dass die Berichte durchweg objektiv waren. Soweit bei Berichten, die zur weiteren Auswertung der HV A zugeliefert worden waren, ein Rücklauf kam, waren die Berichte als „*politisch operativ wertvoll*“ bezeichnet. Darüber hinaus war die HV A häufig an weitergehenden Informationen zu von Grunert geliefertem Material interessiert.

Soweit es die von Grunert in Hamburg gelegentlich inszenierten Eklats betraf, ist anzumerken, dass er dies grundsätzlich ohne Rücksprache mit uns bzw. mit mir durchführte. Insbesondere betrifft dies die Anzeige des Polizeipräsidenten von Hamburg und die angebliche Abhöraktion gegen sein Büro von Seiten des Hamburger Verfassungsschutzes [1974].

[Frage:]
Wie viel Geld hat Grunert nach Ihrer Kenntnis bzw. Einschätzung monatlich/jährlich von Seiten des MfS erhalten? […]

[Antwort:]
Zunächst möchte ich anführen, dass Grunert von sich aus keine Geldforderungen gestellt hat und auch nie die Erhöhung der Beträge, die ihm von mir als Reisespesen ausgehändigt wurden, verlangt hatte.

Er hat von mir ab 1974 jährlich etwa 10.000 DM erhalten, wobei die Einzelbeiträge zwischen 800 DM und 2000 DM variierten. Da etwa 5 bis 8 Treffs pro Jahr stattfanden, läuft dies auf die o.g. Gesamtsumme hinaus. Diese Beträge wurden bis zu seiner Inhaftierung gezahlt.

Ich weiß heute nicht mehr im einzelnen, welche Beträge nach der Haftentlassung von Seiten des MfS bezahlt wurden. Es ist mir lediglich noch in Erinnerung, dass sowohl ein höherer Einzelbeitrag an ihn selbst gezahlt wurde, dass er eine finanzielle Unterstützung zur Einrichtung der Detektei und zum Hausbau [muss heißen Haus*kauf*] erhalten hat. Im letzteren Fall wurden m.E. 30.000 Mark von seinem beim MfS geführten Verwahrkonto abgehoben. […] Darüber hinaus hat Grunert auch einen ansehnlichen Betrag zur Bezahlung seines Rechtsanwalts von Seiten des MfS erhalten. Zu dem Zuschuss für den Hauskauf wäre noch anzumerken, dass der o.g. Betrag lediglich als Vorschusszahlung geleistet wurde. Ob darüber hinaus noch weitere Beträge zum Hauskauf verwendet wurden, weiß ich nicht. Es waren jedoch noch mehrere 10.000 Mark auf dem Verwahrkonto. […]

Das MfS wollte Grunert aus dem Operationsgebiet abziehen. Es war von uns nicht beabsichtigt, ihn weiter operativ einzusetzen. Dies belegt auch der Umstand, dass ich mich auf Weisung sehr für den Hauskauf in Arnstadt eingesetzt habe. Lediglich Grunert selbst wollte nicht in die DDR

übersiedeln, sondern gründete eine Detektei. Erst nachdem er sich damit finanziell übernommen hatte, war er bereit, in die DDR überzusiedeln.

Von mir hat Grunert nach seiner Haftentlassung keine Aufträge für die Durchführung operativer Maßnahmen erhalten. Alle Unterlagen, die er laut MfS-Akte zu den Treffs mitbrachte, brachte er aus eigenem Antrieb mit.

> BKA-Verhör von Heinz Willi Krebs (MfS-Oberstleutnant a.D., *alias* „Heinz Speer", *alias* „Heinz Teichmann", Berlin, 9. Nov. 1992 (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 20/92, Bd. 9, S. 15 ff.).

* * *

Fall Grunert – Dokument 11

"Schätzchen, uns bleibt keine andere Wahl" - Herma Zemke wird IM "Hanni"

Ich bin am 27. Juli 1985 mit der ersten Maschine von Hamburg nach Berlin-Tegel geflogen und von dort aus mit der S-Bahn zum Bahnhof Friedrichstraße gefahren. Am Ausgang erwartete mich Rolf Grunert. Ich musste die ganz normalen Einreiseformalitäten für die DDR durchlaufen. Rolf Grunert fuhr mit mir in eine Wohnung in der Ho-Chi-Minh-Straße in Ostberlin. Wem die Wohnung gehörte, ist mir nicht bekannt. Wir haben darüber nicht gesprochen. Rolf erwähnte mir gegenüber beiläufig, er schlafe dort gelegentlich bei Aufenthalten in Ostberlin.

In dieser Wohnung haben wir uns zunächst über unsere Beziehung und die künftige Möglichkeit einer Übersiedelung meiner Person in die DDR unterhalten. Für mich war oberstes Ziel, zu Rolf Grunert in die DDR überzusiedeln. Wir waren uns nach dieser Aussprache einig, gemeinsam zu einem späteren Zeitpunkt, nach Scheidung unserer zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden Ehen, in der DDR leben zu wollen.

Danach führte Rolf Grunert an, dass ich für meine Reisen zu ihm eine gewisse Gegenleistung erbringen müsse. Er habe meinen Besuch und unser Treffen melden müssen und ihm sei „*von diesen Leuten*“ vorgegeben worden, dass eine Einreise meinerseits ohne entsprechende Gegenleistung nicht möglich sei bzw. nicht toleriert werde.

Diese Leute seien daran interessiert, Informationen aus meinem dienstlichen Bereich zu erhalten. Auf meine Entgegnungen, dass es in meiner Dienststelle nichts Interessantes zu berichten gäbe, erwiderte Rolf Grunert, dass wir uns allgemein über meine Tätigkeit im Ortsamt Blankenese unterhalten würden und dass er darüber einen Bericht zu fertigen habe, den er so „*aufblasen*“ werde, dass „die“ (gemeint ist das MfS) zufrieden seien […].

Ich möchte wortwörtlich anführen, welche Worte Rolf Grunert verwendete, um mir meine Situation darzulegen. Er sagte: „*Schätzchen, so wie ich das sehe, bleibt uns keine andere Wahl, als da mitzumachen, wenn wir uns weiter künftig sehen wollen. Du kannst Dir das ja noch überlegen*.“

Vernehmung Herma Grunert, Hamburg, 13. Mai 1992 (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 20/92, Bd. 1, Bl. 176 ff).

* * *

Fall Grunert – Dokument 12

"Vivaldi, Liebe und Verrat" – Herma Grunerts autobiografische Version

Rolf beendete das Thema so lässig, wie er es angeschnitten hatte: „*Überlege es dir in Ruhe. Wenn wir uns das nächste Mal wiedersehen, können wir alles genauer und in den Einzelheiten besprechen …*“ Und dann legte Rolf 500 Deutsche (West-!) Mark auf den Tisch. „*Steck‘ das Geld ein – es kommt nicht aus meiner Privatschatulle. Und der Flug hierher war doch teuer.*“

Ich war so verwirrt, dass ich die Scheine tatsächlich nahm und in meiner Tasche verschwinden ließ. Ralf öffnete nun einen Flasche Wein, legte unseren Vivaldi auf. […]

Da nahm mich Rolf wortlos an die Hand und führte mich ins Schlafzimmer. Wir entkleideten uns. Ich vibrierte schon beim Anblick seines nackten Körpers. Alles andere trat in den Hintergrund. Er streichelte mich, bis meine Sehnsucht immer größer wurde. Endlich spürte ich wieder diese zügellose, befreiende Lust … Und danach wusste ich endgültig, dass ich diesen Mann niemals mehr würde aufgeben können – koste es, was es wolle.

Herma Grunert, Vivaldi, Liebe und Verrat. Berlin 2003, S. 24 f.

Abb. 105 *– Herma Zemke, ab 1990 Herma Grunert, ein „Romeo"-Fall, erlebte an der Seite des Draufgängers Grunert endlich erfüllte Stunden. Ihre harmlosen Mitteilungen aus dem trivialen Blankeneser Ortsamts-Berufsalltag wurden von Rolf Grunert passend „aufgeblasen", und IM „Hanni" erhielt Agentenlohn dafür. Fast alle Quittungen sind erhalten geblieben.*

Fall Grunert – Dokument 13

Der Altonaer Bezirksamtsleiter Strenge - ein künftiger IM? Rolf Grunert bläst "Hannis" Berichte auf

Hans-Peter Strenge, Leiter des Bezirksamts Altona.[2]
Strenge ist der Nachfolger des Dr. [Werner] Mascheck und noch nicht sehr lange im Amt. Auch Strenge wird politisch ähnlich wie Hans-Heinrich Ploen eingeordnet.[3] Er ist jedoch offenkundig kontaktarm und scheint das Gespräch (insbesondere mit Mitarbeitern) zu scheuen. Bei Vorträgen und Diskussionen pflegt er meist „*die Augen zu schließen*" („Hanni"). […]

Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass auch Strenge – wie Ploen – einer entsprechenden Einladung in die DDR oder ein anderes sozialistisches Land folgen würde.

Strenge wird wie folgt beschrieben:
26 Jahre alt, knapp 180 cm groß, dunkelhaarig, „*verklemmter Typ*".

Über Strenge ist noch bekannt, dass er irgendwelche Nebentätigkeiten ausübt, die honoriert werden, höchstwahrscheinlich aber nicht – wie vorgeschrieben – genehmigt sind. Irgendein Mitarbeiter soll Strenge in diesem Zusammenhang einmal (scherzhaft) vorgehalten haben: „*Oh, oh, Herr Strenge, wenn das ´rauskommt …*".

„Rolf Schneider" (Klarname Rolf Grunert): Bericht über den Besuch von Herma Zemke, am Sonnabend, 27. Juli 1985, in der Hauptstadt (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 20/92, Bd 1, Bl. 95).

Fall Grunert – Dokument 14

In Potsdam-Eiche "Feindbilder zerstört"?

[Frage:]
Wann erhielten Sie vom MfS [nach der Übersiedlung, 1985] den ersten Auftrag, und was beinhaltete dieser?

[Antwort:]
Direkte Aufträge habe ich niemals erhalten, sondern es wurden „Wünsche" geäußert. Der erste Wunsch dieser Art wurde mir während eines Urlaubs im Sommer 1985 angetragen. Er bestand darin, einen oder mehrere Vorträge an „*der Hochschule oder Schul*e" zu halten.

Auf Frage möchte ich ergänzen, dass es sich bei der „Hochschule" um eine offenkundig militärische Anlage in oder bei Potsdam (Eiche) handelte, wie ich aber erst später feststellte. […]

Die Hochschule wurde mir als Hochschule Potsdam erklärt. Die Lehrgangsteilnehmer waren ausschließlich in Zivil gekleidet, Lehrgangsleiter oder andere Führungspersonen trugen grundsätzlich Uniform und waren im Rang eines Majors bis Oberst. […]

Ich referierte über die Organisation „*des bürgerlichen Staates Bundesrepublik Deutschland*", die Organisation der Behörden, insbesondere die Polizei- und Kriminalpolizeiorganisation des Bundes und der Länder, die Zusammenarbeit zwischen den Polizeien und anderen Behörden. Außerdem referierte ich über Meldedienste, EDV-Verbund (Bund-Länder-System INPOL), aber auch Vernehmungsmethoden, insbesondere durch Hinweis auf § 136a StPO [Verbotene Vernehmungsmethoden] und dessen Einhaltung durch die Polizei. Ich möchte hinzufügen, dass sich an die jeweiligen Referate grundsätzlich Diskussionen anschlossen, bei denen ich häufig den Eindruck hatte, „Feindbilder" zu zerstören. Ich habe auch über eigene Hafterlebnisse berichtet und gelegentlich auch erzählt, wie Untersuchungshäftlinge in der BRD durch Kriminalisten vernommen wurden. […]

[Frage:]
An welcher oder welchen sonstigen Schulen haben Sie Ihre Vorträge gehalten?

[Antwort:]
Außer Potsdam war es ausschließlich eine Schule in Glienicke im Norden Berlins. In Glienicke handelte es sich, im Gegensatz zu Potsdam, wo die Schule in einer alten NS-Kaserne untergebracht war, um ein militärisches Gelände mit Baracken. Die Lehrgangsteilnehmer waren vorwiegend ältere Kursteilnehmer zwischen dreißig bis fünfundvierzig Jahren, während in Potsdam fast ausschließlich unter dreißigjährige Studenten zuhörten.

BKA-Verhör Rolf Grunert, Berlin, 14. Nov. 1990, S. 7 (StAH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 20/92, Bd. 4, Bl. 247a); vgl. auch das BKA-Verhör, Arnstadt, 22. Jan. 1991 (ebd., Bl. 276 f.).

* * *

Fall Grunert – Dokument 15

"Gemäß Ministerwunsch"

E. M. [Erich Mielke] klopfte […] mir mit etwa folgenden Worten auf die Schulter: „*Mache ein detailliertes Modell nach deinen Vorstellungen […] und im Übrigen: Schreib' mal deine Memoiren!*" – Das war ein Befehl.[4] In der großen Halle standen noch immer die Fotografen. Sie schossen ein schönes „Abschiedsbild". Ich habe Minister Mielke persönlich nie wiedergesehen. Beim Untergang der DDR habe ich oft an die Begegnung mit E.M. gedacht, und ich erinnere bis heute einige der Bemerkungen des viele Jahre lang inhaftierten Ministers, der 1989 natürlich nicht mehr der Kämpfer von 1932 war. Sonst wäre ihm wohl vieles nicht passiert. Aber er muss schon bei unserem Zusammentreffen 1986 Schlimmes gewusst, zumindest vorausgesehen haben, dass die DDR in schwere Turbulenzen geraten werde.

Die Episode mit dem Minister [am 20. April 1986] hat mir von 1986 bis 1989 tüchtig Wind in die Segel meiner Schaffenskraft geblasen. Mein Selbstbewusstsein war enorm gestärkt. Hemmungen gegenüber Vorgesetzten oder Höhergestellten gab es überhaupt nicht mehr. Freunde und Bekannte deuteten meine geistige und wohl auch nach außen sichtbare Zufriedenheit als „*Arroganz der Narrenfreiheit*". Waren das nicht Etiketten, die mir schon in den 60er und 70er Jahren von meinen Mitmenschen in der Bundesrepublik verpasst worden waren? […]

Gemäß Ministerwunsch schrieb ich meinen ersten Lebensbericht nieder.

Rolf Grunert: Der Kriminalkommissar. Biografie. Berlin 2003, S. 417.

***Abb. 106** – 20. April 1986, ein großer Tag im Leben des Rolf Grunert: Begegnung mit dem von ihm hochgeschätzten Stasi-Minister, Armeegeneral Erich Mielke – stolz präsentiert in der endgültigen, für das gesamtdeutsche Publikum gedachten Form der Memoiren.*

Fall Grunert – Dokument 16

"MfS-Offiziere begingen schwersten Landesverrat" Ex-"Tschekist" Grunert über die Erstürmung der MfS-Zentrale am 15. Januar 1990

Der „Sturm" auf die Berliner Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit am 15. Januar 1990.

Als die ersten Fernsehbilder übertragen wurden, haute es mich fast um. Herma und ich waren in Berlin. Eigentlich wollten wir spontan hineilen in die Normannen- und Gotlindestraße. Heute bin ich froh, dass Herma es verhinderte und wir vor der Glotze sitzen blieben. Die Filmberichte boten in der Tat Ungeheuerlichkeiten. Dass der Mob die Stasi-Zentrale zu erobern versuchte, konnte ich noch nachvollziehen, weil ich an meine eigene Haftzeit in bundesdeutschen Gefängnissen zurückdachte; wie oft hatte ich mir seinerzeit – in ganz schwachen Stunden! – vorgestellt, einmal mit Gleichgesinnten in westdeutschen Geheimdienstburgen Ordnung zu schaffen ...

Aber: Als die Bilder am 15. Januar 1990 erkennen ließen, dass sich eine größere Menge des besoffenen Pöbels tatsächlich gewaltsamen Einlass verschafft hatte, verstand ich überhaupt nichts mehr. Ohne jede Gegenwehr des oder der Hausherren! Ich reproduziere im Geist bis heute, was sich in der Bundesrepublik bei vergleichbaren Geschehnissen abspielen würde: Bundesgrenzschutz mit Hubschraubern und Panzerfahrzeugen, schwerbewaffnete Landespolizeien mit Wasserwerfern und großen Räumgeräten, Mobile Einsatzkommandos (MEK), Sondereinsatzkommandos (SEK), Bundeskriminalamt, Länderkripos mit Hunderten, Tausenden strammer Pistoleros – ständiger Nachschub an Beamten und Material, Geheimdienstler und Politiker im Einsatz – getarnt oder in Panzerlimousinen, bei Bedarf sogar jede Menge Bundeswehrpersonal und -material.

MfS-Offiziere begingen – auch *de jure*! – schwersten Landesverrat, indem sie sich mit Geheimdienstlern fremder Mächte zusammenrotteten, um gemeinsam mit diesen MfS-Akten, -Karteien und andere geheimdienstliche DDR-Unterlagen aus ihrem eigenen Ministerium zu stehlen oder klauen

zu lassen, und zwar unter Ausnutzung des von den „Bürgerrechtlern“ inszenierten Tohuwabohus im Haupthaus ... Nachprüfbar und zu belegen bleibt […] – um es milde zu formulieren – das Versagen der Generalität. Sie hatte schon im Herbst 1989 für das MfS eine „*klare Haltung*“ definiert: „*Wir wollen die Waffen nicht gegen das Volk einsetzen!*“

Dass die Generalität unter „Volk“ Sachbeschädiger, Landfriedensbrüchler, Diebe, also Kriminelle verstanden wissen wollte, beweist exemplarisch ihr totales Versagen während der Entscheidungsstunden. Und die Generäle, die jahrzehntelang von „*unserem Klassenauftrag*“ gefaselt haben, ihren Untergebenen und Mitarbeitern mit diesen dümmlichen Sprüchen stets auf den Geist gegangen sind, diese Generäle wussten und wissen ganz genau, dass man ihr Verhalten ja eigentlich als schmählichen Verrat ansehen muss.

Rolf Grunert: Der Kriminalkommissar. Biografie. Berlin 2003, S. 433.

* * *

Fall Grunert – Dokument 17

"Für das, was ich getan habe, habe ich gebüßt"

Ich habe mich eigentlich für nichts zu entschuldigen. Für das, was ich getan habe, habe ich gebüßt, und zwar mehr, als eigentlich das Delikt an Strafe hergibt. Denn ich habe ja nicht nur die Strafe abgesessen, habe den Beruf verloren, habe die Pensionsansprüche verloren, habe dann später nach der Vereinigung mein Haus verloren, habe zwei Ehen verloren, eine Tochter verloren, ich habe eigentlich alles verloren. Also, ich will sagen: zu entschuldigen habe ich mich bei überhaupt niemandem.

Rainer Link: Der Spion, der aus der Kripo kam. Ein west-östliches Agentenschicksal. Deutschlandfunk-Feature, 31. Juli 2001, Manuskript, S. 2.

Anmerkungen

1 *Jens Gieseke: Kratzsch, Günther. In: „Wer war wer in der DDR?“ (http://bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=1877, 3. Aug. 2015).*

2 *Der Jurist Hans-Peter Strenge war von 1984 bis 1995 Altonaer Bezirksamtsleiter, 1996–2001 Staatsrat in der Justizbehörde.*

3 *Zu Hans-Heinrich Ploen, Leiter des Ortsamts Blankenese, heißt es dort (Bl. 94): „Ploen gehört der SPD an und wird politisch ‚stark links‘ eingeordnet.“*

4 *Im Verlauf eines BKA-Verhörs am 14. Nov. 1990 in Berlin hat Grunert angegeben, er sei 1987 durch General Kratsch (alias „Günther“) gefragt worden, „ob ich nicht ein Buch schreiben wolle“ (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 20/92, Bd. 4, Bl. 255); dabei sei es um seinen Lebenslauf, seinen beruflichen Werdegang, seine Haftzeit gegangen.*

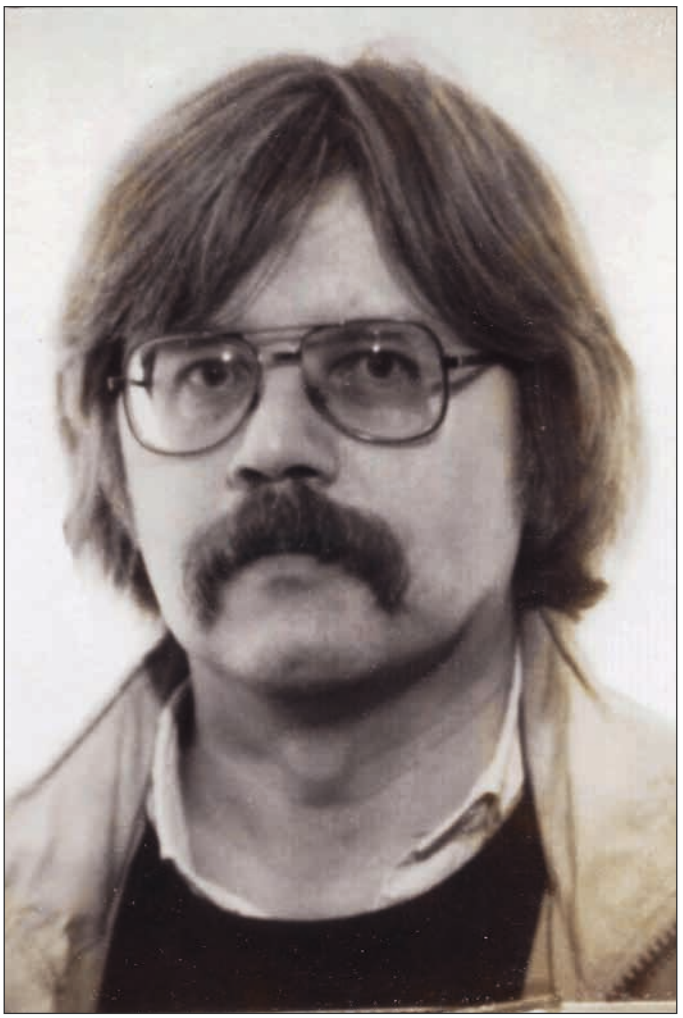


Abb. 107 *– Kurt Wand jun., dem DDR-treuen Vater eng verbunden, die Bundesrepublik in den Jahren des Vietnamkriegs als jugendlicher Stamokap-Theoretiker mit einer DDR-ähnlichen Brille betrachtend, trat 1969 unter den Fittichen von Kurt Wand sen. in die Dienste des MfS. Im Laufe der Zeit nahm die Motivation ab, Stasi-Geld brauchte er nicht mehr, „operativ Bedeutsames" lieferte er kaum.*

Kurt Wand *jun.* *alias* "Kugel" (1969–1989). Der vatertreue Stamokapist

Wand, Kurt Willi (*jun.*)
geb. 10. Juni 1944 in Wentorf

Ausbildung, Beruf
Abitur 1964; VWL-Studium 1964–1968; Wissenschaftlicher Angestellter am HWWA 1969–1972; 1973/74 Arbeit an einer Dissertation (nicht abgeschlossen); 1974 Angestellter der GEWOS (Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen; später GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH), dort zeitweise Betriebsratsvorsitzender, zuletzt Prokurist; 1992 bei Gründung der GEWOS-Tochter ISA-Consult dort Geschäftsführer.

Parteien, Verbände, Firmen, Ämter, Mandate
Sozialistischer Hochschulbund (SHB; 1968–1974, zeitweise Mitglied im Landes- und Bundesvorstand); Jungsozialisten, SPD (1968–1993: Mitglied im Juso-Landesvorstand Hamburg, 1972/73 und erneut 1977/78; zeitweise Distriktsvorsitzender der SPD Rotherbaum, Mitglied im SPD-Kreisvorstand Eimsbüttel); Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Planungskommission Sozialwissenschaften Universität Bremen (1970/71).

Spionage für die DDR
1969–1972 vorwiegend mit indirektem Kontakt zum MfS über seinen Vater und Residenten, Kurt Willi Wand *sen.*, 1972–1989 nach persönlicher Anwerbung in Ostberlin auch durch Reisen dorthin und durch Kontakte mit Kurieren („Wolfgang" u.a.) Deckname „Kugel". MfS-Reg.-Nr. XV/107/72.

Ausspähungsbereich
SPD, Jusos, SHB, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannoveraner Kreis, Zeitschrift *spw*, politische Lage in Hamburg.

Entgelt
Anfänglich unbekannte MfS-Zuwendungen an den Vater; von 1973/74 an monatlich 500 DM, an Kurt Wand *jun.* persönlich.

DDR-Auszeichnungen
Nach eigenen Angaben „*Anfang der 80er Jahre*" (wohl Verdienstmedaille der DDR), verbunden mit einer Prämie von 1000 DM.

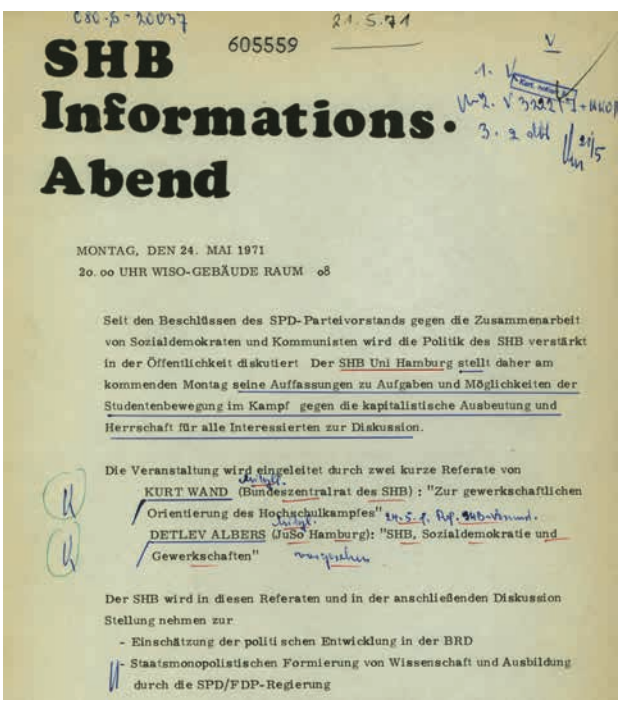
Sonstige Verbindungen in die DDR
./.

StGB-Hintergrund und rechtliche Sanktionen in der Bundesrepublik
§ 99 StGB (betr. *Geheimdienstliche Agententätigkeit*, in Kraft seit 1968). – HOLG-Urteil v. 5. Okt. 1994 (OJs 28/94): 1 Jahr Haft, zur Bewährung ausgesetzt, Verfall von 45.000 DM, in Raten zu zahlen.

Werke
Interview (geführt von Helga Renken): Ist der SHB noch sozialdemokratisch? In: Uni HH Nr. 16, 22. Okt. 1971; (mit Detlev Albers / Kurt Neumann:) Anmerkung zu Theorie und Praxis des Juso-Bundesvorstands. In: Der Thesenstreit um „Stamokap". Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten. Reinbek 1971, S. 127–159; (als Hg.): Zur Perspektive der sozialdemokratischen Linken. Hamburg 1973; (mit Detlev Albers:) Der „Stamokap"- Streit bei den Jungsozialisten und die Ergebnisse ihres Bundeskongresses. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 18 (1973), S. 364–376; (mit Manfred Holthus:) Bundesrepublik und DDR. Wege der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Hamburg 1974 (HWWA-Report, 24); Zum Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Strukturwandel in der BRD 1950–1970. Hg. v. HWWA. Hamburg 1974; (als Hg., mit Detlev Albers / Kurt Neumann): Orientierungsrahmen, ohne Alternative? Zur Diskussion um Alternativen sozialdemokratischer Politik. Berlin 1976; (als Hg., mit Werner Loewe:) Arbeit für eine Krisenregion: Regionale Beschäftigungspolitik am Beispiel eines „Beschäftigungsprogramms Küste". Köln 1988.

Literatur (chronologisch)

Veit Ruppertsberg: Jusos wählten neuen Vorstand. Sieben zu vier: Wieder linke Mehrheit bei den Hamburger Jungsozialisten. In: Hamburger Abendblatt (HA), 7. Febr. 1977; Mit Schrot. In: Der Spiegel 29/1977; Reinhold Rehberger / Klaus Schuster: Hamburgs Jusos: Bei uns gab es zu viel Theorie! Morgenpost-Interview mit dem Landesvorstand. In: Hamburger Morgenpost, 11. Juli 1977; Uwe Bahnsen: Eine deutsch-deutsche Geschichte. Die bitterste Stunde der Senatorin. In: Die Welt, v. 26. Nov. 1993; Günter Pumm: Der Rücktritt von Traute Müller. Ein Überzeugungstäter. In: HA, 26. Nov. 1993; Karen Andresen: So etwas wie eine Mauer. Über Traute Müller (SPD) und ihren Lebenspartner Kurt Wand (Stasi). In: Der Spiegel 49/1993; Jan von Flocken / Eberhard Vogt: Geheimdienstoperation aus dem Osten. In: Focus-Magazin 23/1998; Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Göttingen 2007; Wolfgang Schulenberg: „Top-Spion" oder Opfer der deutsch-deutschen Wiedervereinigung? Der Abgeordnete Gerd Löffler zwischen DDR-Geheimdienst und Hamburger CDU. Frankfurt am Main 2014.



605559

21.5.71

SHB Informations-Abend

MONTAG, DEN 24. MAI 1971
20. oo UHR WISO-GEBÄUDE RAUM o8

Seit den Beschlüssen des SPD-Parteivorstands gegen die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten wird die Politik des SHB verstärkt in der Öffentlichkeit diskutiert. Der SHB Uni Hamburg stellt daher am kommenden Montag seine Auffassungen zu Aufgaben und Möglichkeiten der Studentenbewegung im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft für alle Interessierten zur Diskussion.

Die Veranstaltung wird eingeleitet durch zwei kurze Referate von
KURT WAND (Bundeszentralrat des SHB): "Zur gewerkschaftlichen Orientierung des Hochschulkampfes"
DETLEV ALBERS (JuSo Hamburg): "SHB, Sozialdemokratie und Gewerkschaften"

Der SHB wird in diesen Referaten und in der anschließenden Diskussion Stellung nehmen zur
- Einschätzung der politischen Entwicklung in der BRD
- Staatsmonopolistischen Formierung von Wissenschaft und Ausbildung durch die SPD/FDP-Regierung

Abb. 108 *– „Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung" – Kurt Wand, Mitglied im Bundeszentralrat des SHB (aber auch MfS-IM „Kugel") und Detlev Albers nehmen u.a. Stellung zur „Staatsmonopolistischen Formierung von Wissenshaft und Ausbildung durch die SPD/FDP-Regierung". Flugblatt vom 21. Mai 1971, eingesammelt vom Landesamt für Verfassungsschutz und dort mit Notizen versehen.*

Kurt Wand *jun.*
Spionage und Politik.
Dokumente

Einleitung

Kurt Wand ist durch seinen gleichnamigen Vater „*zum Apparat gekommen*“, wie Ende der 1940er Jahre gesagt worden war (Dok. 1). Er war ein folgsamer Sohn, aber auch ideologisch dem Unterfangen nicht abgeneigt (Dok. 2–5).

Die Achtundsechziger-Studenten-Generation, die gegen das Establishment revoltierte, hatte nicht das Gefühl, dass ihr eine nennenswerte Auswahl an alternativen Idealen und Idolen zur Verfügung stünde. Große Teile vor allem der sich in organisierter Form Engagierenden griffen – nach dem Motto „*Der Feind meines Feindes ist mein Freund*“ – zu den fertig vorliegenden Klischees der kommunistischen Regimes in Moskau, Ostberlin und Peking. Sehenden Auges ging das kaum. Welches Risiko oppositionelle Aktivisten in den kommunistischen Diktaturen auf sich nahmen, wurde entweder nicht bedacht oder mit dem Hinweis darauf abgetan, dass politische Regimes, die auf dem Boden des Marxismus ständen, eine andere „*historische Legitimität*“ besäßen als die Regimes, die vom „*Monopolkapitalismus*“ beherrscht seien. Die selbst auferlegte Blindheit gegenüber den autoritären, teils totalitären Zügen der kommunistische Diktaturen ist von wohl den allermeisten „jungen Wilden“ dann in den folgenden Jahren und Jahrzehnten überwunden worden. Keinesfalls führte eine Einbahnstraße vom Engagement im *Sozialdemokratischen* (ab 1972 *Sozialistischen*) *Hochschulbund* (SHB) zu Linksextremismus oder gar handfesten Staatsschutzdelikten. Zahlreiche „*Stamokap*“-Aktivisten haben sich im Laufe der Jahre zu pragmatischen Politikern gemausert (Ortwin Runde, Karsten Voigt). Kurt Wand und Arved Rüden sind als DDR-Spione Angehörige einer raren Spezies geblieben.

Die Theorie vom „*Staatsmonopolistischen Kapitalismus*“ war in ihrer Analyse der westlich-kapitalistischen Welt der einschlägigen DDR-Version zum Verwechseln ähnlich. Die „*Monopole*“ (die großen Konzerne) hätten sich – im letzten Stadium des Kapitalismus, dem Imperialismus – auch die eigenen Staatsapparate zur Beute gemacht und setzten sie für ihre Zwecke ein – bis hin zur Kriegsführung, damit nach einer Phase der Ressourcenvernichtung (mit Hilfe der den Konzernen teuer abgekauften Waffen) hernach eine Phase der „Rekonstruktionskonjunktur“ eintreten könne – wiederum zum Profit der Konzerne (Dok. 4).

Bewaffnete Konflikte wie der der Achtundsechziger-Generation unmittelbar vor Augen stehende, von den USA in Vietnam geführte, nicht selten als „*schmutzig*“ bezeichnete Krieg (1964–1975), in dessen Rahmen nicht zuletzt Chemiewaffen eingesetzt wurden – solche Kriege schienen mit Hilfe derartiger Theorien allzu leicht erklärbar. Der Kapitalismus sei abzuschaffen, lautete die Folgerung, und vor dem Hintergrund der nach Millionen zählenden Kriegsopfer schien das schier endlose Kleinklein der Willensbildung in einer pluralistischen Ordnung vielen nicht als das rechte Mittel – höchstens für den Moment. Als der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Johano Strasser gegen die *Stamokap*-Theorie Einwände erhob, hielten Kurt Wand, Detlev Albers und Kurt Neumann ihm entgegen: „*Strassers Polemik gegen die marxistische Auffassung vom Staat als Herrschaftsinstrument der herrschenden Klasse bringt ihn in die Nähe des pluralistischen, nicht mehr klassenmäßig bestimmten Staatsbegriffes der bürgerlichen Ideologie. Dies muss deswegen nachdrücklich kritisiert werden, weil es illusionären und integrationistischen Vorstellungen den Boden bereitet.*“[1] – Wer sich so explizit gegen Bestrebungen wandte, sämtliche Bevölkerungsgruppen und -schichten in eine pluralistische Gesellschaft einzubinden, musste sich fragen lassen, was denn zu tun sei – abgesehen von einer Revolution. Während Ruth Hötzsch 1957 für erheblich harmlosere oppositionelle Äußerungen in der DDR für zweieinviertel Jahre hinter Gittern verschwunden war, konnten Wand und seine Genossen ihre Theorien in der pluralistischen Bundesrepublik in Büchern, in Zeitschriften, auf Flugblättern ungehindert verbreiten und erfreuten sich einigen Echos.

Kurt Wand *jun.* ist aber auf die Rollen des studentisch-enthusiastischen Stamokapisten und des DDR-Spions nicht zu reduzieren. In seinen zahl-

reichen Fachveröffentlichungen für das *Hamburgische Weltwirtschaftsarchiv* (HWWA) oder für seine spätere Firma, die GEWOS, sucht man nach Elementen kommunistischer Ideologie vergeblich. In seiner vom HWWA herausgebrachten Schrift *Zum Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Strukturwandel in der BRD 1950–1970* hat er sich auch in der DDR-Literatur zur „*sozialistischen Wachstumstheorie*" oder zum Thema „*Technischer Fortschritt. Kapitalbewegung – Kapitalfixierung*" umgeschaut; er hat sich aber – vom Standpunkt der marxistischen Theorie aus betrachtet – ganz unspezifisch darauf bezogen.[2]

Wands *Geheimdienstliche Agententätigkeit* lief trivial ab: Besuche in Ostberlin, teils zusammen mit dem Vater; Gegenbesuche von Kurieren. Das „Verratsmaterial" musste nicht aufwendig beschafft werden, es fiel Kurt Wand aufgrund seiner politischen Tätigkeit zu. Politik und Spionage, Spionage und Politik gingen Hand in Hand (Dok. 5–7). Die gelegentlichen Übernachtungen in Ostberliner „*Objekten*" hätten stark nachgelassen, so hat er es angegeben, nachdem er mit der ihm gleichgesinnten Politikerin Traute Müller zusammengezogen sei (Dok. 6); Müller persönlich habe er nicht ausgespäht.

Sofern Kurt Wand auch durch die Enttäuschungen zur Spionage motiviert gewesen sein sollte, die ihm seine Mutterpartei bereitete, in deren Rahmen er am äußersten linken Rand positioniert war (Dok. 8), so konnte dieses Motiv aber nicht für seine engeren politischen Freunde gelten. Doch auch die waren vor ihm und dem MfS nicht sicher – sofern sie darauf gesteigerten Wert gelegt haben sollten: Zahlreiches Material über den SHB, die *Stamokap*-Gruppe, die Jungsozialisten, die SPD, ferner über den *Hannoveraner Kreis* (linker Jusos) und über den Beirat der 1978 aus diesem Kreis heraus gegründeten linken Zeitschrift *spw* (*Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*) hat der IM „Kugel" geliefert, möglicherweise aber auch, um den DDR-Funktionären zu zeigen, dass es auf westdeutscher Seite nicht nur Antikommunisten gab (Dok. 7, 10).

Kurt Wand war als empirischer Soziologe und im Wissensmanagement erfolgreich und verdiente als GEWOS-Angestellter, zeitweiliger Prokurist, ein Gehalt, dem gegenüber die Aufwandsentschädigungen aus dem MfS-Topf vernachlässigenswert erscheinen mussten – insbesondere in

Anbetracht dessen, was er als Spion politisch zu bewegen vermochte und welches Risiko er dabei zugleich auf sich nahm – nicht zuletzt auch für seine politisch so erfolgreiche, ebenfalls stark links orientierte Lebensgefährtin Traute Müller, die es zur Hamburger Senatorin brachte, aber sich nach nur kurzer Amtszeit durch Kurt Wands Enttarnung, 1994, zum Rücktritt veranlasst sah. Das hatte er gewiss vermeiden wollen und später sogar angegeben, er habe sich gegenüber dem MfS im Laufe der Jahre reservierter gezeigt und zur Legitimation dieser Zurückhaltung auch davon abgesehen, politisch Karriere zu machen (Dok. 11, 12); das Gericht hat keine Anstrengungen unternommen, dies in Zweifel zu ziehen.

Fall Kurt Wand jun. – Dokument 1

Der Perspektiv-IM sollte "erst einmal sein Studium ordentlich beenden"

Einige Zeit, nachdem ich 1966 diese Vorgänge [Kurt Wand *sen.*, Ruth Polte, als Führungsoffizier] übernommen hatte, kam „Hülse“ [Kurt Wand *sen.*] selbst auf die Idee, seinen Sohn für eine inoffizielle Mitarbeit für die HVA zu werben. […]

„Kugel“ [Kurt Wand *jun.*] studierte seinerzeit Volkswirtschaft in Hamburg und war im SHB aktiv […]. Während meiner Zeit (bis ca. 1975) führte ich ihn als Perspektiv-IM. Im Vordergrund stand für mich, dass er erst einmal sein Studium ordentlich beenden sollte, um dann eine Parteikarriere anzustreben.

Operativ Bedeutsames lieferte „Kugel“ nicht, beispielsweise Sitzungsprotokolle des SHB, in Stichworten abgefasst. Informationen von „Kugel“ erhielt ich in erster Linie über seinen Vater, der nach Ostberlin zu Treffs kam. Mit dem IM „Kugel“ traf ich mich zwei bis drei Mal in Ostberlin im KO [im Konspirativen Objekt] „Plantage“ im gesamten Führungszeitraum.

BKA-Zeugenvernehmung Peter Hausstein, Berlin, 27. Sept. 1993 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 28/94, Bd. 1, Bl. 22).

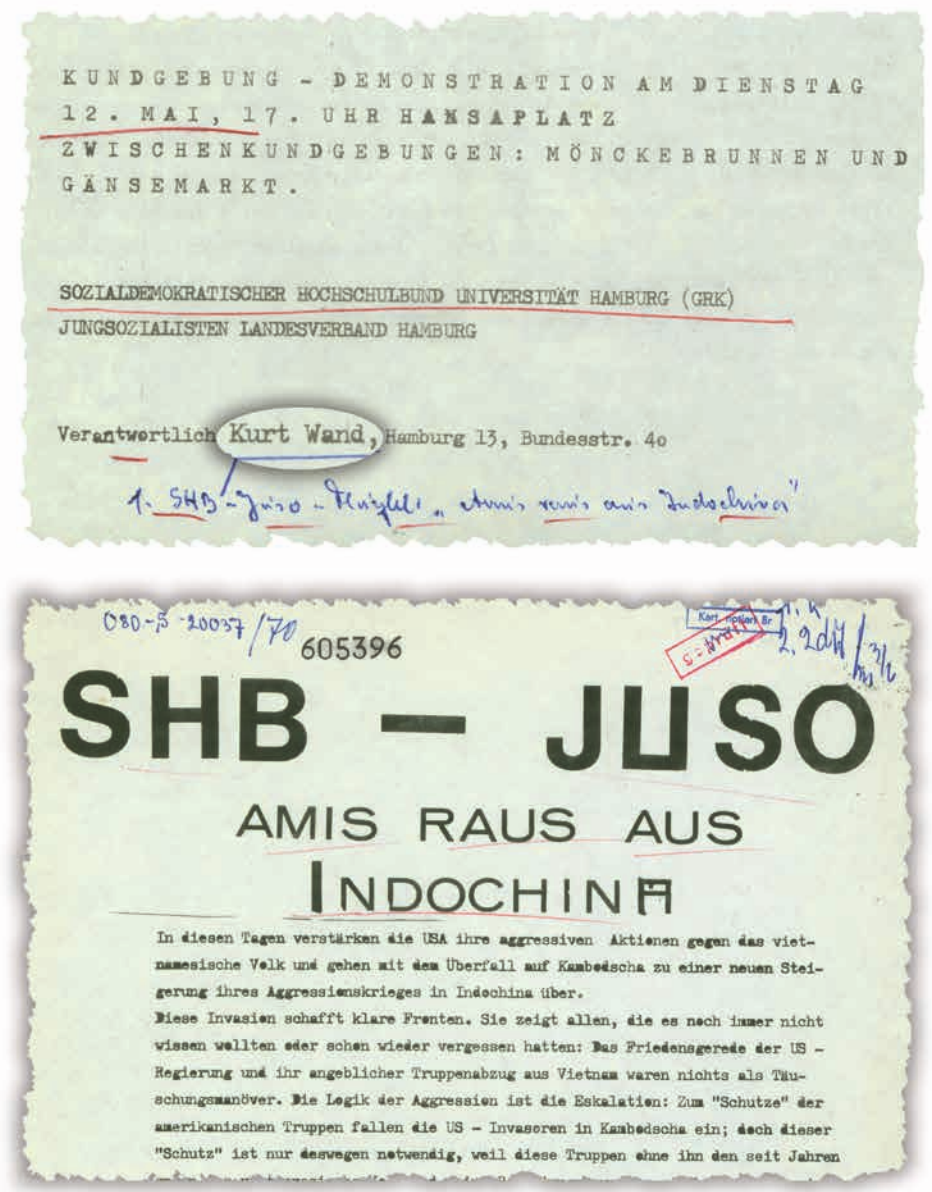
Fall Kurt Wand jun. – Dokument 2

"Kampf gegen die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik"

Dieser Krieg ist keine „*tragische Verstrickung*" der ansonsten friedliebenden Amerikaner, wie es bei uns vor allem die Springer-Presse darstellt. […] Er ist vielmehr unmittelbarer Ausfluss der sich verschärfenden ökonomischen Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems, dessen Florieren immer stärker auf der Ausbeutung der Länder der Dritten Welt und der Expansion der Rüstungsproduktion beruht. Hieraus erklärt sich auch die Tatsache, dass die USA auch in dieser neuen Eskalation des Einverständnisses und der Unterstützung der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik sicher sein können. Aber auch dieses neue Glied in der Kette der Aggressionen der USA in Indochina wird die Niederlage der US-Invasoren nicht verhindern. Der entschlossene Kampf der um ihre Befreiung ringenden indochinesischen Völker, die militärische und ökonomische Unterstützung durch die sozialistischen Staaten und die sich verstärkenden antiimperialistischen Bewegungen in den kapitalistischen Ländern werden auch weiterhin dafür sorgen, dass die US-Aggressoren und ihre Komplizen in Westeuropa ihre Ziele nicht erreichen.

Für uns bedeutet das, den Kampf gegen die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik, die die verbrecherische Politik der USA versteckt oder offen unterstützen, zu verstärken.

Sozialdemokratischer Hochschulbund Universität Hamburg (GRK) / Jungsozialisten Landesverband Hamburg. o. D. [Anfang Mai 1970] (StA HH, 136-3, 187).



KUNDGEBUNG - DEMONSTRATION AM DIENSTAG
12. MAI, 17. UHR HANSAPLATZ
ZWISCHENKUNDGEBUNGEN: MÖNCKEBRUNNEN UND
GÄNSEMARKT.

SOZIALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND UNIVERSITÄT HAMBURG (GRK)
JUNGSOZIALISTEN LANDESVERBAND HAMBURG

Verantwortlich Kurt Wand, Hamburg 13, Bundesstr. 40

1. SHB-Juso-Flugblatt „Amis raus aus Indochina"

080-5-20037/70 605396

SHB — JUSO

AMIS RAUS AUS INDOCHINA

In diesen Tagen verstärken die USA ihre aggressiven Aktionen gegen das vietnamesische Volk und gehen mit dem Überfall auf Kambodscha zu einer neuen Steigerung ihres Aggressionskrieges in Indochina über.
Diese Invasion schafft klare Fronten. Sie zeigt allen, die es noch immer nicht wissen wollten oder schon wieder vergessen hatten: Das Friedensgerede der US - Regierung und ihr angeblicher Truppenabzug aus Vietnam waren nichts als Täuschungsmanöver. Die Logik der Aggression ist die Eskalation: Zum "Schutze" der amerikanischen Truppen fallen die US - Invasoren in Kambodscha ein; doch dieser "Schutz" ist nur deswegen notwendig, weil diese Truppen ohne ihn den seit Jahren

Abb. 109 *– Der amerikanische Vietnamkrieg (1964–1975) bot linksorientierten Studenten vielfach Anlass zu marxistisch orientierter Kritik an der Politik des Westens: Es handele sich um einen „unmittelbaren Ausfluss der sich verschärfenden ökonomischen Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems".*

Fall Kurt Wand jun. – Dokument 3 (1972)

Für "marxistische Lehrinhalte"

Der demokratische Kampf gegen das Monopolkapital, der die entscheidenden Voraussetzungen für den sozialistischen Kampf schaffen wird, kann und muss daher von Arbeiterbewegung und Studentenbewegung gemeinsam geführt werden. Die Arbeiterklasse als Hauptträger der Produktion und größte organisierte Kraft der Gesellschaft fällt dabei die führende Rolle zu. Der Kampf um die Demokratisierung von Forschung und Ausbildung bedeutet dabei zum ersten den Kampf um die Zurückdrängung bürgerlicher reaktionärer Lehrinhalte zugunsten marxistischer Lehrinhalte.

SHB-Wahlzeitung 1972 für die Kandidaten Kurt Wand, Ewald Slink u.a. (StA HH, 136-3, 187).

* * *

Fall Kurt Wand jun. – Dokument 4 (1971)

"Kapitalvernichtung" und "Rekonstruktionskonjunktur" - die Mechanismen des "Staatsmonopolistischen Kapitalismus"

Die Entwicklung der Produktivkräfte trifft unter kapitalistischen Bedingungen immer wieder auf die Schranken des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln. Der Kapitalismus ist daher immer wieder gezwungen, neue Mittel und Wege zu finden, um diese Schranken, die die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus begründen, zu überwinden, um dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion noch im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse Rechnung zu tragen. Die Überwindung dieser Schranken kann im Kapitalismus allerdings immer nur eine partielle und zeitweilige sein; da das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln bestehen bleibt, bleibt auch der Grundwiderspruch des Systems und die daraus resultierende Krisenhaftigkeit bestehen. Die Möglichkeiten des kapitalistischen Systems, dem zunehmenden gesellschaftlichen Charakter

der Produktion Rechnung zu tragen, liegen in erster Linie in der weiteren Konzentration und Zentralisation des Kapitals zu immer größeren Einheiten. So entwickelte sich der Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus und der „einfache" Monopolkapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise – die seine Schranken zeigte – zum „*staatsmonopolistischen Kapitalismus*". Seit der Weltwirtschaftskrise [von 1929] muss der Kapitalismus den stark hervortretenden neuen Tendenzen der Vergesellschaftung der Produktion Rechnung tragen – erhöhte Bedeutung der sozialen und produktionsbezogenen Infrastruktur, Bildung und Forschung u.a.m., was nur durch die umfassende Einbeziehung des Staates und seiner ökonomischen Potenzen (Planung, Mobilisierung von Ressourcen, Kapitalvernichtung) in den kapitalistischen Reproduktionsprozess erreicht werden kann. Allerdings ist der Monopolkapitalismus auch in seinem staatsmonopolistischen Stadium nicht in der Lage, den Grundwiderspruch und die Krisenhaftigkeit des Systems zu lösen, er verschärft diese ebenfalls, wenn auch z. T. auf anderen Ebenen und in anderen Formen (z. B. Währungs- und Strukturkrisen). Dieser Grundzusammenhang zwischen Krise des Kapitalismus und Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird im Hamburger Strategiepapier […] dargelegt. Es benennt für die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus als entscheidende historische Momente einerseits die Weltwirtschaftskrise, die den Beginn einleitet, andererseits die Zeit Anfang der sechziger Jahre, „*als sich die aus der ungeheuren Kapitalvernichtung des Zweiten Weltkriegs hervorgegangene Rekonstruktionskonjunktur ihrem Ende zuneigte und sich die langfristige Tendenz zum Sinken der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate wieder durchzusetzen begann*."

Detlev Albers / Kurt Neumann / Kurt Wand: Anmerkung zu Theorie und Praxis des Juso-Bundesvorstands. In: Der Thesenstreit um „Stamokap". Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten. Reinbek 1971, S. 127–159, hier S. 139.

DER VORSITZENDE DES MINISTERRATES
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
VERLEIHT

Genossen
GRUNERT, Rolf

DIE

VERDIENSTMEDAILLE DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

IN ANERKENNUNG LANGJÄHRIGER VERDIENSTE
BEIM AUFBAU DES SOZIALISMUS
UND BEI DER STÄRKUNG UND FESTIGUNG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

BERLIN, DEN 1. Juli 1985

W. Stoph

Abb. 110 *– Verdienstmedaille der DDR, gestiftet und verliehen vom Ministerrat der DDR. Vermutlich war es diese Auszeichnung, die Kurt Wand jun. Anfang der 1980er Jahre überreicht erhielt – verbunden mit 1000 Mark (offenbar DM) – „in Anerkennung langjähriger Verdienste beim Aufbau des Sozialismus und bei der Stärkung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik". Unterzeichner: Willi Stoph, Vorsitzender. – Wand hat das Geld nicht angenommen, sondern sich eine Verwendung für den Vietnam-Wiederaufbau gewünscht. Die Urkunde stammt aus dem Fundus Rolf Grunert.*

Fall Kurt Wand jun. – Dokument 5 (1994)

"Beitrag für Abrüstung und Entspannung"

Was meine Motivation für diese Zusammenarbeit anbetrifft, fand ich, dass diese Gespräche (wobei ich natürlich wusste, mit wem ich redete) grundsätzlich politisch legitim und notwendig waren, auch wenn vieles nicht mit meinem eigenen Bild von persönlicher und politischer Entwicklung übereinstimmte. Ich konnte nachvollziehen, warum mein Vater diesen Weg gegangen war, und stand auch dazu, weil ich meinte, dass dies ein auch notwendiger Beitrag für Abrüstung und Entspannung war. Für mich persönlich hätte ich mir aber einen ganz anderen Weg vorgestellt. Aus der Loyalität zu meinem Vater heraus habe ich gleichwohl über diesen langen Zeitraum mitgemacht.

Was die eigentliche Tätigkeit für den DDR-Geheimdienst betrifft, so habe ich meinen Gesprächspartnern gegenüber mündlich und schriftlich berichtet. Die schriftlichen Berichte umfassten etwa zwei Seiten. In den letzten Jahren meines Kontaktes habe ich einige Male eine Tonbandkassette besprochen. Inhalt dieser […] Berichte waren zum einen Personeneinschätzungen, zum anderen – und dies war der Schwerpunkt – Einschätzungen zu politischen Entwicklungen innerhalb der Sozialdemokratie.

Die Einschätzungen zu Personen erfolgten durch mich jeweils auf konkrete Anfrage meiner Gesprächspartner. Ich kann mich erinnern, dass es vielfach um Fragestellungen ging, wer bei Bundesparteitagen Wortführer bei welchen Positionen war. Dazu muss ich allerdings sagen, dass ich selbst nie Delegierter bei Bundesparteitagen der SPD war. […]

Die Informationen, die ich weitergab, erlangte ich ganz überwiegend aus Gesprächen und politischen Diskussionen mit Parteifreunden. Bei diesen Parteifreunden handelte es sich um Mitglieder des SPD-Landesvorstands, um Bürgerschaftsabgeordnete der SPD und weitere Personen im Umfeld der SPD.

Meine Lebensgefährtin, Traute Müller, ist seit 1972 bei den Jusos bzw. der SPD engagiert. Sie ist seit 1991 Senatorin für Stadtentwicklung. […] Informationen, die ich durch sie erhielt, waren, was die Weitergabe an den DDR-Geheimdienst betrifft, für mich tabu. […]

Es kam auch schon einmal vor, dass ich unvorbereitet zu einem Zusammentreffen nach Ostberlin reiste oder in Hamburg aufgesucht wurde. Dann habe ich mich aus der Presse, z.B. mit Spiegel-Artikeln, „schlaugemacht" und daraus eine Einschätzung gefertigt. […]

Ab etwa 1973/74, als es mir finanziell während meiner Arbeit an der Dissertation nicht so gut ging, bis ins Jahr 1989 hinein, erhielt ich eine monatliche Summe von 500 DM vom DDR-Geheimdienst, die mir durch meinen Vater oder durch meine Gesprächspartner ohne Quittung übergeben wurden. In der Anfangszeit konnte ich das Geld ganz gut gebrauchen, nur später hätte ich liebend gern darauf verzichtet. Das finanzielle Motiv stand bei mir nie im Vordergrund, hat praktisch keine Rolle gespielt.

In der ersten Hälfte der 80er Jahre wurde ich bei einem Treffen in Ostberlin mit einer Medaille ausgezeichnet. Diese Auszeichnung war mit einer Prämie von 1000 DM [West] verbunden. Dieses Geld habe ich nicht angenommen, sondern erklärt, man solle es für den Aufbau in Vietnam verwenden. Ich habe diese Auszeichnung in keiner Weise für ernst genommen.

BKA-Beschuldigtenvernehmung Kurt Wand, Hamburg 24. Nov. 1994 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 28/94, Bd. 2, Bl. 106 ff.).

* * *

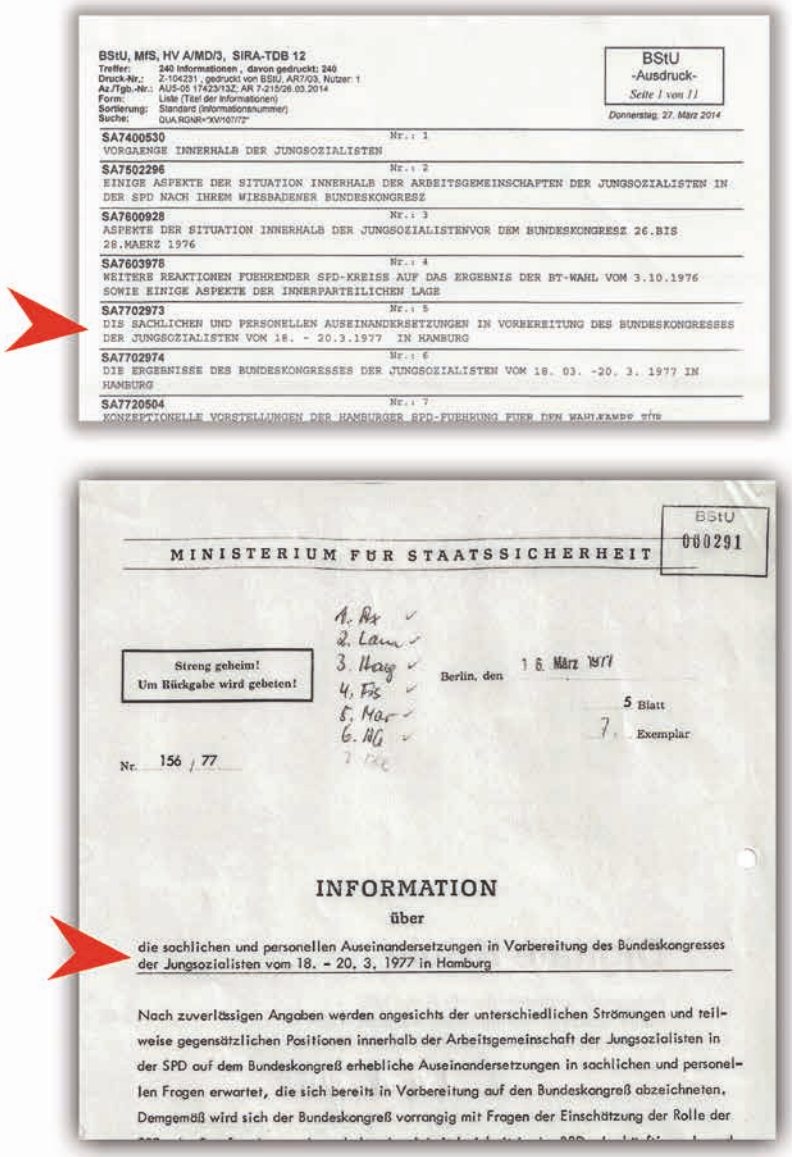
Fall Kurt Wand jun. – Dokument 6 (1994)

Konspirative Treffen in Ostberlin und Hamburg

Die Zusammentreffen in Hamburg fanden immer in einem Buchladen im Bahnhof Dammtor statt. Auch die Uhrzeit dieser Zusammentreffen war immer dieselbe, ich meine, es war 13.00 Uhr. Außerdem gab es die Vereinbarung, dass man in dem Falle, wenn der andere im Buchladen nicht anwesend sein sollte, den Laden eine Stunde später erneut aufsuchen sollte […].

Praktisch sah ein solches Zusammentreffen so aus, dass ich den Buchladen betrat und nach meinem Treffpartner Ausschau hielt. War dieser anwesend, so guckte ich zunächst Bücher durch, bis mich mein Treffpartner ansprach und so tat, als handele es sich um ein zufälliges Zusammentreffen. Wir sprachen über unverfängliche Dinge und verließen den Bahnhof und gingen zu meinem Auto. Die Dauer der Zusammenkünfte in Hamburg war unterschiedlich. Wenn ich unter Zeitdruck stand, so sind wir ca. eine Stunde wahllos durch Hamburg mit dem Auto gefahren. Ich beantwortete Fragen zu politischen Fragen mit SPD-Bezug und übergab Unterlagen aus der SPD.

Hatte ich mehr Zeit, so ging ich mit meinem Treffpartner an der Elbe spazieren, oder wir suchten ein Lokal auf. Hier kann ich mich noch erinnern,



BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12
Treffer: 240 Informationen , davon gedruckt: 240
Druck-Nr.: 2-104231 , gedruckt von BStU, AR7/03, Nutzer: 1
Az./Tgb.-Nr.: AUS-06 17423/13Z; AR 7-215/26.03.2014
Form: Liste (Titel der Informationen)
Sortierung: Standard (Informationsnummer)
Suche: QUA:RGNR="XVI/10172"

BStU
-Ausdruck-
Seite 1 von 11
Donnerstag, 27. März 2014

SA7400530 Nr.: 1
VORGAENGE INNERHALB DER JUNGSOZIALISTEN

SA7502296 Nr.: 2
EINIGE ASPEKTE DER SITUATION INNERHALB DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN DER JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD NACH IHREM WIESBADENER BUNDESKONGRESZ

SA7600928 Nr.: 3
ASPEKTE DER SITUATION INNERHALB DER JUNGSOZIALISTENVOR DEM BUNDESKONGRESZ 26.BIS 28.MAERZ 1976

SA7603976 Nr.: 4
WEITERE REAKTIONEN FUEHRENDER SPD-KREISE AUF DAS ERGEBNIS DER BT-WAHL VOM 3.10.1976 SOWIE EINIGE ASPEKTE DER INNERPARTEILICHEN LAGE

SA7702973 Nr.: 5
DIE SACHLICHEN UND PERSONELLEN AUSEINANDERSETZUNGEN IN VORBEREITUNG DES BUNDESKONGRESSES DER JUNGSOZIALISTEN VOM 18. - 20.3.1977 IN HAMBURG

SA7702974 Nr.: 6
DIE ERGEBNISSE DES BUNDESKONGRESSES DER JUNGSOZIALISTEN VOM 18. 03. -20. 3. 1977 IN HAMBURG

SA7720504 Nr.: 7
KONZEPTIONELLE VORSTELLUNGEN DER HAMBURGER SPD-FUEHRUNG FUER DEN WAHLKAMPF FÜR

BStU
000291

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

1. Rx
2. Lam
3. Harg
4. Fis
5. Mar
6. NG

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den 16. März 1977

5 Blatt
7. Exemplar

Nr. 156 / 77

INFORMATION
über
die sachlichen und personellen Auseinandersetzungen in Vorbereitung des Bundeskongresses der Jungsozialisten vom 18. - 20. 3. 1977 in Hamburg

Nach zuverlässigen Angaben werden angesichts der unterschiedlichen Strömungen und teilweise gegensätzlichen Positionen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD auf dem Bundeskongreß erhebliche Auseinandersetzungen in sachlichen und personellen Fragen erwartet, die sich bereits in Vorbereitung auf den Bundeskongreß abzeichneten. Demgemäß wird sich der Bundeskongreß vorrangig mit Fragen der Einschätzung der Rolle der

Abb. 111 – *Kurt Wands (alias „Kugel") „operative" Mitteilungen über den Juso-Bundeskongress 1977 wurde zu einem MfS-internen Rundschreiben verarbeitet und findet sich auch in der SIRA-Datenbank der Behörde des BStU, die aus Dateien auf alten MfS-Computern rekonstruiert werden konnte. SIRA (System der Informationsrecherche der HV A) lässt heute bis zu einem gewissen Grad erkennen, welche Spione wann was geliefert haben, wer sich dieser Informationen zwecks Verarbeitung angenommen hat, an wen sie weitergereicht wurden.*

dass wir einmal in der Gaststätte der Elbschlossbrauerei zusammensaßen, welche große Räumlichkeiten besitzt. Dort konnten wir uns ungestört unterhalten. Bei diesen Treffen wurde auch politisch diskutiert.

Am Ende der Zusammentreffen in Hamburg setzte ich meinen Gesprächspartner in der Nähe des Hauptbahnhofs ab. Dieser reiste, soweit ich weiß, noch am selben Tag zurück in die DDR. […]

Bevor ich meinen ersten Treffpartner sowie meinen zweiten Treffpartner „Wolfgang" in Hamburg erstmalig traf, waren mir diese zuvor in Ostberlin vorgestellt worden.

Wie bereits erwähnt, benutzte ich bei der Einreise nach Ostberlin den Übergang Bahnhof Friedrichstraße. Meine Einreise war so festgelegt, dass ich innerhalb einer bestimmten Zeitspanne, ich meine, es waren zwei Stunden, an einem vorher festgelegten Tage dort einreisen sollte. Konkret sah dies so aus, dass ich an der ersten DDR-Kontrolle eine grüne, nicht durchsichtige Plastikausweishülle vorzeigte, in der sich nur ein Zettel mit meinem Kennwort „Pauli" befand. Daraufhin erhielt ich einen länglichen gelben Schein, das Transitvisum, und ich musste eine Gebühr von etwa 5 oder 10 DM zahlen. Dieses Transitvisum wurde jeweils abgestempelt, nachdem ich es mit irgendwelchen Phantasie-Personaldaten ausgefüllt hatte. Daraufhin ging ich zwei, drei Straßen weiter, wo meine Gesprächspartner in einem Auto auf mich warteten […]. Dabei handelte es sich immer um die gleiche Örtlichkeit, ich glaube, dieser Ort lag hinter dem Deutschen Theater an einem Platz. […]

Anmerken muss ich noch, dass mein Vater teilweise mit mir zusammen anreiste. In der Anfangsphase geschah dies häufiger […]. Etwa jedes dritte Mal übernachtete ich im Treffobjekt auch schon einmal mit meinem Vater zusammen. Dies galt vor allen Dingen für die 70er Jahre. Wenn es zu einer Übernachtung kam, handelte es sich bei meinen Berlinreisen nicht um Dienstreisen, mit denen ich ein solches Treffen verband, sondern um Privatreisen. Für die Abrechnung von Dienstreisen wäre eine solche Übernachtung problematisch gewesen, ohne einen Übernachtungsbeleg eines Hotels. […]

Wenn mein Vater mit dabei war, wurden wir nach Fortsetzung des [einleitenden] Gesprächs getrennt, d.h. wir führten getrennte Gespräche. In der Regel waren zwei Geheimdienstmitarbeiter im Objekt mit mir und meinem Vater mit dabei. War mein Vater mit dabei, können es auch schon mal mehr Gesprächspartner gewesen sein. […]

Seit 1977 bin ich mit meiner heutigen Lebensgefährtin Frau Traute Müller zusammen. Eine gemeinsame Wohnung haben wir seit etwa 1979. Treffen [in Ostberlin] mit Übernachtung fanden hauptsächlich in der Zeit vor unserer gemeinsamen Wohnungsnahme statt. Ich kann mich nur an ein einziges Mal erinnern, als es zu einer Übernachtung im Objekt kam und ich mit ihr [Traute Müller] schon zusammenwohnte.

BKA-Beschuldigtenvernehmung Kurt Wand, Hamburg, Fortsetzung, 14. Dez. 1994 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 28/94, Bd. 2, Bl. 137 ff.).

* * *

Fall Kurt Wand jun. – Dokument 7 (1977)

"Nach zuverlässigen Angaben" Interne MfS-Mitteilung aufgrund der Informationen von Kurt Wand *jun.*

Ministerium für Staatssicherheit, Nr. 156/77, 16. März 1977
Streng geheim! Um Rückgabe wird gebeten!

Information über die sachlichen und personellen Auseinandersetzungen in Vorbereitung des Bundeskongresses der Jungsozialisten vom 18. bis 20. März 1977 in Hamburg.

Nach zuverlässigen Angaben werden angesichts der unterschiedlichen Strömungen und teilweise gegensätzlichen Positionen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD auf dem Bundeskongress erhebliche Auseinandersetzungen in sachlichen und personellen Fragen erwartet […]

Ein weiterer wesentlicher Konfliktpunkt wird die Mitarbeit der Jungsozialisten in den Bürgerinitiativen „*Weg mit den Berufsverboten*" bilden. In einem Offenen Brief des Bundesvorstandes an die Bürgerinitiativen wird gefordert, dass diese sich von der Ausbürgerung [Wolf] Biermanns aus der DDR distanzieren und in ihre Programme den „*weltweiten Kampf*" gegen die Berufsverbote, also auch in den sozialistischen Ländern, aufnehmen. Der stellv. Juso-Vorsitzende Klaus-Uwe Benneter und das Bundesvorstandsmitglied Traute Müller, die sich dagegen wandten, konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Der gegenwärtige Bundesvorstand verfolgt damit das Ziel, jede Zusammenarbeit mit DKP- und SDAJ-Mitgliedern in diesen Initiativen abzubrechen. […]

Entsprechend der Antragslage in den Juso-Bezirken ist damit zu rechnen, dass auf dem Bundeskongress auch die Rolle [Robert] Havemanns in der DDR und die Frage der sog. Menschenrechte in der UdSSR, in Polen und der CSSR hochgespielt wird.[3] In dieser Hinsicht engagieren sich besonders die Juso-Vorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul, der stellv. Juso-Vorsitzende Ottmar Schreiner und der Schülerreferent im Bundesvorstand, Joachim Hoffmann. […]

Größere Auseinandersetzungen werden auf dem Bundeskongress über die Haltung der Jungsozialisten im Zusammenhang mit der 1978 stattfindenden Direktwahl zum sog. Europäischen Parlament erwartet. In einem umfangreichen gemeinsamen Antrag der *Stamokap*-Gruppe und der Gruppe der sog. Antirevisionisten des Juso-Bezirkes Hamburg wird ausgehend vom bisherigen Stand der westeuropäischen ökonomischen Integration und den Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hervorgehoben, dass die Jungsozialisten angesichts der prokapitalistischen Europapolitik der SPD-Führung ihre Forderungen im Wahlkampf zum sog. Europäischen Parlament mit denen der Jugendorganisationen der anderen westeuropäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien verbinden. Unter dem Gesichtspunkt der Einheit und Zusammenarbeit der Linken in Westeuropa wird die Notwendigkeit des Bündnisses mit den kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs begründet. Ferner hebt der Antrag hervor, dass den einzelnen westeuropäischen Ländern

trotz der Integration der nationale Weg zum Sozialismus auch künftig offengehalten werden müsse, und dass deswegen keine nationalen Souveränitätsrechte aufgegeben werden dürften. […]

Diese Information darf im Interesse der Sicherheit der Quellen nicht publizistisch ausgewertet werden.

BStU, MfS, HVA/MD/3, SIRA-TDB 12, SA 7702973 qua Reg.-Nr. XV/107/72 [Kurt Wand *jun.*]; HV A 63, Bl. 291–295.

* * *

Fall Kurt Wand jun. – Dokument 8 (1977)

"Sehr starke Resignationsprozesse" Kurt Wand als Stamokap-Protagonist

In fast siebenstündiger Nachtsitzung beschloss der Landesvorstand [der Hamburger SPD], auf einen Schlag 56 Genossen vom linken Flügel aus der Partei zu entfernen. Die Gestraften, meist Jungsozialisten und etliche Lehrer aus der in Hamburg linkslastigen *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* (GEW), hatten sich in einem Brief mit dem des Amtes verwiesenen Juso-Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter solidarisiert. […]

Für das Hamburger Juso-Vorstandsmitglied Kurt Wand war „*ganz klar Egon Bahr*" eine treibende Kraft in dem Ausschlussverfahren Er rechnet nun mit Parteiaustritten und „*sehr starken Resignationsprozessen*". Anders als den Benneter-Anhänger Wand drückt den Parteivorstands-Linken Hermann Scheunemann die „*große Sorge, dass die Stamokaps gestärkt daraus hervorgehen*".

Mit Schrot. In: Der Spiegel 29/1977, S. 28 f.

Fall Kurt Wand jun. – Dokument 9 (1994)

Gesprächsnotiz *"Egon Bahr"* – aus dem Hannoveraner Kreis

Die Unterlagen gebe ich zu den Ermittlungsakten und möchte sie wie folgt erläutern: […][4]

Bei den gedruckten bzw. maschinengeschriebenen Unterlagen handelt es sich um SPD- und Juso-Unterlagen:

- Gedächtnisprotokoll Gespräch Egon Bahr und Juso-Bundesvorstand vom 23. März 1977;
- Gemeinsame Sitzung von Parteirat, Parteivorstand und Kontrollkommission am 28. Februar 1978 in Bonn;
- Schreiben des Bundessekretariats der Jusos vom 5. Juli 1979; Schreiben des Bundesvorstands der Jusos ohne Datum; Diskussionspapier „*Zur Strategie des DKP und der SDAJ*".

Diese drei Unterlagen erhielt ich meiner Erinnerung nach bei einer Sitzung des *Hannoveraner Kreises*.

BKA-Beschuldigtenvernehmung Kurt Wand, Fortsetzung, 14. Dez. 1994 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 28/94, Bd. 2, Bl. 169).

* * *

Fall Kurt Wand jun. – Dokument 10 (1995)

"Sozialistische Verhältnisse ohne Demokratie nicht möglich"

[Frage:]
[Herr Neumann,][5] inwieweit befasste sich die politische Arbeit Herrn Wands mit Fragen, die einen DDR-Bezug hatten?

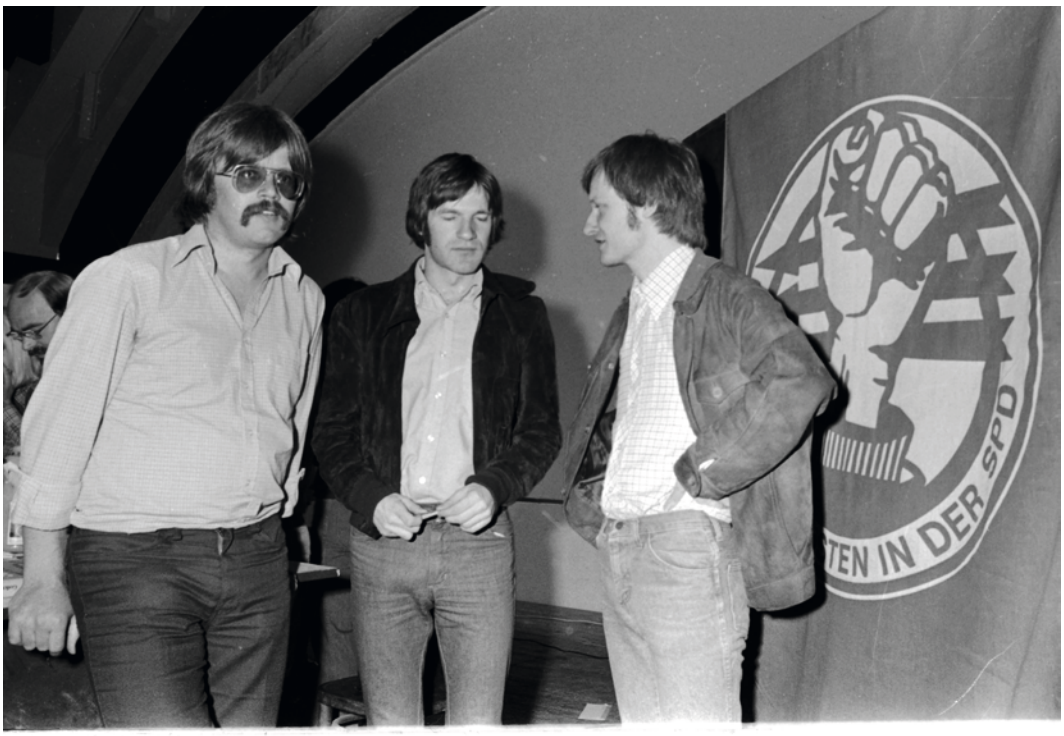


Abb. 112 *– Kurt Wand jun. (l.) u.a. mit Detlev Albers (r.) auf einer Versammlung der Jungsozialisten, um 1970. Der „Antirevisionist" Detlev Albers, später Bremer Soziologieprofessor, war zeitweise Mitglied im Vorstand der SPD Hamburg-Eimsbüttel,*

[Antwort:]
Über die Frage der Anerkennung der DDR wurde im Bereich des *Hannoveraner Kreises* und des *spw*-Beirats praktisch nie diskutiert. Wir waren uns einig, dass es vernünftig sei, die DDR anzuerkennen. Wir unterstützten vorbehaltlos die Entspannungspolitik Willy Brandts. Zu den inneren Verhältnissen in der DDR wurde allgemein diskutiert, dass sozialistische Verhältnisse ohne Demokratie nicht möglich seien und dass eine Abschaffung der „bürgerlichen Freiheitsrechte" unakzeptabel sei. Mir ist nie aufgefallen, dass Herr Wand hierzu etwa eine andere Haltung eingenommen hätte.

BKA Berlin: Zeugenvernehmung Kurt Neumann, 18. Jan. 1995 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 28/94, Bd. 1, Bl. 31 ff.).

***Abb. 113** – Kurt Wand jun. (alias „Kugel") war im Sinne des linken Juso-Flügel publizistisch aktiv, mit eigenen Beiträgen und in Bezug auf die Zeitschrift spw (Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft). Zugleich hielt er das MfS über den „Hannoveraner Kreis", aus dem diese Zeitschrift entstanden war, auf dem Laufenden.*

Fall Kurt Wand jun. – Dokument 11 (1995)

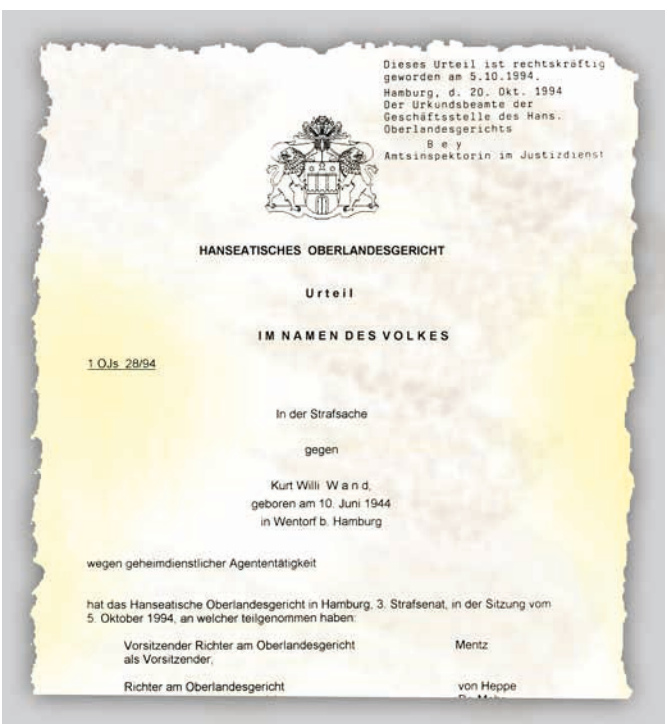
"Kritische Solidarität" gegenüber der DDR

Aufgrund dieser Berichte und der Erkenntnisse, die der Angeklagte durch das Lesen von Literatur vor allem über Unterdrückung, Befreiungskampf und Revolution gewonnen hatte, gelangte er zu der Überzeugung, dass es richtig sei, sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung einzusetzen, sich nicht anzupassen. Die politischen Ereignisse Mitte der 60er Jahre – die Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland, die Kubakrise, der Vietnamkrieg, die Demonstrationen in Deutschland gegen den Besuch des Schahs, der Tod des Studenten B. Ohnesorg in Berlin – führten

dazu, dass der Angeklagte 1967 in den SHB und danach auch in die SPD eintrat. Der Angeklagte wurde Mitglied im Vorstand des SHB Landesverbandes, engagierte sich ab Anfang 1970 bei den Jungsozialisten und übernahm ab Ende 1970 Vorstandsfunktionen für die SPD in Hamburg auf Orts- und Kreisebene. Mit der sich steigernden beruflichen Beanspruchung ab Ende der 80er Jahre schränkte der Angeklagte seine parteipolitischen Aktivitäten ein. […]

Die Grundhaltung des Angeklagten gegenüber der DDR war bis zu deren Ende bestimmt durch einen vom Vater übernommenen Grundsatz der „*kritischen Solidarität*“: „*Auch wenn nicht alles funktioniert oder frei von Kritik ist, muss man doch die DDR als grundsätzliche Alternative unterstützen und schützen. Denn trotz aller Fehler und Unzulänglichkeiten ist die DDR eine notwendige und mit dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln auch grundsätzlich entwicklungsfähige Alternative zum Kapitalismus*.“

HOLG-Urteil vom 5. Okt. 1995 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 28/94, Bd. 2, S. 4).



Dieses Urteil ist rechtskräftig geworden am 5.10.1994.
Hamburg, d. 20. Okt. 1994
Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Hans. Oberlandesgerichts
B e y
Amtsinspektorin im Justizdienst

HANSEATISCHES OBERLANDESGERICHT

Urteil

IM NAMEN DES VOLKES

1 OJs 28/94

In der Strafsache

gegen

Kurt Willi W a n d,
geboren am 10. Juni 1944
in Wentorf b. Hamburg

wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit

hat das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg, 3. Strafsenat, in der Sitzung vom 5. Oktober 1994, an welcher teilgenommen haben:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht als Vorsitzender, Mentz

Richter am Oberlandesgericht von Heppe

Abb. 114 – *Urteil des HOLG gegen Kurt Wand jun. – wegen Geheimdienstlicher Agentätigkeit, 1994. Wand, sofort geständig, hat verständnisvolle Richter gehabt und ein mildes Urteil erhalten.*

Fall Kurt Wand jun. – Dokument 12 (1995)

Absichtsvoller Verzicht auf Parteikarriere?

Der Angeklagte erlangte die Informationen, die er an das MfS weitergab, im wesentlichen aus Gesprächen und Diskussionen mit Parteifreunden, bei denen es sich auch um Mitglieder des SPD-Landesvorstandes und Bürgerschaftsabgeordnete handelte. Erkenntnisse, die er durch seine Lebensgefährtin Traute Müller, die von Mitte 1988 bis 1991 Landesvorsitzende der SPD in Hamburg und anschließend von 1991 bis Ende 1993 Senatorin für Stadtentwicklung in Hamburg gewesen war – sie trat nach dem Bekanntwerden der gegen den Angeklagten erhobenen Vorwürfe von ihrem Amt zurück –, erhalten hatte, gab der Angeklagte nicht weiter. Er bemühte sich auch nicht, an geheimhaltungsbedürftiges Material zu gelangen, um dieses zu verraten. Der Angeklagte lehnte es auch ab, in der Hamburger SPD – wozu er von kompetenter Stelle aufgefordert worden war – Karriere zu machen. Er wollte vermeiden, Zugang zu Informationen zu erhalten, die für das MfS von erhöhtem Interesse hätten sein können.[1]

HOLG-Urteil vom 5. Okt. 1995 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 28/94, Bd. 2, S. 7).

Anmerkungen

1 *Detlev Albers / Kurt Neumann / Kurt Wand: Anmerkung zu Theorie und Praxis des Juso-Bundesvorstands. In: Der Thesenstreit um „Stamokap". Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten. Reinbek 1971, S. 127–159, hier S. 142.*

2 *Kurt Wand: Zum Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Strukturwandel in der BRD 1950–1970. Hamburg 1974 (HWWA-Report 27).*

3 *Vgl. zu Robert Havemann, der die Rolle eines Regime-Unterstützers und MfS-IM mit der Rolle eines Regimekritikers vertauschte, Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten. Hg. v. BStU. Berlin 2005 (BF informiert, H. 26). Der Chemieprofessor Havemann hatte 1965 ein Berufsverbot erhalten, war 1966 aus der Akademie der Wissenschaften der DDR ausgeschlossen worden. Jüngst, 1976, hatte er gegen die Ausbürgerung des*

regimekritischen Liedermachers Wolf Biermann protestiert – in Form eines Appells an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, der im Spiegel 48/1979 veröffentlicht wurde.

4 *Die Unterlagen befinden sich in den Ermittlungs- und Prozessakten Kurt Wand (StA HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 28/94, Bd. 4).*

5 *Kurt Neumann (geb. 1945), 1974 bis 1976 Landesvorsitzender der Jusos in Berlin, zeitweise auch Bundesvorsitzender des SHB. 1994–98 Berliner Bundestagsabgeordneter, wurde er nach einer Reihe von Skandalen aus der Partei ausgeschlossen. Er wechselte zur PDS, arbeitete zeitweise für die Europaabgeordnete Sarah Wagenknecht und veröffentlichte 2012 – unter anderem mit dem einstigen Hamburger DKP-Vorsitzenden Wolfgang Gehrcke – einen Aufruf zur „Repolitisierung" der Partei Die Linke (Junge Welt, 15. Mai 2012).*

6 *Möglicherweise handelt es sich um einen Schutzbehauptungs-Topos, wie er auch von Arved Rüden benutzt worden sein könnte. Allerdings hat Wand – nach Aussage seines Parteifreunds Werner Loewe – 1978 tatsächlich auf einen aussichtsreichen Platz für die anstehende Bürgerschaftswahl verzichtet, obwohl er 1977 zum Juso-Landesvorsitzenden gewählt worden war. Hat er seinem Vater zuliebe nicht nur die wenig sinnreiche Spionagetätigkeit übernommen, sondern zum Zwecke der Begrenzung eben jener Spionagetätigkeit auch noch auf ein politisches Vorankommen in der Bundesrepublik verzichtet – im Alter von 32 Jahren?*

***Abb. 115** – Arved Rüden (hier um 1968) hat dem MfS zwei Jahrzehnte lang aus seinem politischen, teils auch beruflichen Umfeld berichtet. Er war 1971 – zwar politisch schon etwas erfahren, vor allem aber in linksgerichteten Ideologemen befangen – ein leichtes Opfer für die MfS-Werber, und diese freuten sich, als Rüden zeitweise relativ enge Kontakte zum Hamburger Verfassungsschützer Ernst Uhrlau unterhielt. Doch sie sind enttäuscht worden, und Arved Rüden hat diese Art von politischer Betätigung spätestens nach seiner Enttarnung tief bereut.*

Arved Rüden *alias* "Gerd" (1971–1990). Der "hingesunkene" Achtundsechziger

Rüden, Arved Christian Georg Alexander
geb. 28. März 1945 in Elgersburg (Thüringen)

Ausbildung und Beruf
Nach dem Fachabitur, dann Abitur (1965), BWL-„Parkstudium", schließlich Jurastudium in Freiburg (1966/67) und Hamburg (1967-1972, Erstes Staatsexamen); Zweites Staatsexamen 1976; 1977 Rechtsanwalt (zuletzt in Sozietät Albers/Schultz/Rüden).

Parteien, Verbände, Firmen, Ämter, Mandate
SPD (1965–1991 [Austritt]); SHB (1966), Jusos; Republikanischer Club. – Studentenrat und AStA Freiburg (Kulturreferent); 1970–72 Mitglied im Kuratorium des *Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik* (Leitung: Wolf Graf v. Baudissin); Studentenparlament der Universität Hamburg (1968/69); Bezirksabgeordneter in Hamburg-Eimsbüttel (1978–1987), ab 1982 dort stellv. Fraktionsvorsitzender.

Spionage für die DDR
1971–1990, IM, „Abschöpf-Quelle" für die HV A II, Referat 4 (SPD) Deckname „Gerd" (auch „Gert"), seit 1973 mit der Kurierverbindung „Alfred". MfS-Reg.-Nr. XV 126/71.

Ausspähungsbereich
SPD, Sozialistischer Hochschulbund (SHB), Universität Hamburg (studentische Aktivisten; Gremien), Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesamt für Verfassungsschutz.

Entgelt
„*Mindestens 20.000 DM*" (nach Schätzung des HOLG).

DDR-Auszeichnungen
1989 eine nicht näher beschriebene Auszeichnung („Medaille", vermutlich „*Auszeichnung für treue Dienste im Ministerium für Staatssicherheit*").

StGB-Hintergrund und rechtliche Sanktionen in der Bundesrepublik
§ 99 StGB (betr. *Geheimdienstliche Agententätigkeit*, in Kraft seit 1968). – HOLG-Urteil vom 7. April 1995 (1 OJs 8/91): 2 Jahre Haft auf Bewährung, Verfall von 20.000 DM.

Gedruckte Quellen und Literatur
Günther Pumm: Ein SPD-Mann unter Spionageverdacht. War Rüden Stasi-Agent? In: Hamburger Abendblatt (HA), 4. Juli 1991; Ira von Mellenthin: SPD-Bezirk Eimsbüttel: Hochburg der Stasi-Spione? In: Welt am Sonntag (WamS), 28. Nov. 1993; Jürgen Wohldorf: Spionierte SPD-Politiker Verfassungsschützer aus? In: WamS, 23. Oktober 1994; Bettina Mittelacher: Im Dienst der DDR. Hamburger Rechtsanwalt 20 Jahre lang Spion aus Überzeugung. In: HA, 6. April 1995; Spion aus Überzeugung. Anwalt bespitzelte auch Verfassungsschutz-Chef Uhrlau. In: Hamburger Morgenpost, 6. April 1995; Kai von Appen: Bewährung für den „Kundschafter des Friedens"? In: taz, 6. April 1995.

Arved Rüden. Spionage und Politik. Dokumente

Einleitung

> *Zu meiner Kundschaftertätigkeit gehörte es nicht, das Privatleben von Personen des BND oder anderer Behörden, zu denen ich Kontakt hatte, zu erforschen oder Personendossiers anzulegen oder zu übermitteln. Ich habe persönliche Freundschaften zu Arbeitskollegen und -kolleginnen niemals für meine nachrichtendienstlichen Zwecke missbraucht. Mein Ziel- und Interessensbereich lag auf einer anderen Ebene.*
>
> Alfred Spuhler[1]

Der Beteuerung des ehemaligen BND-Beamten und DDR-Spions, selbsternannten „Revolutionärs des Friedens", Alfred Spuhler (von 1998), er habe dafür sorgen können, dass von ihm enttarnte Westspione keinen Gewaltmaßnahmen unterworfen würden, ferner habe er nie persönliche Freundschaften für nachrichtendienstliche Zwecke missbraucht, dürfte nur bedingt zu trauen sein,[2] aber sie bringt immerhin einen zu Arved Rüdens (oder auch Wolfgang Jaegers) Handeln moralisch alternativen Standpunkt zum Ausdruck: Über Familienmitglieder, Freunde, engere Bekannte und Kollegen wird nichts verraten! – Doch wie viele Spione mögen sich an dieses Motto halten? Spionage beginnt oft in der vertrauten sozialen Umgebung (Dok. 5).

Als Arved Rüden, den Kopf voller antikapitalistischer Phrasen, 1970 dem MfS in die Arme sank (Dok. 3), war er in der Studentenpolitik bereits erfahren (Dok. 2), hatte nicht nur ein Feindbild entwickelt, sondern auch allerlei Funktionen eingenommen, Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern außerhalb, aber nicht zuletzt auch innerhalb des Sozialdemokratischen Studentenbunds (SHB) erlebt.[3] 1968 war er im Zusammenhang mit dem Ausschluss des als kompromisslerisch verschrienen SHB-Genos-

sen Jens Litten hervorgetreten, hatte jüngst Vorlesungsstörungen im Fachbereich Jura propagiert – zusammen mit Gerhard Strate, dem späteren Hamburger Staranwalt, dessen Sozius Klaus Ulrich Ventzke dann 1994 Rüdens Verteidigung vor dem HOLG übernahm.

Gerhard Strates Lebensweg zeigt (unter vielen anderen): Vom Achtundsechziger-Engagement, auch wenn dabei vorübergehend radikale Positionen eingenommen wurden, führte noch lange kein gerader Weg in Extremismus oder Spionage. Die Achtundsechziger zählten – inklusive zahlloser Mitläufer – viele Tausende, die allermeisten haben sich dann über kurz oder lang integriert. Für die genannten Sonderwege mussten weitere Motive – ausschlaggebend – hinzukommen. Arved Rüden hat die Opposition zu seinem Vater erwähnt (Dok. 4).

Arved Rüden kannte sich im politischen Taktieren, wohl auch Konspirieren aus, und so war ihm das, was von DDR-Seite jetzt an Handwerklichem von ihm erwartet wurde, nicht ganz neu. Er berichtete aus seinem politischen Umfeld, so wie er zuvor schon – im politischen Alltag – Informationen nach taktisch-kontextabhängigen Erwägungen mal weitergegeben, mal zurückgehalten hatte. In zahlreichen Gesprächen erkundete er die politischen Standpunkte von Kommilitonen und konnte davon möglicherweise sowohl studentenpolitisch profitieren als auch in seiner IM-Funktion.

Arved Rüden lieferte fast zwei Jahrzehnte lang – überwiegend kontinuierlich – mittelmäßiges Material (Dok. 9, 12) und bediente sich dabei gängiger Hilfsmittel [Dok. 13, 14). Die besten Noten erhielten jene Informationen, die er direkt oder indirekt seiner wieder belebten Bekanntschaft, ja Freundschaft, zu dem damaligen Stellvertretenden Leiter des Hamburger Verfassungsschutzamts (LfS), Ernst Uhrlau, zu verdanken hatte (Leiter dieses Amtes wurde Uhrlau erst 1991; Dok. 7).

Das MfS hätte Arved Rüden gern in einer Beamtenfunktion im LfS oder in einer anderen sicherheitsrelevanten Behörde gesehen, aber eine solche Laufbahn hat sich für den IM zunächst – trotz einer ganzen Reihe einschlägiger Bewerbungen – zunächst nicht ergeben, war ihm dann später – vor dem Hintergrund einer gut laufenden Anwaltskanzlei – auch finan-

ziell unattraktiv. Den entstehenden Verdienstausfall mit DM-Devisen auszugleichen, ist dem MfS wohl nicht in den Sinn gekommen. Die Rüden von seiten des MfS zugewendeten Beträge hielten sich in engen Grenzen (Dok. 11). Immerhin ist für Arved Rüden aber – wie in manch anderem Fall auch – ein Notfallkonto in Rostock angelegt worden – für die Eventualität, dass es sich als notwendig erweisen sollte, ihn „*aus dem Operationsgebiet zurückzuziehen*" (Dok. 10).

Durch Uhrlau ist Rüden in zwei brisante Fälle involviert worden, über deren Entwicklung er nicht nur dem LfS berichtete, sondern auch Ostberlin auf dem Laufenden hielt. In einem Fall ging es um ein Ehepaar, das im Auftrag des LfS in der DDR spioniert hatte, dort verhaftet wurde und – wenn auch bald wieder in die Bundesrepublik entlassen – auf persönlicher Entschädigung bestand – verbunden mit der Drohung, die Medien einzuschalten (Dok. 8). Im zweiten Fall ging es gar um einen möglicherweise politischen Mord – am Geschäftsführer eines Speditionsbetriebs, der in das Netz der DDR-Westfirmen eingebunden war (Dok. 6).

Durch die SPD erhielt Rüden ein Mandat in der Bezirksversammlung Eimsbüttel, und der Umstand, dass er stellvertretender Fraktionsvorsitzender wurde, mochte seinen Ostberliner Auftraggebern Hoffnung machen, bald über ein (weiteres) Mitglied in der Hamburger Bürgerschaft verfügen zu können. Doch stieß Arved Rüden in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre an politische und „operative" Grenzen. Parteiinterne Differenzen hätten ihm zu schaffen gemacht (Dok. 3). Ebenfalls hat er angegeben, sich absichtsvoll ins parteipolitische Abseits gestellt zu haben, um an politischen Aufstiegschancen einzubüßen und auf diese Weise für das MfS vollends unattraktiv zu werden (Dok. 15). Es sei ihm nunmehr ernst mit der Absicht gewesen, die *Geheimdienstliche Agententätigkeit* aufzugeben. Allerdings könnte es sich bei dieser Behauptung auch um einen taktischen Schachzug im Verlauf des Prozesses gehandelt haben. Hinter den Kulissen, für das MfS undurchsichtig, auf eine Bürgerschaftskandidatur zu verzichten, wäre sicherlich leichter gefallen als sich in innerparteiliche Scheingefechte zu begeben, sich gar auf eigentlich innerlich abgelehnte, hier „rechte", Positionen zu stellen.

Ein „Tschekist“ ist Arved Rüden allenfalls unter dem Aspekt gewesen, dass er auch gegenüber seiner Familie die Konspiration aufrechterhielt; freilich dürfte das Motiv dafür nicht einer politischen Raison entsprochen haben. Eine heldenhafte Attitüde lag ihm wohl fern; eher war er offenbar in entscheidenden Situationen zu leicht beeinflussbar. Immerhin gehört er zu den Spionen, die nach einer längeren „Sendepause“ Besuch von einem Kurier erhielten. Für den Frieden etwas getan zu haben, dessen darf er sich nicht schmeicheln. Arved Rüden hat ersichtlich aber auch nicht einen solchen Anspruch erhoben. Am Ende war er verzweifelt (Dok. 16).

Abb. 116 *– Arved Rüden (zweiter v.l.) mit dem AStA-Vorsitzenden Günter Hopfenmüller (Mitte; damals Humanistische Studentenunion, bald darauf Kommunistischer Bund), einem späteren Grünen-Politiker, und drei weiteren AStA-Mitgliedern und -Referenten vor dem Hamburger Rathaus, vor Überreichung eines Pamphlets dort, 1969. – Bald darauf, 1970, wurde Arved Rüden vom MfS angeworben.*

Fall Rüden – Dokument 1 (1968)

Arved Rüden (SHB), 1968: Absage an "Durchsetzbarkeitserwägungen" und "Realpolitik"

Seit dem Wintersemester 1967/68 bildeten sich im SHB Fraktionen, in denen erheblich voneinander abweichende Meinungen zu der Hochschulgesetzgebung, der AStA-Praxis während der „Osterunruhen" und dem politischen Selbstverständnis des SHB vertreten wurden. [Jens] Littens Ansichten wurden nur von einer immer mehr abbröckelnden Minderheit geteilt.[4] Dies nicht nur in Hamburg, sondern auch auf Bundesebene, wo er bei der letzten Bundesdelegiertenversammlung in keines der Gremien mehr gewählt wurde.

In Beschlüssen zur Hochschulgesetzgebung fordert der SHB die konsequente Drittelparität in allen Entscheidungsinstanzen der Universität. Alle darunterliegenden Forderungen können nur der Verschleierung der tatsächlichen Machtverhältnisse an der Hochschule dienen. Die von Litten immer ins Feld geführten, aber nie näher erläuterten Durchsetzbarkeitserwägungen mögen vom „realpolitischen" Standpunkt her erklärbar sein.

Durchsetzbar sind jedoch innerhalb dieser parlamentarischen Ordnung nur jene „Reformen", die die bestehenden Machtverhältnisse nicht verändern. Aufgabe des SHB ist jedoch das Beziehen von politischen Positionen und ihre Verteidigung, vor allem durch die studentische Öffentlichkeit, jedoch nicht die als „*Mitarbeit*" bezeichneten taktischen Rückzugsgefechte und die schliessliche Kapitulation vor einer Bürgerschaft und einem Senat, dessen Mitglieder zu einem Großteil von fortschrittlichen Kritikern als konservativ bis reaktionär eingestuft werden.

Diese Praxis des politischen Paktierens mit den herrschenden Gruppen wurde auch dem 2. AStA-Vorsitzenden [Litten] von einem Großteil der bewussten Studentenschaft während der „Osterunruhen" vorgeworfen, wo er studentische Machtpositionen grundlos aufgab. Hier spätestens zeigte sich der Verlust des Rückhaltes in der fortschrittlichen Studentenschaft. […]

Die Funktion eines Ausschlusses ist nicht, wie behauptet, die Unterdrückung von Minderheitsmeinungen, mit denen sich der SHB auch in Zukunft auseinandersetzen muss. Es ist im Gegenteil die Absage an „stalinistische Praktiken", nämlich von oben Loyalität zu erzwingen und einen Verband nach außen zu repräsentieren, für den man nicht mehr repräsentativ ist. […]
Landesvorstand des SHB:
Rainer Haenchen-Mark
Arved Rüden
Michael Schubert

SHB zu Littens Ausschluss. In: Hamburger Abendblatt v. 13. Nov. 1968.

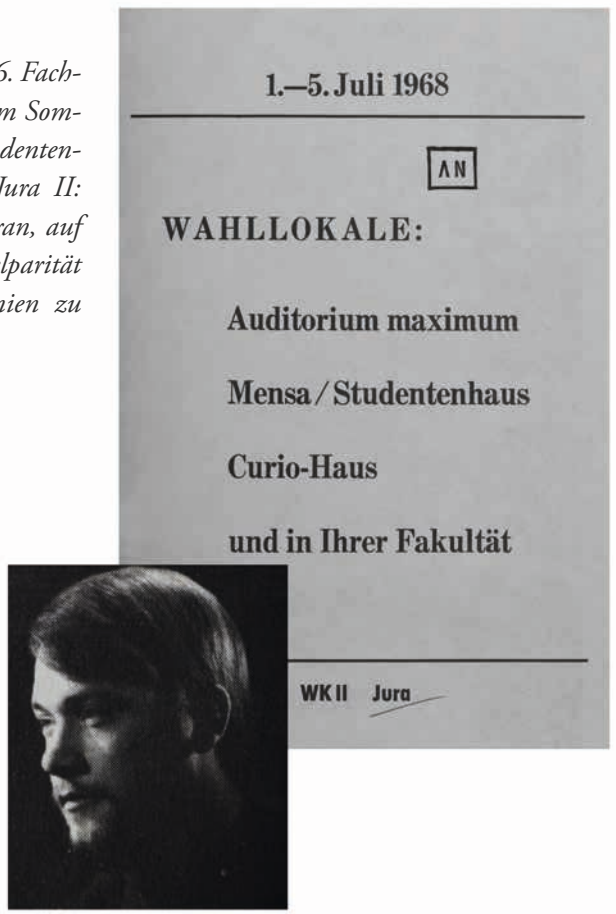


Abb. 117 *– Arved Rüden, 6. Fachsemester Jura, kandidiert im Sommersemester 1968 zum Studentenparlament im Wahlkreis Jura II: „Der SHB denkt nicht daran, auf die Forderung nach Drittelparität in den Entscheidungsgremien zu verzichten."*

Fall Rüden – Dokument 2 (1970)

Arved Rüden und Gerhard Strate (SHB) bringen Leben in den Fachbereich Jura

SHB-Info, 9. Februar 1970

[…] Was […] DA [Demokratische Alternative][5] und RCDS machen, ist nichts weiter als typische hanseatische Pfeffersackpolitik: eine Politik, die sich auf lächerliche Reformen beschränkt, die gerade ausreichend erscheinen, das Reformbedürfnis vieler Jura-Studenten zu befriedigen.

Wir allerdings werden den Rechtskartellvertretern [im Fachschaftsrat] sehr genau auf die Finger schauen. Wir werden die Jura-Studenten darüber informieren, wie die Unionsfreunde und Quasigenossen in den Gremien von den clever taktierenden Alt-Professoren sich untermauscheln lassen. […]

Im Laufe des nächsten Semesters werden wir unsere Arbeit im Fachbereich Rechtswissenschaft intensivieren. Wir werden ganz klar die Auseinandersetzung in den Vorlesungen, Übungen und Seminaren suchen. Wir werden es schon gar nicht zulassen, dass ein Herr [Karl August] Bettermann von der Freien Universität Westberlin seine Vorlesungen ungehindert halten kann!

Eine Rechtswissenschaft, die lediglich das Einpauken von als gegeben hingenommenen Normen und Rechtstechniken ist, ein Studium als bloße Gedächtnisübung oder Speicherung von Fakten und Einzeldaten, deren Ursprung Funktion und Bezüge man nicht mehr begreift, kann nicht länger hingenommen werden. Eine Rechtswissenschaft, die sich ständig auf die „herrschende Lehre“ beruft, von der man nicht erfährt, warum sie die herrschende ist, muss abgeschafft werden! […]

Kommen Sie am Dienstag zur Vollversammlung!
Dienstag, 10. Februar 70, 13 Uhr Hörsaal Rechtshaus
Verantwortlich: Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB),
Gerhard Strate,
Arved Rüden

SHB-Flugblatt v. 9. Febr. 1970 (StA HH, 136-3, 187, 080-M-20037).

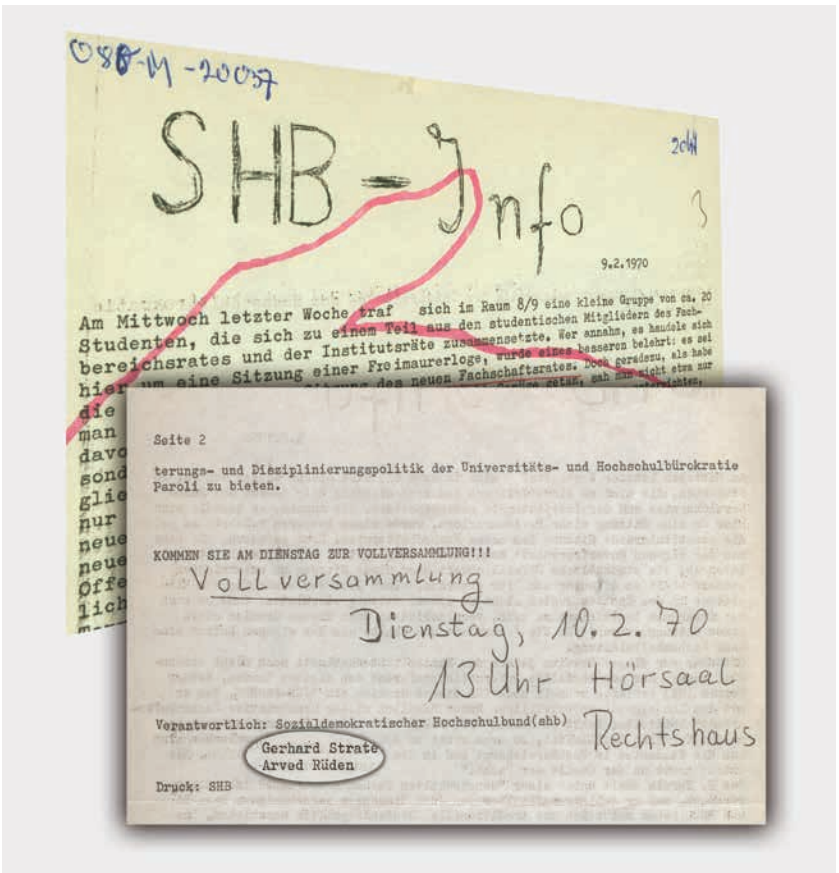


Abb. 118 *– SHB-Info vom 9. Februar 1970 (teilweise abgedruckt als Dokument 2) mit Registriernummer des Verfassungsschutzes (oben). Rüdens mitunterzeichnender SHB-Genosse Gerhard Strate wurde ein bekannter Strafverteidiger und ist in diversen Spionageprozessen tätig geworden (nicht in Rüdens Fall).*

„In fehlgeleitetem Idealismus und aus Ablehnung des in ihrem Land herrschenden Gesellschaftssystems“

Unterschiede zwischen West und Ost bestehen ferner hinsichtlich der im Ausland für die Spionage zur Verfügung stehenden Helfer. Die östlichen Nachrichtendienste finden genügend Unterstützung durch die kommunistischen Parteien und die kommunistisch beeinflussten Weltorganisationen, wenngleich sie meist keine Agenten unmittelbar aus deren Reihen rekrutieren. […] Darüber hinaus finden die östlichen Nachrichtendienste Unterstützung in solchen Kreisen des Westens, die in fehlgeleitetem Idealismus und aus Ablehnung des in ihrem Land herrschenden Gesellschaftssystems ihre Dienste zur Verfügung stehen. […]

Wenn sich demgegenüber auch im sozialistischen Lager […] Menschen bereitfinden, westliche Nachrichtendienste zu unterstützen, so ist das Herstellen und Erhalten von Verbindungen zu ihnen infolge der relativen Vollkommenheit der dortigen staatspolizeilichen Abwehrmaßnahmen ungleich schwieriger.

Erich Dethleffsen: Spionage. In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Bd. 6. Freiburg u.a. 1972, Sp. 95-104, hier Sp. 100.

Fall Rüden – Dokument 3 (1991)

Am Anfang: SHB-FDJ-Kontakte in Rostock und Hamburg, 1970/71

Der Hamburger SHB pflegte bereits Ende der sechziger oder Anfang der siebziger Jahre Kontakte zur FDJ in Rostock. Meiner Erinnerung nach haben SHB-Gruppen von ca. 10 bis 15 Personen ein- oder zweimal Besuche bei der FDJ in Rostock unternommen. Anlässlich der Nachbereitung einer solchen Fahrt haben FDJ-Angehörige mir Leute vorgestellt – sowohl in Rostock als auch in Hamburg – von denen ich anfänglich annahm, dass sie gleichfalls der FDJ angehörten. Es muss etwa um 1972 gewesen sein,[6] als ich von diesen Leuten in ein Landhaus in einem Waldgebiet nordöstlich von Rostock eingeladen wurde. Von dort aus besuchte ich mit diesen Leuten auch die Universität in Greifswald, und ansonsten diskutierten wir zwei oder drei Tage lang über Politik, die DDR und alles, was damit zusammenhing.

Gleichzeitig diskutierte man mit mir, wie meine berufliche Weiterentwicklung aussehen könnte, und man schlug mir vor, ob ich eventuell nach Ablegung des Zweiten Staatsexamens nicht in den öffentlichen Dienst gehen wolle.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war mir bewusst, daß diese Personen nicht der FDJ angehörten, sondern einer staatlichen Organisation, wobei ich zunächst an SED oder Polizei dachte. Dass es Angehörige des MfS waren, wurde mir zu einem späteren Zeitpunkt, als man mir Funkunterlagen zum Entschlüsseln von Nachrichten übergab, endgültig klar. […]

Gleich zu Beginn meiner Tätigkeit wurde mir anlässlich eines Treffs in Ostberlin erklärt, wie man sich das Schema eines Berichts über eine Person in etwa vorstellte. Dies begann etwa mit einer Personenbeschreibung und ging über Lebenslauf, Tätigkeit und über persönliche Verhältnisse bis hin zu besonderen […] Anfragen zu bestimmten Personen. Es war daher gewünscht, dass ich – wenn gewünscht – Zitate von diesen Personen zu bestimmten Themenbereichen einarbeiten würde. Bei einzelnen Anforderungen wurde dann bisweilen auf z.B. die Personenbeschreibung verzichtet, wahrscheinlich, weil die Person bereits bekannt war.

Selbstverständlich bezogen sich die meisten Berichte zu Personen auf Mitglieder der SPD, die mir im Rahmen meiner politischen Tätigkeit bekannt waren oder wurden. Ich muss dazu sagen, dass ich meine politische Tätigkeit 1987 aufgrund interner Differenzen innerhalb der Partei und wegen großer Arbeitsbelastung in meinem Beruf stark einschränkte und somit auch die Kontakte zu Personen in der SPD abnahmen.

Zu den Personen, über die ich berichtet habe, fallen mir momentan namentlich folgende ein: Traute Müller, Kreisvorsitzende; Jochen Mehmel, *Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen*; Peter Stein, Arbeitsrichter und SPD-Mitglied.

Insgesamt ging das Ganze auch folgendermaßen vonstatten, dass Bernhard [Hofter] mit mir zusammen Listen durchging (teilweise von mir geliefert, teilweise bei ihm vorhanden).

Arved Rüden in seiner staatsanwaltschaftlichen Vernehmung, Hamburg, 6. Juni 1991 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07, Nr. 1, OJs 8/91, Bd. 1, Bl. 18 f.).

Fall Rüden – Dokument 4 (1995)

"Hinneigung zum Marxismus und seine Opposition zu dem konservativen Vater"

Er [Arved Rüden] war [1970, bei seiner Anwerbung durch das MfS] sofort zu dieser Tätigkeit bereit. Einer langen Überredung bedurfte es nicht. Er verpflichtete sich mündlich zur Zusammenarbeit und erhielt den Decknamen „Gerd". Der Grund seiner schnellen Bereitschaft war seine Sympathie für die DDR und die dortigen Verhältnisse, wie er sie damals sah. Als Schüler hatte er die DDR schon bei Besuchen von Freunden und Verwandten kennen gelernt und sah in ihr eine greifbare Alternative zu den Verhältnissen in der Bundesrepublik. Dazu kamen ideologische Motive, seine Hinneigung zum Marxismus und seine Opposition zu dem konservativen Vater.

Der Angeklagte erhielt bereits in den ersten Gesprächen mit dem MfS den Auftrag, über alles zu berichten, was er aus seinem politischen Umfeld in der SPD in Erfahrung bringen konnte. Er sollte seine Bekanntschaften aus dem politischen Bereich abschöpfen und so allgemeine politische Informationen liefern. Das tat der Angeklagte auch in der Folgezeit bis Ende 1989.

HOLG-Urteil v. 7. April 1995, S. 4 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07, Nr. 1, OJs 8/91, Bd. 1).

* * *

Fall Rüden – Dokument 5 (1971)

"Tipper" Arved Rüden charakterisiert Hinweisperson (HWP) "Hassel"

[„Hassel"] ist Jura-Student und wohnt momentan in der [*geschwärzt*], ein Stockwerk über [*geschwärzt*]. Er hat mir persönlich gesagt, dass er zum [*geschwärzt*] keinerlei Kontakte mehr hat. Er hat sehr viel mehr Kontakte zu

[*geschwärzt*], einem Juristen, der in einer Denkschrift (30 Seiten) eindeutig die Generation APO kritisiert hat. Er [„Hassel“] sagt, es ist nur möglich, sich organisatorisch zu binden in einer ganz bestimmten Richtung, also eindeutig DKP, es war aber mein Bestreben, ihn davon abzuhalten. Er selbst ist ein Student, der schon sehr lange Jura studiert. Die erste Begegnung mit der APO hatte er [*geschwärzt*] in Hamburg. Er hat damals intensiv Verwaltungsprozesse gegen den Hamburger Staat initiiert, um eben die Machenschaften der Polizei zu brandmarken. [„Hassel“] wirkt sehr stark vereinzelt, was bedeutet, dass er alles, was er tut, ohne eine Organisation bzw. für eine solche erledigt. Er versucht, einen eigenständigen Weg zu gehen. Ich weiß nicht, woher er zum Beispiel über die „Friedrich-Ebert-Stiftung“-Informationen her bezieht. Ich werde das mal erfahren. Aber eines ist eindeutig, dass alles, was er tut, brandgefährlich ist. Die politische Arbeit, die wir in der Gruppe zusammen machen, die ist auch mit gewissem Sprengstoff gefüllt. Dieser Problematik ist er sich gewiss.

Arved Rüden: Tonbandbericht, Rostock, 10. April 1971 (BStU, Rostock, Allg. P., 1704/80, HWP „Hassel“, Bl. 17).

* * *

Fall Rüden – Dokument 6 (1994)

Rüden lieferte "brauchbare Informationen" - Durchschnittsnote "befriedigend"

Motivation des Beschuldigten für seine Tätigkeit für das MfS war insbesondere am Anfang eine entsprechende politische Überzeugung und Neugierde in Bezug auf die damalige DDR. Ein finanzielles Interesse war nicht gegeben. Später ging die Bereitwilligkeit für eine Mitarbeit zurück und führte dazu, dass der Beschuldigte 1987 aus der Politik ausschied, um nicht dem Wunsch des MfS folgend „*doch noch politisch Karriere zu machen*“. Auch die vom MfS erwünschte Bewerbung beim Landesamt für Verfassungsschutz erfolgte nicht, sondern wurde vom Beschuldigten einschließlich der angeblichen Ablehnung nur vorgespiegelt. Eine Offenbarung einer nachrichtendienstlichen Verstrickung gegenüber zuständigen

Stellen der Bundesrepublik Deutschland nahm der Beschuldigte aus Angst vor den dann entstehenden Folgen nicht vor.

Die Wertigkeit der vom Beschuldigten gelieferten Informationen war nicht herausragend. Von dem letzten Leiter des Abteilung XV der Bezirksverwaltung Rostock, dem Zeugen [Gunter] Falk, wurde der „*Operativvorgang Rüden*" qualitativ als „*Durchschnittsvorgang*" eingeschätzt. Der Führungsoffizier Hofter gab an, dass die Informationen bei den Auswertern der HV A in aller Regel in der Bewertungsskala „*als brauchbare Information*" mit der Wertigkeit „3" eingestuft wurden. Einige Informationen zum Fall [Uwe] Harms und zu den Abschöpfungsergebnissen in Sachen Uhrlau hätten allerdings auch eine „2"er-Bewertung erhalten.

Anklageschrift (v. Oberstaatsanwalt Wolfgang Ehlers), 28. Aug. 1994 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07, Nr. 1, OJs 8/91, Bd. 2, Bl. 135).

* * *

Fall Rüden – Dokument 7 (1991)

Rüdens Kontakt zum stellvertretenden Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes, Uhrlau

Zum Zeitpunkt meiner Versetzung hierher nach Rostock [1986] gab es die […] Vorstellung, Rüden im LfV (Landesamt für Verfassungsschutz) zu platzieren. […] Damals wurde jedenfalls von einer versuchten Platzierung im LfV Abstand genommen. Grund hierfür war, dass wir eine mögliche Enttarnung von Rüden verhindern wollten. Das Problem war das hohe Einkommen, über welches Rüden als Rechtsanwalt verfügte. Eine entsprechende Stellung im LfV wäre nicht erreichbar gewesen, durch eine Bewerbung Rüdens hätte Verdacht aufkommen müssen.

Rüden stand damals jedenfalls schon in Kontakt zu dem stellvertretenden Leiter des LfV Hamburg, Herrn Uhrlau.

[Frage:]
Herr Falk, spielte der Kontakt Rüden-Uhrlau in der ND-Anbindung [der nachrichtendienstlichen Anbindung] des Rüden eine Rolle, wenn, welche?

[Antwort:]
Sie spielte dergestalt eine Rolle, dass Uhrlau als Abschöpfungskontakt fungierte, ohne die Anbindung des Rüden an das MfS zu kennen. Die Informationen, die Rüden in Gesprächen mit Uhrlau gewann und uns zugingen, waren nur von minderer Qualität. Sie erhielten üblicherweise die Bewertung „3" durch die Auswertung der HV A IX. Die Skala reichte von 1 bis 5.

Vernehmung von Günter Falk, vormals Oberstleutnant im MfS, Abteilungsleiter MfS Rostock (Abt. XV), 6. Juni 1991 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 8/91, Sonderband 1, Bl. 17 f.).

* * *

Fall Rüden – Dokument 8 (1991)

Rüden erhält einen Auftrag des Verfassungsschutzes und verrät ihn an das MfS

Etwa 1980 traf Rüden bei einer Besprechung bei Innensenator Staak dessen persönlichen Referenten und seinen [Rüdens] ehemaligen Schulkameraden Ernst Uhrlau wieder. In der Folgezeit entwickelte sich zwischen diesen beiden wieder ein engerer persönlicher Kontakt, der später familiär ausgebaut wurde. Als Uhrlau dann stellvertretender Leiter des LfV Hamburg wurde, erbrachte dieser Umstand für das MfS interessante Abschöpfergebnisse. Uhrlau war zwar in seinen Äußerungen bezüglich seiner beruflichen Tätigkeit sehr zurückhaltend, hat aber dennoch hin und wieder Angaben, z.B. über die Hafenstraße und deren Problematik, über seinen persönlichen Werdegang und Zukunftspläne (Bestrebungen, über politische Freunde selbst Leiter des LfV zu werden), und über seinen Vorgesetzten [Christian] Lochte gemacht.

Über längere Zeit war Arved Rüden [im Auftrag des LfV] mit dem Fall Kleinert befasst. Dies entstand folgendermaßen:

Ein Bekannter des Rüden hatte ihn angesprochen und darauf aufmerksam gemacht, dass es ein Ehepaar gebe, das in der DDR eine Haftstrafe absitze, weil es für das LfV Hamburg in der DDR tätig gewesen war. Rüden solle nun für dieses Ehepaar die Forderungen gegenüber dem LfV vertreten. Rüden informierte sofort Ernst Uhrlau über den Hergang, und es kam zu einem Gespräch. Dort wurde besprochen, dass er diese Vertretung übernehmen solle, und er wurde gleichzeitig gebeten, dass er die Forderungen der Eheleute Kleinert möglichst niedrig halten solle. […]

In der Folgezeit wurde zuerst Frau Kleinert, dann Herr Kleinert aus der DDR-Haft entlassen. Seitens des LfV hielten dienstlicherseits in dieser Sache zu Rüden Kontakte ein Herr Dr. Heidelberg und eine namentlich nicht mehr erinnerliche zweite Person [Jurthe]. Alle Tätigkeiten in dieser Sache gingen über diese beiden Beamten und Ernst Uhrlau. Rüden hat uns selbstverständlich über alle diese Schritte auf dem Laufenden gehalten. So hatten wir Kopien der Akte Kleinert und dazu mündliche Erläuterungen und auch Beschreibungen über die beteiligten Beamten. So wurde uns auch bekannt, dass seitens der Bundesrepublik ein erhebliches Interesse bestand, Kleinert auszutauschen. Dies wurde nun auch [Ost-] Berlin bekannt, und es ist davon auszugehen, dassß dies dem MfS ermöglichte, einen hochrangigen, einsitzenden Mitarbeiter gegen Kleinert auszutauschen. Nachdem das Ehepaar zurückgekehrt war, wurde begonnen, über die Höhe der Entschädigung zu verhandeln, wobei es erhebliche Differenzen gab und Kleinert drohte, bei Nichterfüllung an den „Spiegel“ zu gehen. Arved Rüden hat schließlich das Ganze auf einen Kompromiss von ca. 80.000,– DM festlegen können, der die Zustimmung des LfV fand. Ernst Uhrlau dankte Rüden nach dieser Angelegenheit, dass er diese delikate Sache so einvernehmlich regeln konnte.

Bereits in dieser Zeit fanden in größeren Abständen sowohl Arbeitsessen zwischen Uhrlau und Rüden als auch Familienzusammenkünfte statt. Bei solchen Essen oder Zusammentreffen mit Uhrlau traf Rüden auch einmal mit dem ARD-Mitarbeiter [Joachim] Wagner und zweimal mit dem ZDF-Mitarbeiter [Klaus-Peter] Siegloch zusammen. Bei diesen und an-

deren Zusammentreffen wurde von Rüden ein Dossier und Persönlichkeitsbild von Uhrlau erarbeitet, das interessant und aufschlussreich war, aber letztendlich erbrachte, dass dieser Mann mit seinem System absolut übereinstimmte.

> Vernehmung von Bernhard Hofter, vormals MfS-Offizier (BV Rostock), Rostock, 17. Juli 1991 (StAH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 8/91, Bd. 1, Bl. 145).

BÜRGERSCHAFT
der Freien und Hansestadt Hamburg
Parlaments-Dokumentation

Signatur 7.05 010

1.03
Rüden, Arved
Uhrlau, Ernst

die tageszeitung
HAMBURG

Nr. 4589 S. 21

Bewährung für den „Kundschafter des Friedens"?

Prozeß vor dem OLG-Staatsschutzsenat: SPD-Funktionär spionierte für die Stasi

Arved R. macht nicht einmal den Versuch, etwas zu bagatellisieren oder zu vertuschen. Bereitwillig gab der angeklagte Rechtsanwalt gestern Auskunft über seine Arbeit

schenrechtsverletzungen in Griechenland." Immer wieder war der engagierte Sozialist bei Go ins dabei: „Das hat mich alles geprägt." 1970, als Aktivist beim Sozialisti-

später zu einer sogeannten „Nachbereitung" ein. Er habe schnell erkannt, daß er als Agent angeworben werden sollte. „Das hat bei mir keine großen Überredungskünste ge-

Der Anwalt machte auch nicht mit, als er den damaligen Vize-Ver fassungsschutzchef Ernst Uhrl ausspionieren sollte. „Wir kannt uns aus dem Knabenchor." Beide Fa

Abb. 119 *– Die Nachricht, dass Arved Rüden möglicherweise seine alten Beziehungen zum Hamburger Verfassungsschützer Ernst Uhrlau dem MfS nutzbar gemacht haben könnte, war auch für die Medien von besonderem Interesse. Das Etikett des Friedenskundschafters hat Rüden selbst offenbar nicht in Anspruch genommen.*

Fall Rüden – Dokument 9 (1995)

Manche Mitteilungen Arved Rüdens waren für das MfS von überdurchschnittlichem Wert

1987 übernahm der Angeklagte durch Vermittlung von Ernst Uhrlau ein Mandat einer Frau Harms. Deren Mann [Uwe Harms], der sowohl Kontakte zum MfS als auch zum Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gehabt hatte, war ermordet worden, wobei die näheren Umstände seines Todes, für den, wie der Angeklagte für möglich hielt, das MfS verantwortlich war, unklar waren. Der Angeklagte sollte die finanziellen Interessen und Rechte der Witwe gegenüber einer Gesellschaft vertreten, an der ihr Mann beteiligt gewesen war. Es gelang ihm auch hier [wie im Fall Kleinert], den Abschluss eines Vergleichs mit der Gesellschaft zu erreichen. Der Angeklagte sah im Zusammenhang mit der Wahrnehmung des Mandates die Todesermittlungsakte ein, in der auch von weiteren ungeklärten Todesfällen, für die das MfS verantwortlich sein sollte, berichtet wurde. Der Angeklagte kopierte die Akte und lieferte sie seinen [Ostberliner] Auftraggebern. Er berichtete über das Mandat und über einen Mitarbeiter des BfV, der sich Alberti nannte, und dessen Interesse an dem Fall. Dieser wollte nämlich wissen, ob die Mandantin alle ihre Kenntnisse über die Tätigkeiten ihres Mannes im Osten mitgeteilt habe. Diese Tatsachen und die Kopie der Todesermittlungsakte waren auch, wie der Angeklagte wusste, für das MfS von großem Interesse. – Im Übrigen wurde der Wert seiner Lieferungen vom MfS als nur durchschnittlich eingeschätzt.

HOLG-Urteil v. 7. April 1995 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07, Nr. 1 / OJs 8/91, Bd. 1, S. 7 f.).

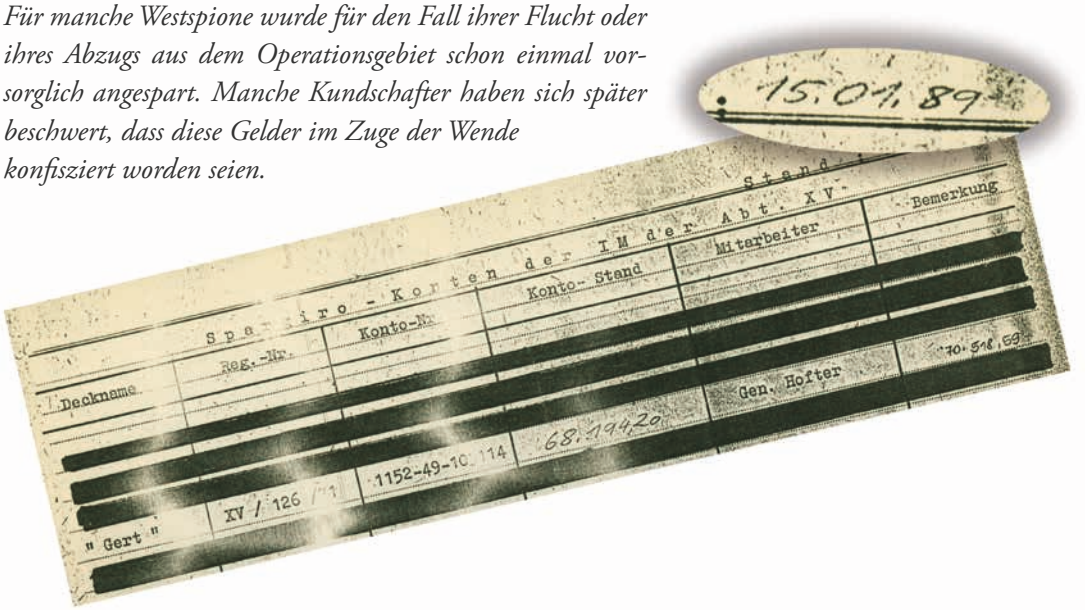


***Abb. 120** – Kontoblatt der MfS-Bezirksverwaltung Rostock. Für manche Westspione wurde für den Fall ihrer Flucht oder ihres Abzugs aus dem Operationsgebiet schon einmal vorsorglich angespart. Manche Kundschafter haben sich später beschwert, dass diese Gelder im Zuge der Wende konfisziert worden seien.*

Fall Rüden – Dokument 10 (1991)

DDR-Rückversicherungskonto für Arved Rüden

[Frage:]
Herr Hofter, ich lege Ihnen eine Kopie eines Kontoblattes vor, auf dem neben Schwärzungen eine Zeile enthalten ist, die mit „Gerd“ [Original: „Gert“] beginnt [und die Reg.Nr. XV 126/71 aufweist!].

[Antwort:]
Das Original dieser Kontokarte oder Kopie habe ich während meiner Tätigkeit für die Bezirksverwaltung Rostock nie gesehen. Ich weiß aber, dass für den IM Arved Rüden ein derartiges Konto geführt wurde. Dieses Konto wurde angelegt für den Fall, dass es die Notwendigkeit einer Übersiedlung in die DDR gab. Der auf dem Kontoblatt mit dem Decknamen „Gerd“ bezeichnete IM ist Arved Rüden. Ich erinnere, dass Herrn Rüden

gesagt wurde, dass für den Fall der Notwendigkeit einer Übersiedlung in die DDR für seine materielle Sicherheit gesorgt sei. Wie dies im einzelnen geschah, habe weder ich noch jemand anders Herrn Rüden gesagt. Ich persönlich kannte den aktuellen Kontenstand. Die Kontoauszüge wurden mir zugeleitet. Die Kontokarte selbst habe ich, wie gesagt, nie gesehen.

Was mit diesem Konto geschehen ist, kann ich nicht sagen. Vom Hörensagen weiß ich, dass die Gelder von diesen Konten nach Berlin zurückgeführt worden sein sollen. Ob das tatsächlich geschehen ist, kann ich nicht sagen.

Bernhard Hofter, Vernehmung Rostock, 17. Juli 1991 (StA HH, 213-9 Abl. 01/07, Nr. 1 / OJs 8/91, Bd. 1, Bl. 102; das zuvor abgebildete Kontoblatt figuriert als Bl. 100).

* * *

Fall Rüden – Dokument 11 (1991)

"Kein finanzielles Interesse oder Motiv"

Ich möchte voranstellen, dass Arved Rüden auch zu Zeiten, als er noch nicht gut verdiente (Student), meines Erachtens weder ein finanzielles Interesse oder Motiv hatte, und er auch zu keiner Zeit finanzielle Forderungen stellte. Im Gegenteil zeigte er ein distanziertes Verhalten zu den Zuwendungen. Selbstverständlich hat er während der gesamten Dauer seiner Tätigkeit von uns finanzielle Zuwendungen bekommen. Diese beschränkten sich auf den Ersatz von Spesen und einen Festbetrag von DM 500,– Bei persönlichen Treffs konnte es dann sein, dass er ca. DM 800,– (Spesen plus Festbetrag) bekam, ansonsten hat ihm jeweils der Instrukteur oder Kurier DM 500,– übergeben.

Vernehmung von Bernhard Hofter, 17. Juli 1991 (StA HH, HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 8/91, Bd. 1, Bl. 143).

„Eine weitere Grausamkeit der Gerichte“

Neben hohen Gerichtskosten, in einzelnen Vorgängen 100.000 DM und mehr, hatten sich die Staatsanwaltschaften und Gerichte eine weitere Grausamkeit ausgedacht, nämlich die Rückzahlung der ehemals vom MfS bzw. der Militäraufklärung erhaltenen Gelder. Es handelt sich dabei um persönliche Zuwendungen, aber auch um notwendige Auslagen, wie Reisekosten, Kosten für den Kauf notwendiger technischer Geräte und andere arbeitsbedingte Auslagen. Summen wie 820.000 DM, 692.000 DM, 300.000 DM, 160.000 DM usw. sind bekannt. Immobilien wurden enteignet, Zwangsversteigerungen von Wohnhäusern erfolgten.

Gesellschaft für Humanitäre und Rechtliche Unterstützung (ehemalige Aufklärer klären auf) e.V. (GHR; http://www.kundschafter-ddr.de/?page_id=16, 1. April 2015).

Fall Rüden – Dokument 12 (1979–1987)

Einige Arved-Rüden-Lieferungen laut SIRA

(**S**ystem der **I**nformations-**R**echerche der Hauptverwaltung **A**ufklärung)

1979

- Forschungsbericht zur Abrüstungspolitik und Inneren Führung der Bundeswehr vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg.

1980

- Analyse zum Bundestagswahlkampf 1980 in Hamburg und Äußerungen des SPD-MdB P[eter] Paterna.
- 2. Dienstvorschrift über Auskünfte an das Landesamt für Verfassungsschutz durch die Bezirksämter.

1981

- MdBü-Kandidaturen zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen am 6. Juni 1982.

1982

- Hydroakustische Versuche zum Aufbau kabelloser Datenstrecke Meeresboden-Meeresoberfläche ohne Leitungskabel,

  weitergeleitet an: UdSSR zur Einschätzung; MFNV, Zentralstelle für Nachrichtennetze Niederlehme, Kombinat Carl-Zeiss-Jena, Akademie der Wissenschaften, Institut für Meereskunde, Warnemünde.

- Situation im SPD-Landesverband Hamburg vor und nach den Wahlen am 19. Dezember 1982.

1983

- Internes Material über ein geplantes „Objekt Kraftwerk Haferweg“ mit für die DDR „*brauchbaren Informationen zur komplexen Energieversorgungsplanung und Vergleichsdaten zur Bewertung des Einsatzes von Wirbelschichtverbrennungsanlagen sowie Rauchgasreinigung*“,

  weitergegeben an: VEB Kombinat Kraftwerksanlagenbau, Stammbetrieb Berlin, VEB Kombinat Braunkohlenkraftwerke Jänschwalde, Institut für Energetik Leipzig.

1984

- SPD-Politik Hamburg, Bürgerschaftsfraktion und Organisationswahlen 1984.

1986

- Informationen über Erwartungen der SPD, der CDU und der FDP zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen am 9. November 1986.
- Äußerungen zur Situation in Hamburg nach den Bürgerschaftswahlen 1986 und Ablehnung der GAL als Koalitionspartner [durch die SPD].

1987

- Auswirkungen der Bundestagswahlen 1987 auf SPD-Partei-Vorstandsebene und zu den Organisationswahlen 1987 in Hamburg.

BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA TDB 11, 12.

Abb. 121 *– Die Revue-Spiegelreflexkamera Flex 5000 EE aus dem Versandhaus Quelle (baugleich zu dem ursprünglichen Modell der japanischen Firma Chinon) erhielt Arved Rüden vom MfS finanziert; später erwarb er aus eigenen Mitteln eine noch leistungsfähigere „Nikon 2".*

Fall Rüden – Dokument 13 (1991)

Zu Beginn: eine Revue-Spiegelreflexkamera von Quelle

3.) Die geheimdienstlichen Mittel

Gleich zu Beginn seiner Tätigkeit wurde der Angeklagte mit der „Infrastruktur" der Agententätigkeit vertraut gemacht. Er erlernte die Dokumentenfotografie und das Entwickeln der Filme. Zunächst photografierte er mit einer Revue-Spiegelreflexkamera, deren Kaufpreis ihm vom MfS erstattet wurde, dann mit einer Nikonkamera, allerdings nur mit dem Normalobjektiv, politische Dokumente und Berichte, zu denen er Zugang hatte. Weiterhin wurde er im Geheimschreibverfahren mittels eines Kontakttuches oder mit Kontaktpapier und im einseitigen Agentenfunk, sowie dem Dechiffrieren der ihm durchgegebenen Nachrichten unterwiesen. Zum Empfang der Nachrichten schaffte er sich ein geeignetes Radiogerät an. Über Funk erhielt er die Trefftermine mitgeteilt, die er sodann, zum Teil mittels des Geheimschreibmittels, an eine ihm mitgeteilte Deckadresse in Rostock schriftlich bestätigte. Außerdem erhielt er in seltenen Fällen mittels Funk gezielte Aufträge, über bestimmte Personen oder Sachthemata zu berichten, was er dann auch bei den nächsten Treffs tat.

In den achtziger Jahren erhielt er eine Decktelefonnummer zum Bestätigen oder Absagen von Treffs.

Das Material – Dokumente, Berichte, Filme – trug der Angeklagte zu den Treffs meistens am Körper und übergab es dann dem Führungsoffizier oder dem Kurier. Zum Verbergen erhielt er einmal eine Spraydose, in der ein Container verborgen war, und ein Nähetui, in dem gleichfalls ein Versteck untergebracht war. Der Angeklagte benutzte diese Gegenstände, um Filme darin zu verbergen, die er zu den Treffs mitbrachte.

Schließlich erhielt er zur Übergabe von Nachrichten ab Mitte der achtziger Jahre ein elektronisches Notizbuch der Marke Casio. Der Speicher war mit einem Passwort gesichert.

HOLG-Urteil v. 7. April 1991, S. 3 f. (StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 8/91, Bd. 1).

Abb. 122 *– Casio SF-3000BK Digital Diary Calculator 18kb RAM SF3000.*

„Als die Taschenrechner-Technologie ihr äußerstes Potenzial schon nahezu ausgeschöpft hat", so berichtet die Firma CASIO aus der Unternehmensgeschichte, „gelingt ein neuer Quantensprung durch den Einsatz von halbleitergestützter Software. Das beste Beispiel hierfür ist das Digital Diary, der erste persönliche elektronische Planer. 1983 führt CASIO mit dem PF-3000 das erste Digital Diary ein. Mit seinen integrierten Telefonbuch-, Kalender- und Memofunktionen erfreut sich das Digital Diary bald großer Beliebtheit in der Geschäftswelt" (http://www.casio-europe.com/de/unternehmen/geschichte/produkte/detail/1983_2/, 1. Juli 2015).

Fall Rüden – Dokument 14 (1991)

"Kundschafter" und Kurier tauschen elektronische Notizbücher aus

[Claus Pistohl:]
Durch den Auftrag, den Kontakt zu ihm [nach einer längeren Auszeit] wieder herzustellen, wurde mir auch erstmals Name und Anschrift von Arved Rüden bekannt. Bis dahin war er mir nur unter dem Decknamen „Gerd" bekannt.

Die Treffs mit Arved Rüden fanden bis auf zwei Ausnahmen immer in Hamburg und dort entweder in Gaststätten oder in Parks statt. Einmal, ich glaube, es war 1988, habe ich mich mit ihm in Helsinki getroffen, einmal ganz zum Schluss in Lübeck.

[Frage:]
Wie liefen die Treffs ab? Wurde dabei irgendwelches Material, Gegenstände oder anderes übergeben, oder handelte es sich um Gesprächstreffs?

[Antwort:]
Es handelte sich sowohl um Gesprächs- als auch Materialübergabetreffs. Zu Anfang waren es nur kurze Gespräche, und es wurde lediglich Material übergeben, im Laufe der Jahre wurden die Gepräche länger. Bei dem mir übergebenen Material handelte es sich um Filme und Tonbänder, wobei sich dieses Material stets in Containern befand und ich es nie gesehen habe. Wenn nötig, hat Arved Rüden mir Erläuterungen zu dem Material gegeben, die ich dann weitergab.

Später wurde dann auch ein CASIO (Elektronisches Notizbuch) als Datenträger benutzt. Bei den Treffs wurden jeweils zwei Geräte gegeneinander ausgetauscht, wobei er mir das von ihm mit Informationen versehene übergab.

Mir war das Codewort für den Geheimteil dieses elektronischen Notizbuches bekannt, und ich habe auch die darauf befindlichen Informationen eingesehen. Manchmal hat er in meiner Gegenwart noch Daten hinzuge-

fügt. Manchmal hat er mir im Gespräch die wenigen Daten, die auf dem Gerät gespeichert waren, ausführlicher erläutert. Es ging bei den darauf gespeicherten Dingen hauptsächlich um seine Partei, die SPD und um Ernst Uhrlau, wobei es sich um Informationen handelte, die er von diesem aus Gesprächen oder privaten Treffen erhalten hatte.

Zu den Äußerungen des Ernst Uhrlau fällt mir heute lediglich ein, dass er sich zu Rechtsradikalismus und Republikanern geäußert hat, ansonsten ging es bei diesbezüglichen Notizen um den Versuch von Arved Rüden, im Landesamt für Verfassungsschutz unterzukommen und Uhrlaus Reaktion und Kommentare zu diesem Thema.

Ein weiterer Punkt war die Nachbereitung des Falles [der Firma] Ihle,[7] wobei ich, als dies geschah, von Seiten des MfS von weiteren Treffs abgehalten wurde. Die Treffs fanden für die Nachbereitung des Falles Ihle auf einmal häufig in Rostock statt, und ich wurde unter fadenscheinigen Begründungen von der Teilnahme an diesen Treffs ausgeschlossen. Erst nachdem der Falle Ihle [Uwe Harms] abgeschlossen war, nahm ich wieder Treffs mit Arved Rüden wahr, wobei es der Treff in Helsinki war, den ich erstmals mit ihm durchführte.

BKA-Vernehmung von Claus Alfred Otto Pistohl, Ex-MfS-Kurier, Rostock, 5. Sept. 1991 (StA HH, 213-9, Abl. 01/07, Nr 1. OJs 8/91, Bd. 1, Bl. 177 f.).

Im Dienst der DDR

Hamburger Rechtsanwalt 20 Jahre lang Spion aus Überzeugung

Von BETTINA MITTELACHER

Das dichtgespannte Spionagenetz … DDR hat zweifellos auch deutsche … bessere Quellen gekannt. Und … am das Material, das der … er Rechtsanwalt Arved … als Agent dem Ministerium … sicherheit lieferte, meist … schnittliche Noten. … Tätigkeit als SPD-Be… … in Eimsbüttel und … Ernst Uhrlau, sei… … burgs zweithöchster … zer, ließen die … rmanten se… … n und auch … tzen galt. Fast 20 … nierte der heute … DDR. Wegen ge… … er Agententätigkeit … tzt vor dem Oberlan… … worten. … ne versucht der … Motivation für … klären, die Worte … mit dem et…

Rechtsanwalt Arved Rüden war Stasi-Spion. Das Foto stammt aus seiner Zeit als SPD-Politiker in der Bezirks…

reichen, die mindestens auf dem Level der Bürgerschaft steht" … Rüden über die Pläne der … „Aber da war ich schon … ich merkte, daß ich … Boden entziehen … deshalb aus der … lung aus… … Wahre … DDR löst… … Treffen d… … dem damali… … desamtes fü… … Ernst Uhrla… … schon aus se… … chor kannte … gedrängt w… … fassungssch… … Uhrlau au… … Rüden. „D… … was klarer in… … er seine Auftra… … dachten Gesch… … und „lediglic… … nen übr… … über d… … teilt

***Abb. 123** – Arved Rüden war kein besonders auffälliger Politiker, hat als Bezirksabgeordneter wenig Spuren hinterlassen, schon gar keine Fotos. Selbst das Hamburger Abendblatt konnte aus Anlass des Spionageprozesses nicht mit einem Porträt aufwarten und griff auf eine ältere Abbildung zurück (wohl von 1978).*

Fall Rüden – Dokument 15 (1995)

"Rechte Positionen", um nicht erneut in die Bezirksversammlung zu kommen?

Da der Angeklagte ab 1986 eine immer größere Verstrickung durch seine Auftraggeber im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) fürchtete, strebte er ein Ausscheiden aus der Bezirksversammlung Eimsbüttel an. Um dieses für seine Genossen glaubhaft zu machen, gab er vor, in der Partei mehr rechte Positionen einzunehmen, und wurde deshalb nach parteiinternen Differenzen nicht mehr für die Bezirksversammlung aufgestellt.

HOLG-Urteil v. 7. April 1991, S. 3 f. (StA HH, 213-9 Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 8/91, Bd. 1).

* * *

Fall Rüden – Dokument 16 (1991)

Bitte um Verzeihung an Frau und Kinder

Ich weiß, dass ich jetzt insbesondere für meine Familie schlimmes Unheil angerichtet habe. Ich weiß noch nicht, wie ich dieses von mir begangene Unrecht je wieder gutmachen kann. Ich bitte alle diejenigen, die ich hintergangen habe, um Entschuldigung. Ich will, wenn es überhaupt irgendwie möglich ist, unter diesen Abschnitt meines Lebens einen Schlussstrich versuchen zu ziehen. Ich bin gern bereit, bei der weiteren Aufklärung meiner Taten mit besten Kräften mitzuhelfen. Ich hoffe aber auch, dass ich hoffentlich Menschen finden werde, die irgendwie mir zukünftig für mein weiteres Leben eine Chance geben.

Ich bitte meine Frau und meine Kinder, mir zu verzeihen.

Arved Rüden im Verhör am 6. Juni 1991, Polizeipräsidium Hamburg (StA HH, 213-9 Abl. 01/07, Nr. 1 / OJs 8/91, Bd. 1, Bd. 1, Bl. 66).

Mein Vati ist Tschekist

Mein Vati ist Tschekist.
Noch werd ich nicht ganz schlau,
was er da alles ist,
doch eins weiß ich genau.

Er macht es sich im Dienst
zu keiner Stunde leicht
und freut sich jeden Tag,
wenn er recht viel erreicht.

Mein Vati macht gern Spaß.
Er tobt oft mit mir rum.
Selbst eine Kissenschlacht,
die nimmt er mir nicht krumm.

Wenn ich mal Sorgen hab,
ist er sofort ganz Ohr.
Dann denkt er drüber nach
und schlägt mir manches vor. […]

Das Telefon, das ruft
ihn manchmal ganz früh raus.
Danach kann' s sein, er kommt
gleich Tage nicht nach Haus. […]

Mein Vati ist Tschekist.
Es ist schwer zu durchschaun,
was er da alles ist.
Doch ich kann auf ihn baun.

Karlheinz Nobis: Mein Vati. In: Wir über uns. Anthologie der Kreisarbeitsgemeinschaft „Schreibende Tschekisten". Berlin 1984, S. S. 86

Anmerkungen

1 *Alfred Spuhler: Deckname Peter oder Kundschafter und Revolutionär. In: „Wir alle werden unseren Auftrag erfüllen!". Motivation, Situation, soziale Abstrafung und Forderungen der Kundschafter des Friedens. Hg. von der Initiativgruppe Kundschafter des Friedens fordern Recht in Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Plattform Niedersachsen der PDS (Dieter Popp / Monika Windhorn). O.O., o.J. [Bonn 1998], S. 17–34, hier S. 27.*

2 *Vgl. Focus 24 v. 12. Juni 2006 („Spionage. Maulwurf namens ‚Peter'") mit Bezug auf Dokumente, die 1998 der Öffentlichkeit noch nicht bekannt waren (vgl. Anm 1).*

3 *Vgl. zum Komplex „MfS und bundesdeutsche Hochschulen" allgemein Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, S. 340 ff.*

4 *Der kurz zuvor von seinem Amt als stellvertretender AStA-Vorsitzender zurückgetretene Jens Litten wurde am 5. Nov. 1968 von seinem Verband, dem SHB, ausgeschlossen, weil er die Kandidatur eines RCDS-Kandidaten zum AStA-Referenten unterstützt und innerverbandliche Intrigen geschürt habe, vgl. Hamburger Abendblatt v. 6. Nov.*

1968 („.SHB schloss Jens Litten aus"). Demzufolge hatte der Ausschlussantrag 22 Jastimmen erhalten, gegenüber 11 Neinstimmen und 11 Enthaltungen. – Durch den Weg, den Litten später beschritten hat (vgl. Kampf ums Geld. In: Der Spiegel 49/87, S. 70 f.), wird Rüden sich möglicherweise bestätigt gefühlt haben, aber es geht in unserem Zusammenhang hier um Littens Ausschluss 1968 und um die politische Methode.

5 *In der DA waren u.a. auch moderate Jungsozialisten organisiert.*

6 *Führungsoffizier Bernhard Hofter hat am 17. Juli 1991 ausgesagt, die – mündliche – Verpflichtung Rüdens „in einem Objekt der Bezirksverwaltung Rostock – Graal-Müritz" (im Kreis Rostock) habe im September 1970 stattgefunden: „Da sich Rüden aus politischen Motiven zu einer solchen Tätigkeit bereiterklärte, sah ich keine Notwendigkeit, ihm eine schriftliche Verpflichtungserklärung abzuverlangen." Eine solche sei auch später nicht erfolgt (StA HH, HH, 213-9, Abl. 01/07 Nr. 1, OJs 8/91, Bd. 1, Bl. 139).*

7 *Vgl. zum Fall der traditionsreichen Speditionsfirma Richard Ihle, die eine unternehmsrechtliche Tochter einer liechtensteinischen, von der DDR aus gesteuerten Spedition darstellte und deren Manager Uwe Harms im Frühjahr 1987 ermordet worden war: Fanatiker der Verschwiegenheit. Die einträglichen Geschäfte des DDR-Staatssekretärs Alexander Schalck-Golodkowski. In: Der Spiegel 47/1989. – Schon weiter oben in Dok. 6 ist auf Harms die Rede gekommen.*

***Abb. 124** – Gerd Löffler wollte geschäftlich und politisch von den ihm angebotenen DDR-Kontakten profitieren, und als er – reichlich spät für einen Politiker – der Absichten seiner NVA-Gegenüber gewahr wurde, mochte er sich zu einem Abbruch dieser Beziehungen nicht entschließen. Am Ende kosteten sie ihm seine Existenz. Im Nachhinein suchte Löffler Rechtfertigung und Trost in der Rolle des Friedenskundschafters.*

Gerd Löffler *alias* "Händler" (1974–1990). Der "Friedens-Kundschafter" ex post

Löffler, Gerd Reinhold
geb. 30. Mai 1939 in Blumenthal bei Bremen

Ausbildung/Berufstätigkeit
Dipl.-Physiker, Dr. rer. nat. (Universität Hamburg); zunächst Angestellter (Verlag Gruner & Jahr; Fa. Alfred Röhr, Hamburg); seit 1973 selbstständig mit eigener Firma im Bereich der Informationstechnik (bis 1991); Handelskammer-Gutachter; Lehrbeauftragter an der Logistikschule der Bundeswehr (1974–1977). 2015 Dr. phil. (Universität Klagenfurt).

Parteien, Verbände, Firmen; Ämter, Mandate
CDU (1965–1991), Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (1974–1990); Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.; Carl-Cranz-Gesellschaft e.V.; Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GHR) e.V. (seit 2004), *Initiativgruppe Kundschafter des Friedens fordern Recht* (IKF) e.V. (seit 1995).

Spionage für die DDR
Für die Aufklärung der NVA als Agenturischer Mitarbeiter (AM; 1974–1990). Deckname „Händler".

Ausspähungsbereich
Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.; Carl-Cranz-Gesellschaft e.V.; Militärtechnik.

Entgelt
60.000 DM nach Schätzung der Anklage; „mindestens" 30.000 DM nach Schätzung des HOLG.

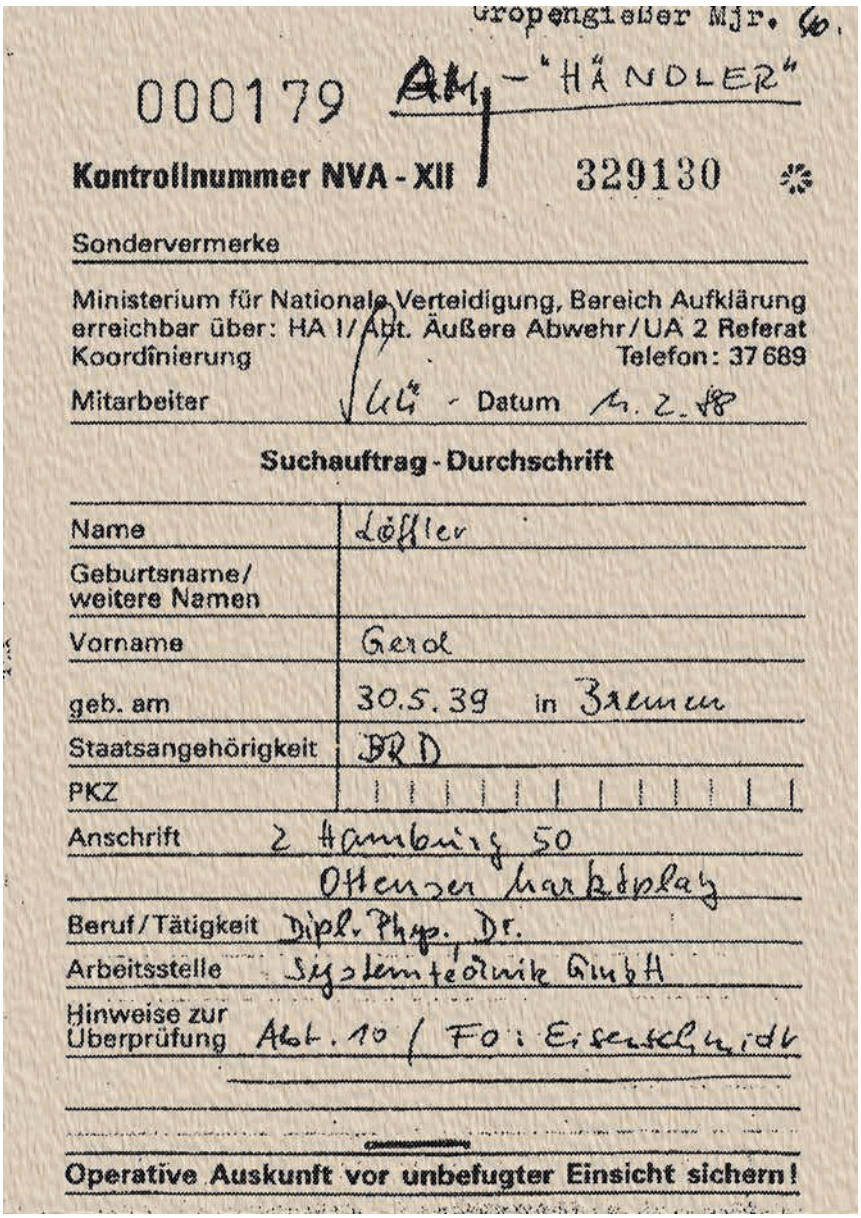
DDR-Auszeichnungen
Nicht bekannt.

StGB-Hintergrund und rechtliche Sanktionen in der Bundesrepublik
§ 99 StGB (betr. *Geheimdienstliche Agententätigkeit*, in Kraft seit 1968). – HOLG-Urteil v. 21. Dez. 1994, Az. 3 BJs 261/90-2(86) / 3 StE 7/91-2 (2): 2 Jahre, 6 Monate Haft; 3 Jahre Verlust der „bürgerlichen Ehrenrechte"; Verfall von 15.000 DM sogenannten Agentenlohns.

Werke
Hyperfragmentproduktion durch 5 GeV/c K-Mesonen. Hamburg: Dipl. arb. 1966; Produktion von [rho]°-Mesonen an Wasserstoff mit linear polarisierten Photonen im Energiebereich zwischen 2.–2.4 GeV. Hamburg: Diss. rer. nat. 1970; Kurzschluss. Energie-Situation in Hamburg. Gedanken zu einem Konzept. Hamburg 1981; Kidnapping durch den Rechtsstaat. In: Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich. Hg. v. Klaus Eichner / Gotthold Schramm. Berlin 2003, S. 136–146 (in der zweiten Auflage des Sammelbands, 2008, u.d.T *Top-Spione*, nicht mehr erschienen); Auf Transport. In: Der Botschaftsflüchtling und andere Agentengeschichten. Mit einem Geleitwort von Markus Wolf und Werner Großmann. Hg. v. Gotthold Schramm. Berlin 2006, S. 70–75; Das waren noch Zeiten. Ein agenturischer Mitarbeiter zwischen den Elbmetropolen. In: Die Militäraufklärung der NVA. Ehemalige Aufklärer berichten. Im Zentrum und im Einsatz. Hg. v. Bernd Biedermann / Harry Schreyer / Bodo Wegmann. Berlin 2007, S. 157–162; Carl Auer von Welsbach – der Nutzwert seiner Präparate für die Radioaktivitätsforschung und frühe Quantentheorie. Mitschnitt einer Veranstaltung der Ignaz-Lieben-Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Fakultät für Technische Chemie der TU Wien am Freitag, dem 5. März 2010 (http://www.zbp.univie.ac.at/videoinfo/000118/, 1. Febr. 2015); (mit Ingrid Groß:) Carl Freiherr Auer von Welsbach (1858–1929). Erfinder, Entdecker und Entrepreneur. Klagenfurt 2012 (Sonderdruck aus: Kernforschung in Österreich. Wandlungen eines interdisziplinären Forschungsfelds, 1900–1978. Hg. v. Silke Fengler / Carola Sachse. Wien 2011); Carl Auer von Welsbach und sein Beitrag zur frühen Radioaktivitätsforschung und Quantentheorie. Klagenfurt: Diss. phil. 2015.

Gedruckte Quellen und Literatur
Hans Schueler: Um die Ehre gebracht. Ein CDU-Abgeordneter [Gerhard Orgaß] wurde zu Unrecht in die Neue Heimat-Affäre hineingezogen

und muss nun um seinen Ruf kämpfen. In: Die Zeit, 28. März 1986; Uwe Bahnsen: Spionageverdacht gegen Hamburger Abgeordneten. In: Die Welt, 5. Sept. 1990; Hamburg. CDU-Mann ein Stasi-Agent. Haftbefehl! In: Bild Hamburg, 5. Sept. 1990; Das letzte Interview mit dem DDR-Spion vor seiner Verhaftung. Dr. Löffler (CDU): „Wir müssen der DDR helfen!" In: Quick 38, 13. Sept. 1990; Am Rande der Menschenwürde. Juristen und Politiker kritisieren Gefangenentransporte. In: Hamburger Abendblatt (HA), 22. Jan. 1991; Der Löffler-Coup. Ebd., 27. Juli 1994; „Man hat mich total fertiggemacht". Ebd., 6. Sept. 1994; Deutsche Beamte verhaften den „Spion" Löffler auf österreichischem Staatsgebiet. In: Salzburger Nachrichten, 6. Sept. 1994; Rainer Busch: Die Akte Löffler. „Top-Spion" Löffler – Verräter oder Opfer? Überparteiliche Vereinigung „DemO" fordert Freilassung und Untersuchungsausschuss. In: Hamburger Morgenpost (Mopo), 7. Sept. 1994; Kai von Appen: DemO: Komplott gegen Löffler. Auch Geheimdienstchef Lochte soll beteiligt gewesen sein. In: taz Hamburg, 9. Sept. 1994; Fall Löffler: Orgaß erstattet Strafanzeige gegen Behörden. In: HA, 27. Okt. 1994; Kai von Appen: Löffler. Ein DDR-Spion ganz wider Willen? In: taz, 12. Nov. 1994; Die Beichte. In: HA, 12. Nov. 1994; Löffler gibt DDR-Kontakte zu. „Wegen Erpressungsdrohung Informationen geliefert". In: Süddeutsche Zeitung, 12. Nov. 1994; Löffler: Nur Wertloses verraten? Ebd., 26. Nov. 1994; Zweieinhalb Jahre Haft für Löffler. In: Mopo, 30. Nov. 1994; Wien fordert Löfflers Freilassung. In: HA, 9. Jan. 1995; Löffler kommt frei. In: HA, 23. Aug. 1995; Paul-Xaver Loew: D 5 und die Kidnapper. Tatort Großgmein. In: Neues Deutschland, 6. Jan. 1998; Bodo Wegmann: Die Militäraufklärung der NVA. Die zentrale Organisation der militärischen Aufklärung der Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik. 2. Auflage. Berlin 2006; Wolfgang Schulenberg: „Top-Spion" oder Opfer der deutsch-deutschen Wiedervereinigung? Der Abgeordnete Gerd Löffler zwischen DDR-Geheimdienst und Hamburger CDU. Frankfurt a. M. u.a. 2014; Oliver Schirg: Der Spion im Rathaus. In: HA, 12. Sept. 2015.



Gropengießer Mjr. 60.

000179 AM – "HÄNDLER"

Kontrollnummer NVA - XII 329130

Sondervermerke

Ministerium für Nationale Verteidigung, Bereich Aufklärung
erreichbar über: HA I/Abt. Äußere Abwehr/UA 2 Referat Koordinierung Telefon: 37689

Mitarbeiter GG - Datum 4.2.88

Suchauftrag - Durchschrift

Name	Löffler
Geburtsname/ weitere Namen	
Vorname	Gerd
geb. am	30.5.39 in Zeulenroda
Staatsangehörigkeit	BRD
PKZ	
Anschrift	2 Hamburg 50 Ottenser Marktplatz
Beruf/Tätigkeit	Dipl. Phys. Dr.
Arbeitsstelle	Systemtechnik GmbH
Hinweise zur Überprüfung	Abt. 10 / FO: Eisenschmidt

Operative Auskunft vor unbefugter Einsicht sichern!

Abb. 125 *– Vom MfS-Major Volker Gropengießer (Abt. Äußere Abwehr, Unterabt. 2, Referat 1) ausgefülltes Formular betreffend den NVA-AM (Agenturischen Mitarbeiter) Gerd Löffler (alias „Händler") und dessen Führungsoffizier Hartmut Eisenschmidt. Die Stasi wusste – natürlich – Bescheid über die NVA und auch über die von der NVA-„Konkurrenz" geführten Spione.*

Gerd Löffler. Spionage und Politik. Dokumente

Einführung

Gerd Löffler ist – nach dem Ex-Bundestagsabgeordneten Karlfranz Schmidt-Wittmack – derjenige Spion und Hamburger Politiker, der es in puncto Ämter und Mandate am weitesten gebracht hat. In der Hamburger Bürgerschaft war er zeitweise umweltpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Gerd Löffler hat dem Aufklärungsdienst der Nationalen Volksarmee hauptsächlich militärtechnische Informationen zukommen lassen, an die er aufgrund seiner Teilnahme an Veranstaltungen der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. und der Carl-Cranz-Gesellschaft e.V. gelangt ist.

Der Wert dieser Informationen war für die NVA wohl höchstens mittelmäßig. Juristisch entscheidend war Löfflers zielgerichtet-konspirative Kooperation mit der NVA im Sinne des § 99 StGB. Löffler und seine Freunde in der Initiative *Kundschafter des Friedens fordern Recht* haben – wenn es die Situation als opportun erscheinen ließ – Löfflers Gewicht als „Spitzenquelle“ hervorgehoben (Dok. 1); sie konnten sich dabei auf Stimmen innerhalb der NVA und der MfS-Abteilung 2000 stützen, wobei das weiter unten zitierte Dokument 2 ein Zeugnis dafür darstellt, dass zumindest über die internen Verhältnisse der Hamburger CDU Ahnungslosigkeit bestand: Löffler verfügte keineswegs über ein gutes Verhältnis zu CDU-Chef Echternach, und 1987 wäre im Falles eines CDU-Wahlsiegs in Hamburg nicht er Umweltminister geworden, sondern der dem Echternachschen „Magdalenenkreis“ (dem maßgeblichen internen Führungszirkel) angehörige Roland Salchow.

Vermutlich treffen eher die Gegenstimmen den Sachverhalt, die den Wert Gerd Löfflers als DDR-Spion als nur mittelmäßig beurteilen. Einige gewichtige darunter müssen freilich mit Skepsis eingeschätzt werden: Dass

Löffler der DDR nie als „geheim“ oder „vertraulich“ eingestufte Informationen hat zukommen lassen, ist 1990 im Ostberliner Verteidigungsministerium (der Interims-DDR) betont worden, als man sich dort peinlich durch Löfflers Enttarnung berührt fühlte (Dok. 7); der Chef der NVA-Aufklärung, Alfred Krause, hat sich 1990, bald *nach* Löfflers Enttarnung, jedoch *vor* dessen Prozess in der Öffentlichkeit geäußert und dabei den ehemaligen Agenturischen Mitarbeiter möglicherweise ein wenig entlasten wollen (Dok. 3), diese Einschränkung gilt auch für Krauses Aussage – unter strengeren Rahmenbedingungen – gegenüber dem BKA, im Januar 1991. Doch haben sich im Zuge der Ermittlungen hernach keine anderen Erkenntnisse ergeben.

Als Löffler in die DDR-Kontakte eintrat, die ihm später dann zum Verhängnis wurden, war er 35 Jahre alt, in Beruf und Politik bereits erfahren und so weit vorangekommen, dass er immerhin schon einmal zur Bürgerschaft kandidierte. Das innerparteiliche Leben in der Hamburger CDU unter dem berühmt-berüchtigten Vorsitzenden Jürgen Echternach verlangte ständige Wachsamkeit. Nach Osteuropa hin war zwar Entspannungspolitik ausgerufen (von Seiten der CDU vielfach nicht ganz und gar aus vollem Herzen), aber die politischen Sinne gegenüber der kommunistischen DDR-Diktatur waren nach wie vor geschärft. Es ist also schwer nachzuvollziehen, dass Gerd Löffler sich in seinen ihm so sympathischen Ostberliner Gesprächspartnern so lange so gründlich irren konnte, und dass er dies auch im Rückblick noch betont hat (Dok. 4). Als ihm – wie er sich erinnert hat – 1977 mit der Abgabe seines Vorgangs an die Stasi gedroht wurde für den Fall, dass er den Kontakt zur NVA-Aufklärung abbräche, in einer von ihm im Rückblick als „knallhart“ empfundenen Weise (Dok. 5), hätte für ihn Schluss sein müssen – doch er mochte sich nicht entscheiden.

Als Politiker war Löffler es gewohnt, taktische Erwägungen und grundsätzliche Positionen miteinander zu verknüpfen, immer neue Pakete aus diversen Prioritäten zu schnüren, mit wechselnden Akzenten, und dem Ganzen nach außen hin den Eindruck der Kohärenz zu verleihen. So mochte auch in den 1970er Jahren schon ein gewisser nationaler Impetus, speziell betreffend eine deutsch-deutsche Umwelt- und Energiepolitik, ein schwer entwirrbares Konglomerat mit den persönlichen Hoffnungen des

Freiberuflers gebildet haben, zumindest langfristig von den DDR-Kontakten geschäftlich, möglicherweise auch politisch profitieren zu können. Spätestens ab 1976/77 hat Gerd Löffler nicht mehr daran zweifeln können, dass er sich im Sinne des Strafgesetzbuchs kriminell betätigte. Der Umstand, dass es auf Bürgerschaftsfraktionsebene gelegentliche Kontakte zu DDR-Stellen gab, die wohlgemerkt offiziell waren, worüber in der Zeitung nachgelesen werden konnte, dürfte ihn keinen Augenblick daran haben irre werden lassen, dass Untergrundkontakte verboten waren. Solche Ausflüchte sind ihm erst viel später in den Sinn gekommen (Dok. 6). So hat er kurz nach seiner Verhaftung 1990, wohl nicht allein unter dem dadurch erzeugten Schock stehend, Vieles von dem eingeräumt (Dok. 8), was er bald darauf vor dem Hamburger Landesparlament kategorisch zurückgewiesen hat (Dok. 9).

Im Sinne der demokratischen Ideologie hat Gerd Löffler seine Wähler betrogen, aber er ist nicht direkt gewählt worden, sondern als Bestandteil einer Liste, die von der Spitze der Partei her bestimmt worden war (nicht einmal von deren Basis aus); er verfügte persönlich über ein nur geringes Maß an demokratischer Legitimation, das er hätte missbrauchen können. Gleichwohl: Seine Lüge vor der Hamburger Bürgerschaft, wo er gewissermaßen – ohne gefragt worden zu sein – unter moralischem Eid aussagte (Dok. 9), war nicht damit zu entschuldigen, dass seine Immunität (zunächst) unter zweifelhaften Umständen aufgehoben worden war.

Was von Parteifreunden im Fall einer Enttarnung zu erwarten war, darüber konnte der Politprofi Löffler sich umso weniger Illusionen machen, als er selbst für einen in Bedrängnis geratenen ehemaligen Bundestagsabgeordneten, Gerhard Orgaß, Partei ergriffen hatte und deshalb angefeindet wurde. Dass man von Medien sicherheitshalber keine Fairness erwarten sollte,[1] dass Gerichte mal mehr, mal weniger streng urteilen – dies zu verkennen, war politisch ebenso unprofessionell wie Gerd Löfflers Hoffnung, seine *Geheimdienstliche Agententätigkeit* ließe sich 1990, nach dem Fall der Mauer, mit Erfolg abstreiten.

Ganz anders als Hermann Gaßmann ist Löffler als Aktivist einer konservativen Partei von der einschlägigen Presse vielfach vorverurteilt worden, von einer Presse, die – wiederum ganz anders als im Falle Gaßmanns –

von allerlei Indiskretionen aus behördlicher Richtung profitieren konnte. Die Zahl seiner Unterstützer war gering, wesentlich handelte es sich um politische Freunde in der parteienkritischen und parteiübergreifenden Vereinigung Demokratische Offenheit (*DemO*);[2] diese Freunde, die sich zum Teil als echte Freunde verstanden und Löffler bis an den Rand der Naivität vertraut haben, waren in ebenso intensiver Wut gegenüber der Echternach-CDU befangen und sind von ihrem nur politischen Freund Löffler ebenso belogen worden wie die Hamburger Bürgerschaft.

Möglicherweise hat Gerd Löffler ein moralisch-politisches Gegengewicht zu seiner Spionagetätigkeit dadurch aufzubauen versucht, dass er gegenüber seinen DDR-„Partnern" (vgl. Dok. 4) umweltpolitische Belange zur Sprache brachte, gar mit dem zuständigen DDR-Minister zusammengebracht werden wollte. Jedenfalls hat Löffler seine politischen Motive *post festum* aus naheliegenden Gründen stärker betont als sie zur Zeit seiner Spionagetätigkeit wirksam gewesen sein dürften. Im Einzelfall hat er auch simple Spitzeldienste geleistet (Dok. 11).

Wolfgang Schulenberg hat geurteilt, Löffler sei hart bestraft worden, vor allem im Vergleich zu Kurt Wand. Eine Ursache für diesen Unterschied mag gewesen sein, dass Wand auf Anhieb umfassend geständig war, während sich Löffler als harter Brocken gebärdete, lange Zeit leugnete, die maßgeblich von Gerhard Orgaß und Winfried Steffani aufgebrachte Kaution für seine Entlassung aus der Untersuchungshaft Kaution sein ließ, ohne sich sicher sein zu dürfen, das Geld eines Tages zurückerstatten zu können, und sich nach Österreich absetzte.

Gerd Löfflers gewaltsame Rückführung von österreichischem Boden in die Bundesrepublik durch bayerische Grenzbeamte gereichte dem bundesdeutschen Rechtsstaat nicht zum Ruhm (Dok. 12), die Gefangenentransporte, die Löffler wie viele Tausend anderer Häftlinge über sich ergehen lassen musste, ebenfalls nicht; aber das Kidnapping-Opfer hatte gute anderthalb Jahrzehnte gegen Aufwandsentschädigung der DDR-Diktatur zugearbeitet und deshalb zwar rechtlich allen Anlass zum Protest, moralisch aber nur eingeschränkt.

Gerd Löffler hat sich später als „*Kundschafter für den Frieden*" gesehen, für sich reklamiert, einen Beitrag zur Verhinderung eines „*dritten Weltkriegs*"

geleistet zu haben (Dok. 14). Was die Leistungsbemessung angeht, hat Löfflers Kollege Dieter Popp, einer der effektivsten Spione der Militäraufklärung der NVA, eine zumindest graduell andere Meinung geäußert: Löffler sei schließlich über das Stadium des Perspektivspions nicht hinausgelangt.[3] Da stellt sich auch die Frage: Was hat ein „*Kundschafter*", der sich darauf beruft, der anderen Seite nichts Wichtiges mitgeteilt zu haben, für den Frieden getan, warum publiziert er in Büchern, deren Autoren als „Spitzenquellen" angepriesen werden? Löfflers Argumente schwanken zwischen Ideologizität und Naivität, sind teils sogar anmaßend ausgefallen: Das wiedervereinigte Deutschland ist nicht darauf angewiesen, von Löffler „*den Segen zu bekommen*" (Dok. 4); das HOLG hat sich am Schluss versöhnlich gezeigt (Dok. 13). Die intellektuelle Leistung des Dr. rer. nat. Dr. phil. Gerd Löffler ist auf dem wissenschaftlichen Gebiet bemerkenswerter ausgefallen als auf dem politischen.

HAMBURGER MORGENPOST

14 HAMBURG Mittwoch, 7. September 1994

„Top-Spion" Löffler –

Die Nachricht von seiner Festnahme verbreitete sich im Rathaus wie ein Lauffeuer. Vor gut vier Jahren, am 5. September 1990, war der CDU-Abgeordnete Gerd Löffler verhaftet worden. Der Politiker, so der Verdacht, soll bis 1990 rund 16 Jahre lang für den Militärischen Nachrichtendienst der DDR spioniert haben. Jetzt fordert die überparteiliche „Vereinigung Demokratische Offenheit e.V. (DemO)", den „Fall Löffler" wieder aufzurollen – jene Vereinigung, die vor eineinhalb Jahren das spektakuläre Neuwahl-Urteil vor dem Hamburger Verfassungsgericht erstritten hat.

Überparteiliche Vereinigung „DemO" fordert Freilassung und Untersuchungsausschuß

Prof. Winfried Steffani brachte mit einem Freund die Kaution für Löffler auf.

walt mit einem Schreiben vom 20. August 1990 an die damalige Präsidentin der Bürgerschaft Helga Elstner „wegen Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeit" die Aufhebung seiner Immu-

sungsausschuß der Bürgerschaft am 4. September 1990 dem Parlament, Löfflers Immunität aufzuheben. Doch noch bevor dies am folgenden Tag geschah, bevor seine Immunität aufgehoben war, untersuchten und beschlagnahmten Beamte des BKA seine Unterlagen.

Ein klarer Rechtsverstoß, meint DemO. Löfflers Anwalt Gerhard Strate erhob eine sogenannte „Organklage" vor dem Bundesverfassungsgericht, die zwar angenommen, über die aber bis heute nicht entschieden ist. Das Parlament, so DemO, hätte die Immunität Löfflers,

„Systematisch fertiggemacht"

der immer wieder seine Unschuld beteuerte, nicht auf-

destagsabgeordnete Gerhard Orgaß im Rahmen des Untersuchungsausschusses „Neue Heimat" in den Verdacht der Bereicherung geriet, sei er von der CDU „gleichsam zum Abschuß" freigegeben worden, so Steffani. In mehreren Briefen an Bundeskanzler Kohl habe sich Löffler für seinen unschuldigen Parteifreund Orgaß eingesetzt – was ihm von der CDU-Füh-

CDU weist Vorwurf der Intrige zurück

rung als „parteischädigendes Verhalten" ausgelegt worden sei. Die Vermutung von DemO: Die Spionage-Vorwürfe kamen führenden Kreisen in der CDU gerade recht; es könne im „Fall-Löffler" sogar ein „intrigantes Zusammenspiel" von Personen aus der CDU, dem Verfassungsschutz und dem Verfassungsausschuß der Bürgerschaft

***Abb. 126** – Löffler war bei der Führungsspitze seiner Partei, der CDU, nicht eben beliebt, aber umso größer war die Bereitschaft von „Parteirebellen" wie dem Hamburger Politologieprofessor Winfried Steffani u.a., für ihn Partei zu ergreifen und seinen Beteuerungen zu vertrauen, er sei das Opfer einer politischen Verschwörung von Parteispitze, Verfassungsschutz und bestimmten Medien.*

Fall Löffler – Dokument 1 (2003)

"Spitzenquellen im Westen, integre Leute, die mit ihrem Einsatz bis 1989 den Frieden sicherten"

Sie waren Wissenschaftler, Journalisten, Militärs, Politiker, Diplomaten oder Verfassungsschützer, integre Leute mit bundesdeutschem Pass zunächst. Irgendwann in ihrem Leben entschieden sie sich – freiwillig, wohlüberlegt und ohne materielle Vorteile in Aussicht zu haben –, für die *Geheimdienstliche Aufklärung* der DDR gegen die BRD zu arbeiten.

Dreißig ehemalige Spitzenquellen im Westen, die mit ihrem Einsatz bis 1989 den Frieden sicherten, berichten erstmals als Gruppe in einem Buch über ihre Motive, ihre Arbeit und deren Folgen.

> Buchklappentext in: Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich. Hg. v. Klaus Eichner / Gotthold Schramm. Berlin 2003.

* * *

Fall Löffler – Dokument 2 (1988)

"Beinahe-Senator"? - *"Spitzenquelle"*? Das MfS schätzt einen NVA-Agenten ein

Mündliche Information, Berlin, den 15. Jan. 1988
[des] IMS [Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung] „Gerhard“,
erhalten am 14. Jan. 1988

Information zur Quelle „Händler“
„Händler“ hat im Dezember 1987 den Verlust seines Pseudopasses gemeldet, der in einem Intarsienbild vercontainert war. Dieses Bild wurde von seiner Frau in den Müll geworfen.

„Händler“ unterhält im Raum Hamburg eine kleine Firma. Zum Erhalt dieser Firma wurde „Händler“ durch den BA/MfNV [Bereich Aufklärung/

Ministerium für nationale Verteidigung] finanziell unterstützt. Dies bezieht sich auch auf die Gegenwart, da H. weiterhin finanzielle Probleme hat.

„Händler" ist politisch in der CDU engagiert und nimmt im Landesverband Hamburg eine führende Position ein. Er unterhält enge persönliche Beziehungen zum Vorsitzenden der CDU Hamburg. Wenn die CDU, in Koalition mit der FDP, die letzten Wahlen gewonnen hätte, wäre es durchaus denkbar gewesen. dass „Händler" einen Ministerposten erhalten hätte. Darauf war [sowohl] der FO OSL [Führungsoffizier Oberstleutnant] Eisenschmidt als auch die 1. VW [Verwaltung] konzeptionell nicht vorbereitet. Da der [CDU-] Vorsitzende [Echternach] gute Beziehungen nach Bonn unterhält, ist es möglich, dass er in absehbarer Zeit dort einen Posten erhält. In diesen Fall wäre aufgrund der engen persönlichen Verbindungen zum Vorsitzenden ein „Mitziehen" des „Händler" möglich.

Nach Einschätzung des IM [des Informellen Mitarbeiters des MfS in der NVA] besteht der Wert des AM [Agenturischen Mitarbeiters] darin, dass er entsprechend der Aufgabenstellung Material zu techn. Problemen beschafft. Das Motiv des „Händler" soll auf der Auffassung beruhen, dass jede Seite in der heutigen Zeit wissen muss, was los ist, deshalb gibt er Informationen. Außerdem benötigt er Geld.

Wertung
Die Info. ist op[erativ]. bedeutsam. Es handelt sich um den ersten umfassenderen Hinweis zur Quelle „Händler". Bei entsprechender Führung und Zielstellung könnte H[ändler] zu einer Spitzenquelle entwickelt werden. Zu beachten ist der Verlust des Pseudopasses, wodurch eine Gefährdung des AM [des Agenturischen Mitarbeiters] eintreten kann. […]

Gropengießer, Mjr.

Notiz des MfS-Majors Volker Gropengießer (Verwaltung 2000) über die Information eines MfS-IM innerhalb der NVA über Löffler (*alias* „Händler"), 15. Jan. 1988 (Archiv Wolfgang Schulenberg). Die MfS-Verwaltung 2000 nahm im Verhältnis zur NVA die Funktion eines „Militärischen Abschirmdienstes" wahr. Vgl. Abbildung 125.

Fall Löffler – Dokument 3 (1990)

Generalleutnant Krause (Ex-NVA): Löffler war kein "Top-Spion"

ZDF-Sprecher:
Es ist ja sehr viel über Herrn Löffler in letzter Zeit geschrieben worden. War er denn auch eine Topquelle, so wie es da in der Presse heißt?

Generalleutnant Krause:
Bedauerlicherweise nicht. Wir hatten erwartet, dass er mal eine werden könnte, aber da die CDU nie sozusagen zur regierenden Partei in Hamburg geworden ist und ihn auch nie delegiert hat in höhere Funktionen, ist er keine geworden. Wir haben ihn auch nicht unterhalten zum Zwecke der Beschaffung irgendwelcher politischer oder anderer Angaben, sondern lediglich aufgrund seiner Mitarbeit in zwei militärischen Gesellschaften, in denen also mehr oder weniger also offizielles Material produziert war und das er uns zur Verfügung gestellt hat."

> Interview mit dem vorletzten Chef der NVA-Aufklärung, General Alfred Krause. In: Enttarnt. Militärspione der NVA. Redaktion Wolfgang Kramer. ZDF, Studio 1, 21. Nov. 1990, 21.15 Uhr. – Krause hat diese Einschätzung am 16. Jan. 1991 gegenüber einem Beamten des Bundeskriminalamts im Zuge einer Zeugenvernehmung bekräftigt. Freilich konnte es nicht in seinem Interesse liegen, Löffler zusätzlich zu belasten.

* * *

Fall Löffler – Dokument 4 (2003)

"Für mich bestand also kein Grund zur Sorge" Löffler über sein Verhältnis zu CDU und NVA (2003)

Ich trat 1965 dem Landesverband der CDU in Hamburg bei. Das war natürlich ein Abwägungsprozess. Die CDU war in Hamburg seit 1957 in der Opposition, während die SPD die Stadt immer beherrscht hatte und alle

wichtigen Posten im öffentlichen Leben fest in ihrer Hand hatte. Solche absolute Herrschaft war mir suspekt. […]

Nicht zuletzt glaubte ich an den Rechtsstaat. Erst später – etwa Mitte oder Ende der 70er Jahre – erfuhr ich von einem Rechtsanwalt hinter vorgehaltener Hand, dass gerade die Stadt Hamburg eine Hochburg schwerbelasteter Nazi-Richter war. Der von mir geschätzte Rechtsstaat hatte sie wieder in ihre Ämter gehievt. Auch in den Richterwahlausschüssen des Parlaments saßen nicht nur überzeugte Demokraten, sondern auch alte Seilschaften und Nazi-Sympathisanten.[4] […]

Als Unternehmer hatte ich auch die DDR im Auge. 1974 traf von dort, wie bereits erwähnt, die Einladung ein. Es deutete alles auf eine normale Kontaktaufnahme hin, wie es im Geschäftsleben üblich ist. Ich traf in einem Hotelrestaurant in Berlin in der Nähe des Grenzübergangs Friedrichstraße einen Herrn in meinem Alter, der auf meine Anzeige [in der Welt] reagiert hatte. […] Im übrigen war die Anknüpfung von Kontakten zwischen hüben und drüben nach Abschluss des Grundlagenvertrags zwischen beiden deutschen Staaten erwünscht. Ich war neugierig auf dieses Land, diesen Staat und seine Menschen. […]

Als Unternehmer hatte ich auch DDR-Auftraggeber nicht ausgeschlossen. Ich wollte Dienstleistungsaufträge im Bereich Datenverarbeitung […] Im Laufe der Zeit stellte sich heraus, dass das wohl eine Illusion war. Beispielsweise durften DDR-Betriebe nur über das DDR-Außenministerium Aufträge mit dem Ausland abwickeln, wozu auch die Bundesrepublik zählte. Dafür war meine Firma wohl zu klein. Mir leuchtete das ein.

Um den Kontakt aber nicht abreißen zu lassen, unterbreiteten meine Ostberliner Gesprächspartner den Vorschlag, technische Informationen – die nicht mit Warenlieferungen verbunden waren – auszutauschen. Das Spektrum der Wünsche meiner Partner im fachlichen Umfeld meiner Firma und meines Berufs war breitgefächert. […]

Erst viel später erfuhr ich, dass meine Kontaktpersonen Offiziere der NVA aus dem Bereich der militärischen Aufklärung waren. Diese Institution war – wie auch nach der deutsch-deutschen Vereinigung oft bestätigt – im

Westen fast nicht bekannt. Für mich bestand also kein Grund zur Sorge, zumal ich keineswegs das Gefühl hatte, unter Druck gesetzt zu werden. […]

1978 zog ich in die Hamburgische Bürgerschaft ein. Ich wurde sofort Vorsitzender des Umweltausschusses und zog auch bald in den Fraktionsvorstand der CDU ein. Damit wäre ich für jeden Geheimdienst interessant gewesen. Nicht für meine Partner in der DDR. In den dreizehn Jahren, in denen ich ein politisches Mandat hatte, bin ich von ihnen nicht beeinflusst oder gar gesteuert worden. […]

Als ich 1974 zum ersten Mal persönlichen Kontakt zur DDR aufnahm, erwartete ich das, was mir die BRD-Propaganda vermittelt hatte: ideologisch verbohrte und dumpfe Typen, die einzig vom Wunsch durchdrungen waren, uns im Westen zu vernichten. Die Begegnungen mit Menschen in der DDR, die in der NVA ihre Aufgabe erfüllten, ihren Staat zu schützen, haben mir bestätigt, daß dieses Bild Unsinn war. Sie haben sich um den Frieden Sorgen gemacht und versucht, ihrer Führung zu vermitteln, dass auch in der Bundesrepublik die tatsächlichen Kriegstreiber nicht den westdeutschen Staat repräsentieren und die Bundesrepublik ebenfalls einen militärischen Konflikt zu vermeiden suchte. Mit dieser nüchternen, von jeder Ideologie freien Einschätzung der politischen Lage in Deutschland haben sie einen Beitrag zum Frieden geleistet. Dass ich dabei mitwirken konnte, bereue ich nicht. […]

Das vereinte Deutschland ist noch weit davon entfernt, von mir den Segen zu bekommen.

Gerd Löffler: Kidnapping durch den Rechtsstaat. In: Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich. Hg. v. Klaus Eichner / Gotthold Schramm. Berlin 2003, S. 136–146, hier S. 138 ff.

Fall Löffler – Dokument 5 (1994)

"Eine - diplomatisch formulierte - knallharte Drohung"

Ich merkte aber 1977 durch geschickte Fragestellungen der Gegenseite – nicht im Bereich der Politik, sondern im Bereich der technischen Komplexe, die angesprochen wurden -, dass offensichtlich eine direkte Verbindung meiner Gesprächspartner zur Stasi bestehen konnte oder musste – solche Erkenntnisse sind ein fließender Prozess. Meine Gesprächspartner waren keine plumpen Leute. Ich habe mich ebenso diplomatisch verhalten, indem ich meinen Rückzug und den Abbruch der Kontakte signalisierte. Das wurde natürlich relativ schnell bemerkt. Es kam zur Aussprache. Um es kurz zu machen: Ich wurde, ohne dass das schriftlich fixiert ist oder wurde, vor folgende Alternative gestellt: Weitermachen wie bisher – d.h. Lieferung meiner Infos – oder aber es wird über mich eine Akte beim MfS, d.h. der Stasi, angelegt. Ich hatte bis dahin gar keinen direkten oder indirekten Kontakt zur Stasi, sondern offensichtlich zu einem speziellen Dienst der DDR, der mir nicht bekannt war. […]

Erst Mitte 1990, als ich den Lebenslauf einer Kontaktperson sah, die ich bis dahin ca. 2 1/2 Jahre kannte, ein Diplom-Ingenieur für Informatik (Dresden), der in diesem konkreten Fall zu mir ins Abgeordnetenbüro kam, weil ich ihm als DDR-Bürger Hilfe beim Einstieg in die EDV-Branche in der BRD versprochen hatte, sah ich, dass er entgegen vorherigen Angaben nur bei der NVA tätig war. Natürlich war im Lebenslauf nicht die Rede von einem speziellen NVA-Nachrichtendienst. Dies habe ich erst während der U-Haft 1990 über die Medien erfahren; dass er sich „*militärische Aufklärung*" nannte, erfuhr ich gegen Ende 1990 beim Einblick in die ersten Ermittlungsakten oder durch das bekannte Fernsehinterview eines NVA-Generals [Krause], den ich aber vorher nie gesehen hatte. Bevor ich zu 1977 zurückkomme, schiebe ich hier ein: Ein Normalbürger kann sich nicht vorstellen, wie Nachrichtendienste ihren eigentlichen Zweck abschirmen können. Aber solche Spezialisten gab und gibt es ja auch bei uns. Der NVA-Geheimdienst hat in meinem Fall nicht nur einen angeblichen IM als Zivilist viele Jahre zwischengeschaltet, sondern auch öffentlich zugängliche Informationen aus dem Bereich EDV und Um-

weltschutz sowie Energietechnologie mir abgekauft, um darüber hinaus in der Bundesrepublik (käuflich oder sogar kostenlos) zu erwerbende technische Unterlagen zu erhalten, die sowohl in der zivilen als auch gleichzeitig wehrtechnischen Industrie bzw. Wirtschaft als Hintergrundwissen von Interesse sein könnten. Nichts anderes ist von mir, der zwar Interesse an der Bundeswehr als öffentlichem Auftraggeber wie an jedem öffentlichen Auftraggeber hatte, aber nie bei der Bundeswehr gedient hatte, „verkauft" worden.

1977 wusste ich, was der Hinweis, ich würde der Stasi übergeben werden, bedeutet. Es war nichts anderes als eine – diplomatisch formulierte – knallharte Drohung. […] Meine Akte wäre dort nicht liegengeblieben. Die gnadenlosen Methoden dieses Apparats sind zumindest heute allen bekannt. Ich wäre früher oder später erpresst worden – auf Dauer.

Ich wusste bis 1977 nicht, dass dieser Nachrichtendienst eine Spezialabteilung der NVA war. Dieser Dienst erschien mir ein Instrument der DDR zu sein, Technologiespionage halb offen, halb mit konspirativen Mitteln zu betreiben, der nicht speziell auf die Wehrtechnik, sondern generell auf das Sammeln von technischen Informationen sich spezialisiert hatte, um dazu beizutragen, das Technologiedefizit der DDR auszugleichen. Meine Recherchen von 1990 bis 1994 haben ergeben, dass selbst die westlichen Nachrichtendienste offenbar über das Wirken der Abteilung „*Militärische Aufklärung*" der NVA nur ganz dünne Kenntnisse hatten.

Stellungnahme Dr. Löffler (Privatarchiv Gerd Löffler) o.D. [11. Nov. 1994, zu Prozessbeginn].

* * *

Gerd Löffler – Dokument 6 (2007)

"Eine offizielle Bestätigung" für Spionage?

Was tun, um vom Wähler mehr wahrgenommen zu werden? Es gab viele Gedanken und Vorschläge. Unter anderem auch den, [1988] in Hannover zur Messe den DDR- Stand zu besuchen. Und dies offiziell als Delegation der Hamburger CDU.

Die „Hackordnung" in der Fraktion ermöglichte auch mir die Teilnahme. […] Die Bundesbahn transportierte uns schnell nach Hannover, und unsere relativ kleine CDU-Delegation fand sich in einem Beratungsraum des DDR-Standes ein. Wir nahmen Platz an einem Konferenztisch. Die DDR-Vertreter setzten sich uns gegenüber. […] Der Leiter der Messe-Ausstellung der DDR begrüßte uns sehr freundlich […] und sprach die Erwartung aus, dass es zu beiderseits vorteilhaften Ergebnissen führen möge. In Erwiderung stellte unser Fraktionsvorsitzender die Delegationsmitglieder kurz vor. Der Dialog war eröffnet.

Aus heutiger Sicht und Erinnerung glaube ich, dass den DDR-Leuten die Ausführungen unseres Vorsitzenden wenig gegeben haben. […] Unser Messebesuch hatte am Ende doch noch ein konkretes Detailergebnis: Unser Fraktionsvorsitzender stellte uns noch einmal vor und nannte dabei die Funktions- und Politikfelder, für die wir verantwortlich zeichneten. Er bot den DDR-Vertretern an, uns als kompetente Gesprächspartner in Anspruch zu nehmen. Mich, den Physiker, hatte er als Experten für Umweltschutz und Technologieentwicklung und -austausch als sachkundigen Partner empfohlen. Damit hatte ich – so ging es mir durch den Kopf – eigentlich eine offizielle Bestätigung erhalten für die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit meiner seit Jahren bestehenden inoffiziellen Verbindungen zur DDR. Dass ich dafür wenige Jahre später verhaftet und im Gefängnis landen würde, hatte ich mir nicht vorstellen können.

Gerd Löffler: Das waren noch Zeiten. Ein agenturischer Mitarbeiter zwischen den Elbmetropolen. In: Die Militäraufklärung der NVA. Ehemalige Aufklärer berichten. Im Zentrum und im Einsatz. Hg. v. Bernd Biedermann / Harry Schreyer / Bodo Wegmann. Berlin 2007, S. 157–162, hier S. 160 f.

Gerd Löffler – Dokument 7 (1990)

Der Fall Löffler - peinlich für das Ostberliner Verteidigungsministerium

[NVA-interne] Untersuchung zum BRD-Bürger Löffler
Da am 23. Aug. 1990 der Führungsoffizier von Löffler entlassen wurde, sich außerhalb des Standortes befindet und gegenwärtig nicht erreichbar ist (nur am Wochenende), können nur seine Aussagen und die der erreichbaren und hinzugezogenen Offiziere vom 9. Sept. 1990 dargestellt werden, die folgendes beinhalten:

1. Die Beendigung der nachrichtendienstlichen Arbeit mit Löffler erfolgte im Februar 1990 bei einem nachrichtendienstlichen Treff in Rostock.
2. Die Lieferung von abgefordertem Material erfolgte letztmalig im Januar 1990. Ohne weitere Forderungen bot Löffler im Mai 1990 Material an, das vom Führungsoffizier entgegengenommen, aber von den zuständigen Mitarbeitern im Informationszentrum nicht abgenommen wurde.
3. Es wurde die Vernichtung von operativer Technik bei Löffler angewiesen und mit der Abholung eines Containers [in Hamburg] im April 1990 abgeschlossen.
4. Soweit zurückverfolgbar, hat Löffler niemals Materialien, die als staatlich geheim oder vertraulich eingestuft wurden, geliefert.
5. Die Funkverbindung zu Löffler war nur einseitig organisiert. Er konnte keine Informationen über Funk in die DDR senden.

[Oberst] H[artmut] Eisenschmidt, 12. Sept. 1990

Oberst Hartmut Eisenschmidt (NVA) informiert den Ostberliner Verteidigungsminister Eppelmann über den Stand des Falles Löffler in der DDR – nachdem die westdeutschen Presseberichte über Löfflers Festnahme Furore gemacht haben (zit. n. Wolfgang Schulenberg, „Top-Spion“, S. 122, 402.).

Gerd Löffler – Dokument 8 (1990)

Frühes Geständnis: "Ausgangspunkt (...) wirtschaftliche Interessen"

Der Beschuldigte erklärt:
Ich möchte Angaben zur Sache machen. […] Es ist richtig, dass ich aus der Sicht der Rechtslage der Bundesrepublik Deutschland eine nachrichtendienstliche Tätigkeit ausgeübt habe. […] Ich möchte sagen, dass ich ab Ende 1974 geahnt habe, dass ich mit dem Geheimdienst der DDR zu tun habe. Meiner Meinung nach ist aber noch ein Zeitraum von ca. zwei Jahren vergangen, bis mir klar bewusst geworden ist, dass ich mit Mitarbeitern eines Geheimdienstes Kontakt habe. Meine Auftraggeber waren zunächst interessiert an Erkenntnissen aus meinen jeweiligen Aufgabenbereichen. […]

Zu meinen Motiven möchte ich […] folgendes sagen: Ausgangspunkt meiner Kontakte waren – wie ich bereits geschildert habe – wirtschaftliche Interessen, ich wollte Aufträge für meine Firma. Ich bin dann, wie ich meine, immer weiter in diese Sache „hineingeschlittert". Letztendlich sah ich keine Möglichkeit „auszusteigen", ohne „Kopf und Kragen zu riskieren". Ich war damals doch schon in einer solchen politischen Position, dass eine etwaige Offenbarung erheblichen politischen Aufruhr gegeben hätte.

Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes, Klaus Detter: Vernehmung Gerd Löfflers, Karlsruhe, 6. Sept. 1990, S. 2 f. (Archiv Wolfgang Schulenberg).

***Abb. 127** – 13. März 1991. Keine Sternstunde des Parlaments. Präsidentin Helga Elstner in Erklärungsnot hinsichtlich der Umstände der Immunitätsaufhebung, der Verdächtigte aber lügt offensiv.*

Fall Löffler – Dokument 9 (1991)

Auf der politischen Bühne: Alles wird "mit Entschiedenheit zurückgewiesen"

Präsidentin Helga Elstner: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte die Damen und Herren Fotografen, sich jetzt etwas zurückzuziehen […].

Meine Damen und Herren! In den letzten Tagen ist öffentlich der Vorwurf erhoben worden, die Bürgerschaft sei bei der Beschlussfassung über die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Herrn Dr. Löffler am 5. September 1990 über das Votum des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung und Wahlprüfung getäuscht worden. Ich bin dem bereits öffentlich entgegengetreten, möchte aber in Anbetracht der Bedeutung für das Parlament vor der Bürgerschaft nochmals betonen: Der Vorwurf der Manipulation und Täuschung entbehrt jeder Grundlage.

Der Ausschussbericht (Drucksache 13/6641) gibt die Beratungen und die Empfehlung des Ausschusses korrekt wieder. Der Entwurf dieses Berichts ist am Ende der Sitzung verlesen worden, alle Ausschussmitglieder haben ihm zugestimmt. Der Ausschussbericht lag allen Abgeordneten in der Sitzung am 5. September hier in der Bürgerschaft vor, also auch allen anwesenden Mitgliedern des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung und Wahlprüfung. Auf dieser Grundlage hat die Bürgerschaft ihre Entscheidung getroffen.

Das erst später angefertigte Protokoll gibt den Beschluss deshalb nicht erneut im Wortlaut wieder, sondern entsprechend der bisherigen Übung nur das Ergebnis, dass der Ausschuss die Aufhebung der Immunität empfohlen habe. Dabei haben im Übrigen alle Beteiligten übersehen, dass im Protokoll – leider, möchte ich sagen – im Gegensatz zum Ausschussbericht der Tatvorwurf falsch bezeichnet worden ist.

Ich finde es sehr befremdend, mit welcher Leichtfertigkeit hieraus der Vorwurf der Manipulation und Täuschung der Bürgerschaft und vor allem auch persönliche Vorwürfe, insbesondere gegen den Ausschussvorsitzenden, Herrn Dr. [Martin] Willich, konstruiert worden sind. Ich weise sie mit Nachdruck als völlig haltlos zurück.

Meine Damen und Herren! Ich hatte in der Sitzung am 5. September unter anderem erklärt, dass für jeden Bürger, auch für jeden Abgeordneten, bis zur abschließenden gerichtlichen Klärung die gesetzliche Unschuldsvermutung gilt. Unser Votum, die Immunität aufzuheben, darf nicht als Bestätigung des Verdachts verstanden werden. Hieran hat sich bis heute nichts geändert.

Herr Dr. Löffler hatte gebeten, eine persönliche Erklärung abgeben zu dürfen. Nach der Geschäftsordnung ist dieses grundsätzlich nicht üblich, aber nach Paragraf 91 sind geringfügige Abweichungen von der Geschäftsordnung zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt. Ich habe vorher geklärt, dass wir hiernach verfahren können, und erteile Ihnen, Herr Dr. Löffler, das Wort.

Dr. Gerd Löffler (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Entscheidungen der Präsidentin, des Verfassungsausschusses und der Bürgerschaft am 4. und 5. September 1990 haben es mir unmöglich gemacht, sofort am 5. September im Parlament eine Erklärung zu den mir gemachten Vorwürfen abzugeben.

Ohne jeden Rechtsschutz und in Unkenntnis der innerhalb weniger Stunden geänderten Tagesordnung der Bürgerschaft befand ich mich zu Beginn der Sitzung am 5. September 1990 bereits im Landeskriminalamt. Mein Ausweis wurde am 4. September eingezogen; ich war vor der Entscheidung der Bürgerschaft faktisch verhaftet. Im Protokoll der Bürgerschaftssitzung vom 5. September 1990 wird meine Abwesenheit als entschuldigt bezeichnet. Für die Sitzung hatte ich mich nicht entschuldigt und konnte es auch nicht.

Zur Sache erkläre ich vor diesem Hause: Den Verdacht und Vorwurf der langjährigen Agententätigkeit für die ehemalige DDR weise ich strikt zurück. Insbesondere weise ich den hier und dort in der Presse und konkret im Protokoll des Verfassungsausschusses vom 4. September 1990 geäußerten Verdacht des Landesverrats in aller Deutlichkeit zurück. Ich habe weder Personen, Firmen, die CDU oder gar das Parlament für nachrichtendienstliche Zwecke beobachtet oder ausspioniert.

Wie bekannt, habe ich 1973 ein Ingenieurbüro gegründet und bin seitdem unternehmerisch tätig. Im Rahmen dieser Tätigkeit habe ich auch, allerdings völlig unbedeutende, geschäftliche Kontakte zur DDR gehabt, die nach dem 9. November 1989 fortgesetzt beziehungsweise neu aufgenommen wurden mit dem Ziel, sie unter den neuen Rahmenbedingungen zu erweitern.

Meine Damen und Herren! Kontakte zum anderen Teil Deutschlands sind von allen politischen Parteien immer gutgeheißen worden. Viele tausend Unternehmer und Unternehmen haben diese Kontakte neben Hunderttausenden von Bürgern gesucht und unterhalten. Nichts anderes habe ich getan. Ich stehe voll hinter der von meinem Verteidiger eingereichten Organklage beim Bundesverfassungsgericht. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Protokoll der Plenarsitzung der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 13. März 1991, Bl. 6021.

* * *

Fall Löffler – Dokument 10 (1991)

Verratsmaterial: Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und Seminarunterlagen

Verratstätigkeit
Von 1974/1975 bis Anfang 1990 machte der Angeschuldigte seiner Führungsstelle eine Fülle von Unterlagen zugänglich. Teils entsprachen sie den Beschaffungswünschen der [N]VA, teils wurden sie von ihm unaufgefordert übergeben. Sie befassten sich u.a. mit Programmiersprachen,

***Abb. 128** – Gerd Löffler (Ex-NVA-Spion „Händler"), 1990 enttarnt, legt im Verlauf des Prozesses 1994 sein Geständnis ab. Links Rechtsanwalt Gerhard Strate, der auch andere Spione verteidigte.*

Betriebssystemen, Speichertechnologien, Datenfernverarbeitung, Techniken und Konzepten der Energieversorgung und -erzeugung, Techniken im Bereich des Umweltschutzes. Das Verratsmaterial als solches bestand teilweise aus einschlägigen Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und Firmenbroschüren, aber auch aus Unterlagen, die der Angeschuldigte im Zusammenhang mit Seminaren erhielt, an denen er selbst oder aber einer seiner Mitarbeiter teilgenommen hatte. Zum Teil bezog er das Material auch über Dritte.

1977 trat der Angeschuldigte nach Absprache mit seiner nachrichtendienstlichen Führungsstelle der *Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.* (DWT) bei, deren Vereinszweck darin besteht, die Wehrtechnik in enger Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zu fördern. Seit spätestens 1980 nahm er auf Kosten seiner Auftraggeber an Veranstaltungen teil, die vom Verlag Wehr & Wissen mit Unterstützung der DWT unter der Bezeichnung Wehrtechnik-Seminare abgehalten wurden. Dabei handelt es sich u.a. um die WT-Seminare

a) Aufträge von der Bundeswehr […];
b) Fernmelde- und elektronische Aufklärung und elektronische Gegenmaßnahmen […];
c) Simulation in der Erprobung bei der WTD 81 für Fernmeldewesen und Elektronik […];
d) Bedeutung von BLITZ, NEMP usw. für den Bau militärischer Geräte und Systeme […].

Die ihm aus Anlass dieser und anderer Seminare überlassenen oder sonst an ihn gelangten Unterlagen, die nur mit Zustimmung der Seminarleitung bzw. der Referenten weitergegeben werden durften, machte der Angeschuldigte seinen Auftraggebern vollständig zugänglich. Ebenfalls in Absprache mit der Führungsstelle [der NVA] wurde der Angeschuldigte oder seine Firma Anfang der 80er Jahre Mitglied der *Carl-Cranz-Gesellschaft e.V.* mit Sitz in Oberpfaffenhofen. Die CCG, ursprünglich eine rein wehrtechnische Gesellschaft, vermittelt bei ihren Seminaren neueste Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung, hauptsächlich auf dem Gebiet der Aufklärungs- und Führungssysteme, Ballistik und Waffentechnik, Datenverarbeitung und Nachrichtentechnik, Flugtechnik, Elektronik und Sensortechnologie.

Der Zeuge Prof. Dr. [Kurt] Nixdorff ist Leiter des Lehrgangszentrums der CCG in Hamburg und mit dem Angeschuldigten seit Ende der 70er Jahre bekannt. Diesem [also Löffler] überließ er [Nixdorff] im Laufe der Zeit, um im Archiv Platz zu schaffen, Unterlagen von etwa zehn Lehrgängen. Sie alle machte der Angeschuldigte seiner Führungsstelle zugänglich.

Weitere für die Weitergabe an die [N]VA bestimmte Unterlagen verschaffte sich der Angeschuldigte in der Weise, dass er den Zeugen [Nixdorff] mehrere Male anrief und ihm erklärte, er könne an diesem oder jenem Lehrgang leider nicht teilnehmen. Daran knüpfte er die Frage, ob der Lehrgang für ihn und seine Firma fachlich etwas abwerfe, was vom Zeugen in der Regel bejaht wurde, worauf der Angeschuldigte die betreffenden Unterlagen abholte. Sie wurden ihm teils nur ausgeliehen, teils zum ständigen Verbleib überlassen. Im einen wie im andern Fall machte er sie zum Gegenstand seiner Verratstätigkeit.

Der jeweiligen Aufforderung seiner Führungsstelle folgend nahm der Angeschuldigte zumindest an folgenden Lehrgängen den CCG teil:

a) Aufklärungsmittel der Luftwaffe, Einsatz und Verfahren […], September 1985,
b) Militärische Führungssysteme […], Februar 1986,
c) *Operations Research* (OR) in der Wehrtechnik […], November 1986,
d) Optische und elektrooptische Aufklärung […], März 1987,
e) Simulation als Ausbildungshilfe […], März 1989.

Die ihm dabei überlassenen Lehrgangsmaterialien, die nur an Seminarteilnehmer (durchschnittlich ca. 20 Personen) ausgegeben und nicht publiziert wurden, machte er seinen nachrichtendienstlichen Auftraggebern ebenso zugänglich wie alle übrigen an ihn gelangten CCG-Lehrgangsunterlagen. Darüber hinaus gibt es hinreichende Verdachtsgründe dafür, dass der Angeschuldigte seinen Auftraggebern auch Unterlagen zugänglich gemacht hat, die ihm teils als Mitglied der CDU, teils in seiner Eigenschaft als Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft, zur Verfügung gestellt worden waren.

Treffs mit Angehörigen, aber auch inoffiziellen Mitarbeitern (IM) der [N]VA fanden bis etwa 1985 jährlich vier- bis fünfmal statt, zumeist in Ost-Berlin. In der Zeit danach traf man sich fünf- bis sechsmal pro Jahr, Trefforte waren nunmehr auch Hamburg, Bremen und Ahrensburg. Treffs wurden auch im Ausland abgewickelt, so zweimal in Budapest, wohin der Angeschuldigte jeweils während eines in Österreich verbrachten Winterurlaubs anreiste. Die letzte Materiallieferung des Angeschuldigten erfolgte im Januar 1990, seine Entpflichtung im Februar 1990 bei einem nachrichtendienstlichen Treff in Rostock. Im April 1990 nahm die [N]VA im Rahmen der Vernichtung operativer Technik einen bis dahin von ihm genutzten Container zurück. Einen Monat später bot der Angeschuldigte seinen Auftraggebern ein letztes Mal Material an.

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof. Anklageschrift (3 BJs 261/90-2 (86) / 3 StE 7/91-2 (2), Karlsruhe, den 25. April 1991, S. 25 ff (Archiv Wolfgang Schulenberg).

* * *

Fall Löffler – Dokument 11 (1994)

Lieferung personenbezogener Daten

In mindestens zwei Fällen übergab der Angeklagte die Unterlagen von Personen, die sich bei ihm um eine Anstellung auf dem Gebiet der Datenverarbeitung beworben hatten, an seine Führungsstelle. Ihm war dabei klar, dass dadurch diese anhand der ihr nunmehr bekannt gewordenen Daten und Lebensumstände der Beschäftigungssuchenden in die Lage versetzt wurde, diese anzusprechen und unter Umständen nachrichtendienstlich zu verstricken.

1984 wurde der Angeklagte von seinem Führungsoffizier gebeten, die Bewerbung eines Peter B. […] zu überprüfen. Dieser hatte sich als Ingenieur mit langjähriger Erfahrung auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung von Waffen und Munition unter einer Chiffre in einem Druckwerk „Bonn-Service“ um eine Anstellung beworben. Der Angeklagte kam die-

sem Ansinnen nach und teilte das Ergebnis seiner Bemühungen (Name, Anschrift, Geburtsdatum, Geburtsort und Qualifikation) dem Zeugen Professor Dr. Peter Borkenhagen mit [Löfflers Kurier], der dies dem militärischen Nachrichtendienst der DDR weiterreichte.

Urteil des HOLG, 21. Dez. 1994, S. 9 (Archiv Wolfgang Schulenberg).

* * *

Fall Löffler – Dokument 12 (1994)

Auch Völkerrechtsverletzung kein Verfahrenshindernis

Ein Verfahrenshindernis infolge der Umstände der Festnahme des Angeklagten am Grenzübergang Bayerisch Gmain, das zur Einstellung des Verfahrens führen müsste, besteht nicht. Nach den vom (HOLG-) Senat getroffenen Feststellungen entsprach die Festnahme dem Gesetz und verstieß nicht gegen Regeln des Völkerrechts. Die Beamten waren nach Art. 5 Abs.1 des „Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn- Straßen- und Schiffsverkehr“ (BGB-III 1957, S. 581 ff.) befugt, im Bereich der gemeinsam genutzten Grenzstation den Angeklagten auch auf österreichischem Gebiet festzunehmen.

Im Übrigen bestünde selbst dann kein Verfahrenshindernis, wenn entgegen den Feststellungen des Gerichts bei der Festnahme des Angeklagten Normen des Völkerrechts verletzt worden sein sollten.

Urteil des HOLG, 21. Dez. 1994, S. 10 (Archiv Wolfgang Schulenberg).

Fall Löffler – Dokument 13 (1995)

"Die Tat ist nur auf Grundlage der Teilung Deutschlands und des zwischen Ost und West geführten kalten Krieges erklärlich"

Die Vollstreckung der restlichen Freiheitsstrafe aus dem Urteil […] des HOLG vom 29. November 1994 […] wird zur Bewährung ausgesetzt, […] da eine Gesamtwürdigung der Person des Verurteilten, seiner Tat und seiner Entwicklung im Vollzug ergibt, dass besondere Umstände vorliegen. Schon die Tat ist nur auf Grundlage der Teilung Deutschlands und des zwischen Ost und West geführten kalten Krieges erklärlich. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verurteilten waren angespannt, so dass er in der Hoffnung, gewinnbringende Geschäftsbeziehungen zu knüpfen und Geld zur Überbrückung finanzieller Engpässe zu erhalten, eine *Geheimdienstliche Agententätigkeit* aufnahm und aufrechterhielt. Den Angeklagten traf seine erste Verhaftung in einer Zeit, als er sozial eingegliedert war und eine angesehene Stellung einnahm. Die Umstände seiner zweiten Festnahme, an deren Rechtmäßigkeit nach fortbestehender Ansicht des Senats kein Zweifel besteht, waren ein Schock für ihn. Zur Zeit seiner Verurteilung lag die Tat weit zurück, so dass sie ihn härter als andere treffen musste, wenn auch dieser Umstand auf seiner Flucht beruht. Für seine Familie und seine wirtschaftliche Existenz waren die Folgen der Aufdeckung der Tat eine Katastrophe.

In der Hauptverhandlung legte der Verurteilte ein Geständnis ab, das ihm sichtlich sehr schwer fiel, da es in Gegensatz zu früherem Bestreiten vor Presseorganen stand. Gleichwohl rang er sich zu diesem Verhalten durch, gab mehr zu, als ihm hätte nachgewiesen werden können und räumte sein Fehlverhalten ein. Schließlich akzeptierte er auch – gegen den Rat einiger Freunde – das Urteil. […] In der Haft, die ihn als eine unbestrafte und aus gehobenen Kreisen stammende Person besonders hart traf, hat er sich vorbildlich geführt. […] Auch die Verteidigung der Rechtsordnung erfordert keine weitere Strafverbüßung, da durch die Vereinigung Deutschlands die Umstände, die zur Tat führten, entfallen sind.

HOLG-Beschluss v. 11. August 1995 (Privatarchiv Gerd Löffler).

Fall Löffler – Dokument 14 (2015)

"Ein Beitrag zur Verhinderung eines abermaligen Weltkriegs" - wie Franz-Josef Strauß?

Lieber Herr Stubbe da Luz, ich habe meine Promotion zum Dr. phil. im Januar 2015 mit sehr gutem Erfolg abgeschlossen. Damit ist auch der Schwerpunkt meiner zukünftigen Tätigkeit bestimmt, soweit meine Kräfte noch reichen. Ich werde in der BRD nirgendwo zu Ihrem Thema persönlich auftreten, erst recht nicht in Hamburg – dort, wo ich für den Rest meines Lebens vor ca. einem Vierteljahrhundert wirtschaftlich vernichtet wurde.

Ich habe nichts verraten, sondern das im kleinen Maßstab getan, wozu sich sogar im großen Maßstab der Erzfeind der DDR, Franz Josef Strauß, schließlich mit dem Einfädeln von Milliardenkrediten durchgerungen hat, nämlich um einen Zusammenbruch der DDR wegen der Interessenlage der damaligen Sowjetunion zu verhindern. Strauß hat dabei u.a. auch sehr intensiv mit dem konspirativ tätigen Staatssicherheitsoffizier der DDR, Schalck-Golodkowski, zusammengearbeitet.[5]

Damit habe ich – wie Strauß – einen Beitrag im Rahmen meiner beschränkten Möglichkeiten geleistet, einen abermaligen Weltkrieg zu verhindern. Ich bin außerdem soweit gegangen, dass ich auf dem Boden der DDR die Wiedervereinigung als einen unbedingt notwendigen historischen Prozess bezeichnet habe, auch wenn ich dabei nicht gerade auf Gegenliebe gestoßen bin.

Als selbstständiger Unternehmer habe ich meinen Arbeitsplatz, im kleinen Umfang auch die einiger Mitarbeiter, in der BRD ohne fremde Hilfe selbst geschaffen (CDU-Slogan: Unternehmer braucht das Land). Warum sollte ich nicht auch wirtschaftliche Kontakte zu unseren Landsleuten in der DDR ins Auge gefasst haben, zumal mein Großvater in Dresden studiert hat? Darüber hinaus habe ich für Hamburg über fast 13 Jahre als Abgeordneter (u. a. als jahrelanger Vorsitzender des 1978 neugegründeten Umweltausschusses der Bürgerschaft) für so manche Stunden, Tage und Wochen meine selbstständige Tätigkeit eingeschränkt und auf das

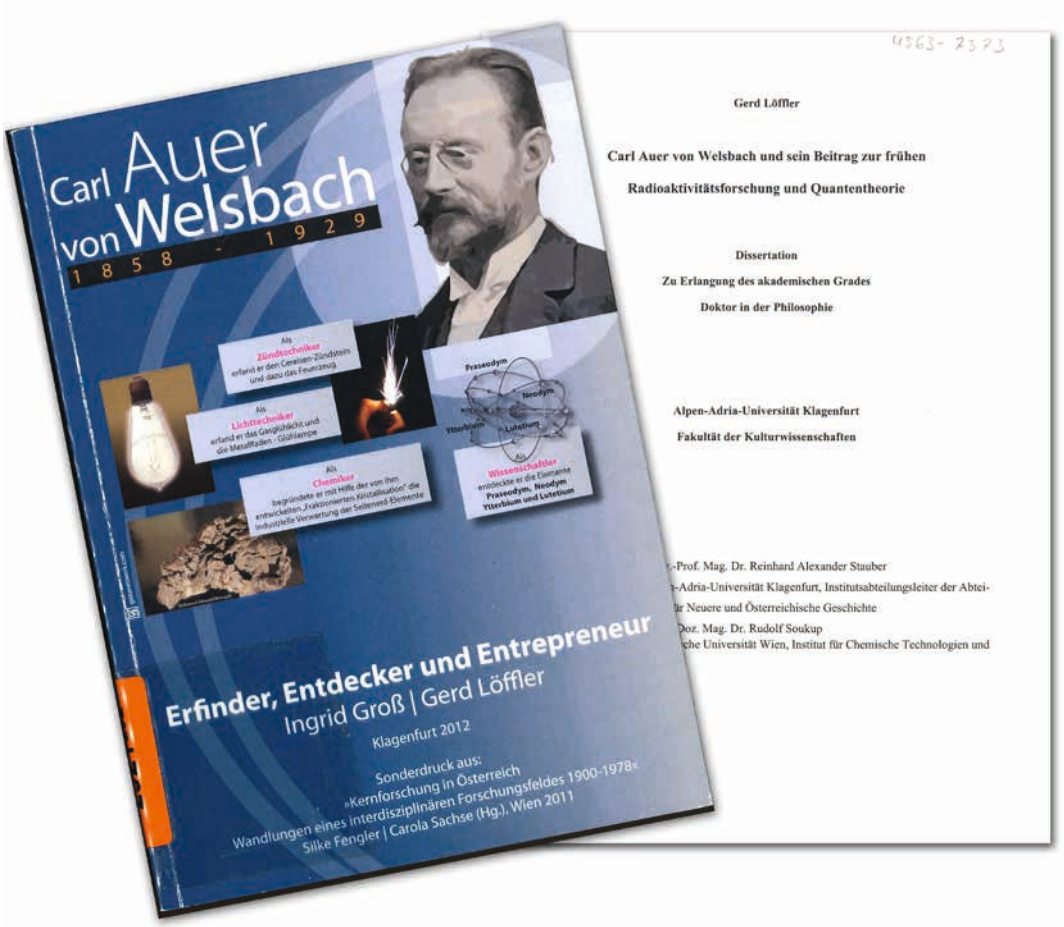


***Abb. 129** – Das Leben geht weiter. Im Januar 2015 hat Gerd Löffler seinem Dr. rer. nat. einen Dr. phil. an die Seite gestellt, über den österreichischen Chemiker, Erfinder, Unternehmer Carl Freiherr Auer von Welsbach (1858–1929). Auch zuvor schon hatte Löffler über Auer von Welsbach publiziert.*

Geldverdienen verzichtet. Wer behauptet, dass dieser Einsatz durch die Aufwandsentschädigung abgegolten wurde, verschließt die Augen vor der damaligen Wirklichkeit eines Oppositionsabgeordneten, der in der freien Wirtschaft tätig war. Wer meine Arbeit in der Bürgerschaft fair beurteilt, muss zugeben, dass ich zu den engagiertesten Abgeordneten gehörte (s.

Protokolle der Bürgerschaft). Die CDU hat es immer verstanden, mich zu rufen und einzusetzen, auch auf Bundesebene, einmal sogar in London, wenn mein Fachwissen im den Bereichen Energie-, Umweltschutz-, Technologie- und Mittelstandspolitik gefordert war. Eine besondere Vergütung gab es dafür nicht. Einige Mitglieder des verfassungswidrigen Magdalenenkreises der CDU haben dagegen über Jahre hinaus regelmäßig monatliche Vergütungen bis zum 10-fachen (und darüber hinaus) meiner monatlichen Aufwandsentschädigung erhalten. Übrigens ist keiner dieser Personen je zur Rechenschaft gezogen, sondern in einem Fall sogar von der Hamburgischen Bürgerschaft zum Beisitzer des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.[6]

Sollte Herr Popp auf Ihrer Veranstaltung auftreten, so wird meine Anwesenheit sowieso überflüssig sein. Die Motivationen, mit der DDR Kontakte zu pflegen bzw. mit ihr zusammenzuarbeiten, waren von Fall zu Fall sehr unterschiedlich. Aber zwischen Herrn Popp und anderen und mir gibt es eine wichtige, ja die wichtigste Schnittstelle, nämlich – wie oben gesagt – den dritten Weltkrieg zu verhindern, der zum Untergang Europas geführt hätte. Herr Popp wird sicher auch etwas zu den Spionageprozessen nach der Wiedervereinigung sagen. Hier gibt es eine hundertprozentige Übereinstimmung zwischen mir und Herrn Popp. Diese Prozesse waren alle (unabhängig von den besonderen Vorkommnissen im Fall Löffler) rechtswidrig. Das Urteil des BVerfG [die Entscheidung von 1995] beindruckt mich überhaupt nicht.[7] Es war damals der aufgeheizten Stimmung und dem Kuhhandel der Parteien im Bundestag geschuldet. Ich will Herrn Popp jetzt nicht in allen Einzelheiten vorgreifen. Ich verweise nur auf die Publikation von Prof. Dr. Helmut Ridder (1996)[8] und auf die Verbalnote (Memorandum) der Adenauer-Regierung vom 2. September 1956, an die vier Großmächte.[9]

Ich verzichte auf weitere Ausführungen, auch zur Dissertation von Herrn Schulenberg. Ich wünsche Ihnen und Herrn Schulenberg alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen, Gerd Löffler

E-Mail an Helmut Stubbe da Luz / Wolfgang Schulenberg v. 18. Februar 2015[10]

Anmerkungen

1 *Welt-Journalist Uwe Bahnsen (Spiongeverdacht gegen Hamburger Abgeordneten. In: Die Welt v. 5. Sept. 1990) wusste, wie Wolfgang Schulenberg nachgewiesen hat, mehr, als er wissen durfte (Wolfgang Schulenberg: „Top-Spion" oder Opfer der deutsch-deutschen Wiedervereinigung? Der Abgeordnete Gerd Löffler zwischen DDR-Geheimdienst und Hamburger CDU. Frankfurt am Main 2014, S. 151). – Den Vogel schossen „übliche Verdächtige" ab: CDU-Mann ein Stasi-Agent. Haftbefehl! [Fortsetzung Folgeseite:] Stasi-Spion bekam Infos vom Verfassungsschutz. In: Bild v. 5. Sept. 1990; Das letzte Interview mit dem DDR-Spion vor seiner Verhaftung. Dr. Löffler (CDU): „Wir müssen der DDR helfen!". In: Quick v. 19. Sept. 1990 (hier ist, wie Wolfgang Schulenberg, a. a. O., S. 153, nachgewiesen hat, Löffler eine regelrechte Falle gestellt worden).*

2 *Vgl. Rainer Busch: Die Akte Löffler. „Top-Spion" Löfler – Verräter oder Opfer? Überparteiliche Vereinigung „DemO" fordert Freilassung und Untersuchungsausschuss. In: Hamburger Morgenpost v. 7. Sept. 1994. – Nicht alle Verbündete der DemO waren hier uneingeschränkt willkommen: Kai von Appen (taz Hamburg) verbreitete noch immer denselben Unsinn gegenüber dem § 99 StGB wie zehn Jahre zuvor im Fall Gaßmann: „Der Kalte-Krieg-Paragraf 99 (StGB) stellte nämlich zu DDR-Zeiten alles unter Strafe. Selbst wer bei einer Ost-Berlin-Visite einem DDR-Bürger die neusten Kartoffelpreise nannte, kann als Spion abgeurteilt werden" (taz HH v. 9. Sept. 1994, „DemO: Komplott gegen Löffler").*

3 *Vgl. das Interview mit Dieter Popp am Anfang dieses Buchs.*

4 *Hinter vorgehaltener Hand musste über dieses unbestreitbare Problem nicht gesprochen werden. Durchaus nicht alle einschlägig in Frage kommenden Richter und Staatsanwälte sind der Intention des § 116 des Richtergesetzes (von 1961) gefolgt und haben von der Möglichkeit eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Dienst bei vollem Pensionsausgleich Gebrauch gemacht, und auch noch in den 70er Jahren fanden sich „in Urteilen der Hamburger Justiz Namen von Richtern und Staatsanwälten aus den Vor- und Nachschauprotokollen", mit denen während der NS-Zeit eine Gleichschaltung der Justiz stattgefunden hatte, vgl. Helge Grabitz: In vorauseilendem Gehorsam … Die Hamburger Justiz im „Führerstaat". Normative Grundlagen und politisch-administrative Tendenzen". In: Helge Grabitz / Klaus Bästlein: Justiz in der Freien und Hansestadt Hamburg 1933–1945. Hg. v. d. Landeszentrale für politische Bildung. Hamburg 1993, S. 3–55, hier S. 55. Doch die übriggebliebenen Juristen, auf deren „Aussterben" gewartet wurde, waren nicht „gehievt", sondern belassen worden. Ob Hamburg eine diesbezügliche Hochburg war, müsste untersucht werden. Gegen diesen*

Missstand in der Öffentlichkeit zu protestieren, wäre Löffler möglich gewesen, zumal er Oppositioneller war, die Personalpolitik dagegen von der SPD verantwortet wurde; solcher Protest hätte möglicherweise weniger Aufwand gekostet, als für die DDR zu „kundschaften".

5 *Helmut Müller-Enbergs: Schalck-Golodkowski, Alexander. In: Wer war wer in der DDR? Bd. 2., 5. Aufl., Berlin 2010.*

6 *Löffler meint Dr. Martin Willich und möglicherweise den Umstand, dass Willich, der dem engsten Kreis um den CDU-Landesvorsitzenden Jürgen Echternach angehörte, vermutlich im Wege der Parteipatronage den gut dotierten Posten eines Geschäftsführers bei Studio Hamburg erhielt, vgl. Helmut Stubbe da Luz: Echternach, Jürgen. In: Hamburgische Biografie 6 (2012), S. 80–82.*

7 *Vgl. zu dieser Entscheidung weiter oben die Zeittafel.*

8 *Helmut Ridder: Die deutsch-deutsche Spionage im Okular der westdeutschen Deutschland-Jurisprudenz. Bonn 1996.*

9 *Die Bundesregierung richtete am 2. Sept. 1956 eine Verbalnote nebst Memorandum an die UdSSR, worin die gemeinsame Verantwortung der vier Siegermächte für eine Wiedervereinigung Deutschlands hervorgehoben wurde; den drei weiteren Siegermächten wurde dieses Memorandum zur Kenntnis gegeben.*

10 *Mit E-Mail vom gleichen Tage ist Gerd Löffler um Freigabe dieser Art von Schlusswort für die Ausstellung „Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg" gebeten worden; er hat sie mit E-Mail vom 19. Februar erteilt.*

Teil E

Anhang

Quellen und Literatur

Archivalien

Bundesarchiv, Koblenz

B 106 Bundesministerium des Innern
B 106/15790, Schmidt-Wittmack
B 136 Bundeskanzleramt
B 136/1756, Schmidt-Wittmack
B 237 Bundesverfassungsgericht
B 237/92429, Schmidt-Wittmack
B 362 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
B 362/3652 ff. Rolf Grunert

BStU, Berlin

Akten zu
Dürrbeck, Heinz (XV 13853/60 „Wein"),
Gaßmann, Hermann (XV 2525/65 „Bach" und „Bord"),
Grunert, Rolf (IX 53/63 „Wilhelm Schneider"),
Jaeger, Wolfgang (I/1124/60 „Günther"),
Koppe, Johannes (XV 16054/60 „Tessen"),
Polte, Ruth (XV2671/60 „Blumenfeld"),
Rüden, Arved (XV 126/71 „Gerd"),
Schmidt-Wittmack, Karlfranz (II / 352 „"Timm" und „Weilich"),
Wand, Kurt jun. (XV 107/72 „Kugel"),
Wand, Kurt sen. (XV 14586/60 „Hülse).

BStU, Außenstelle Rostock

BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XV
01 – Informationen; operative Auskünfte der HV A
02 – Anwerbung, Berichte von IM
03 – Operative Objekte
04 – Argumentations-, Informationsmaterial

Bundesverwaltungsamt, Außenstelle Gießen

S I 7 – Folgeaufgaben ehemalige Bundesaufnahmestellen
Aufnahmeverfahren aus dem Jahre 1960
Az.: S I 7 – 720 471 B: Hötzsch, Ruth, gesch. Wieprich

Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, ZBW – Standort Hamburg

Pressearchiv

Generalbundesanwalt, Karlsruhe

Die auf Mikrofilm gespeicherten Akten aus den Ermittlungsverfahren Johannes Koppe 6 BJs 18/79 und Karlfranz Schmidt-Wittmack BJs 381/54 sind offenbar im April 2015 im Zuge eines Übernahmeverfahrens durch das Bundesarchiv „zeitnah vernichtet worden", weil sie „nicht als archivwürdig bewertet wurden" (Benutzungsreferat des Bundesarchivs, B 1a – 2015/D-1006, a. d. Verf., 23. Juli 2015), vermutlich, weil kein Strafverfahren eingeleitet worden ist.

Hamburger Institut für Zeitgeschichte

[Hermann] Gaßmann 11 G 10 – 11 G 12 (Teilnachlass)

Hamburgische Bürgerschaft, Parlamentsdokumentation

Zeitungsausschnittsammlung

Staatsarchiv Hamburg

136-3 Verfassungsschutz
213-9 (General-)Staatsanwaltschaft HOLG – Strafsachen
(Akten zu Gaßmann, Grunert, Jaeger, Polte, Rüden, Wand jun.)
231-7 Amtsgericht Hamburg. Handels- und Genossenschaftsregister
(Akten zu Otto Finck)
351-11 Amt für Wiedergutmachung (Akten zu Otto Finck; Wand *sen.*)
364-15 Allgemeiner Studentenausschuss
731-8 Zeitungsausschnittsammlung

Archiv der VVN – BdA, Hamburg

Archiv der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e.V., VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg
Aktenbestand des Komitees ehemaliger politischer Gefangener

Hilfsmittel

--- Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit. Hg. BStU. Berlin 2012. http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421309364.

Alyu, Heide: Aktenverzeichnis zur Abteilung XV (Aufklärung) in der Bezirksverwaltung Rostock des Ministeriums für Staatssicherheit. Rostock 1998.

--- Bibliografie zum Staatssicherheitsdienst der DDR. Stand: Dezember 2013. Hg. v. Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. http://www.bstu.bund. de/DE/Wissen/Bibliothek/Auswahl-Bibliographie/bibliographie_Stand_2012. pdf?__blob=publicationFile.

Herbst, Andreas / Winfried Ranke / Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR. 4 Bde. Reinbek bei Hamburg 1994.

--- Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Hg. v. Roger Engelmann / Bernd Florath / Helge Heidemeyer / Daniela Münkel / Arno Polzin / Walter Süß:. Berlin: 2011; 2., durchges. Aufl. 2012.

Weber, Hermann / Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin: 2004; 2., überarb. und stark erw. Aufl. 2008. – Online-Ressource: http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html.
--- Wer war wer in der DDR. Ein Lexikon ostdeutscher Biografien. Hg. v. Helmut Müller-Enbergs / Jan Wielgohs / Dieter Hoffmann / Andreas Herbst / Ingrid Kirschey-Feix / Olaf W. Reimann. Berlin: 2001; 5. aktualis. u. erw. Neuausg. 2010. – Online-Ressource: http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html.
--- Wörterbuch der Mikropolitik. Hg. v. Peter Heinrich / Jochen Schulz zur Wiesch. Opladen 1998.
--- Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“ [Faksimile]. Hg. v. BStU, 2. Aufl. Berlin 1993. – Neudruck u.d.T. Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“. Hg. v. Siegfried Suckut. Berlin 1996.

Gedruckte Quellen

--- Adenauer: „Es musste alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953. Bearb. v. Günter Buchstab. Stuttgart 1986.
Albers, Detlev / Kurt Neumann / Kurt Wand (Hg.): Orientierungsrahmen, ohne Alternative? Zur Diskussion um Alternativen sozialdemokratischer Politik. Berlin 1976.
Albers, Detlev / Kurt Wand: Der „Stamokap“ – Streit bei den Jungsozialisten und die Ergebnisse ihres Bundeskongresses. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 18 (1973), S. 364–376.
„Wir alle werden unseren Auftrag erfüllen!“ Motivation, Situation, soziale Abstrafung und Forderungen der Kundschafter des Friedens. Hg. von der Initiativgruppe Kundschafter des Friedens fordern Recht in Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Plattform Niedersachsen der PDS (Dieter Popp / Monika Windhorn). O.O., o.J. [Bonn 1998].
Bätjer, Klaus, Jens Scheer u.a.: Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie. 66 Erwiderungen. Kritik des Reklamehefts „66 Fragen, 66 Antworten: Zum besseren Verständnis der Kernenergie“. Berlin 1976.
Bätjer, Klaus / Jens Scheer: Die Atomenergie in der DDR (Information zu Energie und Umwelt [der Universität Bremen], Teil A, Nr. 7). 2., überarb. Aufl., Bremen 1980.
Bauer, Werner: Der Schwur. Geschichten über Feliks Dzierzynski. (Ill. v. Wolf Leo). Berlin (Kinderbuchverlag) 1985.
Bauer, Werner: Der Kundschafter. (Ill. von Martha Hofmann). Berlin (Kinderbuchverlag) 1986.
Clausewitz, Carl von: Vom Kriege. Berlin 1932; erl. durch W. v. Scherff. Dresden 1901.
Chromow, Semen S. u.a.: Feliks Dzierzynski. Biographie. Aus d. Russ. Berlin: 3., erw. Aufl. 1989.

Doernberg, Stefan (u.a.): Außenpolitik der DDR. Sozialistische deutsche Friedenspolitik. Hg. v. Institut für Internationale Beziehungen (Potsdam). Berlin: 2., überarb. Aufl. (Staatsverlag der DDR) 1982.
Düysen, Wolfgang: Kommunisten im Staatsdienst. In: Verratene Treue: Die SPD und die Opfer des Kommunismus. Hg. v. Konrad Löw. Köln 1994, S. 113–128.
[Fricke, Karl Wilhelm:] Der Staatssicherheitsdienst. Ein Instrument der politischen Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Hg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn/Berlin 1962.
--- Fünfzig Jahre Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg. Gründungsgeschichte und Schlaglichter aus den Anfängen des Amtes. Interne Broschüre des Landesamtes für Verfassungsschutz [15 S.]. Hamburg 2000.
Funke, Rainer: Kundschafter im Dienst des Friedens. Hg. v. Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 1987 (Tatsachen, Personen, Hintergründe. Dokumentation der Presseabteilung / Ministerium für Staatssicherheit).
Funke, Rainer: Wie geheim ist unser Geheimdienst? ND-Gespräch mit Generalleutnant Dr. Wolfgang Schwanitz, Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS). In: Neues Deutschland v. 23. Nov. 1989, S. 4.
Gailat, Kurt: Parteien in der Bundesrepublik. In: Hauptverwaltung A. Geschichte, Aufgaben, Einsichten. Hg. v. Klaus Eichner / Gotthold Schramm. Berlin 2008.
Gast, Gabriele: Kundschafterin des Friedens. 17 Jahre Topspionin der DDR beim BND. Frankfurt a. M. 1999.
German, Juri: Schwert und Flamme. Erzählungen über Feliks Dzierzynski. Aus d. Russ. Berlin [-Ost]1952.
--- Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel. Erinnerungen, Dokumente, Totenliste. Initiativen für eine Gedenkstätte. Zsgest. von Ursel Hochmuth. Hg. v. VVN / Bund der Antifaschisten Fuhlsbüttel-Langenhorn-Norderstedt. Hamburg 1983.
Goljakow, Sergej / Wladimir Ponisowski: Richard Sorge: Kundschafter und Kommunist. Biografie. Berlin [-Ost] 1982.
Gross, Ingrid / Gerd Löffler: Carl Freiherr Auer von Welsbach (1858–1929). Erfinder, Entdecker und Entrepreneur. Klagenfurt 2012.
Grunert, Herma: Vivaldi, Liebe und Verrat. Ein Tagebuch. Berlin 2003.
Grunert, Rolf: Vorschläge zur Realisierung des Europol-Gedankens. In: Materialien für die Neuordnung der Verbrechensbekämpfung und Verbrechensverhütung in Europa. Hg. v. Bund Deutscher Kriminalbeamter. Berlin 1974, S. 6–10.
Grunert, Rolf: Der Kriminalkommissar. Biografie. Berlin 2003.
--- Hauptverwaltung A. Geschichte, Aufgaben, Einsichten. Referate und Diskussionsbeiträge der Konferenz am 17./18. November 2007 in Odense. Hg. v. Klaus Eichner / Gotthold Schramm. Berlin 2008.
Heise, Gertrud: Der Ernst des Lebens. Fast Biografisches aus dem Künstlerleben von Ernst Heise. Berlin 2004.
Hochmuth, Ursel / Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Berichte und Dokumente. Frankfurt/M. 1969.
Hochmuth, Ursel / Ursula Suhling: Ehrenfeld für Verfolgte der NS-Herrschaft. Eine Begräbnis- und Gedenkstätte der Geschwister-Scholl-Stiftung auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Hg. v. VVN – Bund der Antifaschisten e.V. Hamburg / Willi-Bredel-Gesellschaft, Geschichtswerkstatt e.V. Hamburg 2012.

Hötzsch [spätere Polte], Ruth: Vom Alltag des Untersuchungshäftlings beim Staatssicherheitsdienst. Erlebnisbericht (leicht gekürzt) des ehemaligen Häftlings Ruth Hötzsch, Diplom-Slawistin, niedergeschrieben 1960. In: [Karl Wilhelm Fricke:] Der Staatssicherheitsdienst. Ein Instrument der politischen Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Hg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn/Berlin 1962, S. 187–197.
Holthus, Manfred / Kurt Wand: Bundesrepublik und DDR. Wege der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Hamburg 1974 (HWWA-Report, 24).
Kleinert, Peter: Gert Löffler. Teil 5 der Sendereihe „Macht und Ohnmacht – Sechs deutsche Portraits“ (KAOS-Kunst und Video-Archiv Köln e.V.); 18. Mai 1998, 23.50 Uhr Sat 1 (29 min.).
Klemperer, Victor: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Teil 2: Tagebücher 1950–1959. Berlin 1999.
--- Konterspionage – Die DDR-Aufklärung in den Geheimdienstzentren. Hg. v. Klaus Eichner / Gotthold Schramm (Hg.): Berlin 2010.
Koppe, Johannes: Atomstrom. Energie und Technik für die Welt von morgen. Hamburg: Verlags-u. Wirtschaftsgesellschaft der Elektrizitätswerke 1969.
Koppe, Johannes (Bearb.): Zum besseren Verständnis der Kernenergie. 66 Fragen: 66 Antworten. Hg. v. Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW) / Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK). Hamburg 1971.
Koppe, Johannes / Hans-Heinrich Henk: Basiswissen zum Thema Energie. Teil 1. Hg. v. den HEW. Hamburg o.J. [1980].
[Koppe, Johannes /] Uwe Markus: Kerngeschäft. Das Doppelleben des Atomspions Dr. Johannes Koppe. Berlin 2012.
--- Koppes Bahn. In: Kundschafter des Friedens. Hg. v. Siegfried Hempel. Bd. 1. Leipzig 1989, S. 189–244.
--- Arbeit für eine Krisenregion: Regionale Beschäftigungspolitik am Beispiel eines „Beschäftigungsprogramms Küste“. Hg. v. Werner Loewe / Kurt Wand. Köln 1988.
--- Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich. Hg. v. Klaus Eichner / Gotthold Schramm. Mit einem Vorw. von Markus Wolf und Werner Grossmann. Berlin 2003.
Löffler, Gerd: Kurzschluß. Energie-Situation in Hamburg. Gedanken zu einem Konzept. Hamburg 1981.
Löffler, Gerd: Kidnapping durch den Rechtsstaat. In: Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich. Hg. v. Klaus Eichner / Gotthold Schramm. Berlin 2003, S. 136–146.
Löffler, Gerd: Auf Transport. In: Der Botschaftsflüchtling und andere Agentengeschichten. Hg. v. Gotthold Schramm. Mit einem Geleitwort von Markus Wolf und Werner Großmann. Berlin 2006.
Löffler, Gerd: Das waren noch Zeiten. Ein agenturischer Mitarbeiter zwischen den Elbmetropolen. In: Die Militäraufklärung der NVA. Ehemalige Aufklärer berichten. Im Zentrum und im Einsatz. Hg. v. Bernd Biedermann / Harry Schreyer / Bodo Wegmann. Berlin 2007, S. 157–162.
Loest, Erich: Prozesskosten. Bericht. Göttingen 2007.

--- Die Militäraufklärung der NVA – ehemalige Aufklärer berichten. Im Zentrum und im Einsatz. Wegmann, Bodo / Harry Schreyer / Bernd Biedermann. Berlin 2007.
Müller, Silvia: Es kann dich jederzeit wieder erwischen. Ein Gespräch mit der 56erin Charlotte Kossuth. In: Horch und Guck, Heft 37/2002, S. 8–13.
Müllner, Johannes: „Um uns're Stärke mussten wir hart ringen." Skizzen einiger Stationen, Kämpfe und Konflikte von 1957 bis 1989. In: „Wartet nicht auf andere, packt jetzt selbst mit an". Texte, Fotos und Dokumente zur Geschichte der IG Metall in Hamburg 1945–90. Hg. v. d. IG Metall Vwst. Hamburg. Hamburg 1995, S. 87–106.
--- Die frühen Nachkriegsprozesse. Hg. v. d. KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Red. Kurt Buck. Bremen 1997.
--- Zur Perspektive der sozialdemokratischen Linken. Hg. v. Kurt Wand. Hamburg 1973.
Popp, Dieter: Aufklärung imperialistischer Diversionsstrategien und die Strategie „Wandel durch Annäherung". In: Auferstanden aus Ruinen. Über das revolutionäre Erbe der DDR. Hg. v. d. Redaktion der Zeitschrift Offensiv. Hannover 2000, S. 104–142.
Popp, Dieter: Kundschafter des Friedens. In: „Wir alle werden unseren Auftrag erfüllen!". Motivation, Situation, soziale Abstrafung und Forderungen der Kundschafter des Friedens. Hg. von der Initiativgruppe Kundschafter des Friedens fordern Recht in Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Plattform Niedersachsen der PDS (Dieter Popp / Monika Windhorn). O.O., o.J. [Bonn 1998].
Popp, Dieter: Asriel und Aurikel. In: Kundschafter im Westen, Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich. Hg. von Klaus Eichner/Gotthold Schramm. Mit einem Vorwort von Markus Wolf und Werner Großmann. Berlin 2003.
Schmidt-Wittmack, Karlfranz: Politik der Stärke führt nicht zur Wiedervereinigung. In: Neues Deutschland, 27. Aug. 1954.
Schmidt-Wittmack, Karlfranz: So geht es nicht weiter. Berlin 1954.
Schmidt-Wittmack, Karlfranz: Wann finden sie den Mut zu reden? Hg. v. d. Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Berlin 1956.
Schmidt-Wittmack, Karlfranz: Handel statt Embargo. In: Deutsche Außenpolitik (Berlin-Ost) 2 (1957), S. 182–190.
--- Ralf Schröder (1927–2001). Das schwierige Leben eines bedeutenden Slawisten. 2 Bde. Hg. v. Willi Beitz. Leipzig 2003.
--- Ralf Schröder. Unaufhörlicher Anfang. Vorboten eines Romans. Hg. v. Michael Leetz. Gransee 2011.
Schröder, Winfried: Leipzig 1957. Romanisches Institut. In: Lendemains. Etudes comparées sur la France 73 (1994), S. 188–144.
--- Spionage für den Frieden. Konferenz am 7. Mai 2004 in Berlin. Hg. v. Klaus Eichner / Gotthold Schramm: Berlin 2004.
--- Spur und Schatten. Erzählungen über Tschekisten. Hg. v. Eduard Ullmann. Aus d. Russ. übers. von Thea-Marianne Bobrowski. Berlin / DDR 1987.
Stiller, Werner: Im Zentrum der Spionage. Mainz 1986.
Stiller, Werner: Der Agent. Mein Leben in drei Geheimdiensten. Berlin 2010.

--- Der Thesenstreit um „Stamokap“. Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten. Reinbek 1973.
--- Top-Spione im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich. Mit einem Vorw. von Markus Wolf und Werner Grossmann. Hg. v. Klaus Eichner / Gotthold Schramm: Berlin: 2., veränd. Aufl. des Titels „Kundschafter im Westen“ (2003) 2008.
Wand, Kurt (sen.): Reppin, Stange und Komplizen. In: Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel. Erinnerungen, Dokumente, Totenliste. Initiativen für eine Gedenkstätte. Zsgest. v. Ursel Hochmuth / Erna Meyer. Hg. v. VVN / Bund der Antifaschisten Fuhlsbüttel-Langenhorn-Norderstedt. Hamburg 1983, S. 49.
Wand, Kurt (jun.): Ist der SHB noch sozialdemokratisch? Interview (geführt von Helga Renken). In: Uni HH Nr. 16, 22. Okt. 1971.
Wand, Kurt (jun., mit Detlev Albers / Kurt Neumann:) Anmerkung zu Theorie und Praxis des Juso-Bundesvorstands. In: Der Thesenstreit um „Stamokap“. Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten. Reinbek 1971, S. 127–159.
Wand, Kurt (jun., mit Detlev Albers:) Der „Stamokap“- Streit bei den Jungsozialisten und die Ergebnisse ihres Bundeskongresses. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 18 (1973), S. 364–376.
Wand, Kurt (jun.): Zum Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Strukturwandel in der BRD, 1950–1970. Hamburg 1974 (HWWA-Report 27).
Wand, Kurt (jun.): Projekt „Beschäftigungsprogramm Küste“. Vorschläge für ein Programm qualitativen Wachstums auf der Grundlage öffentlicher oder öffentlich initiierter Investitionen. Forschungsvorhaben im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Hg. v. GEWOS, Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung. Hamburg 1986.
Warnke, Helmuth: „Bloß keine Fahnen“. Auskünfte über schwierige Zeiten 1923-1954. Hamburg 1988.
Wolf, Markus: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen. Aus d. Engl. München: Erw. und bearb. Fassung der Orig.-Ausg. 1997.
Zemke, Herma: Matthäus. Roman. Hamburg 1984. – Herma Zemke heiratete 1990 Rolf Grunert.

Literatur

--- Aktenlage: Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. Hg. v. Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann. Wissenschaftliche Tagung MfS-Akten und Zeitgeschichtsforschung. Berlin 1994. Berlin: 2. Aufl. 1995.
--- Der allmächtige Geheimdienst – ein Relikt der Vergangenheit? Zur Transformation der Geheimdienste Mittel- und Osteuropas nach 1990. Hg. v. Wolbert K. Smidt / Irina Mohr / Helmut Müller-Enbergs. Berlin 2012 (Demokratie und Geheimdienste 3).

--- Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch. Für den BStU hg. v. Klaus-Dietmar Henke / Siegfried Suckut / Thomas Großbölting. Bonn/Berlin: 2008 ff. – Ungezählte Bände.
Ammer, Thomas / Hans-Joachim Memmler: Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung. Köln 1991.
--- Amnestie – Straffreiheit – Schlussgesetz? Beiträge und Materialien / Anhörung Amnestiedebatte und Schlussgesetz der PDS-Bundestagsgruppe am 25. März 1995 im Berliner Abgeordnetenhaus. PDS im Bundestag. Hg. v. d. Bundestagsgruppe der PDS, Bereich IV, Rechts-, Innen-, AusländerInnen-, Bildungs- und Kulturpolitik. Red.: Uwe-Jens Heuer. Berlin 1995
Andresen, Karen: So etwas wie eine Mauer. Über Traute Müller (SPD) und ihren Lebenspartner Kurt Wand (Stasi). In: Der Spiegel 49/1993, 108 f.
Appen, Kai von / Fritz Storim: Ein streitbarer Drucker [Josef Bergmann]. In: taz v. 26. Februar 2005.
Bartel, Frank / Jürgen Karpinski: Auszeichnungen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (-Ost) 1979.
Bartel, Frank: Auszeichnungen der Deutschen Demokratischen Republik 1949–1990. DDR-Spezialkatalog. Berlin: 2. Auflage 1998.
Becker, Jens: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie. Hamburg 2001.
Benz, Georg: Heinz Dürrbeck – ein Opfer des Kalten Krieges. In: Wissen, um zu handeln. Ein Buch der Solidarität mit Heinz Dürrbeck. Hg. v. Edith Großpietsch/Georg Benz. Göttingen 1998, S. 13–62.
Bergh, Hendrik van: ABC der Spione. Eine illustrierte Geschichte der Spionage in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945. Pfaffenhofen a.d. Ilm 1965.
Bergmann, Wolfgang: „Es ist kein juristischer Erfolg zu vermelden." Die Ungleichbehandlung der Spionagetätigkeit der zwei deutschen Staaten hält an und hat auch Folgen für die Altersversorgung. Gespräch mit Dieter Popp. In: Junge Welt v. 25. März 2015.
Berlin, Jörg: Willi Prinz (1909–1973). Ein Vorsitzender der Hamburger KPD als Opfer des Stalinismus. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 96 (2010), S. 101–139.
Boveri, Margret: Der Verrat im 20. Jahrhundert. Reinbek bei Hamburg: 1956; 1. Aufl. der einbänd. Gesamtausg. 1976.
Bozyakali, Can: Das Sondergericht am Hanseatischen Oberlandesgericht. Eine Untersuchung der NS-Sondergerichte unter besonderer Berücksichtigung der Anwendung der Verordnung gegen Volksschädlinge. Frankfurt a.M. u.a. 2004.
Brill, Hartmuth: Die „Politik der Elbe". Hamburgische Ostpolitik in der Ära Sieveking (1953-1958). Hamburg: Staatsexamensarbeit Uni HH, 1984.
Buschfort, Wolfgang: Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik. 1947–1961. Paderborn u.a. 2004.
Christier, Holger: Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und die KPD in Hamburg 1945–1949. Hamburg 1975.
Diercks, Herbert: Die Wachleute des KZ Fuhlsbüttel ab 1948 vor Gericht. In: Die frühen Nachkriegsprozesse (Red. Kurt Buck). Hg. v. d. KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Bremen 1997, S. 75–92.

Doehring, Karl: Zur Ratio der Spionenbestrafung – Völkerrecht und nationales Recht. In: Zeitschrift für Rechtspolitik 1995, S. 293ff.
Dörrenberg, Dirk: Spionageabwehr 10 Jahre nach Beendigung des Kalten Krieges. In: Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit. Hg. v. Bundesamt für Verfassungsschutz. Köln 2000, S. 355–372.
Eiber, Ludwig: Arbeiterwiderstand gegen Faschismus und Krieg 1933–1945. In: „Wir sind die Kraft". Arbeiterbewegungen in Hamburg von den Anfängen bis 1945. Katalogbuch zu Ausstellungen des Museums für Hamburgische Geschichte. Hamburg 1988, S. 271–315.
Eiber, Ludwig: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Hansestadt Hamburg in den Jahren 1929 bis 1939. Werftarbeiter, Hafenarbeiter und Seeleute. Konformität, Opposition, Widerstand. Frankfurt a.M. u.a. 2000.
Engberding, Rainer O. M.: Lexikon der polizeilichen Spionagebekämpfung. Hg. v. Bundeskriminalamt. Meckenheim 1987.
Fahimi, Yasmin / Ulf-Birger Franz: 25 Jahre Hannoveraner Kreis / Juso-Linke. In: spw. Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 58 (1997), H. 2. 2/97, http://www.spw.de/9702/jlhk25.html.
Foitzik, Jan / Nikita W. Petrow: Die sowjetischen Geheimdienste in der SBZ/DDR von 1945 bis 1953. Berlin u.a. 2009.
--- „Dass die Frage der Wiedergutmachung ... zu einem öffentlichen Skandal geworden ist". Zur Tätigkeit der ehemals verfolgten Sozialdemokraten 1945–2005. Hg. v. der SPD / Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten. Hamburg 2008.
Fricke, Karl Wilhelm / Roger Engelmann: Konzentrierte Schläge: Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953-1956. Berlin 1998.
Friedrich, Carl. J.: Pathologie der Politik. Die Funktion der Missstände Gewalt, Verrat, Korruption, Geheimhaltung, Propaganda. Aus d. Amerik. (1972). Frankfurt a.M. / New York 1973.
Gablik, Axel F.: Eine Strategie kann nicht zeitlos sein. Flexible Response und Wintex. In: Die Bundeswehr 1955 bis 2005: Rückblenden, Einsichten, Perspektiven. Hg. v. Frank Nägler. München 2007, S. 313–328.
--- Geschichte der Spionage. Von Theben bis Topas: Vier Jahrtausende Verrat. In: Spiegel Special 1/1996, S. 123–127.
--- Das Gesicht dem Westen zu … DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Hg. v. Georg Herbstritt / Helmut Müller-Enbergs: Bremen: 2., verb. Aufl. 2003.
Gruber, Georg: Eine starke Lobby. Das deutsche Atomforum und die Entwicklung der Kernenergie. Sendung im Deutschlandradio Kultur 27. Main 2009 (http://www.deutschlandradiokultur.de/eine-starke-lobby.984.de.html?dram:article_id=153470).
Gursky, André: Zum Rechtsverständnis des MfS zwischen 1950 und 1960. In: Recht und Rechtsprechung in der DDR? Vorträge in der Gedenkstätte „Roter Ochse" Halle (Saale). Magdeburg 2002, S. 31–43.
Gursky, André: Zivilcourage. Der 17. Juni 1953 in Halle. Die Verfolgung und Verurteilung von Teilnehmern des Volksaufstandes, dargestellt auf der Grundlage von Akten der Justiz und des Ministeriums für Staatssicherheit. Magdeburg: Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt 2003.

Gursky, André: Verfolgung und Verhaftung politisch Missliebiger an der Philosophischen Fakultät der Martin Luther-Universität Halle 1948–1958. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 15 (2004), S. 17–33.
Gursky, André: Die Friedliche Revolution 1989 und die Haftanstalt „Roter Ochse". In: Deutschland-Archiv 42 (2009), S. 1002–1010.
Gursky, André: Rechtspositivismus und konspirative Justiz als politische Strafjustiz in der DDR. Frankfurt am Main 2011.
Gutfleisch, Ulf: Staatsschutzstrafrecht in der Bundesrepublik Deutschland 1951–1968. Berlin 2014.
--- Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991. Hg. v. Lukasz Kaminsk / Krzysztof Persak / Jens Gieseke. Göttingen 2009.
Hecht, Jochen: Die Poesie als Magd des Staatssicherheitsdienstes. Beitrag für die Internationale DDR-Forschertagung in Weimar, November 2005 (http://www.bstu.bund.de/DE/Archive/Fachbeitraege/poesie.html, 1. Aug. 2015).
Herbstritt, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Göttingen 2007. – Auch Online-Ressource.
Herde, Peter: Sorge, Richard. In: Neue Deutsche Biographie (NDB) 24 (2010), S. 600 f.
Herzberg, Guntolf: Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58. Berlin 2006.
Kabus, Andreas: Auftrag Windrose. Der militärische Geheimdienst der DDR. Berlin 1993.
Kaufmann, Bernd, u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937. Berlin 1993.
Kerz-Rühling, Ingrid / Tomas Plänkers: Verräter oder Verführte. Eine psychoanalytische Untersuchung inoffizieller Mitarbeiter der Stasi. Unter Mitarbeit von Helmut Müller-Enbergs. Berlin 2004.
Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999.
Knabe, Hubertus: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung" und „Abwehr". Berlin 1999.
--- Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren. Hg. v. H. Weber / D. Staritz. Berlin 1993.
Krieger, Wolfgang: Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges. München 1997.
Krieger, Wolfgang: Geschichte der Geheimdienste. Von den Pharaonen bis zur NSA. München 2009.
Krüger, Dieter / Armin Wagner (Hg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin 2003.
Kubina, Michael: „In einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt …". Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 32 (1996), S. 340–374.
Kubina, Michael: Ifo-Dienste und andere parteiinterne „Vorläufer" des MfS. In: Deutschland-Archiv 31 (1998), S. 994–1006.

Lampe, Joachim: Juristische Aufarbeitung der Westspionage des MfS. Eine vorläufige Bilanz. Festvortrag gehalten am 18. Juni 1999 in der Akademie für politische Bildung in Tutzing. Hg. v. BStU. Berlin: 3., durchges. Aufl. 2002. Online-Ressouce.
Lampe, Joachim: 60 Jahre Staatsschutz im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit „Spionage – Der kalte Krieg und sein Ende"(www.bka.de/nn_234328/.../06_STVeranstaltungRedeLampe.pdf, 20. Aug. 2015).
Langguth, Gerd: Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. 1968-1976. Köln 1976.
Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Göttingen 2005.
Lübeck, Wilfried: „Fortwährende Überprüfungen aller Bevölkerungsschichten". Der Informationsdienst der KPD/SED als Vorläufer der Staatssicherheit. In: Deutschland-Archiv 31 (1998), S. 629–634.
Macrakis, Kristie: Seduced by secrets. Inside the Stasi´s spy-tech world. Cambridge [u.a.] 2008.
Mader, Julius: Dr.-Sorge-Report. Ein Dokumentarbericht über Kundschafter des Friedens mit ausgewählten Artikeln von Richard Sorge. Berlin 1985.
Meyer, Herbert: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern ...? Zu den Parteisäuberungen in der KPD und der Mitwirkung der SED. Berlin 1995 (Hefte zur DDR-Geschichte 29).
Meyer, Herbert: Parteisäuberungen in der bundesdeutschen KPD – Ein westeuropäisches Fallbeispiel. In: Utopie kreativ, H. 81/82 (Juli/August) 1997, S. 134–142.
Manig, Bert-Oliver: Die Politik der Ehre. Die Rehabilitisierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2004.
--- Militärspionage. Die DDR-Aufklärung in NATO und Bundeswehr. Hg. v. Rainer Rupp / Karl Rehbaum / Klaus Eichner. Berlin 2011.
Montag, Andreas: Angst danach war schlimmer als Haft: Erinnerungen einer ehemaligen Insassin des berüchtigten Zuchthauses „Roter Ochse" in Halle. In: Mitteldt. Ztg., Ausg. Halle, Bd. 3. (1992), Nr. 17, S. 3.
Müller, Reinhard: „Rotes Arbeiter-Hamburg". Zur Politik der KPD 1924–1933. In: „Wir sind die Kraft". Arbeiterbewegungen in Hamburg von den Anfängen bis 1945. Katalogbuch zu Ausstellungen des Museums für Hamburgische Geschichte. Hamburg 1988, S. 233–269.
Müller, Stefan: Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter. Heinz Dürrbeck (1912–2001). Essen 2010.
Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit.
Teil 1: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen. Berlin: 2., durchges. Aufl. 1996.
Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1998.
Teil 3: Statistiken (u. Mitarb. v. Susanne Muhle). Berlin 2008.

Müller-Enbergs, Helmut (Unter Mitarb. von Sabine Fiebig): „Rosenholz". Eine Quellenkritik. Hg. v. BStU. Berlin: 2. Aufl. 2007. – Online-Ressource: http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Aktenfunde/Rosenholz/rosenholzbericht2007_pdf.pdf?__blob=publicationFile.
Müller-Enbergs, Helmut: Die inoffiziellen Mitarbeiter. Hg. v. Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 2008.
Müller-Enbergs, Helmut: Die Organisation der Wissenschafts- und Technikspionage der DDR. Das Beispiel Hauptverwaltung A des MfS. In: Sicherheit in Organisationen. Mit Beiträgen von Sven Litzke u.a. Frankfurt 2009, S. 49–72.
Müller-Enbergs, Helmut: Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben, Strukturen, Quellen. Hg. v. BStU. Berlin 2011.
Müller-Enbergs, Helmut: Die inoffiziellen Mitarbeiter. Hg. v. d. BStU. Berlin: 3. durchges. Aufl. 2012 (Anatomie der Staatssicherheit).
Oldenburg, Christel: Tradition und Modernität. Die Hamburger SPD von 1950–1966. Tradition und Modernität. Berlin u.a. 2009.
--- Orientierungsrahmen, ohne Alternative? Zur Diskussion um Alternativen sozialdemokratischer Politik. Hg. v. Detlev Albers / Kurt Neumann / Kurt Wand. Berlin 1976;
Otto, Wilfriede: Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten. Berlin 2000.
Piekalkiewicz, Janusz: Weltgeschichte der Spionage. Agenten – Systeme – Aktionen. Mit einem Geleitwort von Dr. Richard Meier, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz a.D. München 1988.
Richter, Walter: Der militärische Nachrichtendienst der Nationalen Volksarmee der DDR und seine Kontrolle durch das Ministerium für Staatssicherheit, Frankfurt a.M. 2002.
Ridder, Helmut: Die deutsch-deutsche Spionage im Okular der westdeutschen Deutschland-Jurisprudenz. Bonn 1996.
Roewer, Helmut / Stefan Schäfer / Matthias Uhl: Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert. München 2003.
Roewer, Helmut: Skrupellos. Die Machenschaften der Geheimdienste in Russland und Deutschland. 1914–1941. Leipzig 2004.
Rohwedder, Uwe: Kalter Krieg und Hochschulreform. Der Verband Deutscher Studentenschaften in der frühen Bundesrepublik (1949–1969). Essen 2012.
Schlomann, Friedrich W.: Die Maulwürfe. Die Stasi-Helfer im Westen sind immer noch unter uns. Berlin: 2., aktual. Aufl. 1994.
Schlomann, Friedrich W.: Was wußte der Westen? Die Spionage des CIA, des britischen SIS, der französischen DGSE und des BND gegen den Sowjetblock von 1945–1990: Die westalliierten Militärverbindungsmissionen in Potsdam. Aachen 2009.
Scholz, Michael F.: Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration. Die ehemaligen KPD-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR. Stuttgart 2000.

Schulenberg, Wolfgang: „Top-Spion“ oder Opfer der deutsch-deutschen Wiedervereinigung? Der Abgeordnete Gerd Löffler zwischen DDR-Geheimdienst und Hamburger CDU. Frankfurt am Main 2014.
--- Strafjustiz und DDR-Unrecht. Hg. v. Klaus Marxen / Gerhard Werle.
Band 4, Teilband 1: Spionage. Berlin 2004.
Band 4. Teilband 2: Spionage. Berlin 2004.
Band 6: MfS-Straftaten. Berlin 2006.
Strupp, Christoph: Das Tor zur Welt, Die „Politik der Elbe“ und die EWG. Hamburger Europapolitik in den 1950er und 1960er Jahren. In: Themenportal Europäische Geschichte (2010), http://www.europa.clio-online.de/2010/Article=455.
Stubbe da Luz, Helmut: Von der „Arbeitsgemeinschaft“ zur Großstadtpartei. 40 Jahre Christlich Demokratische Union in Hamburg (1945–1985). Hamburg 1985.
Stubbe da Luz, Helmut: Union der Christen – Splittergruppe – Integrationspartei. Wurzeln und Anfänge der Hamburger CDU bis Ende 1946. Hamburg: Diss. phil. 1990.
Stubbe da Luz, Helmut: Britische Besatzung und beginnende deutsche Parteipolitik in Hamburg 1945/46. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 77 (1991), S. 123–181.
Stubbe da Luz, Helmut: Die Deutsche Partei in Hamburg. Wurzeln, Anfänge, Umfeld, Erfolge und Niedergang. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 79 (1993), S. 211–280.
Stubbe da Luz, Helmut: Exemplare des Homo occupans napoleoniensis. Zeugnisse französischer Akteure aus Hamburgs intensivster Besatzungszeit (1811–1814). In: ders. (u. Mitarbeit v. Swantje Naumann): Die französischen Besatzer in Hamburg. Zeugnisse zu den Jahren 1811-1814. Mit Fotografien von Reinhard Scheiblich. Begleitband zur Ausstellung in der Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität, 24. April – 30. Juni 2013. Hg. v. der Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität. Hamburg 2013, S. 27–97.
Thiemrodt, Ivo: Strafjustiz und DDR-Spionage. Zur Strafverfolgung ehemaliger DDR-Bürger wegen Spionage gegen die Bundesrepublik. Berlin 2000.
Vogt, Sascha: JusoLinke. 40 Jahre theoretische Orientierung der Jusos. Vom Hannoveraner Kreis zum Netzwerk linkes Zentrum. Dortmund (spw-Verl.) 2011.
Wagner, Armin: Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953 bis 1971). Hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Berlin 2002.
Wagner, Armin / Matthias Uhl: BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärspionage in der DDR. Berlin 2007.
Wegmann, Bodo: Zwischen Normannenstraße und Camp Nikolaus. Die Entstehung deutscher Nachrichtendienste nach 1945. Berlin 1999.
Wegmann, Bodo: Die Militäraufklärung der NVA. Die zentrale Organisation der militärischen Aufklärung der Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik. 2. Auflage. Berlin 2006.
Welp, Jürgen: Die Strafgesetzgebung der Nachkriegszeit (1945–1953). In: Das Strafgesetzbuch. Sammlung der Änderungsgesetze und Neubekanntmachungen. Supplementband I: 130 Jahre Strafgesetzgebung – Eine Bilanz. Berlin 2004, S.139–173.

Wember, Heiner: Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der Britischen Besatzungszone Deutschlands. Essen 1991.
Whymant, Robert: Der Mann mit den drei Gesichtern. Das Leben des Richard Sorge. Aus d. Engl. Berlin 2002.
Wilke, Manfred / Hans-Peter Müller / Marion Brabant: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik. Köln 1990.
Wilke, Manfred (Hg.): Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998.

Verzeichnis der Leihgeber

Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte der Universität Hamburg
Hamburger Institut für Zeitgeschichte
Hamburg Port Authority, Bibliothek
Hirschbiegel, Thomas, Hamburg
IG Metall, Hamburg
Kameramuseum Beidenfleth
Museum für Arbeit, Hamburg
Stadt Fürth – Rundfunkmuseum
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
Tonbandmuseum Gert Redlich, Wiesbaden
Universitätsbibliothek TU Braunschweig
Zentralbibliothek Recht der Universität Hamburg

Verzeichnis der Abbildungen

Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte der Universität Hamburg 29
Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR, Berlin, Außenstelle Rostock 1, 2, 3, 5b, 11, 35, 72, 73, 83, 91, 92, 95, 98, 105, 111, 120

Bibliothek der Helmut Schmidt Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg 6, 8a, 8b, 9, 12, 13, 14, 19, 23, 40, 57, 58, 65, 69, 78, 79, 80, 89, 91, 96, 113
Bild Hamburg 49
Böer, Christine 128
Bundesamt für Verfassungsschutz 17
Bundesverband Deutscher Kriminalbeamter 48
da Luz Rita, 5b, 7a, 20
Deutsche Nationalbibliothek Leipzig 65, 66
Deutsches Rundfunkarchiv, Potsdam 67a, 67b
Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, Hamburg 60
Express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 29
Fraatz, Baernd 124
Gedenkstätte „Roter Ochse", Halle/Saale 10, 89
Hamburger Abendblatt 93, 123, 128
Hamburger Institut für Zeitgeschichte 33, 50, 81, 82, 84, 85
Hamburger Morgenpost 15, 31, 45, 54, 59, 87, 126, 127
Hamburger Rundschau 85
Harburger Anzeigen und Nachrichten 100
Hamburgische Bürgerschaft, Parlamentsdokumentation, Presseausschnittssammlung 3, 4, 64, 119, 123, 126
Hamburg Port Authority, Bibliothek 78
Hirschbiegel, Thomas 24, 34, 38, 41, 46, 47, 52, 53, 56, 61, 76, 77, 104a, 104b, 110
IG Metall, Johannes Müllner 86
Kameramuseum Beidenfleth 97, 121
Krauß, Erika 15, 54, 59, 127
Magdeburg, Kulturhistorisches Museum und Museum für Naturkunde 16, 37
Müller-Enbergs Dr. Helmut, 4
NORA-Verlag, Berlin 106
Popp (Berlin) 31, 45
Privatbesitz 21, 99, 122
Public Adress Presseagentur Hoyer& Rammoser 87
Schulenberg, Wolfgang 125
Spiegel 63, 74
Stadt Fürth, Rundfunkmuseum 67 a, 67 b, 95
Staatsarchiv Hamburg 11,28, 35, 42, 51, 62, 68, 70, 75, 90, 101, 102, 103, 105, 107, 108, 109, 112, 114, 115, 116, 117, 118, 120
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky 27, 43, 44, 88, 92
Stiftung Kraftwerk Hirschfelde 64
St. Pauli Archiv e.V. 3
Stubbe da Luz, Helmut 5a, 5b, 7a, 7b, 18a, 18b, 20, 25, 26, 32, 39,40, 41, 47, 71
Tonbandmuseum Gert Redlich, Wiesbaden 22
Ullstein Bilderdienst 49, 55, 94
Universitätsbibliothek der TU Braunschweig 129
Zentralbibliothek Recht der Universität Hamburg,36
Zint, Günter 50, 81

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Agenturische Aufklärung (der NVA)
Abt.	Abteilung
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AHB	Außenhandelsbetrieb
AK	Abschöpfkontakt (NVA)
AKB	Auskunftsbericht
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe der Hauptabteilung II des Ministeriums für Staatssicherheit
AKW	Atomkraftwerk
AM	Agenturischer Mitarbeiter
APN	Außenpolitischer Nachrichtendienst
APO	Außerparlamentarische Opposition
BA	Bereich Aufklärung (MfNV)
BAfNS	Bezirksamt für Nationale Sicherheit
BDK	Bund Deutscher Kriminalbeamter
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BGH	Bundesgerichtshof
BKA	Bundeskriminalamt
BKK	Bereich
BMB	Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
BMG	Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BND	Bundesnachrichtendienst
BO	Beobachtungsobjekt
BPG	Bayerische Grenzpolizei
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV(S)	Bezirksverwaltung (Staatssicherheit)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CCG	Carl-Cranz-Gesellschaft e.V.
CDU	Christlich Demokratische Union
CDUD	Christlich Demokratische Union Deutschlands (DDR)
CIA	Central Intelligence Agency
CIMEX	Civil Military Exercise
CoCom	Coordinating Commitee for East West Trade Policy
DBB	Deutsche Bundesbank
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DFU	Deutsche Friedens-Union
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund

DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DS	Demokratischer Sektor (von Berlin)
DSF	Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft
DWK	Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen
EEM	Eisenacher Motoren-Werk
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FO	Feindobjekt; Führungsoffizier
GAL	Grün-Alternative Liste
GBA	Generalbundesanwalt
Gen.	Genosse
GI	Geheimer Informator
GHM	Geheime Hauptmitarbeiter
GKND	Gesprächskreis Nachrichtendienste in Deutschland e. V.
GM	Geheimer Mitarbeiter
G-Mittel	Geheimschreibmittel; auch GSM
GMA	Geheimer Mitarbeiter für besondere Aufgaben; GM-Akte
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GRH	Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V.
GRU	Hauptverwaltung Aufklärung der UdSSR (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije)
GSM	Geheimschreibmittel
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GT	Geheimtinte
Güst	Grenzübergangsstelle
HA	Hauptabteilung
HEW	Hamburgische Elektricitätswerke
HIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter
HWWA	Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv
HV A	Hauptverwaltung A (des MfS)
HO	Handelsorganisation
HOLG	Hanseatisches Oberlandesgericht Hamburg
HLK	Haager Landkriegsordnung
HWHH	Hilfswerk Helfende Hände
HWP	Hinweisperson; Hochschule für Wirtschaft und Politik
IGM	IG Metall
IKF	Initiativgruppe Kundschafter des Friedens fordern Recht
IM	Informeller Mitarbeiter
IMA	Inoffizieller Mitarbeiter für besondere Aufgaben; IM-Akte
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung
IME	Inoffizieller Mitarbeiter im besonderen Einsatz

IMK	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens
IM/K	Kandidat für die Verwendung als Inoffizieller Mitarbeiter
IMK/KO	IMK im Konspirativen Objekt
IM/P	Perspektiv-IM
IMV	Inoffizieller Mitarbeiter mit persönlichen Beziehungen zur bearbeiteten Person
IM-V	IM-Vorlauf: Person, die mit dem Ziel der Gewinnung zur inoffiziellen Mitarbeit in einem Vorgang erfasst war
ISOR	Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e. V. IWF Institut für wissenschaftliche Forschung
JHS	Juristische Hochschule des MfS
JU	Junge Union
KD	Kreisdienststelle
KGB	Der In- und Auslandsgeheimdienst der Sowjetunion (Komitee für Staatssicherheit, Komitet gossudarstwennoi besopasnosti pri Sowjete Ministrow SSSR)
KMU	Karl-Marx-Universität Leipzig
KO	Konspiratives Objekt
KoKo	Kommerzielle Koordinierung
KP	Kontaktperson
KPA	Kontaktpersonakte
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KUD	Kuratorium Unteilbares Deutschland
KVP	Kasernierte Volkspolizei
KW	Konspirative Wohnung
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz
MAD	Militärischer Abschirmdienst
MdB	Mitglied des Bundestags
MdHB	Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGB	Ministerium für Staatssicherheit (Ministerstwo Gossudarstwennoi Besopasnosti), Nachfolgebehörde des NKGB
MSB	Marxistischer Studentenbund (Spartakus)
NADIS	Nachrichtendienstlichen Informationssystem der Verfassungsschutzbehörden
NATO	North Atlantic Treaty Organization
ND	Neues Deutschland
nd.	nachrichtendienstlich
NEMP	Nuklearer elektromagnetischer Impuls
NKGB	Volkskommissariat für Staatssicherheit der UdSSR (Narodnij Komissariat Gossudarstwennoi Besopasnosti)

NSA	National Security Agency
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
OdF	Opfer des Faschismus
OG	Operationsgebiet
OGS	Operative Grenzschleuse
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
OLG	Oberlandesgericht
ORG	Organisation Gehlen
OSL	Oberstleutnant
OVO	Objektvorgang
PID	Politisch-ideologische Diversion
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PIM	Perspektiv-IM
Reg.-Nr.	Registriernummer
RF	Republikflucht
SAAS	Staatliches Institut für Atomsicherheit und Strahlenschutz
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei
SG	Sicherungsgruppe
SHB	Sozialdemokratischer (ab 1973 Sozialistischer) Hochschulbund
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SED-PDS	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands - Partei des demokratischen Sozialismus
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SIRA	System der Informationsrecherche der HV A
SOV	Sonderoperativvorgang
spw	Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft
StA HH	Staatsarchiv Hamburg
StRÄndG	Strafrechtsänderunggesetz
StEG	Strafrechtsergänzungsgesetz
StPO	Strafprozessordnung
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
Tscheka	ursprünglich WeTscheKa (russisch ВЧК) Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage (Wserossijskaja tschreswytschainaja komissija po borbe s kontrrewoljuziej, spekuljaziej i sabotaschem)
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften
VEB	Volkseigener Betrieb
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

VVO	Vaterländischer Verdienstorden
WINTEX	WINTer EXercise (Winterübung)
WWP	Weltweite Partnerschaft in Hamburg e.V. Solidarität für Afrika, Asien und Lateinamerika
ZAIG	Zentrale Auswertungs- uind Informationsgruppe (im MfS)

Namensregister

A

Abel, Rudolf-Iwanowitsch 160
Ackermann, Anton 305
Adenauer, Konrad 196, 290, 292, 314
Albers, Detlev 229, 236, 251 f., 521, 523, 529, 539
Albers, Wiborg 545
„Alf“ → Oehres
„Alfred“ (1.) 30
„Alfred“ (2.) 33
Appen, Kai von 608
„Alster“ → Rolf Grunert
Andersen (Hamburger AStA-Vors.) 466
„Anna Susanna“ 32, 36
„Anwärter“ 35
Apel, Hans 31

B

Bätjer, Klaus 358
Bahnsen, Uwe 608
Bahr, Egon 537 f.
Bartels (Wachmann) 338
Barth, Karl 299
Baudissin, Wolf Graf von 545
Baumgarte, Kurt (*alias* „John“) 333, 349
„Becker“ → Kurt Willi Wand sen.

„Beil“ 33
Benneter, Klaus-Uwe 536 f.
„Berg“ 30
Bergmann, Josef 198, 340, 350
Bergmann, Theodor 350
Berkhan, Willi 446
Bern (*alias* „Ernst“) 340
„Bernd“ 30
Berry, Vaughan 197
Beste, Hans-Dieter 299
Bettermann, Karl August 553
„Bettina“ 29
Beust, Achim-Helge von 192, 196, 201, 288 ff., 293, 297, 299, 305, 340, 351
Beyrich, Franz 199
Biedermann, Bernd 70, 275, 593
Biermann, Wolf 537, 543
Bismarck, Otto von 178, 289, 299
Blank, Theodor 306, 315
Blumenthal (komm. Funktionär) 341
Böhm, Winfried 409
Böttger (Arzt) 463, 465
„Boje“ 30
Borkenhagen, Peter 603
Brandler, Heinrich 186 f., 197, 329, 331, 340
Brandt, Willy 500
Brauer, Max 193, 197, 200, 288, 304
Breshnew, Leonid I. 223
Brockhagen, Alfred 310
Brünneck, Alexander von 49
„Brunhilde“ 33
Brunnenberg, Friedrich (*alias* „Eberhard“) 339
Bürrig, Kurt 392
Buseke (KJVD-Funktionär) 335

C

Carstens, Karl 240 f.
Chmillon (Polizeibeamter) 482
Chruschtschow, Nikita 211, 434
Clausewitz, Carl von 80
Cranz, Carl 218

D

Dahlem, Franz 188, 190, 349
Dahlem, Käthe 349
Danton, Georges 184
„David“ 335
Dethleffs, Friedrich (gen. Fiete) 340, 342
Detter, Klaus 259
Dettmann, Friedrich 192 f., 288
Doernberg, Stefan 52, 219
Dohnanyi, Klaus von 144
Dürrbeck, Heinz (*alias* „Wein“) 392, 406, 414
Dunlop, John K. 200
Duysen, Wolfgang 223
Dzierzynski, Feliks Edmondowitsch 45, 58, 161, 162, 178 f., 183, 223, 251

E

Ebeling, Rolf 158
Eberlein, Hugo 185 f.
Echternach, Jürgen 110, 145, 258, 460, 581 f., 584, 587
Ehlers, Jan 247
Ehlers, Karl-Heinz 145
Ehlers, Wolfgang 19, 42–46, 49
Ehrenburg, Ilja 207, 211 f., 421, 435, 438
„Ehrhard“ 505
Eichner, Klaus 70, 273, 586
Eiking, Jan, 413
Eisenschmidt, Hartmut 580, 587, 594
„Elke Groß“ 33
Elstner, Helga 258, 596 f.
„Erich“, „Erich Bremer“ → Mischorr, Erich
Ernst, Britta 251

F

Falk, Gunter 261, 559 f.
Fast, Jan-Jasper 278
Feldmann, Klaus 319
Ferber, Ernst 315
„Fiete“ 29
Finck, Otto 195, 197, 199, 212, 289 f., 295, 298 ff., 302, 305, 323, 342
„Fisch“ 35

Francke, Klaus 460, 481
Frank, Lina (Caroline) 333, 335
Fricke, Karl Wilhelm 422, 425
Friderichs, Hans 450
Fröhlich (Hauptmann) 500
Fülle, Reiner 238, 243, 357, 376

G

Gailat, Kurt 203, 231, 301, 324, 342, 345 ff., 351
Gaßmann, Anja 393
Gaßmann, Heidi 392 f.
Gaßmann, Hermann (*alias* Bord, Bord-Kate) 23, 78, 93, 97, 120 f., 127 f., 131 f., 134 f., 139 f., 142 ff., 147, 168, 200, 210, 216, 222, 230, 234, 236, 241–248, 250, 384–414, 583
Gaßmann, Joachim 413
Gaßmann, Karin 236, 393
Gast, Gabriele 262, 267
Gauck, Joachim 259
Gehlen, Reinhard 179, 194, 206, 310
Gehrcke, Wolfgang 247, 543
„Gerhard“ 586
Gewand, Heinrich 299
Gierek, Edward 445
Globke, Hans 290
„Gottfried“ → Musall, Bernhard
Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 249, 255, 262
Grebe, Günter 467, 469, 477
Gropengießer, Volker 580, 587
Großmann, Werner 273 f.
Groth, Werner 443, 447
Gröwel, Margareta 294
Grünert, Willi 190, 195, 205, 290, 305
Grunert, Herma (geb. Wittkowski, gesch. Zemke, *alias* „Hanni“) 117, 139, 240, 249, 252, 256, 258, 262 ff., 268, 273, 492 f., 506, 508 ff., 515
Grunert, Helga (*alias* „Lydia“) 133 f., 221, 235, 492, 497, 502
Grunert, Lydia 502
Grunert, Rolf (*alias* „Alster“, „Wilhelm Schneider“, „Rolf Schneider“, „Herbert Hartwig“) 93, 97, 112 ff., 120-123, 129, 131 ff., 135, 138, 140, 142, 146 f., 150 f., 161 f., 168, 193 f., 202 f., 212, 217, 221, 227–233, 235 f., 240, 246, 248 f., 252 f., 254 f., 258, 260, 268 ff., 272 f., 292, 355, 389, 486–517
Guillaume, Christel 158, 251, 419 f.
Guillaume, Günther 158, 230, 251, 420, 478

Gundelach, Gustav 190, 192, 193, 290
Gursky, André 20, 62–67
Gutfleisch, Ulf 49
Gutsche, Joseph 309
Gysi, Gregor 96

H

Haenchen-Mark, Rainer 552
„Hagen“ 30
„Hagen I“ → Schäning, Klaus
Haid, Bruno 191
„Händler“ → Löffler, Gerd
Händler, Werner 341
„Hanna Ring“ 30
„Hans“ 335 f.
„Harald“ → Schröder, Alois
Harich, Walter 213, 429, 432, 434
Harms, Uwe 251, 559, 563, 571
Harnack, Arvid 178, 180
Harreß, Hartmut 431, 436, 440
„Hartmut“ 30
„Hassel“ 557
Hassel, Kai-Uwe von 319
Hauck, Joachim 309
Hauschild, Olf 320
Hausstein, Peter 264, 345, 525
Havemann, Robert 536, 542
Hebestreit, Jürgen 490
Heidelberg (Beamter des LfV) 561
„Hein“ 30
Heinz (komm. Funktionär) 341
„Heinz Behrend“ 406
Heise, Ernst 213, 220, 227, 454, 457
Heise, Gertrud (geb. Jaeger, *alias* „Heike“) 24, 122, 211, 213, 215, 217, 220, 227, 454, 456 ff., 461 f., 470, 483
Heitgres, Franz 193
Hellwege, Heinrich 206, 290, 304, 325
Hennings (Wachmann) 338
„Herbert“ 33
„Herbert“ (Ostberliner Funktionär des SED/KPD-N-Apparats) 305
„Herbert Hartwig“ → Grunert, Rolf
Herbstritt, Georg 278
Herold, Horst 148, 492

Herzog, Kurt (*alias* „Heinz“) 339 f.
Hesse, Horst 158
Heye, Hellmuth 221, 319
Hitler, Adolf 180
Höffer, Volker 20, 22
Hötzsch, Ruth → Polte, Ruth
Hötzsch, Wilhelm 432
Hoffmann, Erich 351
Hoffmann, Joachim 536
Hoffmann, Theodor 257
Hofter, Bernhard 256, 262, 482, 556, 559, 564 f., 574
Hollande, François 106
Hopfenmüller, Günter 550
Homberg, Josef 209
Honecker, Erich 248, 255, 360, 369, 543
„Hülse“ → Kurt Willi Wand sen.
„Hummel“ 30

I

Imlau, Hans-Günther 195, 310
„Ilona“ 255, 424, 443
„Inge Schneider“ (Ruth W.) 242
„Irene“ 33

J

Jaeger, Gertrud → Heise, Gertrud
Jaeger, Wolfgang (*alias* „Günther) 23, 24, 27, 32, 49, 78, 93, 109 f., 120, 128, 131 ff., 134, 139 f., 146 f., 151, 153, 168, 211, 213, 216, 220 f., 223, 226–231, 256, 260, 262, 266 f., 269, 389, 452–484, 547
Janka, Walter 432
“John“ 30, 104
John, Otto 208 f. 309 f., 317
Jungert, Erwin 191, 193, 340
Jurthe (Beamter des LfV) 561

K

Kádár, János 212
Kaiser, Jakob 288, 297
„Kamin“ 30
Kant, Immanuel 71
„Katja“ 30

Kaulfersch, Rolf 437, 440, 450
Kieburg, Horst 196 f., 289, 295 f., 298 f., 300
Kiesinger, Kurt 290, 324
Kirmsse, Ulla 158
„Klaus Franz“ 31
„Klaus Rainer“ 31
Kleinert, Harald 243, 245, 561
Kleinert, Ingrid 243, 245, 561
Knappe, Otto 334, 336
Koch, Wolfgang 227, 497
Kohl, Helmut 250
„Konrad“ → Sack, Karl
Köppe (Student, Leipzig) 435
Koppe, Hannelore (*alias* „Tessina“) 137, 211, 217, 230, 245, 248, 360 f., 363, 369, 371 f. 375 ff.
Koppe, Johannes (*alias* „Tessen“) 19, 78, 93, 112, 120 f., 126 f., 131, 134, 136 ff., 140, 145, 147, 161 f., 167, 199, 203, 205, 207, 211, 217, 219, 228, 230 f., 236, 238 ff., 243 ff., 248, 251 f., 254, 267, 273, 352–383
Korthaus, Bruno (*alias* „Menzel“) 198, 205, 305, 331, 340, 342, 349, 351
Korthaus, Eduard 349
Kossuth, Charlotte 431, 436, 438, 440, 449
Kowitz, Rudolf 334, 335
Kratsch, Günther 495, 504
Krause, Alfred 259, 264, 582, 588
Krebs, Heinz Willi (*alias* „Heinz Teichmann“, „Heinz Speer“) 235, 491, 503, 508
„Kugel“ → Kurt Willi Wand jun.
Kurschat, Eckhardt 32
Kurski(j), Dmitri 184

L

Lampe, Joachim 278
Langerwisch, Bernd 447
Langhans, Magda 193
Last, Otto 309
Leetz, Michael 449
Lehmann, Eberhard (*alias* „Glasschüssel“) 256, 262
„Leineweber“ 33
Leithäuser, Eva 144, 409
Lemmer, Ernst 420
Lenin, Wladimir Iljitsch (Uljanow) 45, 183 f.
Lieb, Fritz 299
Liebknecht, Karl 185
Litten, Jens 548, 551, 573

Lochte, Christian 145, 241, 258, 560
Löffler, Gerd (*alias* „Händler“) 19, 20, 56 f., 70–76, 88, 93, 96, 106, 110 f., 115, 120 ff., 130 f., 134, 139 f., 142, 145, 168, 222, 230, 234, 236, 245, 251, 253, 256, 258–264, 266 ff., 271, 273 f., 276, 576–609
Loest, Erich 433, 435 f., 441
Lötzsch, Gesine 423, 449
Lötzsch, Ronald (auch *alias* „Heinz“) 423, 433, 435, 439
Loewe, Werner 236, 543
Lucht, Harro 432 f., 434, 436, 438 f., 449
Luther (Hauptmann, Halle) 216, 441
Luxemburg, Rosa 185
„Lydia“ → Grunert, Helga

M

Mach (Staatsanwalt, Leipzig) 439
Mahncke, Karl 334
Malburg, Guido 278
Maschek, Werner 511
Mathea (Wachmann) 338
Mau (Sanitäter) 339
Mehmel, Jochen 556
Mende, Erich 290
Merkatz, Hans-Joachim von 290
Merkel, Angela 106, 116, 149, 274
Merker, Paul 188
„Mertens“ → Schlomm, Hans-Joachim
Mielke, Erich 52, 138, 200, 215, 236, 240, 246, 248, 255, 273, 309 f., 360 f., 369, 492, 494 f., 505, 513 f.
Mischorr, Erich 210, 222, 390 f., 395, 399 ff.
Mischorr, Gabriele 412
Modrow, Hans 52, 255 f.
„Monika“ 30
Moos, Gerd 341
„Moritz“ 31
Müller, Martin 407
Müller, Traute 31, 236, 332, 251, 253, 261, 265, 524, 531, 535, 542, 556
Müller-Emmert, Adolf 225
Müller-Enbergs, Helmut 20, 28
Müllner, Johannes 393, 397, 414
Musall, Bernhard (*alias* „Gottfried“, „Selbmann“) 305, 339 ff., 350 f.

N

Nadolny, Rudolf 288, 297
Naujoks, Harry 193, 342
Neumann, Kurt 236, 251, 523, 529, 538, 543
„Nico Tiedemann“ 30
Niemöller, Martin 299
Nilsson, Heinz 335, 349
Nixdorff, Kurt 601
Nixon, Richard 357
Nölling, Wilhelm 444 f., 450
Nutz, Emil 482

O

Oehres, Holger (*alias* Alf) 33
Oel (Wachmann) 338
Oetjen, Harald, 249 f.
Orgaß, Gerhard 145, 222, 251, 258, 260, 583 f.

P

Paech, Norman 236
„Partner“ 32
Paterna, Peter 223, 250, 447, 566
„Paul“ 30
„Paula“ 31
„Peter Corth“ 32
Petersen, Rudolf 199
Petrovskij (Petrowski), Grigori 184
Pfeiffer, Paul 200
„Philip“ 33
Piepenbrink (Bauer) 116
Pirnack, Fritz (*alias* „Fritz“) 339
Pistohl, Claus 251, 256, 570 f.
Ploen, Hans-Heinrich 249, 511, 517
Polte, Gotthard 227, 424
Polte, Ruth (geb. Hötzsch, gesch. Wieprich, *alias* „Blumenfeld“) 20, 23, 31, 63, 67 f., 78, 93, 111, 120 ff., 128, 131 ff., 134, 136, 139 f., 145, 156, 162, 168, 213, 216 f., 220 f., 227, 231, 236, 249 f., 255, 257 f., 263 ff., 269 f., 327, 330, 332, 344 f., 348, 389, 416-450, 523, 525
Popp, Dieter (*alias* „Asriel“) 19, 52–60, 166, 256, 262, 267, 276 f., 585, 607
Powers, Francis 160
Prinz, Willi 309, 342

Q

Quell, Hans Martin 464

R

Range, Harald 144
Rebmann, Kurt 241
Reichard, Peter 457, 480 f., 484
Reinhold, Konrad 435
Repa, Klaus 421, 448
Reppin (Wachmann) 338
„Rita“ 30
Ribbecke, Arnim 252
Ridder, Helmut 96, 607
„Ring“ 33
Robespierre 184
Röttger (Wachmann) 338
„Rose“ 30
Rüden, Arved (*alias* „Gerd“ oder „Gert“) 23, 78, 93, 111, 120 ff., 130 f., 133, 139 f., 145, 162, 168, 222, 226, 228, 234, 236, 244 f., 251, 254, 256, 260 f., 266 f., 389, 422, 522, 543, 544–574
Rühe, Volker 460
Rumpel, Erich 397
Runde, Ortwin 522
Rupp, Rainer 266
Ruzicka, Silka 431, 433, 435 f., 440

S

Saalfeld, Hans 397
Sack, Karl (*alias* „Konrad“) 291, 305 f.
Sagner, Fred 288, 297
Salchow, Roland 581
Schäfer, Werner 291, 295, 301
Schäning, Klaus (*alias* „Hagen I“) 36
Schalck-Golodkowski, Alexander 92, 106, 574, 605
Scharnberg, Hugo 199
Scheer, Jens 358
Scheiblich, Reinhard 78, 361
Scheunemann 537
Scherwinski, Hans-Jürgen 24, 104, 122, 151, 217, 221, 226, 457 f., 461 ff., 474, 477
Schlomm, Hans-Joachim (*alias* „Mertens“) 203, 304, 350
Schmidt, Helmut 31, 125, 446

Schmidtke, Harry 433, 440
Schmidt-Wittmack, Karlfranz (*alias* „Timm“, „Weilich“) 93, 107, 111, 120 f., 124 f., 131 f., 134–138, 140, 145, 161, 167, 189 ff., 194-199, 201–210, 220 ff., 281–325, 330, 340, 350 f., 389, 581
Schmidt-Wittmack, Lieselotte (geb. Thomsen) 288, 308, 325
Schmude, Jürgen 247, 392
Schnappauf, Ulrich 339
Schnitzler, Karl-Eduard 321 f.
Schönherr, Alfred 205, 342
Scholz, Olaf 252
Schramm, Gotthold 70, 273 f., 586
Schreiner, Otmar 536
Schreyer, Harry 70, 275, 593
Schröder (Oberst) 468
Schröder, Alois (*alias* „Harald“, „Huber“) 339 f., 350 f.
Schröder, Gerhard 209
Schröder, Ralf (auch *alias* „Karl“) 213, 216, 421, 423 f., 432–437, 439 f.
Schröder, Winfried 215 f., 258, 431, 433, 435 f., 449
Schubert, Michael 552
Schulenberg, Wolfgang 20, 60–67, 139, 276, 278, 585, 607
Schultz, Wolfgang 545
Schulz, Peter 247, 408
Schulze-Boysen, Harro 178, 180
Sczeczenowski, Waldemar 341
Seeckt, Hans von 289, 299
Seidel, Wilfried 278
Siegloch, Klaus-Peter 561
„Sigrid“ 32
Skrzynski-Fox (Hamburger CDU-Politiker) 311
Snowden, Edward 166
Sorge, Richard 52, 58, 159, 178, 180, 185, 187 f., 222, 233, 251, 377 f.
Speck, Wolfgang 482
Spuhler, Alfred 547, 573
Staak, Werner 240, 560
Stabenow (Mitarbeiter des Hamburger LfV) 295
Stahl, Wilhelm (*alias* „Jupp“) 339, 342
Stalin, Josef Wissarionowitsch 207
Stamer, Heinz 199
Stange, Hans 338
Steffani, Winfried 260, 584 f.
Stein, Peter 556
Stiller, Werner 135, 137, 238, 243, 357, 359
Stöbe, Ilse 178
Stolt (KJVD-Funktionär) 335
Stoph, Willi 290, 500, 531

Strasser, Johano 523
Strate, Gerhard 265, 548, 554, 599
Strauß, Franz-Josef 106, 273, 492, 605
Streffer, Egon (*alias* „Aurikel“) 52
Streicher, Julius 422
Strenge, Hans-Peter 249, 511, 517
Stüve (Wachmann) 338

T

Thälmann, Ernst 186, 349
Thalheimer, August 186
„Timm“ → Schmidt-Wittmack, Karlfranz
Troitzsch, Erwin 334
Trotzki, Leo 435
Truman, Harry S. 194

U

Uhrlau, Ernst 251, 259, 544, 548 f., 559–563, 571
Ulbricht, Walter 178, 188, 190, 426, 429, 433 f.

V

Vehlow, Wolfgang 502
Ventzke, Klaus Ulrich 265, 548
Vesper, Walter (*alias* „Peter“) 195, 205, 291, 325
Vetter, Bernd 247, 408
Voigt, Karsten 522
Voscherau, Henning 261, 397

W

Wagner, Joachim 561
Walter, Otto 309
Wand, Kurt Willi sen. (*alias* „Maurer“, „Hülse“) 23, 30, 93, 121 f., 126, 131, 134 f., 138, 145, 161, 167, 187 ff., 193 ff., 198, 202–205 f., 213, 220, 222, 290, 326–351, 422, 424, 443, 518, 522, 534
Wand, Kurt Willi jun. (*alias* „Kugel“) 23, 31, 78, 93, 111, 120 ff., 129 f., 131, 136, 139 f., 145, 153, 168, 189, 228, 234 ff., 251–254, 261, 265, 327, 330, 332, 344, 389, 491, 518–543

Wand, Lieselotte 329
„Wanda“ 33
Wegmann, Bodo 70, 275, 593
Wehner, Herbert 31, 351, 424, 444 f.
Weiland, Gerd 463 f., 484
„Weilich“ → Schmidt-Wittmack, Karlfranz
Weizsäcker, Richard von 108
Westphal, Walter (*alias* „Gustav“) 340, 350
Wieprich, Helmut 215, 421, 426
Wieprich, Ruth → Polte, Ruth
Wieczorek-Zeul, Heidemarie 536
Willich, Martin 145, 597, 609
Wimmer, Willi 53
Wirmer, Ernst 315
Wittrock, Karl 209
„Witwe“ 30
Wohlgemuth, Wolfgang 209
Wolf, Markus 52, 202, 205, 208, 256, 262, 265, 267, 273 f., 292, 309 f., 342, 344, 360
„Wolfgang“ 534
„Wolfgang Anders“ 498
Wollweber, Ernst 191 f., 215, 307, 309

Z

Zaisser, Wilhelm 200
Zamory, Eberhard 341
Zehm, Günter 429
Zemke, Herma → Grunert, Herma

Zehn Partei- und Verbandspolitiker in der alt-bundesrepublikanischen Spionage-Hochburg Hamburg, teils Abgeordnete, neun Männer und eine Frau (der älteste war Jahrgang 1915, einige leben noch), versorgten das Ostberliner "Mielke-Ministerium" und die Nationale Volksarmee zwischen 1947 und 1990 mit Details vor allem über Hamburger Parteien und Gewerkschaften, aber auch über Polizei und Atomwirtschaft, über linke Studenten und "Republikflüchtlinge". Der DDR fiel die Legitimation dieser Informellen Mitarbeiter nicht schwer - um heldenhafte "Tschekisten" handele es sich (in der Tradition der frühsowjetischen Geheimpolizei), gar um "Kundschafter des Friedens".

Und die Realität? Was haben die Politiker und Spione in dieser Doppelrolle erreicht? Welchen Preis haben sie bezahlt?

Der reich mit Exponaten bebilderte Ausstellungsbegleitband bietet ausführlich dokumentierte Dossiers zu den zehn Hamburger Politiker-Spionen und bindet die hamburgischen Geschehnisse in größere Zusammenhänge ein, auch über den Kalten Krieg hinaus: Zum einen durch eine detaillierte Zeittafel, die mit dem Ende des Ersten Weltkriegs beginnt und sich bis in die unmittelbare Gegenwart erstreckt, zum zweiten durch grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Spionage und Politik - in der Weltgeschichte und in Hamburg.

ISBN 978-3-86818-077-0 · Schutzgebühr 15,– €